

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

17

**HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR**

**DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRAKKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS**

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1978

W.I. LENIN

BAND 17

DEZEMBER 1910 – APRIL 1912



DIETZ VERLAG BERLIN

1978

Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

© Politisdat, Moskau 1950

© Deutsche Übersetzung:
Dietz Verlag Berlin 1962

Mit 2 Faksimiles

6. Auflage 1978
Dietz Verlag Berlin
Lizenznummer 1

LSV 0056

Printed in the German Democratic Republic

Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker“, Leipzig, III 18 138

(Fotomechanischer Nachdruck)

Best.-Nr. : 735 080 9

DDR 7,50 M

VORWORT

Der Band 17 enthält die Arbeiten W. I. Lenins, die er von Dezember 1910 bis April 1912 schrieb.

Den Hauptinhalt des Bandes bilden die Arbeiten, in denen sich der Kampf um die Partei gegen die Renegaten der Revolution, die Liquidatoren und ihre Helfershelfer widerspiegelt.

In den Arbeiten „Über die Lage in der Partei“, „Unsere Liquidatoren (Über Herrn Potressow und W. Basarow)“, „Über die soziale Struktur der Staatsmacht, über die Perspektiven und das Liquidatorientum“, „Die Parteizerstörer in der Rolle von ‚Legendenzerstörern‘“, „Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatorientums“, „Manifest einer liberalen Arbeiterpartei“ und in „Aus dem Lager der Stolypinschen ‚Arbeiterpartei‘“ deckt W. I. Lenin die ideologischen Wurzeln und das Wesen des Liquidatorientums auf und legt systematisch dar, wie die Liquidatoren die Arbeit der führenden Organe der Partei hintertreiben.

In dem Artikel „Über die neue Fraktion der Versöhnler oder der Tugendhaften“ wird das prinzipienlose Schwanken der Versöhnler nach der Seite des Liquidatorientums hin gezeigt.

In den Artikeln „Kadetten und Oktobristen“, „Beginn der Enthüllungen über die Verhandlungen der Kadettenpartei mit Ministern“, „Die politischen Parteien in den 5 Jahren der dritten Duma“ und „Der Block der Kadetten mit den Progressisten und seine Bedeutung“ zeigt Lenin den Klassencharakter der Partei des konterrevolutionären Liberalismus, der Partei der Kadetten.

Den Wahlen zur IV. Reichsduma sind die Arbeiten „Über die Wahlkampagne und die Wahlplattform“, „Die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma“ und „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne“ gewidmet.

Großen Raum nehmen im Band die Dokumente ein, die die hervorragende Rolle der Prager Parteikonferenz beim Aufbau der Partei der Bolschewiki behandeln, der Konferenz, welche die Menschewiki aus der Partei ausschloß und den Sieg der Bolschewiki verankerte. Zu diesen Dokumenten gehören die Artikel: „Die Lösung der Parteikrise“, „Entwurf der Resolution über das Liquidatorientum und über die Gruppe der Liquidatoren“, die Resolutionen der Prager Konferenz, „Bericht an das Internationale Sozialistische Büro über die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR“, die Broschüre „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts‘ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ sowie der „Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans.“

Der Band enthält ferner den bekannten Artikel W. I. Lenins „Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus“.

Erstmalig sind den Werken zwei Briefe an das Russische Kollegium des ZK der SDAPR beigelegt (1910/1911), in denen W. I. Lenin zeigt, wie die Liquidatoren, Otsowisten, „Wperjod“-Leute und Trotzkiisten die Parteiarbeit hintertreiben, und die Aufgabe stellt, die Parteikräfte für den Kampf um die Wiederherstellung der Partei zusammenzuschließen. Erstmalig sind weiterhin in die Werke aufgenommen: die Notiz „Über die Schamröte des Juduschka Trotzki“; Materialien, die sich auf die Juniberatung der ZK-Mitglieder 1911 beziehen: „Brief an die Beratung der im Ausland lebenden ZK-Mitglieder der SDAPR“, „Konspekt (Plan) zum Bericht dreier bolschewistischer ZK-Mitglieder vor einer internen Beratung von neun ZK-Mitgliedern“, „Resolutionsentwurf über die Konstituierung“; die Artikel: „Über die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma“, „Eine Agentur der liberalen Bourgeoisie“; Dokumente der Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland: „Resolutionsentwurf zum Bericht über die Lage in der Partei“, „Resolution über die Russische Organisationskommission zur Einberufung der Konferenz“; Dokumente der Prager Konferenz: Resolutionsentwürfe über die Konstituierung der Konferenz, über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger; „Die Wahlplattform der SDAPR“, der Brief „An die Redaktion der ‚Swesda‘“ und der Artikel „Karten auf den Tisch“.

BRIEF
AN DAS RUSSISCHE KOLLEGIUM
DES ZK DER SDAPR¹

Im Leben des im Ausland befindlichen Teils der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands haben sich in allerletzter Zeit Dinge zugetragen, die ganz offensichtlich beweisen, daß die „Einigungskrise“ innerhalb der Partei ihrer Lösung entgegengeht. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ihnen – ausschließlich zur Information – mitzuteilen, welche Bedeutung die letzten Ereignisse haben, wie die bevorstehende Lösung (dem ganzen Verlauf der Dinge nach) sein muß und welche Haltung die orthodoxen Bolschewiki einnehmen.

In dem Artikel „Wohin sind wir geraten?“, der in Nr. 23 des „Golos“² veröffentlicht wurde, macht sich Martow über das Plenum³ lustig, spottet er darüber, daß das Russische Kollegium des ZK ein Jahr lang nicht ein einziges Mal zusammengekommen ist und daß nichts für die Verwirklichung der Beschlüsse getan wurde. Er „vergißt“ freilich hinzuzufügen, daß es gerade die Liquidatorengruppe der Herren Potressow war, die das russische ZK gesprengt hat: die bekannte Tatsache der Weigerung von Michail, Roman und Juri⁴ und ihre Erklärung, daß allein schon das Bestehen des ZK schädlich sei. Das ZK in Rußland ist gesprengt. Martow frohlockt darüber. Daß auch die „Wperjod“-Leute⁵ frohlocken, darüber lohnt es nicht zu sprechen (schon in Nr. 1 des Sammelbandes „Wperjod“ spürt man dieses Frohlocken). Der frohlockende Martow schwätzt zu voreilig. Er schreit vor Begeisterung: „Die Gesetzlichkeit vernichtet sie“ (die Bolschewiki oder den „polnisch-bolschewistischen Block“). Darunter versteht er, daß es, weil die Liquidatoren das ZK gesprengt haben, keinen parteigesetzlichen Ausweg aus der entstandenen Lage gebe. Den Liquidatoren kann natürlich nichts genehmer sein, als eine ausweglose Lage der Partei.

Doch Martow hat sich zu sehr beeilt. Die Bolschewiki haben noch ein ganz und gar gesetzliches, vom Plenum speziell vorgesehenes und (im Namen des Plenums) in Nr. 11 des Zentralorgans⁶ veröffentlichtes Mittel in der Hand. Dieses Mittel ist die Forderung nach Rückerstattung des Geldes, da die „Golos“- und „Wperjod“-Leute die Bedingungen über die Auflösung der Fraktionen und über den Kampf gegen die Liquidatoren und Otsowisten ganz offensichtlich nicht eingehalten haben. Denn eben unter diesen genau festgelegten *Bedingungen* hatten die Bolschewiki ihr Vermögen dem ZK übergeben.

Am 5. Dezember 1910 haben nun die Bolschewiki, die auf dem Plenum die Bedingungen unterzeichnet hatten⁷, ihre Forderung nach Rückerstattung des Geldes erhoben. Laut Gesetz führt diese Forderung zur *Einberufung eines Plenums*. Wenn es aber, so lautet der Beschluß des Plenums, innerhalb von drei Monaten, gerechnet von dem Tage an, wo die Forderung angemeldet wurde, (wörtlich!) „nicht gelingen sollte“, das Plenum einzuberufen, so wird eine Kommission aus fünf Mitgliedern des ZK einberufen: drei von den nationalen Parteien, 1 Bolschewik und 1 Menschewik.

Die „Golos“-Leute haben sich hier sogleich verraten. Der Anhänger des „Golos“, Igor⁸, ein Mitglied des Auslandsbüros des ZK⁹, erfaßte die Politik der russischen Liquidatoren und gab eine Erklärung ab, daß er gegen das Plenum sei. Er sei für die Kommission. Ganz offensichtlich haben die „Golos“-Leute die Parteigesetzlichkeit hier verletzt, denn es ist möglich, das Plenum einzuberufen auch vor Ablauf von drei Monaten. Nachdem die Forderung einmal erhoben wurde, ist es nicht angängig, die Frage der Kommission auch nur aufzuwerfen.

Die Rechnung des Liquidators Igor, der den Verrätern der Partei, den Herren Potressow und Co., treue Dienste leistet, ist sehr einfach: Das Plenum ist souverän, und demzufolge gibt seine Einberufung die Möglichkeit, die ganze Parteikrise zu überwinden. Die Kommission dagegen ist nicht souverän, sie besitzt keinerlei Rechte außer dem Recht, die Geldforderung zu untersuchen (über diese Forderung wird von drei Deutschen entschieden). Nachdem also die Liquidatoren (und ihre Helfer im Ausland – die „Golos“-Leute) das russische ZK gesprengt haben, sprengen sie jetzt das ZK überhaupt. Ob diese zweite Sprengung gelingt, werden wir noch sehen. Die im Auslandsbüro des ZK vertretenen Polen stimmen

für das Plenum. Nun hängt es von den Letten und Bundisten ab, von denen noch keine Antwort vorliegt. Unser Vertreter im Auslandsbüro des ZK hat entschieden gegen Igor protestiert und diesen Protest publik gemacht (eine Abschrift der Erklärung Igors und des Protestes liegt bei).

Die Frage ist klar. Der Kampf um das Plenum ist ein Kampf um die Parteigesetzlichkeit, ein Kampf um die Partei. Der Kampf der „Golos“-Leute gegen das Plenum ist ein Kampf gegen eine parteimäßige Lösung der Krise, ein Kampf gegen die Parteigesetzlichkeit.

Plechanow und seine Freunde⁴⁰, die wir von jedem Schritt unterrichtet haben, sind völlig mit uns einverstanden, daß ein Plenum notwendig ist. Sie treten gleichfalls für ein Plenum ein. Ein Plan unseres gemeinsamen Auftretens in diesem Sinne wird jetzt beraten, und in Kürze werden wir entweder eine Erklärung gemeinsam mit den Plechanowleuten oder einen Artikel zu dieser Frage im Zentralorgan veröffentlichen.

Weiter, am 26. November 1910 hat Trotzki im sogenannten Wiener Parteiklub (ein Zirkel von Trotzkiisten, Ausländern – Schachfiguren in Trotzki's Händen) eine Resolution durchgebracht, die er als Sonderdruck herausgab. Ich lege sie bei.

Darin ist der „Rabotschaja Gaseta“⁴¹, dem Organ der Bolschewiki und der Plechanowleute, offen der Krieg erklärt worden. Die Argumente sind nicht neu. Die Erklärung, daß es jetzt keine „prinzipielle Grundlage“ für einen Kampf gegen die „Golos“- und „Wperjod“-Leute gebe, ist mehr als komisch und heuchlerisch. Alle wissen, daß die „Golos“- und „Wperjod“-Leute überhaupt nicht daran gedacht haben, ihre Fraktionen aufzulösen, daß die „Golos“-Leute in Wirklichkeit die Liquidatoren, die Potressow und Co., voll und ganz unterstützen, daß die „Wperjod“-Leute (mit Mitteln bekannter Art) im Ausland eine fraktionelle Schule⁴² eingerichtet haben, in der man den Machismus vermittelt und lehrt, daß der Otsowismus eine „berechtigte Schattierung“ (wörtlich aus ihrer Plattform) sei usw. usf.

Der Aufruf Trotzki's zu „einmütiger“ Arbeit der Partei mit den „Golos“- und „Wperjod“-Leuten ist empörende Heuchelei und eine Phrase. Allen ist bekannt, daß die „Golos“- und „Wperjod“-Leute das ganze Jahr nach dem Plenum (mit geheimer Unterstützung Trotzki's) „einmütig“ gegen die Partei gearbeitet haben. Allein die Bolschewiki haben das ganze Jahr über in der Partei mit den Plechanowleuten sowohl im Zentralorgan

als auch in der „Rabotschaja Gaseta“ sowie in Kopenhagen⁴³ und in den russischen legalen Organen wirklich einmütig zusammengearbeitet.

Wenn auch die Ausfälle Trotzki gegen den Block der Bolschewiki und Plechanowleute nicht neu sind, so ist doch eine Schlußfolgerung seiner Resolution neu: Der Wiener Klub (das heißt Trotzki) hat einen „allgemeinen Parteifonds für die Vorbereitung und Einberufung einer Konferenz der SDAPR“ organisiert.

Das ist neu. Das ist ein direkter Schritt zur Spaltung. Das ist ein offener Verstoß gegen die Gesetzlichkeit in der Partei und der Anfang eines Abenteuers Trotzki's, das ihm das Genick brechen wird. Es ist klar, daß dies Spaltung bedeutet. Der Schritt Trotzki's, der „Fonds“ Trotzki's wird nur von den „Golos“- und „Wperjod“-Leuten unterstützt. Von einer Teilnahme der Bolschewiki und Plechanowleute kann gar keine Rede sein. Die Liquidatoren (die „Golos“-Leute) haben Trotzki schon in Zürich unterstützt, was verständlich ist. Es ist durchaus möglich und wahrscheinlich, daß „gewisse“ „Fonds“ der „Wperjod“-Leute Trotzki zugänglich gemacht werden. Dadurch wird das Abenteuerliche seines Unterfangens natürlich nur noch verstärkt.

Es ist klar, daß dieses Unterfangen die Gesetzlichkeit in der Partei verletzt, denn über das ZK wird kein einziges Wort gesagt. Nur das ZK kann eine Konferenz einberufen. Mehr noch, Trotzki selbst hat, nachdem er im August 1910 den Vertreter des ZK bei der „Prawda“⁴⁴ hinausgeworfen hat, dadurch selbst jegliche Gesetzlichkeit eingebüßt und damit die „Prawda“ aus einem Organ, das von einem Vertreter des ZK unterstützt wurde, in ein reines Fraktionsorgan verwandelt.

Also: die Angelegenheit ist offensichtlich geworden, die Lage hat sich geklärt. Die „Wperjod“-Leute haben „gewisse“ „Fonds“ für den Kampf gegen die Partei, für die Verteidigung der „berechtigten Schattierung“ (des Otsowismus) gesammelt. Trotzki hat in der letzten Nummer der „Prawda“ (und in einem Referat in Zürich) mit den „Wperjod“-Leuten eifrig kokettiert. Die Liquidatoren in Rußland haben das russische ZK gesprengt. Die Liquidatoren im Ausland wollen das Auslandsplenum und damit das ZK überhaupt sprengen. Unter Ausnutzung dieser „Zerstörung der Parteigesetzlichkeit“ macht sich Trotzki an die organisatorische Spaltung und gründet „seinen“ Fonds für „seine“ Konferenz.

Die Rollen sind verteilt. Die „Golos“-Leute verteidigen die Potressow

und Co. als „berechtigte Schattierung“. Die „Wperjod“-Leute verteidigen den Otsowismus als „berechtigte Schattierung“. Trotzki will die einen wie die anderen „populär“ verteidigen und seine Konferenz einberufen (möglicherweise mit dem Geld der „Wperjod“-Leute). Ein Dreibund (Potressow + Trotzki + Maximow) gegen einen Zweibund (Bolschewiki plus Plechanowleute). Die Aufstellung ist abgeschlossen. Der Kampf hat begonnen.

Sie verstehen, warum ich den Schritt Trotzkis ein Abenteuer nenne. Es ist in jeder Beziehung ein Abenteuer.

Das ist ein ideologisches Abenteuer. Trotzki gruppiert alle Feinde des Marxismus um sich, indem er die Potressow und Maximow miteinander vereinigt, die den Block „Lenin-Plechanow“ (wie sie sich gern ausdrücken) hassen. Trotzki vereinigt alle, denen der ideologische Zerfall am Herzen liegt; alle, denen die Verteidigung des Marxismus gleichgültig ist; alle Philister, die nicht begreifen, worum gekämpft wird, die nicht lernen, nicht denken, die ideologischen Wurzeln der Meinungsverschiedenheiten nicht aufdecken wollen. Jetzt, wo Zersetzung, Zerfall und Schwankungen herrschen, kann Trotzki leicht zum „Helden für eine Stunde“ werden, kann er alles Niedrige um sich scharen. Aber das Fiasko dieses Versuches wird um so grandioser sein, je offener er vorgenommen wird.

Das ist ein Abenteuer im parteipolitischen Sinne. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß eine reale Vereinigung der sozialdemokratischen Partei nur auf der Grundlage ehrlicher und unwiderruflicher Trennung von Liquidatorentum und Otsowismus möglich ist. Es ist klar, daß Potressow (und die „Golos“-Leute) und die „Wperjod“-Leute sich weder von dem einen noch von dem anderen losgesagt haben. Trotzki schließt sie zusammen, wobei er wie ein echter Gauner sich selbst, die Partei und das Proletariat betrügt. In Wirklichkeit erreicht Trotzki nichts weiter als eine Stärkung der Potressowschen und Maximowschen parteifeindlichen Gruppen. Ein Fiasko dieses Abenteuers ist unvermeidlich.

Schließlich ist das ein Abenteuer in organisatorischer Beziehung. Eine Konferenz auf Kosten des „Fonds“ Trotzkis ohne ZK bedeutet Spaltung. Möge Trotzki der Initiator bleiben. Möge er dafür auch die Verantwortung tragen.

Drei Losungen zeigen erschöpfend das Wesen der gegenwärtigen Lage in der Partei:

1. Stärkung und jegliche Unterstützung dem Bündnis und der Sammlung der Plechanowleute und Bolschewiki zur Verteidigung des Marxismus, zum Widerstand gegen den ideologischen Zerfall, zum Kampf gegen Liquidatorentum und Otsowismus.

2. Kampf für ein Plenum – für eine gesetzliche Lösung der Parteikrise.

3. Kampf gegen das auf Spaltung abzielende, prinzipienlose Abenteuer Trotzki's, der die Potressow und Maximow gegen die Sozialdemokratie vereint.

*Geschrieben im Dezember 1910,
nicht später als am 15. (28.).*

*Zuerst veröffentlicht 1941 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 1.*

*Nach einer maschine-
geschriebenen Abschrift.*

ÜBER DIE LAGE IN DER PARTEI

Die Frage unserer Parteikrise ist von der sozialdemokratischen Presse im Ausland erneut in den Vordergrund gerückt worden und bewirkt in weiten Kreisen der Partei ein Anwachsen der Gerüchte, der Zweifel und Schwankungen. Das Zentralorgan der Partei muß darum diese Frage umfassend behandeln. Der Artikel Martows in Nr. 23 des „Golos“ und die Stellungnahme Trotzki's, die in die Form einer als Flugblatt veröffentlichten „Resolution“ des „Wiener Klubs“ vom 26. November 1910 gekleidet ist, werfen vor dem Leser die Frage der Krise unter völliger Entstellung des Wesens der Sache auf.

Hinter dem Artikel Martows und der Resolution Trotzki's verbergen sich auch bestimmte praktische *Handlungen*, und zwar Handlungen, die *gegen die Partei gerichtet sind*. Der Artikel Martows ist nur die literarische Form, in welche die *Kampagne* gekleidet ist, die die „Golos“-Leute zur *Sprengung des ZK* unserer Partei *unternommen haben*. Trotzki's Resolution, die an die örtlichen Organisationen appelliert, eine „allgemeine Parteikonferenz“ unter Umgehung des ZK und gegen das ZK vorzubereiten, bringt das gleiche zum Ausdruck, was sich auch die „Golos“-Leute zum Ziel setzen: *Zerstörung der den Liquidatoren verhassten zentralen Institutionen und damit zugleich auch der Partei als Organisation*. Es genügt nicht, diese parteifeindlichen Handlungen der „Golos“-Leute und Trotzki's ans Licht zu ziehen, man muß gegen sie *kämpfen*. Die Genossen, denen die Partei und ihre Wiedergeburt am Herzen liegt, müssen aufs entschiedenste gegen alle diejenigen Stellung beziehen, die aus rein fraktionellen und Zirkelinteressen und Erwägungen darüber bestrbt sind, die *Partei zu zerstören*.

Der Martowsche Artikel „Wohin sind wir geraten?“ bedeutet eine schlecht verhüllte Verhöhnung der Beschlüsse des Plenums und ein liquidatorisches Frohlocken über die Mißerfolge der Partei. „Es ist nicht gelungen, das zahlenmäßig kleine Kollegium des ZK *auch nur ein einziges Mal in Rußland zu versammeln*“, so schreibt Martow und hebt es hervor, als schnappe er über vor dem Vergnügen, das die Bekanntgabe einer solchen Tatsache allen Liquidatoren bereitet.

Leider hat Martow recht. Es ist dem russischen ZK nicht gelungen zusammenzutreten. Nur glaubt Martow vergeblich, die Frage umgehen zu können, *wer* das ZK in Rußland gesprengt hat. Außer den polizeilichen Hindernissen für seine Einberufung gab es ein nicht polizeiliches, sondern *politisches* Hindernis. Das war die bekannte Weigerung von Michail, Roman und Juri, *wenigstens* zur Kooptierung zu einer Sitzung des ZK zu erscheinen; das war die Erklärung der gleichen Personen, daß sie „allein schon das Bestehen des ZK für schädlich halten“.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Weigerung, auch nur zu einer Sitzung zur Kooptierung zu erscheinen, die Weigerung, einer Einladung von Leuten Folge zu leisten, die unter unzähligen polizeilichen Schikanen arbeiten, die *Sprengung des ZK* bedeutet. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser politische Akt, der von einer *prinzipiellen* Motivierung begleitet war, von Leuten begangen worden ist, die zur Gruppe der „prominentesten“ Mitarbeiter des „Golos“ in Rußland gehören (das Schreiben der *Sechzehn*¹⁵ in Nr. 19/20 des „Golos“), die den *legalen* Liquidatorengruppen der Herren Potressow und Co. angehören. All das sind Tatsachen. *Eine Gruppe von unabhängigen Legalisten, von Feinden der Sozialdemokratie – sie ist es, die das ZK in Rußland gesprengt hat.*

Wenn Axelrod (in Nr. 23 des „Golos“) versichert, der „Spitzname“ Liquidator werde „wahllos“ gebraucht, wenn er sich sogar zu einem solchen Unsinn versteigt, wir brächten es fertig, als Liquidatoren Leute zu bezeichnen, die persönlich erschöpft oder im Ringen ums tägliche Brot zermürbt sind, wenn er ein solches kindisches Geschwätz verzapft und dabei gerade jene Gruppe und jene Gruppen von Liquidatoren *mit Schweigen übergeht*, die im Zentralorgan der Partei *namentlich* angeführt sind, so erübrigt es sich, das Unlautere solcher Ausflüchte zu beweisen. Wenn Martow und andere „Golos“-Leute im „Golos“ angeblich gegen die Liquidatoren in Rußland „polemisieren“, deren Vorgehen für „Leichtfertig-

keit“ (!!) erklären, sie „ermahnen“, doch noch etwas zu warten (Martow über Lewizki in Nr. 23), und zu gleicher Zeit ganz und gar mit ihnen zusammenarbeiten, Hand in Hand mit ihnen im Ausland eine besondere Fraktion schaffen zum Kampf gegen die Partei und zur Unterstützung der Parteifeinde, der Herren Potressow, so haben wir hier nur eine der vielen Erscheinungsformen politischer Heuchelei vor uns. Kein politisch denkender Mensch wird behaupten wollen, Herr Miljukow bekämpfe ernstlich die „Wechi“-Leute¹⁶, wenn er gegen sie „polemisiert“, sie für „leichtfertig“ erklärt, und zu gleicher Zeit politisch mit ihnen Hand in Hand arbeitet. Jeder wird zugeben, daß Herr Miljukow damit nur seine Heuchelei beweist und die Tatsache seiner politischen Solidarität mit den „Wechi“-Leuten nicht im geringsten widerlegt. Kein politisch denkender Mensch wird behaupten wollen, Herr Stolypin und dessen Regierung bekämpften ernstlich die Schwarzhunderter, wenn dieser (in der „Rossija“¹⁷) gegen sie „polemisiert“, ihnen „Leichtfertigkeit“ vorwirft, aber zugleich mit ihnen Hand in Hand arbeitet. Jeder wird zugeben, daß Herr Stolypin und die zaristische Regierung damit nur ihre Heuchelei beweisen, und die Tatsache ihrer politischen Solidarität mit den Purischkewitsch nicht im geringsten widerlegen.

Während aber die politische Heuchelei des „Golos“ jedem klar sein dürfte, kann die Andeutung Martows, „die Gesetzlichkeit vernichte“ die offiziellen Vertreter der Partei, für 999 von 1000 Lesern nicht klar sein, denn diese Andeutung ist absichtlich nebelhaft formuliert.

Es ist die Pflicht des ZO, den Nebel hinsichtlich der Parteiangelegenheiten zu vertreiben, damit alle begreifen, worin das Wesen der Differenzen besteht.

Martow meint damit, daß es außer einem Beschluß des ZK keinen parteigesetzlichen Ausweg aus der Krise gebe. Wenn es also den russischen Liquidatoren gelungen sei, das ZK in Rußland zu sprengen (und wenn es den sich im Ausland befindenden Liquidatoren gelingen sollte, die Einberufung des ZK auch noch im Ausland zu vereiteln), so werde es aus dieser Lage keinen gesetzlichen Ausweg geben. Und Martow triumphiert im voraus: Das ZK ist endgültig gesprengt, einen gesetzlichen Ausweg gibt es nicht, die Liquidatoren haben das Spiel gewonnen.

Martow war voreilig. Was Herr Potressow und die anderen Feinde der Partei im Sinn haben, das ist Martow zu früh auf die Zunge gekommen.

Ja, Martow hat recht! Der einzige Ausweg aus der Krise in der Partei kann nur vom Zentralkomitee gefunden werden. Wenn es also angesichts der polizeilichen und der obengenannten politischen Hindernisse nicht gelingt, das ZK in Rußland zu versammeln, muß man es eben im Ausland versammeln. Das ist das *einzig* Mittel, um zu einem Ausweg aus der Krise zu kommen. Und eine der Strömungen in der Partei, die auf dem letzten Plenum des ZK ein Übereinkommen über gemeinsame Parteiarbeit unabhängig von fraktionellen Schranken geschlossen haben, die Strömung der Bolschewiki, unternahm einen Schritt, um den einzig möglichen Ausweg aus der Parteikrise beschleunigt herbeizuführen. Die Vertreter der bolschewistischen Strömung hatten der Partei das Vermögen der bolschewistischen Fraktion zur Verfügung gestellt unter der *Bedingung*, daß mit der Aufhebung ihres, des bolschewistischen Fraktionszentrums zugleich auch die Fraktionszentren der Menschewiki (der „Golos“-Leute) und der Otsowisten (der „Wperjod“-Leute) aufgehoben werden. Diese *Bedingung ist nicht eingehalten worden*. Mehr noch. Das führende Organ der Fraktion der „Golos“-Leute, der „Golos Sozial-Demokrata“, begann ganz offenkundig jene inneren Feinde der Partei zu begünstigen und zu decken, gegen die – als Träger bürgerlicher und parteifeindlicher Abweichungen von der Sozialdemokratie – auf das entschiedenste zu kämpfen, uns das Plenum des ZK einstimmig beauftragt hatte. Angesichts einer so offensichtlichen Verletzung der Bedingungen des Übereinkommens, das auf dem Plenum zwischen allen Strömungen und Gruppen in der Partei geschlossen worden war, angesichts einer so offenkundig parteifeindlichen Politik einer der beteiligten Seiten, haben es die Bolschewiki für notwendig erachtet, das Geld zurückzufordern, das sie der Partei vor einem Jahr unter bestimmten Bedingungen übergeben hatten. Am 5. Dezember 1910 haben sie dem Auslandsbüro des Zentralkomitees eine entsprechende Erklärung zukommen lassen. Ob die Bolschewiki in diesem Fall richtig oder falsch gehandelt haben, darüber wird die vom Plenum vorgesehene Instanz zu urteilen haben. Das Wesen der Sache besteht darin, daß *jetzt*, von dem Augenblick an, wo die Vertreter der bolschewistischen Strömung ihre Forderung eingereicht haben, die Einberufung des Plenums des ZK im Ausland nicht mehr allein eine Notwendigkeit ist, um einen Ausweg aus der inneren Krise der Partei zu suchen: sie ist eine *Notwendigkeit*, die allen Strömungen und Gruppen, welche am 6. Januar

1910 das Übereinkommen unterzeichnet haben, durch *eben ihre eigene diesbezügliche Verpflichtung* – durch die von ihnen selbst einstimmig angenommene Resolution* vorgeschrieben ist. Die Einberufung eines Plenums des ZK ist nicht nur zur Notwendigkeit für die Partei, sondern zu einer juristischen Pflicht geworden. Wir sehen wiederum, daß es einen anderen gesetzlichen Ausweg aus der Lage als die Einberufung eines Plenums des ZK nicht geben kann . . .

Und hier nun wurde die Politik der „Golos“-Leute mit einem Schlage klar.

Nach dem klaren und unzweideutigen Beschluß des ZK bliebe dem Auslandsbüro des ZK, so sollte man meinen, angesichts der Forderung der Bolschewiki nichts anderes übrig, als ein Plenum einzuberufen, und nur wenn die Versuche, es einzuberufen, im Verlaufe von drei Monaten nicht von Erfolg gekrönt sein sollten, ist zu der anderen vom ZK vorgesehenen Methode der Lösung der Frage zu greifen. Die „Golos“-Leute gingen jedoch anders vor.

Am 12. Dezember gab der „Golos“-Mann Igorew, Mitglied des Auslandsbüros des ZK, eine schriftliche Erklärung ab, in der es heißt, daß er gegen die Einberufung eines Plenums sei, daß er nur mit der Kommission einverstanden sei!

Es ist klar, wo hier der Hase im Pfeffer liegt: das Plenum ist souverän und kann, einmal versammelt, einen gesetzlichen Ausweg aus der Krise,

* Es handelt sich darum, daß auf dem Plenum ein als Parteigesetz, als Ausgangspunkt der Gesetzlichkeit für die Partei anerkanntes Übereinkommen des ZK mit bestimmten Vertretern der bolschewistischen Strömung über die bedingte Übergabe des Vermögens der Bolschewiki an die Partei abgeschlossen wurde. Dieses Übereinkommen ist im ZO (Nr. 11) veröffentlicht worden, wo auch die ganze vom Plenum im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen vorgesehene Prozedur bekanntgegeben wurde. Die wichtigste Maßnahme, die für den Fall vorgesehen ist, daß die Bolschewiki die Bedingungen des Zusammenschlusses als durch die „Golos“- und „Wperjod“-Leute verletzt erklären, ist die Einberufung eines Plenums (im Ausland). „Wenn es aus diesen oder jenen Gründen“, so lautet der in Nr. 11 des ZO veröffentlichte Beschluß des Plenums, „nicht gelingen sollte, im Verlaufe von drei Monaten, gerechnet von dem Tage an, wo die Vertreter der bolschewistischen Strömung ihre Forderung anmelden, ein Plenum zustande zu bekommen, dann erfolgt die Einberufung“ einer besonderen Kommission.

aus der unmöglichen Lage der Dinge in Rußland finden. Die Kommission hingegen ist *nicht* souverän, besitzt keinerlei Rechte (außer dem Recht, die Geldansprüche der Bolschewiki zu untersuchen) und kann *keinen gesetzlichen* Ausweg aus der Krise finden.

Es kam so, wie es im Sprichwort heißt: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!

Kaum hatte Martow liebenswürdigerweise die Partei auf jene „Grube“ der im Sinne der Parteigesetzlichkeit angeblich ausgeweglosen Lage hingewiesen, in der die Liquidatoren die offizielle Partei so gern gesehen hätten, als der „Golos“-Mann Igorew schon in diese Grube gefallen war!

Die russischen Liquidatoren haben das ZK in Rußland gesprengt. Nunmehr vereiteln die sich im Ausland befindenden Liquidatoren die Einberufung des ZK auch im Ausland. Die Liquidatoren frohlocken im Vorgefühl der (für Stolypin und die Liquidatoren) größten Freude: über das Fehlen eines ZK *überhaupt*. Wäre das ein Segen für die Herren Potresow, für die Fraktion der „Wperjod“-Leute!

Wir wollen hier nicht auf die Ausflüchte des „Golos“-Mannes Igorew und auf deren Widerlegung in der Gegenerklärung des bolschewistischen Mitglieds des Auslandsbüros des ZK* eingehen. Es sei nur vermerkt, daß der „Golos“-Mann Igorew so zuvorkommend war, geradeheraus gegen die Einberufung eines Plenums zu protestieren, *selbst wenn* es auf Grund des *allgemeinen Statuts* einberufen würde (hierzu ist Einstimmigkeit im Auslandsbüro des ZK erforderlich) und nicht auf Grund eines besonderen Beschlusses für den Fall einer Forderung. Der „Golos“-Mann Igorew erachtet die Einberufung eines Plenums für „umständlich“ usw. Das ist begreiflich: für die Liquidatoren ist ja selbst das Bestehen unserer illegalen Partei allzu „umständlich“. Das Plenum würde in der Hauptsache aus Emigranten bestehen – so lautet das zweite „Argument“ des „Golos“-Mannes Igorew. Dies hindert jedoch die „Golos“-Leute nicht, mit allen Kräften den *reinen Emigrantenplan* zu unterstützen, durch Trotzki eine „allgemeine Partei“-konferenz einzuberufen unter Umgehung des Zentralkomitees und gegen das Zentralkomitee . . .

* Dieser Genosse bittet uns durch ein Schreiben an die Redaktion des ZO, daß wir ihm helfen, die Partei zu informieren über die Versuche der „Golos“-Leute, das Plenum zu sprengen.

Die „Golos“-Leute haben für jeden Fall beschlossen, das ZK überhaupt zu sprengen!

Wir müssen ferner die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf eine allgemeinere Frage lenken – auf die Frage nach der Lage der Dinge in der SDAPR. Wie jede revolutionäre Partei kann unsere Partei nur bestehen und sich entwickeln, wenn die Revolutionäre zumindest den elementaren Wunsch haben, einander in der gemeinsamen Arbeit zu helfen.

Wenn Parteistatut und Parteibeschlüsse (die „Gesetzlichkeit“ für die Partei) nicht dazu dienen, diese gemeinsame Arbeit zu erleichtern, sondern zu Schikanen, die es erlauben, diese Arbeit von den wichtigsten Parteikollegien aus zu hemmen, so wird die Parteiarbeit zu einer unwürdigen Komödie. In jeder anderen Partei hätten Schwierigkeiten bei der Einberufung des ZK sofort zur Folge gehabt, daß man Dutzende von Mitteln und Wegen gefunden hätte, um die polizeilichen Schwierigkeiten zu umgehen und immer neue Arbeitsmethoden ausfindig zu machen. Bei uns dagegen dienen die einen Fraktionsmacher innerhalb der Partei den Herren Potressow, die anderen den ausgesprochenen Otsowisten und den Halbanarchisten außerhalb der Partei. Die „Gesetzlichkeit“ wird bei Leuten wie dem „Golos“-Mann Igorew zu einem Mittel, der Partei von innen heraus Schaden zuzufügen, die Arbeit zu hemmen und den Herren Potressow behilflich zu sein, die Partei zu zerstören.* Eine solche Situation ist unmöglich. Da können keine „gutgemeinten Resolutionen“ helfen, über die sich derselbe Martow mit Recht lustig macht. Um zu helfen, muß man vor allem begreifen, worum es sich handelt. Man muß begreifen, weshalb es unsinnig, unwürdig, lächerlich ist, gutgemeinte Resolutionen über eine Zusammenarbeit mit solchen Herrschaften wie Potressow und Co. zu verfassen. Wenn die Partei begriffen haben wird, daß es sich hier um zwei unvereinbare Wege der Politik, daß es sich um die Frage Sozialdemokratismus und Liberalismus handelt, dann wird sie schnell einen

* Und wenn Martow die offiziellen Parteiinstitutionen verhöhnt und sagt: „die Gesetzlichkeit vernichtet sie“, so hat er insofern recht, als die Fruchtbarkeit der Arbeit „vernichtet“ wird durch solche „gesetzliche“ (d. h. durch Parteistatut oder Plenumbeschuß geschaffene) Formen dieser Institutionen, die es den Michail, Roman, Juri, den „Golos“-Leuten (durch Igorew) usw. gestatten, die Arbeit zu behindern.

Ausweg finden. Dann werden wir eine „Gesetzlichkeit“ zu schaffen wissen, die *nicht* dazu da sein wird, daß die Liquidatoren *durch* sie der Partei ein Bein stellen können.

Man muß zugeben: Herrn Potressow und seinen Freunden sowie dem „Golos“-Mann Igorew und seinen Freunden gebührt *Dank* dafür, daß sie es der Partei so erfolgreich erleichtern, dies zu *verstehen*.

Das Auftreten Trotzki's, *äußerlich* mit Martows Spöttereien über die Mißerfolge der Partei, mit der Sprengung des ZK durch die „Golos“-Leute überhaupt nicht zusammenhängend, ist in Wirklichkeit mit dem einen wie dem anderen untrennbar verbunden durch Bande des „Interesses“. Viele in der Partei begreifen noch nicht, worin diese Bindung besteht. Die Wiener Resolution vom 26. November 1910 wird ihnen sicherlich helfen, das Wesen der Sache zu begreifen.

Die Resolution besteht aus drei Teilen: 1. aus einer Kriegserklärung an die „Rabotschaja Gaseta“ (die Aufforderung, ihr eine „*entschiedene Abfuhr* zu erteilen“ als einem, wie sich Trotzki ausdrückt, „neuen Fraktions- und Zirkelunternehmen“); 2. aus einer Polemik gegen die Linie des „Blocks“ der Bolschewiki mit Plechanow; 3. aus der Bekanntgabe, daß „die Versammlung des Wiener Klubs“ (d. h. Trotzki und sein Kreis) „beschließt: einen allgemeinen Parteifonds für die Vorbereitung und Einberufung einer Konferenz der SDAPR zu organisieren“.

Auf den ersten Teil werden wir überhaupt nicht eingehen. Trotzki hat durchaus recht, wenn er sagt, daß die „Rabotschaja Gaseta“ ein „Privatunternehmen“ sei und daß sie „*nicht autorisiert ist, im Namen der Gesamtpartei zu sprechen*“.

Nur vergißt Trotzki vergebens, daß er und seine „Prawda“ ebenfalls hierzu nicht autorisiert sind. Vergebens übergeht er mit Stillschweigen – wo er davon spricht, daß das Plenum die Arbeit der „Prawda“ als nützlich anerkannt habe – die Tatsache, daß das Plenum einen *Vertreter des ZK* in die Redaktion der „Prawda“ entsandt hatte. Das Verschweigen dieser Tatsache bei der Erwähnung der Plenumbeschlüsse über die „Prawda“ kann man nicht anders bezeichnen denn als eine *Täuschung der Arbeiter*. Diese Täuschung durch Trotzki ist um so übler, als er im August 1910 den Vertreter des ZK aus der „Prawda“ *entfernt hat*. Nach diesem Vorfall, nach dem *Abbruch* der Verbindung der „Prawda“ mit dem ZK, ist Trotzki's Zeitung nichts anderes als ein „Privatunternehmen“, das zudem

nicht verstanden hat, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Solange das ZK nicht erneut zusammengetreten ist, gibt es *keinen* anderen Richter über das Verhalten der „Prawda“ gegenüber dem ZK als den *Vertreter* des ZK, den das Plenum bestimmt hat und *der das Verhalten Trotzki für parteifeindlich erklärt hat*.

Das eben ergibt sich aus der von Trotzki so beiläufig aufgeworfenen Frage, wer „*autorisiert ist, im Namen der Gesamtpartei zu sprechen*“.

Nicht genug damit. Sofern (und solange) das ZK in Rußland von den Liquidatoren, den unabhängigen Legalisten, sabotiert wird, sofern (und solange) das ZK im Ausland von den „Golos“-Leuten sabotiert wird, bleibt das *Zentralorgan die einzige Institution, die autorisiert ist, „im Namen der Gesamtpartei zu sprechen“*.

Und wir erklären daher *im Namen der Gesamtpartei*, daß Trotzki eine parteifeindliche Politik treibt; daß er die *Parteigesetzlichkeit sprengt*, den Weg des *Abenteuers* und der *Spaltung* betritt, wenn er in seiner Resolution, ohne mit einem Ton das ZK zu erwähnen (als hätte er sich schon mit den „Golos“-Leuten darüber verständigt, daß das ZK gesprengt werden wird!), im Namen *einer ausländischen Gruppe* die „*Organisierung eines Fonds*“ für die Einberufung einer Konferenz der SDAPR“ bekanntgibt. Sollten die Bemühungen der Liquidatoren, das ZK zu sprengen, von Erfolg gekrönt sein, so würden wir als die einzige Institution, die autorisiert ist, im Namen der Gesamtpartei zu sprechen, unverzüglich erklären, daß wir an dem „Fonds“ und an dem Unterfangen Trotzki *in keiner Weise* beteiligt sind und als eine *allgemeine Parteikonferenz* nur eine solche betrachten werden, die durch das *Zentralorgan* und nicht durch den Zirkel Trotzki einberufen wird.*

Solange jedoch die Frage der Sprengung des ZK durch die Ereignisse nicht endgültig entschieden ist, besteht noch Hoffnung auf einen im Sinne der Partei völlig *gesetzlichen* Ausweg.

Wir rufen die Parteimitglieder auf zum entschlossenen Kampf für diesen parteigesetzlichen Ausweg, und wir werden uns darum mit der Klarstellung der „*prinzipiellen Grundlagen*“ der Differenzen befassen, die bis zur Spaltung zu treiben die „Golos“-Leute und Trotzki sich beeilen – die *ersten*, indem sie das ZK sprengen, der *zweite*, indem er das ZK

* Daß eine vom ZK der Partei einberufene, wirklich allgemeine Parteikonferenz möglichst *bald notwendig* ist, darüber kann es keinen Streit geben.

ignoriert und „einen Fonds organisiert“ für die Einberufung einer „Konferenz der SDAPR“ (nicht lachen!) durch Trotzki's Zirkel.

Trotzki schreibt in seiner Resolution, daß der Kampf, den die „Leninisten und Plechanowleute“ führen (durch diese Anführung von *Personen* an Stelle der *Strömungen* des Bolschewismus und des parteitreuen Menschewismus will Trotzki seine Geringschätzung zum Ausdruck bringen, offenbart aber nur sein Unverständnis), daß dieser Kampf „gegenwärtig jeder prinzipiellen Grundlage entbehrt“.

Gerade zur Klarstellung dieser prinzipiellen Grundlagen ruft das ZO die Sozialdemokratie ganz Rußlands auf: befassen wir uns also gerade mit dieser interessanten Frage, während ein ganz „uninteressanter“ Kampf um die Einberufung eines Plenums geführt wird!

Wir zitieren vollinhaltlich die Motive, aus denen heraus Trotzki erklärt, der Kampf des ZO entbehre jeder prinzipiellen Grundlage:

„Innerhalb *aller* (hervorgehoben von Trotzki) Strömungen in der Partei hat die Überzeugung tiefe Wurzeln geschlagen, daß es notwendig ist, die illegale Organisation wiederherzustellen, die legale und illegale Arbeit miteinander zu vereinigen und eine konsequente sozialdemokratische Taktik zu verfolgen, und diese grundlegenden Direktiven hat das letzte Plenum *einstimmig* festgelegt.

Die Schwierigkeit besteht gegenwärtig, ein Jahr nach dem Plenum, nicht darin, diese Wahrheiten zu verkünden, sondern darin, *sie in die Tat umzusetzen*. Der Weg dahin aber liegt in der einmütigen Zusammenarbeit aller Teile der Partei: der ‚Golos‘-Leute, der ‚Plechanowleute‘, der ‚Leninisten‘, der ‚Wperjod‘-Leute, der Fraktionslosen, denn die Partei ist geistig über die Periode der Kindheit schon hinaus, und es ist an der Zeit, daß alle ihre Mitglieder sich als *revolutionäre Sozialdemokraten*, als Patrioten ihrer Partei, ohne weitere Fraktionsbezeichnungen fühlen und so handeln. Und diese Zusammenarbeit muß im Rahmen der Gesamtpartei und nicht um Fraktionsorgane konzentriert betrieben werden.“

Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie gute Worte zu Phrasen herabgewürdigt werden, um die größte Unwahrheit, den größten Betrug sowohl an jenen, die sich an Phrasen berauschen, wie auch an der gesamten Partei zu bemänteln.

Es ist doch eine glatte und himmelschreiende *Unwahrheit* zu sagen, innerhalb *aller* Strömungen in der Partei habe die Überzeugung tiefe Wurzeln geschlagen, es sei notwendig, die illegale Organisation wieder-

herzustellen. Jede Nummer des „Golos“ zeigt, daß die „Golos“-Leute die Gruppe des Herrn Potressow und Co. für eine *Strömung in der Partei* halten und daß sie sie nicht nur für eine solche „halten“, sondern auch *systematisch* an ihrer „Arbeit“ mitwirken. Ist es nicht lächerlich, ist es nicht schändlich, jetzt, ein Jahr nach dem Plenum, Versteck zu spielen, sich selbst und die Arbeiter zu betrügen, sich durch Wortklaubereien herauszureden, wo es sich um „die Umsetzung in die Tat“ und nicht um Phrasen handelt?

Ja oder nein? Hält Trotzki die Herren Potressow und Co., die im ZO genau benannt sind, für eine „Strömung in der Partei“ oder nicht? Diese Frage ist eben die Frage danach, wie die Beschlüsse des Plenums „in die Tat umgesetzt“ werden, und *vor einem Jahr schon* hat das ZO diese Frage klar, scharf, unzweideutig gestellt, so gestellt, daß keinerlei Ausflüchte möglich sind!

Trotzki versucht immer wieder, sich durch Stillschweigen oder Phrasen herauszuwinden, denn er *muß* den Lesern und der Partei die *Wahrheit vorenthalten*, nämlich: daß die Gruppen des Herrn Potressow, der Sechzehn usw., die von der Partei absolut unabhängig, ganz und gar fraktionell abgesondert sind, nicht nur die illegale Organisation nicht wiederherstellen, sondern deren Wiederherstellung vereiteln und *überhaupt keine sozialdemokratische Taktik betreiben*. Trotzki muß der Partei die Wahrheit vorenthalten, daß die „Golos“-Leute eine ebensolche von der Partei losgelöste Auslandsfraktion darstellen, die in Wirklichkeit den russischen Liquidatoren dient.

Und die „Wperjod“-Leute? Trotzki weiß ausgezeichnet, daß auch sie *nach* dem Plenum ihre eigene Fraktion ausgebaut und entwickelt haben, mit von der Partei unabhängigen Mitteln, mit einer besonderen fraktionellen Schule, in der keineswegs eine „konsequent sozialdemokratische Taktik“ gelehrt wird, sondern vielmehr, daß „der Otsowismus eine berechnete Schattierung“ sei, in der otsowistische Auffassungen von der Rolle der III. Duma gelehrt werden, Auffassungen, wie sie in der fraktionellen Plattform des „Wperjod“ ihren Niederschlag gefunden haben.

Trotzki verschweigt diese unbestreitbare Wahrheit, weil für die *realen* Ziele seiner Politik die Wahrheit unerträglich ist. Die realen Ziele aber treten immer klarer zutage und werden sogar für die am wenigsten weitblickenden Parteimitglieder offensichtlich. Diese realen Ziele sind der

partei feindliche Block der Potressow mit den „Wperjod“-Leuten, ein Block, der von Trotzki unterstützt und organisiert wird. Die Annahme der Trotzki'schen Resolution (von der Art der „Wiener“) durch die „Golos“-Leute; das Liebäugeln der „Prawda“ mit den „Wperjod“-Leuten; das Geschwätz der „Prawda“, in Rußland seien überall nur „Wperjod“-Leute und Trotzki'stens tätig; die Reklame der „Prawda“ für die fraktionelle Schule der „Wperjod“-Leute; die direkte Unterstützung dieser Schule durch Trotzki – all das sind Tatsachen, die sich auf die Dauer nicht verheimlichen lassen. Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen.

Der Inhalt der Trotzki'schen Politik ist die „einmütige Arbeit“ der „Prawda“ mit den Fraktionen der Herren Potressow und der „Wperjod“-Leute. Die Rollen sind in diesem Block klar verteilt: Die Herren Potressow setzen, unabhängig von der Partei, ihre legalistische Tätigkeit, ihre Zerstörung der Sozialdemokratie fort, die „Golos“-Leute bilden die Auslandsfiliale dieser Fraktion, während Trotzki die Rolle des Advokaten übernimmt, der dem naiven Publikum versichert, daß „eine konsequente sozialdemokratische Taktik“ „innerhalb aller Strömungen in der Partei tiefe Wurzeln geschlagen hat“. Die „Wperjod“-Leute erhalten denselben Advokaten, der die Freiheit ihrer fraktionellen Schule verteidigt und ihre Politik mit heuchlerischen, abgeschmackten Phrasen bemäntelt. Dieser Block wird natürlich Trotzki's „Fonds“ und die gegen die Partei gerichtete Konferenz unterstützen, die von ihm einberufen wird, denn sowohl die Herren Potressow als auch die „Wperjod“-Leute bekommen hier das, was sie brauchen: Freiheit für ihre Fraktionen, deren Sanktionierung, die Bemäntelung ihrer Tätigkeit und deren advokatenhafte Verteidigung gegenüber den Arbeitern.

Und gerade vom Standpunkt der „prinzipiellen Grundlagen“ können wir nicht umhin, diesen Block als *Abenteurertum* im wahrsten Sinne des Wortes zu bezeichnen. Zu sagen, daß er in Potressow, in den Otsowisten wahre Marxisten, wirkliche Verfechter der prinzipiellen Grundlagen des Sozialdemokratismus erblicke, das *wagt* Trotzki nicht. Das ist ja das Wesentliche an der Haltung eines Abenteurers, daß er sich ständig drehen und wenden muß. Denn jedermann sieht und weiß, daß die Herren Potressow und die Otsowisten *allesamt* ihre *eigene* (antisozialdemokratische) Linie haben und sie *verfolgen*, während die Diplomaten aus dem

„Golos“ und aus dem „Wperjod“ zu nichts anderem als zur Tarnung dienen.

Die tiefste Ursache, warum der neue Block dazu *verurteilt* ist, in die Brüche zu gehen, wie groß sein Erfolg vor den spießbürgerlichen Elementen auch sein mag, welche „Fonds“ Trotzki mit Hilfe der „Quellen“ der „Wperjod“- und Potressow-Leute auch sammeln mag, besteht darin, daß dieser Block *prinzipienlos* ist. Die Theorie des Marxismus, die „*prinzipiellen Grundlagen*“ unserer ganzen Weltanschauung, unseres ganzen Parteiprogramms und unserer Taktik sind jetzt nicht zufällig, sondern unvermeidlich im gesamten Leben der Partei in den Vordergrund gerückt. Es war nicht zufällig, sondern unvermeidlich, daß nach dem Mißerfolg der Revolution in *allen* Klassen der Gesellschaft, in den breitesten *Massen* des Volkes das Interesse erwachte für die Grundlagen der gesamten Weltanschauung bis zu den Fragen der Religion und der Philosophie, bis zu den *Prinzipien* unserer marxistischen Lehre *insgesamt*. Nicht zufällig, sondern unvermeidlich haben die Massen, durch die Revolution in den heftigen Kampf um die Fragen der Taktik hineingezogen, in einer Zeit, wo es keine offenen Aktionen gibt, Anspruch auf *allgemeintheoretisches* Wissen erhoben. Man muß diesen Massen erneut die *Grundlagen des Marxismus* erklären, die Verteidigung der marxistischen Theorie wird wieder zur Tagesaufgabe. Wenn Trotzki die Annäherung zwischen den parteitreuen Menschewiki und den Bolschewiki für „politisch nichtsagend“ und „unbeständig“ erklärt, so zeigt das nur um so deutlicher, wie tief seine eigene Unwissenheit, wie völlig nichtssagend er selber ist. Gerade die prinzipiellen Grundlagen des Marxismus haben triumphiert im Kampf der Bolschewiki gegen die nichtsozialdemokratischen Ideen der „Wperjod“-Leute, im Kampf der parteitreuen Menschewiki gegen die Herren Potressow und die „Golos“-Leute. Gerade diese Annäherung in der Frage der *prinzipiellen Grundlagen* des Marxismus bot die *reale Basis* für eine wirklich einmütige Arbeit der parteitreuen Menschewiki mit den Bolschewiki während des ganzen Jahres nach dem Plenum. Das ist eine Tatsache, das sind keine bloßen Worte, keine Versprechungen, keine „wohlgemeinten Resolutionen“. Und welcher Art die Meinungsverschiedenheiten zwischen Menschewismus und Bolschewismus in Vergangenheit und Zukunft auch immer sein mögen (nur Abenteurer sind imstande, die Menge durch *Versprechungen* zu locken, die Meinungsverschiedenheiten würden

verschwinden, sie würden durch diese oder jene Resolution „liquidiert“ werden), diese historische Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Nur die innere Entwicklung der wichtigsten Fraktionen *selbst*, nur ihre *eigene* ideologische Evolution kann Gewähr bieten für eine wirkliche Aufhebung der Fraktionen durch ihre Annäherung, durch ihre Erprobung in der gemeinsamen Arbeit. Und das hat nach dem Plenum angefangen. Eine einmütige Arbeit Potressows mit den „Wperjod“-Leuten und mit Trotzki haben wir *noch nicht* gesehen, wir sahen weiter nichts als Cliquendiplomatie, ein Spiel mit Worten, Solidarität in Ausflüchten. Eine einmütige Arbeit der parteitreuen Menschewiki mit den Bolschewiki aber hat die Partei ein Jahr hindurch gesehen, und jeder, der den *Marxismus* zu schätzen weiß, jeder, dem die „prinzipiellen Grundlagen“ des Sozialdemokratismus teuer sind, wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß neun Zehntel der Arbeiter *beider* Fraktionen für *diese* Annäherung sein werden.

Der Block Trotzki mit Potressow und den „Wperjod“-Leuten ist gerade vom Standpunkt der „prinzipiellen Grundlagen“ ein Abenteuer. Nicht weniger richtig ist das vom Standpunkt der *partei politischen* Aufgaben. Diese Aufgaben sind in der Tat vom Plenum *einstimmig* dargelegt worden, aber sie laufen keineswegs auf jene banale Phrase hinaus: Vereinigung der legalen mit der illegalen Arbeit (die Kadetten „vereinigen“ ja auch die legale „Retsch“⁴⁸ mit dem illegalen „kadettischen“ ZK), die Trotzki absichtlich wählt, um den Herren Potressow und den „Wperjod“-Leuten, die gegen leere Phrasen und Banalitäten nichts einzuwenden haben, einen Gefallen zu tun.

„Die historische Situation der sozialdemokratischen Bewegung in der Epoche der bürgerlichen Konterrevolution“, heißt es in der Resolution des Plenums, „erzeugt unvermeidlich, als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat, einerseits die Ablehnung der illegalen sozialdemokratischen Partei, die Herabsetzung ihrer Rolle und Bedeutung, Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Lösungen der revolutionären Sozialdemokratie zu beschneiden usw.; anderseits – die Ablehnung der Dumatätigkeit der Sozialdemokratie und der Ausnutzung legaler Möglichkeiten, Unverständnis für die Bedeutung des einen wie des anderen, Unvermögen, die revolutionäre sozialdemokratische Taktik den besonderen historischen Verhältnissen der gegenwärtigen Situation anzupassen usw.“

Nach den *Erfahrungen eines Jahres* darf man einer direkten Antwort auf die Frage, welche *reale* Bedeutung diese Direktiven haben, nicht aus-

weichen. Man darf nicht vergessen, daß auf dem Plenum *sämtliche* nationalen Vertreter (denen sich damals Trotzki anschloß, der sich ja ständig jeglicher Mehrheit in dieser oder jener Situation anschließt) die schriftliche Erklärung abgaben, daß es „grundsätzlich erwünscht wäre, die in der Resolution erwähnte Strömung, gegen die es zu kämpfen gilt, als Liquidatorientum zu bezeichnen“.

Ein Jahr Erfahrung nach dem Plenum hat in der Praxis gezeigt, daß gerade die Gruppen Potressows, gerade die Fraktion der „Wperjod“-Leute, diesen bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat verkörpern. Diese offenkundige Tatsache zu *umgehen*, ist eben Abenteuerium, denn niemand hat bisher den Mut gehabt, geradeheraus zu sagen, daß die Potressow und Co. *keine* liquidatorische Linie verfolgten, daß es der Parteilinie *entspreche*, wenn man den Otsowismus als eine „berechtigte Schattierung“ anerkenne. Wir haben nicht umsonst das Jahr nach dem Plenum durchlebt. Wir sind an Erfahrung reicher geworden. Wir haben das Auftauchen der damals vermerkten Tendenzen *in der Praxis* gesehen. Wir haben Fraktionen gesehen, die diese Tendenzen verkörperten. Und durch *Worte* von der „*einmütigen Arbeit*“ dieser *partei feindlichen* Fraktionen angeblich im Geiste „*der Partei*“ kann man breite Arbeiterschichten jetzt schon nicht mehr täuschen.

Drittens schließlich ist die Politik Trotzki's ein Abenteuer in *organisatorischem* Sinne, denn sie sprengt, wie wir bereits aufzeigten, die Parteigesetzlichkeit und beschreitet mit der Organisierung einer Konferenz im Namen *einer* Auslandsgruppe (oder im Namen eines Blocks von *zwei* partei feindlichen Fraktionen, der „Golos“- und der „Wperjod“-Leute) direkt den Weg der Spaltung. Autorisiert, im Namen der Gesamtpartei zu sprechen, sind wir verpflichtet, die Parteigesetzlichkeit bis zum letzten zu verteidigen. Aber wir wollen keineswegs, daß die Parteimitglieder vor lauter Formen der „Gesetzlichkeit“ das *Wesen* der Sache nicht sehen. Im Gegenteil, wir lenken das *Hauptaugenmerk* der Sozialdemokraten gerade auf das *Wesen* der Sache, das auf einen Block der „Golos“-Leute mit den „Wperjod“-Leuten hinausläuft, der den Herren Potressow die volle Freiheit wahrt, liquidatorisch tätig zu sein, und den Otsowisten, die Partei zu zerstören.

Wir appellieren an alle Sozialdemokraten, entschlossen für die Parteigesetzlichkeit zu kämpfen, gegen den partei feindlichen Block im Namen

der prinzipiellen Grundlagen des Marxismus und der Säuberung des Sozialdemokratismus von Liberalismus und Anarchismus.

PS. Die Herausgabe des obigen Artikels als Sonderdruck (die auf Grund der Zustimmung der Redaktionsmehrheit erfolgte – der beiden Vertreter der bolschewistischen Strömung und des Vertreters der polnischen Organisation) zog einen als Flugblatt verbreiteten Protest der beiden anderen Redaktionsmitglieder – der „Golos“-Leute – nach sich. In diesem Flugblatt gehen die Verfasser aber nicht auf den eigentlichen Inhalt des Artikels „Über die Lage in der Partei“ ein, sondern beschuldigen die Mehrheit der Redaktion: 1. ihre, der beiden Mitredakteure, formalen Rechte verletzt, 2. „der Polizei Denunziantendienste“ geleistet zu haben. Wir halten es für das allerbeste – da nun einmal die Auseinandersetzung nicht auf der Ebene der Prinzipien und der Taktik, sondern auf dem Gebiet organisatorischer Zänkereien und persönlicher Angriffe geführt wird –, sie ganz in das Zentralkomitee zu verlegen. Wir glauben, daß alle parteitreuen Genossen, auch ohne die Entscheidung des ZK in dieser Frage abzuwarten, die Methoden der „Polemik“ der zwei Redaktionsmitglieder, Martows und Dans, so zu würdigen verstehen, wie sie es verdienen.

*Geschrieben im Dezember 1910,
nicht später als am 15. (28.).*

*Veröffentlicht am 23. oder 24.
Dezember 1910 (5. oder 6.
Januar 1911) als Sonderdruck
aus dem „Sozial-Demokrat“
Nr. 19.*

*Nach dem Sonderdruck, verglichen
mit dem in der Beilage zu Nr. 19/20
des „Sozial-Demokrat“ veröffentlichten
Text.*

ÜBER EINIGE BESONDERHEITEN DER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG DES MARXISMUS⁴⁹

Unsere Lehre, sagte Engels von sich und seinem berühmten Freund, ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. In diesem klassischen Satz ist mit wunderbarer Kraft und Prägnanz jene Seite des Marxismus hervorgehoben, die sehr oft außer acht gelassen wird. Wenn wir sie aber außer acht lassen, machen wir den Marxismus zu einer einseitigen, mißgestalteten, toten Lehre, nehmen wir ihm die lebendige Seele, untergraben wir seine fundamentale theoretische Grundlage – die Dialektik, die Lehre von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung, untergraben wir seinen Zusammenhang mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können.

Namentlich in unserer Zeit trifft man unter denjenigen, die sich für die Geschehnisse des Marxismus in Rußland interessieren, besonders häufig Leute, die gerade diese Seite des Marxismus außer acht lassen. Es ist indes jedermann klar, daß Rußland in den letzten Jahren solch jähe Wendungen durchgemacht hat, die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und ungewöhnlich schroff die Situation veränderten, die soziale und politische Situation, die in erster Linie und unmittelbar die Bedingungen des Handelns und folglich auch die Aufgaben des Handelns bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von den allgemeinen und grundlegenden Aufgaben, die sich bei den Wendungen der Geschichte nicht verändern, falls sich das grundlegende Verhältnis der Klassen zueinander nicht verändert. Es ist ganz offensichtlich, daß sich die allgemeine Richtung der ökonomischen (und nicht nur der ökonomischen) Evolution Rußlands ebenso wie das grundlegende Verhältnis der verschiedenen Klassen der russischen Gesell-

schaft zueinander in den letzten, sagen wir, sechs Jahren nicht gewandelt hat.

Aber die Aufgaben des nächsten und unmittelbaren Handelns änderten sich in dieser Zeit sehr schroff, so wie sich die konkrete soziale und politische Situation änderte, und *folglich mußten* auch im Marxismus als einer lebendigen Lehre jeweils *verschiedene* seiner Seiten in den Vordergrund treten.

Um diesen Gedanken zu erläutern, wollen wir die Veränderung der konkreten sozialen und politischen Situation in den letzten sechs Jahren näher untersuchen. Vor uns zeichnen sich sofort zwei Zeitabschnitte von je drei Jahren ab, in die sich diese Periode gliedert: einer, der etwa mit dem Sommer 1907, und einer, der mit dem Sommer 1910 abschließt. Die ersten drei Jahre sind, rein theoretisch betrachtet, durch rasche Veränderungen der Grundzüge der Staatsordnung Rußlands charakterisiert, wobei der Gang dieser Veränderungen sehr ungleichmäßig, der Ausschlag der Schwankungen nach beiden Seiten sehr groß war. Die soziale und ökonomische Basis dieser Veränderungen des „Überbaus“ waren so offene, eindrucksvolle Massenaktionen *aller* Klassen der russischen Gesellschaft auf den *verschiedensten* Gebieten (Tätigkeit in und außerhalb der Duma, Presse, Verbände, Versammlungen usw.), wie sie in der Geschichte nicht oft zu beobachten sind.

Dagegen sind die zweiten drei Jahre – wir beschränken uns diesmal, wie gesagt, auf den rein theoretischen „soziologischen“ Gesichtspunkt – durch eine so langsame Evolution gekennzeichnet, daß sie beinah einem Stillstand gleichkommt. Keine irgendwie merklichen Veränderungen in der Staatsordnung. Keine oder fast keine offenen und verschiedenartigen Aktionen der *Klassen* auf den meisten jener „Schauplätze“, auf denen sich diese Aktionen in der vorhergehenden Periode abgespielt hatten.

Die Ähnlichkeit der beiden Perioden besteht darin, daß die Evolution Rußlands während der einen wie der anderen Periode die frühere, kapitalistische Evolution blieb. Der Widerspruch zwischen dieser ökonomischen Evolution und dem Bestehen einer ganzen Reihe feudaler, mittelalterlicher Institutionen wurde nicht beseitigt; er blieb ebenfalls der frühere und wurde durch das teilweise Eindringen eines gewissen bürgerlichen Inhalts in diese oder jene einzelnen Institutionen nicht ausgeglichen, sondern eher verschärft.

Der Unterschied zwischen dieser und jener Periode besteht darin, daß in der ersten Periode im Vordergrund des historischen Handelns die Frage stand, wie sich das Resultat der obengenannten schnellen und ungleichmäßigen Veränderungen gestalten wird. Der Inhalt dieser Veränderungen mußte infolge des kapitalistischen Charakters der Evolution Rußlands ein bourgeois sein; aber es gibt Bourgeoisie und Bourgeoisie. Die mittlere und die Großbourgeoisie, die einen mehr oder weniger gemäßigten Liberalismus vertritt, fürchtete allein schon auf Grund ihrer Klassenstellung jähe Veränderungen und strebte die Erhaltung bedeutender Überreste der alten Institutionen sowohl in der Agrarordnung als auch im politischen „Überbau“ an. Die ländliche Kleinbourgeoisie, verflochten mit der von „ihrer Hände Arbeit“ lebenden Bauernschaft, mußte unbedingt *anders* geartete bürgerliche Umgestaltungen anstreben, die für allen möglichen mittelalterlichen Plunder viel weniger Platz übriglassen. Die Lohnarbeiter mußten, soweit sie zu dem, was um sie her vorging, ein bewußtes Verhältnis hatten, unbedingt eine bestimmte Einstellung zu dieser Kollision zweier verschiedener Tendenzen gewinnen, die beide im Rahmen der bürgerlichen Ordnung blieben, die aber ganz unterschiedliche Formen dieser Ordnung, ein ganz unterschiedliches Tempo ihrer Entwicklung, eine unterschiedliche Reichweite ihrer fortschrittlichen Einflüsse bedingten.

Auf diese Weise hat die Epoche der weiter zurückliegenden drei Jahre nicht zufällig, sondern zwangsläufig im Marxismus jene Fragen in den Vordergrund gerückt, die man als Fragen der Taktik zu bezeichnen pflegt. Es gibt nichts Irrigeres als die Meinung, die Diskussionen und Differenzen wegen dieser Fragen wären „Intellektuellen“diskussionen, wären „ein Kampf um den Einfluß auf das unreife Proletariat“ gewesen, sie hätten die „Anpassung der Intelligenz an das Proletariat“ zum Ausdruck gebracht, wie das alle möglichen „Wechi“-Leute glauben. Im Gegenteil, gerade weil die betreffende Klasse reif geworden war, konnte sie nicht gleichgültig bleiben gegenüber der Kollision der zwei verschiedenen Tendenzen in der gesamten bürgerlichen Entwicklung Rußlands, und die Ideologen dieser Klasse mußten unbedingt theoretische Formulierungen finden, die (unmittelbar oder mittelbar, in direkter oder umgekehrter Widerspiegelung) diesen verschiedenen Tendenzen entsprachen.

In den zweiten drei Jahren stand die Kollision der verschiedenen Tendenzen in der bürgerlichen Entwicklung Rußlands *nicht* auf der Tages-

ordnung, denn diese *beiden* Tendenzen wurden von den Erzreaktionären niedergehalten, zurückgedrängt, nach innen getrieben und für einige Zeit zum Schweigen gebracht. Die mittelalterlichen Erzreaktionäre drängten sich nicht nur in den Vordergrund, sie erfüllten auch die Herzen breiter Schichten der bürgerlichen Gesellschaft mit einer „Wechi“-Stimmung, mit dem Geist der Resignation, der Entsagung. Nicht eine Kollision zweier Methoden der Umgestaltung des Alten, sondern der Verlust des Glaubens an jedwede Umgestaltung, ein Geist des „Sichfügens“ und der „Reue“, eine Passion für antisoziale Lehren, die Mode des Mystizismus usw. kamen an die Oberfläche.

Und dieser auffallend schroffe Wechsel war weder ein Zufall noch das Resultat bloßen „äußeren“ Druckes. Die vorhergehende Epoche hatte Bevölkerungsschichten, die Generationen, Jahrhunderte hindurch abseits der ihnen fremden politischen Fragen gestanden hatten, so intensiv aufgerüttelt, daß eine „Umwertung aller Werte“, eine neue Arbeit an den Grundproblemen, ein neues Interesse für die Theorie, für die Anfangsgründe, für das Lernen von Grund auf natürlich und unausbleiblich waren. Die Millionen, die plötzlich aus langem Schlaf geweckt waren und sich mit einem Male vor die wichtigsten Probleme gestellt sahen, konnten sich nicht lange auf dieser Höhe halten, konnten nicht ohne eine Pause auskommen, ohne eine Rückkehr zu den elementaren Fragen, ohne eine neue Vorbereitung, die helfen würde, die unerhört reichen Lehren „zu verdauen“ und einer unvergleichlich breiteren Masse die Möglichkeit zu geben, von neuem, aber schon bei weitem fester, bewußter, zuversichtlicher, standhafter vorwärtszuschreiten.

Die Dialektik der historischen Entwicklung gestaltete sich so, daß in der ersten Periode die Durchführung der unmittelbaren Umgestaltungen auf allen Lebensgebieten des Landes auf der Tagesordnung stand, in der zweiten dagegen die Verarbeitung der Erfahrungen, ihre Aneignung durch breitere Schichten, das Eindringen dieser Erfahrungen – wenn man sich so ausdrücken darf – in die Untergründe, in die zurückgebliebenen Reihen der verschiedenen Klassen.

Gerade weil der Marxismus kein totes Dogma, nicht irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln ist, gerade deshalb mußte er unbedingt den auffallend schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens

widerspiegeln. Als Widerspiegelung dieses Wechsels traten tiefgehender Zerfall, Zerfahrenheit, alles mögliche Wanken und Schwanken, mit einem Wort – eine sehr ernste *innere* Krise des Marxismus in Erscheinung. Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschlossene und hartnäckige Kampf für die *Grundlagen* des Marxismus trat wieder auf die Tagesordnung. Außerordentlich breite Schichten jener Klassen, die bei der Formulierung ihrer Aufgaben den Marxismus nicht übergehen können, hatten sich in der vorhergehenden Epoche den Marxismus höchst einseitig und entstellt angeeignet, indem sie sich diese oder jene „Losungen“, diese oder jene Antworten auf taktische Fragen eingeprägt hatten, *ohne* die marxistischen Kriterien dieser Antworten *begriffen* zu haben. Die „Umwertung aller Werte“ auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens führte zu einer „Revision“ der abstraktesten und allgemeinsten philosophischen Grundlagen des Marxismus. Der Einfluß der bürgerlichen Philosophie in ihren mannigfaltigen idealistischen Schattierungen fand seinen Niederschlag in der machistischen Seuche unter den Marxisten. Die Wiederholung der auswendig gelernten, aber nicht verstandenen, nicht durchdachten „Losungen“ führte zu einer starken Verbreitung hohler Phrasen, die in der Praxis auf absolut unmarxistische, kleinbürgerliche Strömungen hinausliefen, von der Art des offenen oder des verschämten „Otsowismus“ oder der Anerkennung des Otsowismus als „berechtigter Schattierung“ des Marxismus.

Andererseits drang der „Wechi“-Geist, der Geist der Entsagung, von dem breiteste Schichten der Bourgeoisie erfaßt worden waren, auch in jene Strömung ein, die bestrebt ist, die marxistische Theorie und Praxis in den Rahmen der „Mäßigung und Akkuratess“ hineinzuzwängen. Marxistisch ist hier nur noch die Phraseologie geblieben, die die ganz und gar von liberalem Geist durchdrungenen Betrachtungen über „Hierarchie“ und „Hegemonie“ usw. verhüllt.

Es kann natürlich nicht die Aufgabe des vorliegenden Artikels sein, diese Betrachtungen zu analysieren. Es genügt, auf sie hinzuweisen, um das zu illustrieren, was oben über die Tiefe der Krise gesagt wurde, die der Marxismus durchmacht, über ihren Zusammenhang mit der ganzen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation der gegenwärtigen Periode. Über die Fragen, die durch diese Krise aufgeworfen worden sind, kann man nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es gibt nichts Schäd-

licheres und Prinzipienloseres als Versuche, diese Fragen mit Phrasen abzutun. Es gibt nichts Wichtigeres als den Zusammenschluß aller Marxisten, die die Tiefe der Krise und die Notwendigkeit, sie zu bekämpfen, erkannt haben, um die theoretischen Grundlagen des Marxismus und seine Fundamentalsätze zu verteidigen, welche von ganz entgegengesetzten Seiten her, infolge der Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses auf die verschiedensten „Mitläufer“ des Marxismus, verzerrt werden.

Die vorhergehenden drei Jahre haben breite Schichten zur bewußten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erweckt; in vielen Fällen beginnen sie jetzt zum erstenmal, den Marxismus richtig kennenzulernen. Die bürgerliche Presse erzeugt in dieser Beziehung viel mehr irrige Ansichten als früher und verbreitet sie in weiteren Kreisen. Ein Zerfall innerhalb des Marxismus ist unter solchen Umständen besonders gefährlich. Die Ursachen für die Unvermeidlichkeit dieses Zerfalls in der gegenwärtigen Zeit zu begreifen und sich zu seiner konsequenten Bekämpfung zusammenzuschließen ist deshalb für die Marxisten im unmittelbarsten und genauesten Sinne des Wortes die Aufgabe der Epoche.

„Swesda“ Nr. 2,
23. Dezember 1910.
Unterschrift: W. J. Lenin.

Nach dem Text der „Swesda“.

UBER DIE SCHAMROTE DES JUDUSCHKA TROTZKI

Juduschka Trotzki hat sich auf dem Plenum gegen das Liquidatorenentum und den Otsowismus schier überschlagen. Er hat beteuert und geschworen, daß er ein parteitreuer Mensch sei. Er bekam Unterstützung.

Nach dem Plenum wurde das ZK schwächer, die „Wperjod“-Leute wurden stärker – versorgten sich mit Geld. Die Liquidatoren wurden stärker, spien vor Stolypin in der „Nascha Sarja“²⁰ der illegalen Partei ins Gesicht.

Juduschka entfernte den Vertreter des ZK aus der „Prawda“ und begann, im „Vorwärts“²¹ liquidatorische Artikel zu schreiben. Entgegen dem direkten Beschluß der vom Plenum ernannten Schulkommission, die festlegte, daß kein Lektor der Partei in die fraktionelle Schule der „Wperjod“-Leute fahren darf, fuhr Juduschka Trotzki doch dorthin und beriet den Plan der Konferenz mit den „Wperjod“-Leuten. Dieser Plan wurde jetzt von der Gruppe „Wperjod“ als Flugblatt veröffentlicht.

Und dieser Juduschka schlägt sich an die Brust und erhebt ein Geschrei über seine Parteiverbundenheit, beteuert, daß er vor den „Wperjod“-Leuten und den Liquidatoren durchaus nicht geliebbedienert habe.

So steht es mit der Schamröte des Juduschka Trotzki.

*Geschrieben im Januar 1911,
nach dem 2. (15.).*

*Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1932
in der „Prawda“ Nr. 21.*

Nach dem Manuskript.

DIE LAUFBAHN EINES RUSSISCHEN TERRORISTEN

Mit diesem Untertitel hat der Vertreter der Partei der Sozialrevolutionäre, Herr Rubanowitsch, seinen Artikel in der französischen sozialistischen Zeitung „l'Humanité“²² über den Tod Karaulows versehen. Diese Laufbahn ist in der Tat lehrreich.

Nach dem 1. März 1881 ging Karaulow nach Paris und wandte sich an das Haupt der Narodnaja Wolja mit dem Vorschlag, ihn mit dem Wiederaufbau der Organisation zu betrauen. Der Redakteur des „Westnik Narodnoi Woli“²³, der spätere Renegat Tichomirow, gab ihm die Vollmacht. Karaulow kehrte mit Lopatin, Suchomlin u. a. nach Rußland zurück. 1884 wird er in Kiew verhaftet und vom Gericht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, während seine Kollegen zum Tode oder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden.

Wodurch ist diese, wie sich Herr Rubanowitsch ausdrückt, „seltsame Nachsicht“ zu erklären? Man sagt, berichtet Herr Rubanowitsch, daß der Vorsitzende des Militärgerichts durch Karaulows Ähnlichkeit mit seinem auf tragische Weise umgekommenen Sohn frappiert war. Aber „es gibt auch andere Erklärungen für diese seltsame Nachsicht“, fügt Herr Rubanowitsch hinzu, ohne zu sagen, welcher Art diese anderen Erklärungen seien.*

Die jüngste „Laufbahn“ Karaulows erregt hingegen keinerlei Zweifel. 1905 trat er dermaßen offen gegen die Revolutionäre auf, daß ihn die Wähler bei den Wahlen zur I. wie zur II. Duma durchfallen ließen. „Wenn ich zwei Lager vor mir habe“, erklärte Karaulow in einer öffent-

* Es handelt sich offenbar um den laut gewordenen Verdacht, daß Karaulow „aufrichtige Aussagen“ gemacht habe.

lichen Versammlung (laut Bericht der „Birschewyje Wedomosti“²⁶), „in dem einen Regierungstruppen und in dem anderen Revolutionäre mit der sattsam bekannten Losung der Diktatur des Proletariats, dann werde ich, ohne lange zu überlegen, mit den ersteren gegen die zweiten gehen.“ Es ist nicht verwunderlich, daß Witte sich darum bemühte, einem solchen Menschen die bürgerlichen Rechte wieder zuzuerkennen. Kein Wunder auch, daß Karaulow in der III. Duma einen der ersten Plätze eingenommen hat unter den niederträchtigsten, konterrevolutionären Kadetten, die ständig scheinheilige Phrasen im Munde führen.

Es ist verwunderlich, daß sich Leute finden, die, obwohl sie es fertigbringen, sich als mit der Demokratie Sympathisierende zu bezeichnen, jetzt, anlässlich des Todes Karaulows, diesen als „Demokraten“, „Kämpfer“ usw. ehren.

Es ist verwunderlich, daß Herr Rubanowitsch, ein Vertreter der Partei der Sozialrevolutionäre, in dem französischen sozialistischen Organ schreiben kann: „Vieles ist dem früheren Sozialrevolutionär, der in das Lager der Gemäßigten übergegangen ist, zu verzeihen, weil er es verstanden hat, die besten Saiten anzuschlagen.“ (Es handelt sich um jene Dumasitzung, in der die Rechten Karaulow einen Zuchthäusler nannten und er zur Antwort gab, daß er stolz darauf sei.)

Für eine effektvolle *Phrase* eine Renegatenlaufbahn „verzeihen“ – das entspricht dem Geist der Sozialrevolutionäre. Renegaten gibt es in allen revolutionären Parteien, in allen Ländern, und stets gibt es unter ihnen Meister der Effekthascherei. Daß aber Revolutionäre, Vertreter „revolutionärer“ Parteien, öffentlich verkünden: einem Renegaten wird für einen geschickten Zwischenruf „viele verziehen“ – das kommt nicht oft vor. Dazu ist notwendig, daß es in der angeblich „revolutionären“ Partei einen sehr großen Anteil von *Liberalen mit der Bombe* gibt. Dazu ist notwendig, daß diese Liberalen, wenn sie keine Bombe mehr haben, sich in den „revolutionären“ Parteien häuslich niederlassen können, die sich um die Verteidigung der revolutionären Prinzipien, des revolutionären Vermächtnisses, der revolutionären Ehre und Pflicht überhaupt nicht scheren.

Es gibt noch eine andere, tiefere Lehre, die sich aus der „Laufbahn eines russischen Terroristen“ ergibt. Das ist die Lehre des Klassenkampfes, das ist die Illustration dessen, daß jetzt in Rußland allein die revolutionären *Klassen Stütze* von auch nur einigermaßen ernst zu nehmenden revolu-

tionären Parteien sein können. Nicht Karaulow allein, sondern die *Masse* der bürgerlichen Intelligenz, die vor kurzem noch demokratisch, ja sogar revolutionär gesinnt war, hat jetzt der Demokratie und der Revolution *den Rücken gekehrt*. Das ist kein Zufall, sondern das unvermeidliche Ergebnis der Entwicklung des Klassenbewußtseins der russischen Bourgeoisie, die *aus der Erfahrung* gelernt hat, wie nahe der Augenblick ist, wo das „Lager“ der Monarchie und das Lager der Revolution einander entgegentreten werden, die aus der Erfahrung gelernt hat, *welche* Wahl sie, die Bourgeoisie, dabei zu treffen hat.

Wer aus den großen Lehren der russischen Revolution lernen will, der muß begreifen, daß nur die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats, nur die Organisierung *dieser* Klasse, nur die Säuberung ihrer Partei von den kleinbürgerlichen „Mitläufern“ und der ihnen eigenen Prinzipienlosigkeit, ihrem Wankelmüt und ihrer Schwäche, das Volk erneut zu Siegen über die Monarchie der Romanow führen *kann* und mit Sicherheit führen wird.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 19/20,
13. (26.) Januar 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

L. N. TOLSTOI UND SEINE EPOCHE

Die Epoche, der L. Tolstoi angehört und die in seinen genialen belletristischen Werken wie in seiner Lehre wunderbar plastisch Widerspiegelung gefunden hat, ist die Epoche nach 1861 bis zum Jahre 1905. Die literarische Tätigkeit Tolstois allerdings nahm früher ihren Anfang und fand später ihr Ende, als diese Periode begann beziehungsweise endete, doch als Künstler und Denker gelangte L. Tolstoi zur vollen Reife gerade in dieser Periode, deren Übergangscharakter den Werken Tolstois wie dem „Tolstojanertum“ alle ihre charakteristischen Züge verliehen hat.

Durch die Worte, die er K. Lewin in „Anna Karenina“ in den Mund legte, hat L. Tolstoi überaus prägnant zum Ausdruck gebracht, worin die russische Geschichte in diesem halben Jahrhundert gipfelte:

„Unterhaltungen über die Ernte, über Einstellung von Arbeitern u. a. m., die, wie Lewin wußte, als etwas sehr Ordinäres galten . . . erschien Lewin jetzt als allein wichtig. ‚Vielleicht war das nicht wichtig unter der Leibeigenschaft, oder es ist unwichtig in England. In beiden Fällen sind die Verhältnisse selbst fest umrissen; aber bei uns jetzt, wo dies alles umgekrempelt worden ist und alles eben erst Gestalt gewinnt, ist die Frage, wie diese Verhältnisse sich gestalten werden, die einzig wichtige Frage in Rußland‘, dachte Lewin.“ (Werke, Bd. X, S. 137.)

„Bei uns ist dies alles jetzt umgekrempelt worden und alles gewinnt eben erst Gestalt“ – man kann sich schwerlich eine treffendere Charakteristik der Periode von 1861 bis 1905 vorstellen. Was „umgekrempelt worden ist“, weiß man gut oder es ist zum mindesten jedem Russen durchaus bekannt. Es ist die Leibeigenschaft und das ganze ihr entsprechende „alte Regime“. Das, was „eben erst Gestalt gewinnt“, ist der breiten

Masse der Bevölkerung völlig unbekannt, fremd, unverständlich. Tolstoi erscheint diese „eben erst Gestalt gewinnende“ bürgerliche Ordnung verschwommen in Gestalt eines Schreckgespenstes – Englands. Jawohl: eines Schreckgespenstes, denn Tolstoi lehnt sozusagen prinzipiell jedweden Versuch ab, sich die Grundzüge der Gesellschaftsordnung in diesem „England“, den Zusammenhang dieser Ordnung mit der Herrschaft des Kapitals, mit der Rolle des Geldes, mit dem Aufkommen und der Entwicklung des Tauschverkehrs klarzumachen. Ähnlich wie die Volkstümpler will er nicht sehen, verschließt er die Augen, wendet er sich von dem Gedanken ab, daß in Rußland keine andere als die bürgerliche Ordnung „Gestalt gewinnt“.

Richtig ist, daß es, wenn auch nicht die „einzig wichtige“, so doch eine vom Standpunkt der nächstliegenden Aufgaben der gesamten gesellschaftlich-politischen Tätigkeit in Rußland für die Periode von 1861–1905 (und noch für unsere Zeit) überaus wichtige Frage war, wie diese Ordnung, die bürgerliche Ordnung, „Gestalt gewinnen wird“, die in „England“, Deutschland, Amerika, Frankreich usw. sehr mannigfaltige Formen annimmt. Für Tolstoi jedoch ist eine so bestimmte, konkret-historische Fragestellung etwas völlig Fremdes. Er denkt abstrakt, er läßt nur den Standpunkt „ewiger“ Grundsätze der Sittlichkeit, ewiger Wahrheiten der Religion gelten, ohne sich bewußt zu sein, daß dieser Standpunkt nur die ideologische Widerspiegelung der alten („ungekrempelten“) Ordnung, des Regimes der Leibeigenschaft, der Lebensordnung der östlichen Völker ist.

In seinem (1857 geschriebenen) „Luzern“ sagt L. Tolstoi, die „Zivilisation“ als Segnung zu erkennen, sei ein „eingebildetes Wissen“, das „das instinktive, gesegnete, erwüchsige Verlangen nach dem Guten in der menschlichen Natur erstickt“. „Wir haben nur einen, einen einzigen unfehlbaren Führer“, ruft Tolstoi aus, „den Weltgeist, der uns durchdringt.“ (Werke, II, 125.)

In „Sklaverei unserer Zeit“ (geschrieben 1900) erklärt Tolstoi, diese Appellationen an den Weltgeist noch eifriger wiederholend, die politische Ökonomie für eine „Pseudowissenschaft“, weil sie das „kleine, eine Ausnahmestellung einnehmende England“ zum „Muster“ nehme, statt „die Lage der Menschen in der ganzen Welt seit Beginn der historischen Zeit“ zum Muster zu nehmen. Wie diese „ganze Welt“ beschaffen ist, das offen-

bart uns der Aufsatz „Der Fortschritt und die Definition der Bildung“ (1862). Die Ansicht der „Historiker“, daß der Fortschritt „ein allgemeines Gesetz für die Menschheit“ sei, tut Tolstoi mit der Berufung auf den „ganzen sogenannten Osten“ ab (IV, 162). „Ein allgemeines Gesetz für die Vorwärtsbewegung der Menschheit gibt es nicht“, erklärt Tolstoi, „wie uns dies die unbeweglichen Völker des Ostens beweisen.“

Der reale historische Gehalt des Tolstoianertums liegt eben darin, eine Ideologie der östlichen Ordnung, der asiatischen Ordnung zu sein. Daher sowohl die Asketik als auch der Verzicht auf gewaltsamen Widerstand gegen das Böse, sowohl die anklingenden Untertöne des Pessimismus als auch die Überzeugung, daß „alles nichts, alles ein materielles Nichts“ sei („Über den Sinn des Lebens“, S. 52), ferner der Glaube an einen „Geist“, ein „Urprinzip von allem“, demgegenüber der Mensch nur ein „Arbeiter“ sei, „dazu angehalten, sich um sein Seelenheil zu bemühen“ usw. Dieser Ideologie bleibt Tolstoi treu sowohl in der „Kreutzersonate“, wo er sagt: „Emanzipation der Frau nicht in Bildungskursen und nicht in Debattierkammern, sondern im Schlafgemach“, als auch in einem Artikel vom Jahre 1862, wo erklärt wird, die Universitäten brächten nur „überreizte, kranke Liberale“ hervor, die „das Volk absolut nicht braucht“, die „zwecklos aus ihrem früheren Milieu herausgerissen sind“, „im Leben keinen Platz finden“ u. dgl. m. (IV, 136/137).

Pessimismus, Verzicht auf Widerstand, Appellation an einen „Geist“ ist eine Ideologie, die unvermeidlich in einer Epoche auftaucht, wo die ganze alte Ordnung „umgekrempelt worden ist“ und wo die in dieser alten Ordnung erzogene Masse, die die Grundsätze, Gewohnheiten, Traditionen, Glaubenssätze dieser Ordnung mit der Muttermilch eingesogen hat, nicht sieht und nicht sehen kann, wie die „Gestalt gewinnende“ neue Ordnung beschaffen ist, welche gesellschaftlichen Kräfte sie „gestalten“ und wie das vor sich geht, welche gesellschaftlichen Kräfte befähigt sind, Erlösung zu bringen von den unzähligen, besonders stark spürbaren Nöten, wie sie Epochen des „Umbruchs“ mit sich bringen.

Die Periode von 1862 bis 1904 war eben eine solche Epoche des Umbruchs in Rußland, in der das Alte vor aller Augen unwiderruflich zusammenbrach, während das Neue erst Gestalt zu gewinnen begann, wobei die gesellschaftlichen Kräfte, die dieses Gestalten besorgten, erst 1905 in breitem, gesamt nationalem Maßstab, in einer offenen Massenaktion auf

den verschiedensten Gebieten zum erstenmal praktisch in Erscheinung traten. Nun folgten den Ereignissen von 1905 in Rußland analoge Ereignisse in einer ganzen Reihe von Staaten des gleichen „Ostens“, auf dessen „Unbeweglichkeit“ Tolstoi sich 1862 berufen hatte. Das Jahr 1905 war der Anfang vom Ende der „östlichen“ Unbeweglichkeit. Gerade deshalb brachte dieses Jahr auch das historische Ende des Tolstoianertums, das Ende jener ganzen Epoche, die die Lehre Tolstois ins Leben rufen konnte und mußte – nicht als ein individuelles Etwas, nicht als Laune oder als Originalitätshascherei, sondern als Ideologie der Lebensverhältnisse, unter denen sich tatsächlich Millionen und aber Millionen eine bestimmte Zeit lang befunden hatten.

Tolstois Lehre ist unbedingt utopisch und, ihrem Inhalt nach, reaktionär in der wahrsten und tiefsten Bedeutung dieses Wortes. Hieraus folgt jedoch keineswegs, daß diese Lehre nicht sozialistisch wäre, noch daß sie keine kritischen Elemente enthielte, die wertvolles Material zur Aufklärung der fortgeschrittenen Klassen zu liefern vermögen.

Es gibt Sozialismus und Sozialismus. In allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gibt es einen Sozialismus als Ausdruck der Ideologie derjenigen Klasse, die die Bourgeoisie abzulösen berufen ist, und es gibt einen Sozialismus entsprechend der Ideologie derjenigen Klassen, die von der Bourgeoisie abgelöst werden. Der feudale Sozialismus beispielsweise ist ein Sozialismus der letztgenannten Art, und der Charakter eines solchen Sozialismus wurde schon längst, vor mehr als 60 Jahren, von Marx zusammen mit anderen Arten des Sozialismus eingeschätzt²⁵.

Weiter. Kritische Elemente sind der utopischen Lehre L. Tolstois ebenso eigen, wie sie vielen anderen utopischen Systemen eigen sind. Man darf jedoch nicht die tiefgründige Bemerkung von Marx vergessen, daß die Bedeutung der kritischen Elemente im utopischen Sozialismus „im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung“ steht. Je mehr sich die Tätigkeit der gesellschaftlichen Kräfte entfaltet, die dem neuen Rußland „Gestalt geben“ und eine Erlösung vom sozialen Elend der Gegenwart bringen, je bestimmteren Charakter die Tätigkeit dieser gesellschaftlichen Kräfte annimmt, desto rascher verliert der kritisch-utopische Sozialismus „allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung“.

Vor einem Vierteljahrhundert konnten die kritischen Elemente der Lehre Tolstois, trotz der reaktionären und utopischen Züge des Tolstoi-

anertums, manchen Bevölkerungsschichten in der Praxis hier und da Nutzen bringen. Während der letzten, sagen wir, zehn Jahre, konnte das nicht mehr der Fall sein, weil die geschichtliche Entwicklung von den achtziger Jahren bis zur Jahrhundertwende weit vorangeschritten war. In unseren Tagen aber, *nachdem* verschiedene der obenerwähnten Ereignisse der „östlichen“ Unbeweglichkeit ein Ende bereitet haben, in unseren Tagen, wo die bewußt reaktionären, im eng klassengebundenen, egoistisch klassengebundenen Sinn reaktionären Ideen der „Wechi“-Leute in der liberalen Bourgeoisie so enorme Verbreitung gefunden haben, wo diese Ideen sogar einen Teil der Auch-Marxisten angesteckt und die „liquidatorische“ Strömung hervorgerufen haben – in unseren Tagen stiftet jeder Versuch, die Lehre Tolstois zu idealisieren, seinen „Verzicht auf Widerstand“, seine Appellation an den „Geist“, seine Mahnungen zu „sittlicher Selbstvervollkommnung“, seine Doktrin des „Gewissens“ und allumfassender „Liebe“, seine Predigt der Askese, des Quietismus usw. zu rechtfertigen oder zu mildern, den unmittelbarsten und größten Schaden.

„Swesda“ Nr. 6,

22. Januar 1911.

Unterschrift: W. Ij i n.

Nach dem Text der „Swesda“.

MARXISMUS UND „NASCHA SARJA“²⁶

In der Presserundschau der „Swesda“ Nr. 4 wurde mit Recht hervorgehoben, daß das Liquidatorentum und in Zusammenhang damit die Einschätzung der Frage der Hegemonie gegenwärtig die marxistischen Kreise interessiert und daß die Auseinandersetzung um diese wichtige Frage, um fruchtbar zu sein, prinzipiell sein muß, „und nicht persönlich und böswillig wie die Polemik in der ‚Nascha Sarja‘“.

Da ich diese Meinung vollauf teile, will ich kein Wort verlieren über die Ausfälle dieser Zeitschrift, man könne nur verstehen, *von wem*, aber nicht *wovon* die Rede sei („Nascha Sarja“ Nr. 11/12, S. 47). Ich nehme einfach den *ganzen Jahrgang* der Zeitschrift „Nascha Sarja“ – das wird anlässlich des einjährigen Bestehens dieses Organs gerade angebracht sein – und will versuchen zu analysieren, *wovon* dort die Rede ist.

Die erste Nummer der „Nascha Sarja“ erschien im Januar 1910. Bereits in der zweiten, in der Februarnummer, verkündete Herr Potressow, daß die Diskussion der Machisten mit den Marxisten wie auch die Frage des Liquidatorentums zu den „*Bagatellen*“ gehörten. „Kann denn wohl, frage ich den Leser“, schrieb Herr Potressow, „im Sommer 1909 eine liquidatorische Strömung nicht als Phantom krankhafter Einbildung, sondern als wahre Realität bestehen, eine Strömung, die das liquidiert, was sich schon nicht mehr liquidieren läßt, was in Wirklichkeit als organisiertes Ganzes schon gar nicht mehr besteht?“ (S. 61.)

Herr Potressow hat mit diesem mißlungenen Versuch, der Frage auszuweichen, die beste und in ihrer herostratischen Kühnheit unerwartete Bestätigung der Auffassung gegeben, die er zu widerlegen trachtete. Gerade im Januar und Februar 1910 mußte Herr Potressow unbedingt

wissen, daß seine Gegner mit seiner Beurteilung der faktischen Lage der Dinge nicht einverstanden sein würden. Also ist es unmöglich zu versuchen, sich damit herauszureden, daß „nichts mehr besteht“, daß „wo nichts ist, man auch nichts machen kann“. Es geht nicht darum, ob ein Zehntel oder ein Zwanzigstel oder ein Hundertstel oder ein beliebiger anderer Bruchteil in der Praxis gleich Null ist. Es geht darum, ob es eine *Strömung* gibt, die diesen Bruchteil als unnötig ansieht. Es geht darum, ob es prinzipielle Differenzen über die Bedeutung des Bruchteils, über das Verhältnis zu ihm, über seine Vergrößerung usw. gibt. Indem Herr Potressow dem Wesen der Sache nach gerade diese Frage damit beantwortete, daß „nichts mehr besteht“, daß bloß noch eine „Null da ist“, daß „Null gleich Null ist“, verlieh er der von ihm geleugneten liquidatorischen Strömung sinnfälligen Ausdruck. In seinem Ausfall lag nur ausgesprochene „Böswilligkeit“ (nach dem treffenden Ausdruck der Presse-rundschau in Nr. 4 der „Swesda“), trat nur mangelnde Geradlinigkeit und mangelnde publizistische Klarheit zutage. Aber gerade weil es sich nicht um Personen, sondern um eine Strömung handelt, kam Moskau Petersburg zu Hilfe. Das Moskauer „Wosroshdenije“²⁷ schrieb in Nr. 5 vom 30. März 1910, voller Sympathie Herrn Potressow zitierend: „Es gibt nichts zu liquidieren, und – fügen wir von uns aus hinzu – der Traum, diese Hierarchie in ihrer alten“ usw. „Form wiederherzustellen, ist einfach eine schädliche, reaktionäre Utopie.“ (S. 51.)

Es ist ganz klar, daß es sich eben nicht um die alte *Form*, sondern um den alten *Inhalt* handelt. Es ist ferner ganz klar, daß die Frage der „Liquidierung“ unlösbar mit der Frage der „Wiederherstellung“ verknüpft ist. Das „Wosroshdenije“ hat gegenüber Herrn Potressow einen kleinen Schritt vorwärts getan, hat ein klein wenig klarer, direkter und ehrlicher denselben Gedanken ausgedrückt. Es handelt sich hier nicht um Personen, sondern um eine Strömung. Es ist möglich, daß sich Personen nicht durch Geradlinigkeit, sondern durch Geriebenheit auszeichnen, Strömungen aber offenbaren ihr Gesicht bei den verschiedensten Gelegenheiten, in den verschiedensten Ansichten und Formen.

Da ist zum Beispiel Herr Basarow, der einstmals Bolschewik war und sich vielleicht auch weiterhin für einen solchen hält – heutzutage gibt es alle möglichen Kuriositäten. Im Aprilheft der „Nascha Sarja“ hat er Herrn Potressow so geschickt, so glücklich (für Potressow) widerlegt, daß er

wörtlich die „sattsam bekannte Frage der Hegemonie“ als „eines der größten und wichtigsten Mißverständnisse“ bezeichnete (S. 87). Man merke wohl: Herr Basarow bezeichnet diese Frage als „sattsam bekannt“, d. h. als schon aufgeworfen, als im April 1910 schon bekannt! Wir betonen diese Tatsache – sie ist äußerst wichtig. Wir betonen, daß die Erklärung des Herrn Basarow, wonach angeblich „an eine Hegemonie gar nicht mehr zu denken sein wird“ (S. 88), falls das Kleinbürgertum in Stadt und Land „genügend radikal gestimmt sein wird gegen die politischen Privilegien“ usw., „aber durchdrungen von einem extrem nationalistischen Geist“ – in Wirklichkeit ein völliges Mißverstehen der Idee der Hegemonie, eine Verleugnung dieser Idee darstellt. Gerade der Kampf gegen den „Nationalismus“, gerade die Säuberung der von Basarow vorausgesetzten „Stimmungen“ vom „Nationalismus“ ist Sache des „Hegemonen“. Der Erfolg dieser Sache wird nicht an den sogleich folgenden, unmittelbaren, heutigen Ergebnissen gemessen. Es gibt Zeiten, wo die Ergebnisse der Abwehr des Nationalismus, der Abwehr der Niedergangsstimmungen, der Abwehr des Liquidatorentums, das, nebenbei gesagt, ein ebensolcher Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat ist wie der Nationalismus, der mitunter einen Teil der Arbeiter erfaßt – es gibt Zeiten, wo diese Ergebnisse sich erst nach Jahren, mitunter erst nach vielen Jahren, bemerkbar machen. Es kommt vor, daß ein kaum glimmendes Fünkchen, das vom Kleinbürgertum als nicht existierend, als liquidiert, erloschen usw. betrachtet, erklärt und proklamiert wird, das aber in Wirklichkeit gar nicht erloschen ist, dem Geist der Verzagtheit und der Entsagung widersteht und nach einer langen Periode wieder aufflammt. Der Opportunismus klammert sich stets und überall in der Welt an die Minute, an den Augenblick, an das Heute, da er den Zusammenhang zwischen „Gestern“ und „Morgen“ nicht zu begreifen vermag. Der Marxismus fordert die klare Erkenntnis dieses Zusammenhangs, eine Erkenntnis nicht in Worten, sondern in der Praxis. Der Marxismus steht darum in unversöhnlichem Gegensatz zu der liquidatorischen Strömung im allgemeinen und der Ablehnung der Hegemonie im besonderen.

Auf Petersburg folgt Moskau. Auf den Menschewik Herrn Potresow folgt der ehemalige Bolschewik Herr Basarow. Nach Basarow kommt Herr W. Lewizki, ein geradlinigerer, ehrlicherer Gegner als Herr Potresow. Im Juliheft der „Nascha Sarja“ schreibt Herr W. Lewizki: „Wäh-

rend die frühere“ (Form des Zusammenschlusses der klassenbewußten Arbeiter) „der Hegemon im Kampf der gesamten Nation um die politische Freiheit war, wird die künftige die Klassenpartei“ (hervorgehoben von Herrn Lewizki) „der Massen sein, die in ihre historische Bewegung eintreten.“ (S. 103.)

In diesem einen Satz ist der Geist aller Schreibeereien der Herren Lewizki, Potressow, Basarow, des ganzen „Wosroshdenije“, der ganzen „Nascha Sarja“ und des ganzen „Delo Shisni“ glänzend ausgedrückt, konzentriert und fixiert. Durch Hunderte von Zitaten könnte man den angeführten Ausspruch W. Lewizkis ergänzen, ersetzen, weiterentwickeln, kommentieren. Es ist das ein ebenso „klassischer“ Satz wie der berühmte Bernsteinsche Satz: „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts“, oder wie der Satz von Prokopowitsch (aus dem „Credo“* 1899): Sache der Arbeiter ist der ökonomische, Sache der Liberalen der politische Kampf.

Herr Lewizki hat theoretisch unrecht, wenn er die Hegemonie der Klassenpartei gegenüberstellt. Allein diese Gegenüberstellung genügt, um zu erklären: Nicht der Marxismus, sondern der Liberalismus ist bestimmend für die Partei, der die „Nascha Sarja“ in Wirklichkeit folgt. Nur die Theoretiker des Liberalismus in der ganzen Welt (man denke nur an Sombart und Brentano) fassen die Klassenpartei der Arbeiter so auf, wie sie Lewizki „auffaßt“. Vom Standpunkt des Marxismus ist die Klasse, die die Idee der Hegemonie verneint oder verkennt, keine Klasse oder noch keine Klasse, sondern eine Zunft oder die Summe verschiedener Zünfte.

Aber Herr Lewizki, der dem Marxismus die Treue gebrochen hat, ist der „Nascha Sarja“, das heißt der liquidatorischen Strömung, durchaus treu. Er hat über das Wesen dieser Strömung die lautere Wahrheit gesagt. In der Vergangenheit gab es (für die Anhänger dieser Strömung) eine „Hegemonie“, in der Zukunft wird es keine geben, darf es keine geben; und in der Gegenwart? In der Gegenwart gibt es jenes formlose Agglomerat, das der Kreis der Mitarbeiter und der Freunde und Leser der „Nascha Sarja“, des „Wosroshdenije“ und des „Delo Shisni“ bildet und das gegenwärtig, im Jahre 1911, gerade damit beschäftigt ist zu predigen, der Übergang von der vergangenen Hegemonie zur zukünftigen Klassenpartei im Sinne Brentanos (mit demselben Recht könnte man

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. Die Red.

sagen: im Sinne Struves oder Isgojews) sei notwendig, unerlässlich, nützlich, gesetzmäßig. Daß Formlosigkeit eines der Prinzipien des Liquidatorentums ist, haben seine Gegner schon 1908, *ein Jahr vor dem Erscheinen der „Nascha Sarja“*, ganz offen ausgesprochen. Wenn Herr Majewski²⁸ im Dezember 1910 fragt, was Liquidatorentum sei, so mag er sich an die Antwort halten, die vor genau zwei Jahren offiziell gegeben worden ist. Er wird in dieser Antwort eine höchst präzise und vollständige Charakteristik der „Nascha Sarja“ finden, die erst ein Jahr nach diesem Urteil zu erscheinen begann. Wie ist das möglich? Das ist möglich, weil es sich nicht um Personen handelte und handelt, sondern um eine Strömung, die sich 1907 eben erst abzeichnete (siehe beispielsweise den Schluß der Broschüre des Herrn Tscherewanin selbst über die Ereignisse im Frühjahr 1907²⁹), die 1908 deutlich in Erscheinung trat, Ende 1908 von ihren Gegnern eingeschätzt wurde und sich 1910 ein legales Presseorgan und andere Organe geschaffen hat.

Zu sagen: in der Vergangenheit Hegemonie, *aber* in der Zukunft muß es eine „Klassenpartei“ geben, das heißt anschaulich den Zusammenhang des Liquidatorentums mit der Ablehnung der Hegemonie sowie den Bruch dieser Strömung mit dem Marxismus zeigen. Der Marxismus sagt: Da es in der Vergangenheit eine „Hegemonie“ gab, war also aus der Summe der Berufe, der Fachgebiete, der Zünfte eine Klasse erwachsen, denn gerade das Bewußtwerden der Idee der Hegemonie, gerade ihre Verwirklichung verwandelt durch ihr Wirken die Summe der Zünfte in eine Klasse. Sind sie aber einmal zur „Klasse“ herangewachsen, so sind keinerlei äußere Umstände, keinerlei Schwierigkeiten, kein Reduzieren des Ganzen auf einen Bruchteil, kein Jubel der „Wechi“-Leute, kein Kleinmut der Opportunisten in stande, diesen Keim zu ersticken. Mag er an der Oberfläche nicht „sichtbar“ sein (die Herren Potressow sehen ihn nicht oder tun so, als sähen sie ihn nicht, *weil* sie ihn nicht sehen wollen), aber er lebt, er gedeiht, er bewahrt auch in der Gegenwart das „Vergangene“, nimmt es mit in die Zukunft hinüber. Da es in der Vergangenheit die Hegemonie gegeben hat, sind die Marxisten *verpflichtet*, allen Abtrünnigen zum Trotz die Idee der Hegemonie in der Gegenwart und in der Zukunft weiterhin zu verfechten – und diese ideologische Aufgabe entspricht durchaus den materiellen Bedingungen, die aus den Zünften eine Klasse geschaffen haben, die fortfahren, die Klasse zu schaffen, zu erweitern und zu festi-

gen und die ihren Widerstand gegen jeden „Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie“ vertiefen.

Der ganze Jahrgang der Zeitschrift „Nascha Sarja“ aber ist geradezu ein konzentrierter Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat. Das Liquidatorentum existiert nicht nur als Strömung unter Personen, die Anhänger einer bestimmten Klasse sein möchten. Es stellt nur eins der Bächlein jenes breiten, mehreren Klassen gemeinsamen „rückläufigen“ Stromes dar, der eine Eigentümlichkeit der ganzen drei Jahre von 1908 bis 1910 bildet und der vielleicht noch für einige Jahre kennzeichnend sein wird. Im vorliegenden Artikel mußte ich mich auf die Charakteristik dieses Bächleins an Hand von Zitaten aus den Nummern 2–7 der „Nascha Sarja“ beschränken. In den folgenden Artikeln hoffe ich, auf die Nummern 10, 11 und 12 dieser Zeitschrift eingehen und auch ausführlicher den Beweis führen zu können, daß das Bächlein des Liquidatorentums lediglich ein Teil des „Wechi“-Stromes ist.

*Geschrieben nach dem 22. Januar
(4. Februar) 1911.*

*Zuerst veröffentlicht am 22. April 1911
in der Zeitschrift „Sowremennaja Sbisn“
(Das Leben der Gegenwart) (Baku) Nr. 3.
Unterschrift: W. I l j i n.*

*Nach dem Text der
„Sowremennaja Sbisn“.*

UNSERE LIQUIDATOREN

(Über Herrn Potressow und W. Basarow)³⁰

Es gibt literarische Kundgebungen, deren ganze Bedeutung in ihrem herostratischen Charakter besteht. Ein ganz gewöhnliches literarisches Machwerk, zum Beispiel von der Art der bekannten „Voraussetzungen“ Ed. Bernsteins, erhält herausragende politische Bedeutung, wird zum Manifest einer innermarxistischen Strömung, die auf der ganzen Linie vom Marxismus abschwinkt. Eine ebenso herausragende Bedeutung besitzen ihrem herostratischen Charakter nach ohne Zweifel der Artikel des Herrn Potressow in der Februarnummer der „Nascha Sarja“ vom vorigen Jahr über Bagatellen und die Antwort von W. Basarow im Aprilheft der „Nascha Sarja“. Gewiß, die in diesen Artikeln behandelten Fragen sind bei weitem nicht so tief, nicht so umfassend und haben nicht die internationale Bedeutung, wie die von Bernstein aufgeworfenen (richtiger: von ihm, hinter der Bourgeoisie einhertrottend aufgegriffenen) Fragen, aber für uns Russen sind das in der Periode der Jahre 1908–1909–1910–? Fragen von außerordentlicher, entscheidender Wichtigkeit. Darum sind die Artikel von Herrn Potressow und W. Basarow *nicht* veraltet, und es ist notwendig, ja es ist unsere Pflicht, über sie zu reden.

I

Herr Potressow, ein Liebhaber gekünstelter, geschraubter, verkrampter Redensarten, widmet seinen Artikel dem „gegenwärtigen Drama unserer gesellschaftlich politischen Richtungen“. In Wirklichkeit hat er aber überhaupt nichts Dramatisches gezeigt und konnte es auch nicht zeigen in jener nach der Revolution eingetretenen Evolution des Liberalismus, der

Volkstümlerrichtung und des Marxismus, von der zu sprechen er sich vorgenommen hatte. Komisches gibt es dafür in den Betrachtungen des Herrn Potressow in Hülle und Fülle.

„Gerade der Liberalismus als geistige Strömung“, schreibt Herr Potressow, „bietet ein Bild der größten Zersetzung und der größten Hilflosigkeit. Man nehme bloß diesen immer tiefer werdenden Riß, der sich zwischen dem praktischen Liberalismus und dem theoretisierenden Liberalismus aufgetan hat“ – zwischen dem „Empirismus“ der Miljukowschen „Retsch“ und den Theorien der „Wechi“-Leute.

Hören Sie auf, Verehrtester! Ein immer tiefer werdender Riß hat sich aufgetan zwischen dem, was Sie und die Halbliberalen Ihresgleichen in den Jahren 1905–1906–1907 über die Kadetten redeten und dachten, und dem, was Sie, sich verwirrend und sich selbst widersprechend, 1909–1910 anzuerkennen gezwungen sind. Der Widerspruch zwischen dem „Empirismus“ der liberalen Praktiker und den Theorien der Herrschaften à la Struve war sogar schon vor 1905 ganz klar zutage getreten: denken Sie einmal daran zurück, wie das damalige „Oswoboshdenije“³¹ buchstäblich bei jedem seiner Versuche, zu „theoretisieren“, auf Abwege geriet. Wenn Sie *jetzt* beginnen, Erwägungen anzustellen, der Liberalismus habe sich als „innerlich zerrissen“ (es ist das wieder und immer wieder eine Wortklauberei, eine hohle Phrase, denn die „Wechi“-Leute haben es gerade zwischen sich und der „Retsch“ – und umgekehrt – zu keinem Riß kommen lassen, sondern sie haben sich vertragen, sie vertragen sich und sie werden sich weiterhin ausgezeichnet vertragen), als „unfruchtbar“, als „in der Luft hängend“ „erwiesen“; es sei das nur der „am wenigsten standhafte“ (sic!) „Teil der bürgerlichen Demokratie“, ein „nicht schlechter Abgeber von Stimmzetteln“ u. a. m. – so kennzeichnet Ihr Geschrei über das „Drama“ des Liberalismus bloß die Tragikomödie des Zusammenbruchs Ihrer Illusionen. Der Liberalismus „erwies“ sich als der am wenigsten standhafte Teil der bürgerlichen Demokratie eben nicht heute, nicht in den drei Jahren von 1908 bis 1910, sondern gerade in den vorangegangenen drei Jahren. „Am wenigsten standhaft“ sind jene Quasizosialisten, die erst hinterher immer schlauer sind. In der von Herrn Potressow behandelten Frage ist das kennzeichnende Merkmal der vorangegangenen drei Jahre der „in der Luft hängende“ Liberalismus, der „unfruchtbare“ „Abgeber von Stimmzetteln“ usw. *Damals* war die

Anerkennung eines solchen Charakters des Liberalismus politische Aufgabe des Tages, die Massen zu warnen war dringliche Pflicht nicht nur der Sozialisten, sondern auch der konsequenten Demokraten. Im März 1906 und nicht im Februar 1910 war es wichtig, davor zu warnen, daß der Liberalismus der Kadetten in der Luft hänge, daß er unfruchtbar sei, daß die objektiven Bedingungen die „nicht schlechten Abgeber von Stimmzetteln“ zu komödiantenhafter Bedeutungslosigkeit verurteilten, daß die Siege der Kadetten ein wankelmütiges Hin und Her seien zwischen dem „seriösen“ Konstitutionalismus (lies: Pseudokonstitutionalismus) der Schipow oder Gutschkow und dem Kampf für die Demokratie seitens jener Elemente, die *nicht* in der Luft hängen und sich *nicht* auf ein verliebtes Betrachten der Stimmzettel beschränken. *Erinnern Sie sich, Verehrtester, wer hat diese Wahrheit über die Liberalen rechtzeitig, im März 1906³², ausgesprochen?*

Das kennzeichnende Merkmal, den spezifischen Zug unserer drei Jahre (1908–1910) bildet keineswegs die „Unfruchtbarkeit“ des „in der Luft hängenden“ usw. Liberalismus. Im Gegenteil. An der klassenbedingten Ohnmacht des Liberalismus, an seiner Furcht vor der Demokratie, an seiner politischen Armseligkeit hat sich nichts geändert, aber diese Ohnmacht erreichte ihren Höhepunkt zu einer Zeit, als es Möglichkeiten gab, sich stark zu zeigen, als Bedingungen vorhanden waren, die den Liberalen das volle Übergewicht zumindest auf einem gewissen Schauplatz der Handlung boten. Als die Kadetten beispielsweise in der I. Duma die Mehrheit besaßen, da hätten sie diese Mehrheit ausnutzen können, um der Demokratie zu dienen oder um die Sache der Demokratie zu hemmen, um die Demokratie zu fördern (sei es auch nur in einer kleinen Angelegenheit, etwa in der Organisation örtlicher Bodenkomitees) oder um der Demokratie in den Rücken zu fallen. Eben für diese Periode ist es *charakteristisch*, daß die Kadetten „in der Luft hängen“, daß der „nicht schlechte Abgeber von Stimmzetteln“ sich als Verfasser von Instruktionen für eine künftige oktobristische Duma erwies und nichts weiter.

In den folgenden drei Jahren „hängen“ die Kadetten, die das bleiben, was sie sind und was sie stets waren, *weniger* „in der Luft“ als vorher. Sie, Herr Potressow, gleichen gerade jenem Helden des Volksepos, der seine Wünsche und seine Meinungen nicht ganz zur rechten Zeit in die Welt hinausschreit. Die „Wechi“-Leute von 1909 „hängen“ *weniger* „in der

ЦѢНА 30 КОП.

МЫСЛЬ

ЕЖЕНЕДЕЛЬНЫЙ
ФИЛОСОФСКИЙ и ОБЩЕСТВЕННО-ЭКОНОМИЧЕСКИЙ ЖУРНАЛЪ.

№ 2.
ЯНВАРЬ.
1911.

СОДЕРЖАНІЕ:

Г. ПЛЕХАНОВЪ. Сѣщеніе представлений (окончѣніе).—
И. Р.—КОВЪ. Современная русская аграрная политика
и виды на будущее (оконч.).—В. ИЛЬИНЪ. О статистикѣ
стачекъ въ Россіи (гл. II).—Г. Ц.—ЧЪ. Къ вопросу объ
иностранныхъ капиталахъ въ Россіи.—В. ИЛЬИНЪ.
Наши управдители (о г. Потрессовѣ и В. Базаровѣ).
НА ТЕМЪ ДНЯ:—ГР. Законъ о лишеніи отдыха торгово-
промышленныхъ служащихъ. —ПОЛЕМИЧЕСКАЯ ЗА-
МѢТКА: Р.—1) «Вѣхи» о Толстомъ. 2) Благодарный
либераль. 3) Советъ Я. Клейборну.—ИНОСТРАННОЕ
ОБОЗРѢНІЕ: Х. Л. РАППОПОРТЬ. Дѣятельность
и мечты. П. ОРЛОВСКИЙ. Литературные наброски.—БИ-
БЛОГРАФИЯ.—НЕКРОЛОГЪ: П. Зингеръ.

МОСКВА.

Umschlag der Zeitschrift „Mysl“ Nr. 2 vom Januar 1911,
in welcher das II. Kapitel von W. I. Lenins Arbeit
„Über die Statistik der Streiks in Rußland“
und der Anfang des Artikels „Unsere Liquidatoren
(Über Herrn Potrassow und W. Basarow)“ veröffentlicht wurden

Verkleinert

Luft" als Muromzew 1906, denn die „Wechi“-Leute bringen einer Klasse, die in der Volkswirtschaft Rußlands eine große Macht besitzt, nämlich den Grundbesitzern und Kapitalisten, großen Nutzen und erweisen ihr einen *tatsächlichen* Dienst. Die „Wechi“-Leute helfen diesen ehrenwerten Herrschaften, sich ein Waffenarsenal anzulegen für den ideologisch-politischen Kampf gegen Demokratie und Sozialismus: Das ist eine Leistung, die durch kein Auseinanderjagen der Duma, durch keinerlei politische Erschütterungen auf der gegebenen gesellschaftlich ökonomischen Basis vernichtet werden kann. Solange es die Klasse der Grundherren und der Kapitalisten gibt, wird es auch ihre publizistischen Sachwalter, die Isgojew, Struve, Frank und Co. geben. Die „Leistung“ der Muromzew und der Kadetten der ersten Duma überhaupt konnte dagegen durch das Auseinanderjagen der Duma „vernichtet“ werden (denn sie hatten ja keine Leistung aufzuweisen, sondern nur Worte, die das Volk demoralisierten, nicht aber dem Volk dienten).

Die Kadetten in der dritten Duma sind dieselbe Partei, mit derselben Ideologie, mit derselben Politik, weitgehend auch mit denselben Personen wie in der ersten Duma. Und eben deshalb „hängen“ die Kadetten in der dritten Duma in viel geringerem Maße „in der Luft“ als in der ersten. Sie verstehen das nicht, verehrter Herr Potressow? Dann erlauben Sie sich zu Unrecht ein Urteil über das „gegenwärtige Drama unserer gesellschaftlich politischen Richtungen“! Ich kann Ihnen sogar im Vertrauen sagen, daß auch künftig, wahrscheinlich im Verlauf einer ziemlich langen Zeitspanne, die politische Tätigkeit der Kadetten nicht „unfruchtbar“ sein wird – nicht nur dank der großen reaktionären „Fruchtbarkeit“ der „Wechi“-Leute, sondern auch dank dem Umstand, daß, solange es bei der Demokratie politische Karpfen gibt, auch die Hechte des Liberalismus etwas zum Leben haben werden. Solange es eine solche Wankelmütigkeit innerhalb des Sozialismus, eine solche Schlappeit innerhalb der Demokratie gibt, wie sie durch Figuren à la Potressow sehr anschaulich illustriert wird, solange wird die Kunst der „Empiriker“ des Liberalismus immer ausreichen, um diese Karpfen einzufangen. Laßt euch keine grauen Haare wachsen, ihr Kadetten: ihr habt etwas zum Leben, solange die Potressow leben!

II

Noch weniger kommt Herr Potressow zu Rande, wenn er über die Volkstümlerrichtung spricht. Die Kadetten bezeichnet er als „ehemalige Demokraten“ und sogar als „ehemalige Liberale“. Von der Bauernschaft sagt er: „Die Bauernschaft würde nach ihrem Eintritt in das politische Leben“ (nach Ansicht des Herrn Potressow ist sie noch nicht in dieses Leben eingetreten) „ein ganz neues Kapitel der Geschichte – die Geschichte der bäuerlichen Demokratie – einleiten und damit hinter der alten Demokratie, der der Intellektuellen, der Volkstümler, den Schlußstrich ziehen.“

Also, die Kadetten sind die ehemaligen Demokraten und die Bauernschaft die zukünftigen. Wo sind denn die gegenwärtigen? Oder hat es in dem Rußland der Jahre 1905–1907 keine Demokratie, keine Demokratie der Massen gegeben? Gibt es auch keine in dem Rußland der Jahre 1908 bis 1910? Die Gegenwart hat Potressow hinter verschiedenen Phrasen verschwinden lassen, die um die Sache „herumgehen“, die dem Kern der Frage ausweichen, denn die direkte und einfache Anerkennung der unzweifelhaften Gegenwart schlägt der ganzen liquidatorischen Philosophie der Herren Potressow ins Gesicht. Diese einfache und direkte Anerkennung einer heute völlig unbestreitbaren geschichtlichen Tatsache bedeutet anzuerkennen, daß die Kadetten in Rußland *nie* in irgendeiner Hinsicht eine Demokratie der Massen repräsentiert, nie eine demokratische Politik betrieben haben, während die Bauernschaft, jene „vielmillionenköpfige Bauernschaft“, von der auch Herr Potressow spricht, diese bürgerliche Demokratie (mit allen Beschränktheiten der bürgerlichen Demokratie) repräsentierte und repräsentiert. Herr Potressow drückt sich um diese *grundlegende* Frage herum, um eben die liquidatorische Philosophie zu retten. Sie werden sie nicht retten!

Bestrebt, die Vergangenheit und die Gegenwart der bäuerlichen Demokratie zu umgehen, gerät Herr Potressow wiederum in die Klemme, wenn er mit Zuversicht von der Zukunft redet. Sie kommen wieder zu spät, Verehrtester! Sie selbst sprechen von den „möglichen Folgen des Gesetzes vom 9. November“, das heißt, Sie selbst geben also die (natürlich rein abstrakte) Möglichkeit seines Erfolges zu. Bei einem solchen Erfolg kann aber das „neue Kapitel der Geschichte“ ein Kapitel nicht nur aus der

Geschichte der *bäuerlichen* Demokratie, sondern auch aus der Geschichte bäuerlicher *Agrarier* sein.

Die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft in Rußland und folglich auch des bäuerlichen Grundbesitzes und der Bauernpolitik kann keinen anderen als einen kapitalistischen Verlauf nehmen. Das Agrarprogramm der Volkstümmler in seinem Kern, z. B. in Gestalt der bekannten Plattform der 104³³ (in der I. und II. Duma), steht zu dieser kapitalistischen Entwicklung nicht nur in keinem Widerspruch, sondern bedeutet im Gegenteil, daß Bedingungen für die umfassendste und schnellste kapitalistische Entwicklung geschaffen werden. Das gegenwärtige Agrarprogramm bedeutet dagegen eine überaus langsame, höchst eingeengte, mit den Überresten der Leibeigenschaft am meisten belastete kapitalistische Entwicklung. Durch die objektiven, historischen und ökonomischen Bedingungen wurde noch nicht entschieden, welches dieser Programme letzten Endes die Form der bürgerlichen Agrarverhältnisse des neuen Rußlands bestimmen wird.

So sehen die einfachen Tatsachen aus, die die Vertreter des Liquidatorentums zu verwirren veranlaßt sind.

„Unverändert bei allen Veränderungen“, schreibt Herr Potressow über die Veränderungen in der Intellektuellen-, der Volkstümmlerdemokratie, „ist das eine geblieben: An der Intellektuellenideologie auf bäuerlicher Grundlage hat die konkrete Bauernschaft bisher (!) ihre Korrektur nicht vorgenommen.“

Das ist eine durch und durch verlogene Phrase, eine Phrase ganz im „Wechi“-Geist. 1905 gab es auf offener historischer Bühne eine ganz „konkrete“, ganz gewöhnliche Bauernmasse, die *eine ganze Reihe* von „Korrekturen“ an der „Intellektuellenideologie“ der Volkstümmler und der Volkstümmlerparteien vornahm. Nicht alle diese Korrekturen sind von den Volkstümmlern *begriffen* worden, aber die Bauernschaft hat sie *vorgenommen*. In den Jahren 1906 und 1907 hat die ganz „konkrete“ Bauernschaft die Trudowikigruppen und den Entwurf der 104 geschaffen, womit sie *eine Reihe von Korrekturen* vornahm, die zum Teil sogar von den Volkstümmlern gewürdigt wurden. Es wird z. B. allgemein anerkannt, daß die „konkrete“ Bauernschaft ihre *Besitzertendenzen* offenbarte und an Stelle der „Dorfgemeinde“ den privaten und genossenschaftlichen Grundbesitz guthieß.

Die „Wechi“-Leute, die den Liberalismus von der Demokratie säubern und ihn systematisch zum Lakaien des Geldsacks machen, erfüllen ihre

historische Mission richtig, wenn sie die Bewegung der Jahre 1905–1907 für eine Intellektuellenbewegung erklären und versichern, die konkrete Bauernschaft hätte keine Korrektur an der Intellektuellenideologie vorgenommen. Die Tragikomödie des Liquidatorentums besteht gerade darin, daß es nicht merkt, wie seine Behauptungen sich in einfaches Nachplappern der Ideen der „Wechi“-Leute verwandelt haben.

III

Diese Verwandlung zeigt sich noch offensichtlicher, wenn Herr Potressow zu Betrachtungen über den Marxismus übergeht. Die Intelligenz, schreibt er, „verdrängte . . . durch ihren zirkelmäßigen Parteaufbau das Proletariat“. Sie werden die Tatsache nicht bestreiten können, daß die Bourgeoisie diesen Gedanken so breit wie möglich, durch die „Wechi“ wie durch die gesamte liberale Presse, in Umlauf gesetzt und ihn gegen das Proletariat ausgenutzt hat. Axelrod schrieb in demselben Feuilleton, in dem er mit diesem Gedanken hervortrat, über den „Witz der Geschichte“, die der bürgerlichen Demokratie einen Führer aus der Schule des Marxismus hätte zur Verfügung stellen können. Der Witz der Geschichte bestand darin, daß sie sich der Grube bediente, die liebenswürdigerweise Axelrod den Bolschewiki zu graben drohte, um Axelrod selbst in diese Grube fallen zu lassen.

Geht man zu den objektiven historischen Tatsachen über, so haben sie *alle*, die ganze Epoche von 1905 bis 1907, ja sogar die Wahlen zur II. Duma (um als Beispiel nicht eine der bedeutendsten, sondern der einfachsten Tatsachen zu wählen), *unwiderruflich bewiesen*, daß der „zirkelmäßige Parteaufbau“ den Proletarier nicht „verdrängte“, sondern *unmittelbar* in den Partei- und Gewerkschaftsaufbau der *breiten Massen* des Proletariats *übergangen* ist.

Doch gehen wir zur Hauptsache, zum „Clou“ des herostratischen Auftretens des Herrn Potressow über. Er behauptet, daß das marxistische Denken „sich am Haschisch der Bagatellen berauscht“ – Kampf gegen den Machismus und Kampf gegen das Liquidatorentum –, „indem über alles mögliche, nur nicht darüber debattiert wird, was den Lebensnerv einer solchen gesellschaftlich politischen Richtung wie der marxistischen bildet, nur nicht über Fragen der Ökonomie und Politik“. Wieviel solcher

Fragen gibt es doch, ruft Herr Potressow aus. „Wie verläuft die ökonomische Entwicklung Rußlands, welche Kräfteverschiebungen bewirkt sie unbemerkt unter der Reaktion, was geht in Stadt und Land vor, welche Veränderungen werden durch diese Entwicklung in der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse Rußlands hervorgerufen usw. usf.? Wo sind die Antworten oder Ansätze zu Antworten auf diese Fragen, wo ist die ökonomische Schule des russischen Marxismus?“

Die Antwort, jedenfalls aber ein Ansatz zu einer Antwort, ist durch eben die „Hierarchie“ gegeben worden, deren Existenz Herr Potressow böswillig und heuchlerisch in Abrede stellt. Die Entwicklung der russischen Staatsordnung in den letzten drei Jahrhunderten zeigt uns, daß sich ihr Klassencharakter in einer ganz bestimmten Richtung änderte. Die Monarchie des 17. Jahrhunderts mit der Bojarenduma gleicht nicht der Beamten- und Adelsmonarchie des 18. Jahrhunderts. Die Monarchie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist nicht das, was die Monarchie der Jahre von 1861 bis 1904 war. In den Jahren von 1908 bis 1910 sind deutlich die Umrisse einer neuen Etappe zutage getreten, die *noch einen Schritt* in der Richtung bedeutet, die man als Richtung zur bürgerlichen Monarchie hin bezeichnen kann. In engem Zusammenhang mit diesem Schritt steht sowohl die III. Duma als auch unsere gegenwärtige Agrarpolitik. Die neue Etappe ist somit kein Zufall, sondern eine spezifische Stufe in der kapitalistischen Evolution des Landes. Da diese neue Etappe die alten Probleme nicht löst, da sie außerstande ist, sie zu lösen, und sie folglich *auch nicht aus der Welt schafft*, erfordert diese neue Etappe die Anwendung neuer Methoden der Vorbereitung zur alten Lösung der alten Probleme. Darin liegt die Eigenart dieser trostlosen, trüben, schwierigen Etappe, die sich aber als unvermeidlich erwiesen hat. Aus dieser Eigenart ihrer ökonomischen und politischen Besonderheiten ergibt sich die Eigenart der ideologischen Gruppierungen innerhalb des Marxismus. Diejenigen, die die neuen Methoden der Vorbereitung zur alten Lösung der alten Probleme anerkennen, nähern sich einander auf der gemeinsamen sachlichen Basis, auf Grund der gemeinsamen Aufgabe der gegebenen Periode, obgleich sie nach wie vor in der Frage auseinandergehen, wie man in der vorangegangenen Periode in diesem oder jenem Augenblick die alte Lösung hätte anwenden oder vorwärtsbringen müssen. Diejenigen, die die neuen Methoden der Vorbereitung oder die Tatsache

leugnen (oder nicht begreifen), daß vor uns die alten Probleme stehen, daß wir ihrer alten Lösung entgegengehen, verlassen in *Wirklichkeit* den Boden des Marxismus, erweisen sich in *Wirklichkeit* als Gefangene der Liberalen (wie Potressow, Lewizki usw.) oder der Idealisten und Syndikalisten (wie W. Basarow u. a.).

In Banden fremder Leute und fremder Ideen werden sowohl Potressow als auch Basarow samt ihren Gesinnungsgenossen unvermeidlich konfus und geraten in eine sehr komische und ganz schiefe Lage. Herr Potressow ruft laut, sich an die Brust schlagend: „Wo ist dieser *Ansatz* und welches ist diese *Antwort*?“ Martow, der diese Antwort auch gut kennt, versucht dem Publikum einzureden, diese Antwort erkenne an, daß die „Bourgeoisie an der Macht“ sei: die übliche Methode der Liberalen, das erzwungene zeitweilige Schweigen des Gegners auszunutzen! Und dabei fragt man uns mit beleidigter Miene: was ist Liquidarentum? Nun, eben diese Methode, Verehrteste, wenn Leute, die auf die Zugehörigkeit zum „Ganzen“ Anspruch erheben, unter Ausnutzung seines geschwächten Zustands dem Publikum versichern, daß eine „Antwort“ ausbleibe (während die „Antwort“ gerade von dem „Ganzen“ gegeben wurde), ist bereits eine der Methoden des Liquidarentums (wenn nicht des Renegatentums).

Das Liquidarentum sei ein „Phantom krankhafter Einbildung“, schreibt Herr Potressow, denn man könne nicht etwas liquidieren, „was sich schon nicht mehr liquidieren läßt, was in *Wirklichkeit* als organisiertes Ganzes schon gar nicht mehr besteht“.

Es ist mir nicht möglich, dem Leser meine Ansicht über diese Zeilen vollständig zu übermitteln; um sie annähernd zu übermitteln, frage ich den Leser: Wie nennt man einen Menschen, dessen nächste Gesinnungsgenossen und Kollegen die für sie günstigen Vorschläge des „Ganzen“ (gerade als „Ganzes“) akzeptieren und der am Tage darauf in der Presse erklärt: ein „Ganzes“ sei überhaupt nicht vorhanden?

Das soll genügen zu diesem Punkt.

Es erhebt sich die prinzipielle Frage: Kann sich die Auffassung von der Notwendigkeit der alten Lösung der alten Probleme wandeln, abhängig vom *Grad* des Zerfalls – sogar, wenn man will, vom Verschwinden des „Ganzen“? Jedermann begreift, daß sie es nicht kann. Wenn die objektiven Bedingungen, wenn die grundlegenden ökonomischen und politischen Züge der gegenwärtigen Epoche die alte Lösung erfordern, so muß ein

Publizist, je stärker der Zerfall, je weniger vom „Ganzen“ übriggeblieben ist, desto mehr Sorge tragen um das „Ganze“, desto leidenschaftlicher von der Notwendigkeit des „Ganzen“ sprechen. Man muß, worauf wir schon hingewiesen haben, die neuen Methoden der Vorbereitung anerkennen, aber wer soll sie anwenden? Es ist klar, das „Ganze“. Es ist klar, daß für diejenigen, die die Bedeutung der gegenwärtigen Periode, ihre grundlegenden politischen Besonderheiten erfaßt haben, die Aufgaben eines Publizisten der *ganzen* Linie der Herren Potressow diametral entgegengesetzt sind. Es kann keine Rede davon sein, daß es irgend jemandem im Ernst einfallen könnte, den Zusammenhang der von mir oben dargelegten „Antwort“ (auf die Frage nach der Ökonomie und Politik in der Gegenwart) mit dem Antiliquidatorentum zu leugnen.

Von der allgemein prinzipiellen Fragestellung gehen wir zu der konkret historischen über. In der Periode von 1908 bis 1910 ist ganz deutlich jene Strömung im Marxismus hervorgetreten, die die Notwendigkeit der alten Lösung propagiert und eine entsprechende Linie verfolgt. Auch eine andere Strömung ist in Erscheinung getreten, die *diese ganzen drei Jahre hindurch* der Anerkennung der „alten Lösung“ und der Schaffung der alten Grundformen des Ganzen entgegenwirkte. Es wäre lächerlich, diese Tatsache zu bestreiten. Auch eine dritte Strömung hat sich abgezeichnet, die diese ganzen drei Jahre hindurch die neuen Formen der Vorbereitung, die Bedeutung des Wirkens aus der III. Duma heraus u. a. m. nicht begriff. Diese Leute machten die Anerkennung der alten Lösung zu einer eingelernten, aber nicht verstandenen Phrase, die sie aus Gewohnheit wiederholten, aber nicht bewußt, mit Überlegung auf die veränderte Situation *anwandten* (verändert zumindest auf dem Gebiet der Dumatätigkeit, aber natürlich nicht auf diesem Gebiet allein).

Der Zusammenhang des Liquidatorentums mit der allgemeinen spießbürgerlichen Stimmung der „Ermüdung“ ist offensichtlich. Die „Ermüdeten“ (besonders die vom Nichtstun Ermüdeten) sind nicht darauf bedacht, eine präzise Antwort auf die Frage nach der ökonomischen und politischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation auszuarbeiten: Sie alle sind nicht einverstanden mit der oben gegebenen Einschätzung, die formell *allgemein anerkannt* ist als Einschätzung im Namen des Ganzen, aber sie alle scheuen selbst vor dem Gedanken zurück, ihr *eigenes* exaktes Urteil, und sei es auch nur das Urteil der Mitarbeiter der liquidatorischen

„Nascha Sarja“, der „Shisn“³⁴ usw., dem entgegenzustellen. Die „Ermüdeten“ wiederholen immer nur das eine: das Alte ist nicht mehr, das Alte ist nicht lebensfähig, ist abgestorben usw. usf.; aber sich um eine Antwort zu bemühen, um eine rein politische, genau formulierte Antwort auf die unumgängliche (für jeden ehrlichen Publizisten unumgängliche) Frage: was ist nun eigentlich an Stelle des Alten nötig, soll man das, was (angeblich) „nicht liquidiert zu werden braucht, weil es“ (nach Potressow) „schon liquidiert ist“, wiederherstellen – sich darum zu bemühen, beabsichtigen sie nicht. Drei Jahre lang schimpfen sie auf das Alte, schmähen es, besonders von solchen Tribünen herab, zu denen den Verteidigern des Alten der Zutritt verwehrt ist, und in zärtlicher Umarmung mit den Isgojew* rufen sie aus: was für Bagatellen, welch ein Phantom ist dieses Gerede vom Liquidatorentum!

Gegenüber solchen „Ermüdeten“, gegenüber den Herren Potressow und Co., läßt sich der bekannte Vers nicht anwenden: „Sie haben nicht verraten, nur müde wurden sie, ihr schweres Kreuz zu tragen; noch eh' das Ziel erreicht, entwich aus ihrem Herzen des Grames und des Zornes Geist.“³⁶

Solche „Ermüdete“, die die Tribüne des Publizisten betreten und von ihr herab ihre „Ermüdung“ vom Alten, ihre Unlust, am Alten zu arbeiten, rechtfertigen, sind eben Leute, die nicht nur „müde“ geworden sind, sondern auch verraten haben.

IV

Zu den „Bagatellen“ zählt Herr Potressow auch den philosophischen Kampf der Materialisten, der Marxisten gegen die Machisten, d. h. gegen die Idealisten. Herr Potressow ist tief empört über das „Bacchanal“ („Lieber Freund, Arkadi Nikolajewitsch, laß die schönen Worte!“**) „dieses Philosophierens“, er nennt dabei von seiten der Materialisten Plechanow und mich und kennzeichnet uns als „Politiker von gestern“. Über diesen Ausdruck habe ich lange gelacht. In der Tat, die Wichtigtuerei ist

* Siehe dessen Artikel in der „Russkaja Mysl“³⁵, 1910, über den „Wechi“-Mann Potressow. Aus solchen Umarmungen wird sich Herr Potressow niemals befreien.

** Geflügeltes Wort aus dem Roman „Väter und Söhne“ von I. S. Turgenjew. Arkadi Nikolajewitsch (Kirsanow) – Gestalt aus diesem Roman. Der Übers.

hier so offensichtlich und so ergötzlich, daß man unserem Gernegroß auch etwas lassen sollte. Plechanow usw. – „Politiker von gestern“! Politiker von *heute* sind also offensichtlich Potressow und seine „Helden“. Nett und offenherzig.

Wenn es Arkadi Nikolajewitsch ausnahmsweise passiert, daß er ein Wort ohne Geschraubtheit und Verkrampfungen hervorbringt, so schlägt er sich selbst in der glänzendsten Weise. Strengen Sie sich einmal an, Arkadi Nikolajewitsch, versuchen Sie zu *denken*: Sie leugnen das Liquidatorentum als die *politische* Richtung, die *nicht* den Menschewismus vom Bolschewismus unterscheidet, sondern Potressow und Co. von Plechanow und den Bolschewiki *zusammengenommen*. Und gleichzeitig mit dieser Leugnung bezeichnen Sie Plechanow und den Schreiber dieser Zeilen als „Politiker von gestern“. Schauen Sie, wie ungeschickt Sie sind. Plechanow und ich *zusammen* können ja *gerade* in dem Sinne als Politiker von gestern bezeichnet werden, daß für uns die Organisation von gestern als die Form der gestrigen (ihren *Grundlagen* nach gestrigen) Bewegung auch heute noch verbindlich ist. Mich trennten und trennen auch weiterhin von Plechanow scharf die Fragen, welche Schritte in diesem oder jenem Augenblick *diese* Organisation von gestern auf der Grundlage *dieser* Bewegung von gestern hätte unternehmen müssen, aber uns bringt der Kampf gegen die Leute einander näher, die *heute* gerade die *Grundlagen* der Bewegung von gestern ablehnen (hierher gehört auch die Frage der Hegemonie, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde), gerade die *Grundlagen* der Organisation von gestern.

Nun, Arkadi Nikolajewitsch, verstehen Sie auch jetzt noch nicht, was Liquidatorentum ist? Glauben Sie auch jetzt noch, daß Plechanow und ich durch irgendeinen machiavellistischen Plan oder durch den gehässigen Wunsch, die „Überwindung“ des Liquidatorentums durch einen „Kampf an zwei Fronten“ zu *ersetzen*, einander nähergebracht worden sind?

Doch zurück zu dem „Bacchanal des Philosophierens“.

„Wir wissen“, schreibt Herr Potressow, „welch tiefe Spur seinerzeit der Kampf von Engels gegen Dühring in dem Bewußtsein der deutschen Sozialdemokratie hinterlassen hat, und wie die scheinbar abstraktesten Thesen in Wirklichkeit von lebendiger konkreter Bedeutung für die Bewegung der deutschen Arbeiterklasse waren...“ Die abstraktesten Thesen waren von lebendiger konkreter Bedeutung! Wiederum Phrase und nichts

als Phrase. Versuchen Sie doch zu erklären, wenn „Sie wissen“, welche „lebendige konkrete Bedeutung“ jene These von Engels hatte, daß die philosophischen Betrachtungen Dührings über Zeit und Raum falsch sind! Darin liegt eben das Übel bei Ihnen, daß Sie wie ein Schuljunge *auswendig gelernt* haben: „Der Kampf von Engels gegen Dühring war von großer Bedeutung“, daß Sie aber nicht *durchdacht* haben, was das bedeutet, und darum das auswendig Gelernte in falscher, ganz verzerrt falscher Form wiederholen. Man kann nicht sagen, daß „die abstraktesten Thesen“ (Engels' gegen Dühring) „in Wirklichkeit von lebendiger konkreter Bedeutung für die Bewegung der deutschen Arbeiterklasse waren“. Die abstraktesten Thesen von Engels hatten die Bedeutung, daß sie den Ideologen der Arbeiterklasse klarmachten, worin das Fehlerhafte der Abweichungen vom Materialismus zum Positivismus und Idealismus besteht. Wenn Sie eine solche, d. h. philosophisch einigermaßen bestimmte Darstellung der Engelsschen Ansichten gegeben hätten, statt der klingenden, aber hohlen Phrasen von der „tiefen Spur“ und der „lebendigen konkreten Bedeutung der abstraktesten Thesen“, so hätten Sie sofort gesehen, daß die Berufung auf den Streit zwischen Engels und Dühring gegen Sie spricht.

„Wir kennen“, fährt Herr Potressow fort, „in der Geschichte der Formierung des russischen Marxismus die Rolle des Kampfes gegen die subjektive Soziologie . . .“

Und die Rolle der positivistischen und idealistischen Lehren Lawrows und Michailowskis in den Irrtümern der subjektiven Soziologie etwa nicht? Bei Ihnen, Arkadi Nikolajewitsch, ist jeder Schuß ein Fehlschuß. Zieht man eine historische Parallele, so muß man das, was in den verschiedenen Ereignissen einander ähnlich ist, aussondern und genau bezeichnen, da sonst statt eines historischen Vergleichs in den Wind geredet wird. Greift man die von Ihnen gezogene historische Parallele auf, so muß man fragen: War die „Formierung“ des russischen Marxismus möglich ohne die Beltowsche³⁷ Klärung der Grundlagen des philosophischen Materialismus und ihrer Bedeutung für die Widerlegung Lawrows und Michailowskis? Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben, und diese Antwort spricht – zieht man die Schlußfolgerung aus der historischen Parallele hinsichtlich des Streits mit den Machisten – gegen Herrn Potressow.

„Aber gerade weil wir das alles wissen“ (Natürlich! Wir haben eben

gesehen, was es heißt, wenn Herr Potressow schreibt: „Wir wissen das alles“), „wollen wir auch, daß endlich eine lebendige reale Verbindung zwischen dem uns beschäftigenden philosophischen Streit und der marxistischen gesellschaftlich politischen Strömung, ihren Aufgaben und Bedürfnissen hergestellt wird. Bis dahin aber . . .“ – es folgt ein Hinweis auf einen Brief Kautskys, darauf, daß der Machismus Privatsache*, daß der Streit über ihn eine „Fata Morgana“ sei usw.

Der Hinweis auf Kautsky ist ein Muster spießbürgerlicher Argumentation. Es handelt sich nicht darum, daß Kautsky „prinzipienlos“ ist, wie Herr Potressow (nach der Manier von Isgojew) witzelt, sondern darum, daß Kautsky *nicht weiß*, wie es um den russischen Machismus bestellt ist, und auch keinen Anspruch darauf erhebt, es zu wissen. Kautsky erkennt in seinem Schreiben Plechanow als Kenner des Marxismus an, gibt seiner Überzeugung von der Unvereinbarkeit des Idealismus mit dem Marxismus Ausdruck und äußert die Meinung, daß Machismus nicht Idealismus (oder: nicht jeder Machismus Idealismus) sei. Daß Kautsky im letzten Punkt und namentlich in bezug auf den russischen Machismus *irrt*, steht außer Zweifel. Sein Irrtum ist durchaus verzeihlich, denn den Machismus als Ganzes hat er *nicht studiert*, er schrieb einen privaten Brief in der offenkundigen Absicht, vor einer Übertreibung der Differenzen zu warnen. Sich unter solchen Umständen auf Kautsky berufen, bedeutet für einen *russischen marxistischen Publizisten* rein spießhafte Denkfaulheit und Feigheit im Kampf. Als Kautsky 1908 seinen Brief schrieb, *konnte* er *hoffen*, daß sich der Machismus bei einer bestimmten Auslegung mit dem *Materialismus* „versöhnen“ lasse; sich aber im Rußland der Jahre 1909/1910 in dieser Frage auf Kautsky berufen, heißt die Aussöhnung der russischen Machisten mit den Materialisten *vornehmen*. Nimmt sich etwa Herr Potressow oder sonst jemand das im Ernst vor?

Kautsky ist nicht prinzipienlos, wohl aber sind Potressow und Co., die den Machismus für eine „Privatsache“ erklären möchten, *Muster an Prinzipienlosigkeit* im heutigen russischen Marxismus. Kautsky war durchaus aufrichtig und nicht im mindesten prinzipienlos, als er 1908, ohne die russischen Machisten gelesen zu haben, *ihnen* riet, Frieden mit Plechanow, als einem Kenner des Marxismus, als einem Materialisten, zu suchen, denn Kautsky sprach sich stets, und so auch in diesem Brief, für den Materialis-

* „Privatsache“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

mus und gegen den Idealismus aus. Die Herren Potressow und Co. jedoch, die sich 1909/1910 hinter Kautsky verschanzen, besitzen *keinen Funken* Aufrichtigkeit, keine *Spur* von Achtung vor Prinzipientreue.

Sie, Herr Potressow, sehen keinen lebendigen realen Zusammenhang zwischen einem philosophischen Streit und einer marxistischen Strömung? So gestatten Sie mir, dem Politiker von gestern, Sie ergebenst wenigstens auf die folgenden Umstände und Erwägungen hinzuweisen: 1. Der Streit darüber, was philosophischer Materialismus ist, weshalb die Abweichungen von ihm fehlerhaft, wodurch sie gefährlich und reaktionär sind, ist *stets* durch einen „lebendigen realen Zusammenhang“ mit der „marxistischen gesellschaftlich politischen Strömung“ verknüpft – sonst wäre diese nicht marxistisch, nicht gesellschaftlich politisch und keine Strömung. Die „Realität“ dieses Zusammenhangs leugnen können nur die beschränkten „Realpolitiker“ des Reformismus oder des Anarchismus. 2. Bei dem Reichtum und der Vielseitigkeit des Ideengehalts des Marxismus ist es nicht verwunderlich, daß in Rußland, wie auch in anderen Ländern, die verschiedenen historischen Perioden bald die eine, bald die andere Seite des Marxismus besonders hervorheben. In Deutschland trat besonders hervor: bis 1848 die philosophische Formierung des Marxismus, im Jahre 1848 die politischen Ideen des Marxismus und in den fünfziger und sechziger Jahren die ökonomische Lehre von Marx. In Rußland traten besonders hervor: vor der Revolution die Anwendung der ökonomischen Lehre von Marx auf unsere Wirklichkeit, während der Revolution die marxistische Politik, nach der Revolution die marxistische Philosophie. Das heißt nicht, daß es erlaubt sei, jemals eine der Seiten des Marxismus zu ignorieren; das heißt nur, daß das *Überwiegen des Interesses* für diese oder jene Seite nicht von subjektiven Wünschen, sondern von der Gesamtheit der historischen Bedingungen abhängt. 3. Die Zeit der gesellschaftlichen und politischen Reaktion, die Zeit des „Verdauens“ der reichen Lehren der Revolution ist nicht zufällig eine Zeit, wo die grundlegenden theoretischen, darunter auch die philosophischen Fragen für jede *lebendige* Richtung an eine der ersten Stellen rücken. 4. In den fortgeschrittenen Strömungen des russischen Denkens gibt es keine so große philosophische Tradition, wie sie bei den Franzosen mit den Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts, bei den Deutschen mit der Epoche der klassischen Philosophie von Kant bis Hegel und Feuerbach verknüpft ist. Deshalb war ein

philosophischer „Klärungsprozeß“ gerade für die fortgeschrittene Klasse Rußlands notwendig, und es ist nichts Sonderbares dabei, daß es zu diesem verspäteten „Klärungsprozeß“ gekommen ist, nachdem diese fortgeschrittene Klasse während der jüngsten großen Ereignisse für ihre selbständige historische Rolle völlig reif geworden war. 5. Dieser philosophische „Klärungsprozeß“ bereitete sich seit langem auch in den anderen Ländern der Welt insofern vor, als beispielsweise die neue Physik eine Reihe neuer Fragen aufwarf, mit denen der dialektische Materialismus „fertig werden“ mußte. In dieser Hinsicht hat „unser“ (wie sich Potressow ausdrückt) philosophischer Streit nicht nur eine gewisse, d. h. russische Bedeutung. Europa lieferte das Material zur „Auffrischung“ des philosophischen Denkens, und das rückständige Rußland stürzte sich in der Zeit der erzwungenen Stille von 1908 bis 1910 besonders „gierig“ auf dieses Material. 6. Beloussow hat unlängst die III. Duma eine gottesfürchtige Duma genannt. Er hat in dieser Hinsicht die klassenbedingte Besonderheit der III. Duma richtig erfaßt und die Scheinheiligkeit der Kadetten treffend gebrandmarkt.

Nicht zufällig, sondern infolge der *Notwendigkeit* hat sich unsere ganze Reaktion im allgemeinen und die liberale Reaktion (die der „Wechi“-Leute und der Kadetten) im besonderen auf die Religion „geworfen“. Stock und Knute allein genügen nicht; der Stock ist immerhin angebrochen. Die „Wechi“-Leute helfen der fortgeschrittenen Bourgeoisie, sich mit einem modernen ideologischen Stock, einem geistigen Stock zu versehen. Der Machismus als eine Variante des Idealismus ist *objektiv* ein Werkzeug der Reaktion, ein Schrittmacher der Reaktion. Der Kampf gegen den Machismus von „unten“ ist deshalb nicht zufällig, sondern unvermeidlich in einer solchen historischen Periode (1908–1910), wo wir „oben“ nicht nur die „gottesfürchtige Duma“ der Oktobristen und der Purischkewitsch sehen, sondern auch die gottesfürchtigen Kadetten, die gottesfürchtige liberale Bourgeoisie.

Herr Potressow hat sich „vorbehalten“, auf das „Gottbildnertum“ „jetzt nicht einzugehen“. Dadurch unterscheidet sich eben der prinzipienlose und spießbürgerliche Publizist Potressow von Kautsky. Kautsky hat *weder* vom Gottbildnertum der Machisten *noch* von den gottesfürchtigen „Wechi“-Leuten etwas *gewußt* und *konnte* darum sagen, daß nicht jeder Machismus Idealismus sei. Potressow weiß davon und heuchelt, indem er

auf die Hauptsache (die Hauptsache für denjenigen, der die Dinge *eng* „publizistisch“ betrachtet) „nicht eingeht“. Dadurch, daß Herr Potressow und die Seinen den Kampf gegen den Machismus für eine „Privatsache“ erklären, werden sie in „gesellschaftlich politischem“ Sinne zu Helfershelfern der „Wechi“-Leute.

V

Wenn wir jetzt von Herrn Potressow zu Basarow übergehen, müssen wir vor allem bemerken, daß wir, was die Frage des philosophischen Streits betrifft, durch unsere Erwiderung an den ersten auch dem zweiten geantwortet haben. Nur das eine muß noch hinzugefügt werden: Die Duldsamkeit W. Basarows gegenüber Herrn Potressow und sein Bestreben, bei Potressow ein „Körnchen Wahrheit“ zu finden, sind durchaus verständlich, denn Herr Potressow (wie auch alle Liquidatoren) grenzt sich zwar in Worten und formell vom Machismus ab, aber *dem Kern der Sache nach* macht er ihm Zugeständnisse im allerwesentlichsten. Der Machismus als Strömung und als Gruppe mit einer „Plattform“ wagt ja nichts anderes zu fordern als die Anerkennung seines Bruchs mit dem Marxismus als „Privatsache“! Es ist deshalb kein Zufall, daß Potressow und Basarow miteinander liebäugeln. Die Gruppe der liquidatorischen Publizisten und die Gruppe der machistischen Publizisten sind *tatsächlich* darin *solidarisch*, in unserer Zeit des Zerfalls die „Freiheit des Zerfalls“ vor den Anhängern des Marxismus, vor den Verteidigern der theoretischen Grundlagen des Marxismus zu schützen. Und diese Solidarität beschränkt sich *nicht* auf philosophische Fragen, wie das *sogar* W. Basarow durch seinen Artikel beweist.

Ich sage, sogar, da gerade Basarow sich immer dadurch auszeichnete, daß er in die ersten Fragen der Politik tiefer einzudringen suchte. Man muß das erwähnen, um die Bedeutung der unglaublichen Schwankungen *eines solchen Menschen richtig einzuschätzen, und nicht nur um die überaus nutzbringende Tätigkeit eines Publizisten in der Vergangenheit zu betonen, der jetzt den Lorbeeren eines Herostrates nachjagt.*

Herostratisch ist zum Beispiel die Erklärung Basarows: „Ich halte die sattsam bekannte Frage der ‚Hegemonie‘ für eines der größten und wichtigsten Mißverständnisse unserer Tage.“ Über den Machisten aus unserer Mitte scheint irgendein Fatum zu walten: Die einen schützen die

„Freiheit des Zerfalls“, indem sie den Otsowismus als berechnete Schattierung anerkennen, die anderen, die die Dummheit und Schädlichkeit des Otsowismus begreifen, strecken den Liquidatoren in der Politik direkt die Hand entgegen. Eben die Liquidatoren führen in der „Nascha Sarja“ wie in der „Shisn“ und in dem Buch „Die gesellschaftliche Bewegung“⁸⁸ einen direkten und indirekten Kampf gegen die Idee der Hegemonie. Wir stellen mit Bedauern fest, daß Basarow in ihr Lager übergegangen ist.

Welches sind seine sachlichen Argumente? Vor fünf Jahren war die Hegemonie eine Tatsache. „Gegenwärtig ist diese Hegemonie aus durchaus begreiflichen Gründen nicht nur verschwunden, sondern hat sich in ihr direktes Gegenteil verwandelt.“ Beweis: „In unseren Tagen ist es eine unerläßliche Vorbedingung für die Popularität in den demokratischen Kreisen der Gesellschaft, dem Marxismus einen Tritt zu versetzen.“ Ein Beispiel dafür sei Tschukowski.

Man liest und traut seinen Augen nicht: Basarow, der Marxist sein wollte, wird zu einem Menschen von gestern, der imstande ist, Arm in Arm mit den Herren Potressow zu wandeln.

Schämen sollten Sie sich, W. A. Basarow. Die Tschukowski und sonstige Liberale und der ganze Schwarm der demokratischen Trudowiki suchten stets dem Marxismus „einen Tritt zu versetzen“, seit 1906 mehr denn je, aber war denn 1906 die „Hegemonie“ keine „Tatsache“? Schauen Sie einmal aus Ihrem liberalen Literatenkämmerlein heraus, betrachten Sie allein nur das Verhältnis der Bauernabgeordneten der III. Duma zu den Arbeiterabgeordneten. Die einfache Gegenüberstellung unbestreitbarer Tatsachen über ihr politisches Verhalten in den drei Jahren, ja selbst der einfache Vergleich der Formulierungen ihrer Anträge auf Übergang zur Tagesordnung mit den Formulierungen der Kadetten – ganz zu schweigen von einer Gegenüberstellung der politischen Erklärungen in der Duma mit den Lebensbedingungen der breiten Schichten der Bevölkerung in dieser Zeit – beweist ganz unwiderleglich, daß die Hegemonie auch augenblicklich eine Tatsache ist. Die Hegemonie der Arbeiterklasse, das ist ihre (und ihrer Vertreter) politische Einwirkung auf die anderen Elemente der Bevölkerung im Sinne der Reinigung ihres Demokratismus (falls Demokratismus vorhanden ist) von undemokratischen Beimischungen, im Sinne der Kritik an der Beschränktheit und Kurzsichtigkeit jedes bürgerlichen Demokratismus, im Sinne des Kampfes gegen die „Kadetterei“ (wenn

man so den ideologisch demoralisierenden Inhalt der Reden und der Politik der Liberalen nennen will) usw. usf. Es gibt nichts Bezeichnenderes für unsere Zeit, als daß Basarow so unglaubliches Zeug schreiben konnte und daß eine Gruppe von Journalisten, die sich gleichfalls als Freunde der Arbeiter und Anhänger des Marxismus betrachten, ihm dafür gnädig auf die Schulter klopfte!

„Wie die Dinge im Augenblick des herannahenden Aufschwungs liegen werden, ist ganz unmöglich vorauszusagen“, versichert Basarow den Lesern der Liquidatorenzeitschrift. „Wenn das geistige Antlitz der städtischen und bäuerlichen Demokratie ungefähr das gleiche sein wird wie vor 5 Jahren, so wird die Hegemonie des Marxismus erneut zur Tatsache werden . . . Aber es liegt absolut nichts Unmögliches in der Annahme, daß die Physiognomie der Demokratie sich wesentlich geändert haben wird. Stellen wir uns z. B. vor, daß das Kleinbürgertum der russischen Dörfer und Städte genügend radikal gestimmt sein wird gegen die politischen Privilegien der herrschenden Klassen, daß es genügend geschlossen und aktiv, aber von einem extrem nationalistischen Geist erfüllt sein wird. Da die Marxisten auf keinerlei Kompromisse mit dem Nationalismus oder dem Antisemitismus eingehen können, wird offensichtlich unter den erwähnten Bedingungen an eine Hegemonie nicht mehr zu denken sein.“

Das ist nicht nur falsch, sondern auch ungeheuerlich absurd. Wenn die Feindschaft gegen Privilegien bei gewissen Schichten mit Nationalismus verbunden sein wird, ist es dann nicht Sache des Hegemons, darüber Klarheit zu schaffen, daß eine solche Verbindung die Beseitigung der Privilegien hindert? Ist denn vielleicht der Kampf gegen Privilegien nicht verbunden mit dem Kampf der unter dem Nationalismus leidenden Kleinbürger gegen die am Nationalismus profitierenden Kleinbürger? Jeder Kampf eines jeden Kleinbürgertums gegen jegliche Privilegien trägt stets Spuren kleinbürgerlicher Beschränktheit und Halbheit an sich, und der Kampf gegen diese Eigenschaften ist eben Sache des „Hegemons“. Basarow argumentiert nach der Art der Kadetten, nach der Art der „Wechi“-Leute. Richtiger: Basarow ist in das Lager der Potressow und Co. übergegangen, die schon längst so argumentieren.

Was auf der Oberfläche nicht vorhanden ist, existiert überhaupt nicht. Was die Tschukowski und Potressow nicht sehen, ist nicht real. Das sind die Postulate der Argumentation Basarows, die dem Marxismus ins Gesicht schlagen. Der Marxismus lehrt uns, daß, solange der Kapitalismus

besteht, die kleinbürgerlichen Massen unvermeidlich unter den antidemokratischen Privilegien (solche Privilegien sind theoretisch im reinen Kapitalismus „nicht zwangsläufig“ vorhanden, jedoch wird seine *Reinigung* bis zu seinem Tode dauern), unter der wirtschaftlichen Unterdrückung leiden werden. Solange darum der Kapitalismus besteht, ist es eine *ständige* Aufgabe des „Hegemons“, den Ursprung dieser Privilegien und dieser Unterdrückung zu erklären, ihre Klassenwurzeln aufzuzeigen, ein Beispiel des Kampfes gegen sie zu liefern, die Verlogenheit der liberalen Kampfmethoden aufzudecken usw. usf.

So denken die Marxisten. So betrachten sie die Aufgaben des „Hegemons“ in jenem Lager, dessen Lebensbedingungen es nicht gestatten, sich mit den Privilegien abzufinden – im Lager nicht nur der Proletarier, sondern auch der halbproletarischen und kleinbürgerlichen Massen. Die Tschukowski aber glauben, da dieses Lager nun einmal zurückgedrängt, niedergehalten, in die Illegalität getrieben ist, sei also die „Hegemonie verschwunden“, sei also „die Frage der Hegemonie zu einem ganz nichtigen Mißverständnis geworden“.

Wenn ich Basarow, der dieses schändliche Zeug redet, Arm in Arm mit Potressow, Lewizki und Co. sehe, die der Arbeiterklasse versichern, daß sie keine Hegemonie, sondern eine Klassenpartei brauche, wenn ich auf der anderen Seite Plechanow sehe, der (wie sich der köstliche Potressow verächtlich ausdrückt) bei den geringsten Anzeichen ernster Schwankungen in der Frage der Hegemonie ein „Geschrei“ erhob, dann sage ich mir: Die Bolschewiki hätten sich gerade als solche Fanatiker von Fraktionsdogmen erwiesen, als die sie von ihren Feinden hingestellt werden, wenn sie in einer solchen Situation auch nur eine Minute lang geschwankt, wenn sie auch nur eine Sekunde lang daran gezweifelt hätten, daß es ihre Pflicht ist, eine sich aus allen Traditionen des Bolschewismus, aus dem ganzen Geist seiner Lehren und seiner Politik ergebende Pflicht, Plechanow die Hand zu reichen, ihm die volle kameradschaftliche Sympathie auszudrücken. Uns trennten und trennen fernerhin die Fragen, wie der „Hegemon“ zu diesem oder jenem Zeitpunkt hätte handeln sollen, aber wir sind Genossen in einer Zeit des Zerfalls, in dem Kampf gegen Leute, für die die Frage der Hegemonie ein „ganz nichtiges Mißverständnis“ ist. Die Potressow, Basarow u. a. m. dagegen sind für uns fremde Menschen, nicht minder fremde als die Tschukowski.

Das mögen jene guten Leute zur Kenntnis nehmen, die da finden, daß die Politik der Annäherung gegenüber Plechanow eine „fraktionelle“, enge Politik sei, die diese Politik bis zur Versöhnung mit den Potressow, Basarow usw. „erweitern“ möchten, die durchaus nicht begreifen wollen, weshalb wir ein solches „Versöhnertum“ entweder als hoffnungslose Dummheit oder als klägliches Intrigenspiel ansehen.

„Mysl“ Nr. 2 und 3,
Januar und Februar 1911.
Unterschrift: W. I l j i n.

Nach dem Text der „Mysl“.

DIE KADETTEN ÜBER „ZWEI LAGER“ UND ÜBER EIN „VERNÜNFTIGES KOMPROMISS“.

Die Antwort, die die „Retsch“ dem offiziösen Organ der Regierung zur Frage der „Losung“ für die Wahlen zur IV. Duma und der gegenwärtigen politischen Gruppierung gegeben hat, stellt eine interessante und bedeutende Erscheinung dar.

Die „Retsch“ stimmt mit den „Russkije Wedomosti“³⁹ darin überein, daß „die Wahlen zur IV. Duma sich lediglich zwischen zwei Lagern abspielen werden: den Progressisten und den Rechten“. „Man wird nicht für Parteien, nicht für einzelne Kandidaten zu stimmen haben, sondern für oder gegen die Stabilisierung eines konstitutionellen Regimes in Rußland.“ (Ein ganz liebliches Wort, diese „Stabilisierung“!) „Der politische Sinn dieser Losung . . . ist die objektive Anerkennung jener unbestreitbaren Tatsache, daß der Regierungskurs von neuem die gesamte Opposition, stehe sie weiter rechts oder weiter links als die Kadetten, vereint hat.“ Die Kadetten werden „das Zentrum dieser politisch heterogenen Gruppe“ sein, wobei sie zwar in diese Gruppe eingehen werden, aber „ebensowenig auf ihr früheres Programm und ihre frühere Taktik verzichten werden, wie die Sozialdemokraten auf ihr Programm und ihre Taktik verzichteten, als sie den Voroktober-Blocks angehörten“. (Leitartikel vom 21. Januar.)

„Meine Herren, können wir allen offiziösen und offiziellen Organen antworten, niemand anders als Sie selbst haben uns vereint . . . Je weiter, um so mehr fließen jetzt die politischen Strömungen in Rußland in zwei großen Lagern zusammen, für und gegen die Verfassung . . . Wir haben jetzt eine gemeinsame Aufgabe, wieder eine gemeinsame, wie vor dem 17. Oktober . . .“ (Ebenda.)

Es gilt, bei der Einschätzung dieser Betrachtungen zwei Fragen ausein-

anderzuhalten: die Bedingungen der Wahlen zur IV. Duma und die sozialpolitische Bedeutung der zur Erörterung stehenden Veränderungen (der „Losung“ und der Gruppierungen). Die Bedingungen der Wahlen im allgemeinen und die in der Provinz im besonderen werden die „Opposition“ sicherlich nötigen, sich des unbestimmten, neutralen Terminus „Progressisten“⁴⁰ in noch viel breiterem Maße zu bedienen als früher. Die Verweigerung der Legalisierung selbst solcher Parteien wie der der Kadetten, wird unvermeidlich dahin führen, und das Erstaunen des offiziösen Organs der Regierung in dieser Hinsicht ist natürlich pure Heuchelei. Wie die Kadetten selbst, wenigstens in dem gleichen Leitartikel, zugeben, werden in den Großstädten selbständige Kandidaten „weiter links“ stehender „Gruppen“, wie sich die „*Russkije Wedomosti*“ ausdrücken, aufgestellt werden. Schon daraus ist zu ersehen, daß von zwei Lagern keine Rede sein kann.

Weiter, das Bestehen der Arbeiterkurie, die auf Grund der jetzigen Wahlgesetze gebildet worden ist, hat die „*Retsch*“ überhaupt zu vergessen beliebt. Schließlich muß über die Wahlen im Dorf (unter den Bauern) gesagt werden, daß hier sogar das Wort „Progressisten“ zweifellos vermieden werden wird, daß aber das *reale* „Zentrum“ der „politisch heterogenen“ oder politisch unbestimmten Gruppen sicherlich nicht die Kadetten sein werden.

Worauf läuft also das Gerede von zwei Lagern hinaus? Darauf, daß es den Kadetten genehm ist, bei der Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage *nur* jene Elemente in den Kreis ihrer Betrachtungen einzubeziehen, aus denen sich die Mehrheit der III. Duma zusammensetzt. Nur jenen geringfügigen Bruchteil der Bevölkerung, der durch diese Elemente repräsentiert wird, geruhen die Herren Kadetten als politische „Lager“ anzuerkennen. Bislang war die *grundlegende* Einteilung in diesem kleinen vom 3. Juni geschaffenen Winkel folgende: Rechte, Oktobristen und Kadetten. (Bekanntlich wurde die Physiognomie der III. Duma letzten Endes durch zwei Mehrheiten bestimmt: Rechte und Oktobristen, Oktobristen und Kadetten.) Jetzt wird man (nach der Voraussage der „*Russkije Wedomosti*“, mit denen die „*Retsch*“ übereinstimmt) eine Teilung *dieser drei* Elemente in zwei „Lager“ haben: Rechte und Progressisten.

Wir erkennen durchaus an, daß diesen liberalen Prophezeiungen nicht bloß liberale Wünsche zugrunde liegen, sondern auch objektive Tat-

sachen: die Veränderungen in der politischen Lage und in der politischen Stimmung der russischen Bourgeoisie. Man dürfte nur nicht vergessen, daß von *zwei* Lagern lediglich dann die Rede sein kann, wenn man seinen Betrachtungskreis auf die Mehrheit der III. Duma beschränkt. Man darf nicht vergessen, daß die *reale* Bedeutung all dieses Geredes sich auf die Tendenz beschränkt, die „Lager“ der Oktobristen und der Kadetten einander näherzubringen, miteinander zu verschmelzen und zu vereinigen zu einem progressistischen „Lager“ (natürlich in der stillschweigenden Annahme, daß ein größerer oder geringerer Teil des oktobristischen Lagers in das Lager der Rechten abwandern wird). Wenn die Kadetten sagen: „wir“ wurden vereint, „unsere“ Aufgabe ist wieder eine gemeinsame usw., so bezeichnet dieses „wir“, „uns“ und „unser“ *real* nur die Oktobristen und die Kadetten, nicht mehr.

Auf welcher Grundlage nun wurden „sie“ vereint? Was ist „ihre“ Aufgabe? Was ist „ihre“ Losung für die Wahlen zur IV. Duma? „Stabilisierung der Verfassung“, antworten die „*Russkije Wedomosti*“ und die „*Retsch*“. Diese Antwort ist nur scheinbar bestimmt, in Wirklichkeit sagt sie ganz und gar nichts Bestimmtes aus, denn sie läuft auf jenen völlig inhaltlosen Hinweis auf irgendein unbestimmtes „Mittelding“ zwischen den Oktobristen und den Kadetten hinaus. Denn sowohl Miljukow als auch Gutschkow stimmen darin überein, daß „wir, Gott sei Dank, eine Verfassung haben“, aber sie träumen davon, zusammenzugehen für die „Stabilisierung“ nicht dessen, was „wir“ *haben*, sondern dessen, was wir nicht haben. Ein Traum, und dabei kein besonders sinnvoller Traum, ist auch die Annahme, Miljukow und Gutschkow, die Kadetten und Oktobristen von heute, die „Progressisten“ von morgen, könnten sich auf die Bestimmung des Inhalts der gewünschten Verfassung einigen. Sie würden sich weder auf die juristischen Formeln der Verfassung noch auf die Festlegung einigen können, welche realen Interessen welcher realen Klassen diese Verfassung befriedigen und schützen soll. Darum läuft die *tatsächliche* Bedeutung dieser gemeinsamen Losung darauf hinaus, daß die Oktobristen und die Kadetten, einander nahegebracht durch „die *negative* Aufgabe, die Aufgabe des Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner“ (ein Ausdruck der „*Retsch*“ aus demselben Leitartikel), ihre positiven Aufgaben nicht fixieren können, in ihren Lagern jene Kräfte nicht zu finden vermögen, die die Fähigkeit besäßen, den toten Punkt zu überwinden.

Diese Anerkennung der Tatsache, daß man tatsächlich auf einem toten Punkt angelangt ist, daß er überwunden werden muß, daß sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten ihn überwinden müssen, daß die einen wie die anderen für sich genommen auch nach Überwindung des toten Punktes ganz und gar machtlos sind, hat ihren besonders plastischen Ausdruck in der Betrachtung der „Retsch“ anlässlich eines speziellen Falles über ein „vernünftiges Kompromiß“ gefunden.

„Wenn im Verlauf der Dumadebatten über die Petersburger Kanalisation“, lesen wir im Leitartikel der „Retsch“ vom 20. Januar, „die ungesunde Basis des Streites auch etwas vertuscht wurde, wenn es sich selbst für das Zentrum“ (d. h. für die Oktobristen) „als möglich erwies, sich dem vernünftigen Kompromiß anzuschließen, das von der Fraktion der Volksfreiheit vorgeschlagen und von der Stadtverwaltung angenommen worden war, so wurde durch die Einmischung P. A. Stolypins die Hülle mit rohem Griff heruntergerissen“ (Sie, meine Herren Kadetten, möchten wohl lieber, daß die unangenehmen Fragen verhüllt blieben?) „und eben jene alte, allen längst zuwider gewordene Grundlage des politischen Kampfes des Staates mit der Selbstverwaltung völlig bloßgelegt.“

Die liberale Bourgeoisie in Gestalt einer völlig unschuldigen, ganz und gar unschuldigen Person, die von „vernünftigen Kompromissen“ auf geschäftlicher, unpolitischer Grundlage träumt, und Vertreter der „nicht-konstitutionellen“, alten Prinzipien – in der Rolle politischer Erzieher, die die Hüllen herunterreißen und die Klassengrundlage aufdecken! Das vernünftige Kompromiß besteht darin – seufzt der Liberale –, daß das befriedigt werde, worauf sich die Kadetten, die Oktobristen und die keiner Partei angehörenden Matadore des Kapitals (die Petersburger städtische Selbstverwaltung) geeinigt haben. Es liegt nichts Vernünftiges darin, euch Zugeständnisse zu machen – gibt die Regierung zur Antwort –, vernünftig ist nur, daß ihr uns Zugeständnisse macht.

Die kleine Frage der Verbesserung der sanitären Verhältnisse in Petersburg, die Verteilung der Rollen und der Rechte zwischen der Selbstverwaltung und der Selbstherrschaft hat Anlaß gegeben zur Klarstellung von Wahrheiten, die von nicht geringer Bedeutung sind. Was ist in der Tat „vernünftiger“: die Wünsche, die Träume, die Forderungen der ganzen Bourgeoisie oder die Macht, wenn auch nur, sagen wir, des Rates des vereinigten Adels⁴¹?

Für die „Retsch“ wie für die ganze Partei der Kadetten besteht das Kriterium für die „Vernünftigkeit“ des Kompromisses darin, daß es gebilligt wurde von den Leuten der Geschäftswelt, den Finanzmagnaten, von den Oktobristen selbst, von den Hauptmachern der Petersburger städtischen Selbstverwaltung höchstselbst. Die *reale* Wirklichkeit aber – wie man sie auch drapieren möge mit Phrasen wie: „wir haben, Gott sei Dank, eine Verfassung“ – sprengt diese Kompromisse und reißt ziemlich grob diese Drapierung herunter.

Das Fazit: Ihr habt uns vereint, sagt die „Retsch“ zu dem offiziellen Organ der Regierung. – Wen „uns“? – Es ergibt sich: die Oktobristen und die Kadetten. – Auf welcher Grundlage vereint? – Auf der Grundlage der gemeinsamen Aufgabe: Stabilisierung der Verfassung. – Aber was ist unter Verfassung und deren Stabilisierung zu verstehen? – Ein vernünftiges Kompromiß zwischen den Oktobristen und den Kadetten. – Worin besteht das Kriterium für die Vernünftigkeit derartiger Kompromisse? – Darin, daß die schlimmsten Repräsentanten des russischen „Kolupajewschen“* Kapitalismus vom Schlege der Petersburger Stadtverordneten sie billigen. – Und was ist das praktische Ergebnis dieser vernünftigen Kompromisse? – Daß P. A. Stolypin oder der Reichsrat oder Tolmatschow⁴² usw. usf. diese Kompromisse „grob sprengen“ ... Oh, diese politischen Geschäftemacher ...!

Aber, wird es nicht bei den Wahlen zur IV. Duma gar ein drittes Lager geben, das gekennzeichnet wäre durch die Erkenntnis, wie unvernünftig, lächerlich und naiv die kadettische Politik des „vernünftigen Kompromisses“ ist? Wie denkt ihr darüber, ihr Herren von der „Retsch“ und von den „Russkije Wedomosti“?

„Swesda“ Nr. 8,
5. Februar 1911.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“.

* Kolupajew – Gestalt aus der Erzählung „Zufluchtsort Monrepos“ von Saltykow-Schtschedrin. Der Übers.

DER FÜNFZIGSTE JAHRESTAG DER AUFHEBUNG DER LEIBEIGENSCHAFT

Am 19. Februar 1911 sind fünfzig Jahre seit der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland vergangen. Überall werden Vorbereitungen getroffen, um dieses Jubiläum zu feiern. Die zaristische Regierung ergreift alle Maßnahmen, damit in den Kirchen und in den Schulen, in den Kasernen und in öffentlichen Vorlesungen ausschließlich die Auffassungen der Schwarzhunderter über die sogenannte „Befreiung“ der Bauern gepredigt werden. Von Petersburg aus werden in aller Eile über ganz Rußland Rundschreiben versandt, wonach keine Institution andere Bücher und Broschüren zur Verbreitung im Volk beziehen soll als jene, die vom „Nationalen Klub“, d. h. einer der reaktionärsten Parteien der III. Duma, herausgegeben werden. Eifrige Gouverneure sind an einigen Orten schon so weit gegangen, daß sie die nicht unter polizeilicher „Leitung“ gebildeten Komitees für die Feier des Jubiläums der Bauern „reform“ (zum Beispiel Semstwokomitees) auflösen – auflösen wegen ungenügender Bereitwilligkeit, die Feier so zu begehen, wie es die Regierung der Schwarzhunderter verlangt.

Die Regierung ist beunruhigt. Sie sieht, daß, wie geduckt, wie verängstigt, unwissend und ohne Klassenbewußtsein dieser oder jener Arbeiter oder Bauer auch sein mag, trotzdem die bloße Erinnerung daran, daß vor einem halben Jahrhundert die Aufhebung der Leibeigenschaft verkündet wurde, das Volk in Bewegung bringen, es in Erregung versetzen muß, das Volk, das von der Duma der Gutsbesitzer, der Fronherren, unterdrückt wird und das mehr denn je unter der Willkür, den Gewalttaten und dem Joch der fronherrlichen Gutsbesitzer und deren Polizei und Beamten zu leiden hat.

In den Staaten Westeuropas wurden die letzten Überreste der Leibeigenschaft durch die Revolutionen von 1789 in Frankreich und von 1848 in den meisten anderen Ländern beseitigt. In Rußland war 1861 das Volk, das jahrhundertlang von den Gutsbesitzern in Sklaverei gehalten worden war, nicht imstande, sich zu einem umfassenden, offenen, bewußten Kampf um die Freiheit zu erheben. Die Bauernaufstände jener Zeit blieben vereinzelte, zersplitterte, spontane „Rebellionen“ und wurden leicht unterdrückt. Die Aufhebung der Leibeigenschaft wurde nicht vom aufständischen Volk, sondern von der Regierung durchgeführt, die nach der Niederlage im Krimkrieg eingesehen hatte, daß es völlig unmöglich war, das Regime der Leibeigenschaft aufrechtzuerhalten.

Die Bauern wurden in Rußland „befreit“ durch die Gutsbesitzer selbst, durch die Gutsbesitzerregierung des autokratischen Zaren und durch seine Beamten. Und diese „Befreier“ handhabten die Sache so, daß die Bauern, ausgeplündert bis aufs Hemd, „in die Freiheit“ traten, aus der Sklaverei unter den Gutsbesitzern in die Schuldknechtschaft derselben Gutsbesitzer und deren Kreaturen gerieten.

Die russischen Bauern wurden durch die edlen Herren Gutsbesitzer so „befreit“, daß *mehr als ein Fünftel* des bäuerlichen Grund und Bodens zugunsten der Gutsbesitzer abgetrennt wurde. Für ihre eigenen, mit Schweiß und Blut getränkten Bauernländereien waren die Bauern verpflichtet, eine *Ablösung*, d. h. einen *Tribut*, an die Sklavenhalter von gestern zu zahlen. Hunderte von Millionen Rubel dieses Tributs haben die Bauern den Fronherren gezahlt, wodurch sie mehr und mehr zugrunde gerichtet wurden. Nicht allein, daß die Gutsbesitzer bäuerlichen Grund und Boden zusammenraubten, daß sie den Bauern das schlechteste, mitunter völlig unbrauchbares Land zuwiesen, nein, auf Schritt und Tritt stellten sie ihnen Fallen, das heißt, sie grenzten das Land so ab, daß die Bauern teils ohne Weiden, teils ohne Wiesen, teils ohne Wald, teils ohne Tränke blieben. Die Bauern blieben in den *meisten* Gouvernements des eigentlichen Rußlands auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft in der früheren, trostlosen Knechtschaft der Gutsbesitzer. Die Bauern blieben auch nach der Befreiung der „niedrigste“ Stand, das Steuervieh, das gemeine Volk, mit dem die von den Gutsbesitzern eingesetzte Obrigkeit Schindluder trieb, aus dem sie die Steuern preßte, das sie auspeitschte, prügelte und beschimpfte.

In keinem Land der Welt hat die Bauernschaft auch nach der „Befreiung“ einen solchen Ruin, eine solche Verelendung, solche Erniedrigungen und Schmähungen erlebt wie in Rußland.

Aber die Aufhebung der Leibeigenschaft rüttelte das ganze Volk auf, erweckte es aus jahrhundertlangem Schlaf, lehrte es, selbst einen Ausweg zu suchen, selbst den Kampf um die volle Freiheit zu führen.

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft entwickelten sich in Rußland die Städte immer rascher, wuchsen Fabriken und Werke, wurden Eisenbahnen gebaut. An die Stelle des leibeigenschaftlichen Rußlands trat das kapitalistische Rußland. Als Ablösung des seßhaften, geduckten, mit seinem Dorf verwachsenen leibeigenen Bauern, der den Popen glaubte und die „Obrigkeit“ fürchtete, wuchs eine neue Generation von Bauern heran, die als gewerbliche Saisonarbeiter gearbeitet, in Städten gelebt und aus den bitteren Erfahrungen ihres Wanderlebens und der Lohnarbeit manches gelernt hatten. In den Großstädten, in den Fabriken und Werken stieg die Zahl der Arbeiter immer mehr an. Nach und nach bildeten sich Arbeitervereinigungen zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten und die Regierung. Indem die russische Arbeiterklasse diesen Kampf führte, half sie den Millionen Bauern, sich aufzuraffen und aufzurichten, die Gewohnheiten leibeigener Sklaven abzustreifen.

1861 waren die Bauern nur zu „Rebellionen“ fähig. Noch Jahrzehnte nach 1861 blieben die russischen Revolutionäre, die heldenmütig das Volk zum Kampf emporzureißen suchten, isoliert und gingen unter den Schlägen der Selbstherrschaft zugrunde. Bis 1905 war die russische Arbeiterklasse im langjährigen Streikkampf, in langjähriger von der sozialdemokratischen Partei geleiteter Propaganda-, Agitations- und Organisationsarbeit erstarbt und gewachsen. Und sie führte das gesamte Volk, führte die Millionen Bauern zur Revolution.

Die zaristische Selbstherrschaft wurde durch die Revolution von 1905 erschüttert. Diese Revolution schuf zum erstenmal in Rußland aus dem Haufen Bauern, die durch die Sklaverei der Leibeigenschaft fluchwürdigen Angedenkens niedergehalten worden waren, ein Volk, das seine Rechte zu begreifen, seine Kraft zu fühlen begann. Die Revolution von 1905 zeigte zum erstenmal der zaristischen Regierung, den russischen Gutsbesitzern, der russischen Bourgeoisie, daß Millionen und aber Millionen zu Staatsbürgern, zu Kämpfern werden, die sich nicht als Pack, als Pöbel behandeln

lassen. Und die wirkliche Befreiung der Massen von Knechtung und Willkür wurde nie und nirgends in der Welt anders erreicht als durch den selbständigen, heldenhaften, bewußten Kampf dieser Massen selbst.

Die Selbstherrschaft ist durch die Revolution von 1905 nur erschüttert, aber nicht vernichtet worden. Jetzt rächt sie sich am Volk. Die Gutsbesitzerduma knechtet und unterdrückt noch stärker. Unzufriedenheit und Empörung nehmen überall wieder zu. Auf den ersten Schritt wird ein zweiter folgen. Auf den Beginn des Kampfes wird die Fortsetzung folgen. Nach der Revolution von 1905 kommt eine neue, die zweite Revolution. Das Jubiläum der Aufhebung der Leibeigenschaft erinnert an sie, ruft zu ihr auf.

Wir brauchen einen „zweiten 19. Februar“, seufzen die Liberalen. Das stimmt nicht. So reden nur bürgerliche Feiglinge. Ein zweiter „19. Februar“ ist nach 1905 unmöglich. Man kann ein Volk nicht „von oben befreien“, das gelernt hat (und *lernt*, nämlich aus den Erfahrungen der III., der Gutsbesitzerduma lernt), von unten zu kämpfen. Man kann nicht ein Volk „von oben befreien“, an dessen Spitze, sei es auch nur ein einziges Mal, das revolutionäre Proletariat in Aktion gestanden hat.

Die Schwarzhunderter begreifen das und fürchten darum das Jubiläum des Jahres 1861. „Das Jahr 1861“, schrieb der treue Kettenhund der zaristischen Schwarzhunderter, Menschikow, in der Zeitung „Nowoje Wremja“⁴³, „das Jahr 1861 *vermochte nicht, das Jahr 1905 zu verbüten.*“

Die Duma der Schwarzhunderter und das Wüten der zaristischen Regierung bei der Verfolgung ihrer Feinde verhüten die neue Revolution nicht, sondern beschleunigt sie. Die schweren Erfahrungen der Jahre 1908–1910 lehren das Volk neuen Kampf. Nach den Sommerstreiks der Arbeiter (1910) setzten die Winterstreiks der Studenten ein. Ein neuer Kampf reift heran, vielleicht langsamer als wir es wünschen, aber er reift sicher und unvermeidlich heran.

Die revolutionäre Sozialdemokratie entledigt sich der Kleinmütigen, die sich von der Revolution und der illegalen Partei der Arbeiterklasse abgewandt haben, sie sammelt ihre Kräfte und schließt sich zusammen für die bevorstehenden großen Schlachten.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 3,
8. (21.) Februar 1911.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

PAUL SINGER

Gestorben am 18. (31.) Januar 1911

Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen. Niemals ist einem Mächtigen dieser Welt die Ehre einer solchen Bestattung zuteil geworden. Man kann Zehntausenden von Soldaten befehlen, bei der Überführung der sterblichen Überreste irgendeines Königs oder eines durch die Niedermetzelung von äußeren und inneren Feinden berühmt gewordenen Generals in den Straßen Spalier zu bilden, aber man kann nicht die Bevölkerung einer Riesenstadt auf die Beine bringen, wenn nicht in den Herzen der ganzen Millionenmasse der Werktätigen die Verbundenheit mit *ihrem* Führer, mit der Sache des *revolutionären* Kampfes eben dieser Masse gegen das Joch der Regierung und der Bourgeoisie glüht.

Paul Singer gehörte selbst zur Bourgeoisie, stammte aus einer Kaufmannsfamilie, war ziemlich lange ein reicher Fabrikant gewesen. Er hatte sich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit der bürgerlichen Demokratie angeschlossen. Aber zum Unterschied von der Masse der bürgerlichen Demokraten und Liberalen, die aus Furcht vor den Erfolgen der Arbeiterbewegung sehr rasch ihre Freiheitsliebe vergessen, war Singer ein glühender, aufrichtiger, bis zu Ende konsequenter und furchtloser Demokrat.

Von den Schwankungen, der Feigheit, den Verrätereien der bürgerlichen Demokratie ließ er sich nicht mitreißen, sondern sie riefen seinen Widerstand hervor, schufen in ihm die immer festere Überzeugung, daß nur die Partei der revolutionären Arbeiterklasse imstande ist, den großen Freiheitskampf zu Ende zu führen.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die deutsche liberale Bourgeoisie sich von der in Deutschland anwachsenden Revolution feige abwandte, mit der Regierung der Junker schachtete und sich mit der Allgewalt des Königs abfand, wandte sich Singer entschlossen dem Sozialismus zu. Im Jahre 1870, als die gesamte Bourgeoisie von den Siegen über Frankreich berauscht war und die breiten Massen der Bevölkerung sich von der niederträchtigen, den Menschenhaß predigenden „liberalen“ Propaganda des Nationalismus und Chauvinismus mitreißen ließen, unterzeichnete Singer den Protest gegen die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich. Im Jahre 1878, als die Bourgeoisie dem reaktionären Minister Bismarck, dem Minister der Gutsbesitzer (der „Junker“, wie die Deutschen sagen), half, das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten durchzuführen, die Arbeitervereine aufzulösen, die Arbeiterzeitungen zu verbieten und mit tausenderlei Verfolgungen über das klassenbewußte Proletariat herzufallen – trat Singer endgültig der sozialdemokratischen Partei bei.

Seitdem ist die Lebensgeschichte Singers untrennbar mit der Geschichte der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verbunden. Er widmete sich selbstlos dem mühevollen Werk des revolutionären Aufbaus. Er gab der Partei alle seine Kräfte, seinen ganzen Reichtum, seine ganzen hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten, alle Talente des Praktikers und Führers. Singer gehörte zu jenen wenigen, man kann sagen, jenen außerordentlich seltenen, aus der Bourgeoisie hervorgegangenen Menschen, die durch die lange Geschichte des Liberalismus, die Geschichte des Verrats, der Feigheit, des Schachers mit der Regierung, der Liebedienerei der bürgerlichen Politikaster nicht geschwächt, nicht demoralisiert, sondern *gestählt*, zu *Revolutionären* bis ins Mark gemacht werden. Es gibt selten *solche* Menschen, die aus dem Lager der Bourgeoisie kommen und sich dem Sozialismus anschließen; und *nur* solchen seltenen, durch jahrelangen Kampf erprobten Menschen soll das Proletariat vertrauen, wenn es sich eine Arbeiterpartei schmieden will, die imstande ist, die moderne

bürgerliche Sklaverei zu stürzen. Singer war ein unerbittlicher Feind des Opportunismus in den Reihen der deutschen Arbeiterpartei, und bis ans Ende seiner Tage blieb er der unversöhnlichen, revolutionären sozialdemokratischen Politik unerschütterlich treu.

Singer war weder Theoretiker noch Publizist, noch ein glänzender Redner. Er war vor allem und vornehmlich praktischer Organisator der illegalen Partei zur Zeit des Ausnahmegesetzes, ferner Berliner Stadtverordneter und Parlamentarier nach Aufhebung dieses Gesetzes. Und dieser Praktiker, der den größten Teil seiner Zeit auf die alltägliche, technisch-parlamentarische Kleinarbeit, auf allerhand „sachliche“ Arbeit verwendete, war dadurch groß, daß er sich aus den Kleinigkeiten keinen Götzen schuf, nicht dem so üblichen und so trivialen Hang erlag, im Namen dieser „sachlichen“ oder „positiven“ Arbeit den scharfen und prinzipiellen Kampf mit einer Handbewegung abzutun. Im Gegenteil, Singer, der sein ganzes Leben dieser Arbeit gewidmet hatte, stand jedesmal, wenn die Frage nach dem grundlegenden Charakter der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, nach ihren Endzielen, nach Blockbildungen (Bündnissen) mit der Bourgeoisie, nach Zugeständnissen an den Monarchismus usw. auftauchte – stets an der Spitze der standhaftesten und entschiedensten Kämpfer gegen alle Erscheinungen des Opportunismus. Unter dem Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten kämpfte Singer zusammen mit Engels, Liebknecht und Bebel an zwei Fronten: sowohl gegen die „Jungen“, die Halbanarchisten, die den parlamentarischen Kampf ablehnten, als auch gegen die gemäßigten „Legalisten um jeden Preis“. Später bekämpfte Singer mit der gleichen Entschiedenheit die Revisionisten.

Er hat den Haß der Bourgeoisie verdient, der ihn bis ins Grab begleitete. Die bürgerlichen Hasser Singers (die deutschen Liberalen und unsere Kadetten) weisen schadenfroh darauf hin, daß mit seinem Tode einer der letzten Vertreter der „heroischen“ Periode der deutschen Sozialdemokratie dahingehe, daß heißt jener Periode, wo bei den Führern der Glaube an die Revolution, das Einstehen für eine prinzipiell revolutionäre Politik so stark, frisch und unmittelbar war. An Singers Stelle – sagen diese Liberalen – treten gemäßigte, ordnungsliebende Führer, „Revisionisten“, Leute mit bescheidenen Ansprüchen und kleinlicher Berechnung. Kein Zweifel, das Anwachsen der Arbeiterpartei lockt nicht selten viele Opportunisten in ihre Reihen. Kein Zweifel, aus der Bourgeoisie kom-

mende Leute bringen in unseren Tagen dem Proletariat viel häufiger ihre Zaghaftigkeit, engstirniges Denken oder einen Hang zur Phrase mit als unerschütterliche revolutionäre Gesinnung. Doch sollen die Feinde nicht vorzeitig frohlocken! Die Arbeitermassen sowohl in Deutschland als auch in den anderen Ländern schließen sich immer mehr zu einer *Armee der Revolution* zusammen, und diese Armee wird ihre Kräfte in naher Zukunft entfalten, denn die Revolution wächst heran, in Deutschland wie in den anderen Ländern.

Die alten revolutionären Führer sterben dahin – es wächst und erstarkt die junge Armee des revolutionären Proletariats.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 3,
8. (21.) Februar 1911.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

NOTIZEN

Menschikow, Gromoboi, Isgojew⁴⁴

Die Aktion der 66 Moskauer Industriellen⁴⁵, die nach der Berechnung einer Moskauer Zeitung ein Kapital von einer halben Milliarde Rubel repräsentieren, hat Veranlassung gegeben zu einer ganzen Reihe außerordentlich wertvoller und charakteristischer Artikel in den verschiedenen Presseorganen. Abgesehen davon, daß diese Artikel die politische Lage im gegenwärtigen Augenblick ungewöhnlich grell beleuchten, liefern sie interessantes Material zu vielen grundlegenden und prinzipiellen Fragen, die die ganze Evolution Rußlands im 20. Jahrhundert betreffen.

Da ist Herr Menschikow, der im „Nowoje Wremja“ den Standpunkt der rechten Parteien und der Regierung darlegt:

„Warum begreifen all diese Rjabuschinski, Morosow u. a. nicht, daß man sie im Fall eines Umsturzes alle aufknüpfen oder bestenfalls zu Bettlern machen wird?“ „Diesen energischen Satz“ zitiert Herr Menschikow, wie er selbst sagt („Nowoje Wremja“ Nr. 12 549), „aus dem Brief eines Studenten eines sehr revolutionären Instituts“. Und schon von sich aus fügt der Verfasser hinzu: „Ungeachtet der furchtbaren Warnung des Jahres 1905 haben die oberen Klassen Rußlands, einschließlich der Kaufmannschaft, eine außerordentlich mangelhafte Vorstellung von der heraufziehenden Katastrophe.“ „Jawohl, ihr Herren Rjabuschinski, Morosow und andere euresgleichen! Trotz eures Flirts mit der Revolution und aller Empfehlungen des Liberalismus, die zu verdienen ihr euch beeilt, werdet gerade ihr als die ersten Opfer der sich vorbereitenden Umwälzung fallen. Ihr werdet als die ersten gehängt werden – nicht wegen irgendwelcher Verbrechen, sondern dafür, was euch als Tugend erscheint – einfach wegen des Besitzes jener halben Milliarde, mit der ihr euch so

brüestet.“ „Die liberale Bourgeoisie, einschließlich des mittleren Adels, des Beamtentums und der Kaufmannschaft, schreitet mitsamt ihren Titeln, Rangstufen und Kapitalien sorglos dem Rande des revolutionären Abgrunds zu.“ „Wenn die liberalen Hetzer zur Rebellion es schließlich dahin gebracht haben, daß man sie zum Galgen schleppt, dann mögen sie sich erinnern, wie milde die alte Staatsmacht mit ihnen umging, mit welcher Zuvorkommenheit sie sie anhörte, wie sie sie hegte und pflegte und wie wenig Ansprüche sie auf ihre hohlen Köpfe erhob. Mögen sie gerade in dieser für sie so dunklen Stunde die Wohltaten des radikalen Regimes mit dem alten, patriarchalischen Regime vergleichen.“

Das schreibt der inoffizielle Offiziosus der Regierung am 17. Februar, an demselben Tage, wo der offizielle Offiziosus, die „Rossija“, sich schier überschlägt, um mit Hilfe des „Golos Moskwy“⁴⁶ zu beweisen, daß der „Vorstoß“ der 66 „nicht als Meinungsäußerung der Moskauer Kaufmannschaft betrachtet werden kann“. „Der Adelskongreß ist eine Organisation“, schreibt die „Rossija“, „die 66 Kaufleute dagegen, die selber von sich sagen, daß sie als Privatpersonen gehandelt haben, sind keine Organisation.“

Wie unbequem ist es doch, zwei offiziöse Organe zu haben! Das eine widerlegt das andere. Das eine sucht zu beweisen, daß der „Vorstoß“ der 66 nicht als Meinungsäußerung, sei es auch nur der Moskauer Kaufmannschaft, zu betrachten sei. Das andere dagegen beweist, daß der „Vorstoß“ eine viel weitere Bedeutung habe, denn er drücke nicht nur die Meinung der Moskauer und nicht nur die der Kaufmannschaft aus, sondern die Meinung der gesamten *liberalen Bourgeoisie* Rußlands überhaupt. Herr Menschikow unternimmt es, im Namen der „alten Staatsmacht“ diese liberale Bourgeoisie zu warnen: Haben wir denn nicht euer Wohl im Auge?

Es gibt sicherlich kein einziges Land in Europa, wo im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht Hunderte Male dieser Appell der „alten Staatsmacht“ und auch des Adels und der reaktionären Publizistik ertönt wäre, adressiert an die liberale Bourgeoisie, der Appell: „nicht zu hetzen“ . . . Und niemals haben diese Appelle etwas geholfen, obwohl die „liberale Bourgeoisie“ nicht nur *gar nicht* „hetzen“ wollte, sondern im Gegenteil, mit derselben Energie und Aufrichtigkeit gegen die „Hetzer“ kämpfte, mit der die 66 Kaufleute die Streiks verurteilen. Verurteilungen wie Appelle sind wirkungslos, sobald es sich um die Gesamtheit der Lebens-

verhältnisse der Gesellschaft handelt, die diese oder jene Klasse die Unerträglichkeit der Lage spüren lassen und sie dazu bewegen, davon zu reden. Herr Menschikow drückt ganz richtig die Interessen und den Standpunkt der Regierung und des Adels aus, wenn er die liberale Bourgeoisie mit der Revolution schreckt und ihr Leichtsinn vorwirft. Die 66 Kaufleute drücken richtig die Interessen und den Standpunkt der liberalen Bourgeoisie aus, wenn sie der Regierung Vorwürfe machen und die „Streikenden“ verurteilen. Aber die gegenseitigen Vorwürfe sind lediglich ein Symptom, das unwiderleglich von großen „Mängeln des Mechanismus“ zeugt, davon, daß trotz allen Bestrebens der „alten Staatsmacht“, die Bourgeoisie zufriedenzustellen, ihr einen Schritt entgegenzukommen, für sie ein recht einflußreiches Plätzchen in der Duma zu schaffen, daß trotz des stärksten und aufrichtigsten Verlangens der Bourgeoisie, sich einzurichten, sich zu vertragen, miteinander übereinzukommen, sich anzupassen – daß trotz alledem aus der „Anpassung“ nichts wird! Darin liegt der Kern der Sache, das ist der Untergrund, die gegenseitigen Vorwürfe sind bloß die Ornamente darauf.

Herr Gromoboi läßt im „Golos Moskwy“ an die „Regierung“ eine notwendige Warnung ergehen (Nr. 38 vom 17. Februar, in dem Artikel „Eine notwendige Warnung“). „Keinerlei Manifestationen einer ‚festen‘ Regierungsgewalt“, schreibt er, „keinerlei Willensimpulse werden der Heimat Ruhe schaffen, solange sie nicht Hand in Hand gehen werden mit den zu lange hinausgezögerten Reformen.“ (Der Stil des Herrn Gromoboi ist nicht gerade einwandfrei, seiner Rede Sinn ist dennoch völlig klar.) „Und Unruhen als Folge einer hinausgezögerten Krise können nicht als ‚Force majeure‘ für die Nichteinlösung von Wechseln erklärt werden.“ (Kein passender Vergleich, Herr Publizist der oktobristischen Geschäftsleute: erstens sind ja die Wechsel gar nicht unterschrieben; und zweitens, selbst wenn sie unterschrieben wären, wo ist jenes Handelsgericht, an das Sie sich wenden könnten, und wo sind der Gerichtsvollzieher und die anderen, die die Schuld eintreiben könnten? Denken Sie einmal nach, Herr Gromoboi, und Sie werden sehen, daß nicht nur die oktobristische, sondern auch die kadettische Partei eine Partei der ungedeckten Wechsel in der Politik ist.) „In diesem Falle werden sie nur noch zunehmen . . . auf die Studentenunruhen wird vieles folgen, was man schon erlebt hat. Laßt ihr das Schiff wenden, so werdet ihr den zurückgelegten Weg sehen.“

„Der Einsatz auf die Schwachen ist verloren, auch der Einsatz auf die Starken kann sich als verloren erweisen. Die Regierung wird mit leeren Händen dastehen. Ihre Spekulationen auf Beruhigung können sich verflüchtigen wie Dunst, ganz gleich, wie die Wahlen ausfallen mögen.“ (Herr Gromoboi denkt an die Wahlen zur IV. Duma.) „Wenn die Karawanen der Opposition die Felsen zu passieren beginnen, wo bloß die Nebel einer Macht wogten, wenn die Regierung nach Abstoßung der gemäßigten Elemente isoliert bleibt, dann werden die Wahlen zu einer bitteren Niederlage für sie werden, und das ganze Regime wird erschüttert sein, da es kein Regime des Rechts ist.“

Menschikow wirft der Bourgeoisie vor, daß sie zur „Revolution“ „hetzt“ – die Bourgeoisie wirft den Menschikow vor, daß sie „zur Verschärfung der Unruhen führen“. „Es ist die alte, doch ewig neue Geschichte.“

Der Renegat Isgojew versucht in der kadettischen „Retsch“, veranlaßt durch dasselbe Thema, einige soziologische Schlüsse zu ziehen, ohne zu begreifen, wie unvorsichtig es für die Kadetten im allgemeinen und für Renegaten im besonderen ist, sich so etwas vorzunehmen. In dem Artikel „Eine Gegenüberstellung“ (vom 14. Februar) vergleicht er den Kongreß des vereinigten Adels mit der Aktion der 66 Moskauer Kaufleute. „Der vereinigte Adel“, schreibt er, „ist bis zu Purischkewitsch hinabgesunken, die Moskauer Industriellen haben in der Sprache des Staatswohls zu sprechen begonnen.“ „In der Vergangenheit“, fährt Herr Isgojew fort, „erwies der Adel dem Volk ernsthafte kulturelle Dienste“, aber „mit Kulturarbeit befaßte sich nur eine Minderheit, während die Mehrheit gegen die Minderheit hetzte“. „Aber derart ist im allgemeinen das Gesetz der Geschichte, daß nur eine Minderheit der betreffenden Klasse fortschrittlich handelt.“

Gut, sehr gut: „Derart ist im allgemeinen das Gesetz der Geschichte.“ So schreibt die kadettische „Retsch“ durch Herrn Isgojew. Bei näherer Betrachtung erfahren wir jedoch mit Verwunderung, daß die Wirksamkeit der „allgemeinen Gesetze der Geschichte“ nicht über die Grenzen des Feudaladels und der liberalen Bourgeoisie hinausgeht. In der Tat. Erinnern wir uns an die „Wechi“, in denen derselbe Herr Isgojew schrieb und mit denen die prominentesten Kadetten so polemisierten, daß sie zwar Einzelheiten berührten, das Grundlegende, das Ausschlaggebende, das

Wesentliche aber gar nicht streiften. Das Wesentliche in den „Wechi“, hinter dem alle Kadetten stehen und das von den Herren Miljukow und Co. Tausende Male ausgesprochen wurde, besteht darin, daß alle Klassen Rußlands außer dem reaktionären Adel und der liberalen Bourgeoisie (im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts) in Erscheinung traten durch die Handlungen ihrer Minderheit, die sich dem „Rausch“ hingab, sich von „intellektuellen“ „Anführern“ hinreißen ließ und unfähig war, sich zum Standpunkt des „Staatswohls“ zu erheben. „Man muß endlich den Mut haben einzugestehen“, schrieb Herr Isgojew in den „Wechi“, „daß in unseren Reichsdumas die erdrückende Mehrheit der Deputierten, mit Ausnahme von drei, vier Dutzend Kadetten und Oktobristen, nicht das Wissen offenbarte, mit dem man die Verwaltung und Umgestaltung Rußlands hätte in Angriff nehmen können.“ Damit meint man, wie wohl jeder versteht, die Bauernabgeordneten, die Trudowiki und die Arbeiterabgeordneten.

Das „allgemeine Gesetz der Geschichte“ besteht also darin, daß „nur eine Minderheit der betreffenden Klasse fortschrittlich handelt“. Wenn eine Minderheit der Bourgeoisie handelt, so ist das eine fortschrittliche Minderheit, gerechtfertigt durch das „allgemeine Gesetz der Geschichte“. „Die moralische Autorität erstreckt sich auf die ganze Klasse, sobald die Minderheit die Möglichkeit erhält, zu arbeiten“, belehrt uns Herr Isgojew. Wenn aber eine Minderheit der Bauern oder Arbeiter handelt, so entspricht das keineswegs dem „Gesetz der Geschichte“, ist das keineswegs die „fortschrittliche Minderheit der betreffenden Klasse“, hat diese Minderheit keineswegs die „moralische Autorität“, um im Namen der „ganzen“ Klasse zu sprechen – nichts dergleichen, das ist eine Minderheit, die von dem „Intellektuellenklüngel“ vom rechten Wege abgebracht worden ist, eine staatsfeindliche, antihistorische, entwurzelte usw. Minderheit, wie es in den „Wechi“ geschrieben steht.

Für die Kadetten im allgemeinen und die „Wechi“-Leute im besonderen ist es gefährlich, sich auf Verallgemeinerungen einzulassen, weil jeder ihrer Versuche zu verallgemeinern unweigerlich die weitestgehende innere Verwandtschaft der kadettischen und der Menschikowschen Argumentationen entlarvt.

Die „Rossija“ und die „Semschtschina“⁴⁷ argumentieren so: Die 66 Kaufleute – das ist eine Minderheit, die keineswegs die Klasse repräsen-

tiert, die weder Wissen noch Fähigkeiten „zur Verwaltung und Umgestaltung Rußlands“ offenbart, das sind noch nicht einmal Kaufleute, sondern verführte „Intellektuelle“ usw. usf.

Die Isgojew und Miljukow argumentieren so: Die Trudowiki und die Arbeiterabgeordneten in unseren, sagen wir beispielsweise, Reichsdumas – das ist eine Minderheit, die keineswegs ihre Klassen (d. h. neun Zehntel der Bevölkerung) repräsentiert, die von dem „Intellektuellenklüngel“ vom rechten Wege abgebracht worden ist, die weder Wissen noch Fähigkeiten „zur Verwaltung und Umgestaltung Rußlands“ offenbart usw. usf.

Woher diese weitestgehende innere Verwandtschaft in den Argumentationen der „Rossija“ und der „Semschtschina“ einerseits und der „Retsch“ und der „Russkije Wedomosti“ andererseits? Daher, daß bei aller Verschiedenheit der von ihnen repräsentierten Klassen die einen wie die anderen Organe Klassen repräsentieren, die *schon* zu keinem bedeutenden, selbständigen, schöpferischen, entscheidenden, *fortschrittlichen* historischen Handeln mehr fähig sind. Daher, daß nicht nur die erste, sondern auch die zweite Gruppe dieser Organe, also nicht nur die Reaktionäre, sondern auch die Liberalen, Klassen repräsentieren, die das selbständige historische Handeln anderer, breiterer Schichten, Gruppen und Massen der Bevölkerung, anderer – zahlenmäßig größerer – Klassen *fürchten*.

Herr Isgojew, als Renegat „aus den Reihen der Marxisten“, wird hier sicherlich einen schreienden Widerspruch erblicken: einerseits die kapitalistische Entwicklung Rußlands anzuerkennen und folglich auch die dieser Entwicklung immanente Tendenz zu einer maximal vollständigen und maximal reinen Herrschaft der Bourgeoisie in der ökonomischen wie in der politischen Sphäre, und andererseits die liberale Bourgeoisie für *schon* unfähig zum selbständigen, schöpferischen, historischen Handeln zu erklären!

Dieser „Widerspruch“ ist ein Widerspruch des lebendigen Lebens und nicht der Widerspruch einer unrichtigen Überlegung. Die Unvermeidlichkeit der bürgerlichen Herrschaft bedeutet keineswegs, daß die liberale Bourgeoisie zu solchen Äußerungen selbständigen historischen Handelns *fähig* sei, die sie aus der „Gefangenschaft“ der Purischkewitsch befreien könnten. Erstens ist der Weg der Geschichte keineswegs so einfach und glatt, als daß jede geschichtlich herangereifte Umgestaltung *an sich* ein Zeichen wäre für die genügende Reife und Kraft zur Durchfüh-

rung dieser Umgestaltung gerade durch die Klasse, für die sie in erster Linie vorteilhaft ist. Zweitens gibt es außer der liberalen Bourgeoisie noch eine andere Bourgeoisie; so ist z. B. die gesamte Bauernschaft, in ihrer Masse genommen, nichts anderes als eine demokratische Bourgeoisie. Drittens zeigt uns die Geschichte Europas, daß es ihrem sozialen Inhalt nach bürgerliche Umgestaltungen gab, die von Elementen vorgenommen wurden, die keineswegs aus der Bourgeoisie stammten. Viertens zeigt uns die Geschichte Rußlands im letzten halben Jahrhundert genau dasselbe . . .

Wenn Ideologen und Führer des Liberalismus so zu argumentieren beginnen, wie die „Wechi“-Leute, die Karaulow, Maklakow und Miljukow argumentieren, so bedeutet dies, daß verschiedene historische Bedingungen in der ganzen liberalen Bourgeoisie ein solches „Rückwärtsstreben“, eine solche Furcht vor der Vorwärtsbewegung hervorgerufen haben, daß aber diese Bewegung trotz ihrer Befürchtungen, ohne sie, über sie hinweg, verlaufen wird. Und ein solches Geschimpfe, wie die gegenseitigen Beschuldigungen, Menschikow gegen Gromoboi und Gromoboi gegen Menschikow*, daß sie „die Unruhen verschärfen“, ist bloß ein Symptom dafür, daß alle diese historische Vorwärtsbewegung zu spüren beginnen . . .

„Die moderne Gesellschaft“, schreibt Herr Isgojew in demselben Artikel, „in ihrer Tiefe auf dem Prinzip des persönlichen Eigentums aufgebaut, ist eine Klassengesellschaft und kann einstweilen nichts anderes sein. Den Platz der stürzenden Klasse strebt immer eine andere Klasse einzunehmen.“

Wie gescheit er ist – denkt Herr Miljukow bei der Lektüre derartiger Tiraden in seiner „Retsch“. – Wie angenehm es immerhin ist, einen Kadetten zu haben, der mit 25 Jahren Sozialdemokrat war und mit 35 „vernünftig geworden“ ist und seine Verirrungen bereut hat.

Es ist eine unvorsichtige Beschäftigung für Sie, Herr Isgojew, sich auf Verallgemeinerungen einzulassen. Die moderne Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, sehr gut. Kann es aber in einer Klassengesellschaft eine außerhalb der Klassen stehende Partei geben? Sie erraten, aller Wahrscheinlichkeit nach, daß es so etwas nicht geben kann. Wozu begeben Sie also eine solche Ungeschicklichkeit, Ihre Reden über die „Klas-

* Der Adel gegen die liberalen Kaufleute und die liberalen Kaufleute gegen den Adel.

sengesellschaft" im Organ einer Partei vom Stapel zu lassen, die gerade ihren Stolz und ihr Verdienst darin erblickt (und nach der Meinung derer, die nicht allein in Worten und nicht allein in Femilietonplaudereien die moderne Gesellschaft als Klassengesellschaft anerkennen – eben *dadurch* ihre Heuchelei oder ihre Kurzsichtigkeit offenbart), daß sie sich für eine Partei ausgibt, die außerhalb der Klassen steht?

Wenn Sie Ihr Gesicht dem vereinigten Adel und der liberalen Moskauer Kaufmannschaft zuwenden, dann schreien Sie, daß die moderne Gesellschaft eine Klassengesellschaft sei. Wenn Sie aber in die Verlegenheit kommen, daß peinliche (ach, furchtbar peinliche!) Ereignisse Sie zwingen, Ihr Gesicht, sei es auch nur für kurze Zeit, der Bauernschaft oder den Arbeitern zuzuwenden, dann fangen Sie an, gegen die enge, abgestorbene, verknöcherte, unsittliche, materialistische, gottlose, unwissenschaftliche „Doktrin“ vom Klassenkampf zu wettern. Ach, Herr Isgojew, an soziologische Verallgemeinerungen sollten Sie sich doch lieber nicht heranmachen. Oh, Hänschen, geh nicht aufs Eis!

„... Den Platz der stürzenden Klasse strebt immer eine andere Klasse einzunehmen...“

Nicht immer, Herr Isgojew. Es kommt vor, daß beide Klassen, die stürzende wie die „strebende“, schon ziemlich angefault sind – natürlich die eine mehr, die andere weniger, aber immerhin sind beide ziemlich angefault. Es kommt vor, daß die vorwärts „strebende“ Klasse im Gefühl dieser ihrer Fäulnis sich *fürchtet*, einen Schritt vorwärts zu tun, und wenn sie ihn tut, so beeilt sie sich, unbedingt gleich darauf zwei Schritte zurück zu machen. Es gibt eine solche liberale Bourgeoisie (so war es z. B. in Deutschland und ganz besonders in Preußen), die sich *fürchtet*, „den Platz“ der stürzenden Klasse „einzunehmen“, und die *alle* ihre Anstrengungen darauf richtet, den „Platz zu teilen“ oder, richtiger gesagt, ein Plätzchen zu erwischen, sei es auch in der Gesindestube – aber nur nicht den Platz des „Stürzenden“ einzunehmen, nur nicht das Stürzende wirklich zum „Sturz“ zu bringen. Das kommt vor, Herr Isgojew.

In solchen historischen Epochen, wo das passiert, können die Liberalen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung den größten Schaden zufügen (und tun es auch), wenn es ihnen gelingt, sich für Demokraten auszugeben, denn der Unterschied zwischen diesen und jenen, zwischen den Liberalen und den Demokraten, besteht gerade darin, daß die erstgenannten sich

fürchten, „den Platz einzunehmen“, und die anderen nicht. Die einen wie die anderen verwirklichen die geschichtlich herangereifte bürgerliche Umgestaltung, aber die einen fürchten sich, sie zu verwirklichen, hemmen sie durch ihre Furcht, während die anderen – wenn sie auch nicht selten eine Unmenge von Illusionen über die Folgen der bürgerlichen Umgestaltung hegen – sich mit all ihren Kräften, mit Leib und Seele auf diese Verwirklichung konzentrieren.

Um diese allgemeinen soziologischen Betrachtungen zu illustrieren, möchte ich als Beispiel einen Liberalen anführen, der nicht danach strebt, sondern sich davor fürchtet, „den Platz“ der stürzenden Klasse „einzunehmen“, und der deshalb (bewußt oder unbewußt, das bleibt sich gleich) die Bevölkerung aufs ärgste betrügt, indem er sich „Demokrat“ nennt. Dieser Liberale ist das Mitglied der III. Duma, der Gutsbesitzer A. J. Beresowski I, ein Kadett, der während der Agrardebatten (1908) in der Duma folgende Rede gehalten hat, die von dem Parteiführer, Herrn Miljukow, als „ausgezeichnet“ gebilligt wurde. Wir wagen zu glauben, daß es nicht überflüssig ist, sich angesichts der bevorstehenden Wahlen dieser Rede zu erinnern.

„Meiner innersten Überzeugung nach“, sagte Herr Beresowski am 27. Oktober 1908 in der Reichsduma, den Agrarentwurf verteidigend, „ist dieser Gesetzentwurf auch für die Grundbesitzer viel nützlicher, und ich sage das, meine Herren, da ich die Landwirtschaft kenne, sie all mein Lebtage selbst betreibe und Grund und Boden besitze . . . Man darf nicht die nackte Tatsache der Zwangsenteignung herausgreifen, sich über sie empören und behaupten, das sei Gewalt, sondern man muß prüfen, was es mit diesem Antrag auf sich hat, was z. B. die 42 Mitglieder der I. Reichsduma in ihrem Entwurf vorschlugen. Er enthielt lediglich die Anerkennung der Notwendigkeit, in erster Linie jene Ländereien zu enteignen, die von den Eigentümern nicht selbst bebaut werden, die mit Inventar der Bauern bearbeitet werden und schließlich diejenigen, die verpachtet werden. Die Partei der Volksfreiheit war ferner für die Bildung lokaler Kommissionen eingetreten, die, nachdem sie eine gewisse Zeit, vielleicht gar eine Reihe von Jahren gearbeitet hätten, feststellen sollten, welche Ländereien der Enteignung unterliegen und welche nicht, und wieviel Land die Bauern brauchten, um zufriedengestellt zu sein. Diese Kommissionen sollten so zusammengesetzt werden, daß sie zur

Hälfte aus Bauern und zur Hälfte aus Nichtbauern bestanden hätten, und mir scheint, daß unter diesen allgemeinen konkreten Umständen an Ort und Stelle richtig Klarheit geschaffen worden wäre sowohl über die Menge des zu enteignenden Bodens als auch über die Menge des Bodens, den die Bauern brauchen, und die Bauern selbst hätten sich schließlich davon überzeugt, in welchem Maße ihre gerechten Forderungen befriedigt werden können und inwieweit ihre Wünsche nach viel Land oft ungerechtfertigt und unbegründet sind. Daraufhin wäre dieses Material der Duma zurückgereicht worden, die es verarbeitet hätte; dann wäre dieses Material an den Reichsrat gegangen und hätte schließlich die allerhöchste Sanktion erhalten. Das ist eigentlich das Verfahren, vor dem die Regierung aus irgendwelchen Gründen zurückschreckte, weshalb sie die Duma auflöste und uns in die jetzige Lage brachte. Das Resultat dieser planmäßigen Arbeit wäre zweifellos eine Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, eine damit verbundene Beruhigung und die Erhaltung der hochentwickelten Wirtschaften, deren Zerstörung ohne zwingende Notwendigkeit die Partei der Volksfreiheit niemals beabsichtigt hat." (Stenografische Berichte, S. 398.)

Wenn Herr Isgojew, der derselben Partei angehört wie Herr Beresowski, in dem Artikel „Eine Gegenüberstellung“ schreibt: „Rußland ist ein demokratisches Land und kann keine Oligarchie dulden, weder eine neue noch eine alte“, so ist uns jetzt der Sinn derartiger Reden völlig klar. Rußland ist keineswegs ein demokratisches Land und kann keinesfalls je zu einem demokratischen Land werden, solange noch mehr oder minder breite Kreise der Bevölkerung eine Partei wie die der Kadetten für demokratisch halten. Das ist eine bittere Wahrheit, die das Volk tausendmal mehr braucht als die süßliche Lüge, die die Repräsentanten der inkonsequenten, charakterlosen, prinzipienlosen liberalen Oligarchie, die Herren Kadetten, im Munde führen. Es ist um so notwendiger, an diese bittere Wahrheit zu erinnern, je mehr solche „Reibereien“ wie die Reibereien der Menschikow mit den 66 und mit Gromoboi auf die Tagesordnung treten.

„Swesda“ Nr. 11,
26. Februar 1911.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“.

AN DAS RUSSISCHE KOLLEGIUM DES ZK

Wir halten es angesichts der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß das ZK in Rußland einberufen wird, für unsere Pflicht, unsere Auffassungen zu einigen wichtigen Fragen darzulegen, die unsere Stellung als der Partei gegenüber verantwortlich berühren.

1. Auf dem Januarplenum 1910 haben wir, als verantwortliche Vertreter der bolschewistischen Strömung, ein Übereinkommen mit dem ZK geschlossen, das in Nr. 11 des Zentralorgans veröffentlicht wurde. Unsere Forderung, von drei Funktionären eingebracht, welche eine Vollmacht von Meschkowski⁸⁸ besaßen, bedeutet formell die Annullierung dieses Übereinkommens infolge *Nichteinhaltung* der genau festgelegten Bedingungen dieses Übereinkommens seitens der „Golos“- und „Wperjod“-Leute. Es versteht sich von selbst, daß wir, weil das ZK faktisch nicht existiert und im Ausland die Spaltung einsetzte, gezwungen waren, unsere Forderung einzubringen; wir werden diese Forderung gern zurücknehmen oder uns mit einer Überprüfung des Übereinkommens einverstanden erklären, wenn es dem Zentralkomitee gelingen sollte, zusammenzutreten und die von den genannten Fraktionen untergrabene Parteiarbeit und Parteilinie wiederherzustellen.

2. Diese Parteilinie wurde vom Plenum klar festgelegt, aber die „Golos“-Leute sowie Trotzki und Co. bemühen sich vergeblich, sie zu verwirren. Diese Linie besteht darin, daß das Liquidatorentum wie der Otso-wismus als *bürgerliche* Theorien, die einen verderblichen Einfluß auf das Proletariat ausüben, anerkannt werden. Beide Strömungen entwickelten und formierten sich nach dem Plenum und in Verletzung seiner Beschlüsse zu den parteifeindlichen Fraktionen der Potressow- und „Golos“-

Leute einerseits und der „Wperjod“-Leute andererseits. Den vom Plenum gewiesenen parteigemäßen Weg beschritten von den Menschewiki nur die sogenannten Parteitreuen oder Plechanowleute, d. h. diejenigen, die *entschlossen* gegen die Potressow- und „Golos“-Leute gekämpft haben und noch immer kämpfen.

3. Deshalb protestieren wir als Vertreter der bolschewistischen Strömung entschieden gegen die Ausfälle der „Golos“-Leute *Innokenti*⁴⁹ gegenüber, weil dieser sich im Sommer 1910 weigerte, diejenigen Menschewiki als Kandidaten für eine Kooptation anzuerkennen, die „Golos“-Leute geblieben waren oder ihre Parteitreuheit durch ihre Taten nicht voll bewiesen hatten. Dieses Verhalten *Innokentis* – des Hauptvertreters einer Schattierung des Bolschewismus, die sich von der unseren unterscheidet – war richtig, und wir haben *schriftliche* Beweise dafür, daß er, eben als Vertreter einer besonderen Schattierung, unter Zeugen aus der PSD* die *alle* Bolschewiki vereinigenden Parteiprinzipien in der erwähnten Weise festlegte.

4. Der Versuch der „Golos“-Leute, vom Ausland her, im Namen der auf Spaltung hinarbeitenden Auslandsfraktion, „ihre“ Kandidaten zur Kooptation in das ZK vorzuschlagen, ist eine himmelschreiende Verhöhnung. Wenn es auf dem Plenum noch Leute geben konnte, die den Versprechungen der Menschewiki, gegen die Liquidatoren zu kämpfen, ehrlich glaubten, so war es ein Jahr später schon völlig klar, daß man den „Golos“-Leuten in dieser Frage keinen Glauben schenken darf. Wir protestieren ganz entschieden gegen die Aufstellung von Kandidaten aus der Auslandsfraktion der Liquidatoren und fordern, die *russischen* Plechanowleute zu befragen, die *zweifello*s Kandidaten aus den Reihen der parteitreuen Menschewiki stellen können.

5. Die spalterische Tätigkeit der „Golos“-Leute, der „Wperjod“-Leute und Trotzki wird jetzt nicht nur von den Bolschewiki und den Polen (im ZO) voll anerkannt, sondern auch von den Plechanowleuten (siehe die Resolution der Pariser Plechanowleute). Wir stellen fest: der *erste* entscheidende Schritt zur Spaltung – die Erklärung über die Einberufung einer Konferenz und über einen „Fonds“ für diese unter Umgehung des ZK geplante Konferenz – wurde von Trotzki am 27. XI. 1910 getan; unsere Forderung (5. XII. 1910) war die notgedrungene Antwort darauf.

* PSD – Polnische Sozialdemokratie. *Die Red.*

Die Schule der „Wperjod“-Leute wurde zu einem der Zentren dieser Spaltung: Trotzki wirkte *entgegen* dem direkten Beschluß der Schulkommission der Partei an ihr mit. Die „Golos“-Leute beschuldigten uns *in der Presse* der „Desorganisation“ dieser Schule. Da wir es als unsere Pflicht betrachten, parteifeindliche Auslandsfraktionen zu *desorganisieren*, fordern wir die Einsetzung einer *Untersuchungskommission*, die sich mit den „Fonds“ dieser Schule und *ibrer Unterstützung durch Trotzki und die „Golos“-Leute* beschäftigen soll. Wenn die „Golos“-Leute ein Geschrei über die Expropriationen erheben, die auf dem Plenum endgültig bereinigt wurden, so betreiben sie nicht nur Erpressung, sondern *verdecken* mit diesem Geschrei auch ihre *moralische* (und nicht nur *moralische*) Unterstützung derjenigen, die gegen die Resolutionen des Plenums *verstoßen* haben.

6. Der Plechanowmann Olgin⁵⁰ deckte eine solche Tatsache auf, daß Dan offen den Wunsch der „Golos“-Leute ausgesprochen hat, das ZK nach Rußland zu verlegen, damit es dort wahrscheinlich (oder unvermeidlich) *auffliegt*. Das Parteigericht wird sich dazu äußern müssen. Wer die Politik der „Golos“-Leute ein Jahr lang verfolgt hat, der wird nicht daran zweifeln, daß sie *in der Praxis* das ZK in seiner Arbeit gehindert und es gesprengt haben. Die Londoner Kandidaten der „Golos“-Leute leben nicht nur, sie arbeiten *politisch im parteifeindlichen Sinne sowohl in den Arbeitervereinen als auch in der Presse*. Durch ihr Nichterscheinen zur Tagung des ZK haben sie ihr Liquidatorentum bestätigt. Wir sind deshalb verpflichtet, die Genossen des ZK in Rußland, die unter äußerst schwierigen Bedingungen arbeiten (denn sie sind *alle* der Polizei bekannt), zu warnen, daß ihnen in der Partei auch ein innerer Feind droht. Man kann nicht ohne irgendeine Auslandsbasis auskommen, wenn man nicht riskieren will, daß ein Mißerfolg den auf Spaltung hinarbeitenden Potressowleuten die Hände frei macht. Man kann unmöglich das Auslandsbüro des ZK im Ausland bestehen lassen, das *jetzt* eine Politik zur *Unterstützung* der „Wperjod“-Leute, der „Golos“-Leute und Trotzki *betreibt*. Man kann nicht Versprechungen oder „Unterschriften“ von Resolutionen glauben schenken: Wenn man ein *realer* Politiker sein und sich nicht von reinen Formsachen verleiten lassen will, muß man auf die *politisch ideologischen Strömungen* achten, die aus der Arbeiterbewegung heraus und aus den konterrevolutionären Einflüssen auf sie entstehen.

Diese Strömungen sind seit 1908 gewachsen und groß geworden, sie haben die Plechanowleute und die Bolschewiki einander näher gebracht und den Block der Anhänger und Bewahrer der Spaltung, der „Golos“-Leute, der „Wperjod“-Leute und Trotzki, geschaffen. Die nächste Zukunft unserer Partei (davor darf man die Augen nicht verschließen) wird unvermeidlich von dem Kampf auf eben dieser Linie bestimmt werden – nicht der Wille von Personen oder Gruppen, sondern die objektiven Bedingungen der Epoche, die in der Resolution des Plenums genannt sind, rufen diesen Kampf hervor.

Die Vertreter der bolschewistischen Strömung, die im Januar 1910 das Übereinkommen mit dem ZK geschlossen haben (drei und entsprechend der Vollmacht des vierten, Meschkowskis)⁵⁴.

Geschrieben im Februar 1911.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVIII.*

Nach dem Manuskript.

ZUM JUBILÄUM

Der 50. Jahrestag der sogenannten Bauernreform rührt viele interessante Fragen an. Davon können wir hier nur einige ökonomische und historische Fragen behandeln; die im engeren Sinne des Wortes publizistischen Themen stellen wir bis zu einem anderen Anlaß zurück.

Vor 10–15 Jahren, als die Streitfragen zwischen den Volkstümlern und den Marxisten zum erstenmal vor die breite Öffentlichkeit getragen wurden, stand die Meinungsverschiedenheit in der Einschätzung der sogenannten Bauernreform bei diesen Auseinandersetzungen wiederholt an erster Stelle. Für die Theoretiker der Volkstümlerrichtung – z. B. für den bekannten Herrn W. W. oder für Nikolai-on – stellten die Grundlagen der Bauernreform von 1861 etwas vom Kapitalismus prinzipiell Verschiedenes und ihm gegenüber prinzipiell Feindliches dar. Sie sprachen davon, daß die Verordnung vom 19. Februar die „Versorgung des Produzenten mit Produktionsmitteln“ zum Gesetz erhoben und zum Unterschied von der kapitalistischen Produktion die „Volksproduktion“ sanktioniert hätte. In der Verordnung vom 19. Februar erblickte man ein Unterpfand für die nichtkapitalistische Evolution Rußlands.

Dieser Theorie stellten die Marxisten damals schon eine prinzipiell andere Auffassung entgegen. Die Verordnung vom 19. Februar ist eine der Episoden in der Ablösung der auf Leibeigenschaft beruhenden (oder feudalen) Produktionsweise durch die bürgerliche (kapitalistische) Produktionsweise. Nach dieser Auffassung sind in der Verordnung irgendwelche anderen historisch-ökonomischen Elemente nicht enthalten. Die „Versorgung des Produzenten mit Produktionsmitteln“ ist eine leere, schöngeistige Phrase, die die einfache Tatsache vertuscht, daß die Bauern als die

Kleinproduzenten in der Landwirtschaft aus Produzenten mit überwiegender Naturalwirtschaft zu Warenproduzenten wurden. Wie stark bzw. wie schwach dabei gerade die Warenproduktion in der Bauernwirtschaft der verschiedenen Gegenden des damaligen Rußlands entwickelt war – das ist eine andere Frage. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der „befreite“ Bauer eben in die Verhältnisse der Warenproduktion und nicht in die irgendeiner anderen Produktion eintrat. Die „freie Arbeit“, die die Leibeigenenarbeit *ablöste**, bedeutete also nichts anderes als die freie Arbeit des Lohnarbeiters oder des selbständigen Kleinproduzenten unter den Bedingungen der Warenproduktion, d. h. in bürgerlichen sozial-ökonomischen Verhältnissen. Der *Loskauf* hebt diesen Charakter der Reform noch plastischer hervor, denn der *Loskauf* gibt der Geldwirtschaft einen Auftrieb, d. h. die Abhängigkeit des Bauern vom Markt wird größer.

Die Volkstümpler erblickten in der Bauernbefreiung mit Land ein *nicht*-kapitalistisches Prinzip, den „Beginn“ dessen, was sie „Volksproduktion“ nannten. In der Bauernbefreiung ohne Land sahen sie ein kapitalistisches Prinzip. Diese Ansicht suchten die Volkstümpler (besonders Herr Nikolai-on) *mit der Marxschen Lehre* zu begründen, sich darauf berufend, daß die Befreiung des Arbeiters von den Produktionsmitteln die Grundbedingung der kapitalistischen Produktionsweise sei. Eine originelle Erscheinung: Der Marxismus war schon seit den achtziger Jahren (wenn nicht schon früher) eine so unbestrittene, faktisch die herrschende Kraft unter den führenden Gesellschaftslehren Westeuropas, daß die dem Marxismus feindlichen Theorien in Rußland nicht lange offen gegen den Marxismus auftreten konnten. Diese Theorien sophistizierten und falsifizierten (häufig unbewußt) den Marxismus, diese Theorien stellten sich gewissermaßen selbst auf den Boden des Marxismus und versuchten, die Anwendbarkeit der Marxschen Theorie auf Rußland „mit Marx“ zu widerlegen! Die Volkstümplertheorie des Herrn Nikolai-on erhob Anspruch auf die Bezeichnung „marxistisch“ (in den Jahren 1880–1890), und in der Folge begann die bürgerlich-liberale Theorie der Herren Struve, Tugan-Baranowski und Co. mit einer „fast“ vollen Anerkennung Marx', wobei sie

* Insofern sich eine solche *Ablösung tatsächlich* vollzog, war sie, wie wir weiter unten sehen werden, viel komplizierter, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

ihre eigenen Ansichten entwickelte und ihren Liberalismus unter dem Deckmantel einer „kritischen Weiterentwicklung“ des Marxismus betrieb. Auf diesen eigentümlichen Zug in der Entwicklung der russischen Gesellschaftstheorien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (bis zum heutigen Opportunismus, dem Liquidatorentum, das sich an die marxistische *Terminologie* klammert, um seinen antimarxistischen Inhalt zu verhüllen) werden wir wahrscheinlich noch häufiger eingehen müssen.

Augenblicklich interessiert uns die Einschätzung der „großen Reform“ durch die Volkstümpler. Grundfalsch ist die Ansicht, daß das Bestreben, die Bauern 1861 landlos zu machen, ein kapitalistisches Bestreben, das Bestreben jedoch, ihnen Land zuzuteilen, antikapitalistisch, sozialistisch gewesen sei (die Besten unter den Volkstümlern sahen im Terminus „Volksproduktion“ ein durch die *Zensurschranken* aufgezwungenes Pseudonym für Sozialismus). Eine solche Ansicht ist in höchstem Grade unhistorisch, denn sie überträgt eine „fertige“ Formel von Marx (eine „Formel“, die lediglich auf die hochentwickelte Warenproduktion anwendbar ist) auf den Boden der *Leibeigenschaft*. In Wirklichkeit bedeutete 1861, die Bauern landlos zu machen, in den meisten Fällen die Schaffung nicht des freien Arbeiters in der kapitalistischen Produktion, sondern des *geknechteten* (d. h. faktisch halb oder sogar fast ganz leibeigenen) *Pächters* desselben „herrschaftlichen“ Gutsbesitzerlandes. In Wirklichkeit bedeuteten die „Bodenanteile“ von 1861 in den meisten Fällen nicht die Schaffung des freien, selbständigen Ackerbauern, sondern die *Fesselung* des geknechteten Pächters *an die Scholle*, der faktisch gezwungen war, den alten Frondienst in der Form zu leisten, daß er mit seinem Inventar das Gutsbesitzerland bearbeitet und dafür Wiesen, Weiden und das notwendige Ackerland usw. nutzen darf.

Insofern der Bauer tatsächlich und nicht nur nominell von den Leibeigenschaftsverhältnissen frei wurde (deren Wesen die „Arbeitsrente“ ist, d. h. die Arbeit des Bauern, die er dem Gutsbesitzer für das ihm zugewiesene Land zu leisten hat), trat er in die bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Aber diese *tatsächliche* Befreiung von den Leibeigenschaftsverhältnissen ging bedeutend komplizierter vor sich, als die Volkstümpler glaubten. Der Kampf zwischen den Anhängern der Landwegnahme und denen der „Zuteilung“ war *damals* häufig bloß der Ausdruck für den Kampf zweier Lager der *Leibeigenschaftsanhänger*, für den Streit, ob es

für den Gutsbesitzer vorteilhafter sei, einen Pächter (oder „abarbeitenden“ Bauern) ganz ohne Land zu haben oder einen „mit Bodenanteil“, d. h. einen, der an den Ort gebunden, durch das Stückchen Land gefesselt ist, von welchem er nicht leben kann, und „Nebenerwerb“ suchen (= sich in die Knechtschaft des Gutsbesitzers begeben) muß.

Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, je mehr Land die Bauern bei ihrer Befreiung bekommen hätten, je billiger sie es bekommen hätten, desto schneller, breiter und freier hätte sich die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland vollzogen, desto schneller wären die Überbleibsel der Leibeigenschafts- und Knechtschaftsverhältnisse verschwunden, desto bedeutender wäre der innere Markt geworden und eine um so gesicherte Entwicklung hätten die Städte, die Industrie und der Handel genommen.

Der Fehler der Volkstümmler bestand darin, daß sie an die Frage utopisch, abstrakt, ohne Beziehung zur konkreten historischen Situation herangingen. Sie erklärten den „Bodenanteil“ für die Basis des selbständigen Kleinbetriebs in der Landwirtschaft: *insoweit* dies zutrifft, wurde der Bauer, dem „Boden zugeteilt“ war, zum Warenproduzenten und geriet in bürgerliche Verhältnisse. *In Wirklichkeit* aber war der „Bodenanteil“ allzuoft so klein, war mit so übermäßigen Abgaben belastet und so ungünstig für den Bauern und „günstig“ für den Gutsbesitzer abgeteilt, daß der „Anteil“bauer unvermeidlich in hoffnungslose Knechtschaft geriet, faktisch in den Verhältnissen der Leibeigenschaft verblieb und dieselbe Fron leistete (in der Form von Pacht gegen Abarbeit usw.).

Die Volkstümlerrichtung barg also eine zweifache Tendenz in sich, die von den Marxisten denn auch damals schon gekennzeichnet wurde, indem sie von liberal-volkstümmlerischen Ansichten, von liberal-volkstümmlerischen Einschätzungen usw. sprachen. Insofern die Volkstümmler die Reform von 1861 beschönigten und dabei vergaßen, daß die „Zuteilung“ real in einer Unmenge von Fällen die Sicherung von billigen und an den Ort gebundenen Arbeitskräften, billiger Hörigenarbeit für die Gutsbesitzerwirtschaften bedeutete, sanken sie (oft ohne sich dessen bewußt zu sein) auf den Standpunkt des Liberalismus hinab, auf den Standpunkt des liberalen Bourgeois oder sogar des liberalen Gutsbesitzers, wurden sie objektiv zu Verfechtern eines solchen Typs der kapitalistischen Entwicklung, die mit den gutsbesitzerlichen Traditionen am meisten belastet, mit der Fronherr-

lichen Vergangenheit am meisten verbunden ist und die sich am langsamsten und schwersten von ihr frei macht.

Insofern aber die Volkstümler, ohne in eine Idealisierung der Reform von 1861 zu verfallen, glühend und aufrichtig für möglichst kleine Zahlungen und möglichst große, *keinerlei* Beschränkungen unterliegende „Bodenanteile“ bei größter kultureller, rechtlicher usw. Selbständigkeit des Bauern eintraten, waren sie bürgerliche Demokraten. Ihr einziger Mangel bestand darin, daß ihr Demokratismus bei weitem nicht immer konsequent und entschieden war und ihnen dessen bürgerlicher Charakter unbewußt blieb. Bei uns pflegen, nebenbei gesagt, selbst bis auf den heutigen Tag die am weitesten „links“ stehenden Sozialvolkstümler mitunter das Wort „bürgerlich“ in der erwähnten Verbindung als eine Art . . . „Politik“ zu verstehen, während der Terminus bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit die vom Standpunkt des Marxismus einzig exakte, wissenschaftliche Charakteristik darstellt.

Diese zweifache Tendenz in der Volkstümlerrichtung, die liberale und die demokratische, *wurde* bereits in der Epoche der Reform von 1861 ganz klar *sichtbar*. Wir können hier nicht ausführlicher auf die Analyse dieser Tendenzen, insbesondere auf den Zusammenhang des utopischen Sozialismus mit der zweiten dieser Tendenzen eingehen und wollen uns mit dem einfachen Hinweis auf den Unterschied zwischen der politisch ideologischen Richtung, sagen wir, Kawelins einerseits und Tschernyschewskis andererseits begnügen.

Wirft man einen allgemeinen Blick auf die Veränderung in der ganzen Struktur des russischen Staates im Jahre 1861, so muß man feststellen, daß diese Veränderung ein Schritt auf dem Wege der Umwandlung der feudalen Monarchie in eine bürgerliche Monarchie war. Das ist nicht allein vom ökonomischen, sondern auch vom politischen Standpunkt richtig. Es genügt, sich an den Charakter der Reform auf dem Gebiet des Gerichtswesens, der Verwaltung, der örtlichen Selbstverwaltung u. a. Reformen zu erinnern, die auf die Bauernreform von 1861 folgten, um sich von der Richtigkeit dieser These zu überzeugen. Es läßt sich darüber streiten, ob dieser „Schritt“ groß oder klein, rasch oder langsam war, jedoch die *Richtung*, in der dieser *Schritt* erfolgte, war so deutlich und trat durch alle folgenden Ereignisse so klar zutage, daß zwei Meinungen darüber kaum möglich sind. Diese *Richtung* aber hervorzuheben ist um so

notwendiger, je öfter wir in unseren Tagen unüberlegte Betrachtungen darüber zu hören bekommen, Rußland mache angeblich erst in den allerletzten Jahren „Schritte“ auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie.

Von den beiden aufgezeigten Tendenzen in der Volkstümlerrichtung war die demokratische, die sich auf die Bewußtheit und das selbständige Handeln nicht der Gutsbesitzer, nicht der Beamten und nicht der Bourgeoisikreise stützte, im Jahre 1861 überaus schwach. Deshalb blieb es auch bei dem winzigen „Schritt“ auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie. Doch diese schwache Tendenz existierte damals schon. Sie trat auch später in Erscheinung, bald stärker, bald schwächer, sowohl in der Sphäre der gesellschaftlichen Ideen als auch in der Sphäre der gesellschaftlichen Bewegung der *ganzen* Epoche nach der Reform. Diese Tendenz wuchs mit jedem Jahrzehnt dieser Epoche, genährt durch jeden Schritt der ökonomischen Entwicklung des Landes und folglich auch durch die Gesamtheit der sozialen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisse.

Vierundvierzig Jahre nach der Bauernreform fanden die eine wie die andere Tendenz, die sich 1861 gerade erst abgezeichnet hatten, recht umfassenden und offenen Ausdruck auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, an den verschiedenen Wendepunkten der gesellschaftlichen Bewegung, im Wirken breiter Bevölkerungsmassen und großer politischer Parteien. Die Kadetten und die Trudowiki – wenn man die eine wie die andere Bezeichnung im weitesten Sinne des Wortes nimmt – sind die direkten Nachfolger und Erben, die die beiden Tendenzen, welche schon vor einem halben Jahrhundert im Umriss zu erkennen waren, unmittelbar durchsetzten. Der Zusammenhang zwischen dem Jahre 1861 und den Ereignissen, die sich vierundvierzig Jahre später abspielten, ist unbezweifelbar und offensichtlich. Und der Umstand, daß die beiden Tendenzen ein halbes Jahrhundert hindurch lebendig blieben, erstarkten, sich entwickelten und ausreiften, zeugt unbestreitbar von der Kraft dieser Tendenzen, zeugt davon, daß sie tief in der ganzen ökonomischen Struktur Rußlands verwurzelt sind.

Der Publizist Menschikow vom „*Nowoje Wremja*“ drückte diesen Zusammenhang der Bauernreform mit den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit in folgender eigentümlicher Tirade aus: „Das Jahr 1861 ver-

mochte nicht, das Jahr 1905 zu verhüten – was soll also das Geschrei über die *Größe* einer Reform, die so kläglich gescheitert ist?“ („Nowoje Wremja“ Nr. 12512 vom 11. Januar, „Ein unnötiges Jubiläum“.)

Menschikow hat mit diesen Worten ungewollt eine höchst interessante wissenschaftlich-historische Frage berührt, erstens die Frage nach dem Verhältnis von Reform und Revolution im allgemeinen und zweitens die Frage nach dem Zusammenhang, der Abhängigkeit, der Verwandtschaft der gesellschaftlich-historischen Richtungen, Bestrebungen und Tendenzen des Jahres 1861 und der Jahre 1905–1907.

Der Begriff Reform ist dem Begriff Revolution zweifellos entgegengesetzt; das Ignorieren dieser Gegensätzlichkeit, das Ignorieren jener Grenze, die die beiden Begriffe trennt, führt ständig zu den ernstesten Fehlern in allen historischen Betrachtungen. Diese Gegensätzlichkeit ist jedoch nicht absolut, diese Grenze ist keine tote, sondern eine lebendige, bewegliche Grenze, die man in jedem einzelnen konkreten Fall zu bestimmen verstehen muß. Die Reform von 1861 blieb nur eine Reform infolge der außerordentlichen Schwäche, der Unbewußtheit und Zersplitterung jener gesellschaftlichen Elemente, deren Interessen eine Umgestaltung forderten.

Deshalb waren auch die Züge der Leibeigenschaft in dieser Reform so stark ausgeprägt, deshalb enthielt sie so viel bürokratisch Verunstaltetes, deshalb brachte sie auch so maßloses Unheil über die Bauernschaft. Unsere Bauernschaft litt viel mehr unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus als unter dem Kapitalismus.

Aber diese Reform, die infolge der Schwäche bestimmter gesellschaftlicher Elemente eine Reform geblieben war, schuf, ungeachtet aller Hindernisse und Schranken, die Bedingungen für die weitere Entwicklung dieser Elemente – Bedingungen, die jene Basis erweiterten, auf der der alte Widerspruch ausgetragen wurde, die den Kreis jener Bevölkerungsgruppen, -schichten und -klassen erweiterten, die bewußt an der „Austragung“ dieser Widersprüche mitwirken konnten. So kam es, daß die Repräsentanten der dem Liberalismus bewußt feindlichen demokratischen Tendenz in der Reform von 1861, die damals (und lange Zeit nachher) als jeder Basis bare Einzelgänger erschienen, sich in Wirklichkeit als viel fester „basiert“ erwiesen, und zwar dann, als die Widersprüche, die 1861 erst im Keimzustand vorhanden waren, ausgereift waren. Die an der

Reform von 1861 Beteiligten, die sie unter dem Gesichtswinkel einer wirklichen Reform betrachteten, erwiesen sich als fester „basiert“ als die liberalen Reformer. Die Geschichte wird für alle Zeiten das Andenken der ersten als der fortgeschrittenen Menschen ihrer Zeit bewahren – und der zweiten als der Leute der Halbheiten, der Charakterlosigkeit und der Ohnmacht gegenüber den Kräften des Alten und Überlebten.

Die Volkstümpler propagierten in ihren Theorien stets, von 1861 an (und ihre Vorgänger noch früher, vor 1861) und dann länger als ein halbes Jahrhundert, für Rußland einen *anderen, d. h. nichtkapitalistischen* Weg. Die Geschichte hat diesen ihren Irrtum ganz und gar widerlegt. Die Geschichte hat durchaus bewiesen – und die Ereignisse von 1905 bis 1907, die Aktionen der verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft in dieser Zeit haben es besonders anschaulich bestätigt –, daß Rußland sich kapitalistisch entwickelt und daß es keinen anderen Entwicklungsweg geben kann. Aber ein schlechter Marxist wäre, wer aus ebendieser Geschichte eines halben Jahrhunderts bis jetzt nicht gelernt hätte, worin die *reale* Bedeutung dieser in eine falsche Ideologie gekleideten Bestrebungen eines halben Jahrhunderts bestand, dem Vaterland einen „anderen“ Weg zu erschließen.

Ein Vergleich des Jahres 1861 mit den Jahren 1905–1907 zeigt mit aller Klarheit, daß diese *reale* historische Bedeutung der Volkstümplerideologie in der Gegenüberstellung *zweier* Wege der *kapitalistischen* Entwicklung bestand: des einen Weges, der das neue, kapitalistische Rußland an das alte anpaßt, der das erstere dem zweiten unterwirft und den Gang der Entwicklung verlangsamt, und des anderen Weges, der an die Stelle des Alten das Neue setzt, der die überlebten Hindernisse für das Neue vollkommen beseitigt und den Gang der Entwicklung beschleunigt. Die Programme der Kadetten und der Trudowiki haben als liberales und als demokratisches Programm – bei all ihrer Inkonsequenz und mitunter auch Verworrenheit und Unklarheit *beider* Programme – diese Entwicklung der *realen* Wege anschaulich zum Ausdruck gebracht, die beide *im Rahmen* des Kapitalismus bleiben und die seit mehr als einem halben Jahrhundert unentwegt realisiert werden.

Die heutige Epoche aber erfordert von uns besonders gebieterisch ein genaues Verstehen der Bedingungen des einen wie des anderen Weges, eine klare Vorstellung von den beiden Tendenzen des Jahres 1861 und

von ihrer weiteren Entwicklung. Wir erleben eine weitere Verschiebung in der ganzen Struktur des russischen Staates, *noch einen Schritt* auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie. Dieser neue Schritt, der ebenso unsicher, ebenso schwankend, ebenso verfehlt, ebenso unzulänglich ist wie früher, stellt uns vor die alten Fragen. Welcher der beiden Wege der kapitalistischen Entwicklung Rußlands dessen bürgerliche Struktur endgültig bestimmen wird, das hat die Geschichte noch nicht entschieden: noch haben sich die objektiven Kräfte, von denen diese Entscheidung abhängt, nicht erschöpft. Bevor nicht die Erfahrungen all der Reibungen, Zusammenstöße und Konflikte, aus denen das Leben der Gesellschaft besteht, vorliegen, läßt sich nicht voraussehen, welcher Art diese Entscheidung sein wird. Man kann nicht voraussehen, welches die Resultante der beiden Tendenzen sein wird, die sich seit 1861 geltend machen. Aber man kann – und muß – die klare Erkenntnis der einen wie der anderen Tendenz erreichen, muß erreichen, daß die Marxisten (darin besteht eine ihrer Aufgaben als „Hegemonen“ im Chaos des Zerfalls, der Zerfahrenheit, der Kleingläubigkeit und der Anbetung der Augenblickserfolge) ihre Tätigkeit in diese Resultante münden lassen – nicht als Minus (in der Art des Liquidatorentums und überhaupt jedes hilflosen Nachhinkens hinter dieser oder jener dekadenten Stimmung), sondern als Plus, indem sie die Interessen der Entwicklung insgesamt, ihre fundamentalen und wesentlichsten Interessen verfechten.

Die Vertreter der demokratischen Tendenz gehen ihrem Ziel entgegen, ständig schwankend und in Abhängigkeit vom Liberalismus geratend. Diesen Schwankungen entgegenzuwirken, diese Abhängigkeit zu zerstören – darin besteht eine der wichtigsten historischen Aufgaben des Marxismus in Rußland.

„Mysl“ Nr. 3,
Februar 1911.
Unterschrift: W. I l j i n.

Nach dem Text der „Mysl“.

DIE „BAUERNREFORM“ UND DIE PROLETARISCH-BAUERLICHE REVOLUTION

Das Jubiläum, vor dem die Monarchie der Herren Romanow sich so fürchtete und aus dessen Anlaß die Liberalen in Rußland so selig gerührt waren, ist vorüber. Die Zarenregierung beging es, indem sie die erzkonservativen Jubiläumsbroschüren des „Nationalen Klubs“ eifrig „ins Volk“ brachte, eifrig alle „Verdächtigen“ verhaftete, Versammlungen verbieten ließ, in denen Reden mit einem auch nur irgendwie demokratischen Anstrich zu erwarten waren, indem sie Zeitungen mit Strafen belegte und unterdrückte, gegen „auführerische“ Filme einschritt.

Die Liberalen begingen das Jubiläum, indem sie noch einmal eine Träne zerdrückten über die Notwendigkeit eines „zweiten 19. Februar“ („Westnik Jewropy“⁵²), indem sie ihre alleruntertänigsten Gefühle zum Ausdruck brachten (das Zarenporträt in der „Retsch“ an erster Stelle) und Reden hielten über ihre Deprimiertheit als Staatsbürger, über die Labilität der vaterländischen „Konstitution“, über den „verderblichen Bruch“ mit den „althergebrachten Agrarprinzipien“ durch die Stolypinsche Agrarpolitik usw. usf.

Nikolaus II. gab in einem Reskript an Stolypin kund, daß die Stolypinsche Agrarpolitik, d. h. die Auslieferung des Bauernlandes an eine Handvoll Blutsauger, an die Kulaken, die wohlhabenden Bauern zur Auspowerung und Ausplünderung und die Auslieferung des Dorfes unter die Botmäßigkeit der fronherrlichen Gutsbesitzer, eben die Vollendung der „großen Reform“ vom 19. Februar 1861 bedeute.

Man muß wohl zugeben, daß Nikolaus der Blutige, der erste Gutsbesitzer Rußlands, der historischen Wahrheit nähergekommen ist als

unsere schöngestigen Liberalen. Der erste Gutsbesitzer und das Haupt der Fronherren hat jene Wahrheit des Klassenkampfes begriffen – oder richtiger: sich aus den Belehrungen des Rats des vereinigten Adels zu eigen gemacht –, daß die von den Fronherren durchgeführten „Reformen“ ihrem ganzen Charakter nach nicht anders als frönherrlich sein können und unbedingt von einem Regime aller möglichen Gewaltanwendung begleitet sein müssen. Unsere Kadetten und unsere Liberalen überhaupt fürchten die revolutionäre Massenbewegung, die allein die frönherrlichen Gutsbesitzer und ihre Allmacht im russischen Staat von der Erde zu vertilgen vermag; und diese Furcht hindert sie, die Wahrheit zu erkennen, daß, solange die Fronherren nicht gestürzt sind, keine anderen Reformen – insbesondere keine anderen Agrarreformen – möglich sind als solche, die ihrer Form, ihrem Charakter und der Methode ihrer Durchführung nach frönherrlich sind. Die Revolution fürchten, von Reformen phantasieren und darüber jammern, daß die „Reformen“ in der Praxis von den Fronherren im Sinne der Fronherrschaft durchgeführt werden – das ist der Gipfel an Niedrigkeit und Schwachsinn. Bei weitem mehr hat Nikolaus II. recht, bei weitem besser bringt er dem russischen Volk Vernunft bei, wenn er anschaulich die Wahl „läßt“: frönherrliche „Reformen“ oder eine die Fronherren hinwegführende Volksrevolution.

Der 19. Februar 1861 war eine frönherrliche Reform, die unsere Liberalen nur darum beschönigen und als „friedliche“ Reform hinstellen können, weil die revolutionäre Bewegung in Rußland damals bis zur Bedeutungslosigkeit schwach war und eine revolutionäre Klasse unter den unterdrückten Massen überhaupt noch nicht existierte. Der Erlaß vom 9. November 1906 und das Gesetz vom 14. Juni 1910⁵³ sind frönherrliche Reformen von gleichem bürgerlichem Inhalt wie die Reform von 1861, aber die Liberalen können sie nicht als „friedliche“ Reform hinstellen, können nicht so leicht beginnen, sie zu beschönigen (obgleich sie z. B. in der „Russkaja Mysl“ schon damit beginnen), denn man kann zwar die revolutionären Einzelgänger des Jahres 1861 vergessen, nicht aber die Revolution von 1905. 1905 wurde in Rußland die revolutionäre Klasse, das Proletariat, geboren, das auch die Bauernmassen zur revolutionären Bewegung aufzurütteln vermochte. Ist aber in irgendeinem Lande die revolutionäre Klasse einmal geboren, so kann sie durch keinerlei Verfolgungen mehr unterdrückt werden, sie kann nur zugrunde gehen mit

dem Untergang des ganzen Landes, sie kann nur sterben, nachdem sie gesiegt hat.

Rufen wir uns die Grundzüge der Bauernreform von 1861 ins Gedächtnis zurück. Die vielgerühmte „Befreiung“ war eine ganz gewissenlose Ausplünderung der Bauern, bildete eine Kette von Gewalttaten und eine einzige Verhöhnung der Bauern. Bei der „Befreiung“ wurde in den Schwarzerdegouvernements über ein Fünftel des Bauernlandes abgetrennt. In manchen Gouvernements wurden bis zu einem Drittel, ja bis zu zwei Fünftel des Bauernlandes abgetrennt, den Bauern weggenommen. Bei der „Befreiung“ wurde das Bauernland vom Gutsbesitzerland so abgegrenzt, daß die Bauern „auf puren Sand“ gesetzt wurden, während die Ländereien der Gutsbesitzer keilartig in das Bauernland hineingetrieben wurden, um es den adligen Herrschaften zu erleichtern, die Bauern zu knechten und ihnen zu Wucherpreisen Land zu verpachten. Bei der „Befreiung“ wurden die Bauern gezwungen, ihren eigenen Boden „loszukaufen“, wobei das *Zwei- und Dreifache* des wirklichen Bodenpreises erpreßt wurde. Überhaupt hat die ganze „Epoche der Reformen“ der sechziger Jahre den Bauern bettelarm, geduckt und unwissend bleiben lassen; sowohl vor Gericht wie in der Verwaltung, in der Schule wie im Semstwo ist er den fröherrlichen Gutsbesitzern unterworfen geblieben.

Die „große Reform“ war eine fröherrliche Reform und konnte nichts anderes sein, denn sie wurde von den Fröherrn durchgeführt. Welche Macht veranlaßte nun diese, zur Reform zu greifen? Es war die Macht der ökonomischen Entwicklung, die Rußland auf den Weg des Kapitalismus drängte. Die fröherrlichen Gutsbesitzer konnten das Anwachsen des Warenaustauschs zwischen Rußland und Europa nicht verhindern, konnten die alten, zusammenbrechenden Wirtschaftsformen nicht aufrechterhalten. Der Krimkrieg hatte die ganze Fäulnis und Ohnmacht des Rußlands der Leibeigenschaft gezeigt. Die „Revolten“ der Bauern, die vor der Befreiung mit jedem Jahrzehnt zunahmen, zwangen den ersten Gutsbesitzer, Alexander II., zu der Einsicht, daß es besser sei, *von oben* zu befreien, als zu warten, bis man *von unten* gestürzt wird.

Die „Bauernreform“ war eine von den Fröherrn durchgeführte bürgerliche Reform. Sie bedeutete einen Schritt auf dem Wege der Umwandlung Rußlands in eine bürgerliche Monarchie. Der Inhalt der Bauern-

reform war bürgerlich, und dieser Inhalt trat um so stärker hervor, je weniger das Bauernland beschnitten, je vollständiger es vom Gutsbesitzerland abgegrenzt wurde, je niedriger der den Fronherren geleistete Tribut (d. h. der „Loskauf“) war, je unbehinderter vom Einfluß und vom Druck der Fronherren die Bauern dieser oder jener Gegend ihr Leben einrichten konnten. In dem Maße, wie der Bauer sich von der Gewalt des Fronherrn löste, in demselben Maße geriet er unter die Macht des Geldes, in die Verhältnisse der Warenproduktion und wurde von dem sich bildenden Kapital abhängig. Und nach 1861 verlief die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland mit einer solchen Schnelligkeit, daß im Laufe einiger Jahrzehnte Umwandlungen vor sich gingen, die in manchen alten Ländern Europas ganze Jahrhunderte erfordert hatten.

Der berüchtigte Kampf zwischen den Anhängern der Leibeigenschaft und den Liberalen, der von unseren liberalen und liberal-volkstümlichen Historikern so aufgebauscht und ausgemalt worden ist, war ein Kampf innerhalb der herrschenden Klassen, größtenteils unter den Gutsbesitzern, ein Kampf ausschließlich um Umfang und Form der Zugeständnisse. Die Liberalen standen ebenso wie die Verfechter der Leibeigenschaft auf dem Boden der Anerkennung des Eigentums und der Macht der Gutsbesitzer und verurteilten mit Entrüstung jeglichen revolutionären Gedanken an eine Aufhebung dieses Eigentums, an den völligen Sturz dieser Macht.

Diese revolutionären Gedanken mußten in den Köpfen der leibeigenen Bauern gären. Wenn auch die Jahrhunderte der Sklaverei die Bauernmassen dermaßen eingeschüchtert und abgestumpft hatten, daß sie zur Zeit der Reform zu nichts anderem fähig waren als zu vereinzelt, zersplitterten, isolierten Aufständen, eher sogar „Revolten“, die von keinem politischen Bewußtsein getragen waren, so gab es doch auch schon damals in Rußland Revolutionäre, die auf seiten der Bauernschaft standen und die ganze Beschränktheit, die ganze Dürftigkeit der berechtigten „Bauernreform“, ihren ganzen fronherrlichen Charakter wohl begriffen. An der Spitze dieser damals ganz wenigen Revolutionäre stand N. G. Tschernyschewski.

Der 19. Februar 1861 kennzeichnet den Anfang des neuen, bürgerlichen Rußlands, das aus der Epoche der Leibeigenschaft emporwuchs. Die Liberalen der sechziger Jahre und Tschernyschewski sind Vertreter zweier

historischer Tendenzen, zweier historischer Kräfte, die seit damals bis in unsere Tage hinein den Ausgang des Kampfes um das neue Rußland bestimmen. Darum eben muß sich das klassenbewußte Proletariat am fünfzigsten Jahrestag des 19. Februar möglichst klar Rechenschaft darüber geben, worin das Wesen der beiden Tendenzen bestand und welches ihr Verhältnis zueinander ist.

Die Liberalen wollten – ohne die Monarchie des Zaren, den Grundbesitz und die Macht der Gutsbesitzer zu vernichten – Rußland „von oben“ „befreien“, indem sie den Zaren und die Gutsbesitzer lediglich zu „Zugeständnissen“ an den Geist der Zeit zu bewegen gedachten. Die Liberalen waren und bleiben Ideologen der Bourgeoisie, die sich mit der Leibeigenschaft nicht abfinden kann, die aber die Revolution fürchtet, die die Bewegung der Massen fürchtet, welche die Monarchie zu stürzen und die Macht der Gutsbesitzer zu beseitigen vermag. Die Liberalen beschränken sich deshalb auf den „Kampf um Reformen“, auf den „Kampf um Rechte“, d. h. auf die Teilung der Macht zwischen den Fronherren und der Bourgeoisie. Bei einem solchen Kräfteverhältnis können keine anderen „Reformen“ als die von den Fronherren durchgeführten, keine anderen „Rechte“ als die durch die Willkür der Fronherren beschränkten erzielt werden.

Tschernyschewski war utopischer Sozialist, der davon träumte, über die alte, halbfeudale, bäuerliche Dorfgemeinde zum Sozialismus zu kommen, der nicht sah und in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch nicht sehen konnte, daß nur die Entwicklung des Kapitalismus und des Proletariats instande ist, die materiellen Bedingungen und die gesellschaftliche Kraft für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen. Aber Tschernyschewski war nicht nur utopischer Sozialist. Er war auch revolutionärer Demokrat, er verstand, auf alle politischen Ereignisse seiner Epoche in revolutionärem Geist einzuwirken, indem er – über alle Hindernisse und Schranken der Zensur hinweg – die Idee der Bauernrevolution, die Idee des Massenkampfes für den Sturz aller alten Gewalten propagierte. Die „Bauernreform“ von 1861, die die Liberalen zunächst beschönigten und dann sogar glorifizierten, nannte er eine *Niedertracht*, denn er sah deutlich ihren frönherrlichen Charakter, sah deutlich, daß die Herren liberalen Befreier aus den Bauern das Letzte herauschinden. Die Liberalen der sechziger Jahre bezeichnete Tschernyschewski als „Schwät-

zer, *Wichtigtuere und Narren*"⁵⁴, denn er sah deutlich ihre Furcht vor der Revolution, ihre Charakterlosigkeit und ihre Knechtseligkeit gegenüber den Machthabern.

Diese beiden historischen Tendenzen bildeten sich im Laufe des halben Jahrhunderts, das seit dem 19. Februar vergangen ist, heraus und schieden sich immer deutlicher, bestimmter und entschiedener voneinander. Es wuchsen die Kräfte der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die predigte, sich mit „Kultur“arbeit zufriedenzugeben, und vor der revolutionären Illegalität zurückschreckte. Es wuchsen die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus, die zuerst miteinander vermengt waren in der utopischen Ideologie und in dem Intellektuellenkampf der Narodowolzen und der revolutionären Volkstümler, die aber seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich in dem Maße zu differenzieren begannen, wie der revolutionäre Kampf der Terroristen und der vereinzelt Propagandisten in den Kampf der revolutionären Klassen selbst überging.

Das Jahrzehnt vor der Revolution, die Jahre von 1895 bis 1904, zeigt uns schon offene Aktionen und ein unentwegtes Anwachsen der proletarischen Masse, ein Anwachsen des Streikkampfes, ein Anwachsen der sozialdemokratischen Arbeiteragitation, Organisation und Partei. Im Gefolge des sozialistischen Vortrupps des Proletariats begann, namentlich seit 1902, auch die revolutionär-demokratische Bauernschaft den Massenkampf aufzunehmen.

Jene beiden Tendenzen, die sich 1861 im Leben nur andeutungsweise, in der Literatur eben erst in Umrissen abgezeichnet hatten, haben sich in der Revolution von 1905 entwickelt und verstärkt und fanden ihren Ausdruck in der Bewegung der Massen, im Kampf der Parteien auf den verschiedensten Gebieten: in der Presse, auf Kundgebungen, in Verbänden, bei Streiks, im Aufstand, in den Reichsdumas.

Die liberal-monarchistische Bourgeoisie schuf die Parteien der Kadetten und der Oktobristen, die zunächst (bis Sommer 1905) innerhalb einer liberalen Semstwobewegung gut miteinander auskamen, dann sich zu besonderen Parteien herausbildeten, die miteinander stark konkurrierten (und noch konkurrieren), wobei die eine ihr vornehmlich liberales und die andere ihr vornehmlich monarchistisches „Gesicht“ hervorkehrte, die aber im wesentlichsten, in der Verdammung der Revolutionäre, in der Schmähung des Dezemberaufstands, im Kniefall vor dem „konstitutionellen“

Feigenblatt des Absolutismus wie vor einem Banner, stets miteinander übereinstimmten. Beide Parteien standen und stehen auf „streng konstitutionellem“ Boden, d. h., sie beschränken ihre Tätigkeit auf jenen Rahmen, den die Schwarzhunderter des Zaren und der Fronherren gewähren konnten, ohne ihre Macht abzutreten, ohne ihre Selbstherrschaft aus der Hand zu lassen, ohne auch nur eine Kopeke von ihren „durch Jahrhunderte geheiligten“ Sklavenhaltereinkünften oder das geringste Privileg ihrer „wohlerworbenen“ Rechte zu opfern.

Die demokratische und die sozialistische Tendenz lösten sich von der liberalen und grenzten sich voneinander ab. Das Proletariat organisierte sich und trat gesondert von der Bauernschaft auf, geschart um seine sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Bauernschaft war in der Revolution ungleich schwächer organisiert, ihre Aktionen waren um ein vielfaches zersplitterter und schwächer, ihr politisches Bewußtsein stand auf einer weitaus niedrigeren Stufe, monarchistische (sowie untrennbar mit ihnen verbundene konstitutionelle) Illusionen lähmten nicht selten ihre Energie, brachten sie in Abhängigkeit von den Liberalen, zuweilen auch von den Schwarzhundertern, erzeugten bei ihr leere Träumereien von „Gottes Erde“, statt sie zum Sturm gegen die adligen Grundbesitzer zu bringen, um diese Klasse völlig zu vernichten. Aber dennoch kämpfte im großen und ganzen die Bauernschaft als Masse eben gegen die Grundbesitzer, trat sie revolutionär auf, und in allen Dumas – selbst in der III., mit ihrer zugunsten der Fronherren verstümmelten Vertretung – hat sie Trudowikigruppen geschaffen, die trotz ihrer häufigen Schwankungen wahre Demokratie repräsentierten. Die Kadetten und die Trudowiki der Jahre 1905–1907 brachten in der Massenbewegung die Stellung und die Tendenzen einerseits der liberal-monarchistischen und anderseits der revolutionär-demokratischen Bourgeoisie zum Ausdruck und gaben dieser Stellung und diesen Tendenzen ihre politische Form.

Das Jahr 1861 erzeugte das Jahr 1905. Der frönherrliche Charakter der ersten „großen“ bürgerlichen Reform erschwerte die Entwicklung, verdammt die Bauernschaft zu unzählbaren schlimmsten und bittersten Leiden, änderte jedoch die Richtung der Entwicklung nicht und konnte die bürgerliche Revolution von 1905 nicht verhüten. Die Reform von 1861 schob die Entscheidung hinaus, indem sie ein bestimmtes Ventil öffnete und ein gewisses Anwachsen des Kapitalismus zuließ, aber sie wandte die

unvermeidliche Entscheidung nicht ab, die sich 1905 auf einem bedeutend umfassenderen Gebiet, in dem Ansturm der Massen gegen die Selbstherrschaft des Zaren und der fronherrlichen Gutsbesitzer abspielte. Die von den Fronherren zu einer Zeit durchgeführte Reform, da die geknechteten Massen noch völlig unentwickelt waren, erzeugte die Revolution zu einem Zeitpunkt, als die revolutionären Elemente in diesen Massen herangereift waren.

Die dritte Duma und die Stolypinsche Agrarpolitik bilden die zweite von den Fronherren durchgeführte bürgerliche Reform. War der 19. Februar 1861 der erste Schritt auf dem Wege der Umwandlung der rein fronherrlichen Selbstherrschaft in eine bürgerliche Monarchie, so zeigt uns der Zeitabschnitt von 1908 bis 1910 einen zweiten und bedeutsameren Schritt auf demselben Wege. Fast $4\frac{1}{2}$ Jahre sind seit dem Erlaß vom 9. November 1906 vergangen, mehr als $3\frac{1}{2}$ Jahre seit dem 3. Juni 1907, und heute greift schon nicht nur bei der kadettischen, sondern in erheblichem Maße auch bei der oktobristischen Bourgeoisie die Überzeugung Platz, daß die „Konstitution“ vom 3. Juni und die Agrarpolitik vom 3. Juni ein „Fehlschlag“ sind. „Der Rechtste der Kadetten“ – wie kürzlich der Halboktobrist Herr Maklakow mit Recht genannt wurde – war ganz und gar berechtigt, am 25. Februar in der Reichsduma im Namen sowohl der Kadetten als auch der Oktobristen zu erklären: „Gegenwärtig sind jene zentralen Elemente des Landes unzufrieden, die vor allen Dingen einen festen Frieden wünschen, die ein neues Aufbränden der revolutionären Woge befürchten.“ Es gibt eine gemeinsame Losung: „Alle sagen“, fährt Herr Maklakow fort, „falls wir den Weg, den man uns führt, weitergehen, wird man uns zu einer zweiten Revolution führen.“

Die gemeinsame Losung der kadettisch-oktobristischen Bourgeoisie im Frühjahr 1911 bestätigt die Richtigkeit jener Einschätzung der Lage, wie sie unsere Partei in der Resolution der Dezemberkonferenz von 1908 gegeben hat. „Die grundlegenden Faktoren des wirtschaftlichen und politischen Lebens“, besagt diese Resolution, „die die Revolution von 1905 hervorgerufen haben, wirken weiter fort, und unvermeidlich reift bei einer solchen wirtschaftlichen und politischen Lage eine neue revolutionäre Krise heran.“

Kürzlich hat der Soldschreiber der erzreaktionären zaristischen Regierung, Menschikow, im „Nowoje Wremja“ erklärt, die Reform vom

19. Februar sei „kläglich gescheitert“, denn „das Jahr 1861 vermochte nicht, das Jahr 1905 zu verhüten“. Heute geben die von der liberalen Bourgeoisie in Sold genommenen Advokaten und Parlamentarier das Fiasko der „Reformen“ vom 9. November 1906 und vom 3. Juni 1907 bekannt, denn diese „Reformen“ führen zu einer zweiten Revolution.

Beide Erklärungen wie überhaupt die ganze Geschichte der liberalen und der revolutionären Bewegung in den Jahren von 1861 bis 1905 liefern überaus interessantes Material zur Klärung der höchst wichtigen Frage nach dem Verhältnis der Reform zur Revolution, nach der Rolle der Reformisten und der Revolutionäre im gesellschaftlichen Kampf.

Die Gegner der Revolution, die einen haßerfüllt und zähneknirschend, die anderen voller Bitterkeit und Niedergeschlagenheit, erklären die „Reformen“ des Jahres 1861 und der Jahre 1907–1910 für einen Fehlschlag, weil sie die Revolution nicht verhüten. Die Sozialdemokratie, die Vertreterin der einzigen konsequent revolutionären Klasse unserer Tage, antwortet auf dieses Geständnis: Die Revolutionäre spielten eine sehr große historische Rolle im gesellschaftlichen Kampf und in allen sozialen Krisen selbst dann, wenn diese Krisen unmittelbar nur zu halben Reformen führten. Die Revolutionäre sind die Führer der gesellschaftlichen Kräfte, die alle Umgestaltungen bewirken; Reformen sind ein Nebenprodukt des revolutionären Kampfes.

Die Revolutionäre von 1861 blieben Einzelgänger und erlitten scheinbar eine völlige Niederlage. In Wirklichkeit waren gerade sie die großen Männer jener Epoche, und je mehr Abstand wir von ihr gewinnen, desto klarer wird uns die Größe dieser Revolutionäre, desto offensichtlicher die Armseligkeit und die Kläglichkeit der damaligen liberalen Reformisten.

Die revolutionäre Klasse in den Jahren von 1905 bis 1907, das sozialistische Proletariat, hat scheinbar eine völlige Niederlage erlitten. Und die liberalen Monarchisten wie die Liquidatoren aus den Reihen der Auch-Marxisten erhoben ein großes Geschrei, das Proletariat sei „zu weit“, sei bis zu „Exzessen“ gegangen, habe sich vom „spontanen Klassenkampf“ hinreißen lassen, sich von der verderblichen Idee der „Hegemonie des Proletariats“ verführen lassen usw. usf. In Wirklichkeit bestand die „Schuld“ des Proletariats nur darin, daß es nicht weit genug gegangen war, aber diese „Schuld“ findet ihre Rechtfertigung in dem damaligen Zustand seiner Kräfte und wird wiedergutmacht durch die unermüdliche revolutionär-

sozialdemokratische Arbeit auch in den Zeiten der schlimmsten Reaktion, durch den unbeugsamen Kampf gegen alle Erscheinungen des Reformismus und des Opportunismus. In Wirklichkeit ist alles, was den Feinden abgerungen, alles, was an Errungenschaften von Dauer ist, nur in dem Maße abgerungen und zu halten, wie der revolutionäre Kampf auf allen Gebieten proletarischer Arbeit stark und lebendig ist. In Wirklichkeit hat nur das Proletariat den konsequenten Demokratismus bis zu Ende verfochten, indem es das ganze Wanken und Schwanken des Liberalismus entlarvte, die Bauernschaft seinem Einfluß entzog und sich heldenmütig zum bewaffneten Aufstand erhob.

Niemand vermag vorauszusagen, inwieweit demokratische Umgestaltungen Rußlands in der Epoche seiner bürgerlichen Revolutionen tatsächlich durchgeführt werden, aber es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß *nur* der revolutionäre Kampf des Proletariats Grad und Erfolg der Umgestaltungen bestimmen wird. Zwischen den fröhlichen „Reformen“ im bürgerlichen Geist und der vom Proletariat geführten demokratischen Revolution kann es nur ohnmächtige, charakter- und prinzipienlose Schwankungen des Liberalismus und des opportunistischen Reformismus geben.

Überblicken wir die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts in Rußland, die Jahre 1861 und 1905, dann können wir nur mit noch größerer Überzeugung die Worte unserer Parteresolution wiederholen: „Das Ziel unseres Kampfes ist nach wie vor der Sturz des Zarismus, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das sich auf die revolutionären Schichten der Bauernschaft stützt und die bürgerlich-demokratische Umwälzung vollzieht durch Einberufung einer vom ganzen Volk getragenen konstituierenden Versammlung und durch Errichtung der demokratischen Republik.“

„Sozial-Demokrat“ Nr. 21/22,
19. März (1. April) 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE PARTEIZERSTÖRER IN DER ROLLE VON „LEGENDENZERSTÖRERN“

Genau vor einem Jahr veröffentlichte das Zentralorgan unserer Partei das folgende höchst wichtige Schreiben des Russischen Büros des ZK an das Auslandsbüro des ZK:

*„Wir (d. h. das Russische Büro des ZK) haben uns an die Gen. Michail, Roman und Juri mit dem Vorschlag gewandt, ihre Arbeit aufzunehmen, haben aber von ihnen eine Antwort erhalten, die besagt, daß sie nicht nur die Beschlüsse des Plenums als schädlich ansehen, sondern allein schon das Bestehen des Zentralkomitees für schädlich halten. Mit dieser Begründung weigern sie sich, auch nur zu einer Sitzung zum Zweck der Kooptierung zu erscheinen.“**

Die Sache war so klar wie nur etwas. Bei Michail, Roman und Juri haben wir es mit offenen Renegaten zu tun, die die „Diplomatie“ und die Ausflüchte im Geiste des „Golos“ für überflüssig halten und offen ihren Bruch mit unserer Partei kundtun. Zwei „Taktiken“ sind aufeinandergeprallt: Die eine – diejenige von Martow, Dan und Co. – besteht darin, von innen heraus die „alte“ Partei zu zersetzen, die alte Partei solange in krankhaftem Zustand zu halten, bis die Stolypinschen „Sozialdemokraten“, die Liquidatoren, erstarkt sind; die andere – diejenige von Potresow, Lewizki, Michail, Roman, Juri und Co. – geht von dem Grundsatz aus, daß es nicht der Mühe wert sei, gegen die alte Partei von innen her zu intrigieren, sondern daß es notwendig sei, *unverzüglich* zum offenen Bruch mit der SDAPR zu schreiten.

Die Veröffentlichung der Erklärung der Herren Michail, Roman und Juri verdarb ihren Freunden und Gönnern aus dem „Golos Sozial-Demo-

* Siehe Werke, Bd. 16, S. 157. *Die Red.*

krata" schrecklich das Konzept. Es war jedoch nichts zu machen: Dan, Martow und Co. mußten auch weiterhin die Spuren verwischen, indem sie sich „einerseits“ mit den drei erwähnten Renegaten solidarisierten und sich „andererseits“ von ihnen sacht „abgrenzten“. Martow brachte sogar den Mut auf, *zehn Monate nach* der Veröffentlichung der Lossage seiner drei Freunde von der Partei, den drei Herren (in der vorletzten, 23. Nummer des „Golos“) „Leichtsinn“ vorzuwerfen . . .

Aber nun hat das Rad der „Geschichte“ (der Geschichte des Liquidatorentums) noch eine Umdrehung gemacht. Eine Reihe von Umständen, vor allem die Abfuhr, die das Liquidatorentum auf offener Arena von einigen sozialdemokratischen Gruppen erhielt, hat die Herren Potressow, Lewizki, Michail, Roman und Co. veranlaßt, ihren Galopp zu zügeln und sich der „weisen“ und vorsichtigeren „Taktik“ der Verwischung der Spuren à la Dan und Martow anzunähern. Das machte es denn auch möglich, daß – *nach einem Jahr!* – ein „Dementi“ bezüglich des oben angeführten Dokuments erscheinen konnte.

Es steht außer Frage, daß das im „Golos“ (unter der marktschreierischen Überschrift: „Eine zerstörte Legende“) erschienene „Dementi“ *durch und durch verlogen* ist. Es stellt sich heraus, daß die drei erwähnten Renegaten sich nur „aus persönlichen Motiven“ „offiziell“ geweigert hätten, in das Zentralkomitee einzutreten oder auch nur an einer Sitzung zum Zweck der Kooptierung teilzunehmen. Und erst „nachträglich unterbreiteten wir“ (d. h. Roman, Michail und Juri) „in einer privaten“ (natürlich, ganz „privaten“) „Unterredung ihm“ (d. h. dem Vertreter des ZK) „eine Reihe von Erwägungen“ (schon politischen Charakters), „die uns nötigten, dem uns gemachten Vorschlag gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen“.

Also Punkt 1 des „Dementis“: die Erklärung, auf die sich das Zentralorgan berief, ist bloß in einer „privaten Unterredung“ abgegeben worden, nachdem man die offizielle Uniform abgelegt hatte. Nicht wahr, wie doch dieser außerordentlich „mildernde Umstand“ die Sache von Grund auf ändert? . . .

Was haben aber die Herren Michail, Roman und Juri *nach ihren eigenen Worten* in dieser „privaten Unterredung“ gesagt? Sie hätten nicht gesagt, daß die Beschlüsse des ZK schädlich seien, sie hätten sich halt nur erlaubt zu bemerken, daß „*der vom Plenum diktierte Weg die Position des ZK nicht stärkt, sondern schwächt*“, daß die Ausnutzung der legalen

Möglichkeiten, die das ZK der Partei empfahl, „auf eine Zerstörung der legalen Arbeiterorganisationen hinauslief und noch hinausläuft“, daß schon der erste Schritt, den das ZK auf diesem Wege tat (die Veröffentlichung der Resolution über die Parteikonferenz), „der Regierung Deckung gegeben“ hätte für die Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Nicht wahr, das ist etwas ganz anderes als die Behauptung des Vertreters des ZK, nach dessen Worten die drei Liquidatoren unter den Londoner Kandidaten „die Einmischung des ZK in den elementaren Prozeß der Gruppierung sozialdemokratischer Kräfte in legalen Organisationen gleichsam als Abtreibung der Frucht im zweiten Monat der Schwangerschaft betrachteten“. Ein schönes „Dementi“, das muß man schon sagen!

Weiter, sie hätten gar nicht gesagt, daß das Bestehen des ZK schädlich sei, Gott bewahre! Sie hätten bloß – ganz „privat“ natürlich – die Meinung geäußert, daß es bedeutend besser wäre, wenn an Stelle des ZK eine „Initiativgruppe“ existierte, bei der „niemand nach dem Paß fragen würde“ (d. h. nach dem *Parteipaß*), so wie seinerzeit niemand bei der Gruppe der „Iskra“ [Der Funke] und der „Sarja“ [Die Morgenröte]* nach ihm (d. h. dem „Paß“) gefragt hätte. – Die Hauptbeschuldigung ist von Michail, Roman und Juri fast ebenso gelungen „dementiert“ worden, wie unlängst ihr Kollege Igorew die Anklage wegen einer Verschwörung gegen das ZK und die Partei „dementiert“ hat, die gegen diesen Igorew von den parteitreuen Menschewiki, den Genossen Plechanow und A. Moskowskij⁵⁵, erhoben wurde... Ein ZK sei halt nicht notwendig, sondern eine solche „Initiativgruppe“, wie die „Gruppe der ‚Iskra‘ und der ‚Sarja‘“. Nun, es versteht sich, die Gruppe der „Iskra“ und der „Sarja“ war eine revolutionär-sozialdemokratische Gruppe, die Herren Michail, Roman und Juri aber brauchen eine liquidatorische Initiativgruppe. Aber augenblicklich handelt es sich nicht darum. Es handelt sich vielmehr darum, daß die drei Verbündeten Martows und Dans – nach ihren eigenen Worten – vorschlugen, das ZK durch eine private Initiativgruppe zu ersetzen, bei der niemand die Vorweisung des verachteten „Passes“ verlangen könnte und die hinsichtlich der „Liquidierung“ freie Hand hätte. Das ist ein „Dementi“!...

Zu den „Glanzstücken“ des „Dementis“ der Roman, Michail und Juri gehört ferner das Märchen, der Vertreter des ZK, der sie einlud, „wenig-

* Siehe „Golos“, Beilage zu Nr. 24, S. 3.

stens auf einer einzigen Sitzung“ des Kollegiums zu erscheinen, hätte sie damit zu ködern gesucht, daß er (d. h. der Vertreter des ZK) und andere „russische Bolschewiki“ von dem Wunsch erfüllt seien, „sich vom leitenden Einfluß des Leninschen Zirkels zu emanzipieren“. Diese von den drei Liquidatoren wiedergegebene Erklärung eines russischen Bolschewiks mündet der Redaktion des „Golos“ besonders gut, die damit jemanden und etwas zu rechtfertigen hofft. Die Herren vom „Golos“ haben sich jedoch offensichtlich verheddert und reden gegen sich selbst. Aber mit Verlaub, verehrte „Golos“-Redakteure. *Angenommen*, der Bolschewik, der sich im Namen des ZK an Ihre Freunde gewandt hat, wäre ein Gegner dessen gewesen, was Sie als „Leninschen Zirkel“ bezeichnen. *Um so schlimmer für Sie*. Denn eben dieser Bolschewik hat doch jenen Brief über die Lossagung Ihrer drei Freunde von der Partei geschrieben, den wir in Nr. 12 des ZO veröffentlicht haben. Ist dieser Bolschewik kein Anhänger des von Ihnen so bezeichneten „Leninschen Zirkels“, so muß seine Aussage in Ihren Augen um so mehr unparteiisch sein. *Angenommen*, die ZK-Mitglieder, von denen Sie eingeladen wurden, wären Gegner des „Leninschen Zirkels“* gewesen, um so größer müßte dann von Ihrem eigenen Standpunkt aus die Schuld der drei Liquidatoren sein, die selbst unter solchen für sie günstigen Umständen nicht in das ZK eintreten wollten. – Was ist bloß mit den Herren vom „Golos“ passiert? Gewöhnlich pflegen sie die Spuren . . . geschickter zu verwischen. Etwas völlig Ungereimtes ist Ihnen da unterlaufen, meine Herren! Etwas noch Dümmeres als selbst die „Dementis“ des Stolypinschen „Informationsbüros“.

Sie haben Pech gehabt mit Ihrem „Dementi“, meine Herren vom „Golos“, genauso wie Sie mit Ihren letzten „Intriganten“blättchen kein

* Einem andern der „russischen Bolschewiki“ aus dem ZK machen die „Golos“-Leute folgendes zum Vorwurf: Er hätte der „Kooptierung der ‚Golos‘-Leute in das ZK Hindernisse in den Weg gelegt, indem er erklärt habe, daß die bolschewistischen Mitglieder des ZK . . . nur die Kooptierung solcher Kandidaten zulassen würden, die vorher eine Absage an das ‚Liquidatorenentum‘ unterzeichneten“. Das ZK-Mitglied, dem die „Golos“-Leute diesen fürchterlichen Vorwurf machen, kann selber im Augenblick den Herren Liquidatoren nicht antworten.⁵⁶ Deshalb erklären wir für ihn: *Wenn* das, was Sie von ihm berichten, zutreffen sollte, dann hätte er vom Standpunkt der Partei vollkommen recht gehabt und hätte durchaus im Sinne des Plenums gehandelt.

Glück gehabt haben. Sie wollten „zurviel beweisen“ – wollten beweisen, daß alle Sozialdemokraten der Partei treu seien – und haben deshalb nichts bewiesen. Denken Sie doch nur ein wenig nach: Gestern haben Sie das Flugblatt der 58 herausgegeben (wie viele von diesen 58 sind Heuchler und wie viele sind übertölpelt worden?), in welchem Sie Ihre Gegner (den „Leninschen Zirkel“) als die schrecklichsten der Ungeheuer, als „Bande“ usw. hinstellen. Und schon am nächsten Tag geben Sie selbst (die Redaktion des „Golos“) ein Flugblatt heraus mit einer „Programmreform“, worin Sie erklären: Alles wird ausgezeichnet sein, wenn man uns (d. h. den „Golos“-Leuten) in allen zentralen Institutionen der Partei Parität mit diesen Ungeheuern zugestehen wird, mit diesen Leuten, die eine Reihe von „Verbrechen“ usw. usf. begangen haben. Wann wirken Sie nun „für das Wohl der Partei“, und wann sind Sie Ihrer selbst wegen bemüht, meine Herren? – im ersten oder im zweiten Fall? Die Erwähnung dieser . . . duftenden Blättchen des „Golos“ ebenso wie auch seiner Beilagen, in denen „alles auf die Beine gebracht wird“, einschließlich der Genfer Otsowisten, die sich als „geistigen Kreis von Bolschewiki“ bezeichnen, hätte sich nicht gelohnt, wenn sie nicht ein so grelles Licht auf die ganze Politik der „Golos“-Leute werfen würden . . .

Machen Sie nur weiter so, meine Herren „Legendenzerstörer“, nur weiter so! Eine Legende helfen Sie uns wirklich zerstören: die Legende, daß Sie überhaupt noch irgend etwas Gemeinsames hätten mit der revolutionären Sozialdemokratie.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 21/22,
19. März (1. April) 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

KADETTEN UND OKTOBRISTEN

Die ominöse „Ministerkrise“ und die Wahl des neuen Vorsitzenden der Reichsduma⁵⁷ haben wieder reichlich Material geliefert zur Frage nach dem sozialen Charakter und der politischen Bedeutung der Kadetten- und der Oktoibristenpartei. Die russische, mit Verlaub zu sagen, liberale Bourgeoisie hat zum hundertsten und tausendsten Mal ihr Gesicht gezeigt. Aus den Tageszeitungen und aus der vorigen Nummer der „Swesda“ ist dem Leser dieses Gesicht schon bekannt. Es wird jedoch nicht überflüssig sein, ein gewisses Fazit zu ziehen, in Anbetracht dessen, daß die bei uns am meisten verbreitete Kadettenpresse gern gegen die Oktoibristen „wettert“, aber ungerne auf das *Fazit* ihres eigenen Verhaltens eingeht.

Erinnern wir uns an das Verhalten der Partei der „Volksfreiheit“ während der Wahl des neuen Vorsitzenden der Reichsduma. Am 21. März beeilt sich die „Retsch“ zu melden: „Die Fraktion der Volksfreiheit hat beschlossen, für M. Alexejenko zu stimmen, falls er für den Posten des Vorsitzenden der Reichsduma kandidieren wird. Sollte aber Rodsjanko als Kandidat aufgestellt werden, so wird die Fraktion gegen ihn stimmen.“ Die konstitutionellen „Demokraten“ bieten den „linken“ Oktoibristen ihre Dienste an. Mehr noch. Der Leitartikel der „Retsch“ vom gleichen Tage proklamiert Alexejenko als „allseits geachteten“ Mann und ist bemüht, sich auf den Standpunkt der *gesamten* Reichsduma zu stellen: Wenn die Rechten die Kandidatur der Mehrheit der Oktoibristen (d. h. die Kandidatur Alexejenkos) unterstützen, so würde vielleicht die Reichsduma „zu der Einmütigkeit zurückkehren“, mit der anfangs die Kandidatur Chomjakows aufgenommen wurde. „Diese Einmütigkeit würde zeigen, daß die *ganze* Duma in ihrer Gesamtheit die außerordentliche Wichtigkeit des Augenblicks erfäßt.“

So schrieb die „Retsch“. „Die ganze Duma in ihrer Gesamtheit“, nicht mehr und nicht weniger. Das müßte man sich bei den Wahlen zur IV. Duma öfter ins Gedächtnis rufen!

Die Kadetten wissen ausgezeichnet, daß die Rechten prinzipiell für die Rechtlosigkeit der Duma eintreten, daß die Nationalisten Stolypin und die Verletzung des Artikels 87 rechtfertigen und verteidigen. Und trotzdem sind die Kadetten bereit, allein der Wahl Alexejenkos wegen, alles zu vergessen und „die ganze Duma in ihrer Gesamtheit“ als einmütig zu erklären, obwohl sie auch ausgezeichnet wissen, daß sich die Arbeiterabgeordneten *in keinem Fall* durch die „Einmütigkeit“ der III. Duma werden bestechen lassen, wie sie sich auch bei der Wahl Chomjakows nicht haben bestechen lassen.

Die Sache ist klar: Die Arbeiterabgeordneten und die Trudowiki zählen für die Kadetten nicht. Ohne sie, aber mit den Rechten, mit Markow II und mit Purischkewitsch, ist die III. Duma „die ganze Duma in ihrer Gesamtheit“. So ist es nach der „Retsch“. Und diese ihre Betrachtung zieht richtig den Trennungsstrich, der so oft und von so vielen mißverstanden wurde: den Strich zwischen den Feudalherren samt der Bourgeoisie (selbst der „liberalsten“ Bourgeoisie, d. h. den Kadetten) einerseits und den Bauern und Arbeitern, d. h. der Demokratie, andererseits. Ohne die Demokratie, aber mit den Rechten sind wir „die ganze Duma in ihrer Gesamtheit“, sagen die Kadetten. Das bedeutet, daß die Kadetten, indem sie auf die Bezeichnung Demokraten Anspruch erheben, das Volk betrügen. Das bedeutet, daß die Feudalherren und die Bourgeoisie für die Kadetten „wir“ sind und alles andere nicht zählt.

Die kleine Frage der Wahl des neuen Vorsitzenden der Reichsduma hat wieder einmal die keineswegs unwichtige Wahrheit in Erinnerung gebracht, daß die Kadetten *keine* Demokraten, sondern gemäßigte liberale Bourgeois sind, die von dem Verlangen nach „Einmütigkeit“ der „gesamten“ Kammer der Erzreaktionäre und der Oktobristen erfüllt sind. Konkurrenz mit den Oktobristen – das ist der Charakter des „Kampfes“ der Kadetten gegen sie. Die Kadetten kämpfen gegen die Oktobristen, das unterliegt keinem Zweifel. Aber sie kämpfen gegen sie nicht als Vertreter einer Klasse, nicht als Vertreter breiter Schichten der Bevölkerung, nicht um jene alte Macht abzusetzen, an die sich die Oktobristen anpassen, sondern als deren Konkurrenten, die sich an *dieselbe* Macht anzupassen wünschen, die den Interessen *derselben* Klasse dienen und sie vor den Forderungen der breiten Schichten der Bevölkerung (der Demokratie im allgemeinen und der proletarischen Demokratie im besonderen) schützen

wollen. Sich etwas anders an dieselbe Macht anpassen – das erstreben die Kadetten, das ist das Wesen ihrer Politik, der Politik der liberalen Bourgeois. Und diese Konkurrenz mit den Oktobristen, der Kampf um deren Platz, verleiht dem Kampf der Kadetten eine besondere „Schärfe“. Daraus erklärt sich die *besondere Feindschaft* der Rechten und der Oktobristen gegen die Kadetten, eine Feindschaft besonderer Art: „Jene“ (die Demokraten) werden uns vernichten, „diese“ (die Kadetten) werden uns vom ersten Platz auf den zweiten drängen; die erste Perspektive bedingt einen prinzipiell unversöhnlichen Krieg auf Leben und Tod; die zweite Perspektive veranlaßt einen Kampf um die *Posten*, einen Wettkampf der Intrigen, ein Wetteifern in den Methoden zum Einfangen der gleichen gutsbesitzerlich-bürgerlichen Mehrheit oder zum Gewinnen des Vertrauens der gleichen alten Macht.

Das Bild der III. Duma am Tage der Wahl des neuen Vorsitzenden hat diesen Unterschied anschaulich gezeigt.

Der Kadett, der die Ereignisse „in Parlamentskreisen“ registriert, fährt in der „Retsch“ vom 23. März in seinen Lobpreisungen Alexejenkos fort: „ein durchaus unabhängiger Mann“ (das soll dieser Oktobrist sein, der soviel Geschmack am 3. Juni fand!) „und mit einem ausgeprägten Gefühl der eigenen Würde“ usw. usf.

So sieht der Maßstab der Kadetten für die strenge Gesetzmäßigkeit aus: keinen Protest gegen den 3. Juni erheben, aber gegen den 14. März protestieren. Das erinnert an die amerikanische Redensart: Stiehlt du ein Stück Brot, so kommst du ins Gefängnis, stiehlt du aber eine Eisenbahn, so kommst du in den Senat.

Herr Litowzew, der in der „Retsch“ die Rubrik „Aus Parlamentskreisen“ leitet, schrieb am 23. März, daß für die linken Oktobristen und die Kadetten „gut die Hälfte des Tages voller Unruhe verlief: wie, wenn er nun plötzlich ja sagt“ (Rodsjanke, der so tat, als ob er ablehne).

Wie sollten denn hier die Kadetten ihre Gegner nicht *scharf* bekämpfen, wo es um die Frage geht, die die *gesamte* III. Duma so unmittelbar betrifft: „Wie, wenn Rodsjanko nun plötzlich ja sagt“!

Und Rodsjanko sagte ja. Das Bild der Wahl gestaltete sich so, daß die Rechten und die Nationalisten freudig lachten und begeistert klatschten. Die „linken“ Oktobristen und die Kadetten schwiegen beharrlich, schwiegen systematisch: Sie hatten das Rennen auf dem Felde verloren, auf das

sie sich selbst begeben hatten; sie konnten nicht frohlocken; sie *mußten* schweigen. „Zum Zeichen des Protestes“ gaben die Kadetten ihre Stimme für den Nationalisten Wolkonski ab. Die Demokraten und nur die Demokraten erklärten laut, offen und klar, daß sie an der Wahl des neuen Vorsitzenden der III. Duma nicht teilnehmen und *keinerlei* Verantwortung für „die gesamte Tätigkeit der III. Duma“ (die Worte Woiloschnikows) tragen werden.

Am Wahltag, in der 86. Sitzung der Duma, im Wettkampf der Konkurrenten, *sprachen* nur das Haupt der III. Duma, Rodsjanko, sowie Bulat und Woiloschnikow. Die übrigen hüllten sich in Schweigen.

Woiloschnikow wies im Namen aller seiner Fraktionskollegen mit Recht darauf hin, daß die Kadetten „infolge der Besonderheiten ihrer politischen Position stets ihre ganze Hoffnung auf Kombinationen innerhalb der Duma setzten“, und spottete über sie als über leichtgläubige Liberale.

Die politische Position der Kadetten und die Besonderheiten dieser Position sind bedingt durch die Klassennatur dieser Partei. Es ist eine antidemokratische bürgerlich-liberale Partei. Darum auch „setzen sie stets ihre ganze Hoffnung auf Kombinationen innerhalb der Duma“. Das ist in doppeltem Sinne richtig: Erstens im Sinne der Gegenüberstellung: innerhalb der Duma – außerhalb der Duma, zweitens im Sinne der „Kombination“ jener sozialen Elemente, jener Klassen, die die „gesamte“ III. Duma repräsentieren.

Nur die Arbeiterabgeordneten und die Trudowiki gaben anläßlich der Wahl Rodsjankos, die einen Sieg der Nationalisten bedeutete, eine Erklärung ab, die *nicht* auf Kombinationen „innerhalb der Duma“ berechnet war, eine Erklärung, die das Verhältnis der Demokratie im allgemeinen und der proletarischen Demokratie im besonderen zur *gesamten* III. Duma, zum 3. Juni, zu den Oktobristen samt den Kadetten charakterisiert. Diese Erklärung ist ein gutes Geleitwort, das Rodsjanko und „seiner“ ganzen Mehrheit mit auf den Weg gegeben wird, ist eine gute Warnung an die „verantwortliche“ – der III. Duma und den Leuten des 3. Juni gegenüber verantwortliche – liberale „Opposition“ von seiten der politischen Parteien, die jemand anderem gegenüber „verantwortlich“ sind.

„Swesda“ Nr. 16,
2. April 1911.

Nach dem Text der „Swesda“.

Unterschrift: W. Iljin.

DEM ANDENKEN DER KOMMUNE

Vierzig Jahre sind seit der Proklamierung der Pariser Kommune vergangen. In traditioneller Weise hat das französische Proletariat durch Kundgebungen und Demonstrationen das Andenken an die Männer der Revolution des 18. März 1871 geehrt; Ende Mai wird es wieder Kränze zu den Gräbern der erschossenen Kommunarden, der Opfer der grauenvollen „Maiwoche“, tragen und an ihren Gräbern erneut den Schwur leisten, ohne Ruh und Rast zu kämpfen bis zum vollkommenen Triumph ihrer Ideen, bis zur vollständigen Erfüllung ihres Vermächtnisses.

Warum ehrt eigentlich das Proletariat, nicht nur das französische, sondern das der ganzen Welt, in den Männern der Pariser Kommune seine Vorläufer? Und worin besteht das Vermächtnis der Kommune?

Die Kommune entstand spontan; niemand hatte sie bewußt und planmäßig vorbereitet. Die Niederlage im Krieg gegen Deutschland; die Leiden während der Belagerung; die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat und der Ruin des Kleinbürgertums; die Empörung der Massen über die oberen Klassen und über die Behörden, die ihre völlige Unfähigkeit erwiesen hatten; das dumpfe Gären in den Reihen der Arbeiterklasse, die mit ihrer Lage unzufrieden war und eine andere soziale Ordnung anstrebte; die reaktionäre Zusammensetzung der Nationalversammlung, die für das Schicksal der Republik fürchten ließ – all das und noch vieles andere traf zusammen, um die Pariser Bevölkerung zur Revolution des 18. März anzuspornen, die die Macht unerwartet in die Hände der Nationalgarde legte, in die Hände der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das sich der Arbeiterklasse angeschlossen hatte.

Das war ein in der Geschichte noch nie dagewesenes Ereignis. Bis dahin hatte die Macht gewöhnlich in den Händen der Gutsbesitzer und Kapitalisten gelegen, d. h. in den Händen ihrer Vertrauensleute, die die sogenannte Regierung bildeten. Nach der Revolution des 18. März aber, als

die Regierung des Herrn Thiers mit ihren Truppen, ihrer Polizei und ihren Beamten aus Paris geflüchtet war, blieb das Volk Herr der Lage, und die Macht ging an das Proletariat über. Aber in der modernen Gesellschaft kann das vom Kapital ökonomisch unterjochte Proletariat nicht politisch herrschen, ohne die Ketten zerbrochen zu haben, die es an das Kapital schmieden. Darum eben mußte die Bewegung der Kommune unweigerlich sozialistische Färbung annehmen, das heißt, sie mußte beginnen, danach zu streben, die Herrschaft der Bourgeoisie, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen, die *Grundlagen* der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu vernichten.

Zunächst war diese Bewegung überaus buntscheckig und unbestimmt. Ihr schlossen sich auch Patrioten an in der Hoffnung, daß die Kommune den Krieg gegen die Deutschen wiederaufnehmen und zu einem glücklichen Ende führen werde. Sie fand die Unterstützung der Kleinhändler, denen der Ruin drohte, falls die Einlösung der Wechsel und die Bezahlung der Wohnungsmiete nicht gestundet werden (diese Stundung wollte ihnen die Regierung nicht gewähren, die Kommune dagegen gewährte sie). Schließlich sympathisierten mit ihr in der ersten Zeit zum Teil auch die bürgerlichen Republikaner, die befürchteten, daß die reaktionäre Nationalversammlung (die „Krautjunker“, die ungehobelten Gutsbesitzer) die Monarchie wiederherstellen würde. Doch die Hauptrolle spielten in dieser Bewegung natürlich die Arbeiter (insbesondere die Pariser Handwerker), unter denen in den letzten Jahren des Zweiten Kaiserreichs eine wirksame sozialistische Propaganda betrieben worden war und von denen viele sogar der Internationale angehörten.

Nur die Arbeiter blieben der Kommune bis zum Ende treu. Die bürgerlichen Republikaner und die Kleinbürger fielen bald von ihr ab: Die einen wurden abgeschreckt durch den revolutionär-sozialistischen, proletarischen Charakter der Bewegung; die anderen zogen sich zurück, als sie sahen, daß die Bewegung zu einer unabwendbaren Niederlage verurteilt war. Nur die französischen Proletarier unterstützten furchtlos und unermüdlich *ihre* Regierung, nur sie kämpften und starben für sie, das heißt für die Befreiung der Arbeiterklasse, für eine bessere Zukunft aller Werktätigen.

Die Kommune, von ihren gestrigen Verbündeten im Stich gelassen und von niemand unterstützt, mußte unvermeidlich eine Niederlage erleiden. Die gesamte Bourgeoisie Frankreichs, alle Gutsbesitzer, Börsenjobber,

Fabrikanten, alle großen und kleinen Diebe, alle Ausbeuter hatten sich gegen sie verbündet. Dieser bürgerlichen Koalition, die von Bismarck unterstützt wurde (der zur Niederwerfung des revolutionären Paris 100 000 französische Soldaten aus deutscher Gefangenschaft entließ), gelang es, die unaufgeklärten Bauern und Kleinbürger der Provinz gegen das Pariser Proletariat aufzuputschen und die eine Hälfte von Paris mit einem eisernen Ring zu umklammern (die andere Hälfte war von der deutschen Armee belagert). In einigen Großstädten Frankreichs (Marseille, Lyon, St. Etienne, Dijon und anderen) unternahmen die Arbeiter gleichfalls Versuche, die Macht zu ergreifen, die Kommune zu proklamieren und Paris zu Hilfe zu eilen, aber diese Versuche scheiterten rasch. So blieb Paris, das zuerst das Banner des proletarischen Aufstands erhoben hatte, sich selbst überlassen und war dem sicheren Untergang geweiht.

Zur siegreichen sozialen Revolution bedarf es mindestens zweier Vorbedingungen: Die Entwicklung der Produktivkräfte muß eine hohe Stufe erreicht haben, und das Proletariat muß vorbereitet sein. 1871 fehlten jedoch diese beiden Vorbedingungen. Der französische Kapitalismus war noch wenig entwickelt, und Frankreich war damals ein überwiegend kleinbürgerliches Land (ein Land der Handwerker, Bauern, Kleinhändler u. a. m.). Andererseits war keine Arbeiterpartei vorhanden, es fehlte die Vorbereitung und lange Schulung der Arbeiterklasse, die in ihrer Masse noch nicht einmal eine völlig klare Vorstellung von ihren Aufgaben und den Methoden zu ihrer Lösung hatte. Es gab weder eine ernsthafte politische Organisation des Proletariats noch umfassende Gewerkschaften und Genossenschaften . . .

Was aber der Kommune vor allem fehlte, war die Zeit, sich ungehindert auf sich selbst zu besinnen und an die Verwirklichung ihres Programms zu gehen. Kaum hatte sich die Kommune ans Werk gemacht, als die in Versailles sitzende Regierung, von der gesamten Bourgeoisie unterstützt, die militärischen Operationen gegen Paris eröffnete. Und die Kommune mußte in erster Linie an die Selbstverteidigung denken. Bis zu ihrem Ende, am 21.–28. Mai, hatte sie nicht die Zeit, ernstlich an etwas anderes zu denken.

Übrigens vermochte die Kommune, trotz der so ungünstigen Umstände, trotz der Kürze ihres Bestehens, einige Maßnahmen zu treffen, die ihren wahren Sinn und ihre Ziele zur Genüge charakterisieren. Die Kommune

ersetzte das stehende Heer, dieses blind wirkende Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes; sie proklamierte die Trennung von Kirche und Staat; sie strich den Etat für Kultuszwecke (d. h. die staatlichen Gehälter der Pfaffen); sie verlieh der Volksbildung einen rein weltlichen Charakter und versetzte dadurch den Gendarmen im Priesterrock einen empfindlichen Schlag. Auf rein sozialem Gebiet konnte die Kommune aus Zeitmangel nur wenig tun, aber auch dieses wenige offenbart mit genügender Klarheit ihren Charakter als Volks-, als Arbeiterregierung: Die Nachtarbeit in den Bäckereien wurde verboten; das System der Geldstrafen, diese legalisierte Ausplünderung der Arbeiterschaft, wurde aufgehoben; schließlich wurde das berühmte Dekret erlassen, nach dem alle Fabriken, Betriebe und Werkstätten, die von ihren Besitzern verlassen oder stillgelegt worden waren, an Arbeitergenossenschaften zur Wiederaufnahme der Produktion übergeben wurden. Und gleichsam um ihren Charakter als wahrhaft demokratische, proletarische Regierung zu betonen, setzte die Kommune fest, daß die Gehälter aller Verwaltungs- und Regierungsbeamten den normalen Arbeiterlohn nicht überschreiten und unter keinen Umständen höher als 6000 Francs im Jahr (weniger als 200 Rubel im Monat) sein dürfen.

Alle diese Maßnahmen zeugten deutlich genug davon, daß die Kommune eine tödliche Bedrohung für die alte, auf Knechtung und Ausbeutung beruhende Welt war. Darum konnte die bürgerliche Gesellschaft nicht ruhig schlafen, solange auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne des Proletariats wehte. Und als es endlich der organisierten Regierungsgewalt gelungen war, über die schlecht organisierte Macht der Revolution die Oberhand zu gewinnen, da veranstalteten die von den Deutschen geschlagenen bonapartistischen Generale, die nur gegen ihre besiegten Landsleute mutig waren, diese französischen Rennenkampf und Meller-Sakomelski, ein Gemetzel, wie es Paris noch nie gesehen hatte. Etwa 30 000 Pariser wurden von der vertierten Soldateska ermordet, rund 45 000 wurden verhaftet und viele von ihnen in der Folge hingerichtet, Tausende wurden zu Zuchthaus und Verbannung verurteilt. Paris verlor insgesamt etwa 100 000 seiner Söhne, darunter die besten Arbeiter aus allen Berufen.

Die Bourgeoisie war zufrieden. „Jetzt ist es mit dem Sozialismus für lange Zeit aus!“ erklärte ihr Führer, der blutgierige Zwerg Thiers, nach

dem Blutbad, das er mit seinen Generalen dem Pariser Proletariat bereitet hatte. Doch diese bürgerlichen Unkenrufe waren vergebens. Kaum sechs Jahre nach Niederschlagung der Kommune, als noch viele ihrer Kämpfer im Zuchthaus und in der Verbannung schmachteten, setzte in Frankreich schon eine neue Arbeiterbewegung ein. Eine neue sozialistische Generation, bereichert durch die Erfahrungen ihrer Vorgänger, doch keineswegs entmutigt durch deren Niederlage, ergriff das Banner, das den Händen der Kommunekämpfer entglitten war, und trug es zuversichtlich und mutig voran unter den Rufen: „Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die Kommune!“ Und wieder ein paar Jahre später zwang die neue Arbeiterpartei und die von ihr im Lande entfachte Agitation die herrschenden Klassen, die noch in den Händen der Regierung verbliebenen gefangenen Kommunarden auf freien Fuß zu setzen.

Das Andenken an die Kommunekämpfer wird nicht nur von den französischen Arbeitern, sondern auch vom Proletariat der ganzen Welt in Ehren gehalten. Denn die Kommune kämpfte nicht für irgendeine lokale oder eng nationale Aufgabe, sondern für die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit; aller Erniedrigten und Verachteten. Als Vorkämpfer der sozialen Revolution gewann die Kommune Sympathien überall dort, wo das Proletariat leidet und kämpft. Das Bild ihres Lebens und Sterbens, der Anblick einer Arbeiterregierung, die von einer Metropole der Welt Besitz ergriffen und sie länger als zwei Monate in Händen gehalten hatte, das Schauspiel des heldenmütigen Kampfes des Proletariats und seiner Leiden nach der Niederlage – das alles hob den Mut von Millionen Arbeitern, erweckte ihre Hoffnungen und wandte ihre Sympathien dem Sozialismus zu. Der Donner der Pariser Kanonen hat die rückständigsten Schichten des Proletariats aus ihrem tiefen Schlaf geweckt und überall den Anstoß für eine Intensivierung der revolutionär-sozialistischen Propaganda gegeben. Darum eben ist die Sache der Kommune nicht tot; sie lebt bis auf den heutigen Tag in jedem von uns.

Die Sache der Kommune – das ist die Sache der sozialen Revolution, die Sache der völligen politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Werktätigen, die Sache des Weltproletariats. Und in diesem Sinne ist sie unsterblich.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 4/5,
15. (28.) April 1911.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

ÜBER DIE SOZIALE STRUKTUR
DER STAATSMACHT,
ÜBER DIE PERSPEKTIVEN
UND DAS LIQUIDATORENTUM

Die in der Überschrift genannten Fragen stehen ihrer Wichtigkeit nach an einer der ersten, wenn nicht an erster Stelle im System der Auffassungen des Marxisten, der sich in der ihn umgebenden Wirklichkeit zurechtfinden will. Die Periode von 1908 bis 1910 stellt ohne Zweifel etwas Spezifisches dar. Die soziale Struktur der Gesellschaft und der Staatsmacht ist durch Veränderungen charakterisiert, ohne deren Klarstellung kein einziger Schritt vorwärts auf irgendeinem Gebiet gesellschaftlichen Wirkens getan werden kann. Von der Klarstellung dieser Veränderungen hängt die Frage der Perspektiven ab, worunter natürlich nicht müßige Wahrsagereien zu verstehen sind in bezug auf das, was niemand kennt, sondern die grundlegenden Tendenzen der ökonomischen und politischen Entwicklung – jene Tendenzen, deren Resultate die nächste Zukunft des Landes bestimmt, jene Tendenzen, die die Aufgaben, die Richtung und den Charakter der Tätigkeit eines jeden bewußten Politikers bestimmen. Diese letztgenannte Frage nach den Aufgaben, der Richtung und dem Charakter der Tätigkeit ist aber aufs engste mit der Frage des Liquidatorentums verknüpft.

Es ist darum kein Wunder, daß die Marxisten schon 1908, sobald es klar wurde oder klarzuwerden begann, daß wir vor einer gewissen neuen, spezifischen Periode der russischen Geschichte stehen, gerade die Fragen der sozialen Struktur der Staatsmacht, der Perspektiven und des Liquidatorentums auf die Tagesordnung setzten, auf den untrennbaren Zusammenhang dieser Fragen hinwiesen und sie systematisch zu erörtern begannen. Sie beschränkten sich ferner nicht auf die Erörterung allein – das wäre Literatenart im üblen Sinne des Wortes, das wäre nur in einem

Diskussionszirkel von Intellektuellen möglich gewesen, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt sind und sich um Politik nicht kümmern – nein, sie arbeiteten eine genaue Formulierung der Ergebnisse der Diskussion aus, eine Formulierung, die als Anleitung dienen konnte nicht nur für das Mitglied eines bestimmten literarischen Zirkels, nicht nur für einen Menschen, der so oder anders mit einer bestimmten Intellektuellenkategorie verbunden ist, sondern für jeden beliebigen bewußten Angehörigen einer Klasse, der den Marxismus als seine Ideologie betrachtet. Gegen Ende 1908 war diese notwendige Arbeit abgeschlossen.

Welches die Hauptergebnisse dieser Arbeit waren, darüber habe ich schon in Nr. 2 unserer Zeitschrift gesprochen. Ich erlaube mir, einige Zeilen von dort zu zitieren, um die weitere Darlegung verständlich zu machen.

„Die Entwicklung der russischen Staatsordnung in den letzten drei Jahrhunderten zeigt uns, daß sich ihr Klassencharakter in einer ganz bestimmten Richtung änderte. Die Monarchie des 17. Jahrhunderts mit der Bojarenduma gleicht nicht der Beamten- und Adelsmonarchie des 18. Jahrhunderts. Die Monarchie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist nicht das, was die Monarchie der Jahre von 1861 bis 1904 war. In den Jahren von 1908 bis 1910 sind deutlich die Umrisse einer neuen Etappe zutage getreten, die *noch einen Schritt* in der Richtung bedeutet, die man als Richtung zur bürgerlichen Monarchie hin bezeichnen kann. In engem Zusammenhang mit diesem Schritt steht sowohl die III. Duma als auch unsere gegenwärtige Agrarpolitik. Die neue Etappe ist somit kein Zufall, sondern eine spezifische Stufe in der kapitalistischen Evolution des Landes. Da diese neue Etappe die alten Probleme nicht löst, da sie außerstande ist, sie zu lösen, und sie folglich *auch nicht aus der Welt schafft*, erfordert diese neue Etappe die Anwendung neuer Methoden der Vorbereitung zur alten Lösung der alten Probleme.“ (Nr. 2, S. 43.) Und einige Zeilen weiter: „Diejenigen, die die Tatsache leugnen oder nicht begreifen . . ., daß vor uns die alten Probleme stehen, daß wir ihrer alten Lösung entgegengehen, verlassen *in Wirklichkeit* den Boden des Marxismus, erweisen sich *in Wirklichkeit* als Gefangene der Liberalen (wie Potressow, Lewizki usw.).“ (S. 44.)*

Wie man sich zu dem in diesen Sätzen zum Ausdruck gebrachten

* Siehe den vorliegenden Band, S. 53/54. *Die Red.*

Gedankenkomplex auch stellen mag, man wird kaum den überaus engen Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Teile in dieser Einschätzung der gegebenen Periode bestreiten können. Man nehme z. B. die Verordnung vom 9. November 1906 (Gesetz vom 14. Juni 1910): Es ist ganz unbestreitbar, daß sie einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter trägt und eine prinzipielle Wendung in jener Agrarpolitik bezeichnet, die die „Obrigkeit“ hinsichtlich der Dorfgemeinde und des Besitzes von Anteilland seit langem betrieben hat. Daß aber diese prinzipielle Wendung *schon* die Frage gelöst, *schon* neue Grundlagen für eine kapitalistische bäuerliche Wirtschaft geschaffen, *schon* die alten Probleme aus der Welt geschafft hätte, das wagten bisher nicht einmal die prinzipienlosesten Leute zu behaupten, die allezeit bereit sind, ihr Mäntelchen nach dem Wind zu hängen, wie etwa die Kadetten. Der Zusammenhang des Gesetzes vom 14. Juni 1910 mit dem System der Wahlen zur III. Duma und mit der sozialen Zusammensetzung der Duma ist offenkundig: Anders als durch ein Bündnis der zentralen Regierungsgewalt mit den feudalen (wir benutzen diesen nicht ganz exakten, in Europa allgemein gebräuchlichen Ausdruck) Gutsbesitzern und den Spitzen der Handels- und Industriebourgeoisie wäre es unmöglich gewesen, dieses Gesetz zustande zu bringen und eine Reihe von Maßnahmen zu seiner Realisierung durchzuführen. Wir haben also eine spezifische Stufe der *gesamten* kapitalistischen Evolution des Landes vor uns. Beseitigt diese Stufe „die Macht und die Einkünfte“ – um im soziologischen Sinne zu sprechen – der Grundbesitzer von feudalem Typ? Nein, sie beseitigt sie nicht. Die Veränderungen, die auf diesem wie auf allen anderen Gebieten eingetreten sind, beseitigen nicht die *grundlegenden* Züge des alten Regimes, nicht die alten Beziehungen der sozialen Kräfte zueinander. Hieraus erklärt sich die vornehmste Aufgabe eines bewußten Politikers: diese neuen Veränderungen zu berücksichtigen, sie „auszunutzen“, sie beim Schopf zu packen – wenn man sich so ausdrücken darf – und zu gleicher Zeit sich nicht hilflos dem Strom zu überlassen, das alte Gepäck nicht wegzuworfen, das Grundlegende auch in den Formen der praktischen Tätigkeit und nicht nur in der Theorie, im Programm, in den Prinzipien der Politik beizubehalten.

Es fragt sich nun, wie verhielten sich zu dieser fest umrissenen Antwort auf die „verfluchten Fragen“, zu dieser offenen und klaren Dar-

legung bestimmter Auffassungen jene „ideologischen Führer“, die sich um Publikationen vom Schlage der „Wosroschdenije“, „Shisn“, „Delo Shisni“, „Nascha Sarja“ u. a. m. gruppieren, die Herren Potressow und Martow, Dan und Axelrod, Lewizki und Martynow? Sie verhielten sich eben nicht wie Politiker, nicht wie „ideologische Führer“, nicht wie verantwortliche Publizisten, sondern wie eine Kategorie von Literaten, wie ein Zirkel von Intellektuellen, wie Freischärler aus den Freikorps der schreibenden Bruderschaft. Als Leute, die die Mode und den Geist der Zeit, so wie sie in den liberalen Salons bestimmt werden, zu schätzen wissen, lächelten sie herablassend über diesen veralteten, überlebten, absonderlichen Hang nach fest umrissenen Antworten auf verfluchte Fragen. Wozu diese fest umrissene Form, da man doch schreiben kann, wo man will, worüber man will, was man will, wie man will? Da doch die Herren Miljukow und die Herren Struve glänzende Musterbeispiele bieten für all die Vorteile, Bequemlichkeiten und Vorzüge, die sich aus dem Ausweichen vor direkten Antworten, exakten Darlegungen der Auffassungen, eindeutigen professions de foi* usw. ergeben? Da doch diese Leute mit kurzem Gedächtnis (und insbesondere diejenigen, welche sich an die frühere fest umrissene Form ungern erinnern) in den weitesten Kreisen der „Gesellschaft“ Ehre und Achtung genießen?

So haben wir denn auch in den ganzen drei Jahren bei dieser ganzen Literatenkumpanei nicht den geringsten Versuch wahrgenommen, diesen „verfluchten Fragen“ ihre eigene fest umrissene Antwort entgegenzustellen. Reden durch die Blume und leere Hypothesen gab es in Hülle und Fülle, aber nicht eine einzige direkte Antwort. Ein bezeichnender, charakteristischer Zug dieser Gesellschaft war die Vorliebe für *Formlosigkeit*, d. h. gerade für ein solches Merkmal, das schon damals, als auf die verfluchten Fragen eine direkte Antwort gegeben wurde, in bestimmtester, präzisester und eindeutigster Weise als Bestandteil des Begriffs *Liquidatorem* anerkannt worden war. Formlos mit dem Strom schwimmen, über die eigene Formlosigkeit in Rührung geraten, über das ein „Kreuz machen“, was zu der formlosen Gegenwart in Gegensatz steht – das ist eben einer der Grundzüge des Liquidatoremums. Die Opportunisten überlassen sich stets und überall passiv dem Strom, begnügen sich mit Antworten „von Fall zu Fall“, von Kongreß (der Alkoholgegner) zu Kon-

* Programmen. *Die Red.*

groß (der Betriebsärzte)⁵⁸, begnügen sich mit der Bildung bald der einen „Gesellschaft“ (und sei es auch eine solche, die die größte Achtung verdient und den größten Nutzen bringt: eine Gewerkschaft, eine Konsumgenossenschaft, ein Kultur-, ein Abstinenzlerverein u. a. m.), bald der anderen Gesellschaft usw. Das Liquidatorentum ist die Gesamtheit der Tendenzen, die jedem Opportunismus überhaupt innewohnen und die in einer der Perioden der russischen Geschichte, in einer unserer sozialen und politischen Richtungen in bestimmten, konkreten Formen in Erscheinung treten.

Die Geschichte hat nur zwei genaue Äußerungen von Liquidatoren über die oben dargelegte „direkte Antwort“ (auf die verfluchten Fragen) überliefert. Die erste Äußerung: das Adjektiv bürgerlich müßte durch das Adjektiv plutokratisch ersetzt werden. – Eine solche Ersetzung wäre jedoch vollkommen falsch. Die Epoche von 1861 bis 1904 zeigt uns auf den verschiedensten Lebensgebieten den zunehmenden, ja nicht selten vorherrschenden Einfluß der Plutokratie. In der Epoche von 1908 bis 1910 sehen wir, zum Unterschied von der „Plutokratie“, wie die Bourgeoisie, nachdem sie sich als Klasse bewußt geworden ist, in Beherrschung der ihrem Klassenbewußtsein durch die vorangegangenen drei Jahre erteilten Lehren, eine Ideologie hervorbringt, die prinzipiell sowohl dem Sozialismus (dabei nicht dem allgemein europäischen, nicht dem Sozialismus schlechthin, sondern eben dem russischen) als auch der Demokratie feindlich gegenübersteht. Mehr noch. Die Bourgeoisie ist in gesamt nationalem Maßstab organisiert, d. h. eben als Klasse, von der ein gewisser Teil ständig in der III. Duma vertreten (und sehr einflußreich vertreten) ist. Schließlich liegt auch in der Agrarpolitik von 1908 bis 1910 ein System, das einen bestimmten Plan einer bürgerlichen Agrarordnung verfolgt. Mit diesem Plan „haperts“ bisher, das unterliegt keinem Zweifel, aber dieser Mißerfolg ist der Mißerfolg eines der bürgerlichen Systeme neben einem unzweifelhaften „Erfolg“ der Plutokratie im Dorfe: das heißt, die Dorfplutokratie zieht aus der Agrarpolitik von 1908 bis 1910 sicherlich Gewinn, aber die bürgerliche Ordnung, der die vielen Opfer gebracht werden, kann immer noch nicht „Fuß fassen“. Mit einem Wort, der Vorschlag des Terminus „plutokratisch“ ist in jeder Beziehung verfehlt, und zwar dermaßen verfehlt, daß die Liquidatoren selbst es offenbar vorziehen, diesen Vorschlag der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Die andere Äußerung: Die oben dargelegte Antwort sei deshalb falsch, weil sie auf den Rat hinauslaufe, „dorthin zu streben, wo es schon einmal“⁵⁹ ... Mißerfolge gegeben habe. Diese knappe, aber energische Äußerung ist dadurch wertvoll, daß sie die Ergebnisse der gesamten literarischen Kundgebungen der Liquidatoren plastisch sinnfällig zum Ausdruck bringt, angefangen von Potressows „Gesellschaftlicher Bewegung“ bis zu Herrn Lewizki in der „Nascha Sarja“. Der Inhalt dieser Äußerung ist rein negativ; sie beschränkt sich auf die Verurteilung der Bestrebungen, „dorthin zu streben“, ohne irgendwelche positiven Fingerzeige zu geben, *wobin* man nun „streben“ soll. Man schwimme eben, wie es sich schwimmen läßt, wie „alle“ schwimmen; sich mit Verallgemeinerungen darüber abzugeben, wozu das führt und führen muß, lohnt nicht.

Aber wie sehr auch die Opportunisten vor allen Verallgemeinerungen ihre Ruhe haben und „peinlichen“ Gesprächen über eine direkte Antwort auf die „verfluchten Fragen“ ausweichen möchten – das erweist sich dennoch als unmöglich. Wirf die Natur zur Tür hinaus – sie kommt zum Fenster wieder herein. Die Ironie der Geschichte hat es so gefügt, daß dieselben Liquidatoren, die es lieben, sich als „fortgeschrittene“, dem „Konservatismus“ abholde Leute zu bezeichnen, und die 1908 über jeden Hinweis auf die Notwendigkeit einer direkten Antwort verächtlich die Nase rümpften, sich *nabezu anderthalb Jahre später*, im Sommer 1910, gezwungen sahen, diesen Hinweisen Rechnung zu tragen. Und gezwungen wurden sie dazu durch die Ereignisse in ihrem eigenen Lager. Mit einer Handbewegung waren sie schon völlig über die direkte Antwort hinweggekommen, die da auf irgendwelchen verachteten, überlebten, abgestorbenen, unnützen, verderblichen „verlorenen Posten“ gefordert wurde – als plötzlich, anderthalb Jahre später, unter den Liquidatoren selbst eine „Strömung“ entsteht, die ebenfalls eine direkte Antwort verlangt und vermessen eine direkte Antwort gibt!

In der Rolle des „Vermessenen“ trat, wie auch zu erwarten war, J. Larin auf, diesmal allerdings schon nicht mehr allein. Larin ist bekanntlich das *Enfant terrible** des Opportunismus. Er zeichnet sich durch den – vom Standpunkt der Opportunisten – außerordentlichen Mangel aus, daß er die bei ihnen hervortretenden Tendenzen ernst nimmt, sie aufrichtig, mit viel Nachdenken in sich aufnimmt, sich bemüht, sie zu etwas Ganzem

* taktloses Kind. *Die Red.*

zu verbinden, bis zu Ende zu durchdenken, direkte Antworten zu erhalten und praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Wer Larins Buch über die breite Arbeiterpartei kennt – dieses Buch erschien vor 3–4 Jahren –, erinnert sich gewiß daran, wie er die berüchtigte Axelrodsche Idee eines Arbeiterkongresses in seinen leidenschaftlichen Umarmungen erstickt hat.

Im März 1910 begann Larin mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln im „*Wosroshdenije*“ eben über die soziale Struktur der Staatsmacht, über die Perspektiven und über das Liquidatorentum. Ihm schloß sich Herr Pilezki an. Beide Schriftsteller, die sich mit dem Eifer von Neubekehrten an diese Fragen gemacht hatten, auf die sie in ihrem eigenen Lager, im Lager der Liquidatoren, vergeblich eine direkte Antwort suchten, nahmen kein Blatt vor den Mund. Von Leibeigenschaft könne man im gegenwärtigen Rußland überhaupt nicht sprechen, die Staatsmacht habe sich *schon* in eine bürgerliche verwandelt. „Sowohl das erste als auch das zweite Element“, erklärt Larin, indem er das vielberufene „dritte Element“ absondert, „können ruhig schlafen: Ein Oktober 1905 steht nicht auf der Tagesordnung.“ („*Wosroshdenije*“ Nr. 9/10, S. 20.) „Nach Aufhebung der Duma würde man sie noch schneller wiederherstellen, als es im nachrevolutionären Österreich geschah, wo man 1851 die Verfassung aufhob, um sie 1860, nach neun Jahren, ohne jede Revolution wieder anzuerkennen, einfach kraft der Interessen des einflußreichsten Teils der herrschenden Klassen, der seine Wirtschaft auf kapitalistische Füße gestellt hatte. In der Folge wird der Kampf der verschiedenen Schichten der herrschenden Klassen untereinander – nachdem die Gesellschaftsordnung der bürgerlichen Verhältnisse Fuß gefaßt hat – sie zwingen, auch bei uns, wie überall, den Rahmen des Wahlrechts zu erweitern . . .“ (Ebenda, S. 26.) „Der Prozeß der Einbeziehung Rußlands in die kapitalistische Welt . . . findet seine Vollendung auch auf politischem Gebiet. Diese Vollendung bedeutet, daß eine revolutionäre Bewegung im *gesamtnationalen Rahmen*, wie sie 1905 vor sich ging, in dem Stadium, das wir durchleben, unmöglich ist.“ (S. 27.)

„Da nun einmal die Macht“ (nach den Schlußfolgerungen Larins) „sich keineswegs ‚nahezu ganz‘ in den Händen der Feudalagrariar befindet, so kann sich auch der Kampf um die Macht zwischen den ‚Kapitalisten des Bodens und der Fabrik‘ und den Feudalherren nicht in einen Kampf des gesamten Volkes gegen die bestehende Staatsmacht verwandeln.“ (Nr. 11,

S. 9.) „Seine taktische Linie in Hinsicht auf eine bevorstehende ‚Erhebung des gesamten Volkes‘ abstecken, hieße sich selbst zu fruchtlosem Abwarten verurteilen.“ (Ebenda, S. 11.) „Man kann nicht zwischen zwei Stühlen sitzen. Hat sich an dem sozialen Charakter der Staatsmacht nichts geändert, dann *müssen* sowohl die Aufgaben als auch die Arbeitsformen die früheren sein, dann bleibt nur übrig, gegen die Liquidatoren zu kämpfen‘. Will dagegen jemand weiter gehen, *Neues bauen* zum Ersatz, zur Fortsetzung und zum Ruhm des zerfallenen, untauglich gewordenen Alten – so soll er sich konsequent Rechenschaft geben über die *Bedingungen des Aufbaus*.“ (Ebenda, S. 14.)

Num, ist dieser Larin nicht naiv? Er verlangt, die Opportunisten sollten „konsequent“ sein, sollten „nicht zwischen zwei Stühlen sitzen“!

Die Redaktion des „Wosroshdenije“ hat den Kopf verloren. In Nr. 9/10 erklärt sie, daß sie mit Larin nicht einverstanden sei, und schreibt: „Frische der Gedanken“ (bei Larin), *aber* „die Artikel J. Larins haben uns nicht überzeugt“. In Nr. 11 ist gegen Larin, augenscheinlich im Namen der Redaktion, W. Mirow aufgetreten, der zugibt, daß in der Person Larins und Pilezkis „eine bestimmte *Strömung* vorliegt, die theoretisch noch wenig ausgearbeitet ist, doch eine sehr klare Sprache spricht“ (der größte Mangel vom Standpunkt der Opportunisten!). „Larin hat beiläufig“, schrieb Herr Mirow, „und völlig unerwartet“ (Sieh doch einer an! Immer bereitet dieser ruhelose Larin mit der „sehr klaren Sprache“ seinen Freunden Ungelegenheiten!) „auch eine andere Frage, die des Liquidatorentums, berührt. Uns scheint, daß kein enger Zusammenhang zwischen den Formen des Parteiaufbaus und dem Charakter der russischen Regierung besteht, und wir behalten uns vor, hierüber gesondert zu sprechen.“ (S. 22 der Nummer vom 7. Juli 1910.)

„Gesondert gesprochen“ hat im Namen dieser „wir“ schon L. Martow in Nr. 1 der „Shisn“ (30. August 1910); er erklärte, daß er sich W. Mirow und der Redaktion in ihrer Polemik gegen Larin „nur anschließen kann“ (S. 4). Somit wurde das letzte Wort in dieser ganzen Diskussion unter den Liquidatoren von L. Martow gesprochen.

Sehen wir uns dieses letzte Wort des Liquidatorentums einmal genauer an.

Martow geht ans Werk, wie immer sehr gewandt und sehr... „geschickt“. Er beginnt damit, daß „man die an der Macht stehende Bour-

geoisie bzw. die machtausübende Bourgeoisie bei uns unverzüglich nach dem 3. Juni 1907 mit viel Sorgfalt zu suchen begann". „Das Regime des 3. Juni ist die Herrschaft der Handels- und Industriebourgeoisie Rußlands. Dieses Schema wurde gleichermaßen sowohl von der genannten Gruppe menschewistischer Autoren (Larin, Pilezki) als auch von ihren Antipoden, den orthodoxen Bolschewiki, akzeptiert, die 1908 über die Herausbildung einer bürgerlichen Monarchie in Rußland" schrieben.

Nun, ist das nicht eine Perle an „Geschicklichkeit"? Larin wirft Martow das Sitzen zwischen zwei Stühlen vor und gibt offen, ohne jeden Winkelzug und jede Arglist zu, daß man die Liquidatoren bekämpfen müsse, wenn man nicht jene Antwort auf die verfluchten Fragen, die die „Orthodoxen" gegeben haben, neu fassen will.

Martow jedoch macht „geschickt" einen Salto mortale und versucht die Leser (die im August 1910 absolut keine Möglichkeit hatten, die Gegenseite anzuhören) zu überzeugen, daß „dieses Schema" sowohl von Larin als auch von den „Orthodoxen" „gleichermaßen akzeptiert" worden sei!!

Diese Geschicklichkeit ist die Geschicklichkeit eines Burenin oder eines Menschikow⁶⁰, denn ein unverfroreneres . . . Abweichen von der Wahrheit kann man sich gar nicht vorstellen.

„Bei literarischen Diskussionen pflegt man gewöhnlich zu vergessen, wer eigentlich ‚angefangen‘ hat", schreibt u. a. Martow an gleicher Stelle. Es ist richtig, daß das so zu sein pflegt bei *literatenhaften* Diskussionen, bei denen von der Ausarbeitung einer präzisen, fest umrissenen Antwort auf die verfluchten Fragen keine Rede ist. Wir haben es aber *gerade* nicht mit einer literatenhaften und *nicht mit einer lediglich literarischen* „Diskussion" zu tun, wie das L. Martow, der die Leser der „Shisn" irreführt, ausgezeichnet, in allen Einzelheiten, genau und unmittelbar bekannt ist. Martow weiß ausgezeichnet, welcher Art die von den „Orthodoxen" gegebene fest umrissene Antwort ist, hinter der diese nach wie vor stehen. Martow weiß ausgezeichnet, daß Larin gerade diese Antwort bekämpft, sie eine „verknöcherte Schablone", eine „Konstruktion von Luftschlössern" usw. nennt. Martow weiß ausgezeichnet, daß *er selbst* und alle seine Gesinnungsfreunde und Kollegen die von den „Orthodoxen" gegebene fest umrissene Antwort abgelehnt haben. Martow weiß ausgezeichnet, „wer eigentlich angefangen hat"; wer die Ausarbeitung einer genauen Antwort begonnen (und beendet) hat und wer sich darauf beschränkt

hat, zu kichern, sich nicht einverstanden zu erklären, und *keinerlei* Antwort gegeben hat noch gibt.

Man kann sich kaum einen empörenderen, gewissenloseren Streich vorstellen als diesen Streich L. Martows! Larin hat durch seine Geradheit und Offenherzigkeit die Diplomaten des Liquidatorentums empfindlich getroffen, als er (wenn auch erst nach 1½ Jahren) zugab, daß man um eine genaue Antwort nicht herumkommen könne. Die Wahrheit tut weh. Und L. Martow versucht, den Leser zu betrügen, indem er die Sache so darstellt, als akzeptiere Larin „das gleiche Schema“ wie die Orthodoxen, obgleich in Wirklichkeit dieses Schema dem anderen *entgegengesetzt* ist: Aus dem Larinschen Schema *ergibt* sich die Rechtfertigung des Liquidatorentums, aus dem „orthodoxen“ – seine Verurteilung.

Um seinen Streich zu bemänteln, greift Martow aus dem „Schema“ ein Wörtchen heraus und entstellt dadurch den Zusammenhang, in dem es gebraucht ist (eine bei Burenin und Menschikow bis zur Vollkommenheit ausgebildete Methode). Die Orthodoxen, beteuert Martow, schrieben von der „Herausbildung einer bürgerlichen Monarchie in Rußland“, Larin schreibt, daß von Fronherrschaft im heutigen Rußland nicht die Rede sein könne, daß die Staatsmacht schon bürgerlich sei – „*folglich*“ ist das Schema Larins und das der Orthodoxen „*gleich*“!! Das Kunststück ist vollbracht. Der Leser, der Martow Glauben schenkt, ist übertölpelt.

In Wirklichkeit besagt das „Schema“ oder richtiger die Antwort der Orthodoxen, daß die alte Staatsmacht in Rußland „*noch einen Schritt macht auf dem Wege der Umwandlung* in eine bürgerliche Monarchie“, wobei gerade ein solcher Weg der kapitalistischen Entwicklung verfochten wird, der „den Grundbesitzern *gerade des feudalen Typs* ihre Macht und ihre Einkünfte *erhalten würde*“, daß im Ergebnis dieser Lage der Dinge „die *grundlegenden* Faktoren des ökonomischen und politischen Lebens“, die die erste Krise zu Beginn des 20. Jahrhunderts „*hervorgerufen haben, fortfahren zu wirken*“.

Larin sagt: Die Macht ist *schon* bürgerlich, darum reden nur die Anhänger der „*verknöcherten Schablone*“ von einer „*Aufrechterhaltung der Macht*“ der Feudalherren, darum wirken die „*grundlegenden Faktoren*“ der früheren Erhebung *nicht* weiter fort, darum gilt es, etwas Neues zu errichten „als Ersatz für das *untauglich* gewordene Alte“.

Die „Orthodoxen“ sagen: Die Staatsmacht macht *noch* einen Schritt

auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche (nicht Staatsmacht schlechthin, sondern) Monarchie, wobei die reale Macht in den Händen des Feudaladels verbleibt, ihm erhalten bleibt, so daß die „grundlegenden Faktoren“ der früheren Tendenzen, des früheren Typs der Evolution „fortfahren zu wirken“, und darum sind diejenigen, die von dem „untauglich gewordenen Alten“ reden, Liquidatoren, sind in Wirklichkeit Gefangene der Liberalen.

Der Gegensatz der beiden Schemata, der beiden Antworten ist klar. Wir haben zwei verschiedene *vollständige* Antworten vor uns, die zu verschiedenen Schlußfolgerungen führen.

Martow macht Tricks à la Burenin, wenn er sich darauf beruft, in beiden Antworten werde von der „Herausbildung einer bürgerlichen Monarchie“ „gesprochen“. Mit dem gleichen Recht könnte man sich darauf berufen, daß beide Antworten die weiter andauernde kapitalistische Entwicklung Rußlands anerkennen! Auf dem Boden der allgemeinen Anerkennung der kapitalistischen Entwicklung (durch alle Marxisten und alle jene, die Marxisten sein möchten) wird über die Höhe, die Form, die Bedingungen dieser Entwicklung gestritten. Martow aber verwirrt das Strittige, um das Nichtstrittige als Diskussionsobjekt hinzustellen! Auf dem Boden der *allgemeinen* Anerkennung (durch alle Marxisten und alle jene, die Marxisten sein möchten), daß die alte Staatsmacht sich auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie entwickelt, wird über den Grad, die Form, die Bedingungen, den Verlauf dieser Umwandlung gestritten, während Martow das Strittige (ob die früheren Faktoren weiterwirken? ob ein Verzicht auf die alten Formen zulässig ist? usw.) verwirrt, um das Nichtstrittige als Diskussionsobjekt hinzustellen!

Daß die Staatsmacht sich im Rußland des 19. und 20. Jahrhunderts überhaupt „auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“ entwickelt, leugnet Larin nicht, so wie das bisher kein einziger zurechnungsfähiger Mensch, der Marxist sein will, geleugnet hat. Der Vorschlag, das Adjektiv bürgerlich durch das Wort plutokratisch zu ersetzen, enthält eine falsche Einschätzung des Grades der Umwandlung, aber prinzipiell wagt man nicht zu bestreiten, daß der wirkliche „Weg“, der Weg der realen Evolution, gerade in dieser Umwandlung besteht. Soll er versuchen zu behaupten, daß die Monarchie der Jahre von 1861 bis 1904 (d. h. die gegenüber der heutigen zweifellos weniger kapitalistische Mon-

archie), gemessen an der Epoche Nikolaus' I., der Epoche der Leibeigenschaft, *nicht einen* der Schritte „auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“ darstellt!

Martow verzichtet nicht nur darauf, das zu behaupten, sondern „schließt sich“ im Gegenteil W. Mirow „an“, der sich in der Polemik gegen Larin eben auf den bürgerlichen Charakter der Witteschen Reformen und auch der Reformen der sechziger Jahre beruft!

Möge der Leser nun über Mirows und Martows „Geschicklichkeit“ urteilen. Zunächst wiederholen sie gegenüber Larin jene Argumente, die vor *anderthalb Jahren* von den „Orthodoxen“ gegen die nächsten Freunde, Gesinnungsgenossen und Kollegen Martows und Mirows ins Feld geführt wurden – und dann versichern sie dem Leser, das „Schema“ Larins und das der „Orthodoxen“ seien gleich.

Das ist nicht nur ein Musterbeispiel literatenhafter Einstellung zur Politik (denn Politik erfordert fest umrissene, direkte Antworten, während die Literaten sich häufig auf das Drumherumreden beschränken), es ist ein Musterbeispiel für die Herabwürdigung der Literatur zu Bureninmethoden.

Nach Anführung der oben zitierten Worte Larins, „hat sich . . . nichts geändert usw., dann bleibt nur übrig, gegen die Liquidatoren zu kämpfen“, antwortet ihm Martow:

„Wir haben bisher geglaubt, daß unsere Aufgaben durch die soziale Struktur der Gesellschaft, in der wir wirken, bestimmt werden, und die Formen unseres Handelns erstens durch diese Aufgaben und zweitens *durch die politischen Bedingungen* bestimmt werden. Der soziale Charakter der Staatsmacht steht daher in keiner *unmittelbaren*“ (hervorgehoben von Martow) „Beziehung zu der Bestimmung unserer Aufgaben und der Formen unseres Handelns.“

Das ist keine Antwort, sondern eine hohle, ausweichende Phrase. Martow versucht wiederum, die Frage zu verwirren, den Streit auf ein Gebiet zu verlegen, auf dem er nicht ausgetragen wird. Es geht nicht darum, ob der soziale Charakter der Staatsmacht mit den Aufgaben und Formen des Handelns *unmittelbar* oder *mittelbar* zusammenhängt. Mag dieser Zusammenhang *mittelbar* sein – die Sache ändert sich dadurch in keiner Weise, wenn einmal der enge und unlösbare Zusammenhang anerkannt wird. Und gegen die Anerkennung eines engen und unlösbaren Zusammenhanges wagt Martow *kein Wort* einzuwenden. Sein Hinweis auf die

„politischen Verhältnisse“ heißt dem Leser Sand in die Augen streuen. Den „sozialen Charakter der Staatsmacht“ den „politischen Bedingungen“ gegenüberstellen ist ebenso sinnlos, als wenn ich die von Menschen gefertigten Galoschen Gummischuhen gegenüberstellen wollte. Gummischuhe sind eben Galoschen. Und andere als von Menschen gefertigte Galoschen gibt es nicht. Der Charakter der Staatsmacht, das sind eben die politischen Bedingungen. Und einen anderen Charakter der Staatsmacht außer dem sozialen gibt es nicht.

Es ergibt sich, daß Martow drumherum „geredet“ hat und einer Antwort an Larin ausgewichen ist. Und ausgewichen ist er deshalb, weil er nichts zu antworten hat. Larin hat darin völlig recht, daß die Auffassung vom „sozialen Charakter der Staatsmacht“ (ihrem ökonomischen Charakter, wenn man exakter sein will) eng und unlösbar mit den Auffassungen von den „Aufgaben und Formen des Handelns“ zusammenhängt. Sowohl Larin als auch die „Orthodoxen“ haben diesen Zusammenhang erkannt und dargelegt. Bei Martow (und seinen Domestiken) fehlt der Zusammenhang in den Auffassungen. Martow ist daher gezwungen, sich mit Hilfe von „Gummischuhen“ herauszuwinden und herauszureden.

Man höre weiter:

„Mehr oder minder deutlich schimmerte bei diesen Menschewiki“ (Martow beruft sich, als Beispiel, auf Kogan im „Obrasowanije“ [Die Bildung], 1907) „der Gedanke eines allmählichen, sozusagen organischen ‚Hineinwachsens‘ der Arbeiterklasse in jenes ‚gesetzliche Land‘* durch, das Ansätze eines konstitutionellen Regimes erhalten hat: der Gedanke einer allmählichen Ausdehnung der Privilegien, die die Bourgeoisie“ (und nicht die „Plutokratie“? wie?) „durch den 3. Juni erhalten hat, auf breite Kreise der Demokratie. Wäre das

* Vielleicht ist dieser Gallizismus, der mir höchst unpassend zu sein scheint, nicht allen Lesern verständlich. „Gesetzliches Land“, das ist die wörtliche Übersetzung des französischen Ausdrucks *pays légal*, worunter man jene Klassen oder Gruppen, jene Bevölkerungsschichten versteht, die im Parlament eine Vertretung haben und zum Unterschied von der Masse des Volkes verfassungsmäßige Privilegien genießen. Das ist übrigens kennzeichnend für die Bewertung der Schwankungen Martows: Er will nicht zugeben, daß Rußland in den Jahren 1908–1910 „noch einen Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“ gemacht habe, aber er gibt zu, daß die „Bourgeoisie“ (und nicht die „Plutokratie“) am 3. Juni 1907 „Ansätze eines konstitutionellen Regimes erhalten hat“. Da kenne sich einer aus!

die tatsächliche prinzipielle Grundlage des heutigen ‚Liquidatorentums‘ in Anführungsstrichen oder des heutigen ‚Legalismus‘, dann hätten wir eine tatsächliche Liquidierung unserer Traditionen, einen tatsächlichen, zum Prinzip erhobenen Legalismus, einen prinzipiellen Bruch mit unserer ganzen Vergangenheit vor uns. Ein solches Liquidatorentum müßten wir ernstlich bekämpfen . . . Sollte es uns etwa beschieden sein, Reformisten kennenzulernen, die in ein erneuertes Tolmatschowregime *hineinrutschen*?“ Und zu dieser Stelle eine Anmerkung Martows: „Larin verdächtige ich selbstverständlich“ (!!) „nicht reformistischer Tendenzen.“

Wir brauchten dieses lange Zitat, um dem Leser Martows „Manier“ in aller Anschaulichkeit zu zeigen. Er gibt zu, daß bei Kogan (einem Menschewik, der zusammen mit Martow systematisch an verantwortungsvollen „Werken“ mitarbeitet) der Reformismus „mehr oder minder deutlich durchschimmert“. Er gibt zu, daß es „ein Bruch mit der Vergangenheit“ sein würde, *wenn* der Reformismus die prinzipielle Grundlage des Liquidatorentums bildete. Er schleudert eine tönende, marktschreierische, effektvolle Phrase gegen die „Reformisten, die hineinrutschen“ usw. Und er schließt . . . was denken Sie, womit? – mit der Versicherung, daß er Larin *selbstverständlich* reformistischer „Tendenzen“ „nicht verdächtig“ !!

Das ist haargenau die Sprache eines Eduard Bernstein, eines Jean Jaurès oder eines Ramsay MacDonald. Sie alle „geben zu“, daß bei gewissen „Extremisten“ . . . etwas Schlechtes, Reformismus, Liberalismus „durchschimmert“. Sie alle geben zu, daß es ein „Bruch mit der Vergangenheit“ sein würde, *wenn* der Liberalismus die „prinzipielle Grundlage“ *ihrer* Politik wäre. Sie alle schleudern tönende, marktschreierische, effektvolle Phrasen gegen die „Liberalen, die sich anbieten“, usw. Und sie alle schließen . . . mit der Versicherung, daß sie die Larin . . . Verzeihung, ihre aufrichtigeren, weiter „rechts“ stehenden Genossen, Gesinnungsgefährten, Freunde, Kollegen, Mitarbeiter, bürgerlich-liberaler Tendenzen „nicht verdächtigen“.

Das ist ja eben der Witz, daß Larin in den zitierten Artikeln ein „System“ von Ansichten des unzweifelhaftesten, waschechtesten Reformismus dargelegt hat! Das leugnen heißt gegen offenkundige Tatsachen vorgehen, heißt dem Begriff Reformismus jeden Sinn nehmen. Wenn ihr aber Larin „widerlegen“, den „prinzipiellen“ Reformismus „verurteilen“, tönende Phrasen gegen die „Hineinrutschenden“ schleudern und gleich-

zeitig unentwegt versichern werdet, daß ihr Larin des Reformismus „nicht verdächtig“, so entlarvt ihr euch dadurch selbst ganz und gar. Dadurch beweist ihr ja ganz und gar, daß für euch die Berufung auf eure „prinzipielle“ Feindschaft gegenüber dem „prinzipiellen Reformismus“ dasselbe ist wie der Schwur des Trödlers, mit dem er seine Beteuerungen begleitet: „Glauben Sie mir, Gott ist mein Zeuge, mich selbst kostet die Ware mehr.“

Glaubt mir, Gott ist mein Zeuge: den prinzipiellen Reformismus verurteile ich, aber Larin „verdächtige“ ich des Reformismus nicht (ein abscheuliches Volk sind wahrhaftig diese *mißtrauischen* Orthodoxen!), und in der liquidatorischen Praxis bin ich mit Larin völlig einig.

Solcherart ist die „erweiterte Formel“ des heutigen Opportunismus in Rußland.

Hier die Anwendung dieser Formel durch Martow selbst, den naive (oder die Tiefe der neuen Umgruppierung nicht begreifende) Leute bis auf den heutigen Tag für einen „unverkennbaren“ Nichtliquidator halten:

„Die Taktik, die sich in der Tätigkeit der sogenannten ‚Liquidatoren‘ anbahnt“, schreibt Martow auf Seite 9/10, „ist eine ‚Taktik‘, die die offene Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt stellt, sie nach allen möglichen Richtungen zu erweitern bestrebt ist und *innerhalb*“ (hervorgehoben von Martow) „dieser offenen Arbeiterbewegung – und nur dort“ (wohlgemerkt: und nur dort!) „die Elemente zur Wiederherstellung der Existenz der Partei sucht.“

Das sagt L. Martow. Und das ist eben Reformismus, der in das erneuerte Tolmatschowregime *hineinrutscht*. Das hervorgehobene „hineinrutscht“ habe ich demselben Martow entlehnt, denn wichtig ist, daß er, Martow, in den soeben zitierten Worten in *Wirklichkeit gerade* das Hineinrutschen predigt. Wieviel Eide und Absagen an den „prinzipiellen Reformismus“ man neben einer solchen Predigt auch leisten mag, an der *Sache* selbst ändert sich dadurch nichts. Wenn Martow sagt: „und nur dort“, wenn er sagt: „in den Mittelpunkt“, so verfolgt er in Wirklichkeit eben eine reformistische Linie (in der besonderen Situation des Rußlands der Jahre 1908–1910), den Beteuerungen, Versprechungen, Versicherungen und Eiden aber mögen politische Säuglinge glauben.

„... Die Streitigkeiten zwischen Marx und Willich-Schapper zu Beginn der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts drehten sich gerade (!!) um die Frage nach der Bedeutung von Geheimgesellschaften und um die Möglichkeit,

aus ihnen heraus den politischen Kampf zu führen . . . Die Blanquisten (im Frankreich der sechziger Jahre) ‚bereiteten sich‘ auf diese Ereignisse (den Zusammenbruch des Bonapartismus) ‚vor‘, indem sie Geheimgesellschaften schufen und in ihnen die Arbeiter völlig voneinander abkapselten; die französische Sektion der Marxisten dagegen . . . ging in die Arbeiterorganisationen, gründete solche, ‚kämpfte um die Legalität‘ mit allen Mitteln . . .“

Gerade danebengeraten, mit dem einen wie mit dem anderen Beispiel. Der Streit zwischen Marx und Willich in den fünfziger Jahren, zwischen den Blanquisten und den Marxisten in den sechziger Jahren ging *durchaus nicht darum*, ob „nur“ in „friedlichen, geduldeten“ (Martow in Nr. 1 der „Shisn“, S. 10) Organisationen die „Elemente zur Wiederherstellung der Existenz der Partei“ zu suchen seien. Martow weiß das sehr wohl und versucht vergeblich, die Leser irrezuführen. In *diesen* beiden Fällen ging der Streit *nicht* um die „Wiederherstellung“ der Arbeiterpartei, denn man konnte damals nicht um die Wiederherstellung von etwas streiten, was *bis dahin* überhaupt nicht existiert hatte. In beiden Fällen ging der Streit eben darum, ob überhaupt eine sich auf die Arbeiterbewegung stützende Arbeiterpartei, eine Klassenpartei notwendig sei. Gerade das verneinten sowohl Willich als auch die Blanquisten der sechziger Jahre, wie das Martow ausgezeichnet weiß, der sich vergeblich bemüht, durch Gerede über das, was jetzt unbestritten ist, das zu *verdecken*, was jetzt strittig ist. *Nicht nur* in den fünfziger und sechziger Jahren stand Marx *nie* auf dem Standpunkt, daß „nur“ in den friedlichen und geduldeten Organisationen die Elemente zur Wiederherstellung bzw. Herstellung der Existenz der Partei zu suchen seien, sondern *sogar am Ausgang der siebziger Jahre*, auf einer ungleich höheren Stufe der Entwicklung des Kapitalismus und der Entwicklung der bürgerlichen Monarchie, haben Marx und Engels einen *schonungslosen* Krieg gegen die deutschen Opportunisten eröffnet, die die jüngste Vergangenheit der deutschen „Parteiexistenz“ liquidierten, über „Extreme“ jammerten, von „zivilisierteren“ Formen der Bewegung redeten (von einer „Europäisierung“ in der Sprache der heutigen russischen Liquidatoren) und den Gedanken vertraten, daß „nur“ in den „friedlichen und geduldeten“ Organisationen die „Elemente der Wiederherstellung“ zu suchen seien usw.

„Ich resümiere“, schreibt Martow. „Für die theoretische Begründung und politische Rechtfertigung dessen, was augenblicklich die dem Marxismus treu

gebliebenen Menschewiki tun, genügt vollauf die Tatsache, daß das gegenwärtige Regime eine innerlich widerspruchsvolle Kombination von Absolutismus und Konstitutionalismus darstellt, und daß die russische Arbeiterklasse die Reife erlangt hat, um, ähnlich wie die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder des Westens, dieses Regime an der Achillesferse dieser Widersprüche zu packen."

Diese Worte Martows („genügt vollauf“) *genügen vollauf*, damit auch wir unser Resümee ziehen. Martow findet „vollauf genügend“ das, was die Kadetten wie auch ein Teil der Oktobristen anerkennen. Gerade die „Retsch“ hat im Januar 1911 die Frage so gestellt, wie Martow im August 1910 sie zu stellen empfahl: widerspruchsvolle Kombination von Konstitutionalismus und Antikonstitutionalismus; zwei Lager – für die Konstitution und gegen sie. Für Martow „genügt vollauf“, was für die „Retsch“ *vollauf genügt*. Von Marxismus ist hier keine *Spur*. Der Marxismus hat sich hier gänzlich verflüchtigt und ist durch Liberalismus ersetzt worden. Für einen Marxisten „genügt es“ *unter keinen Umständen*, daß wir eine „widerspruchsvolle Kombination“ haben. Der Marxismus beginnt erst dort, wo man zu erkennen, zu verstehen beginnt, daß diese Wahrheit nicht genügt, daß sie einen Löffel Wahrheit und ein Faß Unwahrheit enthält, daß sie die Tiefe der Widersprüche vertuscht, die Wirklichkeit beschönigt und die einzig möglichen Mittel für einen Ausweg aus der Lage ablehnt.

Eine „widerspruchsvolle Kombination“ des alten Regimes mit dem Konstitutionalismus gibt es nicht nur im heutigen Rußland, sondern auch im heutigen Deutschland, ja sogar im heutigen England (das Haus der Lords, die Unabhängigkeit der Krone von den Volksvertretern in Sachen der Außenpolitik usw.). Es fragt sich, welche Stellung *real* (d. h. unabhängig von frommen Wünschen und wohlgemeinten Reden) jener Politiker einnimmt, der da erklärt, daß es für den Russen „vollauf genügt“, das anzuerkennen, was sowohl in bezug auf Deutschland als auch auf England richtig ist. Ein solcher Politiker bezieht *real* die Stellung eines *Liberalen*, eines Kadetten. Selbst ein einigermaßen konsequenter bürgerlicher Demokrat kann und wird bei uns keine solche Stellung beziehen. Das letzte *Wort* Martows, seine abschließende, die gesamte Diskussion unter den Liquidatoren zusammenfassende *Formel* bringt mit bemerkenswerter Genauigkeit, mit erstaunlicher Klarheit und erschöpfender Vollständigkeit

liberale Anschauungen zum Ausdruck, die unter scheinbar marxistischer Flagge eingeschuggelt werden.

Wenn die Liberalen – und nicht nur die Kadetten, sondern auch ein Teil der Oktobristen – erklären: für die theoretische Begründung und die politische Rechtfertigung unserer Tätigkeit *genügt es vollauf*, die innerlich widerspruchsvolle Kombination des alten Regimes mit dem Konstitutionalismus anzuerkennen, so bleiben sich die Liberalen durchaus treu. Sie geben mit diesen Worten tatsächlich eine exakte liberale Formel, die Formel der liberalen Politik von 1908 bis 1910 (wenn nicht von 1906 bis 1910). Der Marxist aber offenbart seinen Marxismus nur dann und insoweit, als er die *Unzulänglichkeit und Verlogenheit* dieser Formel klarstellt, die jenes Spezifikum beseitigt, das die russischen „Widersprüche“ von den englischen und deutschen prinzipiell, radikal unterscheidet. „Es genügt vollauf anzuerkennen, daß bei uns sehr vieles zum Konstitutionalismus in Widerspruch steht“, sagt der Liberale. „Das anzuerkennen ist völlig ungenügend“, entgegnet der Marxist. „Es gilt zu erkennen, daß die *elementare, grundlegende, kardinale, wesentliche, notwendige Basis für den ‚Konstitutionalismus‘ überhaupt fehlt*. Der Grundfehler des Liberalismus besteht gerade in der Anerkennung, daß es eine solche Basis gebe, während sie nicht existiert, und dieser Fehler erklärt die Ohnmacht des Liberalismus und erklärt sich aus der Ohnmacht der bürgerlichen Schöngesteier.“

Übersetzt man diese politische Antinomie in die Sprache der Ökonomie, so kann man sie wie folgt formulieren. Der Liberale ist der Auffassung, der Weg der ökonomischen (kapitalistischen) Entwicklung sei schon gegeben, bestimmt, abgeschlossen, es handle sich um das Wegräumen von Hindernissen, Widersprüchen von *diesem* Wege. Der Marxist ist der Auffassung, daß dieser gegebene Weg der kapitalistischen Entwicklung bis jetzt nicht aus der Sackgasse herausführt, *ungeachtet* solcher unzweifelhaften bürgerlichen Fortschritte der ökonomischen Evolution wie des 9. November 1906 (oder des 14. VI. 1910), der III. Duma u. a. m., und daß es einen *anderen* Weg einer *gleichfalls* kapitalistischen Entwicklung gibt, einen Weg, der auf eine breite Heerstraße hinauszuführen vermag, einen Weg, auf den man hinweisen muß, den man erläutern, vorbereiten, verfechten, bahnen muß, *ungeachtet* aller Schwankungen, trotz aller Kleingläubigkeit und Verzagtheit des Liberalismus.

Martow polemisiert gegen Larin in einer Weise, als stände er viel

weiter „links“ als Larin. Und viele naive Leute lassen sich täuschen und sagen: Gewiß, die Potressow, Lewizki, Larin sind Liquidatoren, gewiß, sie stehen auf dem äußersten rechten Flügel, sind vom Schlage, nun, unserer Rouanet, aber Martow, nein, Martow ist kein Liquidator! In Wirklichkeit jedoch sind die effektvollen Phrasen Martows gegen Larin, gegen die hineinrutschenden Reformatoren nur ein Ablenkungsmanöver, denn in seiner *Schlußfolgerung*, in seinen letzten Worten, in seinem Resümee bekräftigt Martow gerade das von Larin Gesagte. Martow steht keinesfalls „weiter links“ als Larin, er ist lediglich diplomatischer, prinzipienloser als Larin, verbirgt sich schlauer hinter den bunten Fetzen angeblich „marxistischer“ Redensarten. Martows Folgerung: „es genügt vollauf“, die widerspruchsvolle Kombination anzuerkennen, ist eben jene *Bestätigung* des Liquidatorentums (und des Liberalismus), die Larin braucht. Aber Larin will diese Schlußfolgerung rechtfertigen, beweisen, bis zu Ende durchdenken, sie zu einer prinzipiellen machen. Und Martow erklärt Larin, wie Vollmar, Auer und die anderen „alten Füchse“ des Opportunismus dem jungen Opportunisten Eduard Bernstein erklärten: „Lieber Larin . . . will sagen, lieber Ede – du bist ein Esel! So etwas tut man, aber so etwas sagt man nicht.“ „Lieber Larin, für uns beide ‚genügt vollauf‘ die liquidatorische Praxis, ‚genügt vollauf‘ die liberale Anerkennung des Widerspruchs zwischen dem alten Regime und dem Konstitutionalismus, aber gehen Sie, um Gottes willen, nicht weiter, ‚vertiefen‘ Sie nicht, suchen Sie nicht prinzipielle Klarheit und Integrität, konstruieren Sie keine Einschätzung der ‚gegenwärtigen Lage‘, denn das entlarvt uns beide. Wir werden es tun, aber nicht darüber sprechen.“

Martow lehrt Larin, Opportunist zu sein.

Man kann nicht zwischen zwei Stühlen sitzen – sagt Larin zu Martow und fordert eine prinzipielle Erläuterung und Rechtfertigung des ihnen beiden so teuren Liquidatorentums.

– Nun, was sind Sie dann für ein Opportunist, antwortet Martow, wenn Sie zwischen zwei Stühlen nicht zu sitzen verstehen? Was sind Sie dann für ein Opportunist, wenn Sie nach einer genauen, direkten und klaren prinzipiellen Rechtfertigung der Praxis streben? Ein richtiger Opportunist muß eben zwischen zwei Stühlen sitzen, muß eben die „Taktik als Prozeß“ verfechten (denken Sie zurück an Martynow und Kritschewski aus der Zeit von 1901), er muß mit dem Strom schwimmen, die Spuren ver-

wischen, allem Prinzipiellen ausweichen. Versteht doch Bernstein nunmehr (nach den Lektionen der Vollmar, Auer usw.) Revisionist zu sein, *ohne* irgendwelche Änderungen an der *orthodoxen* Erfurter profession de foi⁶¹ vorzuschlagen. Wir beide müssen es auch verstehen, Liquidatoren zu sein, *ohne* irgendwelche Änderungen an der in aller Form gegebenen *orthodoxen* Antwort (des Jahres 1908) auf die „verfluchten Fragen“ der gegenwärtigen Lage vorzuschlagen.⁶² Um ein richtiger Opportunist zu sein, mein lieber und werter Larin, muß man in Wirklichkeit, in der eigenen Praxis, im Charakter seiner Arbeit *hineinrutschen*, in Worten dagegen, vor dem Publikum, in Reden, in der Presse darf man nicht nur keine Theorien suchen, die das *Hineinrutschen* rechtfertigen, sondern muß im Gegenteil möglichst laut gegen die Hineinrutschenden wettern, möglichst eifrig beteuern und schwören, daß wir nicht zu ihnen gehören.

Larin ist still geworden. Im Innern seines Herzens mußte er wahrscheinlich zugeben, daß Martow ein geschickterer Diplomat, ein raffinierterer Opportunist ist.

Es gilt, von noch einer anderen Seite die Martowsche Schlußformel zu untersuchen: es „genügt vollauf“, das Widerspruchsvolle der Kombination des alten Regimes mit dem Konstitutionalismus anzuerkennen. Man vergleiche diese Formel mit der *berühmten* Formel W. Lewizkis: „Nicht Hegemonie, sondern Klassenpartei“ („Nascha Sarja“ Nr. 7). In dieser Formel brachte Lewizki (der Larin der „Nascha Sarja“) nur direkter, aufrichtiger, prinzipieller das zum Ausdruck, was Potressow durch gespreizte Worte verwirrt, vertuscht, drapiert hatte, als er seinen Artikel *gegen* die Hegemonie unter dem Einfluß der Plechanowschen Ultimaten *korrigierte* und umarbeitete.

Martows Formel und Lewizkis Formel sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Es wird den Gegenstand des nächsten Aufsatzes bilden, diesen Umstand Martow auseinanderzusetzen, der so tut, als verstehe er nicht den Zusammenhang zwischen der Idee der Hegemonie und der Frage des Liquidatorentums.

PS. Dieser Artikel war schon in Satz gegeben, als wir Nr. 2 des „Delo Shisni“ mit dem Schluß des Artikels von J. Larin: „Rechtsam – kehrt!“ erhielten. Der Reformismus, dessen L. Martow J. Larin „selbstverständ-

lich nicht verdächtigt", wird von Larin mit derselben Klarheit wie früher in der neuen Liquidatorenzeitschrift dargelegt. Wir beschränken uns vorläufig darauf, das Kernstück des reformistischen Programms anzuführen:

„Einen Zustand der Ratlosigkeit und der Ungewißheit, wo die Menschen einfach nicht wissen, was sie vom morgigen Tag zu erwarten haben, welche Aufgaben sie sich stellen sollen – das eben bedeutet die ungewisse abwartende Stimmung, bedeuten die vagen Hoffnungen, sei es auf eine Wiederholung der Revolution, sei es darauf, daß ‚man dann schon sehen‘ werde. Die nächste Aufgabe besteht darin, nicht tatenlos auf bessere Zeiten zu warten, sondern weite Kreise mit der leitenden Idee zu durchdringen, daß sich die Arbeiterklasse in der angebrochenen neuen historischen Periode des russischen Lebens nicht ‚für die Revolution‘, nicht ‚in Erwartung der Revolution‘ zu organisieren hat, sondern eben einfach, um ihre besonderen Interessen auf allen Gebieten des Lebens standhaft und planmäßig zu verteidigen; um durch diese vielseitige und komplizierte Tätigkeit ihre Kräfte zu sammeln und zu schulen; um auf diese Weise das sozialistische Bewußtsein im allgemeinen zu erziehen und zu heben; um insbesondere imstande zu sein, sich zu orientieren (sich zurechtzufinden) – und seinen Mann zu stehen! – in den komplizierten Wechselbeziehungen der Gesellschaftsklassen bei der konstitutionellen Erneuerung Rußlands, die nach der ökonomisch unvermeidlichen Selbsterschöpfung der feudalen Reaktion bevorsteht.“ (S. 18.)

Diese Tirade bringt den ganzen Geist und den ganzen Sinn des Larinschen „Programms“ und aller liquidatorischen Schreibereien der „Nascha Sarja“, des „Wosroshdenije“, des „Delo Shismi“ usw., einschließlich des von uns „vollauf genügend“ analysierten Martow treffend zum Ausdruck. Diese Tirade ist der reinste und vollendetste Reformismus. Wir können jetzt nicht auf sie eingehen; wir können sie hier nicht so ausführlich analysieren, wie sie es verdient. Wir wollen uns daher nur auf eine kurze Bemerkung beschränken. Die linken Kadetten, die parteilosen Sozialisten, die kleinbürgerlichen Demokraten (von der Art der „Volkssozialisten“) und die Reformisten unter den Leuten, die Marxisten sein möchten, predigen den Arbeitern das Programm: Sammelt eure Kräfte, erzieht euch, lernt, verteidigt eben einfach eure Interessen, um bei der bevorstehenden konstitutionellen Erneuerung euren Mann zu stehen. Ein derartiges Programm beschneidet, beschränkt, kastriert die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse in den Jahren von 1908 bis 1911 ebenso, wie die „Ökonomen“ diese Aufgaben in den Jahren von 1896 bis 1901 kastrierten. Die

alten Ökonomen liebten es, sich selbst und die anderen betrogend, sich auf Belgien zu berufen (das Überwiegen des Reformismus bei den Belgiern haben kürzlich die vorzüglichen Arbeiten von de Man und de Brouckère klargelegt; wir werden auf diese Arbeiten noch zurückkommen). Die Neo-Ökonomen, d. h. die Liquidatoren, lieben es, sich darauf zu berufen, daß Osterreich im Jahre 1867 eine Verfassung auf friedlichem Wege erhalten hat. Die alten Ökonomen wie auch unsere Liquidatoren wählen solche Beispiele, Fälle und Episoden aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Demokratie in Europa, wo die Arbeiter aus diesen oder jenen Gründen schwach, ohne ausgeprägtes Klassenbewußtsein, von der Bourgeoisie abhängig waren – und stellen solche Beispiele als Vorbild für Rußland hin. Die Ökonomen wie die Liquidatoren sind Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.

„Mysl“ Nr. 4,

März 1911.

Unterschrift: W. J l i n.

Nach dem Text der „Mysl“.

POLEMISCHE NOTIZEN

In Nr. 2 der „Nascha Sarja“ formuliert Herr B. Bogdanow in dem Artikel: „Die Ergebnisse eines Handwerkerkongresses“ seine Schlußfolgerungen folgendermaßen:

„Das Bestreben, mit der alten Illegalität zu brechen und das Gebiet wirklich offener gesellschaftlicher und politischer Tätigkeit zu betreten – das eben ist das Neue, was auch die jüngste Etappe unserer Arbeiterbewegung charakterisiert.“ (S. 73.) „In dem Augenblick, da die Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens sich zuspitzen, am Vorabend der Nachwahlen in Moskau, der allgemeinen Wahlen zur IV. Reichsduma, macht sich der fehlende Einfluß des politisch organisierten Teils des Proletariats besonders stark bemerkbar. Die ganze Arbeit, die in den letzten Jahren von den organisierten Arbeitern geleistet wurde, ist auf die Wiederherstellung dieser selbständigen politischen Kraft gerichtet. Ob bewußt oder unwillkürlich – jedoch alle an dieser Bewegung Mitwirkenden werden zu Agenten der wiedererstehenden Partei des Proletariats. Und die Aufgabe seines organisierten Teils besteht nicht so sehr darin, diese Bewegung zu forcieren, sie vorzeitig zu formen und zu fixieren, als vielmehr darin, auf die Entfaltung dieser Bewegung hinzuwirken, ihr einen möglichst großen Schwung zu verleihen, indem möglichst breite Massen in sie einbezogen werden und mit der Untätigkeit der Illegalität, mit ihrem narkotisierenden Milieu energisch gebrochen wird.“ (S. 74/75.)

Bisher begegneten wir solchem Gezeter über das „narkotisierende“ Milieu und ähnlichen hysterischen Lamentationen und Appellen, damit „zu brechen“, nur in Zeitungen vom Typ des „Nowoje Wremja“ und höchstens noch in dem Geschreibsel erbitterter Renegaten aus dem Lager des Liberalismus vom Schlage des Herrn Struve und Co. Bisher hielt sich die einigermaßen anständige, ehrliche politische Presse an die Regel: keine Angriffe von einer bestimmten Tribüne herab auf etwas zu unternehmen,

was nicht von derselben Tribüne herab verteidigt werden kann. Die Liquidatorenkumpanei, zu der die Herren B. Bogdanow, Lewizki, Potressow usw. gehören, „überwindet“ schon seit länger als einem Jahr mit Erfolg dieses veraltete demokratische Vorurteil und wählt für ihre Appelle, „energisch zu brechen“ usw., systematisch gerade solche und nur solche Tribünen, wo den Liquidatoren in der gegebenen Frage das Monopol gesichert ist. Es bleibt uns nur übrig, diesen von ihnen „monopolisierten“ Krieg gegen das „narkotisierende Milieu“ zu registrieren und die Krieger – an den Pranger zu stellen.

Die Herren B. Bogdanow, Lewizki und Potressow begehen eine Unterstellung, wenn sie auf das Bestreben der Arbeiter, offen aufzutreten, hinweisen und daraus *ihren* Schluß ziehen, die Arbeiter seien bestrebt, mit dem „narkotisierenden Milieu“ zu brechen. Die Unterstellung ist darauf berechnet, daß wir, die Gegner des Liquidatorentums, nicht die Möglichkeit haben, Tatsachen anzuführen, die diesen Herren B. Bogdanow wohlbekannt sind und die von der *Empörung* zeugen, mit der sich die Arbeiter auf verschiedenen Kongressen offen *gegen* die *Intellektuellen* wenden, die mit dem Vorschlag kommen, „zu brechen“. Anfang 1911 erstreben die Arbeiter – zu ihrer großen Ehre sei es gesagt – ebenso energisch die offene politische Betätigung, wie sie sie z. B. Anfang 1905 erstrebten, aber weder damals noch jetzt lehnten sich die Arbeiter gegen das „narkotisierende Milieu“ auf, sie wollten und wollen nicht mit ihm „brechen“. Von einem Bestreben, „energisch zu brechen“, wird man mit Recht nur als vom Bestreben der Intellektuellen, die zu Renegaten geworden sind, sprechen können.

In der Tat, mag der Leser sich in die folgende Tatsache recht gut hinein-denken. Eine Gruppe von Literaten redet – besonders seit Januar 1910 – intensiv von dem „Bestreben, mit dem Alten zu brechen“ und „das Gebiet wirklich offener politischer Tätigkeit zu betreten“. Diese Gruppe ließ allein in der genannten Zeitspanne über 20 Nummern *eigener* Zeitschriften erscheinen („Nascha Sarja“, „Wosroshdenije“, „Shisn“, „Delo Shisni“), gar nicht zu reden von den einzelnen Büchern, Broschüren und Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen, die keinen spezifisch liquidatorischen Charakter tragen. Es fragt sich, wie es denn geschehen konnte, daß die Literaten, die so eifrig auf publizistischem Gebiet tätig waren und die so überzeugt von der Notwendigkeit reden, „energisch mit dem Alten zu

brechen“ und „das Gebiet wirklich offener politischer Tätigkeit zu betreten“, selbst, als Gruppe, sich bisher nicht entschließen konnten, nicht den Mut gehabt haben, mit dem „Alten“ „energisch zu brechen“ und mit einem Programm, einer Plattform, einer Taktik, welche mit dem „narkotisierenden Milieu“ „energisch brechen“, „das Gebiet wirklich offener politischer Tätigkeit zu betreten“??

Was ist das für eine Komödie? Was ist das für eine Heuchelei? Von der „Wiederherstellung der politischen Kraft“ reden, dabei gegen das „narkotisierende Milieu“ wettern, den Bruch mit dem Alten fordern, eine „wirklich offene politische Tätigkeit“ propagieren – und zu gleicher Zeit kein Programm, keine Plattform, keine Taktik, keine Organisation an die Stelle dieses Alten setzen! Weshalb besitzen unsere Legalisten, die Marxisten sein möchten, nicht einmal so viel politische Ehrlichkeit, wie sie die Herren Peschechonow und die übrigen Publizisten des „Russkoje Bogatstwo“⁶³ haben, die schon viel früher (ab 1905/1906) über das Thema des narkotisierenden Milieus und der Notwendigkeit, „das Gebiet wirklich offener politischer Tätigkeit zu betreten“, zu reden anfangen und die so handelten, wie sie redeten, die wirklich „mit dem Alten energisch brachen“, die wirklich mit einem „offenen“ Programm, einer „offenen“ Plattform, Taktik und Organisation auftraten?

In der Politik ist Ehrlichkeit Resultat der Stärke, Heuchelei Resultat der Schwäche. Die Herren Peschechonow und Co. sind unter den Volkstümlern stark, und darum treten sie wirklich „offen“ auf. Die Herren B. Bogdanow, Lewizki, Potressow und Co. sind unter den Marxisten schwach, sie stoßen auf Schritt und Tritt auf den Widerstand der klassenbewußten Arbeiter, und darum heucheln sie, verstecken sich und wagen es nicht, offen aufzutreten mit einem Programm und einer Taktik der „wirklich offenen politischen Tätigkeit“.

Die Herren Peschechonow und Co. sind unter den Volkstümlern so stark, daß sie ihre Ware unter ihrer eigenen Flagge führen. Die Herren B. Bogdanow, Lewizki, Potressow und Martow sind unter den Marxisten so schwach, daß sie gezwungen sind, ihre Ware unter fremder Flagge durchzuschuggeln. In dem Intellektuellenblättchen („Nascha Sarja“) sind sie tapfer und schreien: Es gibt keine „Hierarchie“, „energisch mit dem Alten brechen“, „das Gebiet der wirklich offenen politischen Tätigkeit betreten“. Vor den Arbeitern aber, da kneift unser Liquidator.

Den Arbeitern gegenüber handeln unsere Helden, die begeistert die „offene politische Tätigkeit“ verehren, *keinesfalls offen*, sie schlagen *kein* offenes Programm, *keine* offene Taktik und Organisation vor. Daher die weise Diplomatie des Herrn B. Bogdanow, der „das Fazit“ eines Handwerkerkongresses zieht und den Rat gibt, die Bewegung zu einer wirklich offenen politischen Tätigkeit „nicht zu forcieren“, sie nicht „vorzeitig zu formen“. Es sieht so aus, als habe Herr B. Bogdanow versucht, seine liquidatorischen Pläne vor den Arbeitern zu *formen*, habe sich aber dabei die Finger verbrannt. Der zum Renegaten gewordene Intellektuelle bekam eine Abfuhr von Arbeitern, die auch in ihren Fehlern direkter auftreten und eine direkte Antwort verlangen („Mit dem Alten brechen? Also offen und ehrlich heraus mit eurem Neuen!“). Und Herr B. Bogdanow tröstet sich wie der Fuchs in der Krylowschen Fabel damit, daß die Trauben sauer seien! Man darf nicht vorzeitig die Form festlegen, mit dem Alten soll man brechen, aber so brechen, daß man unter den Arbeitern die Fahne dieses Alten schwenken kann – mit dem Neuen soll man sich nicht beeilen.

Man wird sagen: das heißt zwischen zwei Stühlen sitzen. Aber darin besteht gerade das Wesen jeglichen Opportunismus. Darin offenbart sich ja gerade die Natur des heutigen bürgerlichen Intellektuellen, der sich als Marxist *aufspielt*. Herr Struve spielte sich in den Jahren 1894–1898 als Marxist auf. Die Herren B. Bogdanow, Lewizki und Potressow spielen sich in den Jahren 1908–1911 als Marxisten auf. Die „Ökonomen“ jener Zeit und die Liquidatoren unserer Tage sind die Schrittmacher des gleichen bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.

„Mysl“ Nr. 4,
März 1911.

Nach dem Text der „Mysl“.

ÜBER DIE BEDEUTUNG DER KRISE

Die ominöse politische und Regierungskrise, von der die Zeitungen so viel geschrieben und schreiben, wirft tiefere Fragen auf, als die am lautesten sich gebärdenden Liberalen glauben. Man sagt: Die Krise wirft die Frage des Verfassungsbruchs auf. In Wirklichkeit aber wirft die Krise die Frage der falschen Vorstellung der Oktobristen und der Kadetten von der Verfassung auf, die Frage des fundamentalen Irrtums beider Parteien in dieser Hinsicht. Je mehr dieser Irrtum um sich greift, desto beharrlicher muß man ihn aufklären. Je mehr die Kadetten sich bemühen, unter dem Deckmantel ihrer Anschuldigungen gegen den Oktobristismus die den Oktobristen und den Kadetten gemeinsamen falschen Vorstellungen vom angeblich „konstitutionellen“ Charakter der Krise einzuschmuggeln, desto wichtiger ist es, diese jetzt zutage getretene Gemeinsamkeit aufzudecken.

Erinnern wir uns der jüngsten Betrachtungen der „Retsch“ und der „Russkije Wedomosti“ über die Losung zu den Wahlen in die IV. Duma. Für die Verfassung oder gegen sie – so wird die Frage stehen, so steht sie jetzt schon, beteuerten die beiden wichtigsten Organe der Kadetten.

Nunmehr betrachte man die Argumentation der Oktobristen. Da ist ein charakteristischer Artikel des Herrn Gromoboi im „Golos Moskwy“ (vom 30. März): „Ein aufgewühlter Ameisenhaufen“. Der oktobristische Publizist sucht die seiner Meinung nach ehrlichen Verteidiger des Herrn Stolypin, die „der Übergang zur Opposition erschreckt“, durch den Nachweis zu überzeugen, daß sie „falsche Schritte tun“. „Für Konstitutionalisten“, ruft Herr Gromoboi aus, „wiegt der Verfassungsbruch so schwer, daß nichts anderes ihn aufzuwiegen vermag.“ Was kann man grundsätzlich dazu sagen – fragt Herr Gromoboi und antwortet:

„Wieder die alte Platte, Nationalismus, Willensimpulse, Staatsnotwendigkeit? Wir haben all das leider schon gehört, haben auch Versprechungen gehört, die sich später nicht erfüllt haben.“

Stolypins Politik war für die Oktobristen (wie auch für die Schreiber von den „Wechi“, die den Geist des Kadettentums am tiefsten erfaßt und am prägnantesten ausgedrückt haben) eine verlockende „Versprechung“. Wie die Oktobristen zugeben, hat sich die „Versprechung“ nicht erfüllt.

Was bedeutet das?

In Wirklichkeit war die Politik Stolypins keine Versprechung, sondern die politische und ökonomische Realität der letzten vier (wenn nicht fünf) Jahre des russischen Lebens. Sowohl der 3. Juni 1907 als auch der 9. November 1906 (der 14. Juni 1910) sind keine Versprechungen, sondern Realitäten. Die im nationalen Maßstab organisierten adligen Vertreter der Großgrundbesitzer und der Spitzen des Handels- und Industriekapitals setzten diese Realität durch, verwirklichten sie. Und wenn jetzt das Sprachrohr des oktobristischen Moskauer (und folglich auch des gesamtrossischen) Kapitals erklärt: „nicht erfüllt“, so wird damit das Fazit eines bestimmten Abschnitts der politischen Geschichte gezogen, eines bestimmten Systems von Versuchen, die Forderungen der Epoche, die Forderungen der kapitalistischen Entwicklung Rußlands durch die III. Reichsduma, durch die Stolypinsche Agrarpolitik usw. zu „erfüllen“. Mit aller Gewissenhaftigkeit, mit allem Eifer, ohne das Leben, ohne sogar den Geldbeutel zu schonen, ließ das oktobristische Kapital diesen Versuchen seine Hilfe angedeihen, und jetzt ist es gezwungen zuzugeben: nicht erfüllt.

Es handelt sich also gar nicht um den Bruch von Versprechungen, um einen „Verfassungsbruch“ – denn es ist lächerlich, den 14. März 1911 vom 3. Juni 1907 zu trennen –, sondern um die Unerfüllbarkeit der Forderungen der Epoche durch das, was die Oktobristen und die Kadetten „Verfassung“ nennen.

Unerfüllbar sind diese Forderungen der Zeit durch die „Verfassung“, die den Kadetten die Mehrheit gab (I. und II. Duma), unerfüllbar durch die „Verfassung“, die die Partei der Oktobristen zur ausschlaggebenden Partei machte (III. Duma). Und wenn die Oktobristen jetzt erklären: „nicht erfüllt“, so besteht die Bedeutung dieses Eingeständnisses, die Bedeutung der Krise, die dieses Eingeständnis erzwungen hat, in dem gründ-

lichen, wiederholten, endgültigen Zusammenbruch der Verfassungsillusionen sowohl des Kadettismus als auch des Oktobristismus.

Die Demokratie hatte das Alte von seinem Platz gerückt. Die Kadetten, die die Demokratie wegen der „Exzesse“ tadelten, versprachen, das Neue durch eine friedliche „Verfassung“ zu realisieren. Das ist nicht erfüllt worden. Herr Stolypin begann das Neue in der Weise zu realisieren, daß durch die veränderten Formen das Alte konsolidiert, daß durch die Organisation der erzreaktionären Gutsbesitzer und der Kapitalmagnaten das Alte gestärkt, daß durch das private Grundeigentum an Stelle der Dorfgemeinde eine neue Schicht von Verteidigern des Alten geschaffen wurde. Lange Jahre hindurch verwandten die Oktobristen zusammen mit Herrn Stolypin viel Mühe auf diese Aufgabe, „unbedroht“ von der zeitweilig unterdrückten Demokratie.

Es ist nicht erfüllt worden.

In Erfüllung gegangen sind die Worte derjenigen, die davon gesprochen hatten, daß in solchen Perioden rascher und radikaler Veränderungen, wie es die Periode zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Rußland ist, Verfassungssillusionen eitel und schädlich sind.

Die drei Jahre der oktobristischen III. Duma, der oktobristischen „Verfassung“, des oktobristischen „friedlichen und liebevollen Zusammenlebens“ mit Stolypin gingen nicht spurlos vorüber: Die ökonomische Entwicklung des Landes schritt voran, die „rechten“ – alle möglichen „rechten“ – politischen Parteien entwickelten, entfalteten sich, zeigten, was sie konnten (und erschöpften sich).

Die Agrarpolitik der III. Duma hat in den meisten Dörfern und in den entlegenen Winkeln Rußlands *praktisch* gezeigt, was sie wert war; sie hat die Gärungen wieder zum Aufwallen gebracht, die Jahrhunderte hindurch stagniert hatten; sie hat die vorhandenen Widersprüche brutal aufgedeckt und zugespitzt, hat den Kulaken frech werden lassen und seinen Antipoden Aufklärung gebracht. Die III. Duma ist nicht spurlos vorübergegangen. Auch die ersten zwei Dumas, die so viele gute, unschuldige, ohnmächtige, fromme Wünsche brachten, sind nicht spurlos vorübergegangen. Unter der Hülle der „Verfassungskrise“ von 1911 hat sich das Fiasko der Verfassungssillusionen aus den Jahren 1906–1910 offenbart, das ungleich tiefer geht als je zuvor.

Die Kadetten und die Oktobristen stimmten dem Wesen der Sache nach

darin überein, daß sie diese Illusionen zur Grundlage ihrer Politik machten. Es waren das die Illusionen der liberalen Bourgeoisie, die Illusionen des Zentrums – der Unterschied zwischen dem „linken“ Zentrum (Kadetten) und dem „rechten“ Zentrum (Oktobristen) ist unwesentlich, da das eine wie das andere infolge objektiver Bedingungen zum Zusammenbruch verurteilt war. Das Alte ist verdrängt. Weder das linke noch das rechte Zentrum haben das Neue realisiert. Wer dieses unabwendbare, historisch unvermeidliche Neue verwirklichen wird und wie es verwirklicht werden wird – die Frage bleibt offen. Die Bedeutung der „Verfassungs“krise besteht darin, daß die Herren der Lage, die Oktobristen, diese Frage von neuem als „offen“ anerkannt haben, indem sie sogar unter ihre eigenen, scheinbar „soliden“, kaufmännisch soliden, händlerisch nüchternen, moskauisch bescheidenen Erwartungen schrieben: „Nicht erfüllt.“ Die Bedeutung der „Verfassungs“krise besteht darin, daß die ganze Borniertheit, die ganze Armseligkeit, die ganze Ohnmacht der von den Kadetten ausgegebenen Losung (wer für, wer gegen die Verfassung ist) in der Praxis der Herren Oktobristen zum Vorschein gekommen ist.

Die Demokratie beweist, wie mangelhaft diese Losung ist. Der Oktobristismus hat diese Beweise durch die Erfahrung noch eines Abschnitts der russischen Geschichte erhärtet. Es wird den Kadetten nicht gelingen, sie zurückzuzerren zu den früheren naiven Verfassungsimaginationen.

„Die orthodoxen Oktobristen“, schreibt Herr Gromoboi, „werden nervös, erklären ihren Austritt aus dem Büro und wissen nicht, was sie mit ihren Kollegen auf dem Gebiet des Konstitutionalismus anfangen sollen. Vergebliche Aufregung. Sie sollten ruhig sein in dem Bewußtsein, daß die Wahrheit auf ihrer Seite ist, und daß diese Wahrheit so elementar, so allgemein anerkannt ist, daß zu ihrer Verteidigung keine Kopernikus und keine Galilei erforderlich sind. Sie sollten ruhig ihre Arbeit tun, gesetzwidrige Handlungen für gesetzwidrig erklären und unbedingt, ohne sich auf irgendwelche Kompromisse einzulassen, das gesetzwidrige Gesetz ablehnen.“

Eine Illusion, Herr Gromoboi! Ohne die „Kopernikus und Galilei“ wird es nicht gehen. Bei Ihnen ist es „nicht erfüllt“, ohne diese wird es nicht gehen.

„Betrachtet man diesen ganzen aufgewühlten, wimmelnden Ameisenhaufen: die dienststiefre Presse, die dienststiefren Redner, die dienst-

eifrigen Abgeordneten" (fügen Sie noch hinzu, Herr Gromoboi: die diensteifrige, servile Bourgeoisie), „so kann man, aus menschlichem Erbarmen mit ihnen, sie nur bescheiden daran erinnern, daß man P. A. Stolypin nicht mehr dienen, sondern nur noch vor ihm liebbedienern kann.“

P. A. Stolypin ist jedoch keine Einzelperson, sondern ein Typ, er ist kein Einzelgänger, sondern er bildet ein „Gespann“ mit dem Rat des vereinigten Adels. Die Herren Oktobristen versuchten, zur Zeit der Duma, der „Verfassung“, der bürgerlichen Politik der Dorfgemeinde-Zerstörung à la Tolmatschow mit Stolypin auf eine neue Art und Weise auszukommen, und wenn dieser Versuch mißlungen ist, so liegt das keineswegs an Stolypin.

„Die ganze Stärke der Volksvertreter besteht ja in ihrer Verbindung mit dem Volk, aber wenn sie“ (die rechten Oktobristen) „allein durch die Tatsache einer solchen Unterstützung“ (der Unterstützung Stolypins und des Stolypinschen Verfassungsbruchs) „ihr ‚Gesicht‘ verlieren, was haben sie danach noch für einen Wert?“

Wie weit haben wir es doch gebracht! Die Oktobristen reden von der „Verbindung mit dem Volk“ als der „Stärke der Volksvertreter“! Das ist natürlich lächerlich! Aber es ist nicht lächerlicher als die Reden der Kadetten in der I. und der II. Duma über die „Verbindung mit dem Volk“ neben ihren Reden, sagen wir, gegen die örtlichen Bodenkomitees. Worte, die im Munde der Kadetten und der Oktobristen lächerlich wirken, sind an sich keineswegs lächerlich, sondern bedeutungsvoll. Sie sind immer wieder – gegen den Willen jener, die diese Worte jetzt gebrauchen – ein Ausdruck für den Zusammenbruch der Verfassungssillusionen als einer nützlichen Frucht der „Verfassungs“krise.

„Swesda“ Nr. 18,

16. April 1911.

Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“.

DER PARTEITAG DER ENGLISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

Das Osterfest (16. April) haben viele europäische sozialistische Parteien benutzt, um ihre Parteitage abzuhalten: so die französische, belgische, holländische (ihr opportunistischer Teil) und englische sozialdemokratische Partei sowie die englische „Unabhängige Arbeiterpartei“. Auf einige Fragen, die auf den Parteitagen der zwei letztgenannten Parteien behandelt worden sind, wollen wir die Aufmerksamkeit des Lesers lenken.

Der 31. der alljährlich stattfindenden Parteitage der englischen sozialdemokratischen Partei (SDP) trat in Coventry zusammen. Die Frage „Rüstungen und Außenpolitik“ war die interessanteste Frage. Bekanntlich rüsten sowohl England als auch Deutschland in den letzten Jahren außerordentlich intensiv. Die Konkurrenz dieser Länder auf dem Weltmarkt verschärft sich immer mehr. Der militärische Konflikt zieht immer drohender herauf. Die bürgerliche chauvinistische Presse beider Länder wirft in die Volksmassen Millionen und aber Millionen aufreizender Artikel, in denen gegen den „Feind“ gehetzt, über die unvermeidliche Gefahr der „deutschen Invasion“ bzw. des „englischen Überfalls“ gezetert, über die Notwendigkeit verstärkter Rüstungen geschrien wird. Die Sozialisten Englands und Deutschlands und ebenso Frankreichs (das England besonders gern in einen Krieg einbezöge, um auf dem Kontinent eine Landarmee gegen Deutschland zu haben) widmen dem drohenden Krieg viel Aufmerksamkeit, kämpfen mit aller Kraft gegen den bürgerlichen Chauvinismus und gegen die Rüstungen, suchen auf jede Weise den rückständigsten Schichten des Proletariats und des Kleinbürgertums klarzumachen, welches Elend der Krieg, der ausschließlich den Interessen der Bourgeoisie dient, mit sich bringen würde.

Eine traurige Ausnahme unter den Sozialisten bildeten gewisse namhafte Führer der englischen sozialdemokratischen Partei, unter ihnen Hyndman. Er hat sich vom Geschrei der bürgerlichen englischen Presse über die „deutsche Gefahr“ ins Bockshorn jagen lassen und sich dahin verstiegen zu behaupten, England müsse zur Verteidigung aufrüsten, England brauche eine starke Flotte, Wilhelm sei der Angreifer.

Freilich, eine Abfuhr, und zwar eine kräftige Abfuhr, ist Hyndman aus den Reihen der sozialdemokratischen Partei selbst erteilt worden. Eine ganze Anzahl lokaler Gruppen hat sich in ihren Resolutionen entschieden gegen ihn ausgesprochen.

Der Parteitag oder – um den englischen Ausdruck zu gebrauchen, der der russischen Bedeutung dieses Ausdrucks nicht entspricht – die „Konferenz“ in Coventry hatte die strittige Frage zu entscheiden. Einen jeden Chauvinismus entschieden ablehnenden Standpunkt vertrat die Resolution der Gruppe von Hackney (Bezirk im Nordosten Londons). Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, „Justice“, führt in seinem Bericht über den Parteitag nur den Schluß dieser (wie es sagt – „recht langen“) Resolution an, die einen entschiedenen Kampf gegen jegliche Steigerung der Rüstungen, gegen jegliche aggressive Kolonial- und Finanzpolitik fordert. Die Genossin Zelda Kahan, die diese Resolution begründete, betonte, daß gerade England in den letzten vierzig Jahren eine aggressive Politik betrieben habe, daß Deutschland bei einer Verwandlung Englands in eine Provinz Deutschlands nichts gewinnen würde und eine derartige Gefahr nicht bestehe. „Die englische Flotte ist zur Erhaltung des Imperiums da. Noch niemals hat die sozialdemokratische Partei einen so ernsten, so schweren Fehler begangen wie jetzt, wo man die Partei mit den Chauvinisten gleichsetzt, die mit dem Krieg schrecken; durch diesen Fehler“, führte Zelda Kahan aus, „haben sich die englischen Sozialdemokraten außerhalb der internationalen Bewegung gestellt.“

Zur Verteidigung Hyndmans trat das gesamte Zentralkomitee („Exekutivkomitee“) der Partei auf, darunter – mit Beschämung muß es gesagt werden – auch H. Quelch. Der von ihm eingebrachte „Abänderungsantrag“ besagte nicht mehr und nicht weniger als folgendes: „Gegenwärtig hält die Konferenz die Erhaltung einer der nationalen Verteidigung angemessenen (adäquaten) Flotte für das unmittelbare Ziel!“ Daneben werden natürlich auch all die „guten und alten Worte“ wiederholt – vom

Kampf gegen die imperialistische Politik und vom Krieg gegen den Kapitalismus usw. Doch dieses ganze Faß Honig ist freilich verdorben durch einen Löffel Teer: durch den Satz von der Notwendigkeit einer „angemessenen“ Flotte, einen Satz, der auf bürgerliche Art ausweichend ist und zugleich rein bürgerlichen, rein chauvinistischen Charakter trägt. Und das im Jahre 1911, wo das englische Marinebudget absolut klar die Tendenz offenbarte, ins Unermeßliche zu wachsen – und das in einem Lande, dessen Flotte das „Imperium“ „verteidigt und beschützt“, d. h. darunter auch Indien, wo eine Bevölkerung von fast 300 Millionen der Ausplünderung und gewaltsamen Unterdrückung durch die englische Bürokratie ausgeliefert ist, wo „aufgeklärte“ englische Staatsmänner vom Schlage des Liberalen und „Radikalen“ Morley die Landeseinwohner wegen politischer Verbrechen in die *Verbannung* schicken, sie wegen politischer Verbrechen *auspeitschen* lassen!

Mit welch kläglichen Sophismen Quelch operieren mußte, ist allein schon aus folgenden Stellen seiner Rede ersichtlich (nach dem Bericht in der „Justice“, der Hyndman verteidigt)! „Wenn wir die nationale Autonomie anerkennen, so müssen wir eine nationale Verteidigung haben, und diese Verteidigung muß angemessen sein, sonst ist sie nutzlos. Wir sind Feinde des Imperialismus, einerlei ob des englischen oder des deutschen; die kleinen Nationalitäten unter preußischer Herrschaft hassen den Despotismus Preußens, und die kleinen, von ihm bedrohten Nationen sehen auf die britische Flotte und die deutsche Sozialdemokratie als auf ihre einzige Hoffnung . . .“

So schnell gleiten Leute, die auf die schiefe Ebene des Opportunismus geraten sind, in die Tiefe! Die britische Flotte, mit deren Hilfe Indien (keine allzu „kleine“ Nationalität) geknechtet wird, wird *auf eine Stufe* mit der deutschen Sozialdemokratie als Verteidigerin der Völkerfreiheit gestellt . . . Z. Kahan hatte recht, als sie sagte, daß die englische Sozialdemokratie sich noch niemals so mit Schande bedeckt hat. Noch niemals hat sich ihr Sektierercharakter, den schon Engels vor langer Zeit angeprangert und verurteilt hat⁸⁶, so kraß offenbart wie in dieser *Leichtigkeit*, mit der sogar solche Leute wie Quelch in das Lager der Chauvinisten übergehen.

Bei der Abstimmung teilten sich die Stimmen in zwei gleiche Teile: 28 für das „Exekutivkomitee“ und 28 dagegen. Um ihren traurigen Sieg

zu erringen, mußten Hyndman und Quelch eine Abstimmung nach Gruppen vornehmen. Diese brachte ihnen 47 Stimmen gegen 33.

In der sozialdemokratischen Partei fanden sich Leute, die ihre Stimme zu einem entschiedenen Protest gegen den Chauvinismus in ihren Reihen erhoben, fand sich eine sehr starke Minderheit für einen ernsthaften Kampf. In der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ sieht es schlimmer aus: Dort ist der Opportunismus nichts Ungewöhnliches. Dort wird die Frage, ob Sozialisten und Arbeiter die Rüstungen unterstützen sollen, ganz ruhig in „Diskussions“artikeln des offiziellen Parteiorgans („The Labour Leader“ Nr. 16, 21. April 1911) erörtert.

Der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ hat mit Recht bemerkt, daß die beste Kritik an der Haltung der sozialdemokratischen Partei ein Artikel in der *ultrachauvinistischen* Zeitung „Daily Mail“ war, der die Weisheit der sozialdemokratischen Führer lobt. „Es ist erfreulich“, so beginnt der Artikel des englischen chauvinistischen Blattes, „es ist erfreulich zu sehen, daß, wie unsinnig gewisse Ideen der sozialdemokratischen Partei in unserem Lande, wie unmöglich gewisse ihrer Ideale auch sein mögen, es doch zumindest eine Frage von ernsthafter Bedeutung gibt, in der sich diese Partei von Vernunft und gesundem Menschenverstand leiten läßt.“

Eine wirklich erfreuliche Erscheinung auf dem Parteitag der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ in Birmingham war, daß aus ihren Reihen Stimmen des energischen und entschiedenen Protestes gegen die opportunistische Politik laut wurden, gegen die Politik der Abhängigkeit von den Liberalen, die von dieser Partei im allgemeinen und dem Parteiführer, Ramsay MacDonald, im besonderen betrieben wird. Als Antwort auf die Vorwürfe, die Arbeiterabgeordneten im Unterhaus redeten zu wenig vom Sozialismus, antwortete R. MacDonald mit unschuldiger opportunistischer Naivität, daß „Propagandareden“ im Parlament wenig angebracht seien. „Die große Funktion des Unterhauses besteht darin“, erklärte MacDonald, „den Sozialismus, den wir im Lande propagieren, in Gesetzgebung zu verwandeln.“ Den Unterschied zwischen bürgerlicher Sozialreform und Sozialismus hat der Redner vergessen! Er ist bereit, vom bürgerlichen Parlament den Sozialismus zu erwarten . . .

Leonard Hall wies in seiner Rede darauf hin, daß „1892 die Unabhängige Arbeiterpartei zu dem speziellen Zweck geschaffen wurde, die

Politik der ‚Labour Electoral League‘ (Arbeiterwahlliga), die einfach ein Flügel des Liberalismus war, zu diskreditieren, um gegen diese Politik zu kämpfen und sie zunichte zu machen. Wir haben den Leichnam beerdigt (nach Beseitigung dieser Liga), aber der Geist ist offenbar in der heutigen ‚Arbeiterpartei‘ wieder aufgelebt. Der Führer dieser Partei hat in seinen Reden, Briefen und Büchern gerade die Politik der Liga verfochten.“

Ein anderes Mitglied der ILP*, das Parlamentsmitglied George Lansbury, übte scharfe Kritik an der Politik der parlamentarischen „Arbeiter“-gruppe wegen ihrer Abhängigkeit von den Liberalen und wegen ihrer Furcht, der liberalen Regierung zu „schaden“. „Ich fühlte mich mehr als einmal“, erklärte Lansbury, „dermaßen beschämt durch das Verhalten der Arbeiterabgeordneten, daß ich daran dachte, das Mandat niederzulegen. Die Liberalen suchen die ganze Zeit der Parlamentsitzungen mit kleinen Fragen auszufüllen, und die Arbeiterabgeordneten verstehen nicht, sich Selbständigkeit zu erkämpfen.“ „Ich kenne keinen Fall“, meinte Lansbury, „wo Liberale sowie Tories nicht irgendeine ‚wichtige‘ Frage aufgeworfen hätten, um die Frage des Elends der Massen, die Frage der Armut zurückzustellen. Ich sitze im Unterhaus, und vor mir stehen die Gestalten der Arbeiter, der Männer und Frauen, die sich tagaus, tagein in den Elendsquartieren von Bow und Bromley“ (Londoner Bezirke im East-end, Armenviertel) „abgemüht haben, um mich ins Parlament zu entsenden. Sie arbeiteten für meine Wahl, weil sie meinten, daß ich anders sei als die Liberalen und Tories. Sie schickten mich, damit ich die Frage der Armut aufwerfe, der Armut und nochmals der Armut... Ich appelliere an euch“, wandte sich der Redner an den Parteitag, „im Unterhaus eine starke Partei zu bilden, eine Partei, der jede Nachgiebigkeit gegenüber den Liberalen und den Tories absolut fremd ist. Wir dürfen die Liberalen nicht mehr schonen als die Konservativen (Tories), wenn die Liberalen schlecht handeln. Die Arbeiter, die schufteten und darben, erwarten weder von den Liberalen noch von den Tories etwas; ihre einzige Hoffnung, ihre einzige Rettung, das sind ihre eigenen organisierten Anstrengungen... Es ist notwendig, daß wir den Arbeitern der Londoner Elendsquartiere zeigen, daß wir auch im Parlament dem treu bleiben, was wir außerhalb des Parlaments sagen, nämlich, daß die Liberalen und die

* Independent Labour Party – Unabhängige Arbeiterpartei. *Die Red.*

Tories Feinde des Volkes sind, daß der Sozialismus seine einzige Hoffnung ist.“

Lansburys Rede wurde wiederholt vom donnernden Beifall des Parteitags unterbrochen, der dem Redner am Schluß seiner Rede eine wahre Ovation bereitere. In Deutschland sind solche Reden gang und gäbe. In England sind sie etwas Neues. Und wenn solche Reden laut zu werden beginnen, wenn die Arbeiterdelegierten eines Parteitages der „Unabhängigen (leider sehr oft vom Sozialismus unabhängigen, von den Liberalen abhängigen) Arbeiterpartei“ solchen Reden Beifall spenden, dann sind wir zu der Schlußfolgerung berechtigt, daß der Geist des proletarischen Kampfes auch in England die Oberhand gewinnt über die Diplomatie der parlamentarischen Opportunisten vom Schlage MacDonalds. (Dieser MacDonald hat, in Parenthese gesagt, kürzlich den italienischen Reformisten, die bereit sind, in die bürgerliche Regierung einzutreten, den Ausdruck seiner vollen Sympathie und seiner Abneigung gegen die „trockene Theorie“ übermittelt.)

Die Reden von Hall, Lansbury u. a. haben die Politik der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ nicht geändert. MacDonald ist an der Spitze dieser Partei geblieben, und ihre Politik wird nach wie vor opportunistisch sein. Die bürgerlichen Einflüsse auf das Proletariat sind stark – besonders in den demokratischen Ländern. Doch diese Reden vergehen nicht spurlos, sie unterhöhlen den Einfluß der Bourgeoisie und der Opportunisten. Wenn die Engländer eine Tageszeitung gründen werden (daran denken ernsthaft beide Parteien), dann werden solche und nur solche Reden Eingang in Hirn und Herz der Arbeiterklasse finden. Die Liberalen aller Länder, auch Rußland einbegriffen, frohlocken und lachen jetzt, wenn sie die Vorherrschaft des Opportunismus in der englischen Arbeiterbewegung sehen. Aber – „wer zuletzt lacht, lacht am besten“.

„Swesda“ Nr. 18,
16. April 1911.

Unterschrift: W. I l j i n.

Nach dem Text der „Swesda“.

GESPRÄCH EINES LEGALISTEN
MIT EINEM GEGNER
DES LIQUIDATORENTUMS⁶⁵

Der Legalist: Es scheint mir, daß die außerordentliche Zuspitzung des Kampfes und der Diskussion mit den Liquidatoren in der sozialdemokratischen Presse die Leidenschaften zu sehr entfacht und das Wesen der Differenzen etwas verdunkelt hat.

Der Antiliquidator: Ist nicht das Gegenteil der Fall? Ist nicht die Verschärfung des Kampfes durch die Tiefe der ideologischen Differenzen hervorgerufen worden? Oder sind auch Sie in das Lager der „Schwankenden“ – anders ausgedrückt, der „Versöhnler“ – übergegangen, die die Kluft mit leeren Phrasen und großspurigen Banalitäten zu überbrücken suchen?

Der Legalist: O nein, ich bin durchaus nicht geneigt, zu „versöhnen“. Im Gegenteil. Meine Auffassung ist die, daß die Liquidatoren nicht bewußt genug und darum nicht entschlossen genug sind. Sie tappen immer noch umher, sie wachsen, wenn man sich so ausdrücken darf, spontan. Sie fürchten immer noch, ihre Gedanken zu Ende zu denken. Daher ihre Inkonsequenz, ihre Verworrenheit, ihr Schwanken, das von ihren Gegnern für Heuchelei, für ein Schwindelmanöver im Kampf gegen die illegale Partei usw. gehalten wird. Die Folge ist eine Rauferei, und das breite Publikum, dessentwegen der Streit geführt wird, begreift nicht mehr, worum es sich handelt. Hätten die Liquidatoren in ihren Reihen weniger gewiegte Diplomaten und mehr Glauben an sich selbst, so würden sie schneller den Beweis erbringen, daß sie im Recht sind, und Sie aufs Haupt schlagen.

Der Antiliquidator: Oh, wie schrecklich, aber ... es wäre interessant, Ihre Beweisführung zu hören.

Der Legalist: Die Liquidatoren haben meiner Überzeugung nach recht. Sie sollten den Spitznamen Legalisten, den man ihnen an den Kopf wirft, aufgreifen. Wir werden ihn aufgreifen und werden zeigen, daß gerade die Legalisten die vom Standpunkt des Marxismus einzig richtige Antwort auf die verfluchten Fragen der heutigen Arbeiterbewegung in Rußland geben. Geben Sie zu oder nicht, daß die Periode, in der wir zur Zeit leben, eine gewisse spezifische Etappe der ökonomischen und politischen Entwicklung Rußlands darstellt?

Der Antiliquidator: Das gebe ich zu.

Der Legalist: Sie geben es nur in Worten zu, genauso wie Ihre vielgenannten „Dezember“resolutionen (1908). Wenn man sich ernstlich in ein solches Eingeständnis hineindenkt, so bedeutet es, daß das offene Bestehen, sagen wir, der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Duma keine Zufälligkeit, sondern ein untrennbarer Bestandteil der „gegenwärtigen Lage“ ist. Die politischen Verhältnisse der Gegenwart in ihrer Gesamtheit, die Bedingungen der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit sind derart, daß eine offen auftretende *legale* sozialdemokratische Dumafraktion möglich und notwendig, daß eine offene *legale* sozialdemokratische Arbeiterpartei möglich und notwendig ist.

Der Antiliquidator: Ist das nicht ein gewagter Sprung, von der sozialdemokratischen Dumafraktion zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei?

Der Legalist: Nicht im geringsten gewagt. Die Sache ist nur die, daß uns die Formen für die Existenz der Sozialdemokratie in der III. Duma von außen gegeben wurden, wir hatten sie nur zu akzeptieren, brauchten uns sozusagen nur in ein gemachtes Bett zu legen, aber die Formen für die Existenz einer legalen Arbeiterpartei müssen wir selbst ausfindig machen. Hier bedarf es der Initiative, des Kampfes um die neuen Formen. Diejenigen, die Sie verächtlich als Liquidatoren bezeichnen, haben diesen Kampf aufgenommen, haben einen neuen Weg betreten – leider aber nur mit einem Fuß. Leider zaudern sie immer noch, wenden ihre Blicke rückwärts, beschränken sich auf halbe Maßnahmen. Am Anfang eines neuen Weges mag das unvermeidlich sein, aber auf den Anfang folgt die Fortsetzung. Und die Unentschiedenheit der ersten Schritte wird überwunden und die Fehler werden korrigiert werden.

Der Antiliquidator: Ausgezeichnet. Möchten Sie nicht die Güte haben zu erklären, welches diese Fehler sind und worin die Korrektur bestehen wird?

Der Legalist: Mit Vergnügen werde ich das erklären. Es läßt sich nicht voraussagen, wie die legale Arbeiterpartei von morgen aussehen wird, aber die allgemeine Richtung in der Entwicklung der Arbeiterbewegung ist unverkennbar. Indem ich diese Richtung als gegeben anerkenne, kann ich getrost ein Bild von der legalen Partei entwerfen, obwohl ich weiß, daß die Wirklichkeit nicht genauso sein wird, aber sie wird *dieser Art* sein. Und um Ihnen dieses Bild zu entwerfen, brauche ich durchaus nicht zu „dichten“. Ich brauche nur die Lehren des Lebens, die Erfahrungen der Arbeit unter den neuen, nachrevolutionären Verhältnissen genau zu untersuchen. Es genügt, daß ich das Fazit dieser Erfahrungen ziehe, die Details beiseite lasse, den Hauptfaden erfasse. Es besteht eine legale Arbeitervertretung in der Duma. Es besteht eine legale sozialdemokratische Fraktion. Sie wird gehetzt, sie wird bespitzelt, man gestattet ihr keine Versammlungen, ihr werden die erfahrenen Leute entrissen, vielleicht schon morgen wird sie über Gefängnisse und Verbannungsorte verstreut sein – eine legale Partei, das schließt keineswegs, wie Ihre kurzsichtigen Anhänger glauben, gerichtliche und polizeiliche Verfolgungen aus. Aber die legale Fraktion besteht, trotz der Verfolgungen. Es bestehen legale Arbeiterverbände, Klubs, legale marxistische Zeitschriften und Wochenblätter – sie werden noch mehr gehetzt, sie werden verboten, durch Geldstrafen abgedrosselt, ihre Redakteure büßen jeden Monat ihrer Redaktionstätigkeit vielleicht mit anderthalb Monaten Gefängnis, die Verbände werden ständig aufgelöst, und dennoch existieren sie. Denken Sie sich in diese Tatsache hinein. Eine Sache ist das Fehlen legaler Arbeiterverbände, einer legalen marxistischen Presse, legaler sozialdemokratischer Abgeordneter. So war es vor 1905. Eine andere Sache ist ihr Vorhandensein, trotz ununterbrochener Verfolgungen, trotz ständiger Verbote. So liegen die Dinge nach 1907. Darin besteht eben das Neuartige der Lage. Dieses „Neue“ muß man zu fassen verstehen, um es zu erweitern, zu verankern, zu stabilisieren.

Der Antiliquidator: Sie begannen damit, daß Sie versprachen, ein kühnerer, konsequenterer Legalist zu sein als jene, die bis jetzt hervorgetreten sind, vorläufig jedoch wiederholen Sie immer nur Worte, die von allen Liquidatoren schon längst gesagt worden sind.

Der Legalist: Ich habe schon gesagt, daß sich das Bild eines konsequenten, überzeugten Legalismus von selbst aus einer aufmerksamen

Beobachtung der Erfahrung des Lebens ergibt. In Wirklichkeit existieren schon alle einzelnen Elemente einer legalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Man muß laut und offen aussprechen, was ist. Man muß furchtlos anerkennen, daß diese zerstreuten Elemente wenn nicht heute, dann morgen sich sammeln werden, sich sammeln müssen, und eine solche Partei wird entstehen. Sie muß gegründet werden, und sie wird gegründet werden. Man wird sie verfolgen, aber sie wird bestehen, auf die Jahre des Fehlens einer legalen Arbeiterpartei werden Jahre eines labilen, von Massenverfolgungen unterbrochenen Bestehens einer legalen Arbeiterpartei folgen – und danach werden Jahre einer rein europäischen legalen sozialdemokratischen Partei in Rußland kommen. Die Jahre des Bestehens einer legalen sozialdemokratischen Partei sind schon angebrochen; sie ist schon *realer* als Ihre zu neunundneunzig Prozent zerstörte illegale Organisation. Um die Legalisten endgültig zusammenzuschließen, um ihre Tätigkeit sicherer, systematischer, konsequenter zu gestalten, darf man sich nicht fürchten auszusprechen, was ist, nicht fürchten, diese Realität beim richtigen Namen zu nennen, nicht fürchten, die Losung auszugeben, das Banner zu entfalten. Mögen Gerichte und Polizei es unseren Händen entreißen, mögen sie es uns Dutzende Male entreißen – vernichten *kann man es nicht*, man kann es uns nicht für lange Zeit entreißen, denn unter ihm ist all das zusammengefaßt, was ist, was wächst, was wachsen muß.

Der Antiliquidator: Zur Sache, zur Sache. Sonst muß ich Sie an das Sprichwort erinnern: Schön singt der Vogel, wo wird er sich wohl nieder setzen. Sie haben doch versprochen, offen zu reden. Also einmal offener, konkreter: Was wird auf Ihrem Banner geschrieben stehen?

Der Legalist: Darauf wollte ich gerade hinaus. Wir gründen eine legale Vereinigung zur Förderung der Arbeiterbewegung. Die prinzipielle Grundlage dieser Vereinigung ist der Marxismus. Das Ziel dieser Vereinigung ist die Umbildung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen nach marxistischen Prinzipien, die Aufhebung der Klassen, die Beseitigung der Anarchie in der Produktion usw. Das nächste Ziel der legalen Partei, d. h. unserer Vereinigung, ist die völlige Demokratisierung der Staats- und Gesellschaftsordnung; die Förderung einer Lösung der Agrarfrage in demokratischer Richtung auf der Grundlage marxistischer Anschauungen; eine weitestgehende Arbeitsgesetzgebung. Die Mittel schließlich, deren

sich die neue Vereinigung bei ihrer Tätigkeit bedient, sind alle gesetzlichen Mittel der Propaganda, der Agitation und der Organisation.

Der Antiliquidator: Sie nehmen wohl an, daß unsere Regierung die Eintragung einer solchen Vereinigung genehmigen wird?

Der Legalist: Seien Sie unbesorgt, ich bin keineswegs so naiv, das anzunehmen. Natürlich wird man unsere Vereinigung nicht eintragen, aber als illegal wird man sie nicht ansehen können, und darin eben besteht unsere Aufgabe. In jedem Gouvernement wird ein Arbeiter nach dem anderen Satzungen einer solchen Vereinigung abfassen und bei den Behörden zur Bestätigung einreichen. Das wird ein konsequenter, unbeugsamer Kampf um die Legalität sein. Die Gründer und Mitglieder einer solchen Vereinigung wird man nicht wegen der „schrecklichen“ Programmpunkte unserer jetzigen Quasi-Partei verfolgen können, denn die SDAPR ist gegenwärtig nur eine Quasi-Partei, und die „schrecklichen“ Punkte ihres Programms, wie Republik, Diktatur des Proletariats – ganz zu schweigen von den „schrecklichen“ Punkten der zahlreichen Resolutionen über den bewaffneten Aufstand u. dgl. m. – schrecken niemanden, haben keinerlei Bedeutung, spielen gar keine Rolle, wenn man von der „Rolle“ absieht, durch die Menschen ins Zuchthaus gebracht werden, die in *Wirklichkeit* nichts Gesetzwidriges begangen haben. Das eben ist der Witz, darin eben besteht die Tragikomödie der gegenwärtigen Lage der Partei. Das Tote greift nach dem Lebenden. Die veralteten, vom Leben in der Praxis verworfenen, außer Gebrauch gekommenen, faktisch ad acta gelegten „Punkte“ der verschiedenen Resolutionen und des alten Parteiprogramms dienen nur unseren Feinden, helfen nur, uns abzuwürgen, nutzen aber in keiner, aber auch in absolut keiner Weise der gegenwärtigen realen Bewegung, der *wirklichen* sozialdemokratischen Arbeit, die jetzt *geleistet* wird, geleistet wird in der III. Duma wie in den legalen Zeitschriften und Zeitungen, in den legalen Verbänden wie auf den legalen Kongressen usw. u. dgl. m. Darum eben besteht für uns Legalisten das *Wesen* der Frage durchaus nicht darin, daß man von den gefährlichsten Verfolgungen und Strafen verschont bleibt (wie Ihre, Sie verzeihen den Ausdruck, auf die Hetze gegen die Liquidatoren gedrillten Anhänger zu folgern bereit sein werden), sondern in der *prinzipiellen* Bedeutung, erstens, der legalen Arbeiterbewegung und, zweitens, der Ausnutzung der Widersprüche des gegenwärtigen Regimes. Ja, ja, mein Herr Altgläubiger, die Prinzipien des

Marxismus bestehen keineswegs aus einer Summe auswendig gelernter Schlagworte, aus einigen, ein für allemal verbindlichen, „orthodoxen“ Formeln, sondern in der Förderung einer breiten Arbeiterbewegung, in der Förderung der Organisation und der aktiven Tätigkeit der Massen. Mögen diese oder jene Worte „nicht zu Ende gesprochen“ werden – ich weiß ausgezeichnet, daß Sie und Ihre Anhänger sich darauf spezialisieren, das „zu Ende zu sprechen“, was von der sozialdemokratischen Dumafraktion, von der legalen Zeitschrift usw. unausgesprochen bleibt –, möge es „nicht zu Ende gesprochene“ Worte geben, dafür wird aber die Sache vorangetrieben sein. Breitere Arbeiterschichten werden in die Bewegung einbezogen sein. Ein entschiedener Schritt zur Zusammenfassung legaler Aktionen wird gemacht sein. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird das ihn unterdrückende Regime gerade bei dem Widerspruch packen, der ihm besonders eigen, der für das Regime gegenwärtig am meisten charakteristisch ist, beim Widerspruch zwischen der formalen Anerkennung der Gesetzlichkeit und ihrer tatsächlichen Verweigerung, zwischen der „Duldung“ einer sozialdemokratischen Dumafraktion und den Versuchen, die sozialdemokratische Partei „nicht zu dulden“, zwischen der Anerkennung der Arbeiterverbände in offiziellen Deklarationen und den Verfolgungen, denen sie im Leben ausgesetzt sind. Das Regime, von dem das Proletariat unterdrückt wird, bei den Widersprüchen dieses Regimes packen – darin besteht eben der lebendige Geist des Marxismus, und nicht in verknöcherten Formeln. Eben darin besteht eine der wichtigsten, mehr noch, eine der grundlegenden Ursachen für die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie, daß sie es stets verstand, die Formel im Interesse der Bewegung zu opfern. Sie hatte es verstanden, nach 1871 eine Partei zu schaffen, in deren Programm die Anerkennung lediglich „gesetzlicher“ Mittel der politischen Betätigung enthalten war. Sie hat es verstanden, die stärkste sozialdemokratische Bewegung der Welt zu entfalten mit einem sozialdemokratischen Programm, das weitaus „legaler“ ist als das unsere, denn es enthält nicht die Forderung nach der Republik und hat sie nie enthalten. Aber Sie – Sie sind bereit, der Welt das Muster eines „vorbildlich radikalen“ sozialdemokratischen Programms zu zeigen bei vorbildlich radikalem Fehlen einer sozialdemokratischen Massenorganisation, einer sozialdemokratischen Massenbewegung.

Der Antiliquidator: Vorläufig ergibt sich aus Ihrem Plan in Wirklichkeit

nur eine „Massenbewegung“ von ein- und ausgehenden Schriftstücken in den Ämtern für Angelegenheiten der Vereinigungen und der Verbände, wenn in jedem Gouvernement jeder klassenbewußte Arbeiter Ihren Entwurf einer legalen marxistischen „Vereinigung“ abschreiben und zur Genehmigung einreichen wird. Da Sie selbst sagen, daß diese Vereinigung nicht genehmigt werden wird, so wird eine offene Bewegung oder auch nur eine „offene“ Vereinigung nirgends entstehen, außer in Ihrer legalistischen Phantasie. Doch bevor ich Ihnen ausführlich antworte, möchte ich noch fragen, ob in Ihrer Vorstellung diese legale marxistische „Vereinigung“ an Stelle der alten, d. h. der jetzigen Partei, oder mit ihr *zusammen* existiert?

Der Legalist: Das ist es. Sie haben da eine sehr wichtige Frage berührt! Hier eben liegt einer der traurigen Fehler der offiziellen Führer des Liquidatorentums vor. Sie fürchten sich, einen großen Schritt voran auf einem zweifellos richtigen Wege zu tun – und machen zu gleicher Zeit eine Reihe höchst riskanter, für die Sache absolut unnötiger Schritte seitwärts, und zwar in Richtung auf den Opportunismus. Ich jedoch möchte sagen: Man kann Legalist sein, ohne Liquidator zu sein. Man soll Legalist sein, ohne Opportunist zu sein. Es ist notwendig, die legalen *Formen* der Bewegung anzuerkennen, es ist notwendig, sie nicht halb, nicht nur in Worten anzuerkennen, sondern im Ernst und in der Tat, d. h., es ist notwendig, unverzüglich eine legale marxistische Arbeiterpartei zu gründen, aber der Verzicht auf die Revolution ist unzulässiger Opportunismus, und ein solcher Verzicht schimmert bei vielen, sehr vielen, wenn nicht bei den meisten unserer Liquidatoren durch. Der Verzicht auf die Hegemonie ist Opportunismus, den ich entschieden verurteile. Wir brauchen auf nichts zu verzichten, brauchen nichts zu liquidieren. Die neue, legale Partei soll *zusammen mit der alten, neben ihr* bestehen. Sie werden sich gegenseitig ergänzen.

Sie lächeln? Es gibt hier aber gar nichts Lächerliches. Sie werden sagen: „doppelte Buchführung“. Da will ich Sie fragen: Ist denn das Nebeneinanderbestehen einer legalen und einer illegalen Presse nicht eine Erscheinung, die meinem Plan, richtiger, meinen Folgerungen aus allen Lehren der gegenwärtigen Erfahrungen durchaus analog ist? Wenn bis 1905 Emigranten in der legalen Presse nicht schreiben durften, wenn damals Organe verboten wurden, weil sie Artikel von Emigranten, und sei es auch

unter Pseudonymen, gebracht hatten, ist es denn da nicht etwa kennzeichnend für unsere widerspruchsvolle Epoche, daß weit und breit bekannte Emigranten unter eigenem Namen sowohl in der illegalen als auch in der legalen Presse schreiben? Mit dieser „doppelten Buchführung“ finden Sie sich ab! Aus ihr ergeben sich keinerlei „Zwistigkeiten“. Nur Schematismus, nichts als Schematismus, hindert Sie zu begreifen, daß diese „doppelte Buchführung“ durch die ganzen Bedingungen unserer Epoche diktiert wird, daß man die Widersprüche der Epoche meistern muß, daß man verstehen muß, jenen Boden zu betreten – auch jenen Boden zu betreten –, auf dem sich die größten Ereignisse der Gegenwart abspielen. Eine „Kombination der illegalen mit der legalen Arbeit“ erkennen Sie alle in Worten an. Erkennen Sie sie doch in der Tat an. Nachdem Sie A gesagt haben, fürchten Sie sich nicht, auch B zu sagen. Nachdem Sie die grundlegende These für die Taktik und die Organisation im allgemeinen anerkannt haben, fürchten Sie sich nicht, sie auch für die Organisation der Partei anzuerkennen. So brechen Sie doch endlich entschieden, ernstlich, aufrichtig mit diesem unsinnigen anarchistischen Vorurteil gegen die Legalität.

Der Antiliquidator: Darin eben besteht das Übel bei Ihnen, daß Sie Legalität mimen, daß Sie „legal tun“, während die Deutschen sich auf eine wirklich bestehende Legalität stützten. Das Beispiel von der legalen und der illegalen Presse spricht besonders kraß gegen Sie. Wenn ein illegaler Sozialdemokrat die legale Presse benutzt, um dort über Dinge zu schreiben, über die in der legalen Presse zu schreiben gestattet ist, mimmt er keine Legalität, sondern nutzt tatsächlich die in diesem oder jenem engen Rahmen tatsächlich bestehende Legalität aus. Ihre legale Arbeiterpartei oder Ihre marxistische Vereinigung (wie auch die „offene Arbeiterpartei“ der Liquidatoren, von denen Sie sich dem Wesen nach in nichts unterscheiden) ist eine legalistische Phantasie und sonst nichts, denn Sie geben ja selbst zu, daß niemand diese Vereinigungen genehmigen wird, daß diese angeblich „legalen“ Vereinigungen in Wirklichkeit legal nicht bestehen werden. Wie bei den Anarchosyndikalisten die „revolutionäre Gymnastik“ herrscht, so ergibt sich bei Ihnen eine „legalistische Gymnastik“. Wenn bei den Kadetten legal eine legal nicht vorhandene Partei besteht, so ist der Grund nicht darin zu suchen, daß die Kadetten die widerspruchsvolle Form gemeistert hätten, sondern darin, daß der Inhalt ihrer Arbeit nichts Revolutionäres in sich birgt, keinerlei demokratische Organisationsarbeit unter

den Massen einschließt. Der Inhalt ihrer Arbeit ist liberal-monarchistisch, und die Selbstherrschaft kann eine solche politische Arbeit gestatten, kann sie dulden. Die Tätigkeit der Marxisten in der Arbeiterklasse kann aber von der Selbstherrschaft nicht geduldet werden, und es wäre naiv zu versuchen, durch Vermummungen der Sache abzuweichen. Und Ihre „legale Vereinigung“, wie auch die „offene Arbeiterpartei“ der Liquidatoren, ist eben eine *pseudonyme* Vereinigung, ein Mummenschanz, denn in Wirklichkeit rechnen Sie auf die Sozialdemokraten. Die unklaren, verschwommenen Formulierungen, die Sie wählen, um das Ziel, die Plattform, die Taktik Ihrer „Vereinigung“ zu definieren, sind eine Deckung durch Worte, ein papierner Schutz, sind die gleiche legalistische Gymnastik. Unsere Partei muß in der Duma auftreten, muß *legale* Gewerkschaften schaffen, muß auf legalen Kongressen ihre Tätigkeit entfalten, das verneinen bedeutet Anarchismus oder intelligenzlerischen Nihilismus, und in der Anerkennung einer *solchen* Tätigkeit besteht die Berücksichtigung der neuen Verhältnisse der neuen Epoche. Aber eine *Legalität* für politische Betätigung kann es (außer für opportunistische Intellektuelle) noch nicht geben, denn die Bedingungen für eine solche Legalität sind nicht erkämpft worden, in sie „hineinrutschen“ wollen aber wäre ein eitler Wahn. Bei den Deutschen hatte sich um 1871 eine solche Legalität voll herausgebildet, die bürgerliche Umbildung des Landes war gänzlich abgeschlossen, die Bedingungen für eine unmittelbar revolutionäre Bewegung waren ganz und gar verschwunden: in diesen *objektiven* Verhältnissen und nicht in der Kunst der deutschen Sozialdemokraten ist der Grund dafür zu suchen, warum sich eine *wirklich* legale und nicht nur Legalität mimende, „legalistische Gymnastik“ treibende sozialdemokratische Partei herausbilden konnte.

Von einer solchen legalen Partei diese oder jene legalen Programmpunkte, Resolutionen usw. *abschreiben* und eine solche „Legalität“ nach Rußland verpflanzen wollen – ist ein naiver Traum, ein leerer Zeitvertreib, denn Sie können nicht die Art, wie die deutsche bürgerliche Revolution zu Ende geführt wurde, die deutsche Geschichte des Demokratismus, der sich verausgabt hat, die deutsche „Revolution von oben“ der sechziger Jahre, die deutsche *faktische* Legalität nach Rußland verpflanzen. Es gibt monarchistische Länder, in denen republikanische Parteien legal bestehen, und wie die russische Legalität in Wirklichkeit aussehen wird, wenn die bür-

gerlichen Revolutionen in Rußland ihre Vollendung gefunden haben werden, wenn sich bei uns eine ebensolche bürgerliche Ordnung wie in Europa herausgebildet haben wird – das werden wir nach den kommenden Schlachten sehen, das wird durch die Ergebnisse dieser Schlachten bestimmt werden. Die heutige Aufgabe der Sozialdemokratie indes besteht darin, es zu verstehen, sich und die Massen auf die Revolution vorzubereiten unter den besonderen Bedingungen des Regimes vom 3. Juni.

Die legale Partei der Arbeiterklasse, die offene Arbeiterpartei, ist unter diesen Bedingungen eine leere Phrase, hinter der die *Legalisierung* . . . einer Gruppe von opportunistischen Legalisten steckt. Eine *solche* Legalisierung der „Volkssozialisten“ ist Tatsache. Eine *solche* Legalisierung einer Gruppe unserer legalen, liquidatorischen Journalisten ist Tatsache. Nicht aus Zufall, sondern zwangsläufig, nicht auf Grund eines „Fehlers“ dieser oder jener Liquidatoren, sondern auf Grund der sozialen Zusammensetzung aller intellektuell-liquidatorischen Gruppen fühlen sich die opportunistischen Elemente, die den Gedanken der Absage an die Revolution, des Verzichts auf die Hegemonie hegen, zu ihnen hingezogen und müssen sich zu ihnen hingezogen fühlen. Man kann *aus Wohlwollen* einen Legalisten von diesen Leuten unterscheiden – in der Praxis sind sie nicht zu unterscheiden. Die objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Epoche sind derart, daß die Legalisierung der „Volkssozialisten“, die Legalisierung einer Gruppe liquidatorischer Literaten wohl möglich und unvermeidlich ist, die Legalisierung der Arbeiterpartei aber leeres Gerede bleibt.

Die illegale Partei der Arbeiterklasse existiert, und selbst ihre äußerste, alleräußerste Schwächung und der Zerfall der meisten ihrer Organisationen in unseren Tagen untergräbt nicht ihre Existenz. Zirkel und Gruppen lassen die revolutionäre illegale Arbeit immer wieder neu aufleben. Die Frage läuft darauf hinaus, welche organisierte Kraft, welche ideologische Tradition, welche Partei auf das offene Auftreten der Arbeiterabgeordneten in der Duma, der Arbeiter in den Gewerkschaften, der Arbeiter in den Klubs, der Arbeiterdelegierten auf den verschiedenen legalen Kongressen einzuwirken vermag und einwirken wird: die revolutionäre, die proletarische Partei, die SDAPR, oder die opportunistische Gruppe der liquidatorischen Literaten? Das ist der *reale* Inhalt des

„Kampfes gegen das Liquidatorentum“, das ist die objektive Basis, auf der sich in diesem Konflikt die Kluft zwischen beiden Gegnern aufgetan hat. Und keinerlei fromme Wünsche, keinerlei verbale Unterscheidungen zwischen Legalismus und Liquidatorentum werden diese Kluft überbrücken.

„Diskussionny Listok“ Nr. 3,
29. April (12. Mai) 1911.
Unterschrift: B. W. Kuprianow.

Nach dem Text des
„Diskussionny Listok“.

„BEDAUERN“ UND „SCHAM“

Alle Krisen legen den Kern der Erscheinungen oder der Prozesse bloß, fegen das Oberflächliche, Nebensächliche, Äußerliche hinweg, offenbaren die tieferen Wurzeln des Geschehens. Man nehme z. B. so eine ganz gewöhnliche und ganz unkomplizierte Krise auf dem Gebiet der ökonomischen Erscheinungen, wie sie jeder Streik darstellt. Nichts offenbart so gut die wirklichen Beziehungen zwischen den Klassen, die wirkliche Natur der modernen Gesellschaft, das Unterworfensein unabsehbarer Bevölkerungsmassen unter die Macht des Hungers, den Appell der besitzenden Minderheit an die organisierte Gewalt zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Man nehme die Handels- und Industriekrisen: Nichts widerlegt so anschaulich alle möglichen Reden der Apologeten und Apostel der „Interessenharmonie“, nichts offenbart so plastisch den ganzen Mechanismus der modernen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die ganze „Anarchie der Produktion“, die ganze Zersplitterung der Produzenten, den Krieg eines jeden gegen alle und aller gegen jeden. Man nehme endlich eine solche Krise wie den Krieg: alle politischen und sozialen Institutionen werden einer Revision und einer Prüfung „durch Feuer und Schwert“ unterworfen. Die Stärke bzw. die Schwäche der Institutionen und Einrichtungen jedes Volkes wird durch den Ausgang des Krieges und seine Folgen ermittelt. Das Wesen der internationalen Beziehungen unter dem Kapitalismus: die offene Ausplünderung des Schwachen, enthüllt sich in absoluter Klarheit.

Die Bedeutung unserer vielgenannten „parlamentarischen“ Krise besteht ebenfalls darin, daß sie die tiefen Widersprüche der ganzen gesellschaftlichen und politischen Ordnung Rußlands aufgedeckt hat. Leider

stecken sich die meisten beteiligten und handelnden Personen der Krise – zum Teil bewußt, zum Teil aus Unverstand oder weil sie dem Schematismus und der Tradition nachhängen – nicht das Ziel, die Krise zu erklären, ihre wahren Ursachen und ihre Bedeutung aufzuzeigen, sondern suchen im Gegenteil aus Leibeskräften die Krise durch Phrasen, Phrasen und nochmals Phrasen zu verschleiern. Der „große Tag“ in der III. Duma, der Tag der Stolypindebatten, der 27. April, war ein großer Tag der „parlamentarischen“ Kannegießerei. Aber wie maßlos der Phrasenschwall Stolypins selber, seiner Freunde und seiner Gegner auch war, den Kern der Sache darin untergeben zu lassen, gelang ihnen nicht. Und je mehr die Organe unserer Tagespresse die Aufmerksamkeit des Lesers durch eine Wiederholung liberaler Phrasen, durch Details und juristische Formalitäten abzulenken suchen, um so angebrachter erscheint es, noch einmal einen allgemeinen Blick auf das Bild der Krise zu werfen, das sich am 27. April enthüllt hat.

Das Grundmotiv der Stolypinschen Rede ist die Verteidigung der „Rechte der Krone“ gegen jeden Versuch, sie zu „schmälern“. „Der Artikel 87“, erklärte Stolypin, „legt die Rechte der Krone fest, und sie dürfen nicht geschmäliert werden, wenn man keinen unerwünschten Präzedenzfall schaffen will.“ Stolypin wendet sich gegen die „Verunglimpfung des Rechts der höchsten Gewalt, den Artikel 87 unter den außerordentlichen Umständen anzuwenden, die sich vor der Auflösung der Kammer ergeben hatten“. „Dieses Recht ist unverrückbar“, erklärte Stolypin, „es beruht, es fußt auf lebensnotwendigen Bedingungen.“ „Jede andere Auslegung dieses Rechts ist unannehmbar, sie würde den Sinn und die Vernünftigkeit dieses Gesetzes verletzen, sie würde auch das Recht des Monarchen, außerordentliche Verordnungen zu erlassen, null und nichtig machen.“

All das ist sehr klar und all das ist keine Phrase. Die Frage wird zynisch „realistisch“ gestellt. Die Krone und die Versuche der Schmälerung . . . Wenn ein Streit ausbricht, wer letzten Endes den Sinn des Rechts ausulegen habe, so wird dieser Streit von der Macht entschieden. All das ist sehr klar und all das ist keine Phrase.

Nichts als Phrase und Klopffechterei, nichts als juristische Fiktionen waren dagegen die „heftigen, flammenden, leidenschaftlichen, überzeugten“ Vorwürfe Maklakows: „Mit großem Bedauern und mit großer

Scham“ (Bericht der „*Retsch*“ vom 28. April, S. 4) habe er einige Berufungen auf die Krone vernommen. Im Namen des ganzen sogenannten „konstitutionellen Zentrums“ (d. h. im Namen der Kadetten und der Okto-bristen) verteidigt Maklakow die übliche Fiktion einer konstitutionellen Monarchie. Die kadettische oder die kadettisch-oktobristische „Verteidigung“ läuft jedoch auf eine leere Phrase hinaus. Was hat es mit Bedauern und Scham zu tun, wenn es sich um die Macht handelt? Die Bourgeoisie, die eine Verfassung haben möchte, bedauert, daß die Krone keine Verfassung gewährt, und „schämt sich“ dessen. Die Krone „schämt sich“, daß man ihr eine Verfassung aufdrängen könnte, und betrachtet sie als eine „Schmälerung“, voller „Bedauern“ über jede beliebige Auslegung jedes beliebigen Gesetzes, das auf eine „Schmälerung“ gerichtet ist.

Zwei Seiten. Zwei Auslegungen des Rechts. Bedauern und Scham auf beiden Seiten. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die eine Seite *nur* „bedauert und sich schämt“, während die andere Seite *weder* von Bedauern *noch* von Scham *spricht*, sondern davon, daß eine Schmälerung „unannehmbar“ sei.

Ist es denn nicht klar, daß gerade die Herren Maklakow, daß gerade unsere ganze kadettische und oktobristische Bourgeoisie sich wirklich einer solchen Sachlage „schämen“, sich ihrer Ohnmacht schämen sollten? Der Bevollmächtigte des Rates des vereinigten Adels redet zynisch über die zynisch von ihm geschaffene Krise und wirft herausfordernd das Schwert in die Waagschale. Und die liberale Bourgeoisie weicht feige zurück wie ein kümmerlicher, vom Schutzmann eingeschüchterter Krämer und murmelt zurückweichend: Ich bedaure, ich schäme mich . . ., daß Sie mich so behandeln!

„Ich muß sagen“, versichert Maklakow hoch und heilig, „daß ich ein besserer Konstitutionalist bin als der Vorsitzende des Ministerrats“ (Ich stelle mir vor, wie sich Stolypin zu Hause über diese Worte ins Fäustchen lachte: Es kommt nicht darauf an, sich als Konstitutionalist zu deklarieren, mein Lieber, sondern darauf, *wer* die *Macht* hat, zu bestimmen, ob es eine Verfassung gibt und wie sie aussieht!), „aber kein schlechterer Monarchist als er.“ (Stolypin lächelt noch befriedigter: Schau, schau, zunächst verlegt er sich auf Drohungen, und dann bittet er um Verzeihung! Ein schöner Krieger, dieser Maklakow.) „Ich halte es für ganz unsinnig, eine Monarchie dort schaffen zu wollen, wo die Wurzeln für sie fehlen, aber

für ebenso unsinnig, sie dort abzulehnen, wo sie historisch fest verwurzelt ist . . .“

Nachdem er zunächst gedroht, dann um Verzeihung gebeten hat, kommt er nunmehr mit einem Argument *zugunsten* Stolypins. Oh, dieser prächtige Parlamentarier des Liberalismus! Oh, dieser unvergleichliche Führer des „konstitutionellen“ (Iucus a non lucendo*: „konstitutionell“, weil eine Konstitution fehlt) Zentrums, des kadettisch-oktobristischen Zentrums!

„Der Vorsitzende des Ministerrats“, donnert unser Tribun der „Volksfreiheit“ (lies: unserer historischen Volksversklavung), „kann noch an der Macht bleiben, er wird dort gehalten, sowohl durch die Angst vor jener Revolution, welche seine eigenen Agenten erzeugen“ (Stimmen von rechts: „Pfui!“ L ä r m) . . . „als auch durch die Furcht, einen Präzedenzfall zu schaffen“!!

Das ist die Erzählung, wie Iwan Iwanowitsch den Iwan Nikiforowitsch, und wie Iwan Nikiforowitsch den Iwan Iwanowitsch beschämte. Es ist beschämend, die üblichen Normen des Konstitutionalismus nicht zu beachten, sagt Iwan Iwanowitsch zu Iwan Nikiforowitsch. Es ist beschämend, mit der Revolution zu drohen, vor der du selbst Angst hast, an die du selbst nicht glaubst und die du nicht förderst, sagt Iwan Nikiforowitsch zu Iwan Iwanowitsch.

Was glauben Sie, lieber Leser, welcher der beiden Streitenden den anderen wohl mehr „beschämt“ hat?

Nach Gegetschkori, der durchaus richtig erklärte, daß die liberale Presse die Krise *unrichtig* als eine „konstitutionelle“ darstelle, daß die Kadetten „durch ihre Redner die verbrecherische Illusion über das konstitutionelle Zentrum unterstützten“, daß für eine Verfassung noch eine bestimmte Bewegung fehle (ungeschickt war lediglich, daß Gegetschkori am Ende seiner Rede die „Anarchie“ erwähnte: nicht dieses Wort hätte man hier gebrauchen sollen), spricht der Vertreter des „konstitutionellen Zentrums“ Lwow I.

Auf Grund der Rede von Lwow I hätte man eine Zeitlang glauben können, daß sogar gewisse Gutsbesitzer einiges aus den Darlegungen Gegetschkoris begriffen hätten. „Das, was vorgefallen ist“, sagt Lwow I,

* Nicht übersetzbare ironische Redewendung zur Bezeichnung einer sinnlosen Wortableitung, wörtlich: „Hain kommt von Nicht-Leuchten“ (im Lateinischen sind „Hain“ und „Leuchten“ ähnlich klingende Wörter). Die Red.

„zeigt in der Tat, daß wir keine Verfassung, keinen Parlamentarismus haben, aber wir haben auch keine Grundgesetze und überhaupt kein organisiertes Regime“ (Da haben wir's! Und die Existenz der Gutsbesitzer, bedeutet sie etwa kein organisiertes Gutsbesitzerregime? Eure Zunge ist euer Feind, ihr Herren aus dem „konstitutionellen Zentrum“), „sondern lediglich Willkür“ (das ist gerade eines der grundlegenden und wesentlichsten Merkmale des organisierten Gutsbesitzerregimes) „und Demagogie.“

Unter Demagogie versteht der „fortschrittliche“ Gutsbesitzer Nikolai Nikolajewitsch Lwow I etwas ganz und gar Peinliches. Man höre weiter:

„Und dieser Demagogie bedienen sich die Leute, die an der Macht sind, um ihren eigenen Einfluß und ihre Macht zu steigern. Dieser Demagogie werden sich andere bedienen, die diese Macht an sich reißen wollen . . .“ (Brr . . . welch empörendes, welch unmoralisches Bestreben! Was die russischen liberalen Bourgeois anbelangt, so sind sie von diesem Bestreben himmelweit entfernt. Nur im faulenden Westen strebt die unmoralische Bourgeoisie die Machteroberung an und hat sogar die Irrlehre geschaffen, daß nur die bürgerliche Macht die bürgerliche Verfassung gewährleiste. Wir russischen Liberalen sind aufgeklärt durch die moralische, idealistische Predigt Struves, Berdjajews und Co., wir sind darum der Meinung, daß die Macht den Tolmatschow verbleiben muß und daß die Maklakow die Anweisungen für einen wirklich konstitutionellen Gebrauch dieser Macht abfassen sollten), „für die die Demagogie ein viel näher liegendes Werkzeug ist. Fürchtet diese Demagogie, denn ihr wird alles geopfert werden: eure Würde wie euer Besitz, eure Ehre wie eure staatsbürgerlichen Rechte in Rußland.“

Gut redet der „Progressist“ Nikolai Nikolajewitsch Lwow I. In bezug auf den „Besitz“ spricht er sogar ziemlich klar: Wenn z. B. ein Gutsbesitzer gestern 10 000 Desjatinen besaß und ihm heute 50 geblieben sind, so bedeutet das, daß 9950 Desjatinen der „Demagogie“ „geopfert“ worden sind. Das ist deutlich. Das ist keine Phrase. Was aber die „Würde“ und die „Ehre“ betrifft, so ist die Sache nicht so klar; will unser Progressist sagen, daß der Gutsbesitzer nur dann ein „würdiger“ und „ehrlicher“ Mann sein kann, wenn er 10 000 Desjatinen Land besitzt, und daß er unbedingt würde- und ehrlos wird, wenn er 9950 Desjatinen davon einbüßt? Oder will Lwow I sagen, daß Würde und Ehre der Demagogie

geopfert werden, wenn es keinen gerechten Preis, von, sagen wir, so an die 500 Rubel für die Desjatine, geben wird?

Mit den „staatsbürgerlichen Rechten in Rußland“ ist der „Progressist“ Lwow I schon ganz und gar nicht zu Rande gekommen. Wenn er die Wahrheit gesagt hat, daß wir weder eine Verfassung noch Parlamentarismus, noch Grundgesetze haben, so haben wir also auch keine staatsbürgerlichen Rechte, und was man nicht hat, kann man auch nicht opfern. Wenn Lwow I die Wahrheit gesagt hat, so sind also unsere staatsbürgerlichen Rechte unserem „organisierten“ (Gutsbesitzer-) „Regime“ geopfert worden. Ist das nicht ein falscher Zungenschlag unseres „Progressisten“? Wollte er nicht sagen, daß unser organisiertes Gutsbesitzerregime den staatsbürgerlichen Rechten in Rußland geopfert werden wird? Wollte er nicht gerade eine solche hypothetische Wendung der Dinge als Demagogie bezeichnen? Wollte er nicht sagen, als er erklärte: „fürchtet diese Demagogie“, daß die Mehrheit der III. Duma diese hypothetische Wendung der Dinge fürchten solle?

Das ist die Geschichte, wie Iwan Iwanowitsch dem Iwan Nikiforowitsch und Iwan Nikiforowitsch dem Iwan Iwanowitsch Demagogie vorwarf. Sie sind ein Demagoge, sagte Iwan Iwanowitsch zu Iwan Nikiforowitsch, denn Sie sind an der Macht und nutzen dies aus, um Ihren eigenen Einfluß und Ihre Macht zu steigern, wobei Sie sich auf die nationalen Interessen der Bevölkerung berufen. Nein, der Demagoge sind Sie, sagte Iwan Nikiforowitsch zu Iwan Iwanowitsch, denn Sie schreien laut in aller Öffentlichkeit, bei uns herrsche nur Willkür, und wir hätten weder eine Verfassung noch Grundgesetze, dabei machen Sie recht unhöfliche Anspielungen auf eine eventuelle Opferung unseres Besitzes.

Wer wen letzten Endes der Demagogie überführt hat, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß stets ein gewisser Nutzen dabei herauspringt, wenn zwei Diebe sich streiten.

„Swesda“ Nr. 21,
7. Mai 1911.
Unterschrift: W. J. I. n.

Nach dem Text der „Swesda“.

MATERIALIEN ZUR BERATUNG
DER MITGLIEDER DES ZK DER SDAPR⁸⁶

28. Mai–4. Juni (10.–17. Juni) 1911

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

Nach dem Manuskript.

1

BRIEF AN DIE BERATUNG DER IM AUSLAND
LEBENDEN ZK-MITGLIEDER DER SDAPR⁶⁷

Das Schreiben Igorews vom 1. VI. 1911 zeigt wieder von neuem das empörende *Spiel* mit der Einberufung des ZK, jene Politik der Verzögerung und Verhinderung der Einberufung, eine Politik, die schon seit langem, schon einige Monate lang, im Zentralorgan unserer Partei angeprangert wird.

Ganz und gar verlogen ist die Behauptung Igorews, Judin und Kostrow⁶⁸ bildeten jetzt ein provisorisches Büro oder seien wenigstens ein Teil davon. Dabei haben Makar und Lindow⁶⁹ (nach Innokenti) viele Monate lang das Organisationsbüro *gebildet*, Vertrauensleute *ausgewählt*, in Angelegenheiten der zentralen Organisation einige Rundreisen *unternommen*, Beratungen mit den Vertrauensleuten und den Kandidaten für eine Kooptation (Makar mit Kazap⁷⁰ u. a., mit Miljutin u. a.) organisiert, haben sich mit dem allgemeinen Parteizentrum der sozialdemokratischen Dumaarbeit, mit den sozialdemokratischen Zirkeln der Hauptstadt zur Zeit der Wahlen (Moskau) in Verbindung gesetzt usw. usf.

Judin und Kostrow haben *keine* solche Arbeit geleistet. Beide haben *überhaupt nichts*, absolut nichts auf diesem Gebiet getan.

Über die „Kooptierung“ Judins und Kostrows in das Büro hat *keine* einzige offizielle Parteinstitution im Ausland (weder das ZO noch das Auslandsbüro des ZK) *irgendeine* formelle Mitteilung erhalten.

Nach der Verhaftung Makars und Lindows hat *länger als zwei* Monate niemand weder eine Mitteilung noch einen Brief erhalten, weder einen Ton über Judin und Kostrow noch über ihre Arbeit im Büro gehört. Es hat nicht nur keiner Judin und Kostrow als Büro anerkannt

(so wie *alle* ohne Diskussionen Makar und Lindow anerkannten), Judin und Kostrow haben auch nicht um eine Kopeke gebeten, haben dem Auslandsbüro des ZK auch nicht mitgeteilt (wie das Makar und Lindow mitgeteilt haben), daß sie das Büro bilden.

Wir sind der Meinung, daß bei einer solchen Sachlage die Berufung Igorews darauf, daß Kostrow und Judin das „Büro“ bilden, eine *Verhöhnung* der Partei, einen *Betrug* an der Partei darstellt. Und wir werden diesen Betrug brandmarken.

Weiter. Alle Versuche, jetzt, nach den Erfahrungen Inoks, Makars u. a., nach den Enthüllungen Olgins⁷¹ usw., das ZK in Rußland aus den alten Londoner ZK-Mitgliedern wiederaufzubauen, betrachten wir als direkte *Arbeit für Stolypin*. Wir warnen die Partei vor denen, die nicht unterrichtete Menschen in eine Falle locken, indem sie ZK-Mitglieder in *unmögliche* Verhältnisse, zu *unerfüllbaren* Aufgaben, direkt *in die Hände der Polizei* schicken.

Was schließlich den „Plan“ Igorews betrifft, den er dem Auslandsbüro des ZK *nicht unterbreitet*, jedoch in dem Schreiben vom 1. VI. 1911 mitgeteilt hat, das Plenum *in einem Monat einzuberufen*, so lenken wir die Aufmerksamkeit der Partei auf die neue *Intrige* der Liquidatoren in Sachen der Einberufung des ZK.

In einem Monat ist keine Einberufung des ZK, sondern nur ein „*Zusammenholen*“ fiktiver ZK-Mitglieder möglich – darin besteht das Wesen der Intrige der „Golos“-Leute!

Die Bolschewiki verloren *in der zentralen Arbeit* nach dem Plenum *vier* ZK-Mitglieder (Meschkowski + Innokenti + Makar + Lindow). Die Menschewiki dagegen verloren *kein einziges* ZK-Mitglied, denn nicht einer hat gearbeitet!!

Und jetzt wagen es die „Golos“-Leute, die Frist von *einem Monat* vorzuschlagen, wobei sie darauf spekulieren, Herren vom Schlage „Pjotrs“⁷² zusammenzubringen, die in anderthalb Jahren (nach dem Plenum) auch *nicht ein einziges Mal* irgend etwas für die Arbeit getan haben, sogar *kein einziges Mal* im Büro erschienen sind. Die „Golos“-Leute wissen, daß es *unmöglich* ist, die Bolschewiki, die sich in administrativer oder gerichtlicher Verbannung befinden, in einem Monat *„einzuberufen“* !!

Sie haben das ZK nach Rußland geschickt, *„damit es dort auffliege“* !

Sie haben die Verhaftung *aller* Bolschewiki abgewartet.

Sie haben sich alle nicht arbeitenden und *fiktiven* Menschewiki erhalten.

Sie wollen die Frist von einem Monat festsetzen, damit die fiktiven ZK-Mitglieder vom Schläge Pjotrs *herangebracht* und damit die arbeitenden Bolschewiki *nicht* einmal benachrichtigt *werden können!*

Vergeblich glauben sie, daß dieses *Spiel* der Liquidatoren mit der Einberufung des Plenums vor der Partei nicht entlarvt werden wird!

*Geschrieben zwischen dem 19. und 23. Mai
(1. und 5. Juni) 1911.*

2

KONSPEKT (PLAN) ZUM BERICHT DREIER
BOLSCHEWISTISCHER ZK-MITGLIEDER
VOR EINER INTERNEN BERATUNG
VON NEUN ZK-MITGLIEDERN

1. Die Geschichte der Versuche, das ZK in Rußland wiederherzustellen.
Zwei Perioden:

a) Januar 1910 – August (oder September) 1910.

Zwei bolschewistische Mitglieder des ZK wurden bei Versuchen, das ZK einzuberufen, verhaftet. *Viele Male* haben sie Sitzungen des ZK anberaunt. Weder Michail + Juri + Roman *noch* überhaupt *ein einziger* Menschewik sind *auch nur einmal* erschienen.

b) Ende 1910 – Frühjahr 1911.

Ein neues Büro wurde von zwei bolschewistischen Mitgliedern des ZK geschaffen. An ihrer *Arbeit* (Verbindung mit den Vertrauensleuten, mit der Dumafraktion, mit den Moskauer Sozialdemokraten während der Wahlen usw.) hat *kein einziger* Menschewik je teilgenommen.

Um „sein Einverständnis zu geben“ erschien *ein einziger* Menschewik (Kostrow) ein- oder zweimal im Büro!

Beide Bolschewiki sind verhaftet.

Ergebnis: *Alle* Bolschewiki, ZK-Mitglieder, sind *für* die zentrale Arbeit und *bei dieser* Arbeit verhaftet worden.

Ein Teil der Menschewiki (Michail + Juri + Roman) haben *jegliche* Mitarbeit verweigert, einer (Pjotr) hat $1\frac{1}{2}$ Jahre in *keiner* Weise mitgearbeitet, einer (Kostrow) ist in $1\frac{1}{2}$ Jahren zweimal (im Jahre 1911!) im Büro erschienen, ohne irgendwie an der zentralen Arbeit mitzuwirken. $2\frac{1}{2}$ Monate lang nach der Verhaftung der Bolschewiki hat dieser Menschewik *keinen einzigen* Schritt getan, in *keinem einzigen* Brief davon berichtet, daß er das ZK wiederherstellt.

Deshalb betrachten wir die Erklärung Igorews, daß dieser Menschewik + ein Bundist jetzt das Büro bilden (ohne dem Auslandsbüro des ZK

wenigstens formell davon Mitteilung gemacht zu haben und ohne von irgend jemand anerkannt zu sein!) als direkte Verhöhnung.

2. Ist es jetzt möglich, das Plenum im Ausland wieder zusammenzubringen?

Juristisch: Von 15 Leuten sind 9 anwesend. Formell können sie a) sich als das Plenum erklären. Dieser formell ganz legitime Schritt ist *wahrscheinlich* nur bei Mehrheit von einer Stimme möglich, d. h. nur bei einem Beschluß von 5 dieser 9 gegen 4. In *Wirklichkeit* ist die Bedeutung eines solchen formell einwandfreien Schrittes gleich Null: Es unterliegt keinem Zweifel, daß das ZK seine *Funktion* unter solchen Bedingungen *nicht* ausüben kann.

b) Formell ist es auch möglich, daß diese anwesenden 9 ZK-Mitglieder rechtmäßige Kandidaten aus Rußland zusammenholen. Was würde das in *Wirklichkeit* bedeuten? Die Menschewiki können entweder ihre Liquidatoren (Michail + Juri + Roman usw.) „zusammenholen“, die nach dem bekannten Auftreten von Michail + Juri + Roman kein einziges ehrliches Parteimitglied weiterhin als ZK-Mitglieder anerkennt; oder zwei ZK-Mitglieder, die auf dem Januarplenum 1910 waren und seit dieser Zeit, 1½ Jahre lang, *keinerlei zentrale Arbeit* geleistet haben. Die für das Zusammenholen nötige Frist ist unbestimmt.

Die Bolschewiki können zu ihren vorhandenen drei Mitgliedern noch zwei ihrer Kandidaten herbeiholen. Um sie herbeizuholen, bedarf es einer monatelangen Arbeit, um die Verbindung mit den Verbannten herzustellen, die Flucht zu organisieren, den Lebensunterhalt für die Familien zu sichern usw. usf. Wie viele Monate für diese „Arbeit“ nötig sind, kann man nicht sagen.

Die reale Bedeutung dieser unbestimmt langen Arbeit zum Zusammenholen der „formellen“ Kandidaten, die in *Wirklichkeit* nicht in der Lage sind, in Rußland zentrale Arbeit zu leisten, wird für die Partei nicht nur gleich Null sein. Sie wird schlimmer als Null sein, denn sie *verdeckt* vor den örtlichen Parteigruppen die traurige, energische Initiative erfordernde *Wirklichkeit*, indem man oben mit der Verteilung der Plätze *spielt*.

Die Partei nach 1½ Jahren erfolgloser Versuche zur Wiederherstellung des ZK immer und immer wieder mit einem „morgen“ abzuspeisen: morgen werdet „ihr“ ein ZK haben, das würde bedeuten, die Partei zu verhöhnen. Wir haben nicht die Absicht, uns an einer solchen Verhöhnung zu beteiligen.

3. Es lohnt nicht, davon zu sprechen, daß die Versuche, in Rußland jetzt Kandidaten einzuberufen, um das ZK dort wiederherzustellen, nur von Anhängern Stolypins ausgehen können. Die Polizei kennt *alle* Kandidaten und überwacht sie, das haben die Verhaftungen von Innokenti und Makar doppelt und dreifach bewiesen. Das als erstes und als Hauptsache. Und zweitens ist das wirkliche Ziel einer solchen Einberufung – die Kooptierung von Russen – jetzt nicht zu verwirklichen, denn es sind keine Kandidaten vorhanden (sie wurden das letzte Mal mit Makar verhaftet), und die laut Statut geforderte Einstimmigkeit bei der Kooptierung von Menschewiki ist nicht zu erreichen, denn kein einziger Bolschewik wird auch nur einen Liquidator (*auch keinen der „Golos“-Leute*) zulassen (das hat Inok schon Swertschkow erklärt).

4. Die *reale* Lage in der Partei ist jetzt so, daß fast überall im Lande formal ganz und gar nicht gegliederte, kleine und kleinste, unregelmäßig zusammentretende, von Arbeitern gebildete Parteigruppen und -zellen bestehen. Überall kämpfen sie gegen die liquidatorischen Legalisten in den Vereinigungen, Klubs usw. Sie haben keine Verbindung miteinander. Literatur erhalten sie höchst selten. Bei den Arbeitern sind sie angesehen. In diesen Gruppen vereinigen sich *Bolschewiki + Plechanowleute* und zum Teil auch diejenigen „Wperjod“-Leute, die zwar „Wperjod“-Literatur gelesen oder „Wperjod“-Redner gehört haben, aber noch nicht in die im Ausland geschaffene, isolierte Fraktion der „Wperjod“-Leute hineingeraten sind.

Auf einen Teil der Petersburger Arbeiter hat diese parteifeindliche Fraktion zweifellos einen gewissen, jedoch nur geringen Einfluß. Es ist zur Genüge bewiesen, daß sie sich keinem ZK unterordnet und die Arbeit der Sozialdemokraten nach Kräften stört (bis jetzt hat sie nicht offen zu den Wahlen zur IV. Duma aufgerufen und kokettiert weiterhin mit den Otsowisten).

Eine sehr viel ernstere parteifeindliche und antisozialdemokratische Kraft ist die Fraktion der *unabhängigen Legalisten* („Nascha Sarja“ + „Delo Shisni“ + „Golos Sozial-Demokrata“). Es ist zur Genüge bewiesen, daß sie sich keinem ZK unterordnen und sich öffentlich über seine Beschlüsse lustig machen. Die Resolution des Plenums verwirklichen (die Bedeutung der illegalen Partei „nicht herabsetzen“ usw.), können sie *nicht*, denn sie wollen es nicht. Sie können nur eine *entgegengesetzte* Linie verfolgen.

Kein einziger ehrenhafter Sozialdemokrat kann daran zweifeln, daß die „unabhängigen Legalisten“ Vorbereitungen zu den Wahlen zur IV. Duma treffen und diese Wahlen *ohne* die Partei *und gegen* die Partei durchführen werden.

Die Aufgabe der Parteimitglieder ist klar: Keinerlei weitere Verzögerung zulassen, das *direkte* Auftreten gegen die unabhängigen Legalisten auch nicht um einen Tag verschieben, offen und entschlossen an die Arbeiterzirkel der Partei in Rußland appellieren, mit den Vorbereitungen der Wahlen zu beginnen und *bei den Wahlen* die Arbeiter vor den „unabhängigen Legalisten“ zu warnen, gegen sie zu kämpfen und *nur* ganz und gar parteiverbundene Arbeiter durchzubringen, *nur* solche, die die Gefährlichkeit dieser Strömung erkannt haben.

Das ist die Tagesaufgabe unserer Partei. Jegliche Abweichung von dieser vom Leben (und von den unabhängigen Legalisten) real bedingten Fragestellung, jegliche Ausflüchte, Verzögerungen und Versuche, das Spiel mit den „Versprechungen“ und „Versicherungen“ der Legalisten zu wiederholen, bergen für die Partei größte Gefahren in sich.

5. Unsere praktische Schlußfolgerung: Der Beratung der Neun muß man vorschlagen, sich unbedingt und sofort mit einem Aufruf an die Partei zu wenden, in dem der Mißerfolg einer Einberufung des ZK in Rußland richtig und vollständig dargelegt wird, in dem die örtlichen Zirkel aufgefordert werden, die Initiative zu ergreifen, um erst Gebiets-Organisationskommissionen *und danach* eine zentrale *Organisationskommission* zu schaffen und entschlossen, offen und unbeugsam gegen die „unabhängigen Legalisten“ zu kämpfen.

Diesen Aufruf durch ein formelles Votum des ZK-Plenums zu bestätigen ist nur dann nötig, wenn nicht nur fünf dieser neun ZK-Mitglieder, sondern die weit überwiegende Mehrheit dieser Neunergruppe einverstanden ist, sich als Plenum zu erklären und den entschlossenen Kampf gegen die Gruppe (Fraktion) der unabhängigen Legalisten zu beginnen. Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Kampf unvereinbar ist mit der Mitarbeit dieser Legalisten in den zentralen Institutionen, die sie gesprengt, gehemmt, kraftlos gemacht und anderthalb Jahre in einem „krankhaften Zustand erhalten“ haben.

*Geschrieben zwischen dem 19. und 23. Mai
(1. und 5. Juni) 1911.*

3

**RESOLUTIONSENTWURF
ÜBER DIE KONSTITUIERUNG⁷³**

Die Beratung betrachtet sich, nachdem sie festgestellt hat, daß alle im Ausland lebenden ZK-Mitglieder zu dieser Beratung eingeladen und mit einer Ausnahme auch erschienen sind, als Beratung der im Ausland lebenden ZK-Mitglieder und nimmt in ihre Tagesordnung die Frage der Wiederherstellung des ZK im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage in der Partei in ihre Tagesordnung auf.

*Geschrieben am 28. Mai
(10. Juni) 1911.*

ZU DEN ERGEBNISSEN DER DUMASESSION

„Gemeinsam gemacht“

In der „historischen“ Sitzung der Duma vom 27. April wandte sich Herr Teslenko unter anderem folgendermaßen gegen Herrn Stolypin:

„Der Vorsitzende des Ministerrats erklärte der Reichsduma: ‚Ja, meine Herren, ich werde Ihnen in allernächster Zeit zu Hilfe eilen. Sie werden sicherlich mit dem Gesetz über die Altgläubigen so verfahren, daß man es vor den Ferien wird ablehnen müssen, und dann wird es während der Ferien erlassen werden.‘ Mir kam es sogar so vor, als habe darin ein gewisser, irgendwie familiärer Ton gelegen, irgend so ein Ton, als sage man uns hier: Wir haben das ja gemeinsam gemacht. Und verzeihen Sie, meine Herren, wenn ich mich unwillkürlich an jene Szene aus dem ‚Revisor‘ erinnerte, wo der Stadthauptmann sagt: ‚Was, Sie wollen sich über mich beschweren?! Erinnern Sie sich doch, wie wir dies und das gemeinsam gemacht haben.‘ Und, meine Herren, ich nehme an, daß vielleicht jene, die früher auf diese Hilfe gerechnet haben, die vielleicht auch fernerhin auf sie rechnen, sich – glaube ich – peinlich berührt fühlen mußten, und vielleicht dachten sie, und es ist gut, wenn sie es dachten: Gott schütze uns vor solchen Freunden, mit den Feinden werden wir schon selber fertig.“

Herr Teslenko hat, wie der stenografische Bericht verzeichnet, für diese Tiraden „Beifall von links“ geerntet – offenbar aus den Reihen der Fraktion der Volksfreiheit. Die Kadetten erblickten hierin eine gelungene Ironie gegenüber den Oktobristen. Aber in diesem Fall, wie auch in vielen anderen, klatschten sie Beifall, ohne sich über den tieferen Sinn der Worte, die ihrem Redner entschlüpften, Gedanken zu machen. Sie klatschten, weil sie glaubten, daß diese Worte nur die Oktobristen trafen, nur diesen von ihnen besonders gehaßten Konkurrenten kompromittierten. Sie begriffen nicht, daß die gelungene Redewendung des Herrn Teslenko, wenn

man ihre Bedeutung ernsthaft analysiert, die Wahrheit darstellt, die sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten nicht vertragen können. Es lohnt, auf diese Wahrheit einzugehen, denn sie betrifft eine der wichtigsten Fragen der politischen Geschichte Rußlands in den letzten fünf, sechs Jahren – und was für Jahren!

„Wir haben es gemeinsam gemacht“ – gut gesagt, Herr Teslenko. Aber vielleicht wäre der Ausdruck richtiger: gut das *wiederholt*, was viele Male auf „linken“ „Kundgebungen“ gesagt wurde, denen die Herren Kadetten gewöhnlich so verächtlich gegenüberstehen. „Wir haben es gemeinsam gemacht“ – diese Worte beziehen sich keineswegs auf die Gesetzentwürfe der III. Duma allein, keineswegs nur auf den berüchtigten „Kleinkram“. Sie beziehen sich auf *all das*, was die Herren Stolypin und die ganze russische liberale oder liberalisierende Bourgeoisie seit Ende 1905 „gemeinsam gemacht“ haben. Der „Ton“ des Herrn Stolypin ist dem kadettischen Redner nicht nur „familiär“ „vorgekommen“: Dieser Ton, tatsächlich für alle Reden Stolypins kennzeichnend, ist eine Eigentümlichkeit der ganzen Politik der Stolypin gegenüber der Bourgeoisie (die, nebenbei bemerkt, in Person der oktobristischen und kadettischen Abgeordneten die Mehrheit der Abgeordneten der III. Duma stellt).

Der familiäre Ton – der bei jeder ernsthaften Wendung der Ereignisse in grobes Brüskieren und sogar in Gewaltanwendung übergeht – rührt daher, daß nicht allein die Oktobristen, sondern auch die Kadetten nur wegen einer schönen Redewendung, ausschließlich des Beifalls wegen (das wissen die Stolypin sehr wohl) mit solchen Phrasen um sich werfen: „Gott schütze uns vor solchen Freunden“ (d. h. vor den Stolypin), „mit den Feinden“ (d. h. mit der rechten Reaktion wie mit den linken... wie soll man das milder ausdrücken?... „Ansprüchen“) „werden wir selber fertig.“

Wenn diese Phrasen nicht bloß Phrasen wären, dann wäre Rußland schon völlig und endgültig „von solchen Freunden“ erlöst. Der Witz liegt aber gerade darin, daß die Kadetten derartige Phrasen nur in der Hitze der „oppositionellen“ Gefechte hinwerfen, ohne einen gewissen, und sei es auch nur den leisesten Hauch von Demokratismus kann man von der Reichtribüne aus nicht oppositionell auftreten. So entschlüpfen eben demokratische Erklärungen, die mit den *Taten* derselben Kadetten zu vergleichen recht nützlich ist. Die historische Rolle der Demokratismus

mimenden (oder dem Feind von rechts mit dem Demokratismus drohenden) Bourgeoisie besteht darin, daß dieses „Spiel“ mit Worten manch einem aus den unteren Volksschichten mitunter einen ernsthaften Dienst erweist, in ihm einen wahren und tiefen demokratischen Gedanken erweckt. „Wenn oben Geige gespielt wird, bekommt man unten Lust zu tanzen.“ Ein lateinisches Sprichwort sagt: „*littera scripta manet*“ – Geschriebenes geht nicht verloren. Auch das Gesagte geht nicht immer verloren, selbst wenn es nur der Phrase und des Effektes wegen gesagt worden ist.

Daraus folgt freilich nicht, daß man die heuchlerische Phrase der Kadetten für bare Münze nehmen, sie als Demokratismus proklamieren oder ansehen darf. Daraus folgt aber, daß man jede heuchlerische, demokratisch angehauchte Phrase der Kadetten ausnutzen soll, erstens, um das Auseinandergehen von Wort und Tat des Sprechenden anzuprangern und zweitens, um die wirkliche, lebendige, unmittelbare Bedeutung des Demokratismus für jene „unteren Schichten“ zu zeigen, zu denen die effektvollen Phrasen der Redner aus dem Taurischen Palast dringen.

Heuchlerisch sind die oben angeführten Betrachtungen des Herrn Teslenko nicht darum, weil Herr Teslenko etwa persönlich heuchelte: Er hat sich wohl einfach von seinem oppositionellen Redeschwall hinreißen lassen. Die Heuchelei besteht hier darin, daß die *Worte* des Vertreters der Kadettenpartei auseinandergehen mit den *Taten* dieser Partei in allen ersten Augenblicken der jüngsten russischen Geschichte.

Man erinnere sich der Ereignisse im August 1905. Was tat damals der Vorgänger des Herrn Stolypin? Er deichselte die Bulyginsche Duma und die Wahlen zu ihr. Was taten Herr Teslenko und seine Gesinnungsfreunde? Sie deichselten nach Maßgabe ihrer Kräfte und entsprechend ihrer „Spezialität“ in der gesellschaftlichen Arbeit die gleichen Wahlen. „Wir haben es gemeinsam gemacht“, darf mit Recht Herr Bulygin (und Herr Stolypin) zu Herrn Teslenko sagen. Und Herr Teslenko „hat es gemeinsam mitgemacht“, gerade weil er sich scheute, ohne jene seiner „Freunde“ zu bleiben, von denen er jetzt so großartig, so ritterlich mutig sagt: „Gott schütze uns vor solchen Freunden . . .“

Man erinnere sich der Ereignisse ein Vierteljahr nach dem Erlaß des Gesetzes über die Bulyginsche Duma. Was tat damals der Vorgänger des Herrn Stolypin? Er widersetzte sich z. B. der Bewegung der Post- und

Telegrafenangestellten und den zahlreichen Erscheinungen analoger Bewegungen. Herr Teslenko oder zumindest seine Partei, in Person des Herrn Struve, Karaulows und anderer, widersetzte sich derselben Bewegung auf ihre Art. „Wir haben es gemeinsam gemacht“, kann mit Recht Herr Witte (und Herr Stolypin) zu den Herren Teslenko sagen. Genauso war es am 1. Mai 1906 in bezug auf den Feiertag der Arbeiter, dann etwas später in bezug auf die „örtlichen Bodenkomitees“, im Jahre 1907 systematisch und strikt in bezug auf die Arbeiter- und Bauernabgeordneten der II. Duma usw. u. dgl. m.

Der bekannte kadettische Schriftsteller, Herr Isgojew, zog in den „Wechi“ die richtige Bilanz dieser jahrelangen Politik seiner Partei, als er schrieb: „Man muß endlich den Mut haben einzugestehen, daß in unseren Reichsdumas die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, mit Ausnahme von drei, vier Dutzend Kadetten und Oktobristen, nicht das Wissen an den Tag legte, mit dem man an die Verwaltung und Umgestaltung Rußlands hätte gehen können.“

Das „mutige Eingeständnis“ des Herrn Isgojew ist darum mutig, weil der Verfasser, auf alles Ansehen und alle Diplomatie verzichtend, hier die *Wahrheit* ausgeplaudert hat. Die Kadetten ließen sich tatsächlich „in unseren Reichsdumas“ von jenem gutsbesitzerlichen, bürgerlichen, liberal-monarchistischen „Wissen“ leiten, das „die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten“, besonders von links, nicht zufriedenstellen konnte. Und es versteht sich natürlich schon von selbst, daß Stolypin diese letzteren Abgeordneten bekämpfte, gestützt gerade auf das „Wissen“ (richtiger gesagt, auf die Interessen und den Standpunkt) „von drei, vier Dutzend Kadetten und Oktobristen“. „Wir haben es gemeinsam gemacht“, wir kämpften gegen die Ungeschicklichkeit, die Unerfahrenheit und die Unwissenheit der Bauern und Arbeiter, kann mit Recht Herr Stolypin zu der gesamten Kadettenpartei sagen.

Das Hauptergebnis der Dumasession des laufenden Jahres besteht darin, daß die übermäßige „Familiarität“ Stolypins gegenüber der Mehrheit der III. Duma – und dabei eben ihrer bürgerlichen, oktobristisch-kadettischen Mehrheit – selbst für diese langmütige Majorität unerträglich geworden ist. Die alte Macht behandelt die Bourgeoisie familiär, ganz von oben herab, die sich ihrer Bedeutung unter den neuen, den modernen ökonomischen Verhältnissen wohl bewußt ist und nach Selbständigkeit, ja nach der Macht

seufzt. Die Episode mit dem Artikel 87 hat diese Familiarität so kraß offenbart und hat dabei manch einen unter den Mächtigen dieser Welt so derb verletzt, daß die langmütigsten Leute zu knurren anfangen. Doch über das Knurren hinaus vermögen sie nicht zu gehen. Sie sind an Händen und Füßen gebunden und können deshalb nicht weiter gehen. Sie sind dadurch gebunden, daß sie in all den letzten Jahren, in den wichtigsten Augenblicken der russischen Geschichte sich von der breiten Volksbewegung ängstlich abwandten, sich von der Demokratie – der wahren, lebendigen, aktiven Demokratie der Massen – feindselig fernhielten, hinterwärts über sie herfielen, so wie Stolypin über sie herfiel. Dadurch gebunden, erleiden die Oktobristen und Kadetten jetzt die verdiente Strafe; im Grunde genommen haben sie *nichts* zu erwidern, wenn der sie familiär, von oben herab behandelnde Stolypin ihnen sagt: Wenn ich ein Feind der Demokratie bin, so haben auch Sie, meine Lieben, Angst vor ihr bekommen, „wir haben es gemeinsam gemacht“.

„Swesda“ Nr. 24,
28. Mai 1911.

Unterschrift: *W. I l j i n.*

Nach dem Text der „Swesda“.

ÜBER ALTE, DOCH EWIG NEUE WAHRHEITEN

Die Vorkommnisse, die das Ausbleiben der Arbeiterdelegierten auf dem 2. Kongreß der Betriebsärzte in Moskau bedingten, sind den Lesern aus den Zeitungen⁷⁴ bekannt. Wir können sie hier nicht ausführlich darstellen und auf ihre Bedeutung hinweisen. Vermerkt seien lediglich die lehrreichen Betrachtungen der „Retsch“ vom 14. April – d. h. am Tage der Eröffnung des Kongresses – in ihrem Leitartikel, der am Vorabend dieser Vorkommnisse geschrieben worden ist.

„Leider“, schrieb das Organ der Kadettenpartei, „werden dieser Teilnahme“ (der Vertreter der Arbeiter) „äußere Hindernisse in den Weg gelegt. Es ist sehr wohl bekannt, welches Geschick gewisse allzu feurige Redner ereilt. Die Folge ist, daß die Vertreter der Arbeiter darüber reden wollen, wie schwierig es für sie ist, sich auf spezielle Fragen zu konzentrieren, wie unmöglich es für sie ist, eine richtige Vertretung auf dem Kongreß zu organisieren, welche Hindernisse ihren Organisationen in den Weg gelegt werden, und über vieles andere, was wiederum dem Programm des Kongresses fernliegt und dessen Erörterung von den vorgesehenen Fragen ablenkt und mitunter sogar zu unerwünschten Folgen führt. Die erhitzte Atmosphäre erklärt auch jene Unduldsamkeit, die die Vertreter der Arbeiter gegenüber den ‚bürgerlichen‘ Rednern, gegenüber allen Maßnahmen der Regierung und der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Vertretern anderer sozialer Gruppen an den Tag legten.“

Diese ganze Tirade ist ein charakteristisches Beispiel ohnmächtiger Stoßseufzer, deren Ohnmacht sich nicht erklärt aus der zufälligen Zusammensetzung oder aus irgendwelchen Eigentümlichkeiten der betreffenden

liberalen Partei, der betreffenden Frage u. dgl. m., sondern aus viel tieferen Ursachen: aus den objektiven Verhältnissen, in die im Rußland des 20. Jahrhunderts die liberale Bourgeoisie überhaupt versetzt ist. Die liberale Bourgeoisie sehnt sich nach einer „Ordnung“, wo sie Arbeiter vor sich hätte, die nicht geneigt wären, „allzu feurig zu reden“, die „duldsam“ genug wären gegenüber der Bourgeoisie, gegenüber der Idee der *Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie*, „gegenüber allen Maßnahmen der Regierung“. Sie seufzt nach einer solchen Ordnung, wo diese bescheidenen, mit ihr „zusammenarbeitenden“ Arbeiter sich „auf spezielle Fragen“ der Sozialpolitik „konzentrieren“ könnten und in aller Bescheidenheit bereit wären, an dem kümmerlichen Rock der bürgerlichen Fürsorge für den „geringeren Bruder“ herumzuflicken. Kurzum, die russischen Liberalen seufzen nach einer Ordnung etwa von der Art, wie wir sie jetzt in England oder in Frankreich sehen zum *Unterschied* von Preußen. In England und in Frankreich herrscht die Bourgeoisie unumschränkt und beinahe (mit geringen Ausnahmen) unmittelbar, während in Preußen die Feudalherren, die Junker und der monarchistische Militarismus den Vorrang haben. In England und in Frankreich bedient sich die Bourgeoisie besonders oft, frei und weitgehend der Methode der Heranziehung von Emporkömmlingen aus dem Proletariat oder von Verrätern an seiner Sache (John Burns, Briand) als „Mitarbeiter“, die sich ruhig „auf spezielle Fragen konzentrieren“ und die Arbeiterklasse „Duldsamkeit“ gegenüber der Herrschaft des Kapitals lehren.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß das englische und französische Regime viel demokratischer ist als das preußische, viel günstiger für den Kampf der Arbeiterklasse, viel höher steht, gemessen am Grad des Absterbens der mittelalterlichen Institutionen, die den wichtigsten und wirklichen Gegner der Arbeiterklasse vor ihr verdecken. Es ist darum nicht im geringsten zu bezweifeln, daß es im Interesse der russischen Arbeiter liegt, alle Bestrebungen zu unterstützen, unsere Heimat mehr nach dem englisch-französischen Typ als nach dem preußischen umzugestalten. Man darf sich aber nicht, wie es allzuoft geschieht, auf diese unbestreitbare Schlußfolgerung beschränken. Die strittige Frage oder die (zwischen uns und den Demokraten verschiedener Prägung) strittigen Fragen fangen eben hier erst an.

Die Unterstützung dieser Bestrebungen ist notwendig, aber um einen

Schwachen und Schwankenden zu unterstützen, muß man ihn auf etwas Festeres stützen, muß man seine Illusionen zerstreuen, die ihn hindern, die Schwäche zu sehen, ihn hindern, die Ursachen der Schwäche zu begreifen. Wer diese Illusionen stärkt, wer in das ohnmächtige Seufzen der ohnmächtigen, inkonsequenten und wankelmütigen Anhänger der Demokratie einstimmt, der unterstützt nicht die Bestrebungen nach bürgerlichem Demokratismus, sondern schwächt diese Bestrebungen. Die Bourgeoisie in England und in Frankreich seufzte seinerzeit, um die Mitte des 17. bzw. am Ende des 18. Jahrhunderts, nicht über die „Unduldsamkeit“ des geringeren Bruders, machte keine saure Miene zu den „allzu feurigen Rednern“ aus den Reihen dieses geringeren Bruders, sondern stellte selbst die allerfeurigsten Redner (und nicht nur die Redner), die für „Duldsamkeits“ predigten, für ohnmächtiges Seufzen, für Schwankungen und Unentschlossenheit ein Gefühl der Verachtung weckten. Und unter diesen feurigen Rednern gab es Männer, die Jahrhunderte hindurch Leuchten und Lehrer geblieben sind, ungeachtet der ganzen historischen Beschränktheit, ja mitunter Naivität ihrer damaligen Vorstellungen über die Mittel und Wege zur Erlösung aus allem Ungemach.

Die deutsche Bourgeoisie seufzte ebenso wie die russische darüber, daß beim „geringeren Bruder“ die Redner „allzu feurig“ seien – und in der Geschichte der Menschheit lieferte sie ein Muster an Niedertracht, Gemeinheit und Speichelleckerei, die mit Tritten der „junkerlichen“ Stiefel belohnt wurde. Der Unterschied zwischen dieser und jener Bourgeoisie ist natürlich nicht mit den „Eigenschaften“ verschiedener „Rassen“ zu erklären, sondern mit dem Niveau der ökonomischen und politischen Entwicklung, die die Bourgeoisie zwang, den „geringeren Bruder“ zu fürchten – die die Bourgeoisie zwang, zwischen der Verurteilung der Gewalttätigkeiten des Feudalismus und der Verurteilung der „Unduldsamkeit“ der Arbeiter hilflos hin und her zu schwanken.

All das sind alte Wahrheiten. Doch sind sie ewig neu und bleiben neu, wenn man in Schriften von Leuten, die Marxisten sein möchten, solche Zeilen lesen muß:

„Das Scheitern der Bewegung von 1905–1906 war nicht durch ‚Extreme‘ der Linken bedingt, denn diese ‚Extreme‘ waren ihrerseits selbst bedingt durch die Gesamtheit einer ganzen Reihe von Ursachen, waren nicht bedingt durch den ‚Verrat‘ der Bourgeoisie, die überall in Westeuropa im

entsprechenden Augenblick ‚Verrat‘ übte, sondern durch das Fehlen einer fest formierten bürgerlichen Partei, die sich an Stelle der überlebten Macht der Bürokratie an das Staatsruder hätte stellen können und die ökonomisch stark und demokratisch genug gewesen wäre, um die Unterstützung des Volkes zu erhalten.“ Und einige Zeilen weiter: „... die Schwäche der städtischen bürgerlichen Demokratie, die zum politischen Anziehungspol für die demokratische Bauernschaft hätte werden müssen...“ („Nascha Sarja“ Nr. 3, S. 62. Artikel des Herrn W. Lewizki.)

Herr W. Lewizki hat seine Ablehnung der Idee der „Hegemonie“ konsequenter durchdacht („zum Anziehungspol hätte die städtische bürgerliche Demokratie werden müssen“ und niemand anders!) oder spricht sie mutiger und bestimmter bis zu Ende aus als Herr Potressow, der an seinem Artikel in dem Werk „Die gesellschaftliche Bewegung“ unter dem Einfluß der Plechanowschen Ultimaten Korrekturen vornahm.

Herr W. Lewizki argumentiert ganz und gar wie ein Liberaler. Er ist ein inkonsequenter Liberaler, wieviel marxistische Redewendungen er auch gebrauchen mag. Er hat nicht die geringste Vorstellung davon, daß zum „Anziehungspol für die demokratische Bauernschaft“ eine ganz andere soziale Kategorie als die städtische bürgerliche Demokratie hätte werden müssen. Er vergißt, daß dieses „Müssen“ im Verlauf großer historischer Perioden sowohl in England als auch in Frankreich und in Rußland eine Realität war, wobei in Rußland diese Perioden groß der Bedeutung, aber klein der Zeit nach waren, während in den ersten beiden Ländern ein weitgehend demokratisches, ultrademokratisches, „allzu feuriges“ Plebejertum die verschiedenartigen Elemente der „unteren Schichten“ vereinigte.

Herr W. Lewizki vergißt, daß diese „unteren Schichten“, sogar in den kurzen Zeitspannen, wo sie in der Geschichte die Rolle von „Anziehungspolen für die demokratische Bauernschaft“ spielen konnten, wo es ihnen gelang, diese Rolle den Händen der liberalen Bourgeoisie zu entreißen und sie einen entscheidenden Einfluß darauf ausübten, welchen Grad des Demokratismus das Land in den darauffolgenden Jahrzehnten sogenannter ruhiger Entwicklung erlangte. Diese „unteren Schichten“ erzogen ihre Bourgeoisie in den kurzen Perioden ihrer Hegemonie, modelten sie so um, daß diese danach zwar ein Zurück anstrebte, aber in dieser Rückwärtsbewegung nicht weiter gehen konnte als, sagen wir, bis zur zweiten Kam-

mer in Frankreich oder bis zu Abweichungen vom Demokratismus bei den Wahlen usw. usf.

Eben diese, durch die historische Erfahrung *aller* europäischen Länder bestätigte Idee, daß die bürgerliche Demokratie eines jeden Landes in den Epochen der bürgerlichen Umgestaltungen (oder richtiger: der bürgerlichen Revolutionen) diese oder jene Form annimmt, diese oder jene Gestalt gewinnt, in dieser oder jener Tradition erzogen wird, dieses oder jenes Minimum an Demokratismus anerkennt, je nachdem inwieweit die *Hegemonie* in den entscheidenden Momenten der nationalen Geschichte *nicht* auf die Bourgeoisie, *sondern* auf die „unteren Schichten“, auf das „Plebejertum“ des 18. Jahrhunderts, auf das Proletariat des 19. und des 20. Jahrhunderts übergeht – diese Idee ist Herrn W. Lewizki fremd. Diese Idee der Hegemonie bildet gerade eines der Grundprinzipien des Marxismus. Der Bruch der Liquidatoren mit diesen Grundsätzen (ja schon die Gleichgültigkeit ihnen gegenüber) ist die tiefste Quelle für eine ganze Reihe von unversöhnlichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit den Gegnern des Liquidatorentums.

Jedes kapitalistische Land macht eine Epoche bürgerlicher Revolutionen durch, in der sich diese oder jene Stufe des Demokratismus herausbildet, diese oder jene Struktur des Konstitutionalismus oder Parlamentarismus, dieser oder jener Grad von Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Freiheitsliebe und Initiative der „unteren Schichten“ im allgemeinen und des Proletariats im besonderen, diese oder jene Tradition im gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Leben. Welches diese Stufe des Demokratismus sein wird und wie diese Tradition aussehen wird – das hängt namentlich davon ab, ob die Hegemonie in den *entscheidenden* Augenblicken der Bourgeoisie oder ihrem Antipoden gehören wird, ob die erstere oder der letztere (wiederum in diesen entscheidenden Augenblicken) den „Anziehungspol für die demokratische Bauernschaft“ und überhaupt für alle demokratischen Zwischengruppen und -schichten bilden wird.

Herr W. Lewizki ist ein Meister glänzender Formulierungen, die mit einem Schläge die ideologischen Grundlagen des Liquidatorentums kraß und klar aufdecken. Von dieser Art ist seine berühmte Formulierung: „*nicht* Hegemonie, *sondern* Klassenpartei“, die ins Russische übertragen bedeutet: nicht Marxismus, sondern Brentanoismus (Sozialliberalismus). Zur gleichen Berühmtheit werden sicherlich auch die beiden hier angeführ-

ten Formulierungen gelangen: „Zum Anziehungspol für die demokratische Bauernschaft hätte die städtische bürgerliche Demokratie werden müssen“ und „das Scheitern war bedingt durch das Fehlen einer fest formierten bürgerlichen Partei.“

„Swesda“ Nr. 25,
11. Juni 1911.
Unterschrift: *W. I. I. j. n.*

Nach dem Text der „Swesda“.

RESOLUTION DER II. PARISER GRUPPE DER SDAPR ÜBER DIE LAGE IN DER PARTEI⁷⁵

VORWORT

Die unten abgedruckte Resolution der II. Pariser Gruppe der SDAPR – diese Gruppe besteht hauptsächlich aus Bolschewiki und einer kleinen Anzahl von „Wperjod“-Leuten und „Versöhnlern“ – umreißt die grundlegenden Thesen der Plattform aller Bolschewiki. Zu einer Zeit, da sich der innerparteiliche Kampf verschärft, ist es besonders wichtig, die Ansichten über die grundsätzlichen Fragen des Programms, der Taktik und der Organisation ihrem *Wesen* nach darzulegen. Leute wie Trotzki, mit seinen aufgeblasenen Phrasen über die SDAPR und seiner Kriecherei vor den Liquidatoren, die mit der SDAPR nichts gemein haben, bilden heutzutage eine „Krankheit der Zeit“. Sie wollen Karriere machen durch die billige Predigt der „Verständigung“ mit allen, wer es auch sei, einschließlich des Herrn Potressow und der Otsowisten! – wobei sie sich notgedrungen über die politischen Bedingungen dieser verwunderlichen Quasi-„Verständigung“ völlig ausschweigen. In Wirklichkeit sind sie Prediger der *Kapitulation* vor den Liquidatoren, vor den Leuten, die eine Stolypinsche Arbeiterpartei aufbauen.

Alle Bolschewiki müssen sich jetzt enger zusammenschließen, müssen ihre Fraktion festigen und die Parteilinie dieser Fraktion genauer und klarer festlegen – im Unterschied zu den Fraktionen, die ihr „Gesicht“ auf die eine oder andere Weise verbergen –, sie müssen die zersplitterten Kräfte sammeln und den Kampf aufnehmen für eine Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, die von den Schrittmachern des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat gesäubert ist.

N. Lenin

I

Nach Erörterung der Lage in der SDAPR im allgemeinen und der letzten Erscheinungen des im Ausland entbrannten Kampfes zwischen den Sozialdemokraten und denen, die sich zur Sozialdemokratie zählen möchten,

hält es die Versammlung der II. Pariser Gruppe der SDAPR für notwendig, vor allem an die grundlegende prinzipielle These zu erinnern, die vom letzten Plenum des ZK (im Januar 1910) einstimmig bestätigt wurde und die den Charakter wirklich sozialdemokratischer Arbeit bestimmt. Diese Grundthese lautet, daß „die Negierung der illegalen sozialdemokratischen Partei, die Herabminderung ihrer Rolle und Bedeutung sowie Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Losungen der revolutionären Sozialdemokratie zu schmälern“, einen *Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat* darstellen. Nur die Erkenntnis der Gefährlichkeit dieser Abweichung sowie jeder „otsowistischen“ oder den Otsowismus rechtfertigenden ideologisch-politischen Strömung, nur eine Arbeit, die *in der Praxis* diese Abweichungen überwindet, ist eine *sozialdemokratische Arbeit*.

Die Versammlung stellt ferner fest, daß die Auslandsredaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ und die Gruppe ihrer Anhänger, der „Golos“-Leute – entgegen der genannten einstimmigen Resolution des Plenums, entgegen der feierlichen Versicherung der Vertreter des „Golos“ auf dem Plenum, sich vom Liquidatorentum *loszusagen* und es zu bekämpfen –, im Laufe der ganzen mehr als anderthalb Jahre nach dem Plenum gerade diese *bürgerliche* Politik des Liquidatorentums betrieb und solche Organe der russischen, von der Sozialdemokratie und dem Sozialismus unabhängigen Legalisten unterstützte, rechtfertigte und verteidigte, wie „Nascha Sarja“, „Wosroshdenije“, „Delo Shisni“ u. a. Die Wortführer dieser Organe haben, wie das Zentralorgan dies im Namen der Partei wiederholt feststellte, wie dies auch die parteitreuen Menschewiki, an ihrer Spitze Gen. Plechanow, feststellten, *mit der SDAPR nichts gemein*. Die Wortführer dieser Organe setzen nicht nur die Rolle und Bedeutung der illegalen sozialdemokratischen Partei herab, sondern lehnen sie direkt ab, sie schmähen nach Renegatenart die „Illegalität“, sie leugnen den revolutionären Charakter der Tätigkeit und die revolutionären Aufgaben der

modernen Arbeiterbewegung in Rußland, sie betrügen die Arbeiter, indem sie bürgerlich-liberale Ideen über den „konstitutionellen“ Charakter der heranreifenden Krise verbreiten und solche traditionellen Losungen des revolutionären Marxismus, wie die Anerkennung der *Hegemonie* der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus und für die demokratische Revolution, über Bord werfen (und nicht nur beschneiden). Diese Leute, die eine, wie sie sie nennen, legale oder „offene“ Arbeiterpartei propagieren und aufbauen, errichten in Wirklichkeit eine *Stolypinsche* „Arbeiter“-partei, sind Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat, denn in Wirklichkeit ist die Propaganda dieser Leute von bürgerlichem Inhalt erfüllt, und eine „offene“ Arbeiterpartei unter Stolypin bedeutet nichts anderes als offenes Renegatentum von Leuten, die sich von der Aufgabe des revolutionären Kampfes der Massen gegen die zaristische Selbstherrschaft, gegen die III. Duna und das ganze Stolypinregime los-sagen.

Die Versammlung stellt fest, daß das Auslandsbüro des ZK, das dessen technisches Organ sein sollte, ganz und gar unter den Einfluß der Liquidatoren geraten ist.*

Das Auslandsbüro hat im Verlauf der anderthalb Jahre keinen einzigen ihm vom ZK übertragenen Auftrag (beispielsweise die Auslandsgruppen auf der Grundlage der Anerkennung und Durchführung der Plenumsbeschlüsse zu vereinigen oder die örtlichen Organisationen zu unterstützen, oder den Auftrag, die Einstellung des „Golos“ und das Aufgeben der fraktionellen Absonderung der Gruppe „Wperjod“ zu erwirken) erfüllt und damit den Feinden der Sozialdemokratie, den Liquidatoren, direkt Vorschub geleistet.

Der Partei zum Hohn hat die Mehrheit des Auslandsbüros des ZK seit Dezember 1910 systematisch die (gemäß dem Statut obligatorische) Einberufung des Plenums vereitelt. Sieben Wochen vergeudet das Auslandsbüro des Zentralkomitees allein für die „Abstimmung“ über die Frage des Plenums, als die Bolschewiki zum erstenmal die Forderung erhoben, dieses

* Der „Golos“-Mann Igorew (der von dem parteitreuen Menschewik Plechanow zur Genüge entlarvt und angeprangert worden ist) und der Bundist Liber⁷⁶, der eine direkte Propaganda zur Verteidigung des Herrn Potressow und der anderen Urheber einer Stolypinschen Arbeiterpartei betreibt, sind die Führer dieses Auslandsbüros des Zentralkomitees.

Plenum einzuberufen. Im Resultat dieser siebenwöchigen Abstimmung erkannte das Auslandsbüro des ZK an, daß die Forderung der Bolschewiki nach einem Plenum „berechtigt“ sei, aber zugleich vereitelte es praktisch das Plenum, wie es das Plenum auch zum zweitenmal Ende Mai 1911 vereitelte. Die tatsächliche Rolle dieses Auslandsbüros des Zentralkomitees bestand darin, aus dem Ausland und von den zentralen Institutionen der Partei her solchen Führern der Legalisten und Urhebern der Stolypinschen Arbeiterpartei beizustehen wie Michail, Juri und Roman, die die bloße Existenz des ZK für schädlich erklärten (Nr. 12 und Nr. 21/22 des Zentralorgans der Partei „Sozial-Demokrat“*). Die Versammlung stellt fest, daß die Besetzung von Parteifunktionen mit Liquidatoren ein direkter Betrug an der Partei ist, denn die Beschlüsse des Plenums reden klar und unzweideutig von der Zulassung nur solcher Menschewiki zu diesen Funktionen, die gewissenhaft ihre Versicherung einhalten, sich vom Liquidatorentum loszusagen und es zu bekämpfen.**

Die Versammlung ist deshalb der Meinung, daß der völlige Bruch der Bolschewiki mit dem Auslandsbüro des ZK, als einer Institution, die sich außerhalb des Gesetzes und außerhalb der Partei gestellt hat, unbedingt notwendig war, und daß die Beratung der ZK-Mitglieder (siehe ihre „Mitteilung“), die die überwiegende Mehrheit der in Rußland tatsächlich arbeitenden sozialdemokratischen Parteiorganisationen, -gruppen und -zirkel vertrat, durchaus zu Recht erklärt hat, daß „das Auslandsbüro des ZK den Weg parteifeindlicher Fraktionspolitik besritten und dabei gegen die klaren und exakten Beschlüsse des Plenums vom Jahre 1910 verstoßen hat“.

Die Versammlung beschließt, jede Verbindung mit dem Auslandsbüro des ZK, gleich welcher Art, aufzugeben und die Beschlüsse der Beratung der ZK-Mitglieder zu unterstützen, die eine Reihe minimal notwendiger

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 143/144, russ. und den vorliegenden Band, S. 113–117. Die Red.

** Was solche Methoden des Kampfes der sich im Ausland befindenden Liquidatoren gegen die SDAPR betrifft, wie politisches Erpressertum und Lieferung von Informationen an die Ochrana – worauf sich Herr Martow mit Hilfe der Redaktion des „Golos“ verlegt hat –, so brandmarkt die Versammlung derartige Taten, auf die es hinzuweisen genügt, um den Ekel aller anständigen Menschen vor ihnen hervorzurufen.

Maßnahmen bezeichnet hat, um die die gesamte Parteiarbeit hemmende Tätigkeit der Liquidatoren zu paralisieren, um eine Parteikonferenz einzuberufen und mit den Kräften der örtlichen Funktionäre die illegalen Organisationen und Zellen der Partei wiederherzustellen. Die Versammlung appelliert an alle parteitreuen Genossen in den örtlichen Organisationen, *unverzüglich* (entsprechend dem Beschluß der Beratung) an die Vorbereitung der Konferenz zu gehen und die Wahlen zu ihr in Angriff zu nehmen, wobei zu diesem Zweck regelmäßige Verbindungen mit der Organisationskommission⁷⁷, dem ZO und der „Rabotschaja Gaseta“ aufzunehmen sind.

II

Die Versammlung lenkt das Augenmerk der sozialdemokratischen Arbeiter ohne Ansehen der Fraktion darauf, daß die sich im Ausland befindenden Führer der Gruppe „Wperjod“ und der Redakteur der „Prawda“, Trotzki, eine Politik der Unterstützung der Liquidatoren und des Bündnisses mit ihnen gegen die Partei und deren Beschlüsse betreiben. Dieser Politik muß eine um so entschiedener Abfuhr erteilt werden, als sie den Interessen des Proletariats tiefgehenden Schaden zufügt und mit der Tätigkeit der illegalen sozialdemokratischen Gruppen in Rußland entschieden divergiert, die zwar mit der „Prawda“ oder dem „Wperjod“ verbunden sind, sich jedoch unbedingt loyal zu den Beschlüssen der Partei verhalten und überall im beharrlichen Kampf gegen die Liquidatoren für die illegale SDAPR mit ihrem revolutionären Programm eintreten.

Die Versammlung warnt die sozialdemokratischen Arbeiter insbesondere vor dem *Betrug*, der systematisch von den „Golos“-Leuten praktiziert wird, indem sie alle Funktionäre der legalen Bewegung als Gegner der alten Partei und als Anhänger der neuen Potressowschen „offenen“ Partei hinstellen. So hat die Redaktion des „Golos“ im letzten Flugblatt, das vom „Golos“ am 25. VI. herausgebracht wurde (mit der Bekanntmachung über die „Konferenz“ der Funktionäre der legalen Bewegung), *verheimlicht*, daß die Konferenz den Antrag der Liquidatoren, eine bestimmte legale Zeitung wegen ihrer antiliquidatorischen Richtung⁷⁸ zu boykottieren, *ablehnte*. So hat die Redaktion des „Golos“ *verheimlicht*,

daß auf derselben Konferenz die offen legalistischen und ausgesprochen renegatenhaften Resolutionen, die von den Anhängern des „Golos“ eingebracht worden waren, *abgelehnt* wurden. Sogar ein Bundist, einer der Teilnehmer der Konferenz, mußte dort den parteifeindlichen Charakter der Anträge der „Potressowleute“ zugeben. Eine Reihe von Funktionären der legalen Bewegung hat *schon* den Weg des entschiedenen Kampfes gegen die Stolypinsche „Arbeiter“partei beschritten. Und bei gemeinsamen Anstrengungen aller Parteimitglieder wird die Zahl solcher Funktionäre zweifellos noch größer werden.

III

Zu einer Zeit, wo sich der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat verschärft, konzentrieren alle prinzipienlosen Elemente ihre Anstrengungen stets darauf, die großen prinzipiellen Fragen mit billiger Sensation und mit einem Skandälchen zu verdecken, wie sie die „Golos“-Leute im Ausland dem nach verdorbener geistiger Nahrung lüsternen Auditorium der Liquidatorenversammlungen so eifrig auftischen.

In einer solchen Zeit ist es mehr denn je Pflicht der revolutionären Marxisten, jeden an die *alten*, von den Liquidatoren *vergessenen* Wahrheiten zu erinnern, die die Grundlage unserer sozialdemokratischen Arbeit bilden.

Die Versammlung erinnert deshalb alle Mitglieder der SDAPR *an das Programm* unserer Partei, das Programm, das in der Epoche der Verstärkung des internationalen Opportunismus und des Heranreifens eines entschiedenen Kampfes zwischen ihm und der revolutionären Sozialdemokratie eine exakte, klare, unabänderliche Formulierung des revolutionären *Endziels* des Sozialismus gegeben hat, das allein über die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen ist, sowie eine Formulierung der nächsten revolutionären Ziele der Sozialdemokratie Rußlands, den Sturz des Zarismus und die Erringung der demokratischen Republik. Die *gesamte* Propaganda unserer Legalisten und unserer „Golos“-Leute erweist, daß sie *in der Praxis* unser Programm nicht nur nicht akzeptieren und nicht verwirklichen, sondern den *Reformismus* offen verteidigen – das haben auch parteitreue Menschewiki zugegeben (siehe „Dnewnik Sozialdemokrata“⁷⁹).

von Plechanow und Nr. 3 des „Diskussionny Listok“) –, die nächsten revolutionären Ziele der SDAPR offen preisgeben.

Die Versammlung erinnert alle Mitglieder der SDAPR daran, daß es, um *in der Tat* Parteimitglied zu sein, nicht genügt, sich so zu *nennen*, nicht genügt, „*im Geiste*“ des Programms der SDAPR Propaganda zu betreiben, es ist darüber hinaus notwendig, die *gesamte* praktische Arbeit im Einklang mit den *taktischen* Beschlüssen der Partei zu leisten. In unserer konterrevolutionären Epoche, zu einer Zeit des allgemeinen Renegatentums, der Abtrünnigkeit, der Verzagtheit – besonders unter der bürgerlichen Intelligenz –, geben allein die taktischen Beschlüsse der Partei eine vom Standpunkt der Prinzipien des revolutionären Marxismus ausgehende Beurteilung der gegenwärtigen Lage, legen sie allein die Linie des praktischen Verhaltens dar. Für die wirkliche SDAPR – und nicht jene, deren Namen die „Golos“-Leute benutzen, um das Liquidatorentum zu bemänteln – gibt es *keine* andere parteimäßige Bestimmung der Aufgaben der Sozialdemokratie in der Epoche, die wir durchleben, als die *taktischen Resolutionen vom Dezember 1908*.

Die Liquidatoren und zum Teil auch die „Wperjod“-Leute verschweigen diese Resolutionen oder beschränken sich auf flüchtige Bemerkungen und Exklamationen *gegen* sie, weil sie eben in diesen Resolutionen eine *Linie* der Arbeit fühlen, die die opportunistischen wie auch die halb-anarchistischen Schwankungen von Grund auf zurückweist, die das Banner der Revolution allen konterrevolutionären Strömungen zum Trotz hochhält und die die ökonomischen und politischen Besonderheiten der gegenwärtigen Lage als neue Etappe in der bürgerlichen Entwicklung Rußlands *erklärt*, als eine Etappe, die zur Revolution führt, die die alten Aufgaben lösen muß. Wirkliches Parteimitglied ist nur derjenige, der die taktische Linie der Partei *praktisch* durchführt. Und die Taktik der Partei, die Taktik der SDAPR ist diejenige, nur diejenige Taktik, die in den Dezemberresolutionen von 1908 niedergelegt ist, in denen die Treue zum revolutionären Banner verknüpft ist mit der Berücksichtigung der neuen Verhältnisse unserer Epoche. Eine unmittelbare, konsequente Folgerung, die natürliche Fortsetzung und Vollendung der Dezemberresolutionen von 1908, die das Liquidatorentum verurteilen und nachdrücklich fordern, die Dumaarbeit der Sozialdemokratie anzuerkennen und alle legalen Möglichkeiten auszunutzen, stellen die Resolutionen des *Januarplenums 1910* dar,

die sich gegen die *Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat* richten. In unserer Zeit der Auflösung und des Zerfalls trifft man nicht selten Leute, die mit Berufung auf das große Prinzip der Einheit der proletarischen Armee die prinzipienlosen oder kläglich diplomatischen Versuche rechtfertigen, sich mit den *Schrittmachern des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat* zu „vereinigen“ oder ihnen „näherzukommen“. Die Versammlung verurteilt alle solche Versuche und lehnt sie, von wem sie auch ausgehen mögen, ganz kategorisch ab; sie erklärt, daß das große Werk der Vereinigung und Konsolidierung der kämpfenden Armee des revolutionären Proletariats nicht getan werden kann ohne konsequente Abgrenzung, ohne schonungslosen Kampf gegen alle jene, die *Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat* sind.

Wirkliches Parteimitglied ist derjenige, der tatsächlich hilft, eine den sozialdemokratischen Prinzipien entsprechende Organisation *aufzubauen*. Die Partei, die SDAPR, kennt keine andere *parteilgemäße* Definition des Charakters und der Aufgaben der organisatorischen Arbeit als diejenige, welche in der Resolution zur Organisationsfrage vom Dezember 1908, in der Resolution des Januarplenums 1910 zur selben Frage und in dem vom ZK gleich nach dem Plenum herausgegebenen Brief gegeben ist. *Nur* die allseitige Hilfeleistung zur Wiederherstellung und Festigung der *illegalen* Organisation ist *Parteiarbeit*, und nur die illegale SDAPR kann und muß sich mit einem Netz von legalen Organisationen umgeben, kann und muß alle möglichen legalen Organisationen *ausnutzen* und die ganze Arbeit solcher Organisationen im Geiste unserer revolutionären Prinzipien *leiten*. Wer eine solche Arbeit in der Praxis nicht leistet, wer an dem konterrevolutionären Feldzug im allgemeinen und im besonderen an dem liberalen Feldzug gegen die „*Illegalität*“, gegen die illegale Arbeit teilnimmt, der *betrügt* die Arbeiter, wenn er von seiner Zugehörigkeit zur SDAPR spricht.

Es nahen die Wahlen zur IV. Duma. Je schärfer sich die Krise der führenden Parteikreise im Ausland zuspitzt, um so dringender wird es notwendig, daß die örtlichen sozialdemokratischen Funktionäre die Initiative ergreifen, um so strenger müssen sie darauf bestehen und es *durchsetzen*, daß die Wahlarbeit von jeder Gruppe, jeder Zelle, jedem Arbeiterzirkel *tatsächlich* auf *parteilgemäße* Weise geleistet werde. Wer bis heute den „*Otsowismus*“ als „*berechtigte Strömung in unserer Partei*“ ansieht, der

führt die Bezeichnung eines Mitglieds der SDAPR zu Unrecht. Es ist unmöglich, Parteiarbeit zu den Wahlen für die IV. Duma zu leisten, ohne sich auf das entschiedenste von diesen Leuten abzugrenzen. Wer bis heute davon schwatzt, die Wahlen zur IV. Duma mit den Kräften und Mitteln der „legalen Organisationen“, mit den Kräften und Mitteln der „offenen Arbeiterpartei“ durchzuführen, wer dabei in der Praxis nicht den Beschlüssen der SDAPR über die illegale Organisation, über die Taktik, die in den Parteiresolutionen dargelegt ist, Rechnung trägt, sie nicht ins Leben umsetzt, dem steht der Name SDAPR nicht zu. Wer die Wahlarbeit durchführt und dabei nicht den Beschlüssen der SDAPR, sondern den Artikeln der „Nascha Sarja“, des „Golos Sozial-Demokrata“ und des „Delo Shisni“ Rechnung trägt, der arbeitet an der Errichtung einer Stolypinschen „Arbeiter“partei und nicht der revolutionären sozialdemokratischen Partei des Proletariats.

Bei den bevorstehenden Wahlen zur IV. Duma läßt sich unsere Partei vor allem von den Aufgaben der sozialistischen Aufklärung der Massen und den Interessen der Massenagitation für den revolutionär demokratischen Umsturz mit den Kräften des Proletariats und der revolutionären bürgerlichen Demokratie (vor allem der revolutionären Bauernschaft) leiten.

Im Interesse dieser Propaganda und Agitation muß unsere Partei das *selbständige* Auftreten der Sozialdemokraten bei den Wahlen organisieren und ihre Parteikandidaten nicht nur in der Arbeiterkurie, sondern überall unter den städtischen und ländlichen Wählern aufstellen.

Die ganze Wahlagitation der Partei muß an zwei Fronten geführt werden, d. h. sowohl gegen die Regierung und die sie offen unterstützenden Parteien als auch gegen die konstitutionell-demokratische Partei des konterrevolutionären Liberalismus.

Als Kandidaten der Partei können nur Leute aufgestellt werden, die die Politik der SDAPR in der Praxis rückhaltlos durchführen, die nicht nur dem Programm der Partei, sondern auch ihren taktischen Resolutionen treu sind und die gegen die neue Stolypinsche „Arbeiter“partei kämpfen.

In der Frage der Wahlabkommen müssen die grundlegenden prinzipiellen Richtlinien des Londoner Parteitags und der Parteikonferenz vom Juli 1907⁸⁰ in Kraft bleiben.

Die Wahlen zur IV. Duma müssen von den Parteigruppen der Arbeiter durchgeführt werden, müssen im Geiste der Parteibeschlüsse und in strenger Übereinstimmung mit ihnen durchgeführt werden.

*Geschrieben im Juni 1911,
nicht später als am 18. (1. Juli),
das Vorwort nicht vor dem 18. Juni (1. Juli).*

*Veröffentlicht im Juli 1911 als
Flugblatt und am 11. August 1911 im
„Informazionny Bjulleten“
der Technischen Kommission
im Ausland Nr. 1.*

*Nach dem Text des Flugblattes,
verglichen mit dem Text des
„Informazionny Bjulleten“.*

VORWORT ZU DER BROSCHÜRE „ZWEI PARTEIEN“

Die Broschüre Kamenews ist eine systematische Zusammenstellung von Material über den Kampf gegen das Liquidatorentum, den der Bolschewismus und in der Folge auch die ganze SDAPR in der Epoche der Konterrevolution führte. Es ist durchaus natürlich, daß Kamenew der Erläuterung der prinzipiellen Differenz zwischen der Sozialdemokratie und dem Liquidatorentum den größten Platz einräumt, so wie der „Proletari“⁸¹ und das Zentralorgan der Partei, der „Sozial-Demokrat“, in den Jahren 1908–1911 am meisten darauf eingegangen sind.

Kamenew hat den vollen Beweis erbracht, daß die Liquidatorengruppe in *Wirklichkeit* eine besondere Partei und nicht die SDAPR ist. Seine Beweisführung summiert vorwiegend die Erfahrungen der Jahre 1909–1911, Erfahrungen, durch die die Dezemberresolution von 1908 bestätigt wurde. In dieser Resolution, die im Namen der SDAPR von den Bolschewiki eingebracht und durchgesetzt wurde, war schon erklärt worden, daß die Liquidatoren *bestrebt sind*, die SDAPR durch eine „formlose“ legale Vereinigung zu *ersetzen*. Jetzt hat diese formlose legale Vereinigung der Herren Potressow, Larin, Lewizki und Co. (mit den Herren Martow und den „Golos“-Leuten im Ausland als Anhängsel) schon deutlich gezeigt, was sie darstellt. Es ist das eine Gruppe von Publizisten, die mit der SDAPR nichts gemein hat, die keine sozialdemokratische, sondern eine liberale Arbeiterpolitik treibt. Es sind dies die Urheber einer *Stolypinschen* „Arbeiter“partei.

Der Übergang vom Marxismus zum Liberalismus, und zwar der rascheste, mitunter ein „ganz unerwarteter“ Übergang, ist eine spezifische Eigenheit des Rußlands vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhun-

derts. Die „Ökonomen“ und das „Credo“ – die Herren Struve und Co. –, die Herren Liquidatoren, all das sind Stufen einer Leiter, Etappen einer Evolution, Erscheinungen ein und derselben Tendenz. Die Arbeiterpartei in Rußland begann sich kurz vor der Revolution von 1905 herauszubilden; diese Partei wird umgestaltet – teilweise neu aufgebaut, auf einem solideren Fundament – in der Epoche der Konterrevolution. Die bürgerliche Intelligenz, die zur Revolution gedrängt wird durch das Bewußtsein, daß Rußland die Epoche der demokratischen Umwälzungen noch nicht durchgemacht hat, schließt sich Gruppe um Gruppe dem Proletariat an – und rückt gruppenweise wieder von ihm ab, nachdem sie sich durch die Erfahrung überzeugt hat, daß sie dem revolutionären Marxismus nicht gewachsen ist, daß ihr wirklicher Platz *außerhalb* der sozialdemokratischen Partei ist. Solcherart sind auch unsere Liquidatoren, von denen ein Teil schon ganz klar, geradeheraus und offen über eine *neue* von ihnen zu schaffende Partei redet.

Der Otsowismus und das Liquidatorientum, die sich darin gleichen, daß sie beide nichtsozialdemokratische, bürgerliche Strömungen darstellen, unterscheiden sich wesentlich voneinander durch das Schicksal ihrer politischen Entwicklung. Der Otsowismus wurde rechtzeitig vom Bolschewismus seines Einflusses beraubt und brachte es nicht bis zu dem Versuch, eine eigene Partei zu schaffen; von ihm ist heute ein unbedeutendes Grüppchen im Ausland übriggeblieben, dessen Tätigkeit auf Unterstützung der Liquidatoren in deren Intrigen und Kampf gegen die SDAPR hinausgelaufen ist. Das Liquidatorientum dagegen hat sein Zentrum (vor allem im politischen Sinne, in der Folge auch im organisatorischen) in Rußland; es hat eine *besondere*, wenn auch formlose (zunächst formlose) Partei geschaffen, darum eben mußte Kamenew so ausführlich auf das Liquidatorientum eingehen und äußerte sich nur beiläufig über den Otsowismus.

Unter den Anhängern der SDAPR gibt es nur wenig Leute, die imstande wären, das Liquidatorientum aufrichtig zu verteidigen.* Es gibt

* Es wäre begreiflicherwise lächerlich, wollte man von der Aufrichtigkeit der „Golos“-Leute im Ausland reden. Das sind Spezialisten auf dem Gebiet der Erpressung und der von den Herren Martow geleiteten Verleumdung. Der Entscheid von Kautsky, Mehring und Zetkin, die strittigen Gelder *nicht* dem Auslandsbüro des ZK, *sondern* der Technischen Kommission⁸² (siehe das Flugblatt der Organisationskommission vom 1. August 1911) zu übergeben, ist die

aber leider noch ziemlich viele Leute, die dem Liquidatorientum zwar in aufrichtiger Feindschaft gegenüberstehen, jedoch die Bedingungen des Kampfes dagegen *nicht begreifen*. Gewiß, sagen diese Leute, das Liquidatorientum ist eine bürgerliche Strömung in der Sozialdemokratie, aber warum sollte man nicht in den Reihen einer einheitlichen Partei dagegen kämpfen, so wie die Deutschen die Bernsteinrede bekämpfen? Warum sollte man nicht eine „Verständigung“ mit den Liquidatoren versuchen?

Unsere „Verständiger“ begreifen eine sehr wichtige und sehr einfache Sache nicht: Die Liquidatoren sind nicht nur Opportunisten (ähnlich wie Bernstein und Co.), sie bauen außerdem eine *besondere* Partei auf, sie haben als ihre Losung das *Nichtbestehen* der SDAPR proklamiert, sie halten sich *in keiner Hinsicht* an die Beschlüsse der SDAPR. Darin eben liegt der Unterschied zu „Europa“, auf das sich nur Leute berufen können, die die Frage nicht durchdacht haben oder die russischen Verhältnisse nicht kennen. In Europa würde man keinen einzigen Opportunisten, der gegen seine Partei und gegen deren Beschlüsse ein Zehntel dessen getan hätte, was die Herren Potressow, Igorew, Ber, Martow, Dan und Co. getan haben und noch tun, auch nur einen einzigen Monat in den Reihen der Partei dulden. In Europa sind die Parteien *legal*, und es ist sofort zu sehen, ob einer zur Organisation gehört und sich ihr unterordnet.

Bei uns ist die Partei *illegal*. Man kann nicht „sehen“ und man kann nicht (wenn man nicht ein Helfer der Ochrana ist) offen davon reden, ob X, Y, Z zur Organisation gehören. Daß aber die Herren Potressow und Co. *nicht* zur Organisation gehören und auf *alle* ihre Beschlüsse *pfeifen* – genauso wie auch die „Golos“-Leute –, das ist eine Tatsache. Wie kann man sich denn „verständigen“ mit den Herren Potressow, die bewiesen haben, daß *für sie* die Partei *nicht existiert*? – mit den Herren Martow und Dan, die dasselbe bewiesen haben? *Worüber* kann man sich denn mit den Liquidatoren verständigen, außer über die Vernichtung der SDAPR?

völlige Rechtfertigung des Gen. Alexandrow und aller Bolschewiki (die mit Alexandrow *vollkommen solidarisch* sind), bedeutet die vollständige Verurteilung der schmutzigen Verleumdertätigkeit der Herren Martow, Dan, Martynow und Axelrod. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser auch auf den in der „Beilage“ veröffentlichten Brief des Gen. Wiktor⁸³, der zeigt, zu welchen verabscheuungswürdigen Methoden Herr Martow und seine Helfershelfer im Kampf gegen politische Gegner absinken.

Sollen die „Verständiger“ doch versuchen, die Bedingungen für eine Verständigung mit den Liquidatoren, die Mittel, um die Erfüllung der Bedingungen zu kontrollieren, und die Tatsachen, die ihre Erfüllung beweisen, zu zeigen. Weder das eine noch das andere, noch das dritte kann man zeigen. Und deshalb unterliegt es keinem Zweifel, daß das Gerede von einer „Verständigung“ ein leeres und dummes Gerede ist. Dieses Gerede fördert lediglich die Intrigen der Zirkel im Ausland (nach Art der Zirkel der „Wperjod“-Leute, der „Golos“-Leute und der Trotzlisten), die eindeutig bewiesen haben, daß sie auf die Beschlüsse der Partei pfeifen, indem sie in keiner Hinsicht ihrer „Freiheit“, die Liquidatoren zu unterstützen, Grenzen setzen.

In Rußland aber haben sich die illegalen Arbeiterzirkel von den Liquidatoren abgegrenzt und grenzen sich von ihnen mit jedem Tage mehr ab; langsam und mühevoll bauen sie die revolutionäre SDAPR wieder auf. Diesen Zirkeln zu helfen, die Beschlüsse der SDAPR in die Tat umzusetzen, das Spekulieren auf Verständigung mit den Nullen im Ausland (die „Golos“-Leute bilden die stärkste der Gruppen im Ausland und sie ist eine glatte Null) abzulehnen – darin besteht die Aufgabe der Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Kampf für die Partei ist Parteipflicht. Das Gerede über eine „Verständigung“ mit den Liquidatoren, die eine nichtsozialdemokratische Partei aufbauen, ist ein Verbrechen gegen die Parteipflicht.

2. August 1911

N. Lenin

PS. Es muß hinzugefügt werden, daß die in der „Beilage“ gegebene Analyse der „Anschuldigungen“ gegen das Bolschewistische Zentrum unsere kollektive Meinung darstellt und auf Grund von Materialien und Dokumenten ausgearbeitet wurde, die dem Bolschewistischen Zentrum zur Verfügung stehen, sowie auf Grund von Mitteilungen von Genossen aus dem Bolschewistischen Zentrum, die persönlich diese oder jene Arbeit des Zentrums durchführten.

N. Lenin

Veröffentlicht im August 1911
in der Broschüre: „Zwei Parteien“,
Paris, Verlag der Redaktion der
„Rabotschaja Gasetta“.

Nach dem Text der Broschüre.

DER REFORMISMUS IN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Der gewaltige Fortschritt des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten und das rasche Wachstum der Arbeiterbewegung in allen zivilisierten Ländern haben zu einer großen Veränderung des früheren Verhältnisses der Bourgeoisie zum Proletariat geführt. Anstatt offen, prinzipiell und direkt alle Grundsätze des Sozialismus im Namen der absoluten Unantastbarkeit des Privateigentums und der freien Konkurrenz zu bekämpfen, geht die europäische und amerikanische Bourgeoisie, vertreten durch ihre Ideologen und Politiker, immer häufiger dazu über, die sogenannten sozialen Reformen gegen die Idee der sozialen Revolution zu verfechten. Nicht Liberalismus gegen Sozialismus, sondern Reformismus gegen sozialistische Revolution – das ist die Formel der modernen „fortgeschrittenen“, gebildeten Bourgeoisie. Und je höher die Entwicklung des Kapitalismus in einem bestimmten Land, je reiner die Herrschaft der Bourgeoisie, je größer die politische Freiheit, desto weiter ist das Anwendungsfeld der „neuesten“ bürgerlichen Lösung: Reformen *gegen* Revolution, stückweises Flickendeckeln des untergehenden Regimes zur Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse, zur Behauptung der Macht der Bourgeoisie *gegen* den revolutionären Sturz dieser Macht.

Vom Standpunkt der internationalen Entwicklung des Sozialismus muß die erwähnte Veränderung unbedingt als ein gewaltiger Schritt vorwärts betrachtet werden. Zunächst kämpfte der Sozialismus für seine Existenz, und gegen ihn stand die auf ihre Stärke vertrauende Bourgeoisie, die kühn und konsequent den Liberalismus als ein in sich geschlossenes System ökonomischer und politischer Anschauungen verteidigte. Der Sozialismus ist groß geworden, er hat schon in der ganzen zivilisierten Welt seine

Daseinsberechtigung erfodern, er kämpft heute *um die Macht*, und die in Zersetzung begriffene Bourgeoisie, die die Unvermeidlichkeit ihres Untergangs erkennt, strengt alle Kräfte an, um diesen Untergang um den Preis halber und heuchlerischer Zugeständnisse hinauszuzögern, um auch unter den neuen Bedingungen ihre Macht zu behaupten.

Die Zuspitzung des Kampfes zwischen Reformismus und revolutionärer Sozialdemokratie *innerhalb* der Arbeiterbewegung ist das ganz unvermeidliche Resultat der dargelegten Veränderungen in der gesamten ökonomischen und politischen Situation aller zivilisierten Länder der Welt. Das Wachstum der Arbeiterbewegung zieht unvermeidlich eine gewisse Anzahl kleinbürgerlicher Elemente in den Kreis ihrer Anhänger, Elemente, die, der bürgerlichen Ideologie verfallen, sich mühevoll von ihr frei zu machen suchen und ständig von neuem in sie zurückfallen. Es ist unmöglich, sich die soziale Revolution des Proletariats ohne diesen Kampf vorzustellen, ohne eine klare prinzipielle Scheidung in einen sozialistischen „Berg“ und eine sozialistische „Gironde“ vor dieser Revolution – ohne den völligen Bruch zwischen den opportunistischen, kleinbürgerlichen und den proletarischen, revolutionären Elementen der neuen historischen Kraft während dieser Revolution.

In Rußland ändert sich die Sache dem Wesen nach nicht, aber sie wird kompliziert, verschleiert, modifiziert infolge des Umstands, daß wir gegenüber Europa (und sogar gegenüber dem fortgeschrittenen Teil Asiens) zurückgeblieben sind, daß wir erst die Epoche der bürgerlichen Revolutionen durchleben. Daher weist der russische Reformismus einen besonders hartnäckigen Charakter auf, ist er sozusagen eine bösertigere Krankheit, fügt er der Sache des Proletariats und der Sache der Revolution weitaus größeren Schaden zu. Der Reformismus entspringt bei uns gleichzeitig zwei Quellen. Erstens ist Rußland ein weitaus kleinbürgerlicheres Land als die westeuropäischen Länder. Darum treten bei uns besonders häufig Leute, Gruppen, Strömungen in Erscheinung, die sich durch jenes widerspruchsvolle, labile, schwankende Verhältnis zum Sozialismus (bald „heiße Liebe“, bald niederträchtiger Verrat) auszeichnen, das jeglichem Kleinbürgertum eigen ist. Zweitens läßt bei uns die Masse des Kleinbürgertums am leichtesten und schnellsten den Mut sinken und überläßt sich Renegatenstimmungen bei jedem Mißerfolg in *einer* der Phasen unserer bürgerlichen Revolution, schwört am schnellsten der Aufgabe einer

vollständigen demokratischen Umwälzung ab, die Rußland restlos von allen Überbleibseln des Mittelalters und der Fronherrschaft säubern würde.

Auf die erste Quelle werden wir nicht ausführlich eingehen. Wir wollen lediglich darauf verweisen, daß es in der Welt sicher kein einziges Land gibt, wo sich die „Wendungen“ von der Sympathie für den Sozialismus zur Sympathie für den konterrevolutionären Liberalismus so schnell vollzogen wie bei unseren Herren Struve, Isgojew, Karaulow usw. usf. Dabei sind diese Herren keine Ausnahmen, keine Einzelgänger, sondern Repräsentanten weitverbreiteter Strömungen! Gefühlsduselige Leute, deren es viele außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie gibt, aber auch nicht wenige in ihr, die gerne gegen die „maßlose“ Polemik, gegen die „Leidenschaft für Abgrenzungen“ usw. predigen, offenbaren völliges Unverständnis dafür, von welchen historischen Bedingungen in Rußland die „maßlose“ „Leidenschaft“ für die Sprünge vom Sozialismus zum Liberalismus erzeugt wird.

Wenden wir uns der zweiten Quelle des Reformismus in Rußland zu.

Die bürgerliche Revolution ist bei uns nicht abgeschlossen. Die Selbstherrschaft *versucht*, auf neue Weise die Aufgaben zu lösen, die ihr von der bürgerlichen Revolution hinterlassen worden sind und die sich durch den ganzen objektiven Verlauf der ökonomischen Entwicklung aufdrängen, *aber sie kann sie nicht lösen*. Der neue Schritt zur Umwandlung des alten Zarismus in eine modernisierte bürgerliche Monarchie wie auch die Organisierung des Adels und der Spitzen der Bourgeoisie im Maßstab des ganzen Landes (III. Duma) und ebenso die bürgerliche Agrarpolitik, die von den Landeshauptleuten betrieben wird – all diese „äußersten“ Maßnahmen, all diese „letzten“ Anstrengungen des Zarismus auf dem *letzten* ihm verbliebenen Kampffeld, dem Kampffeld der Anpassung an die bürgerliche Entwicklung, erweisen sich als ungenügend. Auch so geht's nicht! Ein durch *solche* Methoden „modernisiertes“ Rußland kann nicht nur die Japaner nicht einholen, sondern beginnt wohl auch gar hinter China zurückzubleiben. Auf der Basis der ungelösten bürgerlich-demokratischen Aufgaben bleibt die revolutionäre Krise unvermeidlich. Sie reißt von neuem heran, wir gehen ihr wiederum entgegen, gehen ihr auf neue Art entgegen, *nicht* so wie früher, nicht in jenem Tempo, nicht in den alten Formen allein, aber wir gehen ihr zweifellos entgegen.

Die Aufgaben des Proletariats ergeben sich aus dieser Lage mit ganz eindeutiger, unabänderlicher Bestimmtheit. Als die einzige konsequent revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft muß das Proletariat der Führer sein, der Hegemon im Kampf des ganzen Volkes für die vollständige demokratische Umwälzung, im Kampf *aller* Werktätigen und Ausgebeuteten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter. Das Proletariat ist nur insofern revolutionär, als es sich dieser Idee der Hegemonie bewußt ist und sie in die Tat umsetzt. Der Proletarier, der sich dieser Aufgabe bewußt geworden ist, ist ein Sklave, der sich gegen die Sklaverei erhoben hat. Der Proletarier, der sich der Idee der Hegemonie seiner Klasse nicht bewußt geworden ist oder diese Idee verleugnet, ist ein Sklave, der seinen Sklavenzustand nicht begreift; im günstigsten Fall ist er ein Sklave, der für die Verbesserung seines Sklavenzustands, *nicht aber* für die Beseitigung der Sklaverei kämpft.

Hieraus wird begreiflich, daß die berühmte Formel eines der jüngsten Häupter unseres Reformismus, des Herrn Lewizki von der „Nascha Sarja“, der erklärte, die russische Sozialdemokratie solle „keine Hegemonie, sondern eine Klassenpartei“ sein, die Formel des konsequentesten Reformismus ist. Mehr noch. Es ist die Formel des vollständigen Renegatentums. Zu sagen: „Keine Hegemonie, sondern Klassenpartei“, heißt auf die Seite der Bourgeoisie übergehen, auf die Seite des Liberalen, der dem Sklaven unserer Zeit, dem Lohnarbeiter, sagt: Kämpfe für die Verbesserung deiner Lage als Sklave, aber betrachte den Gedanken an die Beseitigung der Sklaverei als schädliche Utopie! Man vergleiche Bernsteins berüchtigte Formel „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts“ mit der Formel Lewizkis, und man wird sehen, daß das Varianten ein und derselben Idee sind. In beiden Fällen ist das die Anerkennung *lediglich* der Reformen und die Negierung der Revolution. Die Formel Bernsteins ist umfassender, denn sie hat die sozialistische Revolution im Auge (= das Endziel der Sozialdemokratie als einer Partei der bürgerlichen Gesellschaft). Die Formel Lewizkis ist enger, denn sie verwirft die Revolution überhaupt und ist speziell darauf berechnet, auf das zu verzichten, was den Liberalen in den Jahren 1905–1907 am meisten verhaßt war, nämlich darauf, daß das Proletariat den Liberalen die Führung der Volksmassen (insbesondere der Bauernschaft) im Kampf für die vollständige demokratische Umwälzung *entrissen* hatte.

Den Arbeitern predigen, daß sie „keine Hegemonie, sondern eine Klassenpartei“ brauchen, heißt die Sache des Proletariats an die Liberalen verraten, heißt die Ersetzung der *sozialdemokratischen* Arbeiterpolitik durch eine *liberale* Arbeiterpolitik predigen.

Aber der Verzicht auf die Idee der Hegemonie ist die größte Art von Reformismus in der russischen Sozialdemokratie, und darum entschließen sich nicht alle Liquidatoren, ihre Gedanken offen in einer so bestimmten Form auszusprechen. Manche von ihnen (wie etwa Herr Martow) versuchen sogar, der Wahrheit zum Hohn, den Zusammenhang zwischen dem Verzicht auf die Hegemonie und dem Liquidatorentum zu leugnen.

Einen „raffinierten“ Versuch, die reformistischen Ansichten „zu begründen“, bildet folgende Argumentation: die bürgerliche Revolution in Rußland sei abgeschlossen; nach 1905 könne es keine zweite bürgerliche Revolution, keinen zweiten gesamtnationalen Kampf für eine demokratische Umwälzung mehr geben; Rußland stehe darum *keine* revolutionäre, sondern eine „Verfassungs“krise bevor, und der Arbeiterklasse bleibe nichts anderes übrig, als auf dem Boden dieser „Verfassungskrise“ für die Verteidigung ihrer Rechte und Interessen zu sorgen. So argumentiert der Liquidator J. Larin im „Delo Shisni“ (und früher im „Wosroshdenije“).

„Ein Oktober 1905 steht nicht auf der Tagesordnung“, schrieb Herr Larin. „Nach Abschaffung der Duma würde man sie noch schneller wiederherstellen als im nachrevolutionären Österreich, wo man 1851 die Verfassung aufhob, um sie 1860, nach neun Jahren, ohne jede Revolution“ (man beachte das!) „wieder anzuerkennen, einfach kraft der Interessen des einflußreichsten Teils der herrschenden Klassen, der seine Wirtschaft auf kapitalistische Weise umgestellt hatte.“ „In dem Stadium, das wir durchleben, ist eine gesamt nationale revolutionäre Bewegung, wie sie 1905 vor sich ging, unmöglich.“

Alle diese Erwägungen Larins stellen nichts anderes dar als eine umständliche Nacherzählung der Ausführungen des Herrn Dan auf der Konferenz der SDAPR im Dezember 1908. Gegen die Resolution, die besagt, daß „die *grundlegenden* Faktoren des ökonomischen und politischen Lebens, die die Revolution von 1905 hervorgerufen haben, *fortwirken*“, daß von neuem eben eine *revolutionäre* und keine „konstitutionelle“ Krise heranreift, gegen diese Resolution erhob der Redakteur des „Golos“ der

Liquidatoren seine Stimme: „sie“ (d. h. die SDAPR) „streben dorthin, wo sie schon einmal geschlagen worden sind“.

Wieder zur Revolution „streben“, unermüdlich auch in der veränderten Situation daran arbeiten, die Revolution zu propagieren, die Kräfte der Arbeiterklasse zur Revolution vorzubereiten – eben darin besteht das Hauptverbrechen der SDAPR, eben darin liegt die *Schuld* des revolutionären Proletariats vom Standpunkt der Reformisten. Es hat keinen Zweck, „dorthin zu streben, wo man schon einmal geschlagen worden ist“ – das ist die Weisheit von Renegaten und Leuten, die nach jeder Niederlage den Mut sinken lassen.

In Ländern, die älter und „erfahrener“ als Rußland sind, vermochte es das revolutionäre Proletariat jedoch zwei-, drei- und viermal, „dorthin zu streben, wo es schon einmal geschlagen worden ist“, vermochte es (wie in Frankreich), sich von 1789 bis 1871 *viermal* zur Revolution zu erheben, sich nach den schwersten Niederlagen immer wieder zum Kampf aufzuraffen und sich die Republik zu erkämpfen, in der es seinem letzten Feind – der fortgeschrittenen Bourgeoisie – Auge in Auge gegenübersteht, die Republik, die allein die Staatsform sein kann, die den Bedingungen des Endkampfes für den Sieg des Sozialismus entspricht.

Das ist der Unterschied zwischen Sozialisten und Liberalen, d. h. Anhängern der Bourgeoisie. Die Sozialisten lehren, daß die Revolution unvermeidlich ist und daß das Proletariat *alle* Widersprüche im gesellschaftlichen Leben, jegliche Schwäche seiner Feinde oder der Zwischenschichten ausnutzen muß, um den neuen revolutionären Kampf vorzubereiten, um die Revolution auf breiterem Schauplatz, unter den Bedingungen einer höheren Entwicklung der Bevölkerung zu wiederholen. Die Bourgeoisie und die Liberalen lehren, daß Revolutionen unnötig und schädlich seien für die Arbeiter, die nicht zur Revolution „streben“ dürfen, sondern als brave Kinder bescheiden an Reformen arbeiten sollen.

Darum berufen sich die Reformisten – in bürgerlichen Ideen befangen – *ständig gerade* auf das Beispiel Österreichs (und auch Preußens) der sechziger Jahre, um die russischen Arbeiter vom Sozialismus *abzulenken*. Warum ziehen sie diese Beispiele so gern heran? J. Larin hat das Geheimnis ausgeplaudert: weil in diesen Ländern nach der „mißlungenen“ Revolution von 1848 die bürgerliche Umgestaltung des Landes „*ohne jede Revolution*“ vollendet wurde.

Das ist des Pudels Kern! Das eben erfüllt das Herz mit Freude. Also ist die bürgerliche Umgestaltung möglich *ohne* Revolution!! Wenn dem aber so ist, wozu sollen wir Russen uns dann mit dem Gedanken an die Revolution abplagen? Warum sollten nicht auch wir es den Gutsbesitzern und Fabrikanten überlassen, die bürgerliche Umgestaltung Rußlands „ohne jede Revolution“ durchzuführen!?

Die Schwäche des Proletariats in Preußen und Österreich war der Grund dafür, daß das Proletariat die Agrarier und die Bourgeoisie nicht daran hindern konnte, die Umgestaltung *entgegen* den Interessen der Arbeiter durchzuführen, in einer Form, die für die Arbeiter *am unvorteilhaftesten* ist, unter Erhaltung sowohl der Monarchie als auch der Adelsprivilegien, der Rechtlosigkeit im Dorfe und einer Menge anderer mittelalterlicher Überreste.

Die russischen Reformisten ziehen – nachdem unser Proletariat 1905 eine Stärke bewiesen hat, wie sie noch in keiner bürgerlichen Revolution des Westens gesehen worden ist – Beispiele der Schwäche der Arbeiterklasse in anderen Ländern vor vierzig und fünfzig Jahren heran, um *ihr* Renegatentum zu rechtfertigen, um *ihre* Renegatenpropaganda „zu begründen“!

Das Österreich und Preußen der sechziger Jahre, auf die sich unsere Reformisten so gern berufen, sind das Beispiel, welches am besten beweist, daß ihre Argumentation theoretisch nicht stichhaltig ist und sie praktisch-politisch auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind.

In der Tat, wenn Österreich die nach der Niederlage der Revolution von 1848 aufgehobene Verfassung wiederherstellte, wenn in Preußen in den sechziger Jahren die „Ära der Krise“ anbrach – was beweist das? Vor allen Dingen, daß die bürgerliche Umgestaltung dieser Länder nicht abgeschlossen war. Davon sprechen, daß in Rußland die Macht *schon* zu einer bürgerlichen geworden sei (wie Larin erklärt), daß bei uns heute von einem feudalen Charakter der Macht nicht mehr gesprochen werden könne (siehe bei demselben Larin) – und sich gleichzeitig auf Österreich und Preußen berufen, heißt sich selber schlagen! Allgemein gesprochen, zu bestreiten, daß die bürgerliche Umgestaltung Rußlands nicht abgeschlossen ist, wäre lächerlich: Sogar die Politik der bürgerlichen Parteien der Kadetten und Oktobristen beweist das klipp und klar, und Larin selbst gibt (wie wir weiter unten sehen werden) seine Position auf. Es ist nicht

zu bezweifeln, daß die Monarchie noch einen Schritt auf dem Wege der Anpassung an die bürgerliche Entwicklung macht, wie wir das schon gesagt haben und wie es die Resolution der Partei (Dezember 1908) anerkannt hat – aber noch weniger ist zu bezweifeln, daß *selbst* diese Anpassung, *selbst* die bürgerliche Reaktion sowie die III. Duma und das Agrargesetz vom 9. XI. 1906 (14. VI. 1910) die Aufgaben der bürgerlichen Umgestaltung Rußlands *nicht* lösen.

Gehen wir weiter. Warum *erwiesen sich* die „Krisen“ in Österreich und Preußen in den sechziger Jahren als „Verfassungskrisen“ und nicht als revolutionäre Krisen? Darum, weil eine Reihe besonderer Umstände die schwierige Lage der Monarchie erleichterte (die „Revolution von oben“ in Deutschland, seine Einigung mit „Blut und Eisen“), darum, weil das Proletariat der genannten Länder damals noch überaus schwach und unentwickelt war und die liberale Bourgeoisie sich durch ebensolche erbärmliche Feigheit und Verrätereien auszeichnete wie die russischen Kadetten.

Um zu illustrieren, wie deutsche Sozialdemokraten selbst, die diese Epoche durchgemacht haben, diese Lage der Dinge einschätzten, wollen wir einige Äußerungen Bebels anführen, der im vergangenen Jahr den ersten Teil seiner „Erinnerungen“ herausgegeben hat. Über das Jahr 1862, das Jahr der „Verfassungskrise“ in Preußen, erzählte Bismarck – wie in der Folgezeit bekannt geworden ist –, daß der König damals sehr niedergeschlagen war und ihm, Bismarck, gegenüber in Klagen ausgebrochen sei über das ihnen beiden drohende Schafott. Bismarck beschämte den Feigling und redete ihm zu, den Kampf nicht zu fürchten.

„Diese Vorgänge zeigen“, erklärte Bebel dazu, „was die Liberalen hätten erreichen können, wenn sie die Lage auszunützen verstanden. Aber sie fürchteten bereits die hinter ihnen stehenden Arbeiter. Bismarcks Wort, wenn man ihn zum Äußersten dränge, werde er den Acheron in Bewegung setzen“ (d. h. die Volksbewegung der unteren Schichten, der Masse, auslösen), „jagte ihnen einen heillosen Schrecken ein.“

Der Führer der deutschen Sozialdemokratie verweist ein halbes Jahrhundert nach der „Verfassungskrise“, die „ohne jede Revolution“ die Umwandlung seines Landes in eine bürgerlich-junkerliche Monarchie vollendete, auf den *revolutionären Charakter* der damaligen Lage, die von den Liberalen aus Furcht vor den Arbeitern nicht ausgenutzt wurde. Die

Führer der russischen Reformisten sagen den russischen Arbeitern: Wenn die deutsche Bourgeoisie so erbärmlich war, daß sie Angst bekam vor einem König, der selbst die Courage verloren hatte, warum sollten wir dann nicht *auch* versuchen, diese ausgezeichnete Taktik der deutschen Bourgeoisie zu wiederholen? Bebel macht der Bourgeoisie mit ihrer Ausbeuterfurcht vor der Volksbewegung den Vorwurf, daß sie die „Verfassungs“krise nicht für die Revolution „ausgenutzt“ habe. Larin und Co. beschuldigen die russischen Arbeiter, daß sie die Hegemonie angestrebt hätten (d. h. die Einbeziehung der Massen in die Revolution, entgegen den Liberalen), und geben den Arbeitern den Rat, sich „nicht für die Revolution“, sondern „für die Verteidigung ihrer Interessen bei der bevorstehenden konstitutionellen Erneuerung Rußlands“ zu organisieren. Die faulen Ansichten des faulen deutschen Liberalismus werden den russischen Arbeitern von den Liquidatoren als „sozialdemokratische“ Ansichten aufgetischt! Nun, kann man denn solche Sozialdemokraten anders als Stolypinsche Sozialdemokraten bezeichnen?

Bei der Einschätzung der „Verfassungs“krise der sechziger Jahre in Preußen beschränkt sich Bebel nicht darauf zu zeigen, daß die Bourgeoisie, weil sie die Arbeiter fürchtete, Angst hatte vor dem Kampf mit der Monarchie. Er legt auch dar, was damals in den Reihen der Arbeiter vor sich ging. „Die unerquidlichen öffentlichen Zustände“, sagte er, „die den Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein kamen, wirkten naturgemäß auch auf deren Stimmung. Alle verlangten nach Änderung. Aber da keine klare und zielbewußte Führung vorhanden war, zu der man Vertrauen hatte, auch keine mächtige Organisation bestand, die die Kräfte zusammenfaßte, verpuffte die Stimmung. Nie verlief resultatloser eine im Kern vortreffliche Bewegung. Alle Versammlungen waren überfüllt, und wer am schärfsten sprach, war der Mann des Tages. Diese Stimmung herrschte vor allem im Leipziger Arbeiterbildungsverein.“ In einer von 5000 Personen besuchten Versammlung in Leipzig, am 8. Mai 1866, wurde einstimmig die Resolution Liebknechts und Bebels angenommen, die die Einberufung eines aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangenen Parlaments, unterstützt durch allgemeine Volkswehr forderte und die Erwartung aussprach, „daß das deutsche Volk nur solche Männer zu seinen Vertretern erwählt, die jede erbliche Zentralgewalt verwerfen“. Die Resolution Liebknechts und

Bebels trug mithin einen völlig bestimmten republikanischen und revolutionären Charakter.

Also, der Führer der deutschen Sozialdemokraten bringt während einer „Verfassungs“krise auf Massenversammlungen Resolutionen republikanischen und revolutionären Charakters durch. Ein halbes Jahrhundert später, als er in Erinnerung an seine Jugend der neuen Generation von den Geschehnissen längst vergangener Tage erzählt, betont er am meisten das Bedauern darüber, daß keine genügend zielbewußte Führung vorhanden war, die die revolutionären Aufgaben begriffen hätte (*d. h., daß es keine revolutionäre sozialdemokratische Partei gegeben hat, die die Aufgabe der Hegemonie begriffen hätte*), daß keine mächtige Organisation bestand, daß die revolutionäre Stimmung „verpuffte“. Die Führer der russischen Reformisten aber berufen sich mit dem Scharfsinn des kleinen Moritz auf das Österreich und Preußen der sechziger Jahre als Beweis dafür, daß man auch „ohne jede Revolution“ auskommen könne! Und diese dem konterrevolutionären Taumel verfallenen, vom Liberalismus geistig versklavten Philisterseelen wagen es noch, den Namen SDAPR zu schänden!

Freilich gibt es unter den Reformisten, die mit dem Sozialismus brechen, Leute, die, statt den offenherzigen Opportunismus eines Larin zu bekunden, um die wichtigsten prinzipiellen Fragen der Arbeiterbewegung durch Diplomatie herumzukommen suchen. Solche Leute tragen Verwirrung in das Wesen der Sache, verunreinigen die ideologischen Auseinandersetzungen, verunglimpfen sie, wie z. B. Herr Martow, der in der legalen Presse (d. h. von Stolypin vor dem direkten Auftreten von Mitgliedern der SDAPR geschützt) die Behauptung aufzustellen versucht, als ob Larin und „die orthodoxen Bolschewiki in den Resolutionen von 1908“ das gleiche „Schema“ geben. Das ist einfach eine Entstellung der Wahrheit, würdig eines Autors von Schund- und Schmutzschriften. Derselbe Martow, der angeblich gegen Larin polemisiert, erklärt in der Presse, „Larin selbstverständlich nicht reformistischer Tendenzen zu verdächtigen“. Larin, der *rein* reformistische Ansichten entwickelt, wird von Martow *nicht* des Reformismus *verdächtigt*!! – ein Musterbeispiel für die Winkelzüge der Diplomaten des Reformismus*. Derselbe Martow, den gewisse

* Vgl. die richtigen Bemerkungen über den Reformismus Larins und über die Ausflüchte Martows bei dem parteitreuen Menschewik Dnewnizki in Nr. 3 des „Diskussionny Listok“ (Beilage zum ZO unserer Partei).

Einfaltspinsel für einen „linkeren“, zuverlässigeren Revolutionär als Larin halten, faßte seine „Differenzen“ mit Larin folgendermaßen zusammen:

„Ich resümiere. Für die theoretische Begründung und politische Rechtfertigung dessen, was augenblicklich die dem Marxismus treu gebliebenen Menschewiki tun, genügt vollauf die Tatsache, daß das gegenwärtige Regime eine innerlich widerspruchsvolle Kombination von Absolutismus und Konstitutionalismus darstellt und daß die russische Arbeiterklasse die Reife erlangt hat, um, ähnlich wie die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder des Westens, dieses Regime an der Achillesferse dieser Widersprüche zu packen.“

Wie Martow sich auch drehen und wenden mag, schon der erste Versuch, eine Zusammenfassung zu geben, hat dazu geführt, daß alle Ausflüchte von selbst zusammengebrochen sind. Die von uns angeführten Worte bedeuten eine völlige Verleugnung des Sozialismus und seine Ersetzung durch Liberalismus. Als „vollauf genügend“ erklärt Martow das, was nur den Liberalen, nur der Bourgeoisie genügt. Ein Proletarier, der es „vollauf genügend“ findet, den Widerspruch einer Kombination von Absolutismus und Konstitutionalismus anzuerkennen, steht auf dem Standpunkt einer liberalen Arbeiterpolitik. Er ist kein Sozialist, er hat die Aufgaben seiner Klasse nicht verstanden, die darin bestehen, die Massen des Volkes, die Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten gegen den Absolutismus in allen seinen Formen zur Erhebung zu bringen, zur selbständigen Einmischung in das historische Schicksal des Landes, trotz allen Schwankens oder aller Gegenwirkung der Bourgeoisie. Das selbständige historische Handeln der Massen aber, die sich von der Hegemonie der Bourgeoisie frei machen, verwandelt die „Verfassungskrise“ in eine Revolution. Die Bourgeoisie fürchtet (besonders nach 1905) die Revolution und haßt sie; das Proletariat erzieht die Volksmassen zur Hingabe an die Idee der Revolution, erläutert deren Aufgaben, bereitet die Massen zu immer neuen revolutionären Schlachten vor. Ob die Revolution kommt, wann, in welcher Situation, das hängt nicht von dem Willen dieser oder jener Klasse ab, aber die revolutionäre Arbeit unter den Massen geht niemals spurlos verloren. Nur eine solche Arbeit ist eine Tätigkeit, die die Massen auf den Sieg des Sozialismus vorbereitet. Diese elementaren, diese Binsenwahrheiten des Sozialismus vergessen die Herren Larin und Martow.

Der erstere, der die Ansichten der Gruppe russischer Liquidatoren zum

Ausdruck bringt, die völlig mit der SDAPR gebrochen hat, geniert sich nicht, seinen Reformismus ohne Umschweife bis zu Ende auszusprechen. Hier seine Worte aus dem „Delo Shisni“ (1911, Nr. 2), die es verdienen, daß jeder sie sich einprägt, dem die Prinzipien der Sozialdemokratie teuer sind:

„Einen Zustand der Ratlosigkeit und Ungewißheit, wo die Menschen einfach nicht wissen, was sie vom morgigen Tag zu erwarten haben, welche Aufgaben sie sich stellen sollen – das eben bedeutet die ungewisse abwartende Stimmung, bedeuten die vagen Hoffnungen, sei es auf eine Wiederholung der Revolution, sei es darauf, daß ‚man dann schon sehen‘ werde. Die nächste Aufgabe besteht darin, nicht ziellos auf bessere Zeiten zu warten, sondern weite Kreise mit der leitenden Idee zu durchdringen, daß sich die Arbeiterklasse in der angebrochenen neuen historischen Periode des russischen Lebens nicht ‚für die Revolution‘, nicht ‚in Erwartung der Revolution‘ zu organisieren hat, sondern eben einfach . . .“ (man beachte dieses: *eben einfach* . . .) „um ihre besonderen Interessen auf allen Gebieten des Lebens standhaft und planmäßig zu verteidigen; um durch diese vielseitige und komplizierte Tätigkeit ihre Kräfte zu sammeln und zu schulen; um auf diese Weise das sozialistische Bewußtsein im allgemeinen zu erziehen und zu heben; um insbesondere imstande zu sein, sich zu orientieren (sich zurechtzufinden) – und seinen Mann zu stehen! – in den komplizierten Wechselbeziehungen der Gesellschaftsklassen bei der konstitutionellen Erneuerung Rußlands, die nach der ökonomisch unvermeidlichen Selbsterschöpfung der feudalen Reaktion bevorsteht.“

Da haben wir den vollendeten, aufrichtigen, selbstzufriedenen Reformisten von reinstem Wasser. Kriegsansage an die Idee der Revolution, an die „Hoffnung“ auf die Revolution (dem Reformisten scheinen diese „Hoffnungen“ *vage*, denn er erfaßt nicht die Tiefe der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Widersprüche), Kriegsansage an jede Tätigkeit, die in der Organisierung der Kräfte und Schulung der Köpfe für die Revolution besteht, Krieg in der legalen Presse, die von Stolypin vor dem direkten Auftreten revolutionärer Sozialdemokraten geschützt wird, Kriegsansage im Namen der Gruppe der Legalisten, die völlig mit der SDAPR gebrochen haben – das ist das Programm und die Taktik einer Stolypinschen Arbeiterpartei, wie sie von den Herren Potressow, Lewizki, Larin und Co. aufgebaut wird. Das wirkliche Programm, die wirkliche Taktik dieser Leute ist in dem angeführten Zitat exakt ausgedrückt – zum Unterschied von ihren heuchlerischen offiziellen Versicherungen, daß sie

„auch Sozialdemokraten“ seien, daß sie „auch“ zur „unversöhnlichen Internationale“ gehörten. Diese Versicherungen sind nur Lippenbekenntnis. Dieses Programm, das den Sozialismus völlig durch liberale Arbeiterpolitik ersetzt – das sind ihre Taten, das ist ihr reales gesellschaftliches Wesen.

Man betrachte nur die lächerlichen Widersprüche, in die sich die Reformisten verstricken. Wenn die bürgerliche Revolution in Rußland abgeschlossen ist (wie Larin erklärt), dann ist die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt. Das versteht sich von selbst, das ist für jeden offensichtlich, der sich nicht deswegen zu den Sozialisten zählt, weil er die Arbeiter durch einen populären Namen täuschen will. Dann müssen wir uns organisieren gerade „für die Revolution“ (die sozialistische), gerade „in Erwartung“ der Revolution, gerade wegen der „Hoffnung“ (nicht einer vagen, sondern einer auf exakten und sich mehrenden Ergebnissen der Wissenschaft begründeten, einer „Hoffnung“, die *Gewißheit* ist) auf die sozialistische Revolution.

Aber da liegt gerade des Pudels Kern: für den Reformisten ist das Geschwätz von der abgeschlossenen bürgerlichen Revolution (wie für Martow das Geschwätz von der Achillesferse u. dgl.) lediglich die sophistische Bemäntelung *des Verzichts auf jede Revolution*. Auf die bürgerlich-demokratische Revolution verzichtet er unter dem Vorwand, sie sei abgeschlossen – bzw. es „genüge vollauf“, den Widerspruch zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus anzuerkennen –, und auf die sozialistische Revolution verzichtet er unter dem Vorwand, wir müßten uns „einstweilen“ „schlechthin“ für die Teilnahme an der „bevorstehenden konstitutionellen Erneuerung Rußlands“ organisieren!

Aber wenn Sie, geehrter Kadett, der Sie sich mit sozialistischen Federn schmücken, die „bevorstehende konstitutionelle Erneuerung“ Rußlands als unvermeidlich anerkennen, dann schlagen Sie sich selbst, indem Sie eben dadurch anerkennen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution bei uns *nicht abgeschlossen ist*. Sie verraten immer wieder Ihre bürgerliche Natur, indem Sie über die unvermeidliche „Selbsterschöpfung“ der feudalen Reaktion“ reden und die proletarische Idee bespeien, daß nicht nur die feudale Reaktion, sondern alle Überreste des Feudalismus durch die revolutionäre Bewegung *des Volkes vernichtet* werden müssen.

Ganz entgegen der liberalen Predigt unserer Helden von der Stolypin-

schen Arbeiterpartei wird das russische Proletariat seine *ganze* schwierige, mühevollen, alltägliche, unscheinbare Kleinarbeit, zu der es von der Periode der Konterrevolution verurteilt ist, stets und ständig in Treue zur demokratischen Revolution und zur sozialistischen Revolution vollbringen, wird es sich für die Revolution organisieren und für sie Kräfte sammeln, wird es den Verrätern und Renegaten eine schonungslose Abfuhr erteilen, wird es sich nicht von der „vagen Hoffnung“, sondern von der wissenschaftlich begründeten Überzeugung leiten lassen, daß die Revolution wiederholt wird.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 23,
14. (1.) September 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

AUS DEM LAGER DER STOLYPINSCHEN „ARBEITER“PARTEI

(Unseren „Versöhnlern“ und „Verständigern“ gewidmet)

Die Zuschrift des Gen. K.⁸⁴ verdient die größte Aufmerksamkeit all derer, denen unsere Partei teuer ist. Eine bessere Entlarvung der Politik (und der Diplomatie) der „Golos“-Leute, eine bessere Widerlegung der Ansichten und Hoffnungen unserer „Versöhnler und Verständiger“ kann man sich schwerlich vorstellen.

Ist der vom Gen. K. geschilderte Fall etwa eine Ausnahme? Nein, dieser Fall ist *typisch* für die Verfechter der Stolypinschen Arbeiterpartei, denn wir wissen sehr wohl, daß eine *Reihe* von Publizisten der „Nascha Sarja“, des „Delo Shisni“ usw. *schon manches Jahr gerade diese* liquidatorischen Ideen systematisch vertritt. Nicht immer geraten diese Liquidatoren an parteitreue Arbeiter, sehr selten erhält die Partei über ihr schmähhliches Auftreten solche genauen Mitteilungen, für die wir dem Gen. K. dankbar sein müssen, aber *immer und überall* wird die Propaganda der *Gruppe* der unabhängigen Legalisten eben in diesem Geiste geführt. An dieser Tatsache zu zweifeln, ist angesichts der Existenz von Zeitschriften vom Schlage der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“ nicht möglich. Diese Tatsache zu verschweigen ist lediglich für die besonders feigen und besonders gemeinen Verteidiger der Liquidatoren von Vorteil.

Man stelle dieser Tatsache die Methoden gegenüber, zu denen Leute vom Schlage Trotzki's greifen, die über „Verständigung“ und über ihre Feindschaft gegenüber dem Liquidatorentum schreien. Diese Methoden sind allzu gut bekannt: möglichst laut schreien, daß man doch „weder Bolschewik noch Menschewik, sondern revolutionärer Sozialdemokrat“ sei, hoch und heilig beteuern und schwören, man sei ein Feind des Liquidatorentums, man sei mit Leib und Seele für die illegale SDAPR, *aus Leibes-*

kräften auf jene schimpfen, die die Liquidatoren, die Herren Potressow und Co., entlarven, die Antiliquidatoren als Leute bezeichnen, die die Frage „aufbauschen“, kein einziges Wort sagen gegen bestimmte Liquidatoren wie die Herren Potressow, Martow, Lewizki, Dan, Larin usw.

Die reale Bedeutung derartiger Methoden ist offensichtlich. Mit Hilfe von Phrasen werden die wirklichen Liquidatoren gedeckt, und es werden alle möglichen Versuche unternommen, die Arbeit der Antiliquidatoren zu stören. Haargenau die gleiche Politik betrieb das in der Geschichte der SDAPR durch seine Prinzipienlosigkeit bekannte „Rabotscheje Delo“⁸⁵: Es schwor hoch und heilig, wir sind absolut keine Ökonomen, wir sind durchaus für den politischen Kampf, deckte aber in Wirklichkeit die „Rabotschaja Mysl“⁸⁶ und die Ökonomen, indem es den ganzen Kampf gegen jene richtete, die die Ökonomen entlarvten und widerlegten.

Hieraus ist klar, daß Trotzki und seinesgleichen, die „Trotzkisten und Verständiger“, schädlicher sind als alle Liquidatoren, denn die überzeugten Liquidatoren legen ihre Ansichten offen dar, so daß die Arbeiter deren Fehlerhaftigkeit leicht auf den Grund gehen können, während die Herren Trotzki die Arbeiter betrügen, das Übel bemänteln, seine Entlarvung und seine Ausheilung unmöglich machen. Jeder, der Trotzki's Gruppchen unterstützt, unterstützt die Politik der Lüge und des Betrugs an den Arbeitern, die Politik der Deckung des Liquidatorentums. Völlige Freiheit des Handelns für Potressow und Co. in Rußland, Bemäntelung ihrer Taten durch „revolutionäre“ Phrasen im Ausland – darin besteht das Wesen der Politik des „Trotzkismus“.

Hieraus wird ferner klar, daß jede „Verständigung“ mit den „Golos“-Leuten, bei der die Frage des liquidatorischen Zentrums in Rußland, d. h. der Wortführer der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“, umgangen wird, nichts anderes wäre als die Fortsetzung desselben Betrugs an den Arbeitern, derselben Bemäntelung des Übels. Die „Golos“-Leute haben seit dem Januarplenum 1910 eindeutig bewiesen, daß sie es fertigbringen, beliebige Resolutionen zu „unterschreiben“, ohne sich im geringsten in der „Freiheit“ ihrer liquidatorischen Tätigkeit durch irgendwelche Resolutionen „einschränken“ zu lassen. Im Ausland unterschreibt man Resolutionen, daß jede Herabsetzung der Bedeutung der illegalen Partei ein Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat sei, in Rußland aber hilft man den Herren Potressow, Larin und Lewizki, die nicht nur an

keiner illegalen Arbeit mitwirken, sondern sie verhöhnen und die illegale Partei zerstören.

Gegenwärtig ist Trotzki dabei, zusammen mit Bundisten vom Schlage des Herrn Liber (eines extremen Liquidators, der öffentlich in Referaten Herrn Potressow verteidigte und jetzt Intrigen und Zänkereien anzettelt, um diese Tatsache zu vertuschen), zusammen mit Letten vom Schlage eines Schwarz⁸⁷ usw., eben eine solche „Verständigung“ mit den „Golos“-Leuten zu fabrizieren. Doch möge sich niemand in dieser Hinsicht täuschen: Ihre Verständigung wird eine Verständigung zur Deckung der Liquidatoren sein.

PS. Diese Zeilen waren schon gesetzt, als in der Presse die Meldung von der „Verständigung“ der „Golos“-Leute mit Trotzki, dem Bundisten und dem lettischen Liquidator erschien. Unsere Worte sind durchaus bestätigt worden: Das ist eine Verständigung über die *Deckung* der Liquidatoren in Rußland, eine Verständigung der Helfershelfer des Herrn Potressow und Co.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 23,
14. (1.) September 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

ANMERKUNG DER REDAKTION
DES „SOZIAL-DEMOKRAT“
ZUR ERKLÄRUNG DER KOMMISSION
ZUR EINBERUFUNG EINES PLENUMS
DES ZK DER SDAPR⁸⁸

Die Redaktion des ZO hat schon seit langem, seit Dezember 1910, die Partei darauf aufmerksam gemacht, daß die „Golos“-Leute das Plenum *hintertreiben*.* Jetzt liegt die Tatsache klar auf der Hand: Die „Golos“-Leute haben zuerst in Rußland und dann im Ausland das Plenum vereitelt.

Das russische Plenum ist durch die Herren Michail, Juri und Roman vereitelt worden. Durch ihr „talentvolles Dementi“ haben sie lediglich die Tatsache bestätigt, daß sie zur Sitzung des ZK eingeladen wurden, eingeladen, wenigstens zur Kooptierung zu erscheinen, eingeladen nicht von den bösen „fraktionellen“, „Leninschen“ Bolschewiki, sondern von den *Versöhnlern*, und trotzdem lehnten diese Herren ab. Eben durch ihre Ablehnung wurde das russische ZK gesprengt, denn *sämtliche* bolschewistischen ZK-Mitglieder des Plenums, die nach Rußland gefahren waren (und gefahren waren *alle* Praktiker), sind „hochgegangen“, bevor es ihnen gelungen war, nach der Ablehnung dieser drei eine Vollsitzung einzuberufen.

Wieviel Phrasen die „Golos“-Leute jetzt auch machen, wieviel Versicherungen sie abgeben, wieviel Eide sie leisten, wie sehr sie sich auch bemühen mögen, durch Geschimpfe, Gezänk und Erpressung die Frage zu vertuschen und zu verkleistern, Tatsache bleibt Tatsache. Die „Dreieinigkeit“ der *Hauptführer* der Legalisten, Michail + Juri + Roman, die engsten Kollegen der Herren Potressow und der übrigen Helden der Stolypinschen Arbeiterpartei, haben das ZK in Rußland gesprengt.

Nunmehr haben die „Golos“-Leute das ZK auch im Ausland gesprengt.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 7–22. *Die Red.*

Die Bolschewiki forderten seine Einberufung im Dezember 1910, das liquidatorische Auslandsbüro des ZK lehnte das ab unter Berufung auf das Russische Büro des ZK (diese Berufung war falsch, denn ein Plenum im Ausland schloß das russische nicht aus).

Nach dem Mißlingen forderten die Bolschewiki zum zweitenmal die Einberufung eines Plenums im Ausland für April – Mai 1911. Es erfolgte eine zweite Ablehnung durch das Auslandsbüro des Zentralkomitees unter Berufung darauf, daß die Hälfte des „Russischen Büros“ unversehrt sei.

Seitdem sind 4–5 Monate verstrichen, die Verlogenheit der Berufungen des Auslandsbüros des ZK ist völlig entlarvt: kein einziges Schreiben von der „Hälfte“ des „Büros“, kein einziger Schritt dieser Hälfte, kein einziges Lebenszeichen während eines Dritteljahres!! Die Liber, Igorew und Schwarz haben die Partei betrogen: unter Berufung auf das nicht existierende Büro in Rußland weigerten sie sich, das ZK im Ausland einzuberufen. Die Juniberatung der ZK-Mitglieder hat aber bewiesen, daß sich neun Mitglieder des ZK im Ausland befanden.

Wer denken kann und sich nicht durch Geschrei, Geschimpfe, Gezänk und Erpressung den Blick trüben läßt, der kann nicht umhin zu sehen, daß das ZK durch die „Golos“-Leute endgültig gesprengt worden ist.

Die „Golos“-Leute haben alles getan, was sie konnten, um die Partei zu vernichten. Die Partei wird alles tun, um die „Golos“-Leute zu vernichten.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 23,
14. (1.) September 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

STOLYPIN UND DIE REVOLUTION

Der Oberhenker Stolypin wurde zu einem Zeitpunkt ermordet, wo eine ganze Reihe von Anzeichen davon zu zeugen beginnt, daß die erste Etappe in der Geschichte der russischen Konterrevolution zu Ende gegangen ist. Darum stellt das Ereignis vom 1. September, das an sich durchaus belanglos ist, die außerordentlich wichtige Frage nach Inhalt und Bedeutung unserer Konterrevolution wieder auf die Tagesordnung. In dem Chor der Reaktionäre, die Stolypin lakaienhaft lobpreisen oder in der Geschichte der Intrigen der Rußland kommandierenden Bande von Schwarzhundertern herumwühlen – in dem Chor der Liberalen, die die Köpfe schütteln über den „bestialischen und wahnwitzigen“ Schuß (zu den Liberalen zählen natürlich auch die ehemaligen Sozialdemokraten vom „Delo Shisni“, die sich des in Anführungszeichen wiedergegebenen abgedroschenen Ausdrucks bedienen), sind einzelne Töne von wirklich ernsthaftem, prinzipiellem Inhalt zu hören. Es werden Versuche unternommen, die „Stolypinperiode“ der russischen Geschichte als etwas Ganzes zu überblicken.

Stolypin war ungefähr fünf Jahre lang, von 1906 bis 1911, das Haupt der Regierung der Konterrevolution. Das ist eine wirklich eigentümliche und an lehrreichen Geschehnissen reiche Periode. Äußerlich könnte man sie charakterisieren als die Periode der Vorbereitung und Durchführung des Staatsstreichs vom 3. Juni 1907. Gerade im Sommer 1906, als Stolypin als Innenminister vor der I. Duma auftrat, begann die Vorbereitung dieses Staatsstreichs, der heute schon auf sämtlichen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens alle seine Früchte gezeitigt hat. Es fragt sich, auf welche gesellschaftlichen Kräfte stützten sich diejenigen, die diesen Staats-

streich durchführten, oder von welchen Kräften wurden sie gelenkt? Was war der sozialökonomische Inhalt der Periode des „3. Juni“? – Die persönliche „Karriere“ Stolypins liefert zu dieser Frage lehrreiches Material und interessante Illustrationen.

Der Gutsbesitzer und Adelsmarschall wird 1902, unter Plehwe, Gouverneur – „bedeckt sich mit Ruhm“ in den Augen des Zaren und seiner Schwarzhunderterkamarilla durch bestialische Repressalien gegen die Bauern, durch Folterung von Bauern (im Gouvernement Saratow) – organisiert 1905 Schwarzhunderterbanden und Pogrome (den Pogrom in Bala-schow) – wird 1906 Innenminister und seit der Auseinanderjagung der I. Reichsduma Präsident des Ministerrats. Das ist in ganz kurzen Zügen die politische Biographie Stolypins. Und diese Biographie des Hauptes der konterrevolutionären Regierung ist zugleich die Biographie der Klasse, die unsere Konterrevolution durchgeführt hat und bei der Stolypin nichts weiter war als Bevollmächtigter oder Kommis. Diese Klasse ist der russische Hochadel, an seiner Spitze der erste Adlige und größte Gutsbesitzer, Nikolaus Romanow. Diese Klasse sind die dreißigtausend frönherrlichen Grundbesitzer, in deren Händen sich 70 Millionen Desjatinen Land im Europäischen Rußland befinden, d. h. ebensoviel Land, wie die zehn Millionen Bauernhöfe besitzen. Die Latifundien in den Händen dieser Klasse bilden die Grundlage der frönherrlichen Ausbeutung, die in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Namen (Abarbeit, Schuldknechtschaft usw.) im altrussischen Zentrum Rußlands herrscht. Die „Landarmut“ des russischen Bauern (um den beliebten Ausdruck der Liberalen und Volkstümler zu gebrauchen) ist nichts anderes als die Kehrseite des *Landreichtums* dieser Klasse. Die Agrarfrage, die im Mittelpunkt unserer Revolution von 1905 stand, lief darauf hinaus, ob der Grundbesitz der Gutsherren erhalten bleiben wird – in diesem Fall ist das Weiterbestehen der bettelarmen, dahinvegetierenden, ausgehungerten, geduckten und niedergehaltenen Bauernschaft als der Masse der Bevölkerung auf lange, lange Jahre hinaus *unvermeidlich* – oder ob die Masse der Bevölkerung instande sein wird, sich einigermaßen menschenwürdige, den europäischen einigermaßen ähnliche freie Lebensbedingungen zu erobern – das ist aber ohne die revolutionäre Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes und der mit ihm unlösbar verbundenen Gutsbesitzermonarchie *nicht zu verwirklichen*.

Die politische Biographie Stolypins ist eine genaue Widerspiegelung und ein Ausdruck der Lebensbedingungen der Zarenmonarchie. Stolypin konnte in jener Lage, in die die Monarchie während der Revolution geraten war, nicht anders handeln, als er handelte. Die Monarchie konnte nicht anders handeln, als mit absoluter Bestimmtheit 1906 klar geworden war, und zwar aus der Erfahrung sowohl vor der Duma im Jahre 1905 als auch zur Zeit der Duma im Jahre 1906 war klargeworden, daß die gewaltige, weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schon erkannt hatte, daß ihre Interessen mit der Erhaltung der Klasse der Gutsbesitzer nicht zu vereinen waren, und die Vernichtung dieser Klasse anstrebte. Es gibt nichts, was oberflächlicher und falscher wäre als die Versicherungen der kadettischen Schriftsteller, die Angriffe auf die Monarchie seien bei uns eine Erscheinung des Revolutionarismus von „Intellektuellen“ gewesen. Im Gegenteil, die objektiven Verhältnisse waren derart, daß der Kampf der Bauern gegen den gutsherrlichen Grundbesitz unvermeidlich die Frage nach Sein oder Nichtsein unserer Gutsbesitzermonarchie aufwarf. Der Zarismus mußte einen Kampf auf Leben und Tod führen, mußte andere Verteidigungsmittel suchen außer der ganz und gar von Kräften gekommenen Bürokratie und der durch die militärischen Niederlagen und den inneren Zerfall geschwächten Armee. Das einzige, was der Zarenmonarchie unter solchen Umständen übrigblieb, war die Organisation der Schwarzhunderterelemente der Bevölkerung und die Organisation von Pogromen. Die hochmoralische Entrüstung, mit der unsere Liberalen von den Pogromen reden, muß auf jeden Revolutionär einen höchst kläglichen und feigen Eindruck machen – besonders, wenn diese hochmoralische Verurteilung der Pogrome damit verbunden ist, daß man den Gedanken an Verhandlungen und Verständigung mit den Pogromhelden für völlig zulässig hält. Die Monarchie konnte nicht anders, als sich gegen die Revolution verteidigen, und die halbasiatische, frohherrliche, russische Monarchie der Romanow konnte sich mit keinen anderen als mit schmutzigsten, abscheulichsten, niederträchtig brutalen Mitteln verteidigen: Also nicht hochmoralische Verurteilung, sondern allseitige und selbstlose Förderung der Revolution, Organisation der Revolution zum Sturz dieser Monarchie ist die für jeden Sozialisten und für jeden Demokraten einzig würdige, einzig vernünftige Methode des Kampfes gegen die Pogrome.

Der Pogromheld Stolypin hatte sich für das Ministeramt gerade so

vorbereitet, wie sich zaristische Gouverneure eben nur vorbereiten konnten: durch Folterung von Bäuern, durch Inszenierung von Pogromen, durch die Fähigkeit, diese asiatische „Praxis“ durch Glanz und Phrase, durch Pose und „europäisch“ aufgemachte Gesten zu verdecken.

Und die Führer unserer liberalen Bourgeoisie, die hochmoralisch die Pogrome verurteilen, nahmen Verhandlungen mit den Pogromhelden auf, wobei sie ihnen nicht nur die Existenzberechtigung zugestanden, sondern auch die Hegemonie beim Aufbau eines neuen Russlands und bei dessen Verwaltung! Die Ermordung Stolypins gab den Anlaß zu einer ganzen Reihe interessanter Enthüllungen und Eingeständnisse, die diese Frage berühren. Da sind z. B. die Briefe von Witte und Gutschkow über die Verhandlungen des ersteren mit „Persönlichkeiten der Gesellschaft“ (lies: mit den Führern der gemäßigt liberalen monarchistischen Bourgeoisie) über die Regierungsbildung nach dem 17. Oktober 1905. An den Verhandlungen mit Witte – diese Verhandlungen haben sich offenbar in die Länge gezogen, denn Gutschkow schreibt von den „qualvollen Tagen der sich hinziehenden Verhandlungen“ – beteiligten sich Schipow, Trubezkoi, Urussow, M. Stachowitsch, d. h. die späteren Führer *sowohl* der Kadettenpartei *als auch* der Partei der „friedlichen Erneuerung“, *als auch* der Partei der Oktobristen. Es kam zu Differenzen, wie sich herausstellt, Durnowos wegen, den die „Liberalen“ nicht als Innenminister akzeptierten, auf dem Witte jedoch ultimativ bestand. Dabei trat Urussow, eine Leuchte der Kadetten in der I. Duma, als „hitziger Verteidiger der Kandidatur Durnowos“ auf. Als Fürst Obolenski die Kandidatur Stolypins aufstellte, da „haben manche zugestimmt, manche sich geäußert, daß sie ihn nicht kennen“. „Ich erinnere mich mit Bestimmtheit“, schreibt Gutschkow, „die negative Äußerung, von der Graf Witte schreibt, *hat niemand getan.*“

Jetzt versucht die Kadettenpresse, die ihren „Demokratismus“ (nicht lachen!) betonen möchte – besonders vielleicht im Hinblick auf die Wahlen in der 1. Kurie in Petersburg, wo ein Kadett gegen einen Oktobristen kämpfte –, Gutschkow anlässlich der damaligen Verhandlungen eins auszuwischen. „Wie oft erwiesen sich die Herren Oktobristen unter Führung Gutschkows“, schreibt die „Retsch“ vom 28. September, „der Obrigkeit zuliebe als Kollegen der Gesinnungsfreunde des Herrn Durnowo! Wie oft erwies sich, daß sie, die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet, der öffentlichen Meinung den Rücken zuwandten!“ Der Leitartikel der „Russkije

Wedomosti“ vom selben Datum wiederholt in anderer Tonart denselben Vorwurf der Kadetten gegen die Oktobristen.

Aber gestatten Sie, meine Herren Kadetten: Welches Recht haben Sie denn, den Oktobristen Vorwürfe zu machen, wenn an denselben Verhandlungen auch Ihre Leute teilnahmen, die Durnowo sogar verteidigten? Zeigten sich damals, im November 1905, nicht alle Kadetten, außer Urusow, als Leute, deren „Blicke auf die Obrigkeit gerichtet“ waren und deren „Rücken der öffentlichen Meinung zugewandt“ war? Pack schlägt sich, Pack verträgt sich; nicht prinzipieller Kampf, sondern die Konkurrenz gleichermaßen prinzipienloser Parteien – das *muß* gesagt werden zu den jetzigen Vorwürfen der Kadetten gegen die Oktobristen im Zusammenhang mit den „Verhandlungen“ Ende 1905. Ein Herumstreiten dieser Art dient bloß dazu, die wirklich wichtige, historisch unbestreitbare Tatsache zu vertuschen, daß alle Schattierungen der liberalen Bourgeoisie, von den Oktobristen bis zu den Kadetten, von dem Augenblick an „die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet“ hatten und den „Rücken“ der Demokratie zuwandten, als unsere Revolution tatsächlich Volkscharakter annahm, d. h. der Zusammensetzung ihrer aktiven Teilnehmer nach zu einer demokratischen wurde. Die Stolypinperiode der russischen Konterrevolution ist gerade dadurch gekennzeichnet, daß die liberale Bourgeoisie sich von der Demokratie abwandte, daß sich Stolypin deshalb bald an den einen, bald an den anderen Repräsentanten dieser Bourgeoisie um Beistand, um Sympathien und um Rat *wenden konnte*. Wäre die Lage der Dinge nicht so gewesen, dann hätte Stolypin nicht die Hegemonie des Rates des vereinigten Adels über die konterrevolutionär gestimmte Bourgeoisie unter dem Beistand, der Sympathie und der aktiven oder passiven Unterstützung dieser Bourgeoisie durchsetzen können.

Diese Seite der Sache verdient besondere Beachtung, denn gerade sie wird von unserer liberalen Presse und solchen Organen der liberalen Arbeiterpolitik wie dem „Delo Shisni“ außer acht gelassen oder absichtlich ignoriert. Stolypin ist nicht nur der Repräsentant der Diktatur der fröherrlichen Gutsbesitzer; sich auf eine derartige Charakteristik beschränken heißt von der Eigenart und der Bedeutung der „Stolypinperiode“ absolut nichts begreifen. Stolypin war Minister in einer Periode, wo in der *gesamten* liberalen Bourgeoisie, einschließlich der kadettischen, die konterrevolutionäre Stimmung vorherrschte, wo die Fronherren sich

auf diese Stimmung stützen konnten und tatsächlich stützten, wo sie an die Führer dieser Bourgeoisie „Vorschläge“ (mit Herz und Hand) richten konnten und dies auch taten, wo sie selbst in den am „weitesten links“ stehenden dieser Führer eine „Opposition Seiner Majestät“ erblicken konnten, wo sie sich darauf berufen konnten und tatsächlich beriefen, daß die geistigen Führer des Liberalismus zu ihnen, zur Reaktion, zum Kampf gegen die Demokratie abschwanken und die Demokratie bespeien. Stolypin war Minister einer Epoche, wo die fronherrlichen Gutsbesitzer hinsichtlich des bäuerlichen Agrarwesens aus aller Kraft, in beschleunigtem Tempo eine *bürgerliche* Politik betrieben, nachdem sie alle romantischen Illusionen und alle Hoffnungen auf das „patriarchalische Wesen“ des Mushiks aufgegeben und sich Verbündete unter den neuen, bürgerlichen Elementen Rußlands im allgemeinen und des bäuerlichen Rußlands im besonderen *gesucht hatten*. Stolypin versuchte, in die alten Schläuche neuen Wein zu gießen, die alte Selbstherrschaft in eine bürgerliche Monarchie umzumodeln, und das Fiasko der Stolypinschen Politik ist das Fiasko des Zarismus auf diesem letzten, für den Zarismus *letzten denkbaren* Weg. Die Gutsbesitzermonarchie Alexanders III. versuchte, sich auf das „patriarchalische“ Dorf und das „patriarchalische Prinzip“ schlechthin im russischen Leben zu stützen; die Revolution hat *diese* Politik endgültig zunichte gemacht. Die Gutsbesitzermonarchie Nikolaus' II. versuchte nach der Revolution, sich auf die konterrevolutionäre Stimmung der Bourgeoisie und auf die bürgerliche Agrarpolitik zu stützen, die von denselben Gutsbesitzern betrieben wurde; das Fiasko dieser Versuche, das jetzt sogar für die Kadetten, sogar für die Oktobristen unbezweifelbar ist, bedeutet das Fiasko der *letzten* für den Zarismus *möglichen* Politik.

Die Diktatur der fronherrlichen Gutsbesitzer war unter Stolypin nicht gegen das ganze Volk gerichtet, wenn man hierzu auch den ganzen „dritten Stand“, die gesamte Bourgeoisie zählt. Nein, diese Diktatur war in für sie bessere Bedingungen gestellt, da die oktobristische Bourgeoisie ihr mit Leib und Seele diente; da die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie eine Vertretungskörperschaft besaßen, in der ihrem Block die Mehrheit gesichert und die Möglichkeit für Verhandlungen und Abmachungen mit der Krone gegeben war; da die Herren Struve und die übrigen „Wechi“-Leute, sich hysterisch überschreiend, die Revolution mit Dreck bewarfen und eine Ideologie schufen, die das Herz eines Antonius von Wolhynien

erfreute; da Herr Miljukow die kadettische Opposition als „Opposition Seiner Majestät“ (Seiner Majestät des letzten Fronherrn) proklamierte. Und nichtsdestoweniger, trotz dieser für die Herren Romanow günstigeren Bedingungen, trotz dieser, vom Standpunkt des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses im kapitalistischen Rußland des 20. Jahrhunderts denkbar günstigsten Bedingungen, trotz alledem erlitt die Politik Stolypins ein Fiasko; Stolypin wurde in dem Augenblick ermordet, wo ein neuer Totengräber der zaristischen Selbstherrschaft, richtiger, ein Totengräber, der neue Kräfte sammelt, an die Tür pocht.

•

Das Verhältnis Stolypins zu den Führern der Bourgeoisie und umgekehrt wird besonders plastisch charakterisiert durch die Epoche der I. Duma. „Die Zeit von Mai bis Juli 1906“, schreibt die „Retsch“, „war in der Laufbahn Stolypins entscheidend.“ Worin lag der Schwerpunkt in dieser Zeit?

„Der Schwerpunkt in jener Zeit“, erklärt das offizielle Organ der Kadettenpartei, „lag natürlich nicht in den Dumareden.“

Nicht wahr, ein wahrhaft wertvolles Eingeständnis! Wieviel Lanzen wurden zu jener Zeit gebrochen im Kampf gegen die Kadetten wegen der Frage, ob „der Schwerpunkt“ jener Epoche in den „Dumareden“ gesehen werden könne! Wieviel zornige Schimpfereien, wieviel hochmütige doktrinäre Belehrungen gab es damals in der Kadettenpresse, gerichtet an die Adresse der Sozialdemokraten, die im Frühjahr und im Sommer 1906 behaupteten, daß der Schwerpunkt in jener Zeit *nicht* in den Dumareden liege! Wieviel Vorwürfe schleuderten damals die „Retsch“ und die „Duma“ gegen die ganze russische „Gesellschaft“, weil diese von einem „Konvent“ träume und nicht genügend Begeisterung über die Siege der Kadetten in der „parlamentarischen“ Arena der ersten Duma aufbringe! Fünf Jahre sind verstrichen, es gilt, eine allgemeine Einschätzung der Periode der ersten Duma zu geben, und die Kadetten verkünden mit einer Leichtigkeit, als ob sie Handschuhe wechselten: „Der Schwerpunkt in jener Zeit lag natürlich nicht in den Dumareden.“

Natürlich nicht, meine Herren! Worin lag denn der Schwerpunkt?

„Hinter den Kulissen“, lesen wir in der „Retsch“, „ging ein scharfer Kampf zwischen den Vertretern zweier Strömungen vor sich. Die eine

empfahl, eine Verständigung mit der Volksvertretung zu suchen, ohne selbst vor der Bildung eines ‚kadettischen Kabinetts‘ zurückzuweichen. Die andere verlangte einen schroffen Schritt, die Auflösung der Reichsduma und eine Änderung des Wahlgesetzes. Dieses Programm wurde vom Rat des vereinigten Adels verfochten, der sich auf mächtige Einflüsse stützte . . .“ „Stolypin schwankte eine Zeitlang. Es gibt Hinweise dafür, daß er durch Kryshanowski Muromzew zweimal den Vorschlag machte, die Möglichkeit eines Kadettenkabinetts mit Stolypin als Innenminister in Erwägung zu ziehen. Aber zur gleichen Zeit stand Stolypin zweifellos in Verbindung mit dem Rat des vereinigten Adels.“

So wird Geschichte geschrieben von den gebildeten, gelehrten, belebten Herren, den Führern der Liberalen! Es ergibt sich, daß der „Schwerpunkt“ nicht in den Reden, sondern in dem Kampf zweier Strömungen innerhalb der zaristischen Schwarzhunderterkamarilla lag! Die Politik des energischen und unverzüglichen „Durchgreifens“ wurde vom Rat des vereinigten Adels betrieben, d. h. nicht von Einzelpersonen, nicht von Nikolaus Romanow, nicht von „einer Strömung“ in den „Sphären“, sondern von einer bestimmten Klasse. Ihre Konkurrenten von rechts sehen die Kadetten klar und nüchtern. Doch das, was links von den Kadetten lag, ist aus ihrem Gesichtskreis verschwunden. Die Geschichte wurde von den „Sphären“, dem Rat des vereinigten Adels und den Kadetten gemacht – das gemeine Volk war an dem Geschichtemachen natürlich nicht beteiligt! Einer bestimmten Klasse (dem Adel) stand die über den Klassen stehende Partei der „Volksfreiheit“ gegenüber, die Sphären aber (d. h. Väterchen Zar) schwankten.

Nun, kann man sich eine engstirnigere Klassenblindheit vorstellen? – eine größere Verzerrung der Geschichte und eine ärgere Ignorierung der Abc-Wahrheiten der Geschichtswissenschaft? – eine kläglichere Konfusion, eine Vermengung von Klasse, Partei und Personen?

Schlimmer als jeder Blinde ist derjenige, der die Demokratie und ihre Kräfte nicht sehen will.

Der Schwerpunkt in der Epoche der ersten Duma lag natürlich nicht in den Dumareden. Er lag im Kampf der Klassen außerhalb der Duma, im Kampf der fröhlichen Gutsbesitzer und ihrer Monarchie gegen die Volksmassen, die Arbeiter und Bauern. Die revolutionäre Bewegung der Massen begann gerade in dieser Zeit von neuem anzuschwellen: allge-

meine Streiks wie politische Streiks, Bauernunruhen wie Meutereien in der Armee nahmen im Frühjahr und im Sommer 1906 bedrohlich zu. *Aus diesem Grunde*, ihr Herren kadettischen Geschichtsschreiber, schwankten die „Sphären“: Der Kampf der Strömungen innerhalb der zaristischen Bande ging darum, ob man bei der gegebenen Stärke der Revolution *sofort* einen Staatsstreich vollziehen könne, oder ob man noch *abwarten*, die Bourgeoisie noch an der Nase herumführen solle.

Die erste Duma hatte die Gutsbesitzer (Romanow, Stolypin und Co.) völlig davon überzeugt, daß es für sie keinen Frieden mit der Bauernmasse und den Arbeitern geben kann. Und diese ihre Überzeugung entsprach der objektiven Wirklichkeit. Es blieb eine Frage zweiter Ordnung zu lösen: wann und wie das Wahlgesetz zu ändern sei, ob sofort oder nach und nach. Die Bourgeoisie schwankte, aber ihr ganzes Verhalten – sogar das der kadettischen Bourgeoisie – zeigte, daß sie die Revolution hundertmal mehr fürchtet als die Reaktion. Darum eben geruhten die Gutsbesitzer, die Führer der Bourgeoisie (Muromzew, Heyden, Gutschkow und Co.) zu Beratungen heranzuziehen, ob nicht *gemeinsam* ein Kabinett gebildet werden könne. Und die *gesamte* Bourgeoisie, einschließlich der Kadetten, beriet sich mit dem Zaren, den Pogromhelden, den Führern der Schwarzhunderter über Mittel und Wege zur Bekämpfung der Revolution – aber niemals hat die Bourgeoisie seit Ende 1905 eine ihrer Parteien delegiert, um mit Führern der Revolution darüber zu beraten, *wie* die Selbstherrschaft und die Monarchie zu stürzen wären.

Darin eben besteht die grundlegende Lehre der „Stolypin“periode der russischen Geschichte. Der Zarismus zog die Bourgeoisie zu Beratungen heran, als die Revolution noch eine Macht zu sein schien – und warf nach und nach, durch Tritte mit dem Soldatenstiefel, *alle* Führer der Bourgeoisie hinaus, zuerst Muromzew und Miljukow, dann Heyden und Lwow und schließlich Gutschkow, als die Revolution aufhörte, einen Druck von unten auszuüben. Der Unterschied zwischen den Miljukow, den Lwow und den Gutschkow ist völlig belanglos – es ist die Frage der Reihenfolge, in der diese Führer der Bourgeoisie ihre Wangen den . . . „Küssen“ der Romanow-Purischkewitsch-Stolypin hinhielten und solche . . . „Küsse“ empfangen.

Stolypin ist gerade in dem Augenblick von der Bühne abgetreten, da die Schwarzhundertermonarchie alles genommen hat, was sie aus den konter-

revolutionären Stimmungen der gesamten russischen Bourgeoisie für sich herauschlagen konnte. Jetzt steht diese Bourgeoisie, die sich durch ihre Verleugnung der Demokratie, des Massenkampfes, der Revolution selbst besudelt hat, zurückgestoßen und bespion, rat- und hilflos da angesichts der Symptome für das Anwachsen der neuen Revolution. Stolypin hat dem russischen Volk eine gute Lehre erteilt: entweder durch den Sturz der Zarenmonarchie unter der Führung des Proletariats zur Freiheit schreiten, oder zu den Puriskewitsch, Markow und Tolmatschow in die Knechtschaft gehen unter der ideologischen und politischen Führung der Miljukow und Gutschkow.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 24,
18. (31.) Oktober 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

ÜBER DIE NEUE FRAKTION DER VERSÖHNLER ODER DER TUGENDHAFTEN

Das „Informazionny Bjuleten“⁸⁹ der Technischen Kommission im Ausland (Nr. 1 vom 11. August 1911) und das fast gleichzeitig ebenfalls in Paris erschienene Flugblatt „An alle Mitglieder der SDAPR“, gezeichnet: „Eine Gruppe von parteitreuen Bolschewiki“, stellen dem Inhalt nach identische Äußerungen gegen den „offiziellen Bolschewismus“ oder, nach einem anderen Ausdruck, gegen die „leninistischen Bolschewiki“ dar. Es sind sehr zornige Äußerungen – es gibt dort mehr zornige Ausbrüche und Deklamationen als Inhalt –, aber nichtsdestoweniger muß man auf sie eingehen, denn hier werden überaus wichtige Fragen unserer Partei berührt. Und für mich ist es um so natürlicher zu versuchen, die neue Fraktion einzuschätzen, als ich erstens gerade über die gleichen Fragen, und gerade im Namen *aller* Bolschewiki, *genau* vor $1\frac{1}{2}$ Jahren (siehe „Diskussionny Listok“ Nr. 2*) schrieb, und zweitens mir meiner Verantwortung für den „offiziellen Bolschewismus“ durchaus bewußt bin. Was den Ausdruck „Leninisten“ betrifft, so ist das einfach ein mißlungener Versuch einer Anzüglichkeit – man will damit sagen, es handle sich hier ja bloß um die Anhänger einer *einzelnen* Person! – in Wirklichkeit wissen alle sehr wohl, daß es sich keineswegs darum handelt, ob jemand meine persönlichen Anschauungen über diese oder jene Seiten des Bolschewismus teilt.

Die Verfasser des Flugblattes, die als sogenannte „parteitreuse Bolschewiki“ zeichnen, nennen sich auch noch „nichtfraktionelle Bolschewiki“, wobei sie darauf hinweisen, daß man sie „hier“ (d. h. in Paris) „ziemlich unzutreffend“ Versöhnler nenne. In Wirklichkeit ist gerade diese Bezeichnung, die sich schon vor mehr als $1\frac{1}{4}$ Jahren, und nicht nur in Paris, nicht

* Siehe Werke, Bd. 16, S. 206–261. Die Red.

allein im Ausland, sondern auch in Rußland eingebürgert hat, der einzige Ausdruck, der das politische Wesen der neuen Fraktion richtig wiedergibt, wie sich der Leser aus der weiteren Darstellung überzeugen wird.

Das Versöhnlertum ist eine Summe von Stimmungen, Bestrebungen und Auffassungen, die mit dem eigentlichen *Wesen* der historischen Aufgabe, vor die die SDAPR in der Epoche der Konterrevolution der Jahre 1908 bis 1911 gestellt ist, *unlösbar* verknüpft sind. Deshalb „verfiel“ in dieser Periode eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, von den verschiedensten Voraussetzungen ausgehend, dem Versöhnlertum. Am konsequentesten hat Trotzki das Versöhnlertum zum Ausdruck gebracht; er versuchte fast als einziger, dieser Richtung ein theoretisches Fundament zu geben. Dieses Fundament sieht so aus: Fraktionen und Fraktionswesen seien ein Kampf der Intelligenz „um den Einfluß auf das unreife Proletariat“ gewesen. Das Proletariat erlange immer höhere Reife, und das Fraktionswesen gehe von selbst unter. Nicht die Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Klassen, nicht die Evolution der grundlegenden Ideen der zwei Hauptfraktionen liege dem Prozeß der Verschmelzung der Fraktionen zugrunde, sondern die Sache hänge von der Einhaltung oder Nichteinhaltung der Vereinbarungen zwischen *allen* „Intellektuellen“ fraktionen ab. Trotzki predigt denn auch beharrlich – schon seit langem, dabei bald mehr zu den Bolschewiki, bald mehr zu den Menschewiki hinneigend – eine solche Verständigung (oder ein Kompromiß) zwischen *allen* und jeglichen Fraktionen.

Die entgegengesetzte Auffassung (siehe Nr. 2 und 3 des „Diskussionny Listok“*) besteht darin, daß die Fraktionen durch das Verhältnis zwischen den Klassen in der russischen Revolution entstanden sind. Die Bolschewiki und die Menschewiki formulierten lediglich die Antworten auf die Fragen, vor die das Proletariat durch die objektive Wirklichkeit der Jahre 1905 bis 1907 gestellt worden war. Deshalb vermag nur die innere Evolution *dieser* Fraktionen, der „starken“ Fraktionen, stark durch ihre tiefe Verwurzelung, stark durch die Übereinstimmung ihrer Ideen mit gewissen Seiten der objektiven Wirklichkeit – vermag ausschließlich die innere Evolution eben dieser Fraktionen die *reale* Verschmelzung der Fraktionen, d. h. die Schaffung einer wirklich völlig einheitlichen Partei des proletarischen, marxistischen Sozialismus in Rußland zu sichern. Daraus ergibt sich die prak-

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 190–193, 357/358, russ. *Die Red.*

tische Schlußfolgerung: Nur die Annäherung dieser beiden starken Fraktionen in der Arbeit – und eine Annäherung nur entsprechend ihrer Säuberung von den nichtsozialdemokratischen Strömungen des Liquidatorentums und des Otsowismus – ist eine wirklich der Partei gemäße Politik, die die Einheit tatsächlich verwirklicht, auf einem Wege, der nicht leicht, nicht glatt ist, auf dem sie bei weitem nicht im Handumdrehen, jedoch real verwirklicht wird, zum Unterschied von der Unmasse verlogener Versprechungen in bezug auf eine leichte, glatte, sofortige Verschmelzung „aller“ Fraktionen.

Diese zwei Auffassungen hatten sich schon vor dem Plenum herausgebildet, als ich in Gesprächen die Losung aufstellte: „Annäherung der zwei starken Fraktionen und kein Lamentieren über Auflösung der Fraktionen“ – worüber der „Golos Sozial-Demokrata“ gleich nach dem Plenum der Öffentlichkeit Mitteilung machte. Diese zwei Auffassungen habe ich direkt, bestimmt und systematisch im Mai 1910, d. h. vor 1½ Jahren, dargelegt, und das obendrein auf dem „allgemeinen Partei“-Kampffeld im „Diskussionny Listok“ (Nr. 2). Wenn die „Versöhnler“, mit denen wir über diese Themen seit November 1909 streiten, sich bis heute kein einziges Mal dazu aufgerafft haben, diesen Artikel zu beantworten, kein einziges Mal versucht haben, diese Frage überhaupt einigermaßen systematisch zu analysieren, ihre Ansichten einigermaßen offen und vollständig darzulegen, so trifft sie die Schuld dafür voll und ganz. Sie bezeichnen ihre fraktionelle Äußerung in dem Flugblatt, herausgegeben im Namen einer besonderen Gruppe, als „öffentliche Antwort“: Diese öffentliche Antwort von Menschen, die über ein Jahr hindurch stumm geblieben waren, ist keine Antwort auf die Frage, wie sie schon längst aufgeworfen, schon längst erörtert, schon längst in zwei prinzipiell verschiedenen Richtungen entschieden worden ist, sondern stellt die hoffnungsloseste Konfusion, die heilloseste Vermengung von zwei nicht zu versöhnenden Antworten dar. Es gibt keine einzige These, die die Verfasser des Flugblatts nicht aufstellten, ohne sie sofort zu widerlegen. Es gibt keine einzige These, zu der die angeblichen Bolschewiki (in Wirklichkeit inkonsequente Trotzlisten) nicht eine Neuaufgabe der Fehler Trotzkis lieferten.

In der Tat, man betrachte die Grundgedanken des Flugblatts.

Wer sind seine Verfasser? Sie sagen, sie seien Bolschewiki, die „die organisatorischen Ansichten des offiziellen Bolschewismus nicht teilen“.

Scheinbar also eine „Opposition“ *nur* in organisatorischen Fragen, nicht wahr? Man lese folgenden Satz: „Gerade organisatorische Fragen, Fragen des Aufbaus und der Wiederherstellung der Partei, treten jetzt, so wie vor 1½ Jahren, in den Vordergrund.“ Das ist glattweg falsch, und das ist gerade jener prinzipielle Fehler Trotzki's, den ich vor 1½ Jahren angeprangert habe. Auf dem Plenum *konnte* die Organisationsfrage nur darum und nur insofern als Hauptfrage erscheinen, als die *Absage aller Strömungen an das Liquidatorentum für eine Realität gehalten wurde*, weil sowohl die „Golos“- als auch die „Wperjod“-Leute, um die Partei zu „beruhigen“, die Resolutionen *gegen* das Liquidatorentum und gegen den Otsowismus „unterzeichneten“. Der Fehler Trotzki's bestand eben darin, daß er fortfuhr, diesen *Schein* für Realität auszugeben, *nachdem* die „Nascha Sarja“ seit Februar 1910 endgültig das Banner des Liquidatorentums und die „Wperjod“-Leute in ihrer berüchtigten Schule in N. N.⁹⁰ die Fahne der Verteidigung des Otsowismus entrollt hatten. Auf dem Plenum *konnte* die Verwechslung des Scheins mit der Realität das Resultat einer Selbsttäuschung sein. Nach dem Plenum, seit dem Frühjahr 1910, *betrog* Trotzki die Arbeiter auf die prinzipienloseste und gewissenloseste Art, indem er versicherte, daß die Hindernisse für die Vereinigung hauptsächlich (wenn nicht lediglich) organisatorischer Natur seien. Diesen Betrug setzen 1911 die Pariser Versöhnler fort, denn jetzt zu erklären, daß die organisatorischen Fragen im Vordergrund stünden, ist ein Hohn auf die Wahrheit. In Wirklichkeit steht jetzt keineswegs die Organisationsfrage im Vordergrund, sondern die Frage des gesamten Programms, der gesamten Taktik, des gesamten Charakters der Partei oder richtiger, die Frage der *zwei* Parteien, der *sozialdemokratischen* Arbeiterpartei und der *Stolypinschen* Arbeiterpartei der Herren Potressow, Smirnow, Larin, Lewizki und Co. Die Pariser Versöhnler haben die 1½ Jahre nach dem Plenum geradezu verschlafen, denn in deren Verlauf hat sich der *gesamte* Kampf gegen die Liquidatoren *sowohl* bei uns *als auch* bei den parteitreuen Menschewiki von organisatorischen Fragen auf Fragen des *Lebens und Wirkens* einer *sozialdemokratischen* – und nicht einer liberalen – Arbeiterpartei verschoben. Jetzt, sagen wir, mit den Herrschaften aus der „Nascha Sarja“ über organisatorische Fragen, über das Verhältnis zwischen der legalen und der illegalen Organisation streiten hieße Komödie spielen, denn diese Herrschaften sind durchaus imstande, eine *solche* „illegale“

Organisation wie den „Golos“ anzuerkennen, der vor den Liquidatoren liebbedient! Es ist schon längst gesagt worden, daß eine solche illegale Organisation, die dem monarchistischen Liberalismus dient, von unseren Kadetten anerkannt und praktiziert wird. Die Versöhnler nennen sich Bolschewiki, um nach 1½ Jahren die von den Bolschewiki entlarvten (und dazu mit der speziellen Bemerkung, daß dies im Namen des *gesamten* Bolschewismus geschieht!) Fehler Trotzki zu wiederholen. Nun, ist das kein Mißbrauch der feststehenden Parteibezeichnungen? Sind wir danach nicht verpflichtet, jedermann zu erklären, daß die Versöhnler durchaus keine Bolschewiki sind, daß sie mit dem Bolschewismus nichts gemein haben, daß sie einfach inkonsequente Trotzkiisten sind?

Man lese etwas weiter: „Man braucht damit, wie der offizielle Bolschewismus und die Mehrheit der Redaktion des ZO die Aufgabe des Kampfes gegen das Liquidatorentum aufgefaßt haben, nicht einverstanden zu sein . . .“ Kann man ernsthaft behaupten, daß die „Aufgabe des Kampfes gegen das Liquidatorentum“ eine organisatorische Aufgabe wäre? Die Versöhnler erklären selber, daß sie mit den Bolschewiki *nicht nur* organisatorischen Fragen auseinandergehen! Worin denn noch? Sie schweigen sich aus. Ihre „öffentliche Antwort“ ist nach wie vor die Antwort von urteilslosen . . . oder leichtfertigen? . . . Menschen. Im Verlauf von 1½ Jahren sind sie *kein einziges Mal* darangegangen, den „offiziellen Bolschewismus“ zu korrigieren oder *ihre* Auffassung von der Aufgabe des Kampfes gegen das Liquidatorentum darzulegen! Diesen Kampf aber führt der offizielle Bolschewismus genau drei Jahre lang, seit August 1908. Stellen wir diese allgemein bekannten Tatsachen einander gegenüber, so suchen wir unwillkürlich nach einer Erklärung für die sonderbare „Verschwiegenheit“ der Versöhnler, und dieses Suchen bringt uns unwillkürlich Trotzki und Jonow⁹¹ in Erinnerung, die versicherten, daß sie *ebenfalls* gegen die Liquidatoren seien, aber die Aufgabe des Kampfes gegen sie *anders* verständen. Das ist lächerlich, Genossen: drei Jahre nach dem Beginn des Kampfes erklären, daß man ihn anders verstehe. Ein solches Andersverstehen gleicht dem völligen Nichtverstehen wie ein Ei dem anderen!

Gehen wir weiter. Im Grunde läuft die jetzige Parteikrise ohne Zweifel auf die Frage hinaus: völlige Trennung unserer Partei, der SDAPR, von den Liquidatoren (darunter auch von den „Golos“-Leuten) oder Fort-

setzung einer Politik der Verständigung mit ihnen. Es wird sich kaum ein einziger mit der Sache einigermaßen vertrauter Sozialdemokrat finden, der leugnen wollte, daß das *Wesen* der ganzen jetzigen Lage der Partei in dieser Frage beschlossen liegt. Was für eine Antwort geben die Versöhnler darauf?

„Man sagt uns“, schreiben sie in dem Flugblatt, „daß wir dadurch“ (durch die Unterstützung der Beratung) „die Parteiformen verletzen und eine Spaltung hervorrufen. Wir glauben das nicht“ (sic!). „Aber wenn dem so wäre, würden wir das nicht fürchten.“ (Es folgt ein Hinweis auf die Vereitelung des Plenums durch das Auslandsbüro des ZK, ein Hinweis darauf, daß man „um das ZK ein Vabanquespiel betreibt“, daß „die Parteiformen mit fraktionellem Inhalt erfüllt“ würden usw.)

Diese Antwort kann man wahrlich als „klassisches“ Beispiel ideologischer und politischer Hilflosigkeit bezeichnen! Man denke nur: es ist der Vorwurf der Spaltung erhoben worden. Und da erklärt die neue Fraktion, die der Partei den Weg zu weisen beansprucht, öffentlich in der Presse: „Wir glauben das nicht“ (d. h. ihr glaubt nicht, daß die Spaltung da ist und fortbestehen wird?), „aber“ . . . aber „wir würden das nicht fürchten.“

Man kann sicher sein, daß in der Geschichte der politischen Parteien ein solches Beispiel von Konfusion nicht zu finden ist. Wenn ihr „nicht glaubt“, daß die Spaltung da ist und fortbestehen wird, so erklärt das doch! – erklärt, *warum* man mit den Liquidatoren zusammenarbeiten kann! – sagt offen, daß man mit ihnen zusammenarbeiten *kann* – und also auch soll.

Unsere Versöhnler sagen das nicht nur nicht, sondern sie sagen das Gegenteil. In einem redaktionellen Artikel in Nr. 1 des „Bjulleten“ (in einer Anmerkung wird ausdrücklich hervorgehoben, daß ein Bolschewik gegen diesen Artikel war, ein Anhänger der bolschewistischen Plattform = der Resolution der II. Pariser Gruppe) lesen wir:

„Es ist Tatsache, daß ein Zusammenarbeiten mit den Liquidatoren in Rußland unmöglich ist“, und etwas früher wird zugegeben, daß „es immer schwieriger wird, selbst die feinste Grenzlinie zu ziehen“ zwischen den „Golos“-Leuten und den Liquidatoren.

Das verstehe, wer kann! Einerseits die höchst offizielle Erklärung im Namen der Technischen Kommission (in der die Versöhnler mit den sie jetzt unterstützenden Polen uns, den Bolschewiki, gegenüber die Mehr-

heit bilden), daß ein Zusammenarbeiten unmöglich ist. Auf russisch heißt das eben Proklamierung der Spaltung. Einen anderen Sinn hat das Wort Spaltung nicht. Andererseits verkündet die gleiche Nr. 1 des „Bjulleten“, daß die Technische Kommission geschaffen wurde „nicht um zu spalten, sondern um der Spaltung vorzubeugen“, und dieselben Versöhnler schreiben, daß sie „das nicht glauben“ (daß die Spaltung da ist und fortbestehen wird).

Kann man sich eine größere Konfusion vorstellen?

Wenn ein Zusammenarbeiten unmöglich ist, so ist das für einen Sozialdemokraten erklärbar, kann in den Augen eines Sozialdemokraten gerechtfertigt sein *entweder* durch eine grobe Verletzung der Parteibeschlüsse und Parteiverpflichtungen durch eine bestimmte Gruppe von Personen (und dann ist die Spaltung von *dieser* Gruppe von Personen unvermeidlich) *oder* durch eine grundlegende prinzipielle Differenz, die die *ganze* Arbeit einer bestimmten Strömung vom Sozialdemokratismus *wegführt* (und dann ist die Spaltung von der ganzen Strömung unvermeidlich). Bei uns sind bekanntlich beide dieser Fälle gegeben: Die Zusammenarbeit mit der liquidatorischen Strömung hat das Plenum von 1910 für unmöglich erklärt, und hinsichtlich der Gruppe der „Golos“-Leute, die sämtliche Verpflichtungen gebrochen und endgültig zu den Liquidatoren übergegangen ist, vollzieht sich die Spaltung jetzt.

Wer bewußt sagt: „ein Zusammenarbeiten ist unmöglich“, wer diese Erklärung einigermaßen durchdacht und ihre prinzipiellen Grundlagen begriffen hat, der hätte unweigerlich seine ganze Aufmerksamkeit und alle seine Bemühungen darauf gerichtet, diese Grundlagen vor den breiten Massen zu klären und diese möglichst schnell und vollständig von den zwecklosen und schädlichen Versuchen abzubringen, weiterhin Beziehungen *gleichviel welcher Art* mit jenen zu unterhalten, mit denen ein Zusammenarbeiten unmöglich ist. Wer aber diese Erklärung abgibt und zu gleicher Zeit hinzufügt: „wir glauben nicht“, daß es zu einer Spaltung kommen wird, „aber wir würden das nicht fürchten“, der zeigt durch diese verworrene und zaghafte Sprache, daß er *Furcht vor sich selber* hat, Furcht vor dem Schritt, den er getan, Furcht vor der geschaffenen Lage! Gerade ein solcher Eindruck muß unbedingt entstehen durch das Flugblatt der Versöhnler, die sich wegen irgend etwas rechtfertigen, sich vor irgend jemand als die „Braven“ hinstellen möchten, die irgend jemand

zublinzeln . . . Wir werden gleich sehen, was es bedeutet, wenn sie dem „Wperjod“ und der „Prawda“ zublinzeln. Wir müssen zunächst damit zu Ende kommen, wie die Versöhnler „das Fazit der Periode, die seit dem Plenum verstrichen ist“, auffassen, das Fazit, das die Beratung der ZK-Mitglieder gezogen hat.

Es ist notwendig, dieses Fazit wirklich zu *begreifen*, zu begreifen, warum es unvermeidlich geworden war – sonst wird unsere Mitwirkung an den Ereignissen spontan, unbeholfen, zufällig sein. Man schaue doch, wie die Versöhnler es *begreifen*. Wie beantworten sie die Frage, warum die Arbeiten des Plenums, warum seine Beschlüsse, die doch vornehmlich der Vereinigung galten, zu einer Spaltung zwischen dem Auslandsbüro des ZK (= Liquidatoren) und den Antiliquidatoren geführt haben? Die Antwort auf diese Frage haben unsere inkonsequenten Trotzlisten einfach von Trotzki und Jonow abgeschrieben, und so muß ich das wiederholen, was im Mai vorigen Jahres* gegen diese konsequenten Versöhnler gesagt wurde.

Die Antwort der Versöhnler: die Schuld liege am Fraktionswesen, an dem Fraktionswesen der Menschewiki, der „Wperjod“-Leute, der „Prawda“ – wir zählen die fraktionellen Gruppen in der Reihenfolge des Flugblattes auf – und schließlich der „offiziellen Vertreter des Bolschewismus“, die „alle diese Gruppen in ihren fraktionellen Bestrebungen übertroffen haben dürften“. Als *nichtfraktionell* bezeichnen die Verfasser des Flugblattes direkt und bestimmt nur sich selber, die Pariser Versöhnler. Alle sind lasterhaft, wir allein sind tugendhaft. Irgendwelche ideologischen Gründe, die die zur Erörterung stehende Erscheinung hervorrufen, führen die Versöhnler nicht an. Irgendwelche organisatorischen oder sonstigen Besonderheiten der Gruppen, die diese Erscheinung hervorgerufen haben, zeigen sie nicht auf. Nichts, rein gar nichts führen sie zur *Erklärung* an, außer dem Hinweis auf Fraktionsgebundenheit = Laster und fraktionelle Ungebundenheit = Tugend. Der Unterschied zwischen den Versöhnlern in Paris und Trotzki besteht lediglich darin, daß jene Trotzki für einen Fraktionsmacher halten und sich selber nicht, während dieser der gegenteiligen Meinung ist.

Ich kann nicht umhin einzugestehen, daß diese Fragestellung, wo zur Erklärung von politischen Erscheinungen *nur* die Lasterhaftigkeit der

* Siehe Werke, Bd. 16, S. 206–261. Die Red.

einen und die Tugendhaftigkeit der anderen angeführt werden, mich stets an jene reklamehaft wohlstandigen Physiognomien erinnert, bei deren Anblick man unwillkürlich denkt: „Wahrscheinlich ist das ein Betrüger.“

Man überlege sich folgende Gegenüberstellung: Unsere Versöhnler sind nicht fraktionell gebunden, also tugendhaft. Wir Bolschewiki haben alle Gruppen in den fraktionellen Bestrebungen übertroffen, d. h., wir sind die Lasterhaftesten. *Darum* hat die tugendhafte Fraktion die allerlasterhafteste, die bolschewistische Fraktion im Kampf gegen das Auslandsbüro des ZK unterstützt!! Da stimmt irgend etwas nicht, Genossen! Ihr verheddert euch mit jeder Erklärung, die ihr abgebt, mehr und mehr.

Ihr macht euch lächerlich, wenn ihr und Trotzki einander – wie beim Ballspiel – gegenseitig Beschuldigungen der Fraktionsmacherei zuwerft: Ihr macht euch nicht die Mühe *nachzudenken*, was eine Fraktion ist. Versucht eine Definition zu geben, und wir prophezeien euch, daß ihr euch noch mehr verheddern werdet, denn ihr seid selbst eine Fraktion, eine schwankende, prinzipienlose Fraktion, die nicht begriffen hat, was auf dem Plenum und nach dem Plenum vor sich ging.

Eine Fraktion ist eine Organisation innerhalb der Partei, die nicht durch den Ort der Arbeit, nicht durch die Sprache oder durch andere objektive Bedingungen, sondern durch eine besondere Plattform der Auffassungen in Parteifragen zusammengehalten wird. Die Verfasser des Flugblatts sind eine Fraktion, denn das Flugblatt ist ihre Plattform (eine sehr schlechte Plattform, aber es gibt auch Fraktionen mit falschen Plattformen). Sie sind eine Fraktion, denn sie sind, wie eben jede Organisation, durch innere Disziplin gebunden: Ihr Vertreter in der Technischen Kommission und in der Organisationskommission wird von ihrer Gruppe durch Stimmenmehrheit delegiert, die Gruppe verfaßt auch und veröffentlicht das Flugblatt mit der Plattform *und so weiter*. So sehen die objektiven Tatsachen aus, die das Geschrei gegen das Fraktionswesen zur *Heuchelei* werden lassen. Sowohl Trotzki als auch die „inkonsequenten Trotzkiisten“ versichern, daß bei ihnen keine Fraktion bestehe, *denn . . .* das „einzige“ Ziel des Zusammenschlusses (zur Fraktion) sei die Vernichtung der Fraktionen, die Propaganda für ihre Verschmelzung usw.; aber alle diese Versicherungen sind bloße Selbstbeweihräucherung und feiges Versteckspiel, aus dem einfachen Grunde, weil die *Tatsache*, daß die Fraktion besteht,

durch das Ziel der Fraktion, ganz gleich welches (und mag es noch so tugendhaft sein), nicht berührt wird. Jede Fraktion ist davon überzeugt, daß ihre Plattform und Politik der beste Weg zur Beseitigung der Fraktionen sei, denn niemand hält das Bestehen von Fraktionen für ein Ideal. Der Unterschied besteht nur darin, daß Fraktionen mit einer klaren, konsequenten, in sich geschlossenen Plattform ihre Plattform geradeheraus verteidigen, während sich prinzipienlose Fraktionen hinter billigem Geschrei über ihre Tugendhaftigkeit, ihre fraktionelle Ungebundenheit verstecken.

Worin liegt die Ursache für das Bestehen von Fraktionen in der SDAPR? Darin, daß sie die Fortsetzung der Spaltung der Jahre 1903 bis 1905 sind. Sie sind das Resultat der Schwäche der örtlichen Organisationen, die außerstande sind zu verhindern, daß Literatengruppen, die neue Strömungen, starke und schwache, repräsentieren, neue „Fraktionen“ bilden, d. h. Organisationen, die die innere Disziplin in den Vordergrund stellen. Worin liegt die Gewähr für die Beseitigung der Fraktionen? Nur in der völligen Überwindung der Spaltung aus der Zeit der Revolution (und dazu führt ausschließlich die Säuberung der beiden Hauptfraktionen von Liquidatorentum und Otsowismus), in der Schaffung einer solchen starken proletarischen Organisation, die die Minderheit zwingen kann, sich der Mehrheit zu unterwerfen. Solange eine solche Organisation nicht vorhanden ist, könnte nur die Verständigung aller Fraktionen den Prozeß ihres Verschwindens beschleunigen. Hieraus ergibt sich klar sowohl das ideologische Verdienst des Plenums als auch sein versöhnlicher Fehler: Das Verdienst besteht darin, die Ideen des Liquidatorentums und des Otsowismus verworfen zu haben; der Fehler – in der wahllosen Verständigung mit Personen und Gruppen, ohne daß deren Versicherungen („wir haben die Resolution unterschrieben“) mit ihren Taten übereinstimmen. Die ideologische Annäherung auf dem Boden des Kampfes gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus macht Fortschritte – trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten. Der versöhnliche Fehler des Plenums* führte ganz unvermeidlich zum Scheitern seiner versöhnlichen Beschlüsse, d. h. zum Scheitern des Bündnisses mit den „Golos“-Leuten. Der Bruch der Bolschewiki (und dann auch der Beratung der ZK-

* Vgl. „Diskussionny Listok“ Nr. 2. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 206–261. Die Red.)

Mitglieder) mit dem Auslandsbüro des ZK ist die *Korrektur* des versöhnlerischen Fehlers des Plenums: Die Annäherung der Fraktionen, die gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus *k ä m p f e n*, wird sich jetzt *außerhalb* der auf dem Plenum festgelegten Formen vollziehen, denn diese Formen entsprachen nicht dem Inhalt. Das ganze Versöhnlertum überhaupt und auch das Versöhnlertum des Plenums hat ein Fiasko erlitten, denn der Inhalt der Arbeit hat die Liquidatoren und die Sozialdemokraten *getrennt*, und *keinerlei* Formen, *keinerlei* Diplomatie und *kein* Spiel der Versöhnler *konnten* diesen Trennungsprozeß aufhalten.

Von diesem – und nur von diesem Standpunkt aus, den ich im Mai 1910 entwickelt habe – wird *alles*, was nach dem Plenum vorgefallen ist, begreiflich, unvermeidlich und ergibt sich nicht aus der „Lasterhaftigkeit“ der einen und der „Tugendhaftigkeit“ der anderen, sondern aus dem objektiven Gang der Ereignisse, der die liquidatorische *Strömung* isoliert und die Zwischengruppen und -grüppchen hinwegfegt.

Die Versöhnler sind genötigt, um diese unbestreitbare politische Tatsache des völligen *Fiaskos* des Versöhnlertums zu vertuschen, bis zur direkten Verdrehung der Tatsachen zu gehen. Man höre: „Die Fraktionspolitik der leninistischen Bolschewiki hat einen um so größeren Schaden gestiftet, als sie die Mehrheit in den wichtigsten Parteiinstitutionen besaßen, wodurch ihre Fraktionspolitik die anderen Strömungen in deren eigener organisatorischer Absonderung rechtfertigte und sie gegen die offiziellen Parteiinstitutionen aufbrachte.“

Diese Tirade ist nichts anderes als eine feige und verspätete „*Rechtfertigung*“ ... des Liquidatorentums, denn gerade die Vertreter dieser Strömung beriefen sich stets auf die „Fraktionsmacherei“ der Bolschewiki. Diese Rechtfertigung kommt verspätet, denn es war *Pflicht* eines jeden, der wirklich der Partei treu geblieben ist (zum Unterschied von Leuten, die die Losung der Parteitreu als Reklame benutzen), *damals* aufzutreten, *als* diese „Fraktionsmacherei“ begann und nicht erst nach 1½ Jahren! Die Versöhnler, die Verteidiger des Liquidatorentums, *konnten nicht* früher auftreten und sind nicht früher aufgetreten, denn sie verfügen über *keine* *Tatsachen*. Sie machen sich die jetzige „Zeit der Wirren“ zunutze, um die unbegründeten Phrasen der Liquidatoren ins Feld zu führen. Die Tatsachen jedoch besagen klar und unzweideutig: Sofort nach dem Plenum, im Februar 1910, entrollte Herr Potressow das Banner des Liquidatoren-

tums. Gleich darauf, im Februar oder im März, wurde die Partei von den Herren Michail, Roman und Juri verraten. Gleich darauf begannen die „Golos“-Leute die Agitation für den „Golos“ (siehe darüber im „Dnewnik“ Plechanows *am Tage nach dem Plenum*) und ließen den „Golos“ von neuem erscheinen. Gleich darauf begannen die „Wperjod“-Leute ihre „Schule“ aufzubauen. Der erste fraktionelle Schritt der Bolschewiki dagegen ist die Gründung der „Rabotschaja Gaseta“ im September 1910, nach dem Bruch Trotzki's mit den Vertretern des Zentralkomitees.

Wozu brauchten die Versöhnler diese Verfälschung allgemein bekannter Tatsachen? Um den Liquidatoren einen Wink zu geben, um sich bei ihnen lieb Kind zu machen. Einerseits ist „ein Zusammenarbeiten mit den Liquidatoren unmöglich“. Andererseits seien sie „gerechtfertigt“ durch die „Fraktionsmacherei“ der Bolschewiki!! Wir fragen jeden beliebigen Sozialdemokraten, der von der Diplomatie unserer „Ausländer“ nicht angesteckt ist: Welches politische Vertrauen verdienen Leute, die sich in solche Widersprüche verwickeln? Sie haben jene Küsse verdient, mit denen sie der „Golos“ öffentlich belohnte, und nichts anderes.

Die *Schonungslosigkeit* unserer Polemik (wofür sie uns Tausende Male in allgemeinen Versammlungen in Paris mündlich getadelt haben) und die *Schonungslosigkeit*, mit der wir die Liquidatoren *entlarven* (sie waren *gegen* die Entlarvung von Michail, Juri und Roman), bezeichnen die Versöhnler als unsere „Fraktionsmacherei“. Die Versöhnler verteidigten und deckten die ganze Zeit hindurch die Liquidatoren, *ohne zu wagen*, ihrer Verteidigung auch nur ein einziges Mal offen im „Diskussionny Listok“ oder in einem gedruckten, öffentlichen Aufruf Ausdruck zu verleihen. Und jetzt behindern sie mit ihrer Schwäche und ihrer Feigheit die Partei, die begonnen hat, sich entschieden von den Liquidatoren abzugrenzen. Die Liquidatoren sagen: Es gibt kein Liquidatorentum, es wurde von den Bolschewiki „aufgebauscht“ (siehe die Resolution der kaukasischen Liquidatoren⁹² und die Reden Trotzki's). Die Versöhnler sagen: Es ist unmöglich, mit den Liquidatoren zusammenzuarbeiten, *aber... aber* sie sind „gerechtfertigt“ durch die „Fraktionsmacherei“ der Bolschewiki. Ist es denn nicht klar, daß es einen, nur einen wirklichen Sinn für diesen lächerlichen Widerspruch subjektiver Urteile gibt: feige Verteidigung des Liquidatorentums, das Bestreben, den Bolschewiki *hinterrücks ein Bein zu stellen* und den Liquidatoren unter die Arme zu greifen?

Aber das ist noch lange nicht alles. Die schlimmste und böswilligste Verdrehung der Tatsachen ist die Behauptung, daß wir „in den wichtigsten Parteiinstitutionen“ die „Mehrheit“ besessen hätten. Diese himmelschreiende Unwahrheit hat nur das eine Ziel: den politischen Bankrott des Versöhnertums zu verdecken. Denn in Wirklichkeit besaßen die Bolschewiki nach dem Plenum in keiner einzigen der „wichtigsten Parteiinstitutionen“ die Mehrheit, die besaßen gerade die Versöhnler. Der Mann soll gefunden werden, der versuchen wollte, die folgenden Tatsachen zu bestreiten. „Wichtigste Parteiinstitutionen“ gab es nach dem Plenum nur drei: 1. das Büro des ZK in Rußland – überwiegend Versöhnler* ; 2. das Auslandsbüro des ZK – von Januar 1910 bis November 1910 waren die Bolschewiki in ihm durch einen Versöhnler vertreten; da offiziell sowohl der Bundist als auch der Lette den versöhnlerischen Standpunkt einnahm, so war also die Mehrheit 11 Monate nach dem Plenum versöhnlerisch; 3. die Redaktion des ZO – in ihr standen zwei „fraktionelle Bolschewiki“ zwei „Golos“-Leuten gegenüber: ohne den Polen gab es keine Mehrheit.

Wozu brauchten die Versöhnler diese offensichtliche Unwahrheit? Eben dazu, um den Kopf in den Sand zu stecken, um den politischen Bankrott des Versöhnertums zu verdecken. Das Versöhnertum hatte auf dem Plenum die Vorherrschaft, es hatte nach dem Plenum die Mehrheit in allen praktischen Hauptzentren der Partei, und es erlitt in anderthalb Jahren völligen Bankrott: Es hat niemanden „versöhnt“, es hat nirgendwo etwas zustande gebracht, es pendelte hilflos hin und her und hat dafür durchaus die Küsse der „Golos“-Leute verdient.

Und besonders vollständig ist der Bankrott, der die Versöhnler in Rußland ereilt hat – das ist um so wichtiger zu betonen, je eifriger sich die Pariser Versöhnler demagogisch auf Rußland berufen. Rußland ist versöhnlerisch, im Gegensatz zum Ausland – das ist das Grundmotiv der Versöhnler. Man vergleiche diese Worte mit den Tatsachen – und man wird begreifen, daß dies leerste und billigste Demagogie ist. Die Tatsachen besagen, daß im Russischen Büro des ZK über ein Jahr nach dem Plenum nur Versöhnler saßen, nur sie hielten die offiziellen Referate über

* Natürlich gibt es Versöhnler und Versöhner. Gewiß können (und wollen) bei weitem nicht alle früheren Mitglieder des Russischen Büros die Verantwortung für alle Torheiten der Pariser Versöhnler, dieser einfachen Nachbeter Trotzki's, übernehmen.

das Plenum, konferierten offiziell mit den Legalisten, nur sie ernannten Vertreter und entsandten sie in die verschiedenen Institutionen, nur sie verfügten über alle Gelder, die das Auslandsbüro des ZK widerspruchlos anwies, nur sie führten Verhandlungen mit den Publizisten „in Rußland“, die zu Hoffnungen in puncto Konfusion (d. h. in puncto Versöhnertum) Anlaß gaben usw.

Und das Ergebnis?

Das Ergebnis ist gleich Null. Kein einziges Flugblatt, keine einzige Aktion, kein einziges Organ, keine einzige „Versöhnung“. Die „fraktionellen“ Bolschewiki dagegen haben (um nicht davon zu sprechen, wovon nur Herr Martow, der der Ochrana Helferdienste leistet, offen spricht) im Ausland die „Rabotschaja Gaseta“, die schon nach zwei Nummern festen Fuß gefaßt hat. Das Versöhnertum = Null, Worte, fromme Wünsche (und, auf Grund dieser „versöhnlerischen“ Wünsche, Versuche, dem Bolschewismus ein Bein zu stellen); der „offizielle“ Bolschewismus aber hat durch seine Taten seine eindeutige Vorherrschaft gerade in Rußland bewiesen.

Was ist das – eine Zufälligkeit? – eine Folge der Verhaftungen? – aber die Verhaftungen konnten die Liquidatoren „verschonen“, da sie in der Partei nicht arbeiteten, die Bolschewiki aber und die Versöhnler wurden durch sie in gleichem Maße betroffen.

Nein, das ist keine Zufälligkeit und keine Folge des Glücks oder des Erfolgs von *Personen*. Das ist die Folge des Bankrotts einer politischen *Richtung*, die in ihren Ausgangspunkten falsch ist. Falsch und verlogen ist am Versöhnertum die *Grundlage* – das Bestreben, die Einheit der Partei des Proletariats auf dem Bündnis *aller*, darunter auch der antisozialdemokratischen, nichtproletarischen Fraktionen aufzubauen; falsch und verlogen ist seine prinzipienlose „Vereinigungs“-Projektemacherei, die zur Aufschneiderei führt; falsch sind die Phrasen gegen die „Fraktionen“ (wobei in *der Tat* eine neue Fraktion gebildet wird) – Phrasen, die nicht imstande sind, die parteifeindlichen Fraktionen aufzulösen und die die Fraktion der Bolschewiki, welche $\frac{9}{10}$ des Kampfes gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus ausgefochten hat, schwächen.

Beispiele für die prinzipienlose „Vereinigungs“-Projektemacherei liefert uns in Hülle und Fülle Trotzki. Man erinnere sich nur (ich wähle eines der jüngsten Beispiele), wie er die Pariser „Rabotschaja Shisn“⁹⁸ lobte, die

von den Pariser Versöhnlern und „Golos“-Leuten paritätisch geleitet wird. Welch ein Entzücken! – schrieb Trotzki, „weder Bolschewik noch Menschewik, sondern revolutionärer Sozialdemokrat“. Dem armen Phrasenhelden ist eine Kleinigkeit entgangen: revolutionär ist nur derjenige Sozialdemokrat, der die *Schädlichkeit* des antirevolutionären Quasi-Sozialdemokratismus in einem gegebenen Land, in einer gegebenen Zeit, d. h. die Schädlichkeit des Liquidatorentums und des Otsowismus im Rußland der Jahre 1908–1911, begriffen hat, wer derartige nichtsozialdemokratische Richtungen zu bekämpfen *versteht*. Dadurch, daß Trotzki der „Rabotschaja Shisn“ schmeichelt – die keinen Kampf gegen die nicht-revolutionären Sozialdemokraten in Rußland führte –, *enthüllte* er nur den Plan der Liquidatoren, denen er *treu* und *redlich* dient: *Parität* im ZO bedeutet Einstellung des *Kampfes* gegen die Liquidatoren; die Liquidatoren haben in Wirklichkeit volle Freiheit im Kampf gegen die Partei, die Partei aber *soß* durch die „Parität“ der „Golos“-Leute und der parteitreuen Elemente im ZO (und im ZK) an Händen und Füßen *gebunden* werden. Der Sieg der Liquidatoren wäre dann vollständig gesichert, und nur Lakaien der Liquidatoren konnten einen solchen Plan durchzuführen suchen oder ihn verteidigen.

Beispiele für eine prinzipienlose „Vereinigungs“-Projektemacherei, die Frieden und Glückseligkeit ohne einen langen, hartnäckigen, verzweifelten Kampf gegen die Liquidatoren verheißt, sahen wir auf dem Plenum bei Jonow, Innokentjew und anderen Versöhnlern. Ein ebensolches Beispiel sahen wir in dem Flugblatt unserer Versöhnler, die das Liquidatorentum mit dem „Fraktionswesen“ des Bolschewismus rechtfertigten. Ein weiteres Beispiel: ihre Reden über die „Isolierung“ der Bolschewiki „*von den anderen Strömungen* („Wperjod“, „Prawda“), *die auf dem Boden der illegalen sozialdemokratischen Partei stehen*“.

Die Hervorhebung dieser wunderbaren Tirade stammt von uns. In dieser Tirade widerspiegelt sich – wie die Sonne im Wassertropfen – die ganze Prinzipienlosigkeit des Versöhnlertums, die Grundlage seiner politischen Ohnmacht.

Erstens, stellen denn die „Prawda“ und der „Wperjod“ *sozialdemokratische Strömungen* dar? Nein, es sind keine, denn der „Wperjod“ vertritt eine *nichtsozialdemokratische* Strömung (Otsowismus und Machismus), während die „Prawda“ ein Grüppchen repräsentiert, das *in keiner ein-*

zigen wichtigen prinzipiellen Frage der Revolution und der Konterrevolution eine selbständige und vollständige Antwort *gegeben hat*. Als *Strömung* kann man aber nur einen solchen Komplex politischer Ideen bezeichnen, die sich im Zusammenhang mit *allen* wichtigen Problemen *sowohl* der Revolution (denn wir haben zuwenig Abstand von ihr und hängen von ihr in jeder Hinsicht ab) *als auch* der Konterrevolution herausgebildet und die außerdem ihre Daseinsberechtigung als Strömung durch ihre Verbreitung in breiten Schichten der Arbeiterklasse bewiesen haben. Der Menschewismus wie der Bolschewismus sind sozialdemokratische Strömungen, das ist durch die Erfahrung der Revolution, durch die Geschichte einer achtjährigen Arbeiterbewegung bewiesen. Grüppchen, die keine *Strömung* darstellen, gab es in dieser Zeit eine Unmenge, wie es ihrer auch früher viele gegeben hat. Eine Strömung mit Grüppchen verwechseln heißt sich in der Parteipolitik zu *Intrigantentum* verurteilen. Denn das Auftauchen von prinzipienlosen Grüppchen, ihr Eintagsdasein, ihr krampfhaftes Bemühen, „ihr Wort“ zu sagen, ihre „Beziehungen“ untereinander, als wären sie besondere Mächte – das eben ist die Basis des *Intrigantentums* im Ausland, vor dem es keine andere Rettung gibt und geben kann als strenge, beharrliche, durch die Erfahrung der langen Geschichte der Arbeiterbewegung erprobte Prinzipientreue.

Zweitens – und hier beobachten wir sofort, wie die Prinzipienlosigkeit der Versöhnler in der Praxis zu *Intrigantentum* wird – sagt das Flugblatt der Pariser eine direkte und wissentliche Unwahrheit, wenn es erklärt: „Der Otsowismus findet schon keine offenen Anhänger und Verteidiger mehr in unserer Partei.“ Das ist, wie jedermann weiß, eine Unwahrheit. Diese Unwahrheit wird in Nr. 3 des „Wperjod“ (*Mai 1911*) dokumentarisch widerlegt, wo *offen* davon gesprochen wird, daß der Otsowismus eine „*durchaus berechtigte Strömung* in unserer Partei“ sei (S. 78). Oder wollen unsere neunmalweisen Versöhnler behaupten, daß eine solche Erklärung *keine Verteidigung* des Otsowismus sei?

Num, wenn Leute ihre Annäherung an dieses oder jenes Grüppchen prinzipiell nicht rechtfertigen können, bleibt ihnen nichts übrig als die Politik der kleinen Lüge, der seichten Schmeichelei, der Winke und des Zwinkerns, d. h. gerade das, was zusammengenommen eben den Begriff des *Intrigantentums* ergibt. Der „Wperjod“ lobt die Versöhnler – die Versöhnler loben den „Wperjod“ und suchen verlogen die Partei wegen

des Otsowismus zu beruhigen. Und die Folge ist ein Kuhhandel um Funktionen und Funktjönchen mit den *Verteidigern* des Otsowismus, mit denjenigen, die gegen *alle* Beschlüsse des Plenums *verstoßen* haben. Heimlich den Liquidatoren helfen, heimlich den Otsowisten helfen – das ist die Bestimmung des Versöhnertums, darin gerade besteht das ohnmächtige und klägliche Intrigantentum.

Drittens. „Ein Zusammenarbeiten mit den Liquidatoren in Rußland ist unmöglich.“ Diese Wahrheit mußten auch die Versöhnler anerkennen. Es fragt sich, ob die Grüppchen des „*Wperjod*“ und der „*Prawda*“ diese Wahrheit anerkennen? Sie erkennen sie nicht nur nicht an, sondern erklären geradeheraus das *Gegenteil*, fordern direkt ein „Zusammenarbeiten“ mit den Liquidatoren und betreiben diese Zusammenarbeit unmittelbar (siehe beispielsweise den Bericht der 2. „*Wperjod*“-Schule). Es fragt sich, ob es auch nur eine Spur von Prinzipientreue und Ehrlichkeit gibt in der Proklamierung einer Politik der Annäherung an Gruppen, die auf die *Grundfragen direkt entgegengesetzte* Antworten geben? – Denn die Frage des Liquidatorentums ist durch die Resolution des Plenums direkt und einstimmig als eine der Grundfragen anerkannt worden. Es ist klar, daß das nicht der Fall ist, daß wir hier einen ideologischen Abgrund vor uns haben, und die Versuche, durch Worte eine Brücke, eine diplomatische Brücke über ihn zu schlagen, verdammen die Iwan Iwanowitsch und Iwan Nikiforowitsch unabhängig von all ihren guten Absichten unvermeidlich zum Intrigantentum.

Und solange man uns nicht auf Grund solider Angaben und einer Übersicht der wichtigsten Fragen gezeigt und bewiesen hat, daß der „*Wperjod*“ und die „*Prawda*“ sozialdemokratische Strömungen repräsentieren (und das hat in den 1½ Jahren nach dem Plenum niemand auch nur versucht zu beweisen, und das läßt sich auch nicht beweisen), solange werden wir nicht müde werden, den Arbeitern die ganze Schädlichkeit jener prinzipienlosen Kniffe, jener Intrigantentricks klarzumachen, auf die die von den Versöhnlern propagierte Annäherung an den „*Wperjod*“ und die „*Prawda*“ hinausläuft. Sich von diesen nichtsozialdemokratischen und prinzipienlosen, die Liquidatoren unterstützenden Grüppchen zu *isolieren* ist die *erste Pflicht* der revolutionären Sozialdemokraten. Sich an die russischen Arbeiter, die mit dem „*Wperjod*“ und der „*Prawda*“ verbunden sind, zu wenden, über die Köpfe dieser Grüppchen hinweg und gegen

diese Grüppchen – das ist die Politik, die der Bolschewismus betrieb, nach wie vor betreibt und über alle Hindernisse hinweg weiterhin betreiben wird.

Ich sagte, daß das Versöhnlertum schon in den 1½ Jahren seiner *Vorherrschaft* in den Parteizentren völligen politischen Bankrott erlitten hat. Die übliche Antwort darauf ist: Ja, aber das kommt daher, weil ihr Fraktionsmacher uns gehindert habt (siehe das Schreiben der Versöhnler – *und nicht* der Bolschewiki – German und Arkadi⁹⁴ in der „Prawda“ Nr. 20).

Darin besteht eben der *politische* Bankrott einer Richtung und eines Grüppchens, daß *alle* sie „hindern“, daß *alles* sich gegen sie wendet – denn sie haben dies „alles“ falsch in Rechnung gestellt, denn sie haben als Grundlage leere Worte, Stoßseufzer, Bedauern und Lamentationen genommen.

Uns aber, meine Herren, hat *alle Welt* geholfen, und darin liegt das Unterpfand unseres Erfolges. Uns halfen die Herren Potressow, Larin und Lewizki, denn sie *konnten nicht* den Mund auftun, ohne *unser* Urteil über das Liquidatorentum zu bestätigen. Uns halfen die Herren Martow und Dan, denn sie *veranlaßten* alle, unserem Urteil, daß die „Golos“-Leute und die Liquidatoren ein und dasselbe sind, zuzustimmen. Uns half Plechanow *in dem Maße*, wie er die Liquidatoren entlarvte, wie er in den Resolutionen des Plenums auf die (*von den Versöhnlern*) offen gelassenen „Hintertürchen für Liquidatoren“ hinwies und die (*von den Versöhnlern gegen uns durchgesetzten*) „geschwollenen“ und „integralistischen“ Stellen in diesen Resolutionen dem Gespött preisgab. Uns halfen die Versöhnler in Rußland, die Michail, Juri und Roman mit Schimpfattacken gegen Lenin „einluden“ (siehe „Golos“) und dadurch bestätigten, daß die Weigerung der Liquidatoren *nicht* von der Böswilligkeit der „Fraktionsmacher“ abhing. Woher kam es denn, ihr liebenswürdigen Versöhnler, daß euch alle behinderten, trotz eurer Tugend, uns dagegen alle halfen, trotz unserer fraktionellen Lasterhaftigkeit?

Das kam daher, weil sich die Politik eures Grüppchens auf bloße Phrasen gründete – auf mitunter wohlwollende und gutgemeinte – aber doch eben auf hohle Phrasen. Ein wirkliches Näherrücken der Einheit ergibt sich aber *nur* aus der Annäherung der *starken* Fraktionen, die stark sind durch ihre ideologische Geschlossenheit und den durch die Erfahrungen der Revolution erprobten Einfluß auf die *Massen*.

Phrase bleibt auch bis auf den heutigen Tag euer Geschrei gegen das Fraktionswesen, denn *ibr selbst seid eine Fraktion*, und zwar eine der schlimmsten, unzuverlässigsten, prinzipienlosesten Fraktionen. Eine Phrase ist eure hochtrabende, gespreizte Erklärung (im „Informazionny Bjulleten“) – „keinen Centime den Fraktionen“. Wenn ihr das ernsthaft meintet, wie könntet ihr dann „Centimes“ verausgaben für ein Flugblatt – die Plattform eines neuen Grüppchens? Wenn ihr das ernsthaft meintet, wie könntet ihr dann schweigen beim Anblick der *fraktionellen* Organe „Rabotschaja Gaseta“ und „Dnewnik Sozialdemokrata“? – müßtet ihr dann nicht öffentlich die Einstellung dieser Organe fordern?* Wenn ihr das fordertet, wenn ihr ernsthaft eine solche Bedingung stellet, würde man euch einfach auslachen. Wenn ihr aber, die ihr dies sehr wohl empfindet, euch nur auf schmachtende Seufzer beschränkt – beweist das denn nicht wieder, daß euer ganzes Versöhnlertum keinen Boden unter den Füßen hat?

Die Beseitigung der Fraktionen ist nur möglich auf der Basis der Gegenseitigkeit – sonst ist sie eine reaktionäre Losung, die der Sache des Proletariats zutiefst schadet, eine demagogische Losung, denn sie *erleichtert* nur den unversöhnlichen Kampf der Liquidatoren gegen die Partei. Wer diese Losung jetzt aufstellt, *nach* ihrer mißlungenen Anwendung durch das Plenum, *nach* der Vereitelung der Verschmelzung (der Fraktionen) durch die Fraktionen der „Golos“- und der „Wperjod“-Leute, wer dies tut, ohne auch nur zu versuchen, ohne zu wagen, die Bedingung der Gegenseitigkeit zu wiederholen, sie klarzustellen, die Mittel der Kontrolle über ihre *reale* Durchführung zu fixieren, der berauscht sich einfach an den Klängen süßer Worte.

Bolschewiki, schließt euch zusammen, ihr seid die einzige Stütze des konsequenten und entschiedenen Kampfes gegen das Liquidatorientum und den Otsowismus.

Betreibt die in der Praxis erprobte, durch die Erfahrung erhärtete

* Die Gerechtigkeit verlangt zu sagen, daß die Pariser Versöhnler, die jetzt ihr Flugblatt herausgebracht haben, *gegen* die Schaffung der „Rabotschaja Gaseta“ waren und die *erste Versammlung*, zu der sie die Redaktion eingeladen hatte, *verließen*. Wir bedauern, daß sie uns nicht durch ein offenes Auftreten gegen die „Rabotschaja Gaseta“ geholfen haben (geholfen haben, die ganze Hohlheit des Versöhnlertums zu entlarven).

Politik der Annäherung an den antiliquidatorischen Menschewismus – das ist unsere Losung. Das ist die Politik, die nicht das Land, wo Milch und Honig fließt, nicht einen in der Epoche des Zerfalls und der Zersetzung unrealisierbaren „allgemeinen Frieden“ verspricht, die aber praktisch die Annäherung der Strömungen in der Arbeit voranbringt, der Strömungen, die alles repräsentieren, was es in der proletarischen Bewegung an Starkem, Gesundem und Lebensfähigem gibt.

Die Rolle der Versöhner in der Epoche der Konterrevolution kann durch das folgende Bild erläutert werden. Mit großer Mühe ziehen die Bolschewiki unseren Parteiwagen einen steilen Berg hinauf. Die Liquidatoren, die „Golos“-Leute, zerren ihn mit aller Kraft zurück, bergabwärts. Auf dem Wagen sitzt der Versöhner. Seine Miene ist so rührend, so rührend, sein Antlitz süß, so süß, ganz wie bei Jesus Christus. Die ganze Gestalt ist die verkörperte Tugend. Und die Augen sittsam gesenkt, die Arme gen Himmel erhoben, ruft der Versöhner: „Ich danke dir, o Herr, daß ich nicht bin wie diese“ – Nicken in Richtung der Bolschewiki und der Menschewiki – „böswilligen Fraktionsmacher, die jede Vorwärtsbewegung hindern.“ Der Wagen aber bewegt sich langsam vorwärts, und auf dem Wagen sitzt der Versöhner. Als die fraktionellen Bolschewiki das liquidatorische Auslandsbüro des ZK zerschlugen und dadurch den Boden frei machten für den Bau des neuen Hauses, für den Block (oder wenigstens das zeitweilige Bündnis) der parteitreuen Fraktionen, da traten (auf die fraktionellen Bolschewiki schimpfend) die Versöhner in dieses Haus und weihten die neue Wohnung ein... mit dem Weihwässerlein süßlicher Reden über Fraktionslosigkeit!

Was wäre aus dem historisch denkwürdigen Werk der alten „Iskra“ geworden, wenn sie statt der konsequenten, unversöhnlichen, prinzipiellen Kampagne gegen den Okonomismus und den „Struivismus“ sich auf irgendeinen Block, ein Bündnis oder eine „Verschmelzung“ aller Gruppen und Grüppchen eingelassen hätte, deren es damals im Ausland nicht weniger gab als jetzt?

Die Unterschiede zwischen unserer Epoche und der Epoche der alten „Iskra“ steigern indes die Schädlichkeit des prinzipienlosen und phrasenhaften Versöhnlertums um ein vielfaches.

Der erste Unterschied besteht darin, daß wir in der Entwicklung des

Kapitalismus und der Bourgeoisie, in der Klarheit des Klassenkampfes in Rußland eine viel höhere Stufe erreicht haben. Für die *liberale* Arbeiterpolitik der Herren Potressow, Lewizki, Larin und Co. gibt es bereits (und zwar zum *erstenmal* in Rußland) eine bestimmte objektive Basis. Der Stolypinsche Liberalismus der Kadetten und die Stolypinsche Arbeiterpartei sind schon im Entstehen begriffen. Um so schädlicher sind in der Praxis die versöhnlerischen Phrasen und die Intrigen mit den ausländischen Grüppchen, die die Liquidatoren unterstützen.

Der zweite Unterschied ist die unvergleichlich höhere Stufe der Entwicklung des Proletariats, seines Klassenbewußtseins, seiner klassenmäßigen Geschlossenheit. Um so schädlicher ist die *künstliche* Unterstützung, die die Versöhnler jenen Eintagsgrüppchen im Ausland („Wperjod“, „Prawda“ usw.) gewähren, die keinerlei *Strömung* in der Sozialdemokratie geschaffen haben noch schaffen können.

Der dritte Unterschied: In der Epoche der „Iskra“ gab es illegale Organisationen der Ökonomen in Rußland, die zerschlagen, gespalten werden mußten, um die revolutionären Sozialdemokraten gegen sie zu vereinigen. Jetzt gibt es *keine* parallelen illegalen Organisationen, es handelt sich lediglich um den Kampf gegen *legale* Gruppen, die sich abgesondert haben. Und diesen Prozeß der Absonderung (ihn anzuerkennen, sind sogar die Versöhnler genötigt) *hemmen* sie durch ihr politisches Spiel mit den ausländischen Fraktionen, die *nicht willens* und nicht in der Lage sind, in Richtung einer solchen Abgrenzung zu arbeiten.

Der Bolschewismus hat die Krankheit des Otsowismus, die revolutionäre Phrase, die „radikale“ Spielerei, das Schwanken vom Sozialdemokratismus nach links „überstanden“. Die Otsowisten sind als Fraktion aufgetreten, als es schon unmöglich war, die Sozialdemokraten aus der Duma „abzuberufen“.

Der Bolschewismus wird auch die Krankheit des „Versöhnlertums“, das Schwanken nach der Seite des Liquidarentums (denn *in der Praxis* waren die Versöhnler stets ein Spielball in den Händen der Liquidatoren) überstehen. Auch die Versöhnler haben sich hoffnungslos verspätet, denn sie sind als Fraktion dann aufgetreten, als schon die 1½ Jahre der *Vorbherrschaft* des Versöhnlertums nach dem Plenum zu Ende waren, und es niemanden mehr zu versöhnen gab.

PS. Der vorliegende Artikel wurde vor mehr als einem Monat geschrieben. Er kritisiert die „Theorie“ der Versöhnler. Was die „Praxis“ der Versöhnler betrifft, die ihren Ausdruck gefunden hat in der trostlosen, absurden, zwecklosen und beschämenden Zänkerei, die in Nr. 2 des „Bjulleten“ der Versöhnler und der Polen herrscht – darüber lohnt es sich nicht, auch nur ein Wort zu verlieren.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 24,
18. (31.) Oktober 1911.
Unterschrift: *N. L e n i n.*

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

ÜBER DIE WAHLKAMPAGNE UND DIE WAHLPLATTFORM

Im kommenden Jahr stehen die Wahlen zur IV. Reichsduma bevor. Die Sozialdemokratie muß *unverzüglich* die Wahlkampagne eröffnen. Bei *allen* Parteien macht sich angesichts der bevorstehenden Wahlen schon eine „Belebung“ bemerkbar. Die erste Etappe der Periode der Konterrevolution ist offensichtlich zu Ende: Die vorjährigen Demonstrationen, die Studentenbewegung, die Hungersnot auf dem Lande und – als Letztes, aber nicht Unwichtigstes! – die Streikwelle; all das deutet mit Bestimmtheit auf den Beginn einer Wendung hin, auf den Beginn einer neuen Etappe der Periode der Konterrevolution. Verstärkte Propaganda, Agitation und Organisation stehen auf der Tagesordnung, und den natürlichen, unumgänglichen, aktuellen „Anknüpfungspunkt“ für diese Arbeit bilden die bevorstehenden Wahlen. (In Parenthese sei bemerkt, daß diejenigen, die bis heute – ähnlich dem Grüppchen der „Wperjod“-Leute in den Reihen der Sozialdemokratie – hinsichtlich dieser elementaren, durch das Leben, die Erfahrung und die Partei vollauf bestätigten Wahrheiten schwanken und annehmen, der „Otsowismus“ sei eine „berechtigte Schattierung“ („Wperjod“ Nr. 3, Mai 1911, S. 78), sich einfach von den halbwegs ernst zu nehmenden Richtungen oder Strömungen in der Sozialdemokratie ausschließen.)

Zunächst einige Bemerkungen über die Organisation, die Gestaltung und Führung der Wahlkampagne. Um sie *unverzüglich* beginnen zu können, bedarf es der sofortigen *Initiative* der illegalen Parteizellen der SDAPR überall im ganzen Lande, in jeglichen legalen und halblegalen Organisationen, in allen großen Industriebetrieben, unter allen Schichten und Gruppen der Bevölkerung. Man soll der rauhen Wirklichkeit offen

ins Gesicht schauen. Fest gefügte Parteiorganisationen sind in vielen Orten gar nicht vorhanden. Vorhanden ist eine der Sozialdemokratie ergebene Avantgarde der Arbeiter. Vorhanden sind einzelne Personen, vorhanden sind kleine Gruppen. Deshalb muß die tatkräftige Bildung von Zellen (ein Wort, welches den Gedanken gut zum Ausdruck bringt, daß die äußeren Umstände kleine, sehr wendige Gruppen, Zirkel und Organisationen vorschreiben) die erste Aufgabe *aller* Sozialdemokraten sein, seien es auch nur zwei oder drei, die irgendwie „anknüpfen“, diese oder jene Verbindungen herstellen und eine wenn auch ganz bescheidene, so doch systematische Arbeit beginnen können.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist für unsere Partei nichts gefährlicher als die Taktik des „Abwartens“, bis sich ein einflußreiches Zentrum in Rußland gebildet haben wird. Alle Sozialdemokraten wissen, daß die Arbeit an seiner Schaffung *im Gange* ist, daß dafür *alles, was möglich ist*, von denen getan wird, die vor allen Dingen dazu verpflichtet sind, aber allen Sozialdemokraten sollte auch bekannt sein, daß die Polizei unerhörte Schwierigkeiten bereitet – man darf nicht beim ersten, zweiten oder dritten Mißerfolg den Mut sinken lassen! –, alle sollten wissen, daß ein solches Zentrum, ist es einmal gebildet, viel Zeit brauchen wird, um ein festes Netz von Verbindungen mit allen Orten herzustellen, daß es sich geraume Zeit hindurch nur auf die *allgemein* politische Leitung wird beschränken müssen. Die Bildung von aktiven örtlichen *Zellen* der SDAPR aufschieben – von streng auf dem Boden der Partei stehenden, illegalen Zellen, die sofort mit der Vorarbeit für die Wahlen beginnen, sofort alle möglichen Schritte zur Entfaltung der Propaganda und Agitation unternehmen (illegale Druckereien, Flugblätter, legale Organe, kleine Gruppen „legaler“ parteitreuer Sozialdemokraten, Verbindungen für den Transport *usw. usf.*) –, diese Sache aufschieben hieße die Arbeit zugrunde richten.

Für die Sozialdemokratie, die die Wahlen vor allem als eine Sache der politischen Aufklärung des Volkes einschätzt, ist die grundlegende Frage natürlich die Frage nach dem politisch-ideologischen Gehalt der gesamten mit den Wahlen verbundenen Propaganda und Agitation. Das eben ist die Frage nach der Wahlplattform. Für jede Partei, die diese Bezeichnung irgendwie verdient, ist lange vor dem Zeitpunkt der Wahlen die Plattform schon etwas Gegebenes, nicht etwas, was eigens „für die Wahlen“ ausge-

dacht wird, sondern was sich unweigerlich aus allen *Handlungen* der Partei, aus dem ganzen Aufbau ihrer Arbeit, aus ihrer ganzen Richtung in der gegebenen historischen Periode ergibt. Auch für die SDAPR ist die Plattform schon gegeben, ist die Plattform schon vorhanden, sie ist natürlich und unvermeidlich bestimmt durch die Prinzipien der Partei und durch die Taktik, die die Partei *schon* festgelegt, *schon* verfolgt hat und weiterhin verfolgt in der gesamten Periode des politischen Lebens des Volkes, deren „Fazit“ Wahlen in gewisser Beziehung stets ziehen. Die Plattform der SDAPR ist das *Fazit* der Arbeit, die der revolutionäre Marxismus und die ihm treu gebliebenen Schichten der fortgeschrittenen Arbeiter in der Periode von 1908 bis 1911 geleistet haben, in der Periode des Wütens der Konterrevolution, der Periode des „Stolypin“-regimes „vom 3. Juni“.

Drei wichtige Punkte sind in diesem Fazit enthalten: 1. das Programm der Partei; 2. ihre Taktik; 3. ihre Einschätzung der herrschenden oder am weitesten verbreiteten oder der für die Demokratie und den Sozialismus schädlichsten politisch-ideologischen Strömungen der gegebenen Zeit. Ohne Programm ist eine Partei als einigermaßen geschlossener politischer Organismus, der bei jeder Wendung der Ereignisse stets die Linie einzuhalten vermag, unmöglich. Ohne eine taktische Linie, die von der Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage ausgeht und exakte Antworten auf die „verfluchten Fragen“ der Gegenwart gibt, ist ein Zirkel von Theoretikern möglich, nicht aber eine aktiv wirkende politische Größe. Ohne Einschätzung der „aktiven“, aktuellen oder „Mode gewordenen“ politisch-ideologischen Strömungen können Programm und Taktik zu toten „Punkten“ werden, die zu verwirklichen und auf die vielen tausend konkreten und allerkonkretesten Einzelfragen der Praxis anzuwenden undenkbar ist, sofern man das Wesen der Sache verstanden, sofern man die „Zusammenhänge“ begriffen hat.

Was die politisch-ideologischen Strömungen anbelangt, die für den Zeitraum von 1908 bis 1911 charakteristisch und für das Verständnis der Aufgaben der Sozialdemokratie besonders wichtig sind, so rückt hier in den Vordergrund der „Wechismus“ als Ideologie der *konterrevolutionären liberalen* Bourgeoisie (eine Ideologie, die vollkommen der Politik der Kadettenpartei entspricht, was deren Diplomaten auch immer reden mögen) und das *Liquidatorientum* als Ausdruck derselben zersetzenden

und bürgerlichen Einflüsse auf die Kreise, die mit der Arbeiterbewegung in Berührung stehen. Zurück von der Demokratie, recht weit weg von der Bewegung der Massen, recht weit weg von der Revolution – das ist das Leitmotiv der in der „Gesellschaft“ herrschenden Richtungen des politischen Denkens. Recht weit weg von der illegalen Partei, von den Aufgaben der Hegemonie des Proletariats im Befreiungskampf, von der Aufgabe der Verteidigung der Revolution – das ist das Leitmotiv des „Wechismus“ in den Reihen der Marxisten, der sich in den Organen „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“ eingenistet hat. Was immer engstirnige Praktiker oder Leute, die sich von dem schweren Kampf für den revolutionären Marxismus in unserer schwierigen Zeit müde abwenden, auch sagen mögen, es gibt *keine einzige Frage der „Praxis“*, *keine einzige Frage der illegalen und legalen Arbeit der Sozialdemokratie auf jedem beliebigen Gebiet ihrer Tätigkeit*, auf die der Propagandist und Agitator eine genaue und erschöpfende Antwort geben könnte, wenn er nicht die ganze Tiefe und die volle Bedeutung der erwähnten „Richtungen des Denkens“ in der Stolypinperiode begreift.

Sehr oft ist es nützlich und zuweilen auch notwendig, die Wahlplattform der Sozialdemokratie mit einer kurzen allgemeinen Losung, einer Wahlparole abzuschließen, die die grundlegendsten Fragen der ganz unmittelbaren politischen Praxis hervorhebt und den bequemsten und nächstliegenden Anlaß und Stoff zur Entfaltung einer allseitigen sozialistischen Propaganda bietet. Für unsere Epoche könnten nur folgende drei Punkte eine solche Parole, eine solche allgemeine Losung bilden: 1. die Republik; 2. die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes; 3. der Achtstundentag.

Der erste Punkt enthält die Quintessenz der Forderungen nach politischer Freiheit. Sich auf diesen letzten Terminus beschränken, um die Stellung unserer Partei zu Fragen dieser Art zum Ausdruck zu bringen, oder auf sonst irgendeinen anderen, wie etwa „Demokratisierung“ usw., wäre aus dem Grunde unrichtig, weil wir in unserer Propaganda und Agitation die Erfahrungen der Revolution in Betracht ziehen müssen. Das Auseinanderjagen der zwei Dumas, die Organisation von Pogromen, die Unterstützung der Schwarzhunderterbanden und die Begnadigung der Helden der Schwarzhunderter, die „Ljachowschen“ Heldentaten in Persien⁹⁶, der Staatsstreich vom 3. Juni, eine Reihe weiterer „kleiner

coups d'état"* auf dieser Basis (Artikel 87 usw.) – das ist eine bei weitem nicht vollständige Aufzählung der Taten unserer Monarchie der Romanow-Purischkewitsch-Stolypin und Co. Es kann historische Bedingungen geben – und es hat sie gegeben –, wo die Monarchie ernsthaft demokratische Reformen, von der Art beispielsweise des allgemeinen Wahlrechts, durchaus mit ihrem eigenen Dasein vereinbaren konnte. Die Monarchie ist überhaupt keine auf eine Form festgelegte und unabänderliche, sondern eine sehr elastische Institution, fähig, sich verschiedenen klassenbedingten Herrschaftsverhältnissen anzupassen. Jedoch aus diesen unbestreitbaren abstrakten Erwägungen Schlüsse in bezug auf die konkrete russische Monarchie des 20. Jahrhunderts ziehen zu wollen wäre ein Hohn auf die Forderungen der geschichtlichen Kritik und hieße die Sache der Demokratie verraten.

Unsere Lage und die Geschichte unserer Staatsmacht – besonders in den letzten zehn Jahren – zeigen uns anschaulich, daß gerade die Zarenmonarchie das Zentrum jener Bande erzreaktionärer Gutsbesitzer ist (als erster unter ihnen – Romanow), die aus Rußland ein Schreckgespenst nicht nur für Europa, sondern jetzt auch für Asien gemacht hat, der Bande, die heutzutage die Willkür, die Räubereien und das Plündern der Staatskasse durch die Beamten, die systematischen Gewalttaten gegen das „gemeine Volk“, das Martern und Foltern ihrer politischen Gegner usw. ins Ungeheuerliche gesteigert hat. Bei einer solchen konkreten Beschaffenheit, einer solchen konkreten ökonomischen Grundlage und politischen Physiognomie unserer Monarchie die Forderung z. B. nach dem allgemeinen Wahlrecht in den Mittelpunkt des Kampfes für die politische Freiheit zu stellen wäre nicht so sehr Opportunismus als überhaupt Unsinn. Wenn es sich darum handelt, einen zentralen Punkt der Forderungen als allgemeine Lösung für die Wahlkampagne zu wählen, dann muß man doch die verschiedenen demokratischen Forderungen unter eine einigermaßen der Wahrheit nahekommende Perspektive und in ein richtiges Verhältnis bringen; es ist doch wirklich nicht möglich, will man nicht bei Leuten, die die Dinge kennen, Gelächter hervorrufen, und in den Köpfen derer, die die Dinge nicht kennen, Verwirrung anrichten, danach zu trachten, daß ein Purischkewitsch anständiges Benehmen gegenüber Frauen anerkenne und den Gebrauch „unanständiger“ Redensarten für unzulässig halte, daß ein Iliodor

* Staatsstreiche. Die Red.

tolerant, ein Gurko und ein Reinbot uneigennützig und ehrlich wären, daß ein Tolmatschow und ein Dumbadse die Gesetzlichkeit und die Rechtsordnung währten, daß ein Nikolaus Romanow demokratische Reformen gewähre!

Man stelle die Frage von einem sozusagen allgemeinhistorischen Standpunkt aus. Es ist unbestreitbar (für alle, außer Larin und einer Handvoll Liquidatoren), daß die bürgerliche Revolution in Rußland nicht abgeschlossen ist. Rußland geht einer *revolutionären* Krise entgegen. Wir müssen die Notwendigkeit der Revolution beweisen, müssen ihre Berechtigung und ihre „Nützlichkeit“ propagieren. Wenn dem so ist, dann muß die Agitation für die politische Freiheit so geführt werden, daß die Frage in ihrem ganzen Umfang aufgerollt wird, daß einer siegreichen und nicht einer auf halbem Wege (wie im Jahre 1905) haltmachenden Bewegung ein Ziel gewiesen wird, daß eine Losung gegeben wird, die Enthusiasmus zu wecken vermag in der Masse derjenigen, die unter dem Leben in Rußland so viel gelitten haben, denen die Schmach, Russe zu sein, tiefsten Schmerz bereitet hat, die ein wirklich freies, ein wirklich erneuertes Rußland anstreben. – Man stelle die Frage vom propagandistisch-praktischen Standpunkt aus. Man muß doch selbst den unwissendsten Bauern darüber aufklären, daß das Land von einer „Duma“ regiert werden muß, die aus freieren und mehr das gesamte Volk einbeziehenden Wahlen hervorgeht als die I. Duma. Wie kann man aber erreichen, daß die „Duma“ nicht auseinandergejagt wird? Das kann man nicht erreichen, bevor nicht die Zarenmonarchie zerschlagen ist.

Vielleicht wird man mit dem Einwand kommen: Die Losung der Republik zur Losung der ganzen Wahlkampagne machen hieße die Möglichkeit ausschließen, den Wahlkampf legal zu führen, hieße die Wichtigkeit und Notwendigkeit der legalen Arbeit nicht ernsthaft anerkennen. Ein solcher Einwand wäre eine der Liquidatoren würdige Sophisterei. Man kann nicht legal von der Republik reden (ausgenommen auf der Dumatribüne, von der aus man, *völlig* auf dem Boden der Legalität verbleibend, republikanische Propaganda betreiben kann und soll) – aber man kann zur Verteidigung des Demokratismus *so* schreiben und reden, daß man den Ideen der Versöhnbarkeit von Demokratismus und Monarchie nicht das geringste Zugeständnis macht – *so*, daß man die liberalen und völkertümlerischen Monarchisten widerlegt und lächerlich macht – *so*, daß der

Leser und der Hörer sich des Zusammenhangs gerade der Monarchie als Monarchie mit der Rechtlosigkeit und der Willkür in Rußland bewußt werden. Oh, der Russe hat eine viele Jahrhunderte währende Schule der Knechtschaft durchgemacht: Er versteht es, zwischen den Zeilen zu lesen und das vom Redner nicht Gesagte zu Ende zu sprechen. „Sage nicht: Ich kann nicht, sage: Ich will nicht“ – so soll man den Legalisten in der Sozialdemokratie antworten, wenn sie sich auf die „Unmöglichkeit“ berufen sollten, die Forderung nach der Republik in den Mittelpunkt unserer Propaganda und Agitation zu stellen.

Über die Wichtigkeit der Forderung nach Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes braucht man sich wohl kaum besonders auszulassen. In einer Zeit, wo in den Dörfern Rußlands das Stöhnen über die Stolypin-„reform“ nicht verstummt, der Kampf zwischen den „neuen Gutsbesitzern“, den Bütteln und der Masse der Bevölkerung in allerschärfsten Formen tobt, wo – nach dem Zeugnis von durch und durch konservativen und der Revolution feindlichen Menschen – eine Erbitterung ohnegleichen anwächst, in einer solchen Zeit muß *im Mittelpunkt* der ganzen demokratischen Wahlplattform die genannte Forderung stehen. Es sei hier nur bemerkt, daß eben diese Forderung die konsequente proletarische Demokratie nicht nur von dem Gutsbesitzerliberalismus der Kadetten klar scheiden wird, sondern auch von jenem intellektuell-beamtenthaften Geschwätz über „Normen“, „Verbrauchsnormen“, „Produktionsnormen“, über „ausgleichende Verteilung“ und den übrigen Unsinn, den die Volkstümler so lieben und worüber alle vernünftigen Bauern lachen. Wir haben keine Veranlassung, davon zu reden, „wieviel Land der Bauer braucht“: Das russische Volk muß das *gesamte* Gutsbesitzerland konfiszieren, um auf *allen* Gebieten des ökonomischen und politischen Lebens des Landes das Joch der Leibeigenschaft abzuschütteln. Ohne eine solche Maßnahme wird Rußland niemals frei sein, wird der russische Bauer nie auch nur einigermaßen satt sein und Bildung erwerben können.

Noch weniger bedarf es der Kommentare zum 3. Punkt: dem Achtstundentag. Die Konterrevolution entreißt voller Wut den Arbeitern die Errungenschaften des Jahres 1905, doch desto schärfer führt die Arbeiterschaft den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen; an erster Stelle unter diesen Verbesserungen steht der Achtstundentag.

Zusammenfassend kann man Kern und Lebensnerv der sozialdemokratischen Wahlplattform in drei Worten ausdrücken: *Für die Revolution!* Leo Tolstoi erklärte kurz vor seinem Tode, und erklärte es mit einem für die schlechteste Seite des „Tolstoianertums“ charakteristischen Bedauern, das russische Volk habe ungewöhnlich schnell „gelernt“, „Revolution zu machen“. Wir bedauern nur, daß das russische Volk diese Wissenschaft, ohne die es noch ganze Jahrhunderte hindurch Sklave der Purischkewitsch bleiben kann, nicht *bis zu Ende* studiert hat. Aber richtig ist, daß das russische Proletariat in seinem Streben nach einer vollständigen sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft dem russischen Volk im allgemeinen und den russischen Bauern im besonderen unersetzliche *Lehren* in dieser Wissenschaft erteilt hat. Weder die Galgen Stolypins noch die krampfhaften Bemühungen der „Wechi“-Leute werden bewirken, daß sie diese Lehren vergessen. Die Lehre ist erteilt. Die Lehre eignet man sich jetzt an. Die Lehre wird wiederholt werden.

Das Programm der SDAPR, unser altes Programm der revolutionären Sozialdemokratie, ist die Grundlage unserer Wahlplattform. Unser Programm gibt eine genaue Formulierung unserer sozialistischen Aufgaben, des Endziels des Sozialismus, und zwar eine solche Formulierung, die besonders gegen den Opportunismus und den Reformismus gerichtet ist. In einer Periode, wo der Reformismus in vielen Ländern, darunter auch bei uns, das Haupt erhebt – und wo sich andererseits die Zeichen mehren, die darauf hindeuten, daß in den fortgeschrittensten Ländern die Periode des sogenannten „friedlichen Parlamentarismus“ ihrem Ende entgegengeht und eine Periode der revolutionären Gärung der Massen anhebt – in einer solchen Periode gewinnt unser altes Programm eine (wenn hier ein Komparativ überhaupt möglich ist) noch größere Bedeutung. In bezug auf Rußland stellt das Programm der SDAPR als nächstliegendes Ziel für die Partei: „Sturz der Selbstherrschaft des Zaren und ihre Ersetzung durch eine demokratische Republik.“ Die besonderen Abschnitte des Programms, die den Fragen der Staatsverwaltung, des Finanzwesens, der Arbeitsgesetzgebung, der Agrarfrage gewidmet sind, geben exakte und bestimmte Richtlinien für die *gesamte* vielseitige Arbeit eines jeden Propagandisten und Agitators, für die Konkretisierung unserer Wahlplattform in Reden vor diesem oder jenem Auditorium, aus diesem oder jenem Anlaß, über dieses oder jenes Thema.

Die Taktik der SDAPR für die Zeit von 1908 bis 1911 ist durch die *Dezemberresolutionen von 1908* festgelegt. Durch das Januarplenium von 1910 bestätigt, durch die *Erfahrung* der gesamten „Stolypin“periode überprüft, bieten diese Resolutionen eine genaue Einschätzung der Lage und der sich aus ihr ergebenden Aufgaben. Die alte Selbstherrschaft bleibt nach wie vor der Hauptfeind, es wird wiederholt, daß die revolutionäre Krise, der Rußland von neuem entgegengeht, unvermeidlich ist. Doch die Situation ist schon nicht mehr die alte: Die Selbstherrschaft hat „einen Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie getan“, sie versucht, den Großgrundbesitz der Fronherren durch eine neue, bürgerliche Agrarpolitik zu festigen; sie leitet Bündnisse der Fronherren und der Bourgeoisie in der schwarzgelben Duma in die Wege; sie macht sich die weitverbreitete konterrevolutionäre (= „wechistische“) Stimmung in der liberalen Bourgeoisie zunutze. Der Kapitalismus hat einige Schritte vorwärts getan, die Klassengegensätze haben sich zugespitzt, der Zwiespalt zwischen den demokratischen Elementen und dem „wechistischen“ Liberalismus der Kadetten ist deutlicher geworden, die Tätigkeit der Sozialdemokratie erfaßt neue Gebiete (die Duma und die „legalen Möglichkeiten“) und gibt dadurch die Möglichkeit, trotz der Konterrevolution den Wirkungsbereich der Propaganda und Agitation selbst bei weitgehender „Zerschlagung“ der illegalen Organisationen zu erweitern. Die alten revolutionären Aufgaben, die alten erprobten Methoden des revolutionären Massenkampfes – sie eben verfiht unsere Partei in der Zeit des Zerfalls und der Auflösung, wo man oft wieder „von vorn anfangen“ muß, wo man nicht nur auf die alte, sondern auch auf neue Weise, mit neuen Methoden, unter veränderten Verhältnissen Vorbereitungsarbeit leisten und Kräfte sammeln muß für die Zeit der neuen Schlachten.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 24,
18. (31.) Oktober 1911.

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

AUS DEM LAGER DER STOLYPINSCHEN „ARBEITER“ PARTEI

Die Nummern 6, 7 und 8 der „Nascha Sarja“ sind hauptsächlich der Wahlkampagne und der Wahlplattform gewidmet. Das Wesen der Auffassungen der Liquidatoren wird in den Artikeln zu diesem Thema verschleiert durch eine ungewöhnliche Menge von maßlos geschwollenen, abgequälten und hochtrabenden Phrasen über „Kampfmobilisierung des Proletariats“, über „umfassende und offene Mobilisierung der Massen“, über „politische Massenorganisationen der aktiven Arbeiter“, über „autonome Kollektive“, „klassenbewußte Arbeiter“ usw. usf. Juri Tschazki hat sich sogar zu dem Ausspruch verstiegen, daß man die Plattform nicht nur „durchdenken“, sondern auch „durchfühlen“ müsse . . . Diese Phrasen, die Gymnasiasten und Gymnasiastinnen sicherlich in Begeisterung versetzen, betäuben den Leser und „lassen einen Nebel aufkommen“, in dem sich leicht schon etwas einschmuggeln läßt.

Da lobpreist zum Beispiel Herr Juri Tschazki die Bedeutung der Plattform und die Wichtigkeit einer einheitlichen Plattform. „Die größte Bedeutung“, schreibt er, „messen wir der Sanktionierung“ (der Plattform) „durch die sozialdemokratische Dumafraktion bei, allerdings nur unter der unbedingten Voraussetzung, daß die Fraktion nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht, indem sie eine Plattform sanktioniert, die ihr von Auslandszirkeln aufgedrängt worden ist.“

So steht es gedruckt. Dabei ist das kein Schwarzhunderterorgan, das gegen die „Juden“ und Emigranten hetzt, sondern ein „sozialdemokratisches“ Organ! Wie tief müssen diese Herren gesunken sein, um gegen das Ausland zu zetern, anstatt den prinzipiellen Unterschied zwischen ihrer Plattform und der Plattform der „Auslandszirkel“ zu erläutern!

Juri Tschazki ist dabei so ungeschickt, daß er ausplaudert, im Auftrag welches Zirkels er seine liquidatorische Linie verfolgt: „Ein Element einer möglichen Zentralisation“, schreibt er, „bildet die Gruppe sozialdemokratischer (??) Funktionäre, die mit der legalen Arbeiterbewegung eng verbunden sind“ (wohl durch die „Nascha Sarja“?) „und eine immer größere Festigkeit erwerben...“ (und einen immer liberaleren Charakter) „... wir meinen insbesondere Petersburg...“

Reden Sie doch offen, meine Herren! Es ist unwürdig und unklug, Versteck zu spielen: Als „Element der Zentralisation“, einfach als Zentrum (des Liquidatorentums), betrachten Sie – und mit Recht – das Grüppchen von Mitarbeitern der Petersburger „Nascha Sarja“. Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen.

L. Martow versucht, fein zu spinnen, indem er die legalen Sätze des sozialdemokratischen Programms als Grundlage der Wahlplattform wiederholt. Er macht dabei schöne Redensarten, man brauche auf nichts zu „verzichten“, nichts zu „beschneiden“. Das steht auf S. 48 der Nr. 7/8. Aber auf S. 54, im letzten Absatz des Artikels, lesen wir:

„Die ganze Wahlkampagne muß von uns“ (? offenbar von der „Nascha Sarja“ und dem „Delo Shisni“) „geführt werden unter dem Banner“ (sic!) „des Kampfes des Proletariats für die Freiheit seiner politischen Selbstbestimmung, des Kampfes für das Recht, eine eigene Klassenpartei zu haben und frei seine Tätigkeit zu entfalten, für die Teilnahme am politischen Leben als selbständige organisierte Kraft. Diesem Prinzip müssen sowohl der Inhalt der Wahlagitation als auch die Methoden der Wahltaktik und der organisatorischen Vorarbeit zu den Wahlen untergeordnet werden.“

Eine ausgezeichnete Darlegung der liberalen Arbeiterplattform! Der sozialdemokratische Arbeiter „führt die Kampagne unter dem Banner“ des Kampfes für die Freiheit des *ganzen Volkes*, für die demokratische Republik. Der liberale Arbeiter kämpft „für das Recht, eine eigene Klassenpartei zu haben“ (im Brentanoschen, sozialliberalen Sinne). Annahme eines solchen Prinzips bedeutet eben Verrat an der Sache der Demokratie. Die liberalen Bourgeois wie die geschäftstüchtigen Männer der Regierung wollen ja auch nichts anderes, als daß die Arbeiter für die Freiheit „ihrer politischen Selbstbestimmung“ kämpfen sollen und nicht für die Freiheit des ganzen Landes – Martow hat eine Variante der Formel

Lewizkis gegeben: „Nicht Hegemonie, sondern Klassenpartei!“ Martow hat eine Losung des reinsten „Neo-Ökonomismus“ gegeben. Die Ökonomen sagten: den Arbeitern der ökonomische, den Liberalen der politische Kampf. Die Neo-Ökonomen, die Liquidatoren, sagen: der ganze Inhalt der Wahlagitation ist dem Prinzip unterzuordnen: Kampf der Arbeiter um das Recht, eine eigene Klassenpartei zu haben.

Ist sich Martow des Sinnes seiner Worte bewußt? Ist er sich bewußt, daß sie die Absage des Proletariats an die Revolution bedeuten: „Meine Herren Liberalen, 1905 brachten wir die Massen im allgemeinen und die Bauern im besonderen zur Revolution gegen Sie, wir kämpften für die Freiheit des Volkes, trotz der krampfhaften Anstrengungen der Liberalen, es bei einer halben Freiheit bewenden zu lassen; fortan werden wir uns nicht ‚hinreißen lassen‘ und werden für die Freiheit unserer eigenen Klassenpartei kämpfen.“ Nichts anderes fordern ja die „wechistischen“ konterrevolutionären Liberalen (vgl. insbesondere die Ergüsse Isgojews) von den Arbeitern. Das Recht der Arbeiter, ihre eigene Klassenpartei zu haben, bestreiten die Liberalen nicht. Sie bestreiten das „Recht“ des Proletariats, dieser einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse, die unteren Schichten des Volkes den Liberalen zum Trotz und sogar gegen die Liberalen in den Kampf zu führen.

Martow, der versprach, nicht zu „verzichten“ und „nicht zu beschneiden“, hat die sozialdemokratische Plattform gerade so *beschnitten*, daß die Larin, Potressow, Prokopowitsch und Isgojew mit ihr durchaus zufrieden sein können.

Man sehe sich an, wie Martow die taktische Resolution der Partei (vom Dezember 1908) kritisiert. „Eine mißglückte Formel“, sagt er von dem „Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“, denn „in ihr verschwindet die Realität des Schrittes, der nach rückwärts, zur Teilung der Macht zwischen den Trägern des Absolutismus und den adligen Grundbesitzern gemacht worden ist“, „in ihr fehlt das Moment der entschiedenen Kollision der Klassen“ – offenbar der liberalen Bourgeois mit den Fronherren! Daß die liberalen Bourgeois 1905–1907 vor der „entschiedenen Kollision“ mit den Feudalherren *zurückschreckten* und es vorzogen, mit den Arbeitern und Bauern „entschieden zu kollidieren“, das vergißt Martow (wie das die Liberalen vergessen, die den Arbeitern „Exzesse“ vorwerfen). Martow sieht den „Schritt rückwärts“ der Selbst-

herrschaft zu den Fronherren (in der Resolution der Partei ist dieser Schritt *genau* aufgezeigt worden: „den Fronherren ihre Macht und ihre Einkünfte erhalten“). Aber Martow *sieht* nicht den „Schritt rückwärts“, den die liberalen Bourgeois getan haben *von* der Demokratie zur „Ordnung“, zur Monarchie, zur Annäherung an die Gutsbesitzer. Martow sieht nicht den *Zusammenhang* des „Schritts auf dem Wege“ zur bürgerlichen Monarchie mit der Konterrevolution, mit der „wechistischen“ Einstellung der liberalen Bourgeoisie. Er sieht ihn darum nicht, weil er selbst ein „Wechi“-Mann unter den Marxisten ist. Nach Art eines Liberalen von der „entschiedenen Kollision“ der liberalen Bourgeois mit den Fronherren schwärmend, wirft er die historische Realität der *revolutionären* Kollision der Arbeiter und Bauern mit den Fronherren über Bord, *ungeachtet* der Schwankungen der Liberalen, ungeachtet sogar ihres Übergangs zur Ordnungspartei.

Das Fazit ist auch hier genau das gleiche: Martow verwirft die Resolution der Partei vom Standpunkt der *liberalen* Arbeiterpolitik, ohne ihr leider eine *eigene* taktische Resolution entgegenzustellen (obwohl er sich gezwungen sieht zuzugeben, daß die Taktik auf der Einschätzung des „historischen Sinns der Periode vom 3. Juni“ fußen muß!).

Es ist darum durchaus begreiflich, daß Martow schreibt: „Es muß das Bestreben der Arbeiterpartei sein . . . die besitzenden Klassen zu bewegen, diesen oder jenen Schritt in der Richtung der Demokratisierung der Gesetzgebung und der Erweiterung der verfassungsmäßigen Garantien zu tun . . .“ Jeder Liberale hält das Bestreben der Arbeiter, „die *besitzenden Klassen*“ zu diesen oder jenen Schritten „zu bewegen“, für durchaus berechtigt, Bedingung des Liberalen ist: Die Arbeiter sollen nicht wagen, die *Besitzlosen* zu „Schritten“ zu bewegen, die den Liberalen *mißfallen*. Die ganze Politik der englischen Liberalen, die die englischen Arbeiter so tiefgehend korrumpiert haben, läuft darauf hinaus, den Arbeitern einzuläutern, „die besitzenden Klassen zu bewegen“, und *den Arbeitern nicht zu erlauben*, die Hegemonie in der allgemeinen Volksbewegung für sich zu erkämpfen.

Durchaus begreiflich ist auch der Haß Tschazkis, Martows und Dans gegen die Taktik des „Linksblocks“. Darunter verstehen sie nicht den „Linksblock“ bei den Wahlen, sondern die allgemeine Taktik, wie sie vom Londoner Parteitag festgelegt wurde: die Bauern (und die Kleinbürger

überhaupt) dem Einfluß der Kadetten *entreißen*; die Volkstümelergruppen *zwingen*, ihre *Wahl* zu treffen zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten. Der Verzicht auf diese Taktik ist die *Absage an die Demokratie*: Das *jetzt* nicht sehen, nach der „Stolypinperiode“, nach den Heldentaten des „Stolypinschen Liberalismus der Kadetten“ (die Londoner Lösung Miljukows: „die Opposition Seiner Majestät“!), *nach den „Wechi“* – das können nur Stolypinsche Sozialdemokraten.

Man darf sich keine Illusionen machen. Wir haben *zwei* Wahlplattformen – das ist eine Tatsache. Darüber kann man mit Phrasen, Klagen und Wünschen nicht hinwegkommen. Die eine ist die oben dargelegte Plattform, die auf den Parteibeschlüssen fußt. Die andere ist die Plattform der Potressow und Larin, entwickelt und ergänzt durch Lewizki, Juri Tschazki und Co. und angefärbt durch Martow. Diese letztgenannte, *angeblich sozialdemokratische* Plattform ist in Wirklichkeit *die Plattform einer liberalen Arbeiterpolitik*.

Wer den Unterschied, den unversöhnlichen Unterschied zwischen diesen *beiden* Plattformen der Arbeiterpolitik nicht begriffen hat, der kann die Wahlkampagne nicht *politisch bewußt* führen. Den erwarten auf Schritt und Tritt Enttäuschungen, „Mißverständnisse“, komische oder tragische Irrtümer.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 24,
18. (31.) Oktober 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

EIN FAZIT

Die Polemik zwischen Witte und Gutschkow ist von der „Retsch“ wie von den „Russkije Wedomosti“ zum Zwecke der Wahlagitation voller Eifer aufgegriffen worden. Der Charakter der Polemik geht aus der folgenden Sentenz der „Retsch“ klar hervor:

„Wie oft erwiesen sich die Herren Oktobristen unter Führung Gutschkows der Obrigkeit zuliebe als Kollegen der Gesinnungsfreunde des Herrn Durnowo! Wie oft erwies sich, daß sie, die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet, der öffentlichen Meinung den Rücken zuwandten!“

Das wird erklärt zu dem Vorkommnis, daß Witte im Oktober-November 1905 mit den Herren Urussow, Trubezkoi, Gutschkow und M. Stachowitsch über die Regierungsbildung verhandelte, wobei die drei letzteren mit einer Kandidatur Durnowos als Innenminister entschieden nicht einverstanden waren.

Die Herren Kadetten, die den Oktobristen Vorwürfe machen, offenbaren jedoch eine erstaunliche Vergeßlichkeit in bezug auf ihre eigene Vergangenheit. „Die Oktobristen erwiesen sich als Kollegen der Gesinnungsfreunde Durnowos.“ Das ist richtig. Und das beweist unzweifelhaft, daß es lächerlich wäre, von einem Demokratismus der Oktobristen zu sprechen. Aber die Oktobristen erheben ja auch keinen Anspruch auf Demokratismus. Die Kadetten dagegen nennen sich „konstitutionelle Demokraten“. Erwiesen sich aber diese „Demokraten“, zum Beispiel in der Person Urussows, der in den Verhandlungen mit Witte die Kandidatur Durnowos verteidigte, etwa nicht als „Kollegen der Gesinnungsfreunde Durnowos“? Erwiesen sich in den beiden ersten Dumas die Kadetten etwa

nicht als Partei, die, „die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet, der öffentlichen Meinung den Rücken zuwandte“?

Man darf doch allgemein bekannte Tatsachen nicht vergessen oder verdrehen. Man erinnere sich der Geschichte mit den örtlichen Bodenkomitees in der I. Duma. Die Kadetten waren dagegen, *eben* „der Obrigkeit zu Liebe“. Die Kadetten richteten in dieser Frage (einer der wichtigsten politischen Fragen für die Periode der I. Duma) unzweifelhaft „die Blicke auf die Obrigkeit“ und „wandten der öffentlichen Meinung den Rücken zu“. Denn die Trudowiki und die Arbeiterabgeordneten, die $\frac{9}{10}$ der Bevölkerung Rußlands repräsentierten, waren damals für die örtlichen Bodenkomitees. Dutzende Male ließ sich bei anderen Fragen dasselbe Verhältnis zwischen den Parteien sowohl in der I. als auch in der II. Duma beobachten.

Es ist schwer, sich vorzustellen, wie die Kadetten diese Tatsachen bestreiten könnten. Kann man etwa behaupten, daß sie mit den Trudowiki und den Arbeiterabgeordneten in den beiden ersten Dumas nicht auseinandergegangen wären, daß sie dabei nicht Arm in Arm mit den Heyden, den Oktobristen und der Obrigkeit gegangen wären? Daß – infolge des Wahlsystems – die Trudowiki und die Arbeiterabgeordneten nicht die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung vertreten hätten? Oder wollen unsere „Demokraten“ als öffentliche Meinung die Meinung der „gebildeten“ (unter dem Gesichtswinkel amtlicher Diplome) „Gesellschaft“ bezeichnen und nicht die Meinung der Bevölkerungsmehrheit?

Will man die Periode, in der Stolypin Ministerpräsident war, d. h. die fünf Jahre von 1906 bis 1911, historisch richtig beurteilen, so läßt sich nicht leugnen, daß sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten *keine* Demokraten *waren*. Da aber allein die Kadetten auf diese Bezeichnung Anspruch erheben, so ist gerade hier der Selbstbetrug der Kadetten und ihr Betrug an der „öffentlichen Meinung“, der Meinung der Massen, besonders augenfällig und besonders schädlich.

Wir wollen natürlich nicht sagen, daß die Oktobristen und die Kadetten „eine einzige reaktionäre Masse“ sind, daß die Oktobristen ebenso liberal wären wie die Kadetten. Wir wollen ihnen sagen, daß der Liberalismus eine Sache, die Demokratie aber eine andere Sache ist. Es liegt in der Natur der Liberalen, die Meinung der Bourgeoisie und nicht die der Bauern und Arbeiter als „öffentliche Meinung“ anzusehen. Der Demokrat kann sich

nicht auf einen solchen Standpunkt stellen, und welche Illusionen er auch mitunter bezüglich der Interessen und der Bestrebungen der Masse hegen mag, der Demokrat glaubt an die Masse, an die Aktion der Massen, an die Berechtigung der Stimmungen und die Zweckmäßigkeit der Kampfmethoden der Masse.

Dieser Unterschied des Liberalismus von der Demokratie muß um so nachdrücklicher in Erinnerung gebracht werden, je mehr mit dem Namen Demokrat Mißbrauch getrieben wird. In allen bürgerlichen Ländern dienen die Wahlen den bürgerlichen Parteien zu Reklamezwecken. Der Arbeiterklasse müssen die Wahlen und der Wahlkampf zur politischen Aufklärung, zur Entschleierung der wahren Natur der Parteien dienen. Über politische Parteien darf man nicht nach ihren Bezeichnungen, Erklärungen und Programmen urteilen, man muß sie nach ihren Taten beurteilen.

Doch die Polemik zwischen Witte und Gutschkow, die die Anfänge der Ministerlaufbahn Stolypins berührt hat (Gutschkow bezeugt unter anderem, daß gegen die Kandidatur Stolypins im Herbst 1905 keine der „Persönlichkeiten der Gesellschaft“ Einwände erhob), wirft noch andere, bei weitem wichtigere und interessantere Fragen auf.

Als die Kandidatur Stolypins für den Posten des Innenministers zum erstenmal aufgestellt wurde (im Herbst 1905), geschah das während einer Verhandlung Wittes mit den Vertretern der liberalen Bourgeoisie. Sogar in der Epoche der I. Duma machte Stolypin als Innenminister „durch Kryshanowski Muromzew zweimal den Vorschlag, die Möglichkeit eines Kadettenkabinetts in Erwägung zu ziehen“, so schreibt die Zeitung „Retsch“ in einem redaktionellen Artikel vom 6. September und fügt dabei vorsichtig ausweichend hinzu: „Es gibt Hinweise“, daß Stolypin in dieser Weise vorgegangen ist. Es genügt, daran zu erinnern, daß früher die Kadetten derartige „Hinweise“ mit Stillschweigen oder Schimpfkanonaden beantworteten. Jetzt aber bringen sie selber diese Hinweise und bestätigen somit offensichtlich deren Richtigkeit.

Gehen wir weiter. Nach dem Auseinanderjagen der I. Duma, als Stolypin Ministerpräsident geworden war, wurden an Heyden, Lwow und M. Stachowitsch direkte Vorschläge gerichtet, in das Kabinett einzutreten. Nachdem diese „Kombination“ fehlgeschlagen war, „knüpfte Stolypin in der Zeit zwischen der I. und der II. Duma enge politische Beziehungen

zu Gutschkow an“, und diese Beziehungen dauerten bekanntlich bis zum Jahre 1911.

Was sehen wir also als Fazit? Stolypins Kandidatur für den Ministerposten wird mit den Vertretern der Bourgeoisie erörtert, und im Verlauf seiner ganzen Ministerlaufbahn, von 1906 bis 1911, macht Stolypin einem Vertreter der Bourgeoisie nach dem anderen „Vorschläge“, indem er zuerst mit den Kadetten, dann mit Anhängern der friedlichen Erneuerung und schließlich mit den Oktobristen politische Beziehungen anknüpft oder anzuknüpfen sucht. Zuerst wird Stolypin als Kandidat für den Ministerposten den „Persönlichkeiten der Gesellschaft“, d. h. den Führern der Bourgeoisie, „vorgeschlagen“, und dann macht Stolypin, schon als Minister, im Verlauf seiner ganzen Karriere den Muromzew, Heyden und Gutschkow „Vorschläge“. Stolypin beendet seine Karriere (bekanntlich war seine Demission schon eine beschlossene Sache), als der ganze Kreis aller Parteien und Schattierungen der Bourgeoisie, denen man „Vorschläge“ machen konnte, erschöpft ist.

Die Schlußfolgerung, die sich aus diesen Tatsachen ergibt, ist klar. Wenn die Kadetten und Oktobristen jetzt untereinander darüber streiten, wer von ihnen sich bei den Verhandlungen über die Minister oder mit den Ministern lakaienhafter benommen habe, Urussow oder Gutschkow, Muromzew oder Heyden, Miljukow oder Stachowitsch usw. usf., so sind derartige Streitigkeiten unwesentlich und dienen nur dazu, die Aufmerksamkeit des Publikums von einer ernsten politischen Frage abzulenken. Diese ernste Frage läuft aber offenbar darauf hinaus, die Bedingungen und die Bedeutung jenes besonderen Zeitabschnitts in der Geschichte der russischen Staatsordnung zu begreifen, als die Minister gezwungen waren, den Führern der Bourgeoisie systematisch „Vorschläge“ zu machen, als die Minister eine, wenn auch beschränkte, gemeinsame Basis mit diesen Führern, eine gemeinsame Basis zur Führung und Erneuerung der Verhandlungen finden konnten. Nicht das ist wichtig, wer sich dabei schlechter benahm, ob Hinz oder Kunz – wichtig ist erstens, daß die Klasse der alten Gutsbesitzer schon nicht mehr kommandieren konnte, ohne den Führern der Bourgeoisie „Vorschläge“ zu machen; wichtig ist zweitens, daß sich eine gemeinsame Basis fand für Verhandlungen zwischen dem ungehobelten Gutsbesitzer und dem Bourgeois, und diese Basis war die konterrevolutionäre Einstellung.

Stolypin ist nicht einfach der Minister der Gutsbesitzer, die das Jahr 1905 überstanden haben; nein, er ist zugleich der Minister der Periode der konterrevolutionären Stimmungen in der Bourgeoisie, welcher die Gutsbesitzer Vorschläge machen mußten und machen konnten, weil sie dem „Jahr Fünf“ gegenüber eine gemeinsame Feindschaft hegten. Diese Stimmungen der Bourgeoisie – selbst wenn jetzt nur von den Kadetten, von der am weitesten links stehenden unter den „liberalen“ Parteien, gesprochen wird – haben ihren Ausdruck gefunden in den Predigten der „Wechi“, die die Demokratie und die Bewegung der Massen mit Schmutz bewarfen, wie in der „Londoner“ Losung Miljukows, in den zahlreichen salbungsvollen Reden Karaulows wie in der Rede von Beresowski I zur Agrarfrage usw.

Eben diese Seite der Sache zu vergessen, sind alle unsere Liberalen, die ganze liberale Presse, einschließlich der liberalen Arbeiterpolitiker, allzu leicht geneigt. Indes ist gerade diese Seite der Sache die allerwichtigste, da sie uns die historische Verschiedenheit der Bedingungen erklärt, unter denen die Gutsbesitzer im 19. oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts und *nach dem Jahre 1905* Gouverneure und Minister wurden. Die kadettische „Retsch“ schreibt in ihrem Wortgeplänkel mit Gutschkow („Retsch“ vom 30. September): „Die russische Gesellschaft erinnert sich gut der Verdienstliste des Oktobrismus.“

Und ob! Die liberale Gesellschaft erinnert sich gut des kleinlichen Geplänkels „unter Brüdern“, der Urussow und Miljukow mit den Heyden, Lwow und Gutschkow. Doch die russische Demokratie im allgemeinen – und die Arbeiterdemokratie im besonderen – *erinnert sich gut* der „Verdienstliste“ der *gesamten* liberalen Bourgeoisie, einschließlich der Kadetten; sie erinnert sich gut, daß der große Umschwung des Jahres 1905 die Gutsbesitzer und die Bürokratie der Gutsbesitzer zwang, Unterstützung bei der Bourgeoisie zu suchen, und daß diese Bourgeoisie ihre Stellung mit bemerkenswerter Würde nutzte. Sie war mit den Gutsbesitzern darin vollkommen einverstanden, daß die örtlichen Bodenkomitees nicht nötig, ja schädlich seien, sie ging mit ihnen auseinander in der ungewöhnlich wichtigen, wahrhaft prinzipiellen Frage: Durnowo oder Stolypin!

„Swesda“ Nr. 26,
23. Oktober 1911.
Unterschrift: W. F.

Nach dem Text der „Swesda“.

ZWEI ZENTREN

Zu Beginn der letzten Sitzungsperiode der dritten Duma wurde sofort die Frage nach den Ergebnissen der Arbeit dieser Institution aufgeworfen. Eins der wichtigsten Ergebnisse können wir mit den Worten der „Retsch“ formulieren.

„Wir haben“, schrieb unlängst ihr Leitartikler, „eine Reihe von Abstimmungen, die faktisch die Herrschaft eines ‚linken Zentrums‘ in der Duma wiedergeben . . . Die wirkliche Tätigkeit der Duma, die die echten Ansprüche und Forderungen des Lebens berührt, verläuft seit Beginn der Sitzungsperioden unveränderlich und systematisch auf dem Kurs eines – freilich nicht existierenden – linken Zentrums.“

Und gleichsam den Ministerpräsidenten „höchst persönlich“ festnagelnd, ruft das Blatt frohlockend: „Herr Kokowzow hat sich (in seiner ersten Rede) nicht geniert, dreimal seine völlige Solidarität mit den Argumenten Stepanows (Kadett) zu bezeugen.“

Die Tatsache ist unbestreitbar: Ein „linkes Zentrum“ ist vorhanden. Die Frage ist nur, ob diese Tatsache von „Leben“ oder von Stagnation zeugt?

In der III. Duma gab es von Anfang an zwei Mehrheiten. Die Marxisten hatten schon Ende 1907, vor Beginn der „Arbeiten“ dieser Duma, die „zwei Mehrheiten“ erkannt, beide charakterisiert und das in den Mittelpunkt ihrer Einschätzung der Lage und Bewertung der III. Duma gestellt.

Die erste Mehrheit ist die der Schwarzhunderter und der rechten Okto-
bristen, die zweite die der Okto-
bristen und Kadetten. Das Wahlgesetz zur III. Duma ist eben darauf zugeschnitten, daß sich diese zwei Mehrheiten ergeben sollten. Vergebens tun unsere Liberalen so, als sähen sie das nicht.

Keine Zufälligkeit und keinerlei schlaue Berechnung einzelner Personen, sondern der ganze Verlauf des Klassenkampfes der Jahre 1905 bis 1907 hat es unvermeidlich gemacht, daß die Regierung gerade diesen Weg beschritt. Die Ereignisse haben gezeigt, daß es unmöglich ist, auf die Masse der Bevölkerung „zu setzen“. Früher, vor den „Ereignissen“, konnte sich die Illusion einer vom Staat betriebenen „Volkspolitik“ noch halten; die Ereignisse haben sie zerschlagen. Man mußte offen, nackt, zynisch auf die eine kommandierende Klasse allein, die Klasse der Purischkewitsch und Markow, und auf die Sympathie oder die Furcht der Bourgeoisie setzen. Bei den einen Kategorien der Bourgeoisie überwog das Streben nach systematischer Unterstützung (Oktobristen), bei den anderen – die Sympathie für die sogenannte Ordnung oder die Furcht (Kadetten) – dieser Unterschied spielte keine ernsthafte Rolle.

Die erwähnte Änderung in dem *gesamten* politischen System Rußlands hatte sich schon in jenen Unterredungen abgezeichnet, die seit Ende 1905 von Witte, Trepow und Stolypin mit Urussow, Trubezkoi, Gutschkow, Muromzew und Miljukow geführt wurden. Endgültig feste Gestalt und staatlich fixierte Formen hat diese Änderung in der dritten Duma mit ihren zwei Mehrheiten angenommen.

Es ist überflüssig, darüber zu reden, wozu das gegebene politische Regime die erste Mehrheit braucht. Aber man vergißt gewöhnlich, daß auch die zweite, die oktobristisch-kadettische Mehrheit für das Regime notwendig ist: Ohne den „bürgerlichen Kläger“ könnte die Regierung nicht das sein, was sie ist; ohne Vereinbarung mit der Bourgeoisie vermag sie nicht zu bestehen; ohne die Versuche, die Purischkewitsch und Markow mit dem bürgerlichen Regime und der bürgerlichen Entwicklung Rußlands auszusöhnen, können weder das Finanzministerium noch alle übrigen Ministerien zusammengenommen existieren.

Und wenn sich jetzt das „linke Zentrum“ trotz seiner Bescheidenheit als unbefriedigt erweist, so zeugt das natürlich von der wachsenden Überzeugung der *gesamten* Bourgeoisie, daß ihre Opfer auf dem Altar der Purischkewitsch vergeblich sind.

Aber die „echten Ansprüche und Forderungen des Lebens“ können nicht durch dieses Seufzen und Klagen des „linken Zentrums“ befriedigt werden; befriedigt werden können sie nur dann, wenn die gesamte Demokratie die Ursachen der Ohnmacht und der kläglichen Lage des Zentrums

erkennt. Denn das gesamte Zentrum, darunter auch das linke, steht auf konterrevolutionärem Boden: Sie stöhnen unter den Purischkewitsch, aber sie *wollen nicht und können nicht* ohne die Purischkewitsch auskommen. Darum eben ist ihr Los so bitter, darum eben hat dieses linke Zentrum keinen einzigen Sieg, ja nicht einmal einen kleinen Teilsieg aufzuweisen.

Das „linke Zentrum“, von dem die „Retsch“ spricht, ist der Tod und nicht das Leben, denn dieses ganze Zentrum hat in den entscheidenden Augenblicken der russischen Geschichte vor der Demokratie Angst bekommen und sich von ihr abgewandt. Die Sache der Demokratie aber ist eine lebendige Sache, ist die lebendigste Sache in Rußland.

Die echten Ansprüche und Forderungen des Lebens brechen sich Bahn auf solchen Gebieten, die dem „linken Zentrum“, das die Aufmerksamkeit der Kadetten in Anspruch nimmt, fernliegen. Ein nachdenkender Leser mußte selbstverständlich bei der Lektüre beispielsweise der Dumaberichte über die Debatten zur Frage der „Ochrana“ bemerken, daß die Fragestellung in den Reden von Pokrowski II und insbesondere von Gegetschkori und die Fragestellung bei Roditschew und seiner Kumpanei sich unterschieden wie Himmel und Erde, wie Leben und Tod.

„Swesda“ Nr. 28,
5. November 1911.

Nach dem Text der „Swesda“.

ALTES UND NEUES

(Aus den Notizen eines Zeitungslesers)

Man nimmt Zeitungen zur Hand – und sofort schlägt einem von allen Seiten die Atmosphäre des „alten“ Rußlands entgegen. Der Prozeß über den Pogrom in Armawir. Ein Blutbad mit Wissen und Einverständnis der Behörden, eine von der Obrigkeit gestellte Falle, ein „von irgend jemandem inspiriertes und angeordnetes“ (die Worte des bürgerlichen Klägers) „Blutbad unter der russischen Intelligenz im weitesten Sinne dieses Wortes“. Die alte, doch ewig neue Realität des russischen Lebens – ein bitterer Hohn auf die „konstitutionellen“ Illusionen.

Ein bitterer, aber nützlicher Hohn! Denn es ist klar – und der jungen Generation Rußlands wird es immer klarer –, daß keinerlei Verurteilungen, keinerlei Resolutionen hier etwas helfen können. Hier handelt es sich um das gesamte politische System als Ganzes, hier bricht sich die historische Wahrheit Bahn durch den Nebel des träumerischen Wahns, als wäre es möglich, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen.

Hunger... Verkauf von Vieh, Verkauf von Mädchen, Scharen von Bettlern, Typhus, Hungertod. „Die Bevölkerung hat nur ein einziges Privileg – still und unauffällig zu sterben“, schreibt ein Korrespondent.

„Die Semstwoleute sind, einfach gesagt, darüber erschrocken, daß sie sich plötzlich auf ihren Gütern inmitten verhungertes und erbitterter Menschen befinden, die jeden Glauben an irgendeinen Lichtblick verloren haben“ (aus dem Gouvernement Kasan).

Wie zuverlässig schien das heutige Semstwo zu sein, aber zwischen ihm und der Regierung gibt es Streit um die Höhe der Darlehen. Man verlangt 6 Millionen Rubel (Gouvernement Kasan) – der Fiskus gibt 1 Million. Man bat um 600 000 (Samara) – überwiesen wurden 25 000 Rubel.

Ganz wie früher!

Im Cholmer Kreis des Gouvernements Pskow sind in der Semstwoversammlung gegen die Anwendung des Systems der Semstwoagronomen – nur für die Einzelhofbesitzer! – sogar die Landeshauptleute aufgetreten. Im Kubangebiet tagte ein Kongreß der Atamane der Kosakensiedlungen, auf dem sich alle einmütig gegen den von der III. Duma angenommenen Plan der Überschreibung der Bodenanteile in Privateigentum wandten.

In Zarizyn beschloß der Kreistag, einen Dorfältesten, der eine Frau mißhandelt hatte („zum Zweck der Ermittlung eines Verbrechers“), nicht dem Gericht zu übergeben. Die Gouvernementsbehörde hob den Beschluß auf.

In der Nähe von Petersburg stülpten Arbeiter dem Fabrikverwalter Herrn Jakowlew einen Sack über und schlepten ihn zur Newa. Polizisten jagten die Arbeiter auseinander. 18 Mann wurden verhaftet.

Man kann sich schwerlich darüber wundern, daß sogar die Zeitung „Retsch“ bei solchen Bildern aus dem Leben „eine große soziale Depression“ konstatieren muß. Und Herr Konduruschkin klagt in seinen Briefen aus Samara über die Hungersnot*: „Sie, die russische Gesellschaft, erscheint mir weich wie Gummi, wie Teig. Man kann sie durch Worte und Taten kneten und pressen. Aber kaum läßt man ab, so sinkt alles wieder in den alten Zustand zurück.“

„Er, dieser russische Spieß und Intellektuelle, ob reich oder arm, ist ruhig. Erst wenn man vor Hunger ‚anzuschwellen‘ beginnt, wird er Freude empfinden, wird er anfangen, unter Tränen zu jubeln. Er muß unbedingt mit Tränen in den Augen Hilfe leisten, voll ‚edler‘ Gefühle. Es steht ihm dabei eine glänzende Gelegenheit bevor, etwas für seine Seele zu tun. Und ohne Gefühle, ohne Tränen ist ja die Arbeit keine Arbeit, ist die Hilfe keine Hilfe. Ohne seine eigenen Tränen wird er auch die Sache nicht als bedeutungsvoll erachten und wird sich nicht vom Fleck rühren. Nein, zuerst versetze man ihn in Rührung, man lasse ihn weinen und sich ins saubere Schnupftüchlein schneuzen. Strenge Berechnung jedoch, gesunde und nüchterne Erkenntnis der *Staatsnotwendigkeit* – das ist langweilig, da fehlt die weichliche Stimmung.“

Ja, ja, die Predigt der „Strenge“ ist in der Welt des „Teiges“ und des „Gummis“ durchaus nicht unnütz. Nur merkt unser Liberaler nicht, von welcher Seite er eine solche Propaganda der „gesunden und nüchternen

* Erfasst vom „Gram über die allumfassende russische Trostlosigkeit“.

Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit“ betreibt – haben Sie das nicht bei Menschikow abgeschrieben, Herr Konduruschkin? Gerade auf der Basis des „Teiges“ und des „Gummis“, gerade auf der Basis einer weichlichen und weinerlichen Stimmung sind derartige Reden über Staatsnotwendigkeit nur möglich. Eben weil es teigartige Menschen gibt, fühlen sich die Verkünder der „gesunden und nüchternen Staatsnotwendigkeit“ ihrer Sache sicher.

„Die russische Gesellschaft ist weich wie Gummi“, sagt Herr Konduruschkin *in hergebrachter Weise*. Es gibt Gesellschaft und Gesellschaft. Es gab eine Zeit, wo das Wort „Gesellschaft“ alles umfaßte, alles deckte, ein Ausdruck war für die verschiedenartigen, zur Bewußtheit erwachenden Elemente der Bevölkerung oder einfach für die sogenannten „Gebildeten“.

Aber gerade in dieser Hinsicht liegen die Dinge in Rußland schon nicht mehr so wie früher. Als man nur von Gesellschaft sprechen konnte, da predigten ihre besten Leute den harten Kampf und nicht die „gesunde und nüchterne Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit“.

Jetzt aber kann von „Gesellschaft“ schlechthin nicht gesprochen werden. Im alten Rußland sind die Unterschiede der neuen Kräfte zutage getreten. Die alten Plagen, die Rußland auf alte Art in Gestalt von Hungersnot usw. heimsuchen und die alten Fragen zuspitzen, verlangen, daß der Art und Weise, wie diese neuen Kräfte im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zutage getreten sind, Rechnung getragen wird.

Die „Gesellschaft“ ist weichlich und weinerlich infolge der Ohnmacht und der Unentschlossenheit jener Klasse, zu der sie hinneigt und zu neun Zehnteln gehört. Die Predigt der „strengen Berechnung, der nüchternen und gesunden Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit“ ist lediglich eine Rechtfertigung der Herrschaft der „Obrigkeit“ über diese morsche Gesellschaft.

Das verflossene Jahrzehnt hat jedoch Elemente der Bevölkerung gezeigt, die der „Gesellschaft“ nicht angehören und die sich nicht durch Weichlichkeit und Weinerlichkeit auszeichnen . . .

In Rußland ist – oben – alles „beim alten“, aber es gibt – unten – manches Neue. Wem der „Gram über die allumfassende russische Trostlosigkeit“ dazu verhilft, dieses feste, nicht weinerliche, nicht teigartige Neue zu sehen, zu spüren, zu finden, der wird auch den Weg zur Erlösung vom Alten zu finden vermögen.

Bei wem aber die Klagen über diesen Gram sich vermischen mit Reden von der „gesunden und nüchternen Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit“, der wird wohl für alle Ewigkeit ein Bestandteil des „Teiges“ bleiben, der sich „kneten und pressen“ läßt. Solche Leute werden gerade im Namen der „gesunden und nüchternen“ Staatsnotwendigkeit „geknetet und gepreßt“ – und das geschieht ihnen recht.

Wenn von hundert Personen, die dieser Operation unterworfen werden, ein einziger aus der „Gesellschaft“ hart werden wird, dann wird das ein nützliches Resultat sein. Ohne Abgrenzung wird nichts Gutes herauskommen.

„Swesda“ Nr. 28,
5. November 1911.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der „Swesda“.

REDE IM NAMEN DER SDAPR
BEI DER BEISETZUNG
VON PAUL UND LAURA LAFARGUE

20. November (3. Dezember) 1911

Genossen!

Ich ergreife das Wort, um im Namen der SDAPR das Gefühl des tiefen Schmerzes über den Tod von Paul und Laura Lafargue zum Ausdruck zu bringen. Schon zur Zeit der Vorbereitung der russischen Revolution haben die klassenbewußten Arbeiter und alle Sozialdemokraten Rußlands Lafargue aufrichtig schätzen gelernt als einen der Begabtesten und Gründlichsten unter denen, welche die Ideen des Marxismus verbreiten – jene Ideen, die durch die Kampferfahrungen der Klassen in der russischen Revolution und Konterrevolution so glänzend bestätigt worden sind. Unter dem Banner dieser Ideen schloß sich die Vorhut der russischen Arbeiter zusammen, versetzte sie dem Absolutismus durch ihren organisierten Massenkampf einen schweren Schlag und verfocht und verfocht sie weiterhin die Sache des Sozialismus, die Sache der Revolution, die Sache der Demokratie, trotz all des Verrats, der Unschlüssigkeit und des Schwankens der liberalen Bourgeoisie.

In der Person Lafargues vereinigten sich – in der Vorstellung der russischen sozialdemokratischen Arbeiter – zwei Epochen: jene Epoche, als die revolutionäre Jugend Frankreichs zusammen mit den französischen Arbeitern im Namen der republikanischen Ideen zum Sturm gegen das Kaiserreich schritt – und jene Epoche, als das französische Proletariat unter der Führung der Marxisten den konsequenten Klassenkampf gegen die gesamte bürgerliche Ordnung führte und sich vorbereitete zum letzten Kampf gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus.

Für uns russische Sozialdemokraten, die wir den ganzen Druck des von asiatischer Barbarei geprägten Absolutismus auszuhalten haben und die

wir das Glück gehabt haben, aus den Werken Lafargues und seiner Freunde die unmittelbare Bekanntschaft mit den revolutionären Erfahrungen und dem revolutionären Denken der europäischen Arbeiter zu schöpfen, für uns ist jetzt besonders anschaulich ersichtlich, wie schnell die Zeit des Triumphes der Sache näherrückt, deren Verfechtung Lafargue sein Leben gewidmet hatte. Die russische Revolution hat die Epoche der demokratischen Revolutionen in ganz Asien eröffnet, und 800 Millionen Menschen haben nunmehr begonnen, in der demokratischen Bewegung der ganzen zivilisierten Welt mitzuwirken. In Europa aber mehren sich die Anzeichen, daß die Epoche der Herrschaft des sogenannten friedlichen bürgerlichen Parlamentarismus ihrem Ende entgegengeht, daß sie ihren Platz abtritt an die Epoche revolutionärer Schlachten des organisierten und im Geiste der Ideen des Marxismus erzogenen Proletariats, das die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und die kommunistische Gesellschaftsordnung errichten wird.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

HYNDMAN ÜBER MARX

Vor kurzem erschienen die umfangreichen Memoiren von Henry Mayers Hyndman, eines der Begründer und Führer der englischen „sozialdemokratischen Partei“. Das fast fünfhundert Seiten starke Buch trägt den Titel: „Aufzeichnungen über ein ereignisreiches Leben“* und enthält lebendig geschriebene Erinnerungen des Autors an seine politische Tätigkeit sowie an „berühmte“ Menschen, mit denen er bekannt war. Das Buch Hyndmans bringt viel interessantes Material zur Charakteristik des englischen Sozialismus und zur Beurteilung einiger sehr wichtiger Fragen der gesamten internationalen Arbeiterbewegung.

Aus diesem Grunde dürfte es angebracht sein, dem Buche Hyndmans einige kleine Aufsätze zu widmen, zumal in den rechtskadettischen „Russkije Wedomosti“ (vom 14. Oktober) der Liberale Dioneo mit einem Artikel „aufwartete“, der ein vortreffliches Beispiel dafür ist, wie die Liberalen diese Fragen beleuchten oder vielmehr verdunkeln.

Wir beginnen mit den Erinnerungen Hyndmans an Marx. H. Hyndman lernte Marx erst im Jahre 1880 kennen und wußte allem Anschein nach damals sehr wenig von dessen Lehre, wie vom Sozialismus überhaupt. Es ist bezeichnend für die englischen Verhältnisse, daß der 1842 geborene Hyndman bis dahin „Demokrat“ von unbestimmter Richtung war, mit Verbindungen und Sympathien zur konservativen Partei (Tories). Dem Sozialismus wandte sich Hyndman zu, nachdem er während einer seiner zahlreichen Reisen nach Amerika zwischen 1874 und 1880 „Das Kapital“ (in französischer Übersetzung) gelesen hatte.

* „The Record of an Adventurous Life“, by Henry Mayers Hyndman. London (Macmillan and Co.) 1911.

Als Hyndman sich in Begleitung von Karl Hirsch zu Marx begab, um ihn kennenzulernen, verglich er ihn in Gedanken mit . . . Mazzini!

Auf welcher Ebene Hyndman diesen Vergleich zog, ist daraus zu ersehen, daß er den Einfluß Mazzinis auf seine Umgebung als einen „persönlichen und individuell-ethischen“ bezeichnet, den Einfluß von Marx dagegen als einen „fast ausschließlich intellektuellen und wissenschaftlichen“. Hyndman ging zu Marx als zu dem „großen analytischen Genius“, bestrebt, bei ihm zu lernen – bei Mazzini zog ihn der Charakter, die „edle Gesinnung und Handlungsweise“ an. Marx sei „unbestreitbar der überragendere Geist“. Hyndman hat im Jahre 1880 den Unterschied zwischen einem bürgerlichen Demokraten und einem Sozialisten unbestreitbar sehr schlecht verstanden (und auch jetzt hat er ihn noch nicht ganz begriffen – darüber weiter unten).

„Der erste Eindruck“, schreibt Hyndman, „von Marx, als ich ihn erblickte, war der eines kräftigen, zottigen, unbändigen Alten, bereit, um nicht zu sagen begierig, sich in Konflikte zu stürzen, und selbst mit gewissem Argwohn jeden Moment eines Angriffs gewärtig. Doch seine Begrüßung war herzlich, und seine ersten Bemerkungen mir gegenüber, als ich ihm gesagt hatte, welch großes Vergnügen und welche Ehre es für mich sei, dem Autor des ‚Kapitals‘ die Hand drücken zu dürfen, waren angenehm genug; denn er erzählte mir, daß er meine Artikel über Indien* mit Vergnügen gelesen und in seiner Zeitungskorrespondenz günstig besprochen habe.“

„Als er mit wütender Empörung über die Politik der liberalen Partei, insbesondere Irland gegenüber, sprach, sprühten die kleinen, tiefliegenden Augen des alten Kämpfers, die buschigen Brauen zogen sich zusammen, die breite, starke Nase und das Gesicht bebten sichtlich vor Leidenschaft, und er stieß einen Strom heftiger Anklagen hervor, die sowohl das Feuer seines Temperaments wie die vortreffliche Beherrschung unserer Sprache offenbarten. Der Kontrast zwischen seinem Benehmen und seiner Ausdrucksweise, sobald Zorn ihn tief erregte, und seiner Haltung, wenn er seine Ansichten über die wirt-

* Hyndman war bis zu seiner unlängst vollzogenen Schwenkung zum Chauvinismus entschiedener Gegner des englischen Imperialismus und führte von 1878 an eine lobenswerte Enthüllungskampagne gegen all die schändlichen Gewalttaten, Exzesse, Raubzüge und Beschimpfungen (die bis zur körperlichen Züchtigung der politischen „Verbrecher“ gingen), durch die sich die Engländer aller Parteien – einschließlich des „gebildeten“ und „radikalen“ Schriftstellers John Morley – in Indien seit jeher berühmt gemacht haben.

schaftlichen Ereignisse einer bestimmten Periode darlegte, war frappant. Er vertauschte ohne sichtliche Anstrengung die Rolle des Propheten und heftigen Anklägers mit der des ruhigen Philosophen, und ich empfand vom ersten Augenblick an, daß noch manches lange Jahr vergehen wird, bis ich aufhören würde, auf diesem Gebiet wie ein Schüler vor dem Meister zu stehen.

Beim Lesen des ‚*Kapitals*‘, und noch mehr beim Studium seiner kleineren Werke, wie seiner Adresse über die Pariser Kommune und seines ‚18. Brumaire‘, überraschte mich, wie er die meisterhafteste und nüchternste Untersuchung ökonomischer Ursachen und sozialer Wirkungen verband mit dem bittersten Haß gegen Klassen und sogar gegen einzelne Personen, wie Napoleon III. und Thiers, die nach seinen eigenen Theorien kaum mehr waren als Fliegen an den Rädern des großen Juggernautwagens* der kapitalistischen Entwicklung. Natürlich, Marx war Jude, und mir schien, als vereinige er in seiner Persönlichkeit und Erscheinung – mit seiner gebieterischen Stirn und den starken überhängenden Brauen, den feurigen, blitzenden Augen, der breiten, sinnlichen Nase und dem beweglichen Mund, das Ganze umrahmt von ungepflegtem Haar und Bart – den gerechten Zorn der großen Propheten seiner Rasse mit dem kalten analytischen Verstand eines Spinoza sowie jüdischer Gelehrter. Es war dies eine außergewöhnliche Kombination von Eigenschaften, wie ich sie bei keinem anderen Menschen kennengelernt habe.

Als ich mit Hirsch fortging, tief beeindruckt von der großen Persönlichkeit, die wir verließen, fragte mich Hirsch, was ich über Marx denke. ‚Nun‘, antwortete ich, ‚ich glaube, er ist der Aristoteles des 19. Jahrhunderts.‘ Und doch war ich mir, als ich das sagte, sofort klar, daß dies die ‚Sache‘ nicht ganz erfaßte. Denn vor allem war es ganz unmöglich, sich Marx als Höfling eines Alexander vorzustellen, während er die tiefschürfenden Studien betrieb, die die späteren Generationen so stark beeinflussten, und außerdem isolierte er sich – trotz vieler gegenteiliger Behauptungen – niemals so vollständig von den unmittelbaren menschlichen Interessen, um die Tatsachen und ihre Zusammenhänge in dem kalten, harten Licht des größten Philosophen des Altertums betrachten zu können. Es kann nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß sein Haß gegen das ihn umgebende System der Ausbeutung und Lohnsklaverei nicht nur intellektueller und philosophischer Art, sondern auch leidenschaftlich und persönlich war.

Ich erinnere mich, wie ich ihm einmal sagte, daß ich glaubte, mit zunehmendem Alter toleranter zu werden. ‚Toleranter‘, sagte er, ‚toleranter?‘ Es war

* Juggernaut – indisches Götzenbild, das auf einem hohen Wagen gefahren wurde, von dessen Rädern sich religiöse Fanatiker zerquetschen ließen. Der Übers.

ganz sicher, daß er es nicht würde. Es war, glaube ich, Marx' tiefer Haß gegen die bestehende Ordnung der Dinge und seine vernichtende Kritik an seinen Gegnern, was viele gebildete Leute der wohlhabenden Klasse hinderte, sein meisterhaftes Lebenswerk in seinem vollen Wert zu würdigen, und drittrangige Halbwisser und Wortklauber vom Schlage eines Böhm-Bawerk in ihren Augen zu solchen Heroen machte, bloß weil sie ihn verfälschten und zu ‚widerlegen‘ versuchten. Gewöhnt, wie wir es heutzutage sind, besonders in England, stets mit großen weichen Kugeln an der Rapierspitze zu fechten, mußten Marx' mit dem blanken Stahl geführte furchtbare Angriffe auf seine Gegner so ungeschicklich scheinen, daß unsere vornehmen Scheinkämpfer und Geistesakrobaten unmöglich glauben konnten, dieser schonungslose Polemiker und wütende Angreifer des Kapitals und der Kapitalisten könne wirklich der tiefste Denker der Neuzeit sein.“

Im Jahre 1880 war Marx dem englischen Publikum fast unbekannt. Seine Gesundheit war damals bereits merklich geschwächt; die angestrengte Tätigkeit (täglich bis zu 16 und mehr Stunden geistiger Arbeit!) hatte seine Konstitution untergraben, die Ärzte verboten ihm, abends zu arbeiten, „und ich benutzte“, erzählt Hyndman, „von Ende 1880 bis Anfang 1881 seine Mußestunden zu Unterhaltungen mit ihm“.

„Unsere Art der Unterhaltung war originell. Marx hatte, wenn die Diskussion ihn stark interessierte, die Gewohnheit, lebhaft im Zimmer auf und ab zu gehen, als schreite er über das Deck eines Schoners, um sich Bewegung zu machen. Ich hatte auf meinen langen Reisen“ (nach Amerika, Australien usw.) „ebenfalls die Gewohnheit angenommen, auf und ab zu gehen, wenn mein Geist sehr beschäftigt war. So kam es, daß man Lehrer und Schüler zwei oder drei Stunden hintereinander an beiden Seiten des Tisches auf und ab spazieren sehen konnte, Angelegenheiten der Vergangenheit und Gegenwart diskutierend.“

Welche Stellung Marx zu den verschiedenen Fragen einnahm, die er mit Hyndman besprach – darüber erfahren wir bei Hyndman *in keiner einzigen Frage* etwas Genaueres. Aus dem oben Dargelegten ist zu ersehen, daß Hyndman sich vor allem und fast ausschließlich auf die *anekdotische Seite* der Sache konzentrierte: Das entspricht dem gesamten übrigen Inhalt seines Buches. Die Autobiographie Hyndmans ist die Biographie eines englischen bürgerlichen Philisters, der zu den besten seiner Klasse gehörte und sich zu guter Letzt zum Sozialismus durchrang, aber

nie ganz die bürgerlichen Traditionen, die bürgerlichen Auffassungen und Vorurteile abstreifte.

Hyndman wiederholt die spießbürgerlichen Vorwürfe gegen Marx und Engels, sie seien die „Selbstherrscher“ in der „vorgeblich demokratischen“ Internationale gewesen, sie hätten nichts von der Praxis verstanden, keine Menschenkenntnis besessen usw., er unternimmt aber kein einziges Mal den Versuch, diese Vorwürfe an Hand einer genauen, konkreten Darlegung der Umstände in den entsprechenden Momenten zu beurteilen.

Was dabei herauskommt, ist eine Anekdotensammlung, aber keine historische Analyse eines Marxisten. Marx und Engels hätten gegen die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie (mit den Lassalleanern) gekämpft, die Vereinigung sei aber notwendig gewesen! Das ist alles, was Hyndman vorzubringen weiß. Daß Marx und Engels gegenüber Lassalle und den Lassalleanern prinzipiell tausendmal recht hatten, darüber findet man bei Hyndman kein Wort. Hyndman stellt nicht einmal diese Frage. Ob der (organisatorische) „Demokratismus“ in der Epoche der Internationale nicht ein Deckmantel für bürgerliche Sekten war, die den Aufbau einer proletarischen Sozialdemokratie hintertrieben – diese Frage legt sich Hyndman nicht einmal vor.

Daher ist auch die Geschichte des Bruchs zwischen Hyndman und Marx so dargestellt, daß dabei außer Klatsch (im Geiste der Herren Dioneo) nichts herauskommt. Engels – man höre – sei ein „nörglerischer, argwöhnischer, eifersüchtiger“ Mensch gewesen, Frau Marx habe angeblich der Frau Hyndmans erzählt, Engels wäre der „böse Geist“ (!) von Marx; Engels, den Hyndman (entgegen den Behauptungen des Herrn Dioneo in den „*Russkije Wedomosti*“!) nie gesehen hat, hätte dazu geneigt, „in den Beziehungen mit den Menschen, denen er half“ (mit Geld; Engels war sehr reich, Marx sehr arm), „den vollen Tauschwert seines Geldes herauszuholen“; Engels sei es auch gewesen, der Marx mit Hyndman entzweit habe, aus Angst davor, daß Hyndman, der damals ein reicher Mann war, den Platz Engels', als des reichen Freundes von Marx, einnehmen könnte!!

Die liberalen Herrschaften machen sich natürlich ein Vergnügen daraus, gerade solche unaussprechlichen Plattheiten abzuschreiben. Selbstverständlich liegt es überhaupt nicht im Interesse der liberalen Federfuchser, sich auch nur mit jenen Briefen (Marx' und Engels')⁹⁶ an Sorge bekannt zu

machen, auf die Hyndman selbst hinweist, und sich *klarzumachen*, worauf es ankommt! Das kümmert sie nicht! Indes genügt ein Blick in diese Briefe, ihr Vergleich mit den „Memoiren“ Hyndmans, und die Sache wird sofort klar.

Im Jahre 1881 veröffentlichte Hyndman eine Broschüre: „England für alle“, in der er sich zum Sozialismus bekennt, aber ein sehr, sehr verworrener bürgerlicher Demokrat bleibt. Die Broschüre wurde für die damals entstandene „Demokratische Föderation“ (keine sozialistische Organisation) verfaßt, in der es eine Menge antisozialistischer Elemente gab. Und Hyndman brachte es fertig, in zwei Kapiteln seiner Broschüre Auszüge aus dem „Kapital“ wiederzugeben, abzuschreiben, *ohne Marx zu nennen*, nur im Vorwort sprach er dunkel von einem gewissen „großen Denker und originellen Schriftsteller“, dem er vieles verdanke usw. Aus diesem Grunde „entzweite“ mich Engels mit Marx – erzählt Hyndman – und führt gleichzeitig einen Brief von Marx an ihn an (vom 8. Dezember 1880⁹⁷), in dem Marx schreibt, daß er, Hyndman, auf Grund seiner eigenen Worte, „die Ansichten meiner Partei“ (d. h. der von Marx) „betreffs England nicht teilt“.

Es ist klar, worin die Meinungsverschiedenheit, die von Hyndman nicht begriffen, nicht bemerkt und nicht bewertet worden ist, bestand: darin, daß Hyndman damals (wie Marx in einem Brief vom 15. Dezember 1881 an Sorge geradeheraus schreibt) ein „reizender middle-class Schreiber“ war; „halb bürgerlich, halb prolétaires“. Wenn ein Mensch Marx kennenlernt, in nähere Beziehungen zu ihm tritt, sich als seinen Schüler bezeichnet, dann eine „demokratische“ Föderation gründet und für diese eine Broschüre schreibt, in der er den Marxismus verfälscht und Marx mit Schweigen übergeht, so liegt es auf der Hand, daß Marx dies nicht ohne „wütenden“ Protest hingehen lassen konnte. Offenbar ist auch ein Protest erfolgt, denn in demselben Brief an Sorge bringt Marx Stellen aus Entschuldigungsbriefen Hyndmans, der sich damit zu rechtfertigen suchte, daß „sich die Engländer nicht gern von Ausländern belehren lassen“, daß der „Name Marx so verhaßt sei“ (!) usw. (Hyndman selbst teilt mit, daß er fast alle von Marx an ihn gerichteten Briefe vernichtet habe, so daß von dieser Seite eine Aufdeckung der Wahrheit nicht zu erwarten ist.)

Nicht wahr, schöne Entschuldigungen! Und nun, wo die Frage nach den damaligen Meinungsverschiedenheiten zwischen Hyndman und Marx

mit absoluter Bestimmtheit ihre Erklärung findet, wo selbst das ganze vorliegende Buch Hyndmans beweist, daß in seinen Ansichten viel Philisterhaftes und Bürgerliches steckt (zum Beispiel, mit welchen Argumenten Hyndman die Todesstrafe für Kriminelle verteidigt!), werden uns als Erklärung für den Bruch mit Marx „Intrigen“ von Engels vorgesetzt, der vierzig Jahre lang die gleiche prinzipielle Linie wie Marx verfolgte. Ja, selbst wenn der ganze übrige Teil des Hyndmanschen Buches lauter Honig wäre, dieser eine Löffel Teer würde genügen . . .

Höchst sinnfällig zeigen sich die damaligen Meinungsverschiedenheiten zwischen Marx und Hyndman darin, wie letzterer Marx' Urteil über Henry George wiedergibt. Dieses Urteil ist aus dem Brief von Marx an Sorge vom 20. Juni 1881 bekannt. Hyndman verteidigte Henry George bei Marx mit solchen Argumenten, wie „George wird durch das Einpauken des Falschen den Leuten mehr beibringen als andere durch Auseinandersetzung der vollen Wahrheit“.

„Marx“, schreibt Hyndman, „wollte das als berechtigtes Argument nicht gelten lassen. Die Verbreitung des Falschen könne niemals für das Volk gut sein, das war seine Ansicht. Das Falsche unwiderlegt lassen hieße der intellektuellen Unehrlichkeit Vorschub leisten. Für zehn, die weitergehen, könnten hundert sehr leicht bei George stehenbleiben, und das ist eine zu große Gefahr, um sie zu riskieren.“ So sprach Marx!!

Hyndman jedoch teilt uns mit, einerseits, daß er an seiner früheren Meinung über George auch jetzt festhalte und andererseits, daß George sich ausnehme wie ein kleiner Junge, der mit einer Groschenkerze neben einem Mann mit einem elektrischen Scheinwerfer Narrenpossen treibt.

Der Vergleich ist prachtvoll, nur . . . nur war es von Hyndman gewagt, diesen prachtvollen Vergleich in einem Atemzug mit seinem erbärmlichen Klatsch über Engels vorzubringen:

„Swesda“ Nr. 31,
26. November 1911.
Unterschrift: Wl. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“.

MANIFEST EINER LIBERALEN ARBEITERPARTEI

I

Gerade eine solche Bezeichnung verdient der Artikel von N. R-kow in Nr. 9/10 der Zeitschrift „Nascha Sarja“⁹⁸.

Wie schwer es auch für die Marxisten sein mag, mit N. R-kow einen Menschen zu verlieren, der der Arbeiterpartei in den Jahren des Aufschwungs ergeben und tatkräftig gedient hat – die Interessen der Sache müssen höher stehen als irgendwelche persönlichen oder fraktionellen Beziehungen, als die „guten“ Erinnerungen, welche es auch immer sein mögen. Die Interessen der Sache gebieten anzuerkennen, daß das Manifest des neuen Liquidators durch die Geradheit, Klarheit und Geschlossenheit seiner Anschauungen von großem Nutzen ist. N. R-kow erlaubt und veranlaßt, die höchst wichtige und grundlegende Frage der „zwei Parteien“ *außerhalb* eines jeden wie immer gearteten „Konflikt“stoffes, auf rein ideologischer Basis aufzurollen, weitgehend sogar *außerhalb* der Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki. Nach dem Auftreten R-kows kann man vom Liquidatorentum nicht mehr *nur wie bisher* sprechen, denn die Frage ist durch ihn endgültig auf eine höhere Ebene gehoben worden. Und nach dem Auftreten R-kows ist es auch unmöglich, vom Liquidatorentum *lediglich zu sprechen*, denn vor uns liegt ein Entwurf für das unmittelbare praktische Handeln, wie man sich ihn vollständiger gar nicht vorstellen kann.

N. R-kow beginnt mit einer Darlegung der „grundlegenden objektiven Aufgabe in Rußland“, geht dann zur Einschätzung der Revolution über, analysiert weiterhin die gegenwärtige Lage, wobei er klar und exakt über jede Klasse spricht, und schließt mit einer ganz präzisen Beschreibung der

gesamten Physiognomie einer neuen „legalen politischen Arbeitervereinigung“, die es unverzüglich zu gründen und „faktisch zu verwirklichen“ gelte. Mit einem Wort, R-kow beginnt ganz von Anfang an und geht konsequent bis ganz zu Ende, wie es einem Menschen auch geziemt vorzugehen, der sich der ernststen politischen Verantwortung für seine Reden und sein Handeln halbwegs bewußt ist. Und man muß R-kow Gerechtigkeit widerfahren lassen: Er ersetzt, konsequent von Anfang bis zu Ende, den Marxismus durch den Liberalismus.

Untersuchen wir den Ausgangspunkt seiner Erörterungen. Er hält es für „absolut gewiß und unbestreitbar“, daß die „grundlegende objektive Aufgabe Rußlands gegenwärtig darin besteht, die Ablösung des brutal räuberischen, halbfronherrlichen Wirtschaftens durch einen kulturvollen Kapitalismus endgültig zu vollenden“. Strittig sei jedoch, seiner Meinung nach, ob Rußland eine Lage erreicht habe, in der „die Möglichkeit sozialer Stürme zwar nicht ausgeschlossen ist, aber in naher Zukunft diese Stürme nicht notwendig, nicht unvermeidlich sind“.

Wir halten es für absolut gewiß und unbestreitbar, daß das eine rein liberale Fragestellung ist. Die Liberalen beschränken sich darauf zu fragen, ob ein „kulturvoller Kapitalismus“ kommen wird oder nicht, ob „Stürme“ kommen werden oder nicht. Der Marxist gestattet nicht, sich darauf zu beschränken, und fordert zu untersuchen, *welche Klassen oder Klassenschichten* in der sich befreienden bürgerlichen Gesellschaft diese oder jene konkret bestimmte Linie dieser Befreiung, der Schaffung z. B. dieser oder jener politischen Formen des sogenannten „kulturvollen Kapitalismus“ verfolgen. Die Marxisten halten sich während der „Stürme“ wie auch zu einer Zeit, da solche Stürme offensichtlich fehlen, an die vom Liberalismus prinzipiell verschiedene Linie der Bildung wahrhaft demokratischer und nicht allgemein „kulturvoller“ Lebensformen. Wir alle erstreben einen „kulturvollen Kapitalismus“, sagen die Liberalen, wobei sie sich als eine über den Klassen stehende Partei aufspielen. Wir dürfen unter „Kultur“ nicht das verstehen, wovon die Liberalen sprechen, sagen die Marxisten den Arbeitern und der gesamten Demokratie.

Eine noch plastischere, typisch „professorale“ Verdrehung des Marxismus tischt uns R-kow auf, indem er die „oberflächlichen Beobachter“ kritisiert, für die „unsere Revolution anscheinend gescheitert ist“. „Die nervenschwache Intelligenz überließ sich“, schreibt R-kow, „immer und überall

dem Jammern und Wehklagen, dann der moralischen Prostration, dem Renegatentum, dem Mystizismus.“ „Der aufmerksame Beobachter dagegen“ weiß, daß „häufig in dem wütenden Toben der Reaktion überaus tiefgehende soziale Änderungen ihren Ausdruck finden“, daß „in der Epoche der Reaktion neue soziale Gruppen und Kräfte sich formen und heranreifen“.

So urteilt R-kow. Er hat es verstanden, die Frage des „Renegatentums“ derart philisterhaft (wenn auch mit gelehrten Worten) zu stellen, daß der Zusammenhang der konterrevolutionären Stimmungen in Rußland mit der Lage und den Interessen *bestimmter* Klassen vollständig verschwunden ist. Kein einziger der „Wechi“-Leute, d. h. der fanatischsten konterrevolutionären Liberalen, wird bestreiten wollen, daß in der Zeit der Reaktion neue Kräfte heranreifen, kein einziger Mitarbeiter an den fünf von den Liquidatoren herausgegebenen Bänden, von denen sich die Besten der Menschewiki abgewandt haben, wird sich weigern, das zu unterschreiben. Die konkrete Gestalt und der Klassencharakter unserer Konterrevolution hat sich bei unserem Historiker in Dunst aufgelöst, geblieben sind abgedroschene und durch und durch hohle Phrasen von der Nervenschwäche der einen Intellektuellen und von der aufmerksamen Beobachtung der anderen. Die für den Marxisten sehr wichtige Frage, wie unsere Revolution die verschiedenartigen Methoden des Handelns und die verschiedenartigen Bestrebungen der verschiedenen Klassen hat zutage treten lassen, und warum dies bei anderen bürgerlichen Klassen eine „renegatenhafte“ Einstellung zum Kampf um die „Kultur“ hervorgerufen hat, ist von R-kow ganz unbemerkt geblieben.

Kommen wir zur Hauptsache: zur Einschätzung der Situation durch R-kow, die sich auf die Einschätzung der Lage aller Klassen stützt. Der Autor beginnt mit den „Repräsentanten unseres Großgrundbesitzes“ und erklärt: „Unlängst waren (waren!) sie in ihrer Masse wirkliche Fronherren, typische adlige Gutsbesitzer. Heute ist wenig übriggeblieben von diesen letzten der Mohikaner. Als kleines Häuflein gruppieren sie sich noch um die Herren Purischkewitsch und Markow II, und ohnmächtig (!) verspritzen sie ihren mit dem Gift der Verzweiflung verseuchten Geifer . . . Die Mehrheit unserer Großgrundbesitzer – Adlige und Nichtadlige –, die in der Duma durch die Nationalisten und rechten Oktobristen repräsentiert ist, wandelt sich langsam und stetig in Agrarbourgeoisie um.“

So sieht „die Einschätzung der Situation“ durch R-kow aus. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß diese Einschätzung ein Hohn auf die Wirklichkeit ist. Das „Häuflein, das sich um die Herren Purischkewitsch und Markow II gruppiert“, ist in Wirklichkeit nicht ohnmächtig, sondern allmächtig. Eben seine Macht und seine Einkünfte werden durch die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Institutionen Rußlands gewährleistet, eben sein Wille ist letzten Endes entscheidend, eben dieses Häuflein stellt das Element dar, das die Richtung der gesamten Tätigkeit und den ganzen Charakter der sogenannten Bürokratie von unten bis oben bestimmt. All das ist so allgemein bekannt, die Fakten der Herrschaft eben dieses Häufleins in Rußland sind so prägnant und sind tagtäglich zu spüren, daß es schon wirklich der grenzenlosen liberalen Selbstgefälligkeit bedarf, sie zu vergessen. Der Fehler R-kows besteht darin, daß er die „Umwandlung“ der frönherrlichen Wirtschaft in die bürgerliche Wirtschaft bis ins Lächerliche übertrieben hat, das zum ersten, und daß er zweitens eine „Kleinigkeit“ vergessen hat – gerade die „Kleinigkeit“, die den Marxisten von einem Liberalen unterscheidet –, nämlich: daß die Anpassung des politischen Überbaus an die Umwandlung der Wirtschaft ein komplizierter und sprunghafter Prozeß ist. Um diese beiden Fehler R-kows deutlich werden zu lassen, braucht man nur auf das Beispiel Preußens zu verweisen, wo bis heute, trotz der weitaus höheren Stufe der Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen und der Umwandlung der alten Krautjunkerwirtschaft in eine bürgerliche Wirtschaft im besonderen, die Oldenburg und Heydebrand allmächtig geblieben sind, die Staatsmacht in der Hand halten – die ganze preußische Monarchie, die ganze preußische Bürokratie mit ihrem eigenen, sozusagen sozialen Inhalt erfüllen! Trotz einer beispiellos schnellen Entwicklung des Kapitalismus ist in Preußen bis heute, 63 Jahre nach dem Jahre 1848, das Landtagswahlrecht derart geblieben, daß es die Allmacht der preußischen Purischkewitsch gewährleistet. Und R-kow malt für Rußland, sechs Jahre nach 1905, eine arkadische Idylle von der „Ohnmacht“ der Purischkewitsch!

Aber die Sache ist eben die, daß das Ausmalen einer arkadischen Idylle – hinsichtlich einer „stetigen“ Umwandlung der Purischkewitsch und des „Triumphes eines sehr gemäßigten bürgerlichen Progressismus“ – das Grundmotiv aller Betrachtungen R-kows ist. Man nehme seine Betrachtung über die gegenwärtige Agrarpolitik. „Es gibt keine klarere und umfassen-

dere Illustration“ dieser Umwandlung (der fröhlichen Wirtschaft in die bürgerliche Wirtschaft) als diese Politik, erklärt R-kow. Die Gemengelage werde überwunden, und „die Beseitigung der Armut an Grund und Boden stellt in den 20 landwirtschaftlichen Gouvernements des Schwarz-erdegebiets keine große Schwierigkeit dar und bildet eine der nächsten aktuellen Aufgaben unserer Zeit, die auch allem Anschein nach durch ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie gelöst werden wird“.

„Dieses sich in der Zukunft abzeichnende unvermeidliche Kompromiß in der Agrarfrage weist schon heute eine Reihe von Präzedenzfällen auf . . .“

Da hat man ein komplettes Musterbeispiel für die Methode der politischen Betrachtungen R-kows. Er beginnt damit, daß er die Extreme ausschaltet – ohne jegliche Beweisgründe, einfach auf Grund seiner liberalen Gutmütigkeit! Er fährt damit fort, daß ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie wahrscheinlich und nicht schwer sei. Er schließt damit, daß ein derartiges Kompromiß „unvermeidlich“ sei. Mit einer solchen Methode hätte man beweisen können, daß auch in Frankreich 1788 und in China 1910 „Stürme“ unwahrscheinlich und nicht notwendig gewesen wären. Gewiß, ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie ist nicht schwer, *wenn man akzeptiert*, daß Markow II nicht allein in der Phantasie des herzensguten R-kow ausgeschaltet ist. Aber das akzeptieren heißt eben auf den Standpunkt eines Liberalen übergehen, der fürchtet, ohne die Markow II auskommen zu müssen und der glaubt, daß alle dies stets fürchten werden.

Allerdings wäre ein Kompromiß „unvermeidlich“, wenn (das erste „Wenn“) es keine Markow gäbe; wenn (das zweite „Wenn“) die Arbeiter und auch die Bauern, die ruiniert werden, in tiefem politischem Schlaf lägen. Aber nähme man eine solche Voraussetzung als gegeben, akzeptierte man das zweite „Wenn“, hieße das nicht wiederum das (den Liberalen) Erwünschte für das Wirkliche nehmen?

II

Da wir nicht geneigt sind, liberale Wünsche oder liberale Annahmen für die Wirklichkeit zu nehmen, haben wir eine andere Schlußfolgerung gezogen: Zweifellos trägt die gegenwärtige Agrarpolitik bürgerlichen

Charakter. Aber gerade weil die Purischkewitsch, die die Herren der Lage bleiben, dieser bürgerlichen Politik die Richtung geben, ergibt sich eine so unerhörte Verschärfung der Widersprüche, daß die Wahrscheinlichkeit eines Kompromisses, wenigstens für die nächste Zeit, als geradezu ausgeschlossen angesehen werden muß.

Ein anderer wichtiger sozialer Prozeß – setzt R-kow seine Analyse fort – ist der Prozeß der Konsolidierung der Großbourgeoisie in Industrie und Handel. Der Autor verweist richtig auf die „gegenseitigen Zugeständnisse“ der Kadetten und Oktobristen und zieht daraus den Schluß: „Man soll sich keine Illusionen machen: der Triumph eines sehr gemäßigten bürgerlichen ‚Progressismus‘ bereitet sich vor.“

Ein Triumph, wo? über wen? Bei den Wahlen zur IV. Duma, über die R-kow soeben sprach? Wenn ja, so wird das ein „Triumph“ sein in dem engen Rahmen, den das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 bildet. Daraus ergibt sich aber unweigerlich eins von beiden: Entweder wird dieser „Triumph“, wenn er keine Kreise zieht, rein gar nichts an der tatsächlichen Herrschaft der Purischkewitsch ändern, oder dieser „Triumph“ wird mittelbar Ausdruck eines demokratischen Aufschwungs sein, der unbedingt zu einem scharfen Zusammenstoß mit dem erwähnten „engen Rahmen“ und mit der Herrschaft der Purischkewitsch führen muß.

In beiden Fällen ergibt sich aus dem Triumph der gemäßigten Richtung bei den in einen gemäßigten Rahmen gezwängten Wahlen nicht der geringste Triumph der gemäßigten Richtung im Leben. Aber der springende Punkt besteht gerade darin, daß R-kow schon einem solchen „parlamentarischen Kretinismus“ verfallen ist, der ihn Wahlen nach dem Gesetz vom 3. Juni mit dem Leben verwechseln läßt! Um dem Leser diese unglaubliche Tatsache zu beweisen, muß man R-kow vollständig zitieren:

„Und dieser Triumph ist um so wahrscheinlicher, als die Masse des städtischen Kleinbürgertums, die, spießhaft verzagt, weil sie befürchtet, daß alle ihre Hoffnungen zu Wasser werden, hilflos einem gemäßigten Progressismus nachtrotten wird. Die Bauernschaft aber ist bei den Wahlen zu schwach infolge der Besonderheiten unseres Wahlsystems, das den Grundbesitzern, die in den Wahlmännerkollegien der Gouvernements das Übergewicht haben, die Möglichkeit gibt, als Bauerndeputierte ‚Rechte‘ zu wählen. So sieht das Bild der sozialen Veränderungen aus, die sich gegenwärtig in Rußland vollziehen, wenn man einstweilen die Arbeiterklasse beiseite läßt. Es ist weit entfernt von einer

Stagnation oder einer rückläufigen Bewegung. Ohne Zweifel erstarkt das neue bürgerliche Rußland und schreitet vorwärts. Als politische Sanktionierung der künftigen Herrschaft der gemäßigt progressiven Industrie- und Handelsbourgeoisie neben der konservativen Agrarbourgeoisie“ (ein wahres England!) „dient die Reichsduma, die auf den am 3. Juni 1907 aufgestellten Wahlnormen beruht.“ (Wir sehen von einem Vergleich mit Frankreich und Preußen ab, worüber weiter unten die Rede sein wird.) „Faßt man so alles eben Gesagte zusammen, dann muß man zugeben, daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß die bürgerliche Gesellschafts- und Staatsordnung in Rußland sich langsam, für die Massen überaus qualvoll, aber immerhin unzweifelhaft vorwärtsbewegt. Die Möglichkeit von Stürmen und Erschütterungen ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, wird aber nicht zur Notwendigkeit, nicht zur Unvermeidlichkeit, wie das vor der Revolution der Fall war.“

Eine neunmalweise Philosophie, das muß man schon sagen. Wenn die Bauernschaft beiseite gelassen wird, weil sie „bei den Wahlen schwach“ ist, und die Arbeiterklasse einfach „einstweilen beiseite gelassen“ wird, dann ist selbstverständlich die Möglichkeit von Stürmen vollständig ausgeschlossen! Aber das läuft darauf hinaus, daß man außer einem liberalen „Progressismus“ eben nichts sehen kann, wenn man Rußland nach der Art eines Liberalen betrachtet. Setzen Sie die liberale Brille ab, und das Bild wird anders sein. Da die Bauernschaft im Leben ganz und gar nicht jene Rolle spielt wie im Wahlsystem vom 3. Juni, verschärft die „Schwäche bei den Wahlen“ den Widerspruch zwischen der gesamten Bauernschaft und dem ganzen System und öffnet keineswegs einem „gemäßigten Progressismus“ das Tor. Da die Arbeiterklasse *nicht* „beiseite gelassen“ werden *kann*, weder in einem kapitalistischen Land im allgemeinen, noch in Rußland, das die ersten 10 Jahre des 20. Jahrhunderts durchgemacht hat, im besonderen, taugen die Erörterungen R-kows ganz und gar nichts. Da bei uns (sowohl innerhalb der III. Duma als auch über sie) der Purischkewitschkügel herrscht, gemäßigt durch das Geknurr der Gutschkow und Miljukow, ist die Phrase von der „künftigen Herrschaft“ der gemäßigt progressiven Bourgeoisie einfach liberales Eiapopeia. Da die Gutschkow und Miljukow infolge ihrer Klassenposition außerstande sind, der Herrschaft der Purischkewitsch irgend etwas anderes außer Geknurr entgegenzustellen, ist der Konflikt des neuen bürgerlichen Rußlands mit den Purischkewitsch unvermeidlich, die treibenden Kräfte in diesem Konflikt sind aber jene, die R-kow, den Liberalen folgend, „beiseite gelassen“

hat. Gerade weil die Miljukow und Gutschkow in der Liebedienerei gegenüber den Purischkewitsch „gegenseitige Zugeständnisse machen“, ergibt sich für die Arbeiter immer gebieterischer die Aufgabe, die Demokratie vom Liberalismus abzugrenzen. N. R-kow hat weder die Bedingungen für das Ausbrechen von Stürmen in Rußland noch die soeben genannte Aufgabe begriffen, die auch dann auf der Tagesordnung bleibt, wenn Stürme offensichtlich fehlen.

Der Vulgärdemokrat bringt es fertig, die ganze Sache auf die Frage zurückzuführen, ob es Sturm gibt oder nicht. Für den Marxisten erhebt sich zuallererst die Frage nach der Linie der politischen Abgrenzung der Klassen, die während des Sturms und auch dann, wenn es keinen Sturm gibt, *ein und dieselbe* ist. Wenn R-kow erklärt: „Die Arbeiter müssen die Aufgabe der politischen Hegemonie im Kampf um die demokratische Ordnung auf sich nehmen“, so ist das nach all dem, was er in seinem Manifest geschrieben hat, geradezu kurios. Das bedeutet: R-kow läßt sich von der Bourgeoisie bescheinigen, daß sie den Arbeitern die Hegemonie zugesteht, er selbst aber bescheinigt der Bourgeoisie, daß die Arbeiter auf die Aufgaben verzichten, die den Inhalt der Hegemonie ausmachen! R-kow hat diesen Inhalt restlos entfernt, und dann wiederholt er naiv das leere Wort. R-kow gibt zunächst eine Einschätzung der Situation, woraus ersichtlich ist, daß für ihn die Hegemonie der Liberalen eine vollendete, unwiderrufliche und unabänderliche Tatsache ist, und dann versichert er uns, daß er die Hegemonie der Arbeiterklasse anerkenne!

Die „reale“ Bedeutung der Duma, erläutert R-kow, „ist nicht geringer als die Bedeutung der französischen Gesetzgebenden Körperschaft in den letzten Jahren des zweiten Kaiserreichs oder die Bedeutung jener mittleren Proportionale zwischen dem Deutschen Reichstag und dem Preussischen Landtag, die für das Preußen der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts charakteristisch war“.

Ein solcher Vergleich ist das Muster eines Spiels mit historischen Parallelen, so wenig ernst zu nehmen ist er. Im Frankreich der sechziger Jahre war die Epoche der bürgerlichen Revolutionen längst völlig abgeschlossen, vor der Tür stand schon die unmittelbare Auseinandersetzung des Proletariats mit der Bourgeoisie, der Bonapartismus war der Ausdruck des Lavierens der Staatsmacht zwischen diesen beiden Klassen. Es ist lächerlich, das gegenwärtige Rußland damit zu vergleichen. Die III. Duma gleicht

mehr der „Chambre introuvable“⁹⁹ vom Jahre 1815! Im Preußen der achtziger Jahre sehen wir ebenfalls die Epoche des vollständigen Abschlusses der bürgerlichen Revolution, die ihr Werk 1870 beendet hatte: Die gesamte Bourgeoisie bis zur städtischen und bäuerlichen Kleinbourgeoisie ist zufriedengestellt und reaktionär.

Vielleicht hat R-kow ein Vergleich der Rolle der demokratischen und der proletarischen Abgeordneten in der Gesetzgebenden Körperschaft und im Reichstag mit der Rolle der entsprechenden Abgeordneten in der III. Duma vorgeschwebt? Ein solcher Vergleich ist möglich, er spricht aber gerade gegen R-kow, denn die Haltung von Gegetschkori und teilweise auch die von Petrow III zeugt von einer solchen Kraft, einem solchen Selbstvertrauen und einer solchen Kampfbereitschaft der Klassen, die sie repräsentieren, daß sich ein „Kompromiß“ mit den Purischkewitsch nicht nur als unwahrscheinlich, sondern als direkt ausgeschlossen herausstellt.

III

Die Einschätzung der Rolle der Klassen bei R-kow mußte besonders ausführlich behandelt werden, denn gerade hier liegen die ideologischen Wurzeln unserer unzweifelhaften Meinungsverschiedenheit. Die praktischen Schlußfolgerungen, die R-kow – man muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen – mit seltener Furchtlosigkeit und Geradheit zieht, sind vor allem dadurch interessant, daß sie die „Theorie“ des Autors ad absurdum führen. R-kow hat natürlich tausendmal recht, wenn er die Frage nach der Möglichkeit einer legalen politischen Organisation der Arbeiter in Zusammenhang bringt mit der Einschätzung der Situation, mit der Einschätzung der grundlegenden Veränderungen des politischen Systems. Das Übel besteht aber gerade darin, daß er uns statt solcher Veränderungen *im Leben* lediglich schöngeistige professorale Syllogismen auf-tischen kann: Der Übergang zu einem „kulturvollen Kapitalismus“ „setzt“ die Notwendigkeit einer legalen politischen Organisation der Arbeiter „voraus“. Es ist leicht, derartige Sachen zu Papier zu bringen, aber im Leben wird das russische politische System davon um kein Jota „kulturvoller“.

„Der Progressismus, und sei es auch der gemäßigtste, wird ohne Zweifel den vorhandenen allzu engen Rahmen erweitern müssen.“ Der Progres-

sismus der Kadetten in der IV. Duma – antworten wir darauf – wird nichts „erweitern“ müssen und nichts „erweitern“ können, solange sich nicht ganz andere Elemente als die kadettischen, auf ganz andere Weise als in der Duma rühren werden.

„Ohne eine solche Organisation“, meint R-kow über die legale und umfassende politische Organisation der Arbeiter, „würde der Kampf unvermeidlich anarchistischen Charakter annehmen, der nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die kulturvolle Bourgeoisie von Schaden wäre.“

Auf den letzten Teil dieser Phrase werden wir nicht eingehen, um die „Perle“ nicht durch Kommentare herabzumindern. Der erste Teil ist historisch falsch: Im Deutschland der Jahre 1878 bis 1890 gab es keinen Anarchismus, obwohl es keine „legale und umfassende“ politische Organisation gab.

R-kow hat tausendmal recht, wenn er weiterhin mit einem konkreten Plan einer legalen politischen Arbeiter „organisation“ hervortritt und den Vorschlag macht, mit der Gründung einer „politischen Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse“ zu beginnen; er hat recht in dem Sinne, daß nur leere Schwätzer Monate und Jahre über die Möglichkeit einer „legalen“ Partei schwatzen können, ohne den einfachen und natürlichen Schritt zu tun und sie ins Leben zu rufen. R-kow beginnt mit dem Anfang und geht bis zum Ende als ein Mann der Tat und nicht der Phrase.

Seine „Tat“ ist jedoch eine *liberale* Tat, das „Banner“, das er „entrollt“ (S. 35 des zitierten Artikels), ist das Banner der liberalen Arbeiterpolitik. Es ist nicht wichtig, daß in dem Programm der Vereinigung, die R-kow gründen will, geschrieben steht, „Errichtung der neuen Gesellschaft auf dem Boden des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln“ usw. In Wirklichkeit hat die Anerkennung dieses hohen Prinzips einen Teil der deutschen Sozialdemokratie nicht gehindert, in den sechziger Jahren eine „königlich preußische Arbeiterpolitik“ zu betreiben, hindert sie Ramsay MacDonald (den Führer der englischen vom Sozialismus „unabhängigen“ Arbeiterpartei) nicht, eine liberale Arbeiterpolitik zu treiben. Und R-kow, der von den politischen Aufgaben der nächsten, unserer, der gegebenen Epoche, spricht, hat gerade eine systematische Darstellung liberaler Prinzipien gegeben. Das „Banner“, das R-kow „entrollt“, ist

schon längst von den Herren Prokopowitsch, Potressow, Larin usw. entrollt worden, und je mehr dieses Banner „entrollt“ wird, desto klarer wird es jedermann, daß wir einen zerschlissenen, schmutzigen liberalen Fetzen vor uns haben.

„Hier ist keine Spur von Utopie“, sucht R-kow zu versichern. Man muß dem Autor antworten mit einer Paraphrase des bekannten Spruchs: Du bist ein großer Utopist, wenn deine Utopie auch klein ist. In der Tat, es wäre schließlich unernst, auf eine offenbar unernste Sache anders als mit einem Scherz zu antworten. Zu einer Zeit, wo absolut friedliche, manierliche, unpolitische Gewerkschaften verboten werden, glaubt man, die Gründung einer legalen politischen Arbeitervereinigung sei nicht utopisch! Man schreibt eine von „A“ bis „Z“ liberale Einschätzung der Rolle der Klassen – und man versichert, es handle sich nicht um ein Hineinrutschen in ein restauriertes Regime des Tolmatschowklüngels! „Hier wird keinerlei Gewalt gepredigt“, ereifert sich der gute R-kow, „kein Wort, kein Gedanke an die Notwendigkeit eines gewaltsamen Umsturzes, da auch in der Wirklichkeit diese Notwendigkeit entfallen kann. Sollte irgend jemand, verblendet durch reaktionäre Torheit, auf den Gedanken verfallen, die Mitglieder einer solchen ‚Vereinigung‘ zu beschuldigen, sie erstrebten einen gewaltsamen Umsturz, so würde die ganze Schwere einer derartigen unsinnigen, unbegründeten, juristisch nichtigen Anschuldigung auf das Haupt des Anklägers zurückfallen!“

Mit viel Beredsamkeit schreibt N. R-kow! Ganz so wie 1901 Herr P. B. Struve ebenso schreckliche Donnerwetter „auf das Haupt“ der Verfolger des Semstwow⁴⁰⁰ entlud. Das Bild: N. R-kow beweist den Dumbadse, die ihn beschuldigen, daß, alldieweil es bei ihm, R-kow, nummehr keinerlei „Gedanken“ gibt, die ganze Schwere der juristisch nichtigen Anschuldigung auf das Haupt der Dumbadse selber zurückfällt. Ja, ja, ein Parlament haben wir noch nicht, aber parlamentarischen Kretinismus haben wir, soviel man nur will. Es ist offensichtlich, daß solche Mitglieder wie der Marxist Gegetschkori oder sogar der Nichtmarxist, aber ehrliche Demokrat Petrow III gleich auf der ersten allgemeinen Versammlung aus der neuen Vereinigung ausgeschlossen würden . . . wenn die Versammelten nicht schon irrtümlischerweise nach verschiedenen kühlen Gegenden verschickt worden wären, bevor man die Versammlung eröffnete.

Die „Liquidatoren“ der „Nascha Sarja“ werden sich gefreut haben,

daß R-kow zu ihnen gekommen ist. Die verzückten Liquidatoren aber haben die Heftigkeit der Umarmungen, mit denen sich der zum Liquidator gewordene N. R-kow ihnen zuwendet, unterschätzt. Sind doch diese Umarmungen so heftig und so stark, daß man sicher sein kann: Das Liquidatorentum wird durch die heftigen Umarmungen R-kows erwürgt werden, so wie der Arbeiterkongreß durch die heftigen Umarmungen J. Larins erwürgt wurde. J. Larin hat diesen unblutigen Mord durch Erwürgen einfach dadurch ausgeführt, daß nach seiner Broschüre die Leute sich davor zu hüten begannen – wohl aus Furcht vor der Blamage –, die Idee eines Arbeiterkongresses zu verfechten. Nach dem neuen „Manifest“ des Liquidatorentums, das R-kow in der „Nascha Sarja“ veröffentlicht hat, werden die Leute sich hüten – wohl aus Furcht vor der Blamage –, die Idee einer offen liquidatorischen Partei zu verfechten.

Aber in dieser Idee gibt es – man muß zum Schluß R-kow doch wenigstens in irgend etwas bepflichten! – ein „Körnchen“ Nichtutopisches. Setzen Sie einmal Ihre Professorenbrille ab, Verehrtester, und Sie werden sehen, daß die „Vereinigung“, die Sie sich anschicken, „faktisch zu realisieren“ (nachdem sich die Schwere Ihrer Ermahnungen „auf das Haupt“ der Mymrezow²⁰¹ „entladen hat“), schon *zwei Jahre lang realisiert* ist. Und Sie gehören ihr schon an! Diese „Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse“ ist die Zeitschrift (als Kollektiv mit einer bestimmten Ideologie und nicht als typographischer Sammelbegriff) „Nascha Sarja“. Eine legale und umfassende Organisation der Arbeiter ist utopisch, aber keineswegs utopisch, auf gar keinen Fall, durchaus nicht utopisch sind die „legalen“ und freimütigen Zeitschriften opportunistischer Intellektueller. Daß diese die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre Art verteidigen, ist unbestreitbar, aber jedermann, der nicht aufgehört hat, Marxist zu sein, sieht mit eigenen Augen, daß ihre „Vereinigung“ eine Vereinigung ist zur liberalen Verteidigung der auf liberale Weise aufgefaßten Interessen der Arbeiterklasse.

„Swesda“ Nr. 32,
3. Dezember 1911.
Unterschrift: Wl. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“,
verglichen mit dem Text des
Sammelbandes: „Marxismus
und Liquidatorentum“, 1914.

ÜBER DIE SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION DER II. DUMA ¹⁰²

Darstellung der ganzen Angelegenheit

Es ist im Augenblick vier Jahre her, daß die ganze sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma, ein Opfer eines verabscheuungswürdigen Komplotts unsrer Regierung, vor Gericht gezogen und gleich schweren Verbrechen in den Kerker geworfen wurde. Das russische Proletariat begriff es sehr gut, daß die gegen seine Vertreter erhobene Anklage auf Schwindel beruhte; aber die Reaktion wütete bereits, und andererseits wurde das Urteil hinter verschlossenen Türen gefällt, es waren also keine genügenden Beweise für das vom Zarismus begangene Verbrechen vorhanden. Erst ganz kürzlich haben beweiskräftige Tatsachen, welche von dem Ochrana-Agenten Brodski eingestanden worden sind, die scheußlichen Machenschaften unsrer Herrschenden vollständig ans Tageslicht gebracht.

Dies der Gang der Ereignisse:

Trotz des sehr beschränkten Wahlrechts hatte das russische Proletariat 55 Sozialdemokraten in die zweite Duma gesandt.

Diese sozialdemokratische Fraktion war nicht nur zahlreich, sondern auch geistig sehr hervorragend, eine Tochter der Revolution, trug sie deren Gepräge an sich, und ihre Reden, noch stets der Wiederhall des großen Kampfes, der das Land erfüllt hatte, zerstückelten durch eine tiefgreifende und wohlbegründete Kritik nicht nur die der Duma vorgelegten Gesetzentwürfe, sondern auch das ganze zaristische und kapitalistische Regierungssystem.

Ausgerüstet mit der unwiderstehlichen Waffe, welche der heutige Sozialismus darstellt, war diese sozialdemokratische Fraktion die revolutionärste, die ziel- und klassenbewußteste aller Fraktionen der Linken. Sie

riß diese mit sich und drückte der Duma ihr revolutionäres Siegel auf. Die Fraktion wurde in den Augen unsrer Herrschenden gleichsam ein letzter Herd der Revolution, ihr letztes Wahrzeichen, ein lebendiger Beweis des mächtigen Einflusses der Sozialdemokratie auf die proletarischen Massen, und infolgedessen war sie eine dauernde Gefahr für die Reaktion, eine letzte Schranke auf ihrem Triumphzug. Es war daher notwendig, sich nicht nur der zu revolutionären Duma zu entledigen, sondern außerdem das Wahlrecht des Proletariats und der demokratisch gesinnten Bauernschaft auf das Mindestmaß zu beschränken, zu verhindern, daß künftighin eine ähnliche Duma gewählt werden könnte. Das beste Mittel zur Durchführung dieses Staatsstreichs war, sich der sozialistischen Fraktion zu entledigen, indem man sie vor den Augen des Landes bloßstellte: ihr den Kopf abschneiden, um den Körper leichter zu töten.

Allein ein Vorwand war dazu nötig: beispielsweise die Möglichkeit, die Fraktion irgendeines schweren politischen Verbrechens zu beschuldigen. Zu diesem Vorwand verhalf rasch der Erfindungsgeist der Polizei und der Ochrana. Man beschloß, die sozialistische parlamentarische Fraktion bloßzustellen, indem man sie enger Beziehungen zur sozialdemokratischen Kampforganisation und zur sozialdemokratischen Organisation im Heere beschuldigte. Zu diesem Zweck schlug der General Gerassimow, der Höchstkommmandierende der Ochrana (all diese Angaben sind der 1. Nummer der von Burzew herausgegebenen Zeitung „Buduschtscheje“ [L'Avenir]¹⁰³ entnommen, welche in Paris, 50, Boulevard Saint-Jacques erscheint), seinem Agenten Brodski vor, in die in Frage stehenden Organisationen einzutreten. Brodski wußte sich dort Eingang zu verschaffen, zuerst als einfaches Mitglied, und später wurde er der Sekretär. Einige Mitglieder der Heeresorganisation hatten den Gedanken, an die sozialistische Parlamentsfraktion eine Abordnung von Soldaten zu schicken. Die Ochrana beschloß, aus diesem Vorschlag Vorteil zu ziehen, um zu ihrem Ziel zu gelangen, und Brodski, welcher das Vertrauen der Heeresorganisation zu gewinnen verstanden hatte, übernahm die Durchführung der Sache. Mehrere Soldaten wurden erwählt – man arbeitete ein Schreiben aus mit den Forderungen der Soldaten, und ohne daß die sozialistische Fraktion überhaupt benachrichtigt worden wäre, setzte man den Tag fest, an welchem die Abordnung sie in ihrem Sitzungsraum aufsuchen sollte. Da die Soldaten nicht in ihrer Militäruniform hingehen konnten, ließ man

sie ihre Anzüge wechseln, und zwar in der Wohnung eines Agenten der Ochrana, und sie zogen dort Kleider an, die von der Ochrana gekauft und bereitgelegt worden waren. Nach Gerassimows sauberem Plan sollte Brodski zur gleichen Zeit zum Sitzungsraum der sozialistischen Fraktion kommen wie die Soldaten und revolutionäre Schriftstücke dorthin bringen, um so unsre Abgeordneten noch stärker zu kompromittieren. Man hatte weiter verabredet, daß Brodski, anfänglich mit den andern zusammen festgenommen, später mit Hilfe der Ochrana, die ihm die Möglichkeit bieten sollte, eine Scheinflucht auszuführen, in Freiheit gesetzt werden sollte. Aber Brodski kam zu spät, und als er sich mit den kompromittierenden Schriftstücken Eingang in den Sitzungsraum der Fraktion verschaffen wollte, hatte die Durchsuchung bereits begonnen, und man verwehrte ihm den Eintritt.

Auf diese Weise wurde die Aktion inszeniert, welche durch die Ochrana auf das sorgfältigste vorbereitet worden war und welche der Reaktion erlaubte, nicht nur die Vertreter des Proletariats verurteilen und in den Kerker werfen zu lassen, sondern überdies die zweite Duma aufzulösen und ihren Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907 zu vollführen. In der Tat erklärte die Regierung in ihrem Manifest, welches dieses Datum trägt (ein Manifest, das wie alle Manifeste des Zaren durch seine unverschämte Heuchelei auffällt!), daß sie sich gezwungen gesehen habe, die Duma aufzulösen, weil sie, statt die Regierung in ihrem Bemühen, dem Lande die Ruhe wiederzugeben, zu unterstützen und ihr beizustehen, im Gegenteil allen Vorschlägen und Absichten der Regierung entgegengearbeitet habe und unter anderem die Unterdrückungsmaßregeln gegen die revolutionären Teile des Landes nicht durch ihre Unterschrift habe decken wollen. Und überdies (ich führe den genauen Wortlaut an), daß „eine Handlung ohnegleichen in den Annalen der Geschichte begangen worden sei. Die Gerichtsbehörden hätten ein Komplott entdeckt, welches von einem erheblichen Teil der Duma gegen den Staat und gegen die Gewalt des Zaren gefördert worden sei. Als die Regierung von der Duma verlangt habe, daß sie die fünfundfünfzig Mitglieder der Duma, welche dieses Verbrechen angeklagt waren, zeitweise bis zur Fällung des Urteils aus ihren Reihen entferne, und als sie diejenigen von ihnen hatte festnehmen lassen, welche in erster Linie beschuldigt waren, weigerte sich die Duma, diesem Verlangen der Staatsgewalt, das so gerechtfertigt war und dessen Erfül-

lung keinerlei Verzögerung erleiden durfte, unverzüglich Genugtuung zu geben.“

Übrigens waren es nicht die Regierung und ihre engsten Freunde allein, welche die Beweise für das Verbrechen des Zaren kannten. Unsre guten konstitutionellen Demokraten, welche stets den Mund voll haben von Redensarten über Gerechtigkeit, Billigkeit, Wahrheit usw. usw., und welche ihre Partei mit dem hochtrabenden Namen schmücken „Die Freiheit des Volkes“, kannten ebenfalls seit vier Jahren alle die niederträchtigen geheimegehaltenen Einzelheiten dieser unsauberen Geschichte. Während vier langer Jahre sahen sie mit ihren eigenen Augen, als gefühllose Zeugen, die wider alles Recht erfolgte Verurteilung unsrer Abgeordneten, ihre Leiden in den Gefängnissen unsrer Verbannungsstädte, das Sterben und das Verfallen in Wahnsinn von einigen unter ihnen und . . . schwiegen behutsam stille. Indessen hätten sie sehr gut den Mund auf tun können, denn sie hatten Abgeordnete in der Duma und verfügen über eine große Tagespresse. Zwischen Reaktion und Revolution gedrängt, fürchteten sie vor allem die Revolution. Sie liebäugelten also mit der Regierung und deckten sie während vier langer Jahre durch ihr Schweigen und machten sich so zu ihren Mitschuldigen. Erst in der allerletzten Zeit (Sitzung der Duma vom 17. Oktober 1911), im Verlaufe der Interpellation über die Ochrana, hat einer der ihren, der Abgeordnete Teslenko, endlich den Entschluß gefaßt, das so wohl gehütete Geheimnis auszu-plaudern. Übrigens folgt hier ein Teil seiner Rede (Wortlaut wiedergegeben nach dem amtlichen stenografischen Bericht): „Als die Frage der gerichtlichen Belangung der 53 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten¹⁰⁶ der Duma vorgelegt wurde, wurde eine Kommission ernannt, und alle Schriftstücke, welche beweisen sollten, daß 53 Dumamitglieder eine Verschwörung angezettelt hatten, um durch bewaffneten Aufstand die Republik zu errichten, wurden ihr vorgelegt. Die Meinung dieser Kommission, deren Berichterstatter ich gewesen bin, eine Meinung übrigens, der sie sich einstimmig angeschlossen hat, war die, daß es sich nicht um ein von den Sozialdemokraten vorbereitetes Komplott gegen den Staat, sondern vielmehr um ein von der Ochrana gegen die zweite Duma angezetteltes handle. Als der Bericht dieser Kommission, abgefaßt auf Grund dieser Unterlagen, beendet war, und als am Vorabend des Tages, an welchem der Inhalt aller dieser Schriftstücke auf dieser Tribüne dargelegt werden

sollte, die Duma aufgelöst wurde, konnte sie ihre Feststellungen nicht öffentlich bekanntmachen. Im Augenblick der Verurteilung der 53 Abgeordneten verlangten die Angeklagten, daß die Verhandlungen öffentlich seien, auf daß das Land erfahre, daß nicht sie die wahren Verbrecher seien, sondern vielmehr in der Ochrana von Petersburg die wahren Schuldigen seien. Aber das Urteil fand bei verschlossenen Türen statt, und das Land erfuhr niemals die Wahrheit.“

Dies die Tatsachen. Seit vier Jahren schmachten unsre Abgeordneten, in Ketten gelegt, in den niederträchtigen russischen Kerkern, deren Härte und Grausamkeit Ihnen sicherlich bekannt sind. Mehrere sind dort schon verstorben. Einer von ihnen hat dort den Verstand verloren, viele andre, durch das unerträgliches Leben in ihrer Gesundheit bereits erschüttert, können von heute auf morgen zugrunde gehen. Das russische Proletariat kann es nicht länger ruhig mit ansehen, daß seine Vertreter, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie ohne Schwäche für seine Interessen zu kämpfen gewußt haben, in den Gefängnissen des Zaren dahinstarben. Es kann dies um so weniger, als die durch das Geständnis Brodskis zutage geförderten Tatsachen vom Rechtsstandpunkt aus voll und ganz den Anspruch auf die Revision des Prozesses begründen. Und die Kampagne zur Befreiung unsrer Abgeordneten hat in Rußland bereits begonnen.

Eine Arbeiterzeitung, die „Swesda“, welche in Petersburg erscheint, widmet dieser Frage einen großen Teil ihrer Nummer vom 29. Oktober 1911. Sie wendet sich mit einem Aufruf an die Presse, an die liberalen Abgeordneten und an die Abgeordneten der Linken, an die Gesellschaften und Vereine und hauptsächlich an das Proletariat. „Es kann nicht länger die Rede sein“, so ruft die Zeitung aus, „von Ruhe, noch von moralischem Gleichgewicht, da in jeder Stunde, in jedem Augenblick man das Rasseln der Ketten dieser Männer zu hören meint, welche von der Außenwelt abgeschlossen, ihrer Freiheit und aller bürgerlichen und politischen Rechte beraubt wurden, einzig und allein deswegen, weil sie es gewagt haben, vor dem ganzen Lande ihre ganze Menschen- und Bürgerpflicht zu erfüllen. Nach der Entdeckung der schauerlichen Wahrheit kann und darf das Gewissen der Öffentlichkeit nicht länger gleichgültig bleiben – und welches auch immer die Schwierigkeiten sein mögen, man muß sie überwinden und die Revision des Prozesses gegen die Sozialdemokraten der zweiten Duma verlangen!... Aber es ist in erster Linie das Proletariat, welches seine

gewaltige Stimme erheben muß, denn es handelt sich um seine Vertreter, die wider alles Recht und Gesetz verurteilt worden sind und im gegenwärtigen Augenblick in den Gefängnissen schmachten.“

In diesem Kampf, welchen es unternommen, wendet sich das russische Proletariat an die Sozialisten aller Länder, indem es sie bittet, es zu unterstützen und mit ihm ihre Entrüstung über die Grausamkeiten und Abscheulichkeiten unsres augenblicklich herrschenden Absolutismus in die ganze Welt hinauszuschreien, Grausamkeiten und Abscheulichkeiten, die, unter der Maske einer elenden Heuchelei, selbst die Barbarei und die Unkultur der asiatischen Regierungen übertreffen.

In Frankreich hat Genosse Charles Dumas bereits die Initiative für eine Bewegung ergriffen und in einem in der Zeitung „L'Avenir“ veröffentlichten Artikel vorgeschlagen, in dieser ernsten Stunde das russische Proletariat tatkräftig zu unterstützen. Mögen die Sozialisten aller Länder diesem Beispiel folgen und mögen sie in den Parlamenten, in ihrer Presse, in ihren Volksversammlungen, überall ihrer Entrüstung Ausdruck verleihen und die Revision des Prozesses der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma verlangen.

N. Lenin

*Geschrieben im November 1911,
nach dem 6. (19.).*

*In deutscher, französischer
und englischer Sprache im
Dezember 1911 veröffentlicht
im „Bulletin Périodique du Bureau
Socialiste International“ Nr. 8.*

*Nach dem deutschsprachigen
Text des „Bulletin“.*

*In russischer Sprache zuerst
veröffentlicht 1940 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 4.
Unterschrift: N. L e n i n.*

ZU DEN LOSUNGEN UND ZUR GESTALTUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEIT IN DER DUMA UND AUSSERHALB DER DUMA

Die von der sozialdemokratischen Fraktion der III. Duma eingebrachte Interpellation in bezug auf die abscheuliche Provokation der Agenten der Ochrana, die den Zuchthausprozeß gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der II. Duma⁴⁰⁵ angestiftet haben, bezeichnet allem Anschein nach einen gewissen Umschwung sowohl in unserer gesamten Parteitätigkeit als auch in der Lage der Demokratie überhaupt sowie in der Stimmung der Arbeitermassen.

Wohl zum erstenmal läßt sich von der Tribüne der III. Duma ein so entschiedener, nach Ton und Inhalt revolutionärer Protest gegen die „Herren vom 3. Juni“ vernehmen, ein Protest, unterstützt von der gesamten Opposition einschließlich der allgemäßigtesten, liberal-monarchistischen „Wechi“-Leute, der „Opposition Seiner Majestät“, d. h. der Partei der Kadetten, bis sogar hin zu den „Progressisten“. Wohl zum erstenmal in der schweren Zeit seit 1908 sieht, fühlt, empfindet das Land, wie im Zusammenhang mit dem revolutionären Protest der Abgeordneten des revolutionären Proletariats in der schwarzen Duma die Arbeitermasse sich zu rühren beginnt, die Gärung in den Arbeitervierteln der Hauptstadt zunimmt, Arbeiterkundgebungen (wieder Kundgebungen!) mit revolutionären sozialdemokratischen Reden veranstaltet werden (Kundgebungen im Putilowwerk, im Kabelwerk und in anderen Betrieben), Gerüchte und Gerede über einen politischen Massenstreik aufkommen (siehe die Meldung aus Petersburg in dem oktobristischen „Golos Moskwy“ vom 19. November).

Ohne Zweifel, auch schon früher hat es öfter revolutionäre Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten in der III. Duma gegeben: Unsere

Genossen der sozialdemokratischen Fraktion haben häufig ausgezeichnet ihre Pflicht erfüllt, indem sie von der Tribüne des schwarz-gelben Purischkewitsch-„Parlaments“ offen, klar und scharf von dem Bankrott der Monarchie, von der Republik, von einer zweiten Revolution sprachen. Dieses Verdienst der sozialdemokratischen Abgeordneten der III. Duma muß um so nachdrücklicher hervorgehoben werden, je häufiger sich niederträchtige opportunistische Reden der Pseudosozialdemokraten aus dem „Golos Sozial-Demokrata“ oder dem „Delo Shisni“ hören lassen, die mit solchem Auftreten unzufrieden sind.

Doch ein solches Zusammentreffen politischer Symptome für einen Umschwung: daß die gesamte Opposition der Sozialdemokratie beipflichtet, die Erklärung in der liberal-monarchistischen, „loyalen“, „verantwortungsbewußten“ und feigen „Retsch“ über die Konfliktsituation, die Gärung unter den Massen im Zusammenhang mit der Interpellation in der Duma, die Meldungen der zensurierten Presse über eine „alarmierende Stimmung“ im Dorf – ein solches Zusammentreffen hat es noch nicht gegeben. Nach den vorjährigen „Muromzew“- und „Tolstoi“-Demonstrationen – nach den Streiks in den Jahren 1910 und 1911 –, nach der vorjährigen Studenten„geschichte“ läßt die erwähnte Erscheinung die Überzeugung zweifellos noch fester werden, daß die erste Periode der russischen Konterrevolution, die Periode der völligen Stagnation, der Todesstille, der Galgen und der Selbstmorde, des zügellosen Wütens der Reaktion und des zügellosen Treibens jeglichen, besonders des liberalen Renegatentums – daß diese Periode zu *Ende* ist. Begonnen hat die zweite Periode in der Geschichte der Konterrevolution: die Periode, da die völlige Mutlosigkeit und der sehr oft „panische“ Schreck vorübergeht, da sich in den verschiedensten und breitesten Schichten die Erkenntnis – oder wenn nicht die Erkenntnis, so doch das Empfinden – merklich durchsetzt, daß es „so nicht weitergehen kann“, daß eine „Änderung“ erforderlich, notwendig, unvermeidlich ist, da das Bestreben erwacht, ein halbinstinktives, durchweg noch unbestimmtes Bestreben, Protest und Kampf zu unterstützen.

Selbstverständlich wäre es leichtsinnig, die Bedeutung dieser Symptome zu überschätzen und sich einzubilden, der Aufschwung wäre schon da. Das ist noch nicht der Fall. In der Konterrevolution sind *nicht* mehr jene Züge zu spüren, die ihre erste Periode auszeichneten, aber noch herrscht die Konterrevolution und dünkt sich unerschütterlich. Auf der Tagesordnung

steht nach wie vor, um mit den Worten der Resolution der SDAPR vom Dezember 1908 zu sprechen, „die langwierige Aufgabe der Erziehung, Schulung und Organisierung“ des Proletariats⁴⁰⁶. Aber der Beginn des Umschwungs veranlaßt uns, mit besonderer Aufmerksamkeit das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den anderen Parteien und die nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung zu behandeln.

Die „Opposition Seiner Majestät“, einschließlich der Kadetten und Progressisten, hat gleichsam für einen Augenblick die Hegemonie der Sozialdemokratie anerkannt und unmittelbar nach den Arbeiterabgeordneten die Duma der Gutsbesitzer und Oktobristen verlassen, jene Duma, die von der Nikolaus-Romanow-Monarchie der Schwarzhunderter und der Pogrome geschaffen wurde – hat sie verlassen für die Zeit der hohnvollen Machenschaften der Mehrheit, die das Bekanntwerden der Provokation fürchtete.

Was aber bedeutet das? Haben die Kadetten aufgehört, eine konterrevolutionäre Partei zu sein, oder sind sie niemals eine solche gewesen, wie das die Opportunisten der Sozialdemokratie versichern? Müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die Kadetten zu „unterstützen“ und irgendeine Losung einer „gesamtnationalen Opposition“ in Erwägung ziehen?

Die Gegner der revolutionären Sozialdemokratie haben, man kann sagen, seit jeher die Methode angewandt, die Anschauungen der Sozialdemokratie in absurder Weise zu entstellen und – um bequemer polemisieren zu können – einen karikierten Marxismus zu zeichnen. So wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die Sozialdemokratie als Massenbewegung in Rußland im Entstehen begriffen war, der Marxismus von den Volkstümlern als „Streikismus“ karikiert. Und die Ironie der Geschichte hat es gefügt, daß sich solchermaßen karikierte Marxisten fanden – in Person der „Ökonomen“. Die Ehre und der gute Name der Sozialdemokratie konnten nicht anders gerettet werden als durch schonungslosen Kampf gegen den „Ökonomismus“. So wurde nach der Revolution von 1905, da der Bolschewismus als der auf die besonderen Verhältnisse der Epoche angewandte revolutionäre Marxismus in der Arbeiterbewegung einen gewaltigen Sieg davongetragen hatte, einen Sieg, den heute sogar seine Feinde anerkennen, der Bolschewismus von unseren Gegnern als „Boykottismus“, als „Aktionsmacherei“ usw. karikiert. Und wiederum hat es die Ironie der Geschichte gefügt, daß sich

solchermaßen karikierte Bolschewiki fanden – in Person der „Wperjod“-Leute.

Diese Lehren der Geschichte sollten warnen vor einer karikierenden Verzerrung der Anschauungen der revolutionären Sozialdemokraten über das Verhältnis zu den Kadetten (siehe z. B. „Wperjod“ Nr. 2). Die Kadetten sind ohne Zweifel eine konterrevolutionäre Partei, das bestreiten können nur völlig unwissende oder gewissenlose Leute; dies überall, darunter auch von der Dumatribüne herab, zu erläutern, ist unbedingte Pflicht der Sozialdemokraten. Doch die Kadetten sind eine Partei konterrevolutionärer *Liberaler*, und diese ihre liberale Natur verpflichtet uns, wie das auch in der vom Londoner Parteitag der SDAPR⁴⁰⁷ (1907) angenommenen Resolution über die nichtproletarischen Parteien betont worden ist, die spezifische Lage, die spezifischen Konflikte oder Reibungen, die diese Lage bewirkt, „auszunutzen“, ihren falschen Demokratismus z. B. auszunutzen für die Propagierung des wahren, konsequenten, rückhaltlosen Demokratismus.

Da sich nun einmal im Lande der konterrevolutionäre Liberalismus herausgebildet hat, muß sich die Demokratie im allgemeinen und die proletarische Demokratie im besonderen unbedingt von ihm abgrenzen; sie darf nicht für einen Augenblick die Trennungslinie zwischen ihm und sich vergessen. Aber daraus folgt nicht im entferntesten, daß es statthaft wäre, den konterrevolutionären Liberalismus mit dem konterrevolutionären, sagen wir, Feudalismus zu verwechseln, daß es statthaft wäre, ihre Konflikte zu ignorieren, sich von ihnen fernzuhalten, sie mit einer Handbewegung abzutun. Der konterrevolutionäre Liberalismus wird, gerade weil er konterrevolutionär ist, *niemals* die Rolle des Hegemons in einer siegreichen Revolution spielen können; aber gerade als Liberalismus wird er *unweigerlich* mit der Krone, mit dem Feudalismus, mit der nichtliberalen Bourgeoisie in „Konflikte“ geraten, da er in seinem Verhalten zuweilen indirekt die „linke“, die demokratische Stimmung im Lande oder den Beginn eines Aufschwungs usw. widerspiegelt.

Erinnern wir uns der Geschichte Frankreichs; der bürgerliche Liberalismus hatte schon während der großen Revolution seinen konterrevolutionären Charakter offenbart – siehe z. B. darüber in dem sehr guten Buch von Cunow über die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs. Aber nicht nur nach der großen bürgerlichen Revolution, sondern sogar nach der

Revolution von 1848, wo es die Liberalen in ihrer konterrevolutionären Einstellung so weit gebracht hatten, daß Arbeiter von Republikanern erschossen wurden, haben diese Liberalen in der Periode am Ende des zweiten Kaiserreichs, in den Jahren von 1868 bis 1870, durch ihre Opposition den Stimmungsumschwung und den Beginn eines demokratischen, revolutionären, republikanischen Aufschwungs zum Ausdruck gebracht.

Wenn die Kadetten jetzt „Augen links“ spielen, wie die Oktobristen sie aufziehen, so ist das eins der Anzeichen und eins der Resultate dessen, daß das ganze Land „nach links schwenkt“, daß die revolutionäre Demokratie sich im Mutterleib rührt und sich anschickt, wiederum ans Licht der Welt zu treten. Der Mutterleib des Rußlands der Purischkewitsch und Romanow ist jedoch derart, daß er die revolutionäre Demokratie unbedingt gebären muß!

Welche praktische Schlußfolgerung ergibt sich daraus? Die Schlußfolgerung, daß man mit größter Aufmerksamkeit das Wachstum dieser neuen revolutionären Demokratie verfolgen muß. Gerade weil sie neu ist, weil sie geboren wird nach 1905 und nach der Konterrevolution und nicht vor ihr, wird sie wahrscheinlich *auf neue Art* wachsen – um aber an dieses Neue Anschluß gewinnen zu können, um es beeinflussen und sein erfolgreiches Wachstum fördern zu können, darf man sich nicht auf die alten Methoden beschränken, muß man auch nach neuen Methoden suchen, muß man sich unter die Menge mischen, um den Puls des Lebens zu fühlen, muß man zuweilen nicht nur in die Menge, sondern sogar auch in den liberalen Salon eindringen.

Da ist z. B. das Blättchen des Herrn Burzew „Buduschtscheje“, das stark an einen liberalen Salon erinnert: Dort verteidigt man auf liberale Weise die liberaldumme, oktobristisch-kadettische Losung einer „Revision des Erlasses vom 3. Juni“, dort tratscht man gern über Spitzel, über die Polizei, über Provokateure, über Burzew, über Bomben. Aber trotzdem, als Herr Martow in aller Eile dort Unterschlupf suchte, da hätte man ihm lediglich den Vorwurf taktloser Hast, aber nicht den der prinzipiellen Unaufrichtigkeit machen können, *wenn . . . ja wenn* er sich dort nicht liberal verhalten hätte. Denn man kann einen Sozialdemokraten wegen seines Auftretens in einem liberalen Salon nur dann rechtfertigen – und mitunter sogar loben –, wenn er als Sozialdemokrat auftritt. Herr Martow aber hat in dem liberalen Salon liberalen Unsinn gefaselt über irgendeine „für die

Zeit der Wahlen“ herzustellende „Solidarität im Kampf gerade für die Freiheit der Wahlen und der Wahlagitation“ („Buduschtscheje“ Nr. 5)!!

Es wächst in einer neuen Situation, auf neue Weise eine neue Demokratie; man muß lernen, Anschluß an sie zu bekommen – das ist unbestreitbar. Aber Anschluß an sie muß man bekommen, um die Losungen der wirklichen Demokratie zu verfechten und zu propagieren, und nicht, um mit ihr auf liberale Weise zu tuscheln. Für die neue Demokratie soll die Sozialdemokratie drei Losungen propagieren, die einzig unserer großen Sache würdig sind, die allein den *realen* Bedingungen für die Erreichung der Freiheit in Rußland entsprechen; diese Losungen sind – die Republik, der Achtstundentag, die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes.

Das ist das einzig richtige gesamt nationale Programm des Kampfes für ein freies Rußland. Wer dieses Programm nicht begriffen hat, der ist noch kein Demokrat. Wer dieses Programm ablehnt und sich dabei Demokrat nennt, der hat nur allzu gut begriffen, daß er das Volk betrügen muß, wenn er seine antidemokratischen (d. h. konterrevolutionären) Ziele verwirklichen will.

Warum ist der Kampf für den Achtstundentag eine reale Vorbedingung, um die Freiheit in Rußland zu erlangen? Weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die Freiheit ohne aufopferungsvollen Kampf des Proletariats nicht zu erobern ist, ein solcher Kampf aber steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Das Vorbild dieser Verbesserungen, ihr Panier ist eben der Achtstundentag.

Warum ist der Kampf für die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes eine reale Vorbedingung, um die Freiheit in Rußland zu erlangen? Weil ohne radikale Hilfsmaßnahmen für die Millionen Bauern, die durch die Purischkewitsch, Romanow und Markow zu einem Ruin ohnegleichen, zu Qualen und Hungertod gebracht worden sind, alle Redereien über Demokratie und über „Volksfreiheit“ absurd und durch und durch verlogen sind. Ohne Konfiskation des Gutsbesitzerlandes zugunsten der Bauern kann jedoch keine Rede sein von irgendwelchen *ernsten* Hilfsmaßnahmen für den Bauern, noch von einer ernsthaften Entschlossenheit, mit dem Rußland der „Mushiks“, d. h. mit dem Rußland der Leibeigenschaft, Schluß zu machen und ein Rußland der freien Bauern, ein demokratisches bürgerliches Rußland zu schaffen.

Warum ist der Kampf für die Republik eine reale Vorbedingung, um die Freiheit in Rußland zu erlangen? Weil die Erfahrung, die große, unvergeßliche Erfahrung eines der bedeutendsten Jahrzehnte der russischen Geschichte, nämlich des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts, unanfechtbar klar und offensichtlich davon spricht, daß mit unserer Monarchie die wie auch immer gearteten elementaren Garantien für die politische Freiheit *unvereinbar* sind. Die Geschichte Rußlands, die viele Jahrhunderte umfassende Geschichte des Zarismus hat dahin geführt, daß es zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei uns *keine* andere Monarchie gibt noch *geben kann* als eine *Monarchie der Schwarzhunderter und der Pogrome*. Die russische Monarchie kann unter den gegebenen sozialen Verhältnissen, unter den gegebenen Klassenverhältnissen, nicht anders vorgehen, als daß sie Mörderbanden organisiert, um aus dem Hinterhalt unsere liberalen und demokratischen Abgeordneten abzuschießen oder die Häuser in Brand setzen zu lassen, wo sich Demokraten versammelt haben. Die russische Monarchie kann nicht anders vorgehen, als auf die Demonstrationen des Volkes für die Freiheit mit der Organisation von Banden solcher Leute zu antworten, die jüdische Kinder an den Beinen packen und ihnen den Kopf an den Steinen zerschmettern, aus Leuten, die jüdische und georgische Frauen vergewaltigen und Greisen den Leib aufschlitzen.

Die liberalen Tröpfe schwatzen von dem Beispiel einer konstitutionellen Monarchie nach der Art Englands. Aber wenn es in einem so kultivierten Land wie England, das niemals ein mongolisches Joch noch den Druck der Bürokratie, noch das wüste Treiben der Soldateska gekannt hat, wenn es in einem solchen Land notwendig war, *einen* gekrönten Räuber zu enthaupten, um den Königen beizubringen, „konstitutionelle“ Monarchen zu sein, so muß man in Rußland wohl mindestens hundert Romanow enthaupten, um ihren Nachfolgern abzugewöhnen, Morde durch Schwarzhunderter sowie Judenpogrome zu organisieren.

Wenn die Sozialdemokratie aus der ersten russischen Revolution irgend etwas gelernt hat, dann muß sie jetzt danach trachten, daß in keiner unserer Reden, in keinem Flugblatt die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ mehr aufgestellt wird, denn deren Untauglichkeit, deren Unbestimmtheit ist erwiesen, sondern daß *ausschließlich* die Losung aufgestellt wird: „Nieder mit der zaristischen *Monarchie*, es lebe die Republik.“

Und man soll uns nicht damit kommen, die Losung der Republik ent-

sprache nicht dem politischen Entwicklungsstadium der Arbeiter und Bauern. Vor zehn, zwölf Jahren waren es nicht nur „Volkstümler“, die an die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ nicht einmal zu denken wagten, sondern es fanden sich sogar Sozialdemokraten – die sogenannten „Ökonomen“ –, die gegen die Aktualität dieser Losung auftraten. In den Jahren 1903/1904 aber wurde die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ zu einer „bekannten Redensart des Volkes“! Es kann nicht im geringsten bezweifelt werden, daß eine systematische, beharrliche Propaganda für die Republik heute in Rußland den dankbarsten Boden finden wird, denn die breitesten Massen, insbesondere die bäuerlichen Massen, machen sich unbedingt sehr ernste und tiefe Gedanken über die Bedeutung der gewaltsamen Auflösung der beiden Dumas, über den Zusammenhang der Zarenmacht mit der herrschaftlichen III. Duma und mit der Ruinierung der Dörfer durch die Markow und Co. Wie schnell der in die Erde gesenkte Samen der republikanischen Propaganda aufgehen wird, das kann heute niemand bestimmen – aber nicht darum handelt es sich, sondern darum, daß die Aussaat richtig vorgenommen wird, daß sie wirklich demokratisch ist.

Bei der Erörterung der Frage nach den Losungen für die bevorstehende Wahlkampagne zur IV. Duma und nach den Losungen für unsere gesamte Arbeit außerhalb der Duma muß unbedingt das sehr wichtige und ganz falsche Auftreten des sozialdemokratischen Abgeordneten Kusnezow in der III. Duma zur Sprache gebracht werden. Am sechsten Jahrestag des ersten Sieges der russischen Revolution, am 17. Oktober 1911, ergriff Kusnezow in der Duma das Wort zur Frage des Gesetzentwurfs für die Arbeiterversicherung. Im allgemeinen war sein Auftreten – man muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen – sehr gut, energisch verfocht er die Interessen des Proletariats, ohne Umschweife sagte er nicht nur der Mehrheit der schwarzen Duma, sondern auch den Kadetten die Wahrheit ins Gesicht. Bei voller Anerkennung dieses Verdienstes von Kusnezow aber muß, ebenfalls ohne Umschweife, sein Fehler angekreidet werden.

„Ich glaube“, erklärte Kusnezow, „daß die Arbeiter, die aufmerksam die Debatten verfolgen, welche sowohl bei der Erörterung dieser Fragen insgesamt als auch bei der Erörterung der einzelnen Paragraphen des vorliegenden Gesetzentwurfs stattgefunden haben, zu der Schlußfolgerung kommen werden, daß ihre aktuelle Losung jetzt, gegenwärtig, die Losung

sein muß: ‚Nieder mit der Duma des 3. Juni, es lebe das allgemeine Wahlrecht‘. Warum? Ich will es sagen: weil die Interessen der Arbeiterklasse nur dann richtig für sie wahrgenommen werden können, wenn die Arbeiterklasse auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechts eine genügende Anzahl ihrer Abgeordneten in eine gesetzgebende Körperschaft entsenden wird; nur sie allein können die Fragen der Versicherung für die Arbeiterklasse richtig entscheiden.“

Kusnezow hat hier Pech gehabt, was er wahrscheinlich nicht voraussah, aber was wir schon lange vorausgesagt haben; dieses Pech ist, daß die Fehler, die die Liquidatoren und die Otsowisten begangen haben, übereinstimmen.

Kusnezow, der von der Dumatribüne herab eine von den liquidatorischen Zeitschriften „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“ inspirierte Losung verkündet, hat nicht bemerkt, daß der erste (und wesentlichste) Teil dieser Losung („Nieder mit der III. Duma“) *ganz und gar* die Losung wiederholt, die vor drei Jahren von den Otsowisten offen aufgestellt worden ist, und die seit jener Zeit – getarnt und insgeheim – nur von den „Wperjod“-Leuten, d. h. von den feigen Otsowisten, verfochten wurde.

Vor drei Jahren schrieb der „Proletari“ Nr. 38 vom 1. (14.) November 1908 über diese von den Otsowisten aufgestellte Losung:

„Unter welchen Umständen könnte eine Losung, wie ‚Nieder mit der Duma‘, Bedeutung gewinnen? Nehmen wir an, wir hätten in einer Zeit der schärfsten, bereits bis zum offenen Bürgerkrieg herangereiften revolutionären Krise eine liberale, reformerisch und paktiererisch eingestellte Duma vor uns. Es ist durchaus denkbar, daß in einem solchen Moment die Losung ‚Nieder mit der Duma‘, d. h. nieder mit den Friedensverhandlungen mit dem Zaren, nieder mit betrügerischer ‚Friedens‘stiftung, wir rufen zum Sturm – zu unserer Losung werden könnte. Nehmen wir umgekehrt an, wir besäßen eine stockreaktionäre Duma, gewählt auf Grund eines veralteten Wahlrechts. Nehmen wir weiter an, es gäbe im Land keine akute revolutionäre Krise. In diesem Fall könnte die Losung ‚Nieder mit der Duma‘ zur Losung im Kampf für eine Wahlrechtsreform werden. Bei uns aber sehen wir nichts, was auf den einen oder den anderen Fall hindeutete.“*

* Weiter verteidigte der „Proletari“ die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ – diese Losung muß heute, wie wir schon dargelegt haben, durch

In der Beilage zu Nr. 44 des „Proletari“ (vom 4. [17.] April 1909) wurde eine Resolution der Petersburger Otsowisten zitiert, die geradeheraus festlegte, „in den Massen ist eine breite Agitation einzuleiten für die Losung: Nieder mit der III. Reichsduma“. Gegen diesen Vorschlag schrieb der „Proletari“ ebenda: „Diese Losung, die einige anti-otsowistische Arbeiter eine gewisse Zeit lang in ihren Bann gezogen hatte, ist falsch. Das ist entweder die kadettische Losung für eine Wahlreform unter der Selbstherrschaft“ (so hat sich ergeben, daß dies Anfang 1909 gerade gegen die Fragestellung geschrieben worden ist, die wir Ende 1911 bei Kusnezow finden!) „oder die Wiederholung eines auswendig gelernten Wortes aus jener Zeit, wo liberale Dumas den konterrevolutionären Zarismus verschleierten, um das Volk seinen wirklichen Feind nicht klar erkennen zu lassen.“*

Hieraus ergibt sich klar, worin der Fehler Kusnezows besteht. Er hat als verallgemeinernde Losung die kadettische Losung nach einer Wahlreform aufgestellt, die keinerlei Sinn hat, wenn all die übrigen Reize der Monarchie der Romanow, der Reichsrat, die Allmacht der Beamten, die Schwarzhunderter-Pogromorganisationen der Zarenbande usw. erhalten bleiben. Kusnezow hätte – setzt man voraus, daß man eben so an die Frage herantritt, wie er es tat, ohne Veränderung des allgemeinen Tons seiner Rede – etwa folgendes sagen müssen:

„Gerade am Beispiel des Gesetzentwurfs über die Versicherung werden sich die Arbeiter immer wieder davon überzeugen, daß weder die unmittelbaren Interessen ihrer Klasse noch die Rechte und Bedürfnisse des ganzen Volkes verteidigt werden können ohne solche Umgestaltungen wie das allgemeine Wahlrecht, völlige Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit usw. Aber ist es nicht klar, daß die Verwirklichung solcher Umgestaltungen nicht zu erwarten ist, solange das gegenwärtige politische Regime Rußlands unverändert bleibt – daß sie nicht zu erwarten ist, solange jegliche Beschlüsse jeder beliebigen Duma umgestoßen werden können – daß sie nicht zu erwarten ist, solange im Staat auch nur ein einziges nicht wählbares Machtorgan bleibt.“

Wir wissen ausgezeichnet, daß die sozialdemokratischen Abgeordnete die Losung ersetzt werden: „Nieder mit der zaristischen Monarchie, es lebe die Republik.“ (Siehe Werke, Bd. 15, S. 270. *Die Red.*)

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 393. *Die Red.*

neten – und darin besteht ihr Verdienst – von der Tribüne der III. Duma herab bei weitem offenere und klarere republikanische Erklärungen abzugeben vermochten. Die Abgeordneten der Duma können völlig legal von der Duma aus republikanische Propaganda betreiben, und sie müssen das tun. Mit unserer als Beispiel genommenen Berichtigung der Rede Kusnezows wollen wir lediglich illustrieren, wie er Fehler hätte vermeiden können, wenn er den allgemeinen Ton seiner Rede beibehalten, aber die gewaltige Bedeutung solcher unbedingt notwendigen Umgestaltungen wie das allgemeine Wahlrecht, die Koalitionsfreiheit usw. hervorgehoben und betont hätte.

Über die Republik soll jeder Sozialdemokrat, wo immer er eine politische Rede hält, stets sprechen. Aber man muß verstehen, über die Republik zu sprechen: man kann nicht in gleicher Weise darüber sprechen auf einer Betriebskundgebung und in einem Kosakendorf, in einer Studentenversammlung und in einer Bauernhütte, von der Tribüne der III. Duma herab und in den Spalten eines im Ausland erscheinenden Organs. Die Kunst eines jeden Propagandisten und eines jeden Agitators besteht eben darin, einen gegebenen Hörerkreis auf die beste Weise zu beeinflussen, indem er eine bestimmte Wahrheit so darstellt, daß sie für diesen Hörerkreis möglichst überzeugend ist, dieser Kreis sie sich möglichst leicht zu eigen machen kann, sie für ihn möglichst anschaulich und fest einprägsam ist.

Vergessen wir keinen Augenblick die Hauptsache: In Rußland erwacht die neue Demokratie zu neuem Leben und neuem Kampf. Es ist Pflicht der klassenbewußten Arbeiter – der Avantgarde der russischen Revolution, des Führers der Volksmassen im Kampf für die Freiheit –, die Aufgaben der konsequenten Demokratie zu erläutern: Republik, Achtstundentag, Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

EINE AGENTUR DER LIBERALEN BOURGEOISIE

Die vorliegende Nummer war schon fast vollständig abgeschlossen, als wir die Nr. 9 des „Buduschtscheje“ erhielten. Wir bezeichneten diese Zeitung als liberalen Salon. Es stellt sich heraus, daß in diesem Salon mitunter Agenten der russischen liberalen Bourgeoisie auftreten, um zu versuchen, die Revolutionäre am Gängelband zu führen. Der Leitartikel in Nr. 9, der den Beschluß der Kadetten *begrüßt*, mit den Oktobristen einen Block zu bilden, wurde von solch einem Agenten geschrieben!! „Wir wünschten“, schreiben die Liberalen mit der Bombe, „daß sich *in demselben Sinne* alle Linksparteien, einschließlich der sozialistischen und der revolutionären, äußerten und sich *von denselben Grundsätzen* leiten ließen . . .!“

Wie sollten das die konterrevolutionären Liberalen nicht wünschen! Das Publikum muß nur wissen, wo der Hase im Pfeffer liegt: wenn der Leitartikler des „Buduschtscheje“ sagt: „wir Sozialisten“, „wir Revolutionäre“, muß man lesen: „wir Liberalen“.

Soeben trafen Zeitungen ein mit der Nachricht vom Ausschluß Woi-loschnikows von 15 Sitzungen.¹⁰⁸ Die Kadetten waren *für* den Ausschluß von *fünf* Sitzungen!! Es lebe der kadettisch-oktobristische Block, der für den Ausschluß der Demokraten und Sozialdemokraten von 10 Sitzungen eintritt!!

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE LÖSUNG DER PARTEIKRISE

Vor zwei Jahren konnte man in der sozialdemokratischen Presse auf Reden über die „Einigungskrise“ der Partei* stoßen. Niedergang und Zerfall der konterrevolutionären Periode hatten neue Umgruppierungen und Spaltungen, eine neue Zuspitzung des Kampfes im Ausland hervorgerufen, und nicht wenig Kleingläubigen oder Menschen mit schwachen Nerven sank angesichts der schweren Lage innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Mut. Jetzt, mit der Bildung der Russischen Organisationskommission (ROK)¹⁰⁹, tritt offenbar, wenn nicht das Ende der Krise, so doch jedenfalls eine neue und entschiedene Wende zum Besseren in der Entwicklung der Partei ein. Es dürfte also an der Zeit sein zu versuchen, einen allgemeinen Überblick über die zurückgelegte Etappe der innerparteilichen Evolution und die Perspektiven der nächsten Zukunft zu geben.

Die Revolution hatte die SDAPR als drei getrennte, autonome, nationale sozialdemokratische Organisationen und zwei russische Fraktionen im engen Sinne hinterlassen. Die Wurzeln dieser Fraktionen liegen tief in den Entwicklungstendenzen des Proletariats, in seinen Lebensbedingungen in der gegebenen Epoche der bürgerlichen Revolution verborgen, was durch die Erfahrungen der überaus ereignisreichen Jahre 1905, 1906 und 1907 bewiesen worden ist. Die Konterrevolution warf uns von dem Berg, auf den wir schon so hoch hinaufgestiegen waren, wieder ins Tal hinab. Das Proletariat mußte seine Reihen umorganisieren und von neuem Kräfte sammeln unter den Verhältnissen der Galgen Stolypins und der Jermiaden der „Wechi“-Leute.

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 187–234, russ. *Die Red.*

Die neuen Verhältnisse hatten eine neue Gruppierung der Tendenzen innerhalb der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen. Von beiden neuen Fraktionen begannen sich – unter dem Druck der schweren Zeiten – die am wenigsten standhaften sozialdemokratischen Elemente, allerlei *bürgerliche Mitläufer* des Proletariats, loszulösen. Zwei Strömungen waren der prägnanteste Ausdruck dieser *Abkehr* von der Sozialdemokratie: das Liquidatorentum und der Otsowismus. Sie waren es auch, die unvermeidlich die Tendenz zur Annäherung der dem Marxismus treu gebliebenen Kerne beider Fraktionen entstehen ließen. So war die Lage der Dinge, die das Januarplenum 1910 zusammentreten ließ – der Ausgangspunkt der Plus und der Minus, der Schritte vorwärts und des Schwankens rückwärts in der weiteren Entwicklung der sozialdemokratischen Partei.

Das bleibende ideologische Verdienst des vom Plenum vollbrachten Werks und den von ihm begangenen überaus schweren „versöhnlerischen“ Fehler haben viele bis heute nicht recht verstanden. Hat man das jedoch nicht verstanden, so kann man auch in der jetzigen Lage der Partei nicht das geringste verstehen. Darum müssen wir immer wieder bestrebt sein, den Ausgangspunkt der jetzigen Krise klarzustellen.

Das folgende Zitat aus dem Artikel eines „Versöhnlers“, der unmittelbar vor dem Plenum geschrieben und sofort nach ihm veröffentlicht worden ist, kann mehr zu dieser Klärung beitragen als lange Erörterungen oder Zitate aus unmittelbareren, zahlreichen „Dokumenten“. Einer der Hauptvertreter des „Versöhnlertums“, das auf dem Plenum dominierte, der Bundist Gen. Jonow, schrieb in dem Artikel: „Ist die Einheit der Partei möglich?“ in Nr. 1 des „Diskussionny Listok“ (19. März 1910; auf S. 6 findet sich die Anmerkung der Redaktion „Der Artikel wurde vor dem Plenum geschrieben“) folgendes:

„Wie schädlich der Otsowismus und das Liquidatorentum an sich für die Partei auch sein mögen, ihr wohltuender Einfluß auf die Fraktionen scheint außer Zweifel zu stehen. Die Pathologie kennt zweierlei Arten von Eiterbeulen: bösartige und gutartige. Die gutartige Eiterbeule wird als eine für den Organismus nützliche Krankheit betrachtet. Im Prozeß des Eiterns zieht sie aus dem ganzen Organismus allerlei schädliche Elemente an und trägt auf diese Weise zu dessen Gesundung bei. Ich glaube, daß eben eine solche Rolle das Liquidatorentum in bezug auf den Menschewismus und der Otsowismus-Ultimatismus in bezug auf den Bolschewismus gespielt haben.“

Das ist die Einschätzung der Sache, die zur Zeit des Plenums von einem „Versöhnler“ gegeben wurde und die die Mentalität und die Ideen des Versöhnlertums, das auf dem Plenum triumphierte, *genau* umreißt. In dem angeführten Zitat ist der Grundgedanke richtig, tausendmal richtig, und gerade weil er richtig ist, *konnten* sich die Bolschewiki (die schon vor dem Plenum den Kampf gegen das Liquidatorentum wie gegen den Otsowismus voll aufgenommen hatten) von den Versöhnlern auf dem Plenum *nicht* trennen. Sie konnten es nicht, weil im Grundgedanken Übereinstimmung vorhanden war; die Differenz betraf die Form seiner Verwirklichung; die Form wird sich dem Inhalt unterordnen – dachten die Bolschewiki, und sie behielten recht, obwohl diese „Anpassung der Form an den Inhalt“ der Partei infolge des Fehlers der Versöhnler *zwei Jahre* ihres Lebens gekostet hat für fast „nichts und wieder nichts“.

Worin bestand dieser Fehler? Darin, daß die Versöhnler, anstatt jene und nur jene Strömungen zu sanktionieren, die sich von den „Eiterbeulen“ reinigen (und nur soweit sie sich reinigen), alles und jedes sanktionierten, auf Grund des bloßen Versprechens, sich zu reinigen. Sowohl die „Wpe-rjod“-Leute als auch die „Golos“-Leute und Trotzki „unterzeichneten“ die Resolution gegen Otsowismus und Liquidatorentum – versprachen also, „sich zu reinigen“ – und damit basta. Die Versöhnler „glaubten“ dem Versprechen und vermengten die Partei mit diesen nach ihrem eigenen Eingeständnis die Partei *negierenden* Grüppchen, die nur „Eiterbeulen“ darstellen. Das war Kinderei vom Standpunkt der praktischen Politik und vom grundsätzlichen Standpunkt ideologische Prinzipienlosigkeit, Intrigenspiel: In der Tat, wer ernsthaft davon überzeugt war, daß das Liquidatorentum und der Otsowismus-Ultimatismus Eiterbeulen sind, der hätte verstehen müssen, daß Eiterbeulen beim Ausreifen dem Organismus die schädlichen Elemente *entziehen* sollen, sie aus dem Organismus entfernen sollen. Der hätte nicht die Vergiftung des Organismus fördern können durch Versuche, die Gifte des „Eiters“ nach innen zu treiben.

Das erste nach dem Plenum vergangene Jahr enthüllte in der Praxis die ideologische Prinzipienlosigkeit der Versöhnler. Faktisch wurde die Partearbeit (die Säuberung, die Gesundung von den Eiterbeulen) während dieses ganzen Jahres von den Bolschewiki und den Plechanowleuten geleistet. Der „Sozial-Demokrat“ wie auch die „Rabotschaja Gaseta“

(nach der Vertreibung des ZK-Vertreters durch Trotzki) beweisen diese Tatsache. Gewisse allbekannte legale Publikationen im Jahre 1910⁴⁰ beweisen diese Tatsache ebenfalls. Wir haben es hier nicht mit Worten, sondern eben mit Tatsachen zu tun: mit der gemeinsamen Arbeit in den leitenden Parteiorganen.

Die „Golos“-Leute wie die „Wperjod“-Leute und Trotzki gingen faktisch während dieses Jahres (1910) von der Partei gerade zum Liquidatorentum und zum Otsowismus-Ultimatismus über. Die „gutartigen Eiterbeulen“ blieben Eiterbeulen, die bösartig wurden insofern, als durch sie die „schädlichen Elemente“ aus dem Organismus der Partei nicht entfernt wurden, sondern nach wie vor diesen Organismus infizierten, ihn in krankem Zustand hielten und ihn zur Parteiarbeit unfähig machten. Diese Parteiarbeit (die Publikationstätigkeit, die allen offenstand) wurde von den Bolschewiki und den Plechanowleuten geleistet, entgegen den „versöhnlerischen“ Resolutionen und Kollegien, die vom Plenum geschaffen worden waren, gegen die „Golos“- und „Wperjod“-Leute und nicht gemeinsam mit ihnen (denn es war unmöglich, mit den Liquidatoren und den Otsowisten-Ultimatisten zusammenzuarbeiten).

Und die Arbeit in Rußland? Im Verlaufe eines Jahres keine einzige Tagung des ZK! Weshalb? Weil die ZK-Mitglieder in Rußland (Versöhnler, die zu Recht der Kisse des „Golos Likwidatorow“ [Stimme der Liquidatoren] für würdig erachtet wurden) immer wieder die Liquidatoren „einluden“, sie aber wohl ein Jahr lang, ja, einundeinviertel Jahr lang kein einziges Mal dazu bewegen konnten, der „Einladung Folge zu leisten“! Die Einrichtung der „zwangsweisen Vorführung“ vor das ZK war leider von unseren guten Versöhnlern auf dem Plenum nicht vorgesehen worden. Es ergab sich eben jene absurde und für die Partei schmachvolle Lage, die die Bolschewiki, gegen die Vertrauensseligkeit und die Naivität der Versöhnler kämpfend, auf dem Plenum vorausgesagt hatten: Die Arbeit in Rußland ruht, die Partei ist gebunden, während sich aus den Spalten der „Nascha Sarja“ und des „Wperjod“ eine widerliche Flut liberaler und anarchistischer Angriffe auf die Partei ergießt! Michail, Roman und Juri von der einen, die Otsowisten und die Gottbildner von der anderen Seite untergraben aus allen Kräften die sozialdemokratische Arbeit, während die versöhnlerischen ZK-Mitglieder die Liquidatoren „einladen“ und auf sie „warten“!

Durch ihr „Ersuchen“ vom 5. Dezember 1910 hatten die Bolschewiki offen und in aller Form erklärt, daß sie das Übereinkommen mit allen übrigen Fraktionen lösen. Der Bruch des auf dem Plenum geschlossenen „Friedens“, sein Bruch durch den „Golos“, den „Wperjod“ und Trotzki war zu einer endgültig anerkannten Tatsache geworden.

Ungefähr ein halbes Jahr (bis Juni 1911) verging mit Versuchen, ein Auslandsplenum einzuberufen, das laut Übereinkommen innerhalb einer Frist von höchstens drei Monaten einberufen werden mußte. Die Liquidatoren („Golos“-Leute – Bundisten – Schwarz) vereitelten auch das Auslandsplenum. Darauf unternahm der Block der drei Gruppen, Bolschewiki, Polen und „Versöhnler“, den letzten Versuch, die Sache zu retten: eine Konferenz einzuberufen, die Russische Organisationskommission zu schaffen. Die Bolschewiki waren nach wie vor in der Minderheit: von Januar 1910 bis Juni 1911 lag das Übergewicht bei den Liquidatoren (im Auslandsbüro des ZK die „Golos“-Leute, der Bundist und Schwarz; in Rußland die „Versöhnler“, die die Liquidatoren „einladen“); von Juni 1911 bis 1. November 1911 (die Frist, die vom Schiedsgericht der Treuhänder festgesetzt wurde)¹¹¹ lag das Übergewicht bei den Versöhnlern, denen sich die Polen angeschlossen haben.

Es ergab sich folgendes: das Geld wie die Entsendung von Beauftragten hatten Tyszka und Mark (Führer der Pariser Versöhnler)¹¹² in den Händen; den Bolschewiki war lediglich zugesichert worden, daß man auch sie für die Arbeit zu entsenden bereit sei. Die vom Plenum verursachten Meinungsverschiedenheiten waren auf dem letzten Punkt angelangt, den man nicht umgehen konnte: entweder nach Kräften arbeiten, ohne auf jemanden zu „warten“, ohne jemanden „einzuladen“ (wer sozialdemokratisch arbeiten will und kann, der bedarf keiner Einladung!), oder das Schachern und Feilschen mit Trotzki, dem „Wperjod“ usw. fortsetzen. Die Bolschewiki wählten den ersten Weg, was sie auch offen und klar schon auf der Beratung der ZK-Mitglieder in Paris erklärten. Tyszka und Co. wählten den zweiten Weg (und drängten ihn sowohl der Technischen Kommission als auch der Organisationskommission im Ausland auf), der objektiv – wie ausführlich in dem Feuilleton im „Sozial-Demokrat“ Nr. 24 dargelegt wurde* – auf ein leeres und klägliches Intrigenspiel hinauslief.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 245–266. *Die Red.*

Das Resultat liegt jetzt vor aller Augen. Am 1. November ist die *Russische Organisationskommission* gebildet worden. Tatsächlich wurde sie von den Bolschewiki und den in Rußland tätigen parteitreuen Menschewiki geschaffen. „Das Bündnis der zwei starken“ (stark durch die ideologische Festigkeit, durch ihre Arbeit der Reinigung von den „Eiterbeulen“) „Fraktionen“, gegen das die Schwachköpfe auf dem Plenum und nach dem Plenum so sehr getobt hatten (siehe „Golos“, „Wperjod“, „Otkliki Bunda“¹⁴³, „Prawda“ usw.), erwies sich als Tatsache. In solchen für das Rußland der Jahre 1910 und 1911 mustergültigen und führenden sozialdemokratischen Organisationen, wie in denen von Baku und Kiew¹⁴⁴, gestaltete sich dieses Bündnis, zur größten Freude der Bolschewiki, fast zur völligen Verschmelzung, zu einem einheitlichen, untrennbaren Organismus der parteitreuen Sozialdemokraten.

Das Jammern nach Auflösung „aller“ Fraktionen erwies sich im Licht zweijähriger Erfahrung als eine klägliche Phrase von Hohlköpfen, die von den Herren Potressow und den Herren Otsowisten übertölpelt worden waren. „Das Bündnis der zwei starken Fraktionen“ hat seine Sache getan und hat – in Gestalt der obengenannten führenden Kollektive – bis hart an eine völlige Verschmelzung zu einer einheitlichen Partei herangeführt. Die Schwankungen der sich im Ausland befindenden parteitreuen Menschewiki vermögen an dieser vollendeten Tatsache schon nichts mehr zu ändern.

Die zwei Jahre nach dem Plenum, die vielen Kleingläubigen oder Dilettanten in der Sozialdemokratie, die die diabolische Schwierigkeit der Aufgabe nicht begreifen wollen, als Jahre zwecklosen, ausweglosen, sinnlosen Gezänks, als Jahre des Niedergangs und Zerfalls erscheinen, waren Jahre, in denen die sozialdemokratische Partei aus dem Sumpf der liquidatorischen und otsowistischen Schwankungen auf den richtigen Weg geführt wurde. Das Jahr 1910 brachte uns die gemeinsame Arbeit der Bolschewiki und der parteitreuen Menschewiki in *allen* leitenden (offiziellen wie inoffiziellen, legalen und illegalen) Organen der Partei: Das war der erste Schritt des „Bündnisses der zwei starken Fraktionen“, ein Schritt zur ideologischen Vorbereitung, zur Sammlung der Kräfte unter dem gemeinsamen antiliquidatorischen und antiotsowistischen Banner. Das Jahr 1911 brachte den zweiten Schritt: die Bildung der Russischen Organisationskommission. Die Tatsache, daß auf ihrer ersten Versammlung ein partei-

treuer Menschewik den Vorsitz führte, ist bezeichnend; der zweite Schritt, die Schaffung eines praktisch tätigen Zentrums in Rußland, ist jetzt getan. Die Lokomotive ist aufgerichtet und auf die Gleise gestellt worden.

Zum erstenmal nach vier Jahren des Zerfalls und der Zerfahrenheit ist ein sozialdemokratisches Zentrum in Rußland zusammengetreten – trotz der unglaublichen polizeilichen Verfolgungen und der unerhörten Versuche der „Golos“-Leute, der „Wperjod“-Leute, der Versöhnler, der Polen und tutti quanti*, ihm „Beine zu stellen“. Zum erstenmal erschien in Rußland von diesem Zentrum aus¹⁴⁵ ein Flugblatt an die Partei. Zum erstenmal hat die Arbeit zum Wiederaufbau der illegalen örtlichen Organisationen systematisch und einheitlich (in einem Zeitraum von höchstens drei Monaten, von Juli bis Oktober 1911) die beiden Hauptstädte, das Wolgagebiet, den Ural, den Kaukasus, Kiew, Jekaterinoslaw, Rostow und Nikolajew erfaßt – denn die Russische Organisationskommission ist zusammengetreten, nachdem alle diese Orte besucht worden waren, denn ihre erste Sitzung fand zu gleicher Zeit statt, als das Petersburger Komitee wiederaufgebaut war und eine Reihe von Arbeitermeetings veranstaltete, als in Moskauer Bezirken Resolutionen für die Partei angenommen wurden usw.

Es wäre natürlich eine unverzeihliche Naivität, wollte man sich einem leichtgläubigen Optimismus hingeben; noch stehen gigantische Schwierigkeiten bevor; die polizeilichen Verfolgungen haben sich nach der Veröffentlichung des ersten russischen Flugblattes des sozialdemokratischen Zentrums verzehnfacht; es sind lange und schwere Monate vorauszu sehen, neue Verhaftungen, neue Unterbrechungen in der Arbeit. Aber die Hauptsache ist getan. Das Banner ist erhoben; die Arbeiterzirkel in ganz Rußland haben ihm die Hände entgegengestreckt, und keine konterrevolutionäre Attacke wird es nunmehr wieder herunterreißen!

Womit aber haben die „Versöhnler“ im Ausland und Tyszka mitsamt Leder auf diesen gewaltigen Schritt vorwärts in der Arbeit in Rußland geantwortet? Mit dem letzten Aufflackern eines kläglichen Intrigenspiels: Der „Prozeß des Eiterns“, der am Vorabend des Plenums von Jonow so prophetisch vorausgesagt wurde, ist ganz gewiß unangenehm. Wer aber nicht begreift, daß dieser unschöne Prozeß die Sozialdemokratie gesunden

* alle ihresgleichen. Die Red.

läßt, der soll von revolutionärer Arbeit seine Finger lassen! Die Technische Kommission und die Organisationskommission im Ausland lehnen es ab, sich der Russischen Organisationskommission unterzuordnen. – Die Bolschewiki rücken natürlich voller Verachtung von den Intriganten im Ausland ab. – Nun beginnen die Schwankungen: Anfang November wird den Trümmern der Organisationskommission im Ausland (zwei Polen plus ein Versöhnler) der Bericht über die Einberufung der ROK zugestellt. Der Bericht schildert die gesamte Arbeit so ausführlich, daß die Gegner der Bolschewiki, die vom „Golos“ über den grünen Klee gelobten Versöhnler, *gezwungen* sind, die ROK anzuerkennen. – Es wird die Resolution der Organisationskommission im Ausland vom 13. November 1911 angenommen, „sich von den Beschlüssen der ROK leiten zu lassen“. Von den Geldern der Organisationskommission im Ausland werden vier Fünftel an die Kasse der ROK überwiesen – also, selbst die Polen, selbst die Versöhnler sind *nicht* in der Lage, die Ernsthaftigkeit der Organisation der ganzen Sache in Zweifel zu ziehen.

Und nichtsdestoweniger weigern sich schon ein paar Tage später sowohl die Technische Kommission als auch die Organisationskommission im Ausland von neuem, sich der ROK unterzuordnen!! Wo ist des Rätsels Lösung bei diesem Spiel?

Die Redaktion des ZO hat ein Dokument⁴⁶ in Händen, das der Konferenz vorgelegt werden wird und aus dem zu ersehen ist, daß Tyszka dafür agitiert, an der ROK, an der Konferenz nicht teilzunehmen.

Kann man sich ein schöneres Intrigenspiel vorstellen? Man hatte es in der Technischen Kommission und in der Organisationskommission im Ausland übernommen, die Einberufung der Konferenz und die Schaffung der ROK zu fördern, man prahlte, daß man „alle“ einladen werde, lud aber niemanden ein (obwohl man als Mehrheit das Recht hatte, einzuladen und beliebige Bedingungen zu stellen), man fand keinerlei Mitarbeiter außer den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki, man erlitt auf dem selbstgewählten Schauplatz eine völlige Niederlage – und sank dazu herab, derselben ROK, der man als dem bevollmächtigten Zentrum aus freien Stücken vier Fünftel der Mittel für die Konferenz ausgehändigt hatte, „ein Bein zu stellen“!!

Ja, eine Eiterbeule ist eine unangenehme Sache, besonders „im Prozeß des Eiterns“. Warum den Theoretikern des Bündnisses aller möglichen

ausländischen Grüppchen nichts anderes übriggeblieben ist als Intrigenspiel, ist schon in Nr. 24 des ZO dargelegt worden. Und jetzt werden die sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands ohne Mühe ihre Wahl treffen: ob sie für ihre ROK und ihre Konferenz einstehen oder den Tyszka, Leder und Co. gestatten wollen, durch Intrigen ihre Konferenz zu hintertreiben. Die Intriganten haben sich zugrunde gerichtet, das ist eine Tatsache – Tyszka und Leder sind schon als gezeichnet in die Geschichte der SDAPR eingegangen –, aber die Konferenz werden sie nicht hintertreiben, die ROK nicht sprengen können.

Und die Liquidatoren? Im Verlaufe von ganzen anderthalb Jahren, von Januar 1910 bis Juni 1911, als sie im Auslandsbüro des ZK die Mehrheit und treue „Freunde“ in Person der Versöhnlern des russischen Büros des ZK besaßen, haben sie nichts, rein gar nichts getan für die Arbeit in Rußland! Als sie die Mehrheit hatten, ruhte die Arbeit. Als aber die Bolschewiki das liquidatorische Auslandsbüro des ZK zerstörten und an die Einberufung der Konferenz gingen, da begannen sich die Liquidatoren zu regen. Es ist höchst charakteristisch zu beobachten, worin sich dieses „Regen“ äußerte. Die Bundisten, die die ganze Zeit über den Liquidatoren die treuesten Dienste leisten, wollten vor kurzem die jetzige „Zeit der Wirren“ ausnutzen (bei den Letten ist z. B. der Ausgang des Kampfes der beiden Strömungen, der liquidatorischen und der parteitreuen, noch nicht entschieden), sie stöberten irgendwo einen Kaukasier auf, und die ganze Gesellschaft begab sich in die Stadt Z.¹¹⁷, um eine Unterschrift für die Resolution aufzutreiben, die Trotzki und Dan im Café Bubenbergs (Bern, August 1911) verfaßt hatten. Doch sie konnten die lettische leitende Organisation nicht finden, konnten keine Unterschriften auftreiben und vermochten es nicht, ein Dokument unter dem hochtrabenden Aushängeschild „Organisationskommission der drei stärksten Organisationen“ abzufassen. So sehen die Tatsachen aus.*

* Außer den unverzagten Bundisten hatten auch die „Wperjod“-Leute das Rennen aufgenommen, um Resolutionen aufzutreiben. Von diesem Grüppchen, das keineswegs otsowistisch ist – Gott bewahre! –, nahm ein bekannter Otsowist¹¹⁸ das Rennen auf, er „rannte“ nach Kiew, nach Moskau und nach Nishni-Nowgorod, „versöhnte sich“ mit den Versöhnlern und reiste von überall fort, ohne etwas erreicht zu haben. Es heißt, daß die Gruppe „Wperjod“ den Mißerfolg dem von Lunatscharski ausgeheckten schlechten Gott zur Last

Sollen die russischen Arbeiter die Art und Weise kennenlernen, wie die Bundisten versuchen, die ROK in Rußland zu sprengen! Man denke nur: Zu derselben Zeit, wo die für die Konferenz arbeitenden Genossen den Ural, das Wolgagebiet, Petersburg, Moskau, Kiew, Jekaterinoslaw, Rostow, Tiflis, Baku bereisen, „stöbern“ die Bundisten einen „Kaukasier“ auf (wahrscheinlich einen jener Beisitzer, die das „Siegel“ des Kaukasischen Gebietskomitees besitzen und die von Dan und Axelrod als Vertreter zur Konferenz der SDAPR im Dezember 1908 entsandt wurden!) und fahren los, um bei den Letten „eine Unterschrift aufzutreiben“. Es fehlte nicht viel, und diese Bande von Intriganten, die den Liquidatoren dienen und denen jede Arbeit in Rußland absolut fremd ist, wäre tatsächlich als „Organisationskommission“ von „drei Organisationen“, darunter der zwei „stärksten“ Siegelbewahrer, aufgetreten! Oder vielleicht erzählen die Herren Bundisten und der Kaukasier der Partei, welche russischen Organisationen sie aufsuchten, wann sie sie besuchten, wo sie die Arbeit wieder in Gang brachten und wo sie Berichte erstatteten? Versucht's doch, liebe Freunde, erzählt es!

Die sich im Ausland befindenden Meister der Diplomatie jedoch kritteln und hecheln mit der ernsten Miene des Wissenden: „Man darf sich nicht isolieren“, „man muß mit dem Bund und mit dem Kaukasischen Gebietskomitee Rücksprache nehmen“.

Oh, diese Komödianten! –

Mögen jene, die jetzt schwanken und die „Isolierung“ der Bolschewiki bedauern, sich in die Bedeutung der Parteigeschichte dieser zwei Jahre hineindenken und daraus lernen. Oh, wir fühlen uns besser denn je, infolge einer *solchen* Isolierung, bei der wir uns von den sich im Ausland befindenden Intriganten, dieser Kollektion von Nullen, getrennt haben und bei der wir den russischen sozialdemokratischen Arbeitern in Petersburg, Moskau, dem Ural, dem Wolgagebiet, dem Kaukasus und dem Süden geholfen haben, sich zusammenzuschließen!

Wer über Isolierung klagt, der hat weder von dem großen ideologischen Werk des Plenums noch von seinem versöhnlerischen Fehler auch nur einen Schimmer begriffen. Anderthalb Jahre nach dem Plenum hatten wir eine scheinbare Einheit im Ausland und völlige Stagnation der sozialdemokratischen Bewegung und den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich einen besseren Gott auszudenken.

kratischen Arbeit in Rußland. 1911 ist in einem halben oder einem drittel Jahr erreicht worden, daß die scheinbar extrem isolierten Bolschewiki als erste die sozialdemokratische Arbeit in Rußland in Gang gebracht, als erste ein sozialdemokratisches Zentrum in Rußland wiederaufgebaut haben.

Wer noch immer nicht erfaßt hat, daß solche „Eiterbeulen“ wie Liquidorentum und Otsowismus ideologisch faul und abgestorben sind, der wird jetzt endgültig belehrt werden durch die Geschichte des ohnmächtigen Gezänks und des kläglichen Intrigenspiels, zu dem die Grüppchen des „Golos“ und des „Wperjod“ hinabgesunken sind; in ihrem Sturz reißen sie alle mit sich, die sie zu verteidigen suchten.

An die Arbeit denn, Genossen Sozialdemokraten, die ihr treu zur Partei steht! Weg mit den letzten Resten der Verbindungen zu den nicht-sozialdemokratischen Strömungen und den Grüppchen, die trotz der Parteibeschlüsse diese Strömungen unterstützen. Scharf euch um die ROK, helft ihr, die Konferenz zustande zu bringen und die Arbeit im Lande zu intensivieren. Die SDAPR hat eine schwere Krankheit durchgemacht: Die Krise geht zu Ende.

Es lebe die einheitliche, illegale, revolutionäre Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

AUS DEM LAGER DER STOLYPINSCHEN „ARBEITER“ PARTEI

Ein sehr wichtiges Ereignis in diesem Lager ist der Artikel von N. R-kow in Nr. 9/10 der liquidatorischen „Nascha Sarja“. Das ist ein wahres „Credo“ oder Manifest einer liberalen Arbeiterpartei. R-kow, der ganz von Anfang an, mit einer Einschätzung der Revolution und der Rolle sämtlicher Klassen beginnt und mit bemerkenswerter Folgerichtigkeit bis zum Ende geht, bis zu dem Projekt einer legalen Arbeiter(?)partei, er setzt in all seinen Betrachtungen den Marxismus durch Liberalismus.

Welches ist die objektive Aufgabe, vor der Rußland steht? Die Ablösung der halbfeudalen Wirtschaft durch einen „kulturvollen Kapitalismus“ zu vollenden. – Das ist nicht marxistisch, sondern à la Struve oder liberal gedacht, denn ein Marxist unterscheidet Klassen mit verschiedenartiger, mit oktobristischer, kadettischer, trudowikischer, proletarischer Auffassung dessen, was „kulturvoller“ Kapitalismus ist.

Worin besteht der Kern der Frage nach der Einschätzung der Revolution? R-kow verurteilt das Lamentieren und das Renegatentum derjenigen, die über den „Mißerfolg“ der Revolution schreien, und stellt dem entgegen . . . die große Professorenwahrheit, daß auch in der Zeit der „Reaktion“ neue soziale Kräfte heranreifen. Es ist klar, daß eine solche Antwort R-kows das *Wesen* der Sache gerade so verhüllt, wie das für die konterrevolutionären Liberalen von Vorteil ist, die die von R-kow neu entdeckte Wahrheit voll und ganz anerkennen. Das *Wesen* besteht darin, welche Klassen sich in der Revolution als fähig erwiesen haben zum direkten revolutionären Massenkampf und welche Klassen die Revolution vertrat haben, indem sie direkt oder indirekt auf die Seite der Konterrevolution getreten sind. Dieses *Wesen* der Sache hat R-kow verkleistert,

wodurch er das Verschweigen des Unterschieds zwischen der revolutionären Demokratie und der liberal-monarchistischen „progressiven“ Opposition vorbereitete.

In der Frage nach der Rolle der Gutsbesitzerklasse hat sich R-kow gleich von Anfang an glücklich bis zur Absurdität verstiegen. Die Repräsentanten dieser Klassen seien doch bis vor kurzem wirkliche Feudalherren „gewesen“, heute „gruppieren sie sich noch als kleines Häuflein um Purischkewitsch und Markow II, und ohnmächtig (!) verspritzen sie ihren mit dem Gift der Verzweiflung verseuchten Geifer“. Die Mehrheit der adligen Gutsbesitzer „wandelt sich langsam und sicher in Agrarbourgeoisie um“.

In Wirklichkeit sind bei uns, wie jedermann weiß, die Markow II und die Purischkewitsch *all*mächtig sowohl in der Duma als noch mehr im Reichsrat, noch mehr in der Schwarzhunderter-Zarenbande und noch mehr in der Verwaltung Rußlands. Gerade „ihre Macht und ihre Einkünfte“ (Resolution der Dezemberkonferenz 1908) bleiben durch den Schritt auf dem Wege *dieser* Umwandlung des Zarismus in eine bürgerliche Monarchie gesichert. Die Umwandlung der Wirtschaft der Feudalherren in eine bürgerliche Wirtschaft beseitigt keineswegs die unmittelbare politische Macht dieser Schwarzhunderter: Das besagt schon das Abc des Marxismus ganz klar, und das ist auch zum Beispiel aus den Erfahrungen Preußens nach sechzigjähriger „Umwandlung“ (seit 1848) ersichtlich. Bei R-kow kommt es so heraus, als ob es in Rußland weder Absolutismus noch Monarchie gibt! R-kow wendet die schulmäßige liberale Methode an: die gutnütige Beseitigung der sozialen Extreme (auf dem Papier) dient als „Beweis“ für die „Unvermeidlichkeit eines Kompromisses“.

Die gegenwärtige Agrarpolitik ist nach R-kow ein Zeichen für ein „sich in der Zukunft abzeichnendes unvermeidliches (!) Kompromiß“ – zwischen wem? „Zwischen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie“. Welche soziale Kraft – fragen wir unseren „Marxisten“ – wird denn die Purischkewitsch, die die ganze Macht in Händen haben, zwingen, auf ein Kompromiß einzugehen? R-kow gibt keine Antwort auf diese Frage. Da aber R-kow im gleichen Atemzug auf den Prozeß der Konsolidierung der Großbourgeoisie in Handel und Industrie verweist, auf die „künftige Herrschaft der gemäßigt progressiven“ Bourgeoisie, so ist nur eine Schluß-

folgerung möglich: R-kow rechnet darauf, daß die gemäßigt progressive Bourgeoisie auf friedlichem Wege den Purischkewitsch und Romanow die Macht nehmen wird.

Unglaublich, aber wahr. Gerade diese banalste der liberalen Utopien liegt der Konzeption R-kows zugrunde, der sich da brüstet, bei ihm gebe es „keine Spur einer Utopie“. Zwischen den extremen Liquidatoren, die alle, von Larin bis Tscherewanin, Dan und Martow, in geringfügig abgewandelten Formen und Phrasen *eben diesen grundlegenden Gedanken* auftischen, daß die Bourgeoisie die Macht friedlich erobern werde (allerhöchstens mit Hilfe eines *Drucks* „von unten“), und N. R-kow gibt es in der Praxis keinen Unterschied.

Im Leben jedoch, und nicht in der liberalen Utopie, sehen wir die Herrschaft des Purischkewitschküngels, der durch das Geknurr der Gutschkow und Miljukow gemäßigt wird. Die „gemäßigt progressiven“ Oktobristen und Kadetten suchen diese Herrschaft zu verewigen und nicht etwa zu untergraben. Der Widerspruch zwischen dieser Herrschaft und der zweifellos fortschreitenden bürgerlichen Entwicklung Rußlands wird immer schärfer (und nicht schwächer, wie die Theoretiker des „unvermeidlichen Kompromisses“ glauben). Treibende Kraft für die Lösung dieses Widerspruchs können nur die Massen sein, d. h. das Proletariat, das die Führung der Bauernschaft übernimmt.

Der ehemalige Bolschewik und jetzige Liquidator schiebt diese Massen so leichter Hand beiseite, als ob die Galgen Stolypins und die „Wechi“-Schmutzflut sie nicht nur vom Schauplatz der offenen Politik, nicht nur aus den Spalten der liberalen Publikationen, sondern auch aus dem Leben verdrängt hätten. Bei den Wahlen ist die Bauernschaft schwach, erklärt unser Liberaler in seiner „Analyse“, und die Arbeiterklasse läßt er unter Vorbehalt „beiseite“ !!

R-kow suchte zu beweisen, daß die Revolution in Rußland (der „Sturm“) zwar möglich, doch nicht notwendig sei. Wenn man die Arbeiterklasse und die Bauernschaft – und sei es auch nur unter Vorbehalt, nur „einstweilen“, nur wegen „Schwäche bei den Wahlen“ – „beiseite läßt“, dann ist die Revolution selbstverständlich unmöglich und nicht nur nicht notwendig! Aber von liberaler Herzensgüte wird weder die Allmacht der Purischkewitsch und Romanow noch der in dem heranreifenden Proletariat und in der hungrigen, gequälten Bauernschaft anwachsende revo-

lutionäre Widerstand aus dem Leben verschwinden. Die ganze Sache ist die, daß die *Linie* des Marxisten, d. h. des revolutionären Sozialdemokraten, der unter allen Umständen, in den verschiedensten Formen, sowohl in Reden auf Kundgebungen wie von der Tribüne der III. Duma herab, sowohl im Sowjet der Arbeiterabgeordneten wie in der allerfriedlichsten legalen Arbeitervereinigung für die Unterstützung dieses Widerstands, für seine Stärkung und Entwicklung eintritt, dafür eintritt, daß dieser Widerstand richtig auf den vollen Sieg konzentriert werde – daß diese Linie von N. R-kow allenthalben in seinen Betrachtungen mit der Linie eines Liberalen vertauscht worden ist, der das nicht sehen will, was in die Illegalität getrieben worden ist, der sich um nichts anderes kümmern will als um die sich in „kultivierte Junker“ „umwandelnden“ Purischkewitsch oder um die „gemäßigt progressiven“ Miljukow.

Das eben ist die spezifische Blindheit, die für die ganze „Nascha Sarja“, für die ganze Stolypinsche Arbeiterpartei charakteristisch ist. In unlösbarem Zusammenhang mit dieser durch liberale Scheuklappen blind gewordenen Konzeption steht die Konzentration der Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Legalisierung der Arbeiterpartei. Ist das „Kompromiß unvermeidlich“, so hat es keinen Zweck, gegen das Unvermeidliche anzukämpfen, so bleibt der Arbeiterklasse – ebenso wie den übrigen Klassen des voll ausgebauten bürgerlichen Regimes – nichts anderes übrig, als sich ein bescheidenes kleinbürgerliches Nestlein in einem Winkel dieses Regimes zu bauen. Das ist die reale Bedeutung der Predigt der Legalisten, mit welchen „revolutionären“ Phrasen Martow, dem diese Rolle von den Herren Potressow, Juri Tschazki, Larin, Dan und Co. übertragen worden ist, diese Predigt auch immer bemänteln mag.

Bei R-kow ist diese *reale* Bedeutung der legalen „Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse“ vollkommen klar. Es ist klar, daß die „Obrigkeit“ eine solche Vereinigung – sogar wenn die Prokopowitsch in ihr die Hegemonie hätten – nicht genehmigen und daß sie ihr nicht gestatten wird, „wirklich in Tätigkeit zu treten“. Nur mit Blindheit geschlagene Liberale vermögen das nicht zu sehen. Aber eine *Vereinigung* von Intellektuellen, die *liberale* Propaganda unter dem Aushängeschild Sozialismus in die Arbeitermassen tragen, ist faktisch schon in Tätigkeit getreten. Diese „Vereinigung“ ist eben der Kreis von Mitarbeitern der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“; ihr „Banner“, das Banner der

Ideen des Liberalismus, wird von N. R-kow „entrollt“, wenn er versichert, daß ohne eine offene Organisation der Kampf unvermeidlich (!!)-anarchistischen Charakter annehmen werde, daß die alten Losungen zu leeren Worten geworden seien, daß die Taktik nicht auf „Rauferei“ hinauslaufen dürfe, daß es in der neuen Vereinigung „keinen Gedanken (!) an die Notwendigkeit eines gewaltsamen Umsturzes“ gebe usw. Eben diese liberale Renegatenpredigt von Intellektuellen ist eine Realität, während die legale Arbeitervereinigung eine Phrase ist. Die Vereinigung zur liberalen Verteidigung der auf liberale Weise verstandenen Interessen der Arbeiterklasse ist eine Realität, diese „Vereinigung“ ist eben die „Nascha Sarja“; die „legale und umfassende politische Organisation“ der Arbeiter aber ist im gegenwärtigen Rußland eine naive, leere, betrügerische liberale Illusion.

Legale Gewerkschaftsverbände organisieren – wenn man dabei begreift, daß sie heute weder zu umfassenden noch zu „politischen“ oder dauerhaften Organisationen werden können – ist eine nützliche Sache. Liberales Zeug über eine politische Arbeitervereinigung propagieren, die keinen Gedanken an Gewaltanwendung hegt, ist Unfug und eine schädliche Sache.

Zum Schluß zwei Kuriosa. Das erste Kuriosum: „Sollte irgend jemand“, schreibt R-kow, „verblendet durch reaktionäre Torheit, auf den Gedanken verfallen, die Mitglieder einer solchen Vereinigung zu beschuldigen, sie erstrebten einen gewaltsamen Umsturz, so würde die ganze Schwere einer derartigen unsinnigen, unbegründeten, juristisch nichtigen Anschuldigung auf das Haupt des Anklägers zurückfallen.“ Ein Bild: auf das Haupt von Schtscheglowitow und Co. fällt die Schwere der juristisch nichtigen Anschuldigungen zurück, und mit dieser „Schwere“ erschlägt sie N. R-kow – und nicht Roditschew . . .

Das zweite Kuriosum: „Die Arbeiter“, schreibt R-kow, „müssen die Aufgabe der politischen Hegemonie im Kampf um die demokratische Ordnung auf sich nehmen.“ R-kow erkennt die Hegemonie an, nachdem er den gesamten Inhalt der Hegemonie entfernt hat. Arbeiter, erklärt R-kow, ihr sollt nicht gegen das „unvermeidliche“ Kompromiß kämpfen, aber ihr sollt euch Hegemon nennen – aber Hegemon sein heißt ja gerade: das Fiktive der Idee von der „Unvermeidlichkeit“ des Kompromisses klarstellen und auf der Linie des proletarischen und proletarisch-bäuerlichen

Widerstands gegen die bürgerlichen undemokratischen Kompromisse kämpfen.

N. R-kow wird dem Kampf gegen die Liquidatoren einen ebensolchen Nutzen bringen, wie J. Larin dem Kampf gegen die falsche Idee eines Arbeiterkongresses Nutzen gebracht hat. N. R-kow und J. Larin besaßen die Kühnheit, sich . . . ganz nackt zu zeigen. R-kow ist ein ehrlicher Liquidator. Er zwingt durch seine Furchtlosigkeit, über die ideologischen Wurzeln des Liquidarentums *nachzudenken*. Er bestätigt ein übriges Mal die Richtigkeit der Resolutionen der SDAPR vom Dezember 1908, denn er wirft systematisch gerade die Fragen auf (und löst sie durchweg falsch), die in diesen Resolutionen richtig analysiert und gelöst worden sind. R-kow läßt in den Augen der Arbeiter die Kläglichkeit jener Diplomaten des Liquidarentums besonders hervortreten, die wie die Redakteure der „Nascha Sarja“ (oder des „Golos“) sich drehen und wenden, die einen Vorbehalt auf den anderen türmen, indem sie für „einzelne Stellen“ des Artikels von R-kow oder für die „Konkretisierung“ seines Plans die Verantwortung ablehnen. Als ob es sich um einzelne Stellen usw. handelte und nicht um eine einheitliche, kontinuierliche, fortlaufende Linie – die Linie der liberalen Arbeiterpolitik!

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

ÜBER DIE DIPLOMATIE TROTZKIS UND ÜBER EINE PLATTFORM VON PARTEITREUEN SOZIALDEMOKRATEN

Der Prozeß des Absterbens der Auslandsgrüppchen, die versucht hatten, ihre Existenz auf dem diplomatischen Spiel mit den nichtsozialdemokratischen Strömungen des Liquidatorentums und des Otsowismus aufzubauen, wird anschaulich illustriert durch die kürzlich, nach langer Unterbrechung, erschienene Zeitung Trotzki's, die „Prawda“ Nr. 22.

Die Zeitung ist am 29. November erschienen – fast einen Monat nach dem Erscheinen der Mitteilung der Russischen Organisationskommission. *Trotzki erwähnt sie mit keinem Wort!*

Für Trotzki existiert die Russische Organisationskommission nicht. Trotzki nennt sich parteitreuer Sozialdemokrat, denn für ihn ist das von der überwältigenden Mehrheit der russischen sozialdemokratischen Organisationen geschaffene Parteizentrum eine Null! Oder, Genossen, ist vielleicht umgekehrt Trotzki mit seinem Auslandsgrüppchen eine Null für die russischen sozialdemokratischen Organisationen?

In fettester Schrift druckt Trotzki seine Versicherung – wird er des Schwörens nicht müde? –; seine Zeitung sei „keine Fraktions-, sondern eine Parteizeitung“. Man betrachte den Inhalt von Nr. 22 ein klein wenig aufmerksamer und man wird sofort die plumpe Mechanik des Spiels mit den die Partei *negierenden* Fraktionen der „Wperjod“-Leute und der Liquidatoren sehen.

Da gibt es eine Korrespondenz aus Petersburg, gezeichnet S. W., die für die Gruppe „Wperjod“ Reklame macht. S. W. macht Trotzki Vorwürfe, weil er eine ihm schon vor langer Zeit übersandte Resolution der Petersburger gegen die Petitionskampagne nicht veröffentlicht habe. Trotzki, von den „Wperjod“-Leuten des „engen Fraktionsgeistes“ beschul-

dig (welch schöner Undank!), dreht und wendet sich unter Berufung auf die Armut seiner Zeitung und ihr seltenes Erscheinen. Das Spiel ist allzu durchsichtig: wir helfen euch – ihr uns; wir (Trotzki) übergehen den Kampf der parteitreuen Sozialdemokraten gegen die Otsowisten und umgekehrt mit Stillschweigen, wir (Trotzki) helfen, Reklame für den „Wperjod“ zu machen, dagegen solltet ihr (S. W.) nun schon den Liquidatoren Zugeständnisse in der „Petitionskampagne“ machen. Der diplomatische Schutz beider die Partei negierenden Fraktionen – ist das nicht wirkliche Parteiverbundenheit?

Da haben wir einen phrasenhaften Leitartikel unter der schreienden Überschrift „Vorwärts!“. „Klassenbewußte Arbeiter!“ lesen wir hier, „ihr habt augenblicklich keine wichtigere“ (sieh mal einer an!) „und keine allumfassendere“ (er hat sich verhaspelt, der Ärmste) „Losung als die Koalitions-, Versammlungs- und Streikfreiheit.“ „Die Sozialdemokratie“, lesen wir weiter, „ruft das Proletariat zum Kampf für die Republik auf. Damit aber der Kampf für die Republik keine bloße (!!) Losung weniger Auserwählter sei, gilt es, daß ihr, klassenbewußte Arbeiter, die Massen lehrt, auf Grund der Erfahrung die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit zu begreifen und für diese ureigenste Klassenforderung zu kämpfen.“

Die revolutionäre Phrase dient dazu, die Heuchelei des Liquidatorentums zu bemänteln und zu rechtfertigen und dadurch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verkleistern. Warum ist die Losung der Republik eine *bloße* Losung für *wenige*, wenn die Republik doch bedeutet, daß es unmöglich ist, die Duma auseinanderzujagen? – wenn sie Koalitions- und Pressefreiheit bedeutet? – Freiheit der Bauern von Vergewaltigung und Ausplünderung durch die Markow, Romanow, Purischkewitsch? Ist es nicht klar, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält: als „allumfassende“ Losung ist die „Koalitionsfreiheit“ *außerhalb des Zusammenhangs* mit der Losung der Republik eine „bloße“ und sinnlose Losung!

Es ist sinnlos, von der Zarenmonarchie „Koalitionsfreiheit“ zu fordern, wenn man die Massen nicht darüber aufklärt, daß eine solche Freiheit mit dem Zarismus unvereinbar ist, daß es für diese Freiheit der Republik bedarf. Das Einbringen von Gesetzentwürfen über die Koalitionsfreiheit in der Duma, Interpellationen und Reden zu derartigen Themen müssen uns Sozialdemokraten gerade als Anlaß und Material zur Agitation für die Republik dienen.

„Die klassenbewußten Arbeiter müssen die Massen lehren, auf Grund der Erfahrung die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit zu begreifen!“ Die alte Leier des alten, noch von den „Ökonomen“ abgedroschenen russischen Opportunismus! *Erfahrung* der Massen ist es, wenn die Minister ihre Vereinigungen verbieten, wenn die Gouverneure und Polizisten tagtäglich Gewalttaten verüben – das eben ist wirklich die *Erfahrung der Massen*. Das Herausstreichen der Losung der „Koalitionsfreiheit“ als Gegengewicht zur Republik ist dagegen die Phrase eines opportunistischen Intellektuellen, der den Massen fremd gegenübersteht. Das ist die Phrase eines Intellektuellen, der sich einbildet, die „Erfahrung“ mit der „Petition“ (die 1300 Unterschriften trägt) oder mit einem auf die lange Bank geschobenen Gesetzentwurf sei etwas, was die „Massen“ erzöge. In Wirklichkeit werden sie durch eine andere, lebendige und nicht papierne Erfahrung erzogen, sie werden aufgeklärt durch die Agitation der klassenbewußten Arbeiter eben für die Republik – die einzige im Sinne des politischen Demokratismus allumfassende Losung.

Trotzki weiß ausgezeichnet, daß die Liquidatoren in legalen Publikationen gerade die Losung der „Koalitionsfreiheit“ *verbinden* mit der Losung: Nieder mit der illegalen Partei, nieder mit dem Kampf für die Republik. Die Aufgabe Trotzki's besteht eben darin, das Liquidatorentum zu bemänteln, indem er den Arbeitern Sand in die Augen streut.

Mit Trotzki kann man nicht prinzipiell diskutieren, denn er hat keinerlei feste Anschauungen. Mit überzeugten Liquidatoren und Otsowisten kann und soll man diskutieren, aber mit einem Menschen, der sein Spiel damit treibt, die Fehler sowohl der einen wie der anderen zu bemänteln, diskutiert man nicht, ihn entlarvt man als ... einen Diplomaten aller-niedrigster Sorte.

Mit den Verfassern der in die Nr. 22 der „Prawda“ geratenen Thesen für eine Plattform muß man diskutieren. Ihr Fehler rührt entweder daher, daß sie die Dezemberresolutionen (1908) der SDAPR nicht kennen, oder daher, daß sie sich nicht völlig frei gemacht haben von gewissen Schwankungen im Denken nach Art der Liquidatoren und „Wperjod“-Leute.

Die erste These besagt, das Regime des 3. Juni sei die „faktische unbeschränkte Herrschaft der adligen Gutsbesitzer von feudalem Typ“,

wobei weiterhin darauf hingewiesen wird, daß sie den „autokratisch-bürokratischen Charakter ihrer Herrschaft unter der pseudokonstitutionellen Maske der faktisch rechtlosen Reichsduma verbergen“.

Wenn die Gutsbesitzerduma „faktisch rechtlos ist“ – und das ist richtig –, wie kann dann die Herrschaft der Gutsbesitzer „unbeschränkt“ sein?

Die Verfasser vergessen, daß der Klassencharakter der Zarenmonarchie keineswegs die enorme Unabhängigkeit und Selbständigkeit der zaristischen Macht und „Bürokratie“ – von Nikolaus II. bis zu jedem beliebigen Polizisten – beseitigt. Diesen Fehler – das Vergessen der Selbstherrschaft und der Monarchie, ihre Reduktion *unmittelbar* auf die „reine“ Herrschaft der oberen Klassen – begingen die Otsowisten in den Jahren 1908/1909 (siehe „Proletari“, Beilage zu Nr. 44)¹¹⁹, beging Larin im Jahre 1910, begehen gewisse einzelne Publizisten (z. B. M. Alexandrow)¹²⁰, begehrt der zu den Liquidatoren übergegangene N. R-kow.

In den Dezemberresolutionen (1908) ist gerade eine solche Analyse der Herrschaft der von der Bourgeoisie unterstützten Feudalherren gegeben worden, die diesen angeführten Fehler an der Wurzel packt.

Die zweite These besteht in einem Hinweis auf das Minimalprogramm der SDAPR, wobei vielen Forderungen, wie nach Koalitionsfreiheit und nach Konfiskation des Gutsbesitzerlandes, eine „besonders hervorragende Stelle“ zugewiesen, aber die Republik nicht erwähnt wird. Wir denken, daß das nicht richtig ist. Bei völliger Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit, für die Koalitionsfreiheit zu agitieren, sind wir der Ansicht, daß die Losung der Republik an die erste Stelle gesetzt werden muß.

Die dritte These: „Die Notwendigkeit neuer revolutionärer Aktionen der breiten Volksmassen“, ohne die es nicht möglich ist, unsere Forderungen zu verwirklichen.

Das letztere ist absolut richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Marxisten können sich nicht darauf beschränken, auf die „Notwendigkeit“ neuer Aktionen der Massen hinzuweisen, sie müssen zunächst zeigen, welche Ursachen eine neue revolutionäre Krise hervorrufen (wenn sie sie hervorrufen). Ohne eine solche Krise sind „Aktionen“ – sie sind immer, wenn man so will, „notwendig“! – unmöglich.

Die Verfasser haben die besten revolutionären Absichten, aber in ihrer

gedanklichen Vorstellung gibt es eine gewisse Lücke. In den Dezember-resolutionen (1908) wird die „Notwendigkeit“ neuer Aktionen nicht so einfach, dafür aber richtiger abgeleitet.

Vierte These: „Die Möglichkeit einer solchen neuen revolutionären Aktion der Massen in einer mehr oder minder nahen Zukunft und die schonungslose Kritik . . . der konterrevolutionären Rolle der Bourgeoisie“ usw.

Kritik ist immer notwendig, *unabhängig* von der „Möglichkeit von Aktionen“, selbst in einer Zeit, wo Aktionen der Massen offensichtlich unmöglich sind. Die Kritik an die Möglichkeit von Aktionen binden heißt eine *immer* obligatorische *Linie* des Marxismus mit *einer* der Kampfformen (und zwar einer besonders hohen) verwechseln. Das ist der erste Fehler. Und der zweite ist der, daß man „prahlt, bevor die Schlacht gewonnen ist“: Über die Möglichkeit von Aktionen reden ist zwecklos, man muß die Möglichkeit durch Taten beweisen. In einer Plattform genügt es, den Beginn des Aufschwungs zu vermerken und zu betonen, wie wichtig es ist, für die Aktion der Massen zu agitieren und sie vorzubereiten. Ob es in näherer oder fernerer Zukunft zu Aktionen der Massen kommen wird, das werden die Ereignisse zeigen.

Die fünfte These ist ausgezeichnet, denn sie betont die gewaltige Bedeutung der Reichsduma als Agitationstribüne.

Wir wissen nicht, wer die Verfasser des Flugblatts sind. Aber sollten es russische „Wperjod“-Leute sein (wie man auf Grund gewisser Anzeichen annehmen kann), dann muß man aufs wärmste begrüßen, daß sie sich von einem Fehler der Gruppe „Wperjod“ frei gemacht haben. Solche „Wperjod“-Leute besitzen das Gewissen von Menschen, die zur Partei stehen, denn sie geben eine direkte, klare Antwort auf eine der „brennenden“ Fragen. Die Gruppe „Wperjod“ jedoch täuscht die Partei auf die gewissenloseste Weise, indem sie den Otsowismus verteidigt und deckt und bis heute, bis zum Dezember 1911, keine direkte Antwort auf die Frage nach der Teilnahme an der IV. Duma gegeben hat. Eine solche Gruppe als sozialdemokratisch anerkennen, heißt den Sozialdemokratismus verhöhn.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE ERGEBNISSE EINES SCHIEDSGERICHTS DER „TREUHÄNDER“

Auf dem Plenum des Zentralkomitees im Januar 1910 hatten die Vertreter der Fraktion der Bolschewiki (die als Vertreter dieser Fraktion von allen Mitgliedern des Plenums einstimmig anerkannt worden waren) bekanntlich ein Übereinkommen mit allen übrigen Fraktionen unserer Partei abgeschlossen. Dieses Übereinkommen ist in Nr. 11 des ZO veröffentlicht worden und läuft darauf hinaus, daß die Bolschewiki ihre Fraktion auflösten und ihr Vermögen dem ZK übergäben *unter der Bedingung*, daß alle übrigen Fraktionen sich auflösen und die Parteilinie, d. h. eine gegen die Liquidatoren und Otsowisten gerichtete Linie, durchführen. Falls gegen diese Bedingungen verstoßen würde, war in dem vom ZK angenommenen Übereinkommen direkt vorgesehen, das Geld an die Bolschewiki zurückzugeben (siehe die in Nr. 11 des ZO veröffentlichte Resolution).

Die allen bekannten Tatsachen des Verstoßes gegen dieses Übereinkommen durch die übrigen Fraktionen zwangen die Bolschewiki, vor einem Jahr, am 5. Dezember 1910, eine Erklärung einzureichen, d. h. das Übereinkommen aufzukündigen und die Rückgabe ihres Geldes zu verlangen.

Diese Forderung wurde einer Prüfung unterzogen in der Verhandlung des Schiedsgerichts der „Treuhänder“: Kautsky, Mehring und Zetkin. Das Schiedsgericht beschloß: Vorerst, bis zum 1. November 1911, einen Teil des Geldes der Technischen Kommission und der Organisationskommission im Ausland, die beide aus Vertretern der Bolschewiki, der Versöhnlern und der Polen bestanden, zu überweisen, mit der Verpflichtung, darüber Rechenschaft abzulegen.

Im Verlauf des Oktober 1911 legten zwei Mitglieder des Schiedsgerichts, Mehring und Kautsky, ihr Amt nieder. Das dritte Mitglied hatte danach kein Recht, allein Richter zu bleiben, und legte nach einigem Schwanken ebenfalls sein Amt nieder.

Die bolschewistische Fraktion, die am 5. Dezember 1910 das Übereinkommen mit den übrigen Fraktionen gelöst hatte, war somit seit dem 2. November 1911 der sich aus dem Übereinkommen ergebenden Beziehungen zu den ehemaligen Treuhändern ledig. Darum hat sie ihre Druckerei wieder in Besitz genommen und nimmt das übrige Fraktionsvermögen in ihre Verfügung.

Es versteht sich von selbst, daß die bolschewistische Fraktion, nachdem sie sich von den „Bindungen“ an die liquidatorischen, otsohistischen und einfach intrigantenhaften Auslandsgruppen frei gemacht hat, alle Kräfte darauf konzentrieren wird – wie das die Arbeit ihrer Mitglieder bei der Schaffung der Russischen Organisationskommission schon bewiesen hat –, sämtliche parteitreuen Elemente um die ROK und die von ihr einzuberufende allgemeine Parteikonferenz zusammenzuschließen.

Die Vertreter der bolschewistischen Fraktion, die auf dem Plenum im Januar 1910 das Übereinkommen geschlossen hatten.¹²¹

PS. Die vorliegende Erklärung war schon der Redaktion des ZO übergeben worden, als wir das Flugblatt des sogenannten Auslandsbüros des Zentralkomitees mit dem Brief zweier ehemaliger Mitglieder des Schiedsgerichts vom 18. November 1911 zu Gesicht bekamen. Wen wollen Igorew und Liber täuschen, wenn sie sich als Auslandsbüro des ZK ausgeben, wo doch die Letten und sogar Tyszka aus ihm ausgetreten sind? Warum schweigen sie über diesen Austritt? Warum schweigen sie darüber, daß am 18. November schon 2½ Wochen vergangen waren, seitdem das Schiedsgericht aufgehört hatte zu bestehen? Daß darum der Brief vom 18. November 1911 keinerlei Bedeutung hat noch haben kann? Oder erkannten die Herren Igorew und Martow vielleicht das Schiedsgericht vor dem 1. November 1911 nicht an? Sagen Sie und beweisen Sie das doch, meine Herren! Vielleicht erkennen Sie das Schiedsgericht nach dem 1. November 1911 an? Vor dem 1. November 1911 hat das von allen anerkannte Schiedsgericht Sie verurteilt, denn weder Ihnen noch Trotzki wurde auch nur ein Centime übergeben, trotz Ihrer Bitten, Forderungen

und „Proteste“. Die durch das rechtmäßige, von allen anerkannte Schiedsgericht verurteilten Herren versuchen jetzt, sich hinter der privaten Meinung ehemaliger Mitglieder des Schiedsgerichts zu verstecken, die für niemanden verpflichtend ist. Nach dem 1. November 1911 gibt es kein Schiedsgericht mehr, und wir alle sind in dieser Hinsicht zu der Lage zurückgekehrt, wie sie vor dem Plenum bestand. Das Zurückhalten des Geldes der Bolschewiki durch einen ehemaligen Treuhänder würde ein unrechtmäßiges Zurückhalten sein.

Aber das ist ja gerade der Witz, daß die Herren Igorew und Liber „Sensationen“ nachjagen, aber sich fürchten, die Geschichte des Gerichts auf Grund genauer Dokumente darzustellen. Betrügst du nicht – verkaufst du nichts, das eben ist ihre Devise.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 25,
8. (21.) Dezember 1911.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE WAHLKAMPAGNE ZUR IV. REICHSDUMA

I. GRUNDLEGENDE PRINZIPIELLE FRAGEN

Die Partei der Kadetten, die im Sinne der legalen Existenz von allen sogenannten Oppositionsparteien am besten gestellt ist, hat soeben einen höchst wichtigen Schritt zur Festlegung ihrer Politik in der Wahlkampagne getan. Die Politik der Kadetten ist, wie aus den besten uns zugänglichen, den Kadetten nahestehenden Quellen hervorgeht, folgendermaßen fixiert worden:

1. Die Kadetten stellen dort eigene Kandidaten auf, wo deren Wahl gesichert ist.
2. Dort, wo auf eine absolute Stimmenmehrheit zugunsten des kadettischen Kandidaten nicht gerechnet werden kann, unterstützen die Kadetten ohne Ansehen der Partei den *progressiven* Kandidaten, der auf sich die meisten Stimmen zu vereinigen vermag.
3. Wenn der Kandidat der Opposition keinerlei Aussichten hat und seitens der Schwarzhunderter Gefahr droht, ist die Unterstützung eines oktobristischen Kandidaten nur dann zulässig, wenn er ein wirklicher Konstitutionalist ist, was erstaunlicherweise mitunter vorkommt.
4. Weder mit den rechten Oktobristen noch mit den Nationalisten und Monarchisten gehen die Kadetten irgendwelche Wahlabmachungen ein. Ohne die Interessen der Partei zu vergessen, bringen sie ihnen jedoch im allgemeinen nicht die höheren Interessen der Opposition, im weiten Sinne des Wortes, zum Opfer.

Solcherart ist die Politik der Kadetten. Die Arbeiterdemokratie muß ihr gegenüber äußerst achtsam sein und ihren wirklichen Klassencharakter

und ihre tatsächliche Bedeutung analysieren, was durch die üblichen konventionellen Phrasen verschleiert wird. Diese Phrasen von den „höheren Interessen der Opposition“ usw. springen beim Lesen der Beschlüsse der Kadetten sofort in die Augen. Das Wesentliche an der Sache ist jedoch, daß die Politik der Kadetten nunmehr vollkommen und endgültig als eine Politik des *oktobristisch-kadettischen* Blocks bestimmt worden ist. Dieses Wesentliche muß man begreifen, muß man klar aus der Hülle der offiziellen liberalen Redensarten heraus Schälen.

1. Kein Wort über Blockbildungen mit den Linken, mit den Demokraten. 2. Verboten sind nur Blockbildungen mit den rechten Oktobristen – das ist eine unbedeutende Minderheit der Oktobristen, die „Anhänger Gololobows“. 3. Die Phrase von den „höheren Interessen der Opposition im weiten Sinne des Wortes“ kann in Wirklichkeit *nur* das eine bedeuten: die faktische Erlaubnis (und Empfehlung!) einer Blockbildung mit den Oktobristen als allgemeine Regel.

Diese drei Schlußfolgerungen in bezug auf die *wirkliche* Politik der Kadetten muß man sich fest einprägen.

Welche Bedeutung haben sie? Das „linke Zentrum“ des bürgerlichen Liberalismus hat seine Politik fixiert als Politik des Blocks mit dem rechten Zentrum des bürgerlichen, mit Verlaub zu sagen, Liberalismus – wobei es über seine Feindschaft gegenüber den Schwarzhundertern offen spricht und seiner Feindschaft gegenüber den Linken, der Demokratie, Ausdruck verleiht, indem es sich über Blockbildungen gleich welcher Art mit den Trudowiki, mit parteilosen Linken und mit Arbeiterkandidaten ausschweigt.

Das von uns in Nr. 28 der „Swesda“, in dem Artikel „Zwei Zentren“*, Gesagte ist vollauf bestätigt worden.

In Rußland gibt es drei *grundlegende* politische Kräfte und folglich drei politische Linien: die Schwarzhunderter (Klasseninteressen der fröherrlichen Gutsbesitzer) und neben und über ihnen die „Bürokratie“; dann die liberal-monarchistische Bourgeoisie – das linke „Zentrum“ (die Kadetten) und das rechte „Zentrum“ (die Oktobristen); schließlich die bürgerliche Demokratie (Trudowiki, Volkstümmler, parteilose Linke) und die proletarische Demokratie. Daß gerade diese und nur diese Einteilung richtig ist, wurde durch die gesamte Erfahrung des ersten Jahrzehnts des

* Siehe den vorliegenden Band, S. 286–288. *Die Red.*

20. Jahrhunderts bestätigt, und dieses Jahrzehnt war ungewöhnlich wichtig und ereignisreich.

Selbstverständlich sind alle Grenzen sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft beweglich, in bestimmtem Maße bedingt, veränderlich und nicht starr. Übergangsformen und Schwankungen der Parteien und Gruppen, die bei der grundlegenden Einteilung „auf der Grenze“ stehen, sind unvermeidlich, aber das Wesentliche der Sache, erzeugt durch das Verhältnis der Klassenkräfte zueinander in Rußland Anfang des 20. Jahrhunderts, wird zweifellos gerade durch die dargelegte „Drei“teilung bestimmt. Die Vermengung des bürgerlichen Liberalismus (an seiner Spitze die Kadetten) mit der bürgerlichen Demokratie hat der russischen Befreiungsbewegung nicht wenig Schaden gebracht, und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit die Erfahrungen des großen Jahrzehnts (1900–1910) der gesamten Demokratie helfen, sich der Fehlerhaftigkeit und Verderblichkeit einer solchen Vermengung endgültig bewußt zu werden. Die Arbeiterdemokratie unserer Epoche steht darum vor zwei untrennbar miteinander verbundenen Aufgaben: erstens, die selbständige politische Organisation der Klasse der Lohnarbeiter, getrennt von allen Unternehmern und Kleinunternehmern, selbst wenn es die allerdemokratischsten sein sollten, und koordiniert mit der gesamten internationalen Bewegung, der Weltbewegung der genannten Klasse; und zweitens, die Entfaltung und Stabilisierung der Kräfte der russischen Demokratie (an deren Spitze ebenso unvermeidlich die Arbeiter stehen, wie an der Spitze des bürgerlichen Liberalismus unvermeidlich soziale Elemente vom Typ der Kadetten stehen). Diese letztere Aufgabe kann nicht gelöst werden, wenn nicht den breitesten Massen die Klassenwurzeln und die politische Bedeutung der Grenze zwischen dem bürgerlichen Liberalismus (den Kadetten) und der bürgerlichen Demokratie (den Trudowiki usw.) unablässig erläutert werden.

Die liberale Bourgeoisie will und kann nicht ohne die Markow und Purischkewitsch auskommen, deren Herrschaft sie lediglich zu mäßigen bestrebt ist. Die bürgerliche Demokratie und die Arbeiter müssen mehr oder minder konsequent und bewußt die Vernichtung aller ökonomischen und politischen Grundlagen dieser Herrschaft anstreben.

Das ist vom Standpunkt der Arbeiterdemokratie der grundlegende Inhalt der Wahlkampagne zur IV. Reichsduma. Gerade dieser Inhalt muß

denn auch in den Vordergrund gerückt werden als Gegengewicht zur kadettischen Politik, die absichtlich alle fundamentalen prinzipiellen Fragen durch allgemeine Phrasen über „Progressivität“ und „Opposition“ zu verwirren sucht.

Der kadettisch-oktobristische Block ist nichts Neues. Die Marxisten haben ihn längst vorausgesehen, haben schon in den Jahren 1905–1907 die innere, die Klassenverwandtschaft beider Bestandteile dieses Blocks gezeigt. In der III. Duma ließen sich sofort zwei Mehrheiten feststellen, und schon Ende 1907 haben die Marxisten diese Schlußfolgerung zum Eckstein ihrer Politik gemacht. Das Jahrfünft der III. Duma hat diese Schlußfolgerung bestätigt. In großen Zügen ist die Zusammensetzung dieser Duma folgendermaßen*:

Rechte	160	}	284 – erste Mehrheit
Oktobristen	124		
Liberale	127		251 – zweite Mehrheit
Demokratie	29		
Insgesamt			440

Die ganze Zeit hindurch stützte sich die III. Duma auf diese zwei Mehrheiten, die notwendige integrierende Elemente des ganzen Systems des 3. Juni sind: die erste Mehrheit ist die vollständige Erhaltung des „Alten“ an der Macht – die zweite Mehrheit bedeutet einen „Schritt auf dem Wege“ zur bürgerlichen Monarchie. Der ersten Mehrheit bedarf das System des 3. Juni, um den Markow, Purischkewitsch und Co. „die Macht und die Einkünfte“ zu erhalten, der zweiten – um diese Herrschaft zu mäßigen und sich auf bürgerliche Art vorwärtszubewegen (nach der Formel: ein Schritt vorwärts, zwei zurück). Die Erfahrung hat nunmehr deutlich gezeigt, daß eine solche Vorwärtsbewegung dem Stillstand gleichkommt und eine „Mäßigung“ des Purischkewitsch-Systems nicht erreicht wird.

* Die Statistik ist nach den Angaben des offiziellen „Jahrbuchs“ für 1910 (II. Ausgabe) zusammengestellt worden. Rechte – eigentliche Rechte – 51, Nationalisten – 89, rechte Oktobristen – 11, und die Hälfte der Parteilosen – 9, liberale Progressisten – 39, Kadetten – 52, alle nationalen Gruppen – 27, und die andere Hälfte der Parteilosen – 9, Demokratie – Trudowski – 14 und Sozialdemokraten – 15.

Eine ganze Reihe von Abstimmungen der III. Duma waren Abstimmungen der „zweiten Mehrheit“; die „Retsch“ hat das unlängst ausdrücklich anerkannt, indem sie erklärte, daß „eine Reihe von Abstimmungen“ zu Anfang der letzten Sitzungsperiode „faktisch die Herrschaft eines linken Zentrums“ (lies: des kadettisch-oktobristischen Blocks) „in der Duma widerspiegeln“. Solche Abstimmungen sind nur möglich, weil *auch* die zweite Mehrheit, gleich der ersten, auf konterrevolutionärem Boden steht: Es genügt, an die „Wechi“ oder an die gottesfürchtigen Reden Karaulows, oder an die „Londoner“ Losungen zu erinnern, um das zu illustrieren.

Wo aber sind die Ergebnisse dieser „Siege“ der zweiten Mehrheit? Wo sind die Tatsachen, die jene wahrhaft erstaunliche Entdeckung der kadettischen Partei bestätigen, daß es unter den Oktobristen „wirkliche Konstitutionalisten“ gibt? Zeugt nicht diese Entdeckung von einer maßlosen Herabwürdigung des Begriffs „wirklicher Konstitutionalismus“ im Bewußtsein der Kadetten?

Die erste und grundlegende Frage der Wahlkampagne ist die Frage nach ihrem politischen Inhalt, nach der ideologischen Linie, die in ihr zum Ausdruck kommt. Der Beschluß der Partei der Kadetten erweist zum wiederholten Male ihre antidemokratische Natur, denn der Inhalt der Wahlkampagne der Kadetten läuft auf eine weitere Herabwürdigung des Begriffs „Konstitutionalismus“ im Bewußtsein der Massen hinaus. Dem Volk beibringen, daß es unter den „linken“ Oktobristen wirkliche Konstitutionalisten geben könne – das ist es, was die Partei der Kadetten machen will, das ist der Sinn ihrer Wahlpolitik.

Die Aufgabe der Demokratie ist eine andere: den Begriff Konstitutionalismus nicht herabwürdigen, sondern nachweisen, daß er völlig fiktiv ist, solange den Markow und Co. die Macht und die Einkünfte bleiben. Der Inhalt der Wahlkampagne der Arbeiterdemokraten wird durch die Aufgabe bestimmt, den Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratie klarzustellen, die Kräfte der letzteren zu gruppieren, die Reihen der Lohnarbeiter in der ganzen Welt zusammenzuschließen.

Die Kadetten entfernen sich durch die Beschlüsse ihrer Konferenz noch mehr von der Demokratie. Unsere Aufgabe ist es, die Kräfte der Demokratie zu sammeln gegen alles Mittelalterliche sowie als Gegengewicht zu den kadettisch-oktobristischen Blockbildungen.

II. DIE ROLLE DER ARBEITERWAHLMÄNNER IN DER WAHLKAMPAGNE

Die Wahlkampagne anlässlich der Wahlen zur IV. Duma ist eröffnet. Eröffnet hat sie die Regierung mit ihren Rundschreiben über die Unterstützung der „nationalen“ Partei, mit ihren „Maßnahmen“ in bezug auf den Zensus für die Regierungskandidaten und in bezug auf die Ausschaltung der Kandidaten der Opposition im allgemeinen und die der Demokratie im besonderen.

Eröffnet hat die Wahlkampagne auch die oppositionelle Presse. Eröffnet hat die Kampagne auch die Partei der Kadetten durch ihre Beschlüsse hinsichtlich des Blocks mit den „linken“ Oktobristen.

Die Arbeiterdemokratie muß darum unverzüglich auf die Wahlen ihre allergrößte Aufmerksamkeit konzentrieren und beizeiten, ohne die Sache auch nur eine Woche hinauszuschieben, systematisch ihre Taktik erwägen, beizeiten alle Anhänger der Demokratie für die Erfüllung ihrer wichtigen und verantwortlichen Aufgabe vorbereiten.

Im vorliegenden Artikel wollen wir auf die Rolle der Arbeiterwahlmänner eingehen. Es versteht sich, daß auch hier, wie immer, der Inhalt der Arbeit, d. h. die politisch-ideologische Linie der Kampagne in den Vordergrund zu rücken ist. Die Arbeiterklasse aufzuklären und zu organisieren, sie in einer selbständigen Partei zusammenzuschließen, die mit den westeuropäischen Parteien solidarisch ist, ihr ihre historischen Ziele der Umgestaltung der grundlegenden Verhältnisse der Warenwirtschaft und des Kapitalismus klarzumachen, konsequent ihre Partei von *allen* Richtungen der bürgerlichen Demokratie abzugrenzen, selbst wenn es „linke“ Richtungen, Richtungen der Volkstümler usw., sein sollten – das ist die grundlegende Aufgabe.

Diese grundlegende Aufgabe ist für die Arbeiterdemokratie aller Länder die gleiche. Und eben darum ist es erforderlich, bezieht man sie auf die gegenwärtige Epoche in einem der Länder, in Rußland, daß – *im Interesse* dieser allgemeinen Aufgabe – den besonderen, konkreten Aufgaben unserer Zeit Rechnung getragen wird. Aus diesem Aufgabengebiet der russischen Arbeiterdemokratie treten gegenwärtig – infolge objektiver Bedingungen – zwei untrennbar miteinander verbundene Aufgaben in den Vordergrund. Diese Aufgaben sind folgende: erstens die klare Erkenntnis

des Zusammenhangs der liquidatorischen Strömung (bekanntlich vertreten durch die Zeitschriften „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“) mit der weitverbreiteten bürgerlichen konterrevolutionären Strömung des „Wechismus“. Man muß die Schädlichkeit des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat klar erkennen, um diesen Einfluß zu überwinden und um die aktuellen, nächsten Aufgaben zu lösen, die unmittelbar die Existenz der Arbeiterdemokratie betreffen und die von den Liquidatoren *negiert* werden. Zweitens ist es die Aufgabe, die linke Demokratie zu organisieren, unter klarer Abgrenzung der (bürgerlichen) Demokratie vom bürgerlichen Liberalismus. Sonst ist die Hegemonie der Arbeiterdemokratie – eine der unerläßlichen Vorbedingungen für jeden Schritt voran auf dem Wege der Befreiungsbewegung überhaupt – nicht zu verwirklichen.

Eine Vermengung des Liberalismus (Partei der Kadetten) mit der Demokratie (Trudowiki, „Volkstümmler“ linker Richtung) ist im Prinzip grundfalsch und führt in der Praxis zum Verrat an den Interessen der Demokratie. Den Arbeiterwahl Männern obliegt die Aufgabe, für das richtige Verstehen der Befreiungsbewegung zu wirken, den Klassencharakter der Parteien zu enthüllen (ohne sich durch „Aushängeschilder“, große Worte und effektvolle Bezeichnungen täuschen zu lassen), klar die *Rechten* (von den Schwarzhundertern bis zu den Oktobristen), die bürgerlichen *Liberalen* (die Kadetten und alle ihresgleichen) und die *Demokratie* zu unterscheiden (bürgerliche Demokraten sind die Trudowiki und die ihnen verwandten Strömungen; die Marxisten schließlich repräsentieren die proletarische Demokratie).

Die Arbeiterwahl Männer spielen nach dem Wahlsystem auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1907 in den Wahlversammlungen der Gouvernements eine besondere Rolle. Zu erreichen, daß *alle* diese Wahl Männer wirkliche, zuverlässige Vertreter der Arbeiterdemokratie sind – das ist die nächste praktische Aufgabe.

Für sechs Gouvernements ist bekanntlich die Wahl je eines Duma-abgeordneten aus den Reihen der Arbeiterwahl Männer gewährleistet. Diese Gouvernements sind: Petersburg, Moskau, Wladimir, Jekaterinowslaw, Kostroma und Charkow. Aber die Wahl der Abgeordneten wird jeweils von der *Gesamtheit* der Gouvernements-Wahlversammlungen vorgenommen, d. h. fast immer durch die *rechten* Wahl Männer, Grundbesitzer und Großbourgeois, Oktobristen. Um die Wahl von Arbeiter-

demokraten als Dumaabgeordnete sicherzustellen, muß erreicht werden, daß alle Arbeiterwahlmänner ohne Ausnahme der Arbeiterdemokratie angehören und fest für einen bestimmten Kandidaten aus ihrer Mitte eintreten. Es braucht nur ein „Überläufer“ oder ein liberaler, „rechter“ Wahlmann da zu sein, und die Oktobristen würden, entgegen der Mehrheit der Arbeiterwahlmänner, gerade ihn durchbringen!

Aber Arbeiterwahlmänner in den Gouvernements-Wahlversammlungen gibt es nicht nur in diesen sechs Gouvernements. Insgesamt gibt es 112 Arbeiterwahlmänner in 44 Gouvernements (von 53 Gouvernements).

Welche Rolle müssen diese Wahlmänner spielen? Erstens müssen sie stets die ideologische Linie durchsetzen, indem sie die Demokratie (insbesondere die bäuerliche) organisieren und sie von dem Einfluß der Liberalen zu befreien suchen. Das ist ein Tätigkeitsgebiet von äußerster Wichtigkeit. Zweitens können die Arbeiterwahlmänner in die Duma kommen (und müssen danach streben), wenn die Stimmen der Rechten und der Liberalen geteilt sind.

Wir wollen diese letztere Aufgabe an einem Beispiel erläutern. Aus dem Gouvernement Wjatka sind in der III. Duma zwei sozialdemokratische Abgeordnete: Astrachanzew und Putjatin. Dabei gibt es nach dem Gesetz im Gouvernement Wjatka keinen Abgeordneten der Arbeiterkurie. Die Wahlversammlung des Gouvernements Wjatka zählt 109 Wahlmänner, darunter 4 der Arbeiter. Auf welche Art und Weise konnten denn die vier Arbeiter (unter 109 Wahlmännern) zwei in die Duma durchbringen? Wahrscheinlich waren die Stimmen in der Gouvernements-Wahlversammlung geteilt, und die Liberalen konnten ohne die Hilfe der Arbeiter die Rechten nicht schlagen. Die zur Blockbildung mit den Arbeitern genötigten Liberalen mußten mit den Arbeitern die Sitze teilen, und diese brachten zwei Sozialdemokraten in die Duma. Es ergab sich folgende Zusammensetzung der Dumaabgeordneten des Gouvernements Wjatka: 1 Progressist, 3 Kadetten, 2 Trudowiki, 2 Sozialdemokraten – 4 Liberale und 4 Demokraten. In diesem Gouvernement hätten die Arbeiter auch 3 Sitze für sich erkämpfen können, wenn es gelungen wäre, die demokratischen Wahlmänner von den liberalen zu trennen, und wenn die ersteren die Mehrheit gegenüber den zweiten gehabt hätten. Nehmen wir an, daß unter den 109 Wahlmännern 54 Rechte sind (50 von 53 Wahlmännern der Grundbesitzer und 4 von 17 Wahlmännern der 1. Konferenz der städ-

tischen Wähler). Nehmen wir weiterhin an, daß unter den übrigen 55 20 Liberale sind (3 Grundbesitzer, 13 der Städter der 1. Klasse und 4 der Städter der 2. Klasse) und 35 Demokraten (23 bäuerliche Wahlmänner, 8 der Städter der 2. Klasse und 4 der Arbeiter). Unter solchen Bedingungen hätten die Demokraten 5 Sitze von 8 erhalten müssen, und die Arbeiter hätten 3 Sitze für sich erlangen können, falls die bäuerliche Demokratie Vertrauen zu ihnen hat.

Im Gouvernement Ufa haben die Liberalen (hierher gehören auch die Muselmanen) *alle* Abgeordnetensitze eingenommen. Es gibt keinen einzigen Demokraten. Indessen hätten die drei Arbeiterwahlmänner im Gouvernement Ufa, bei 30 bäuerlichen Wahlmännern, zweifellos sowohl für die Trudowiki als auch für sich Sitze erobern können, wenn sie es besser verstanden hätten, die Demokratie zu organisieren.

Aus dem Gouvernement Perm gibt es in der III. Duma 6 Liberale und 3 Demokraten, darunter nur einen Sozialdemokraten. Dabei beträgt hier die Anzahl der bäuerlichen Wahlmänner 26 – von ihnen haben die *Liberale*, die die Mehrheit in der Gouvernements-Wahlversammlung hatten, einen Trudowik gewählt, also kann man die Bauernkurie für durchweg trudowikisch halten (denn wäre auch nur einer der Bauern ein Überläufer von den Demokraten zu den Liberalen gewesen, so hätten die Liberalen den Überläufer gewählt!). Das gleiche gilt für die Kurie der 2. Klasse (13 Wahlmänner), denn von ihnen haben die *Liberale* ebenfalls einen Trudowik gewählt. Summa summarum kann man also als Zahl der Demokraten unter den Wahlmännern $26 + 13 + 5 \text{ Arbeiter} = 44$ annehmen. Insgesamt gibt es 120 Wahlmänner, darunter 59 der Grundbesitzer und 17 der 1. Klasse der Städter. Selbst wenn alle, außer den Demokraten, Liberale wären, so betrüge ihre Anzahl 76, d. h. weniger als zwei Drittel. Es ist natürlich wahrscheinlicher, daß ein Teil der Wahlmänner Rechte waren. Also haben die Liberalen zwei Drittel der Sitze für die Duma erlangt, ohne zwei Drittel der Wahlmänner zu haben. Daraus ergibt sich die unvermeidliche Schlußfolgerung, daß die Demokratie, wenn sie bewußter und besser organisiert gewesen wäre (und dafür müssen in erster Linie die Arbeiter Sorge tragen!), sich nicht von den Liberalen hätte benachteiligen zu lassen brauchen. Der Sozialdemokrat Jegorow ist von der Konferenz aller Wahlmänner des Gouvernements Perm, d. h. von den Liberalen, gewählt worden, die Liberalen *bedurften* also der Hilfe der

Arbeiter, und die Arbeiter haben einen glatten Fehler gemacht, haben direkt gegen die Interessen der Demokratie verstoßen, indem sie diese Hilfe gewährten, *ohne* für die Demokratie den *proportionalen* Anteil an Abgeordnetensitzen zu erlangen.

Wir führen diese Berechnungen an, wobei wir betonen, daß sie nur die Bedeutung eines Beispiels, einer Erläuterung haben, denn genaue Unterlagen über die Parteizugehörigkeit der Wahlmänner im allgemeinen und der Wahlmänner jeder Kurie im besonderen liegen uns nicht vor. In Wirklichkeit ist die Sache komplizierter, mannigfaltiger, als sie in unseren als Beispiel genommenen Angaben geschildert wird. Die Arbeiter müssen sich jedoch die *grundlegenden* Wechselbeziehungen der Kräfte in unserem „kniffligen Mechanismus“ der Wahlen à la 3. Juni einprägen, denn wenn sie sich das Hauptsächliche eingeprägt haben, werden sie verstehen, sich auch in den Einzelheiten zurechtzufinden.

Die beiden demokratischsten Kurien (natürlich nach der Arbeiterkurie, die durchgängig marxistisch, durchgängig antiliquidatorisch sein kann und sein muß) sind die Kurien der Bauern und der Städter der 2. Klasse. Von ihnen ist die erstgenannte demokratischer als die zweite, trotz des weit aus größeren Mangels an Wahlfreiheit im Dorf, trotz der bei den Bauern im Vergleich zu den Städtern weitaus schlechteren Bedingungen für Agitation und Organisation.

In der Tat sind aus 28 Gouvernements besondere Kandidaten der 2. Konferenz der städtischen Wähler in die III. Duma gewählt worden. Gewählt wurden 16 Rechte, 10 Liberale und 2 Demokraten (Rosanow im Gouvernement Saratow und Petrow III im Gouvernement Perm). Besondere Bauernabgeordnete gibt es in allen 53 Gouvernements: gewählt wurden 23 Rechte, 17 Liberale, 5 Demokraten und 8 Parteilose. Teilt man die Parteilosen zu gleichen Teilen auf Rechte und Opposition auf, so ergeben sich folgende vergleichbare Angaben:

Abgeordnete der III. Duma	Aus der Kurie der Städter der 2. Klasse	Aus der Bauern- kurie
Rechte	16	27
Opposition	12 = 43 Prozent	26 = 49 Prozent

Aus der Kurie der Städter der 2. Klasse sind 43 Prozent der Abgeordneten der Opposition hervorgegangen, aus der Kurie der Bauern aber 49 Prozent. Wenn man in Betracht zieht, daß die Bauernabgeordneten

der III. Duma bekanntlich den Entwurf eines Agrargesetzes eingebracht haben, der seinem Inhalt nach *demokratischer* ist als der Entwurf der Kadetten, wobei diesen Gesetzentwurf sowohl die nicht parteigebundenen *als auch die rechtsgerichteten* Bauern unterschrieben haben, dann wird klar, daß der Demokratismus der Bauernkurie in Wirklichkeit den Demokratismus der Kurie der Städter der 2. Klasse *noch mehr* übertrifft, als aus unseren Angaben ersichtlich ist.

Also müssen die Arbeiter im allgemeinen und die Arbeiterwahlmänner im besonderen ihre Aufmerksamkeit vor allen Dingen gerade auf die Bauernkurie und die bäuerlichen Wahlmänner konzentrieren. Als Organisatoren der Demokratie müssen die Arbeiter in erster Linie unter den Bauern wirksam sein und dann unter den Städtern der 2. Klasse. In diesen beiden Kurien ist die Vermengung der Liberalen mit den Demokraten besonders stark, besonders häufig zu beobachten, wird sie besonders eifrig von den Kadetten gepflegt, die die politisch unentwickelten Leute glatt betrügen unter Ausnutzung ihrer „parlamentarischen“ Erfahrungheit als „Geschäftemacher“ und ihrer „demokratischen“ Bezeichnungen („konstitutionelle Demokraten“, „Partei der Volksfreiheit“), welche ihr *antidemokratisches*, wechistisches, konterrevolutionäres Wesen verdecken.

Die politisch-ideologische Aufgabe der Arbeiter im gegenwärtigen Moment der russischen Befreiungsbewegung besteht in der Organisation der Demokratie. Dieser Aufgabe muß die wahltechnische Tätigkeit untergeordnet sein. Daher – Hauptaufmerksamkeit der Bauernkurie, dann der Kurie der Städter der 2. Klasse. In den Gouvernements-Wahlversammlungen ist es die erste Aufgabe der Arbeiterwahlmänner, die Demokraten zusammenzuschließen. Um einen eigenen Kandidaten aufzustellen, muß man drei Stimmen haben: es gilt, zwei Demokraten unter den Bauern zu finden, oder im äußersten Fall zwei Liberale zu überreden, die nichts riskieren, wenn sie die Kandidatur eines Arbeiters aufstellen. Die Demokraten müssen in den Gouvernements-Wahlversammlungen mit den Liberalen einen Block gegen die Rechten bilden. Kann ein solcher Block nicht sofort gebildet werden (in den meisten Fällen wird es wahrscheinlich so sein, weil die Wahlmänner miteinander nicht bekannt sind), dann müssen die Demokraten zunächst zusammen mit den Liberalen die Rechten, und *zusammen mit den Rechten die Liberalen* durchfallen lassen. Dann können sowohl die einen wie die anderen nicht durchkommen (unter der Voraus-

setzung, daß weder die Rechten noch die Liberalen allein die absolute Mehrheit haben; ist diese Voraussetzung nicht gegeben, so werden keine Demokraten in die Duma gelangen). Auf Grund des Art. 119 der Wahlordnung tritt eine Unterbrechung ein. Nach Errechnung der Abstimmungsergebnisse gehen die Demokraten, die nun schon genaue Unterlagen besitzen, einen Block mit den Liberalen ein, wobei sie eine proportionale Verteilung der Abgeordnetensitze anstreben. *Dabei ist es notwendig, daß zunächst die Liberalen den Demokraten wählen und nicht umgekehrt*, denn die gesamte Geschichte und alle Erfahrungen Europas bezeugen, daß die Liberalen häufig die Demokraten betrogen, die Demokraten dagegen niemals die Liberalen betrogen haben.

Wissen die Arbeiterwahlmänner, in welchen Kurien es Demokraten gibt, verstehen sie es, die Demokraten von den Liberalen zu trennen, dann können sie in 44 *Gouvernements* eine *außerordentliche* Rolle spielen sowohl hinsichtlich der Organisation der Demokratie überhaupt als auch hinsichtlich der Entsendung einer größeren Anzahl von Arbeiterdemokraten und bürgerlichen Demokraten (*Trudowiki*) in die Duma. Heute gibt es von den ersteren 15, von den zweiten 14. Bei einer richtigen Taktik der Arbeiter kann günstigenfalls eine Verdoppelung der Anzahl der einen wie der anderen erreicht werden. Den Liberalen ist in der IV. Duma eine starke Gruppe, etwa 100 Abgeordnete und mehr, einer „verantwortungsbewußten Opposition“ (vom Londoner Typ) gesichert, die imstande ist, mit den Oktobristen einen Block zu bilden. Es muß erreicht werden, daß die wirklich demokratische und nicht wechistische Opposition eine Gruppe von einigen Dutzend Abgeordneten ausmacht, und das kann erreicht werden.

Das Gesetz gibt den Arbeitern das Recht, in 44 *Gouvernements* Wahlmänner zu wählen. Die klassenbewußten Arbeiter jeder Fabrik müssen sich unverzüglich mit dem Gesetz vertraut machen, ihre Aufgaben und ihre Lage durchdenken, dafür Sorge tragen, daß ihre Wahlmänner wirkliche Arbeiterdemokraten und keine Liquidatoren sind.

Hundertzwölf Arbeiterwahlmänner können, wenn man ihre Wahl eben auf diese Art und Weise bewußt, sorgfältig, systematisch vornimmt, sowohl dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse, die überall in Europa großen, weltumfassenden Zielen zustrebt, als auch der Organisation der Demokratie in Rußland sehr großen Nutzen bringen.

Die Zeit drängt. Jedem klassenbewußten Arbeiter obliegt eine schwierige, aber dreifach dankbare Aufgabe.

III. DIE BAUERNSCHAFT UND DIE BÄUERLICHEN WAHLMÄNNER IN DER WAHLKAMPAGNE

Im vorhergehenden Artikel („Swesda“ Nr. 34)* haben wir über die Rolle der Arbeiterwahlmänner in der Wahlkampagne gesprochen. Das Fazit unserer Betrachtungen bestand darin, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterdemokratie eine zweifache ist: Zusammenschluß der Klasse der Lohnarbeiter sowie Entwicklung ihres Klassenbewußtseins, ihres Verständnisses für ihre großen historischen Ziele, und sodann die Organisation der Demokratie.

Gehen wir nun über zur Untersuchung der Frage der nichtproletarischen, d. h. der bürgerlichen Demokratie. Welches ist ihre hauptsächliche Klassenstütze in Rußland? Worin bestehen ihre Besonderheiten? ihre nächsten Aufgaben? Welches ist ihre Rolle bei den Wahlen?

Die hauptsächliche Klassenstütze der bürgerlichen Demokratie in Rußland ist die Bauernschaft. Die Lage ihrer riesigen Masse ist derart schwer, der Druck des gutsherrlichen Grundbesitzes auf sie so stark, die ökonomischen Verhältnisse so verzweifelt schlecht, die Rechtlosigkeit so unerhört groß, daß demokratische Stimmungen und Bestrebungen in diesen Kreisen mit nicht erfassbarer, elementarer Unvermeidlichkeit erzeugt werden. Ein Ausweg aus dieser Lage, wie er der liberalen Bourgeoisie (mit der Partei der Kadetten an ihrer Spitze) vorschwebt, nämlich: die Teilung der Macht mit den Purischkewitsch, die gemeinsame Herrschaft der Purischkewitsch und der Gutschkow (oder der Miljukow) über die Massen – dieser Ausweg ist für die Millionen der Bauern *unmöglich*. Darum erzeugt gerade die Klassenlage der Bauernschaft einerseits und der Großbourgeoisie andererseits unweigerlich eine tiefe Kluft zwischen Demokratismus und Liberalismus.

Völlig bestimmt, völlig bewußt pflegt für gewöhnlich weder die eine noch die andere politische Richtung zu sein, aber daß die Bauern zum

* Siehe den vorliegenden Band, S. 362. Die Red.

Demokratismus, die Bourgeois zum monarchistischen Liberalismus neigen, ist eine Tatsache, die endgültig bewiesen ist durch das so ereignisreiche erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Rußland. Nicht nur in der Befreiungsbewegung des Jahres 1905, nicht nur in den ersten Dumas haben sich die Bauernmassen als demokratisch gezeigt, sondern selbst in der herrschaftlichen III. Duma haben dreiundvierzig Bauernabgeordnete, darunter Rechte und Parteilose, den Entwurf eines Agrargesetzes eingebracht, der demokratischer ist als der kadettische.

Überhaupt ist die Bodenfrage die wichtigste Frage für die heutige russische Bauernschaft. Im Europäischen Rußland besitzen weniger als 30 000 Gutsbesitzer 70 Millionen Desjatinen Boden, und fast ebensoviel entfällt auf 10 Millionen Höfe von armen Bauern. Auf der einen Seite im Durchschnitt 2300 Desjatinen pro Wirtschaft, auf der anderen Seite – sieben. Das ökonomische Resultat konnte, auf dem gegebenen Niveau der historischen Entwicklung Rußlands, kein anderes sein als die weiteste Verbreitung aller möglichen Arten von auf „Abarbeit“ beruhender Wirtschaft, d. h. Überbleibseln des alten Frondienstes. Knechtschaft und Armut der Bauern, wie sie schon längst nirgendwo mehr in Europa zu beobachten sind, und mittelalterliche Hungersnöte – das sind die Folgen davon.

Die kadettische Bourgeoisie will die Agrarfrage auf liberale Weise bei Erhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes dadurch lösen, daß ein Teil des Bodens zu einem „gerechten Preis“ losgekauft wird, wobei den Gutsbesitzern in den Institutionen, die die „Reform“ durchführen, das Übergewicht über die Bauern gegeben wird. Die Bauern tendieren zwangsläufig zur demokratischen Lösung der Agrarfrage. Durch diese demokratische Lösung werden – selbst bei restlosem Übergang des gesamten Bodens an die Bauern ohne Loskauf – die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, der Macht des Geldes, der Warenproduktion, der Herrschaft des Marktes nicht im geringsten angetastet und können auch nicht angetastet werden. Die Bauern stellen sich die Sache zumeist ziemlich nebelhaft vor, und die Volkstümler haben eine ganze Ideologie, eine ganze Lehre geschaffen, die diesen Nebel als irgend etwas „Sozialistisches“ hinstellt – obwohl es selbst in der radikalsten Agrarumwälzung nichts Sozialistisches gibt.

Aber je breiter und stärker die Bauernbewegung sich gestaltet, desto

geringer wird in der Praxis die Bedeutung dieses Nebels, desto mehr tritt der wirkliche, der demokratische Inhalt der bäuerlichen Agrarbestrebungen und Agrarforderungen hervor. Und auf diesem Gebiet, und mehr noch auf dem Gebiet der politischen Fragen, ist die Rolle der Arbeiterdemokratie, ihr Kampf gegen die Unterordnung der Bauern unter die liberale Führung am allerwichtigsten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß alle Erfolge der russischen Demokratie überhaupt – in der Vergangenheit wie in der Zukunft – unlösbar damit verbunden sind, daß die politische Führung der Bauernschaft von den Liberalen auf die Arbeiterdemokratie übergeht. Ohne diesen Übergang sind einigermaßen ernsthafte Erfolge der Demokratie in Rußland unmöglich.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 hat bekanntlich die Wahlrechte gerade der Bauern am schwersten „zerschlagen“. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Zahl der Wahlmänner der Grundbesitzer durch dieses Gesetz von 1952 auf 2594, d. h. um 32,9 Prozent, erhöht wurde, während die Zahl der Wahlmänner der Bauern und Kosaken um über die Hälfte: von 2659 auf 1168, d. h. um 56,1 Prozent, vermindert wurde. Außerdem werden auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni die Dumaabgeordneten der Bauernkurie (offizielle Bezeichnung: „der Konferenz der Bevollmächtigten der Amtsbezirke“) nicht mehr wie früher nur von den bäuerlichen Wahlmännern gewählt, sondern jeweils von der Gesamtheit der Gouvernements-Wahlversammlungen, d. h. von einer Mehrheit von Gutsbesitzern und Großkapitalisten.

Bei einer solchen Ordnung können sich die Bauerndemokraten (die Trudowiki) nur dann Sitze in der Duma sichern, wenn *alle* bäuerlichen Wahlmänner ohne Ausnahme Trudowiki sind. Dann werden die rechten Gutsbesitzer genötigt sein, aus der Bauernkurie Trudowiki zu wählen – so wie sie genötigt waren, aus der Arbeiterkurie Sozialdemokraten zu wählen. Aber selbstverständlich ist der feste Zusammenschluß, die Organisiertheit, das politische Bewußtsein der Bauern weitaus niedriger als bei den Arbeitern. Auf diesem Gebiet bleibt ein noch wenig berührtes Feld für die ernste und dankbare Arbeit der politischen Erziehung. Gerade auf dieses Gebiet muß denn auch das Hauptaugenmerk aller Demokraten und aller Marxisten, die „in die anderen Klassen der Bevölkerung gehen“*, konzentriert werden und nicht auf das Gebiet des Zublinzeln und Koket-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 485. *Die Red.*

tierens mit den konterrevolutionären Liberalen (den Kadetten), ein Gebiet, das die Liquidatoren aus der „Nascha Sarja“ usw. so lieben.

Wir haben schon vergangenes Mal bemerkt, daß sich die Bauernkurie bei den Wahlen zur III. Duma als die demokratischste der nichtproletarischen Kurien erwiesen hat. Aus der Bauernkurie sind in die III. Duma 26 Abgeordnete der Opposition von insgesamt 53 gelangt, d. h. 49%, während aus der Kurie der Städter der 2. Klasse (von der „2. Konferenz der städtischen Wähler“) nur 12 von 28, d. h. 43%, gelangt sind. Demokraten kamen in die III. Duma aus der Bauernkurie 5 von 53, d. h. 10%, aus der Kurie der Städter der 2. Klasse dagegen 2 von 28, d. h. 7%.

Es ist interessant zu untersuchen, aus wieviel Gouvernements und bei welcher Zusammensetzung der Abgeordneten in jedem Gouvernement Vertreter der Opposition aus der Bauernkurie in die III. Duma gekommen sind. Aus 53 Gouvernements, die verpflichtet sind, je einen Abgeordneten aus der Bauernkurie in die Duma zu entsenden, haben 23 Gouvernements Rechte (einschließlich Oktobristen) geschickt, 17 Gouvernements stellten Liberale (Kadetten, Progressisten, Muselmanen) und nur fünf Gouvernements schickten Demokraten (Trudowiki). Aus 8 Gouvernements sind parteilose Bauern gekommen.

Bei näherer Betrachtung der Sache sehen wir, daß kein einziges Gouvernement, in dem die rechten Abgeordneten vorherrschen, auch nur einen Demokraten aus der Bauernkurie zur Duma zuließ. Die Demokraten (Trudowiki) sind ausschließlich aus solchen Gouvernements gekommen, in denen es keinen einzigen rechten Abgeordneten gibt. Diese fünf Gouvernements, Archangelsk, Wjatka, Perm, Stawropol und Tomsk, entsandten insgesamt in die III. Duma 15 Liberale, 8 Trudowiki und 3 Sozialdemokraten. Man kann kaum daran zweifeln, daß es bei größerem politischem Bewußtsein und größerer Organisiertheit der Bauern und Arbeiter in diesen Gouvernements gelungen wäre, die Zahl der Demokraten auf Kosten der Liberalen zu erhöhen.

Es ist hier wohl angebracht zu bemerken, daß wir insgesamt 24 Gouvernements gezählt haben, wo die Abgeordneten der Opposition in der III. Duma gegenüber den Rechten überwiegen; aus 18 von diesen 24 Gouvernements sind ausschließlich Abgeordnete der Opposition in die Duma gekommen. Diese 24 Gouvernements haben 9 rechte Abgeordnete, 2 Parteilose, 55 Liberale, 14 Trudowiki und 8 Sozialdemokraten in die Duma

entsandt. Ein Feld, das, wie der Leser sieht, weit genug ist, um die Zahl der demokratischen Abgeordneten auf Kosten der Liberalen zu vergrößern und um überhaupt die Kleinbourgeoisie und die Bauernschaft dem Einfluß der Liberalen zu entreißen.

Es ist nicht uninteressant, weiter zu bemerken, daß in zehn von 17 Gouvernements, die aus der Bauernkurie Liberale in die Duma brachten, die rechten Abgeordneten gegenüber den Oppositionellen überwiegen. Man muß annehmen, daß es unter den bäuerlichen Wahlmännern dieser Gouvernements in der Regel *überhaupt keine Rechten gegeben hat*, denn sonst wären sie von der rechten Mehrheit der Gouvernements-Wahlversammlungen auch gewählt worden . . .

Die Aufgaben der Arbeiterdemokratie für die Wahlen bezüglich der Bauernschaft sind klar. Unter der verproletarisierenden Bauernschaft muß eine reine Klassenpropaganda betrieben werden. Man muß den Bauern helfen, sich zur Wahl zusammenzuschließen, damit sie auch auf der Grundlage des Wahlgesetzes vom 3. Juni ihre *eigene* – möglichst solide – Vertretung in der IV. Duma bilden können, trotz der Hindernisse sowohl von seiten der Anhänger des alten Regimes als auch von seiten der Liberalen. Die Konsolidierung der Hegemonie der Arbeiterdemokratie muß angestrebt und die ganze Schädlichkeit des Schwankens der Bauerndemokratie zum Liberalismus hin erläutert werden.

IV. LEHREN AUS DER PRAXIS DER WAHLEN ZUR III. DUMA

Um die Aufgaben der Arbeiterdemokratie für die Zeit der Wahlkampagne konkret zu bestimmen, halten wir es für nützlich, möglichst eingehend die Angaben über die Wahlen zur III. Duma aus einigen Gouvernements zu untersuchen. Eine solche Untersuchung hilft erstens, das komplizierte und verworrene Wahlsystem vom 3. Juni klarer zu verstehen und sich fester einzuprägen, und vermittelt zweitens allen an der Wahlkampagne Beteiligten die allerkonkreteste Vorstellung von ihrer Lage als Demokraten, von der „Situation“, in der sie arbeiten müssen. Das Studium der Angaben aus jedem Gouvernement durch die örtlichen Demokraten wird unser Material vervollständigen, wird es berichtigen und ist

jetzt schon von Interesse für jeden, der sich seiner Verpflichtung bewußt ist, an der Wahl teilzunehmen, um die Lohnarbeiter politisch aufzuklären und die Demokratie zu organisieren.

Nehmen wir als Beispiel das Gouvernement Kasan. Es ist in der III. Duma durch 10 Abgeordnete vertreten, die sich zu gleichen Teilen auf die Rechten und die Opposition verteilen: 5 Rechte (darunter 4 Oktobristen und 1 Nationalist) und 5 Liberale (darunter 1 Progressist, 2 Kadetten und 2 Muselmanen). Es gibt weder Trudowiki noch Sozialdemokraten.

Indessen sind die Angaben aus dem Gouvernement Kasan derart, daß man veranlaßt ist, die Aussichten der Demokratie hier als ziemlich ernsthaft anzuerkennen. Die Rechten sind gewählt worden: einer von der Konferenz der Grundbesitzer (Sasonow), drei Oktobristen von der 1. und der 2. Konferenz der städtischen Wähler (darunter einer der wütendsten Konterrevolutionäre, Herr Kapustin, von der 2. Konferenz der städtischen Wähler) und ein Oktobrist von der Konferenz aller Wahlmänner. Die Liberalen sind gewählt worden: einer von der Konferenz der Grundbesitzer, einer von den Bauern (der Kadett Lunin) und drei von der Konferenz aller Wahlmänner.

Aus dem Umstand, daß in der Konferenz aller Wahlmänner drei Liberale und ein Rechter durchgekommen sind, folgt, daß die Liberalen in der Gouvernements-Wahlversammlung die Mehrheit hatten, diese Mehrheit aber nicht stabil war: sonst wäre kein einziger Rechter von der Konferenz aller Wahlmänner gewählt worden. Auf die Labilität der liberalen Mehrheit verweist offenbar auch der Umstand, daß von den Grundbesitzern ein Progressist und ein Rechter gewählt wurden: Der letztere wäre nicht durchgekommen, wenn die liberale Mehrheit stabil gewesen wäre.

Die Zusammensetzung der Wahlmänner nach Kurien ist im Gouvernement Kasan folgende: insgesamt 117; darunter von den Bauern 33, von den Grundbesitzern 50, von der 1. Konferenz der städtischen Wähler 18, von der 2. – 14 und von den Arbeitern 2. Also stellen die Grundbesitzer zusammen mit den Städtern der 1. Kurie die Mehrheit dar ($50 + 18 = 68$ von 117); – bekanntlich ist durch das Gesetz vom 3. Juni in allen Gouvernements entweder eine solche Mehrheit *gesichert*, oder eine noch „zuverlässigere“, d. h. eine Mehrheit einzig und allein aus Grundbesitzern (nur

die Kurie der Grundbesitzer kennt eine absolute Mehrheit von Wahlmännern in der Gouvernements-Wahlversammlung).

Die Liberalen eroberten die Hälfte der Dumasitze, weil sie unter den Grundbesitzern offenbar stark vertreten waren. Unter den Städtern dagegen scheinen die Rechten fast unumschränkt zu herrschen: Ohne eine solche Annahme ist schwer zu erklären, auf welche Weise bei einer liberalen Mehrheit in der Gouvernements-Wahlversammlung in beiden städtischen Konferenzen Rechte durchkommen könnten. Die Kadetten waren genötigt, Rechte zu wählen. Bei der weiter oben vermerkten Labilität der liberalen Mehrheit unter den Wahlmännern eröffnet sich für die Arbeiterdemokratie ein günstiges Wirkungsfeld: die Zwistigkeiten zwischen den Gutsbesitzern und Kapitalisten ausnutzen für die Organisation der Kräfte der Demokratie im allgemeinen und für die Entsendung von Sozialdemokraten und Trudowiki in die Duma im besonderen.

Gäbe es zum Beispiel unter den Wahlmännern 57 Rechte, ebensoviele Liberale und dazu 3 Demokraten (darunter zwei sozialdemokratische Arbeiter und ein bäuerlicher Trudowik), so hätten selbst diese drei genügt, um einen Sozialdemokraten in die Duma zu bringen – schon gar nicht zu sprechen von der dankbaren Aufgabe, demokratische Kräfte zu sammeln, die sich vor diesen drei beim Vorhandensein von 33 Wahlmännern der Bauern eröffnet hätte. Wir haben drei genommen als das Minimum an Unterschriften, das laut Gesetz (Art. 125 der Wahlordnung) für die Aufstellung der Kandidaten erforderlich ist: Kandidaten, die nach den schriftlichen Vorschlägen weniger als drei Stimmen erhalten haben, werden nicht zur Wahl gestellt. Es versteht sich von selbst, daß die vom Gesetz geforderten drei auch hätten zusammengebracht werden können durch den Anschluß von Liberalen an den Demokraten, wenn nur die ersteren nicht so weit „fortschreiten“ (in der Richtung der „Wechi“), daß sie gar in der Gouvernements-Wahlversammlung einen Oktobristen dem Sozialdemokraten vorziehen.

Bei Gleichheit der Kräfte bei den Rechten und bei den Liberalen genügt selbst ein Demokrat, wenn er mit den Rechten gegen die Liberalen und mit den Liberalen gegen die Rechten stimmt, niemanden in die Duma durchkommen läßt und dadurch (auf Grund des Art. 119 der Wahlordnung) eine Unterbrechung erreicht – deren Dauer, nach dem erwähnten Artikel, die Versammlung selbst bestimmt, die aber 12 Stunden nicht über-

schreiten darf – und dann eine Abmachung zwischen Liberalen und Demokraten organisiert unter der Bedingung, daß die letzteren in die Duma entsandt werden.

Das Beispiel des Gouvernements Kasan kann die zwei möglichen Linien der Arbeiterpolitik bei den Wahlen zur IV. Duma illustrieren (und also auch die Linien der Arbeiterpolitik *überhaupt*, denn die Wahlpolitik ist lediglich die Anwendung der allgemeinen Politik auf einen Einzelfall). Die erste Linie: in der Regel für den fortschrittlicheren Kandidaten stimmen ohne jede weitere Festlegung. Die zweite Linie: die Demokratie unter Ausnutzung des Antagonismus zwischen Rechten und Liberalen organisieren. Die ideologische Bedeutung der ersten Linie – passive Unterordnung unter die Hegemonie der Kadetten; das praktische Ergebnis dieser Linie im Falle des Erfolges: die Vergrößerung der oktobristisch-kadettischen Mehrheit in der IV. Duma auf Kosten der rechtsoktobristischen Mehrheit (bei eventueller *Verringerung* der demokratischen Minderheit). Die ideologische Bedeutung der zweiten Linie: Kampf gegen die Hegemonie der Kadetten über die Bauern und über die bürgerliche Demokratie überhaupt; das praktische Ergebnis dieser Linie im Falle des Erfolges: Vergrößerung, Zusammenschluß und Festigung der Gruppe der Demokraten in der IV. Duma.

Die erste Linie liefe in der Praxis auf die Linie der liberalen Arbeiterpolitik hinaus. Die zweite Linie ist marxistische Arbeiterpolitik. Die Bedeutung der einen wie der anderen Linie werden wir noch des öfteren zu erläutern haben.

„Swesda“ Nr. 33, 34, 36 u. 1 (37),
10., 17., 31. Dezember 1911
und 6. Januar 1912.

Nach dem Text der „Swesda“.

Unterschrift: William Frey und W. Frey.

ALTES UND NEUES

Ein Artikel von Nik. Nikolin in Nr. 29 der „Swesda“ unter der charakteristischen Überschrift: „Neues im Alten“ wirft eine Reihe höchst interessanter und wichtiger Fragen auf. Eine Diskussion über diese Fragen ist zweifellos wünschenswert im Interesse einer Klärung der genauen, deutlichen und bestimmten Verhaltenslinie der Anhänger der Arbeiterdemokratie Rußlands.

Der Hauptmangel des Artikels von Nik. Nikolin liegt darin, daß viele seiner Auffassungen ganz unbestimmt sind. Wenn der Verfasser ohne weiteren Kommentar sagt, daß er „vielleicht in vielem nicht einverstanden“ sei mit mir, so muß ich meinerseits sagen, daß es bei N. Nikolin keine Auffassungen gibt, die Meinungsverschiedenheiten hervorrufen könnten, denn es gibt bei ihm überhaupt keine bis zu Ende ausgesprochene Auffassung.

N. Nikolin tritt zum Beispiel entschieden gegen die Leute auf, die annehmen, daß „unsere jetzige Lage . . . annähernd die gleiche sei wie in den ersten Jahren nach 1900“. Er interpretiert diese Auffassung in dem Sinne, daß diese Leute das *Neue* im Alten leugnen. Selbstverständlich haben sie unrecht, wenn sie das leugnen. Selbstverständlich hat N. Nikolin tausendmal recht, daß es im Alten Neues gibt, das man in Betracht zu ziehen, das man auszunutzen verstehen muß. Aber welcher Art eben dieses Neue ist, wie es eben in Betracht zu ziehen ist usw., das sagt Nikolin nicht – und anderseits ist aus seinem Zitat nicht ersichtlich, was eigentlich seine Opponenten unter dem Wort „annähernd“ verstehen. Wenn das Neue im Alten so in Betracht gezogen wird, wie es die russischen Marxisten vor genau drei Jahren in Betracht gezogen haben bei der Einschät-

zung der politischen Lage, die sich nach 3 Jahren Sturm und Drang (d. h. nach 1905–1907) herausgebildet hatte, so wäre es meiner Meinung nach nicht falsch zu sagen: „Unsere jetzige Lage ist *annähernd* die gleiche wie in den ersten Jahren nach 1900.“ Wenn jedoch eine derartige Auffassung ohne vorherige genaue, klare, bestimmte Einschätzung der Lage und ohne Einschätzung der Aufgaben dargelegt wird, dann ist sie allerdings unrichtig.

Alte Aufgaben, alte Methoden ihrer Lösung, neue Verfahren bei der Vorbereitung zu ihrer Lösung – so könnte man, meiner Ansicht nach, ungefähr die Antwort wiedergeben, die vor 3 Jahren gegeben worden ist. Die von Nik. Nikolin so leidenschaftlich und so richtig verteidigte Teilnahme an der III. Duma ist vom Standpunkt dieser Antwort *unbedingt* notwendig. Jene „Strömung“, die diese Teilnahme negiert oder bis heute Bedenken trägt, sich offen, klar, ohne alle Ausflüchte für die Teilnahme an der III. Duma auszusprechen, mißbraucht die Bezeichnung Arbeiterdemokratie. In Wirklichkeit steht diese Strömung außerhalb der Arbeiterdemokratie, ist sie eine „berechtigte Schattierung“ des anarchistischen und keineswegs des marxistischen Ideenkreises.

Nehmen wir die Frage des „Überbaus“. „Früher konnte es scheinen“, schreibt Nik. Nikolin, „daß die Bürokratie der einzige und hauptsächlichste Feind ‚ganz Russlands‘ sei – heute glaubt das schon niemand mehr . . . Wir wissen ziemlich gut, daß die Markow, Krestownikow, Wolkonski, Purischkewitsch, Gutschkow, Chomjakow, Awdakow u. a. – alle Repräsentanten jenes sozialen Milieus sind, aus dem die Bürokratie ihre Kräfte schöpft und die Motive für ihre Tätigkeit erhält.“

Völlig richtig und außerordentlich wertvoll ist, daß Nik. Nikolin hier den Zusammenhang der „Bürokratie“ mit den Spitzen der Handels- und Industriebourgeoisie betont. Diesen Zusammenhang bestreiten, den bürgerlichen Charakter der gegenwärtigen Agrarpolitik bestreiten, überhaupt den „Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“ bestreiten können nur Leute, die sich in das Neue, das das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gebracht hat, absolut nicht hineingedacht haben, die die wechselseitige Abhängigkeit der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Rußland und die Bedeutung der III. Duma absolut nicht begreifen.

Es genügt jedoch nicht, den Zusammenhang anzuerkennen, der kon-

krete Charakter dieses Zusammenhangs muß gezeigt werden. Ein Schritt auf dem Wege der Umwandlung in etwas Neues beseitigt keineswegs das Alte, sagen wir, das „bürokratische“ System mit seiner weitgehenden Selbständigkeit und Unabhängigkeit, mit seiner „Eigenart“ à la Tolmatschow und Reinbot (usw. usf.), mit seiner fehlenden Finanzkontrolle. Die Bürokratie, die aus der Unterstützung durch die Spitzen der Bourgeoisie „ihre Kräfte schöpft“, rekrutiert sich *nicht* aus diesen Spitzen, sondern aus dem alten, ganz alten Land- und Dienstadel, der aus Zeiten stammt, die nicht nur vor der Revolution (vor 1905), sondern sogar vor der Reform (vor 1861) liegen. Die Bürokratie, die in bedeutendem Maße von den Spitzen der Bourgeoisie „die Motive für ihre Tätigkeit erhält“, gibt der bürgerlichen Tätigkeit rein fronherrliche, ausschließlich fronherrliche *Richtung und Gestalt*. Denn wenn es einen Unterschied zwischen dem bourgeoisen Charakter des preußischen Junkers und dem des amerikanischen Farmers gibt (obwohl sie beide ohne Zweifel Bourgeois sind), so ist der Unterschied zwischen dem bourgeoisen Charakter des preußischen Junkers und dem „bourgeoisen Charakter“ der Markow und Purischkewitsch nicht weniger offensichtlich und nicht minder groß. Im Vergleich zu diesen letzteren sind die preußischen Junker geradezu „Europäer“!

Der hauptsächlichste, fundamentale und verhängnisvolle Fehler zum Beispiel M. Alexandrows in seinem bekannten Buch besteht darin, daß er die außerordentlich große Selbständigkeit und Unabhängigkeit der „Bürokratie“ vergißt, und N. R-kow steigert in Nr. 9/10 der liquidatorischen „Nascha Sarja“ diesen Fehler bis zur Absurdität. Eine genaue Bestimmung, wieviel an Altem im Bereich des sogenannten „bürokratischen“ Regimes verblieben ist und was eigentlich für eine Veränderung, richtiger: Modifizierung, durch das „Neue“ vorgenommen wurde, ist lediglich in der obenerwähnten, vor drei Jahren erteilten Antwort gegeben worden.

Obgleich ich das „Suchen nach anderen Mitteln und Wegen“ keineswegs ablehne und der Erörterung, der abermaligen und wiederholten Erörterung direkter Antworten auf die verfluchten Fragen außerordentlich großen Wert beimesse, muß ich doch unbedingt gegen die Konterbande protestieren, die zum Beispiel die Liquidatoren unter der Flagge des „Suchens“ einschmuggeln. Es ist offensichtlich, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „suchenden“ N. R-kow und den „suchenden“ Potressow, Jeshow und Tschazki Meinungsverschiedenheiten sind,

die Einzelheiten der liberalen Arbeiterpolitik betreffen. Alle diese „Suchenden“ stehen auf dem Boden eben einer liberalen und nicht der marxistischen Arbeiterpolitik! Es ist eine Sache, „Wege zu suchen“ und sie vom marxistischen Standpunkt in Büchern, Zeitschriften usw. zu erörtern – eine andere Sache ist es, mit bestimmten Antworten in praktisch führenden Organen aufzutreten.

Nehmen wir die Frage der „Romantik“. Nik. Nikolin verurteilt die Romantik als etwas hoffnungslos überlebtes „Altes“ und führt als Beispiel an: „Dem Liberalen schien es, daß er in der Rolle des Verteidigers aller Unterdrückten aufträte, dem Sozialisten jedoch, daß hinter ihm das ganze denkende und arbeitende Rußland stehe.“ Das Beispiel bezieht sich auf das Nichtverstehen des Klassenkampfes, und Nikolin hätte natürlich völlig recht gehabt, wenn er erklärt hätte, daß ein derartiger „Sozialist“ – offenbar ein Volkstümler – in Wirklichkeit überhaupt kein Sozialist, sondern ein *Demokrat* ist, der seinen Demokratismus in eine pseudo-sozialistische Phraseologie kleidet. Wenn man jedoch über die Romantik spricht, so darf man nicht die in der meistverbreiteten Presse, nämlich der liberalen Presse, dominierende wechistische, d. h. konterrevolutionäre Auslegung dieses Terminus übergehen. Man muß gegen eine solche Auslegung auftreten. Man muß jenes „Neue“ vermerken, daß der Liberalismus in Rußland eine liberale „Wechi“-Richtung geschaffen hat, von der sich die Herren Miljukow nur in Worten, nur diplomatisch lossagen, während sie in Wirklichkeit „Wechi“-Politik treiben.

Hieraus ergibt sich auch eine praktische Schlußfolgerung von erstrangiger Wichtigkeit: Die Scheidelinie zwischen Liberalismus und Demokratie muß auf Grund der „neuen“ Erfahrungen der ersten zehn Jahre des 20. Jahrhunderts klarer gezogen werden. „Die liberale Opposition mit der Reaktion vermengen“ ist natürlich absurd, aber diese Schlußfolgerung (die von Nikolin gezogen wird) ist ohne die Schlußfolgerung, die von mir eben dargelegt wurde, entschieden ungenügend.

Überhaupt ist gerade in den Schlußfolgerungen von Nik. Nikolin sein Grundfehler zum Ausdruck gekommen: die Unbestimmtheit und seine Art, die Dinge nicht bis zu Ende auszusprechen. Man nehme seine erste Schlußfolgerung: „Ebenso schädlich wie die unbesonnene Passion für die alten Methoden des Handelns ist auch die ausgesprochen negative Einstellung zu ihnen.“ Diese Schlußfolgerung ist meiner Meinung nach nicht

dialektisch, sondern eklektisch. Das Unbesonnene ist unbesonnen und darum stets und unbedingt schädlich; darüber zu sprechen erübrigt sich. Um diesem Teil der Schlußfolgerung lebendige, dialektische Bedeutung zu verleihen, müßte beispielsweise gesagt werden: Der Versuch, die Ablehnung der Teilnahme an der III. oder IV. Duma unter Berufung auf alte Methoden des Handelns zu rechtfertigen, sei ein sehr grober Fehler, eine hohle Phrase, eine inhaltslose Akklamation, obwohl oder, richtiger, gerade weil eine ganz klare positive Einstellung zu diesen Methoden unerläßlich ist.

Da es mir nicht möglich war, länger bei dieser Frage zu verweilen, habe ich beiläufig auf diese Art zu zeigen versucht, wie nach meiner Ansicht der zweite Teil der von mir zitierten Schlußfolgerung berichtigt werden müßte.

„Swesda“ Nr. 33,
10. Dezember 1911.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der „Swesda“.

BERATUNG DER BOLSCHEWISTISCHEN GRUPPEN IM AUSLAND ¹²⁸

14.–17. (27.–30.) Dezember 1911

1

RESOLUTIONSENTWURF ZUM BERICHT ÜBER DIE LAGE IN DER PARTEI

Die Organisierung der sozialdemokratischen Parteikräfte im Ausland und die Aufgaben der Bolschewiki

Der Zustand der sozialdemokratischen Organisationen im Ausland ist gegenwärtig ganz anormal.

Von 1908 an, als die sozialdemokratische Publikationstätigkeit mehr und mehr ins Ausland verlegt wurde, war schon vor dem Plenum, infolge der völligen Loslösung der menschewistischen Gruppen von der Partei, in allen wichtigen Zentren eine vollständige organisatorische Spaltung zu verzeichnen.

Das Plenum (Januar 1910) versuchte auf Grundlage der von ihm einstimmig bestätigten antiliquidatorischen und antiotsowistischen Linie, die Einheit zu schaffen, wobei besonders eindringlich dazu aufgerufen wurde, die völlige Einheit im Ausland herzustellen.

In Wirklichkeit jedoch kam, da die Liquidatoren und Otsowisten die Bedingungen des Plenums nicht erfüllten, nach dem Plenum nirgendwo eine Vereinigung der Auslandsgruppen zustande. Im Gegenteil, es ergab sich ein noch größerer Zerfall, denn faktisch trennten sich die „Wperjod“-Leute von den Bolschewiki, die Plechanowleute von den Menschewiki. Die Parallelen – die „ersten“ und die „zweiten“ oder die menschewistischen und die bolschewistischen Gruppen – existierten traditionsgemäß weiter,

ohne in Wirklichkeit in irgendeiner Weise die einigermaßen solidarisch gesinnten Elemente, die fähig wären, eine gemeinsame sozialdemokratische Arbeit zu leisten, zu vereinigen.

Gegenwärtig gibt es im Ausland faktisch fraktionell isolierte – miteinander rein formal und teilweise überhaupt nicht in Verbindung stehende – Gruppen der Bolschewiki, der „Versöhnler“, der „Wperjod“-Leute, der „Golos“-Leute und der Plechanowleute; sie sind völlig unabhängig voneinander, verfolgen in ideologischer Hinsicht verschiedene Linien und haben separate Verbindungen zu den einen oder anderen sozialdemokratischen Elementen in Rußland.

Die Bildung der Russischen Organisationskommission mit den Kräften der Bolschewiki und der parteitreuen Menschewiki und das energische Herangehen dieses Kollegiums der Russischen Organisationskommission an die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz der SDAPR bewirkt den entscheidenden Umschwung in der Geschichte der Partei und zeigt den einzig möglichen und vom Leben vorgezeichneten Ausweg aus dem Zustand der Desorganisation und des Zerfalls.

Eine wirklich sozialdemokratische Arbeit leisteten nach dem Plenum – besonders einmütig während des Jahres 1910 – faktisch nur die Bolschewiki und die parteitreuen Menschewiki. Die „Golos“-Leute stellen außer einer Auslandsabteilung der russischen Liquidatorengruppe „*Delo Sbisni*“ und „*Nascha Sarja*“, die sich außerhalb der Partei gestellt hat, überhaupt nichts dar, und die Auslandsgruppe „Wperjod“, die weiterhin den Otsowismus deckt und durch ihren Führer Lunatscharski eine religiöse Propaganda betreibt, arbeitet ganz und gar nicht in sozialdemokratischem Sinne.

Jetzt ist die ROK, die von den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki gegründet wurde und von fast allen örtlichen sozialdemokratischen Organisationen in Rußland unterstützt wird, faktisch das einzige und ganz und gar rechtmäßige Zentrum der sozialdemokratischen Parteiarbeit.

Die Beratung schließt sich zusammen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Organisation der Bolschewiki im Ausland und macht diejenigen Gruppen für die fortgesetzte Spaltung im Ausland verantwortlich, die nicht das russische Zentrum, die ROK, zu unterstützen bestrebt sind oder die das „Paktiererspiel“ der von Rußland losgelösten Gruppen fortsetzen

und damit die nichtsozialdemokratischen Gruppen, die sich von der Arbeit in Rußland losgelöst haben, unterstützen.

Die Organisation der Bolschewiki im Ausland wird nach wie vor alle Anstrengungen machen, um, ohne Unterschied der Strömungen, alle Sozialdemokraten zu gewinnen, die die ROK zu unterstützen gewillt sind und die eine parteiliche, d. h. antiliquidatorische und antiotsowistische (wie gegen das Gottbildnertum gerichtete) Linie vertreten, [damit diese] sich an sie anschließen und sich mit ihnen in einer einheitlichen Parteiorganisation vereinigen.

Kampf gegen die liquidatorischen und otsowistischen Strömungen, Kampf gegen den Zerfall, der von den prinzipienlosen Auslandsgruppen ausgeht – Mitwirkung beim Zusammenschluß aller wirklich parteitreuen Sozialdemokraten und der parteitreuen Menschewiki im besonderen – Unterstützung der ROK – das sind die praktischen Aufgaben der Parteiorganisation im Ausland. Als Organe, die von den parteitreuen Sozialdemokraten unterstützt werden müssen, betrachten wir das Zentralorgan und gleichermaßen die „Rabotschaja Gaseta“, denn ein Beiseitedrängen der parteitreuen Menschewiki (im Ausland) kann durch nichts gerechtfertigt werden, und in den erwähnten Organen ist keinerlei Veränderung der den Parteibeschlüssen entsprechenden Linie enthalten.

*Geschrieben im Dezember 1911,
nicht später als am 14. (27.).*

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

Nach dem Manuskript.

2

RESOLUTION ÜBER
DIE RUSSISCHE ORGANISATIONSKOMMISSION
ZUR EINBERUFUNG DER KONFERENZ¹²³

Die Beratung konstatiert, daß die Partei schon seit langem, seit mindestens zwei Jahren, die unaufschiebbare Notwendigkeit der Einberufung einer Parteikonferenz anerkennt. Nun ist endlich, allen Hindernissen zum Trotz, ein entschlossener Schritt zur Durchführung dieser Angelegenheit getan worden. In Rußland wurde die ROK gebildet, die von allen örtlichen Organisationen (Kiew, Baku, Tiflis, Jekaterinoslaw, Jekaterinburg, St. Petersburg, Moskau, Nikolajew, Saratow, Kasan, Wilna, Dwinsk, Nishni-Nowgorod, Sormowo, Samara, Tjumen, Rostow u. a.) unterstützt wird.

Die Beratung begrüßt die Bildung der ROK und erklärt, daß es die Pflicht jedes parteitreuen Sozialdemokraten ist, sie nach besten Kräften zu unterstützen.

Geschrieben am 17. (30.) Dezember 1911.

*Veröffentlicht am 12. Januar 1912
in den „Mitteilungen“ des Komitees
der Auslandsorganisation.*

*Nach dem Text der
„Mitteilungen“.*

PRINZIPIELLE FRAGEN DER WAHLKAMPAGNE

I

Die Wahlen zur IV. Duma stehen schon vor der Tür und die Frage der Wahlkampagne rückt naturgemäß auf die Tagesordnung. Es erübrigt sich zu sagen, daß jegliche Schwankungen in der Frage, ob vom Standpunkt des Marxismus eine Beteiligung an den Wahlen notwendig ist, absolut unzulässig sind: Nicht innerhalb der Grenzen des Marxismus und der Arbeiterpartei, sondern allein *außerhalb* dieser Grenzen können Ansichten, die hinsichtlich der Teilnahme negativ oder unbestimmt oder gar gleichgültig sind, als „berechtigte“ Schattierungen anerkannt werden. Es ist irgendwie peinlich, diese schon vor vielen Jahren (seit Ende 1907) bewiesene und durch die Erfahrung bestätigte elementare Wahrheit zu wiederholen, aber sie muß wiederholt werden, denn das schlimmste Übel sind heute für uns *Zerfall und Zerfahrenheit*. Diese Zerfahrenheit und diesen Zerfall unterstützen nicht nur jene, die auf elementare Fragen unbestimmte oder ausweichende Antworten geben, sondern auch jene, die aus Diplomatie, Prinzipienlosigkeit usw. die Unbestimmtheit und das Ausweichen verfechten.

Die Wahlen zur Reichsduma veranlassen natürlich alle Marxisten, alle, die in der Arbeiterbewegung mitarbeiten, alle Kräfte einzusetzen für eine energische, hartnäckige Arbeit voll Initiative auf allen Gebieten dieser Bewegung. Jene Antworten auf die Fragen nach dem prinzipiellen programmatischen, politischen, organisatorischen Inhalt sowie der Richtung dieser Arbeit, die im Verlauf der letzten Jahre ausgearbeitet worden sind, müssen jetzt ihre unmittelbare praktische Anwendung auf dem speziellen Tätigkeitsgebiet der „Wahlen“ finden.

Wir sprechen absichtlich von den schon ausgearbeiteten Antworten. Es wäre in der Tat lächerlich zu glauben, daß es jetzt, einige Monate oder sei es selbst ein Jahr vor den Wahlen, gelingen könnte, Antworten zu „finden“, wenn sie nicht schon gefunden, durchdacht und in der Erfahrung einer mehrjährigen Tätigkeit erprobt worden wären. Handelt es sich doch um die Antworten auf *alle* die „verfluchten Fragen“, die sich auf die allgemeine Weltanschauung wie auch auf die Einschätzung der vergangenen, unerhört ereignisreichen Periode der russischen Geschichte beziehen; auf die Einschätzung der Periode, die wir jetzt durchleben (die sich in ihren Grundzügen nicht später als seit 1908 herausgebildet hat), wie auch auf die politischen und organisatorischen Probleme, die jeder Funktionär der Arbeiterbewegung in den letzten, sagen wir, vier Jahren so oder anders zu lösen suchte. Die ausgearbeiteten Antworten und Arbeitsmethoden auf das gegebene besondere Arbeitsgebiet anwenden, auf die Wahlen zur IV. Duma, darum eben kann es sich jetzt nur handeln; davon zu sprechen, daß „im Prozeß der Wahlkampagne, d. h. auf *einem* der Tätigkeitsgebiete Antworten auf Fragen ausgearbeitet werden können, die *alle* Tätigkeitsgebiete angehen, die nicht nur das Jahr 1912, sondern die ganze mit dem Jahr 1908 beginnende Periode betreffen“ – davon zu sprechen würde bedeuten, sich mit Illusionen zu trösten oder die herrschende Zerfahrenheit und den Zerfall zu bemänteln, zu rechtfertigen.

Es handelt sich um Antworten auf Fragen, die vor allem das Programm betreffen. Was haben in dieser Beziehung die letzten vier Jahre des Lebens in Rußland gebracht? Jedermann wird zugeben müssen, daß sie keinerlei Versuche einer Revision oder Berichtigung oder einer weiteren Ausarbeitung des alten Programms der Marxisten in seinem prinzipiellen Teil gebracht haben. Charakteristisch für die „gegenwärtige Periode“ – es wäre in vieler Hinsicht richtiger, sie als Periode der „Stagnation“ oder des „Zerfalls“ zu bezeichnen – ist das verächtliche Abtun des Programms und das Bestreben, es auf alle mögliche Weise zu kürzen, zu beschneiden, *ohne* den geringsten Versuch einer echten, entschiedenen Revision zu machen. Der „Revisionismus“ in seiner spezifischen Bedeutung als einer bürgerlichen Kastration der marxistischen Wahrheiten ist für die Epoche, die wir durchleben, charakteristisch nicht als kämpferischer Revisionismus, der das „Banner des Aufstands“ erhebt (und sei es auch nur so, wie das in Deutschland Bernstein vor etwa 10 Jahren und in Rußland Struve vor

15 Jahren oder Prokopowitsch etwas später taten), sondern als eine feige, versteckte Verleugnung, die häufig mit „praktischen“, vornehmlich mit angeblich praktischen Erwägungen gerechtfertigt wird. Die Nachfolger und Fortführer des „Werks“ von Struve und Prokopowitsch, die Herren Potressow, Maslow, Lewizki und Co., trugen „ihr Teil“ zu der herrschenden Auflösung bei und unterstützten sie (wie von der anderen Seite Juschkewitsch, Bogdanow, Lunatscharski usw.) durch zumeist zaghafte und unsystematische Versuche, den „alten“ Marxismus über Bord zu werfen und ihn durch eine „neue“ bürgerliche Lehre zu ersetzen. Die theoretischen Fragen wurden in den letzten vier Jahren nicht zufällig, nicht wegen einer Laune von „Gruppen“ auf einen der ersten Plätze gerückt. Zu den „Bagatellen“ werden diese Fragen, wenigstens in dem einen oder anderen ihrer Teile, nur von Leuten gerechnet, die ängstlich das Alte verleugnen. Und wenn jetzt über die Verteidigung des Programms und der Weltanschauung des Marxismus im Zusammenhang mit der Wahlkampagne, im „Prozeß“ der Wahlkampagne usw. gesprochen wird – wenn darüber gesprochen werden soll, nicht bloß um der „offiziellen“ Pflicht Genüge zu tun und nicht darum, um gar nichts zu sagen, dann dürfen nicht Worte, nicht Versprechungen, nicht Beteuerungen in Betracht gezogen werden, sondern eben die *Erfahrungen* der hinter uns liegenden vier Jahre. Diese haben uns faktisch stets aufs Neue eine ganze Reihe „unzuverlässiger Mitläufer“ des Marxismus unter unserer Intelligenz (die häufig marxistisch sein wollte) gezeigt, sie haben in den Köpfen der denkenden Arbeiter die Bedeutung der marxistischen Theorie und des marxistischen Programms in seiner ungekürzten Form *erhöht*.

Es gibt Fragenkomplexe, in denen das Programm sich der Taktik nähert und in sie übergeht. Diese Fragen erlangen in der Zeit der Wahlkampagne natürlich eine weitaus größere unmittelbare praktische Bedeutung. In diesen Fragen ist der Geist der Verleugnung und der Auflösung unvergleichlich stärker zutage getreten. Die alten Aufgaben entfallen, sagten die einen, denn in Rußland ist im Grunde genommen die Staatsmacht schon bürgerlich geworden. Die Entwicklung Rußlands kann von nun an, erklärten die anderen, so verlaufen wie die Entwicklung Deutschlands oder Osterreichs nach dem Jahre 1848, ohne jegliche „Sprünge“. Die Idee der Hegemonie der Arbeiterklasse ist veraltet, sagten die dritten, die

Marxisten sollen „keine Hegemonie, sondern eine Klassenpartei“ anstreben usw.

Es erübrigt sich darüber zu sprechen, daß keine einzige, buchstäblich keine einzige Frage der Taktik gelöst werden kann, einigermaßen im ganzen, vollständig, zusammenhängend behandelt werden kann ohne eine Analyse dieser Ideen, die zu Recht „liquidatorisch“ genannt werden und die unlösbar verbunden sind mit dem breiten Strom der bürgerlichen öffentlichen Meinung, die sich vom Demokratismus abwendet. Wer nur einigermaßen aufmerksam das praktische Leben beobachtet hat, der weiß, daß die Zerfahrenheit im Bereich dieser Fragen hundertmal stärker ist, als aus der Literatur ersichtlich. Anders kann es freilich auch nicht sein in den Jahren, die auf die Ereignisse von Ende 1905 und der Jahre 1906/1907 folgen. Aber je „natürlicher“ (in einem bürgerlichen Milieu) dieser Zerfall ist, desto dringender und aktueller ist für die Marxisten die Aufgabe, ihn allseitig und beharrlich zu bekämpfen.

In Perioden von der Art der letzten vier Jahre in Rußland waren Zerfall und Renegatentum allen Ländern eigentümlich: Es ist vorgekommen, daß nicht einmal Gruppen übrigblieben, sondern lediglich einzelne Personen, die es zehn und mehr Jahre hindurch vermochten, in einer solchen Situation „das Banner hochzuhalten“, die Kontinuität der Ideen zu wahren und in der Folge diese Ideen in einer sozialpolitisch stark veränderten Situation wieder wirksam werden zu lassen. In Rußland steht die Sache noch nicht so schlecht, denn uns ist als „Erbe“ sowohl ein Programm geblieben als auch fest umrissene Antworten auf die grundlegenden taktischen und organisatorischen Fragen des „Augenblicks“. Die liquidatorische Strömung, die diese Antwort verleugnet, vermag ihr nichts, absolut nichts entgegenzustellen, was einer präzisen und klaren Antwort ähnlich wäre.

Die Wahlkampagne ist die Anwendung einer bestimmten Lösung politischer Fragen auf die komplizierte propagandistische, agitatorische, organisatorische usw. Tätigkeit. Man kann diese Kampagne nicht in Angriff nehmen, ohne eine bestimmte Lösung zu haben. Und die fest umrissene Antwort, die der Marxismus seit 1908 gegeben hat, ist durch die Erfahrung der vier Jahre vollauf bestätigt worden. Der neue, bürgerliche Inhalt der Agrarpolitik der Regierung; die Organisation der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in der III. Duma; das Verhalten selbst der am weitesten

„links“ stehenden unter den bürgerlichen Parteien – der Kadetten –, das durch die „Londoner“ Reise, aber keineswegs durch sie allein, so grell beleuchtet worden ist; die ideologischen Strömungen vom Typ der „Wechi“-Strömung, die enorme Erfolge in der „gebildeten“ Gesellschaft hatten – all das hat klar gezeigt, daß die alten Aufgaben nicht gelöst sind, daß ihre Lösung aber vorbereitet werden muß in einer neuen Situation, die stärker ausgeprägten bürgerlichen Charakter trägt, in einer Situation, da die Bourgeoisie sich systematisch vom Demokratismus *wegwendet* und sich einer verantwortlichen, parteigebundenen „loyalen“ usw. „Opposition“ zuwendet. Eine neue Situation, neue Methoden der Vorbereitung zur alten Lösung der alten Probleme; weitgehende Klarheit über den Bruch zwischen der Demokratie und der antidemokratischen liberalen Bourgeoisie – das sind die grundlegenden Züge der fest umrissenen Antwort der Marxisten auf die fundamentalen politischen Fragen der Gegenwart.

In unlösbarem Zusammenhang mit der allgemeinen Weltanschauung der Marxisten, mit ihrer Einschätzung des politischen Sinns und der Bedeutung der Periode des „3. Juni“ steht die Antwort auf die organisatorischen Fragen. Die Erhaltung des Alten in seiner Grundlage und seine Anpassung – allerlei sogenannte „Möglichkeiten“: offene Vereinigungen, Verbände usw. – an die neue Situation. Zellen, umgeben von einem Netz von in Verbindung mit ihnen stehender Elemente, die von den Zellen angeleitet werden. Größere Wendigkeit der „Zellen“, Annahme von elastischeren, nicht in allem den alten ähnlichen Formen – und unbedingte Ausnutzung nicht nur der Dumatribüne, sondern auch jeglicher ähnlicher „Möglichkeiten“. Ohne sich im geringsten die Hände zu binden durch irgendwelche einförmige Normen, durch irgendwelche obligatorische Formen und unter Vorbehalt eines großen Spielraums für die Ausarbeitung zweckentsprechender Verfahren und Methoden der Kombination, ist diese Antwort unerschütterlich „fest“ im Prinzipiellen – sie stellt nämlich der herrschenden Zerfahrenheit, dem Renegatentum, der Konfusion nicht nur eine verbale Proklamation der Treue zum Alten entgegen, sondern auch das grundlegende organisatorische Prinzip, das gestattet, der ideologischen Standhaftigkeit eine feste Form im Leben zu geben. Diejenigen, und seien es auch wenige, die einen „Vorrat gesammelt haben“, schließen sich zusammen und schützen systematisch die „Hierarchie“: ihren Geist,

ihre Lehre, ihre Prinzipien, ihre Traditionen, aber natürlich nicht ihre Formen.

Das Liquidatorentum demgegenüber streicht die Segel vor der (ganz und gar nicht bei uns allein, keineswegs nur in der Arbeiterklasse, sondern stärker noch in anderen Klassen und Parteien) herrschenden Formlosigkeit, wirft die Arbeit am Alten hin und macht aus dem Suchen nach dem „Neuen“ eine Legitimierung der Zersetzung. In der breiten geistigen Strömung der bürgerlichen Gesellschaft, die sich gegen die Demokratie im allgemeinen, speziell gegen die Bewegung der Massen, gegen die jüngsten Formen der Organisierung und Führung dieser Bewegung im besonderen richtet, ist das Liquidatorentum unter den Marxisten lediglich ein Bächlein.

Das sind die allgemeinen Sätze des Marxismus, seine Stellung zu den Aufgaben und Fragen der Gegenwart, die, wir wiederholen es, nicht erst seit gestern ausgearbeitet worden ist und die nunmehr mit ihrem ganzen ideologischen, programmatischen, taktischen, organisatorischen Gehalt in die „Wahlkampagne“ umgesetzt werden muß.

II

Wenden wir uns der Untersuchung des Standpunkts zu, den das Hauptorgan der liquidatorischen Strömung, „Nascha Sarja“, in der Frage der Wahlkampagne eingenommen hat.

Es gibt nichts, was zum Geist des Marxismus mehr im Gegensatz steht als Phrasendrescherei. Und was vor allem in den Nummern 6 und 7/8 der „Nascha Sarja“ unangenehm überrascht, ist das unglaubliche hemmungslose Sichaustoben in geradezu Tartarinscher* Phrasendrescherei. Eine für die Marxisten aller Länder so gewöhnliche Kampagne wie eine Wahlkampagne, die selbst in Rußland schon zweimal in breitem Maßstab durchgeführt worden ist, wird von den Tartarin unseres Liquidatorentums zu etwas gemacht, das mit solch geschwätzigem Worten, Worten und Worten breitgetreten wird, daß es geradezu unerträglich erscheint.

In dem Artikel: „Es ist Zeit zu beginnen“, beginnt Herr Juri Tschazki mit der Darlegung der Auffassungen der Liquidatoren und beendet im

* Tartarin von Tarascon – Gestalt aus Werken von A. Daudet, Typ eines Prahlhanses. Der Übers.

Grunde genommen diese Darlegung wie ein gnädiger Herr, indem er Herrn L. Martow die Ausschmückung, die Retusche, die literarische Verzierung überläßt.

Hier eine Probe des Geschreibsels von Juri Tartarin:

„Man kann wohl kaum sicher damit rechnen, daß die Wahlkampagne in organisatorischer Hinsicht völlig zentralisiert durchgeführt werden wird, obgleich das auf allen den Wegen angestrebt werden muß, über die wir gesprochen haben . . . indem die Resultate der politischen Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeiter im Verlauf der politischen Kampagne organisatorisch verankert werden . . .“

Gott behüte, liebster Konkurrent Trotzki! Wozu muß eigentlich der Leser im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen betäubt werden mit diesem Schwall von Worten über Resultate der politischen Vereinigung im Verlauf der politischen Kampagne! Über die Verankerung dieser Resultate! Das ist doch nur ein Schwall von Worten, eine Wichtigtuerei mit breitspurigen Wiederholungen einfacher Dinge. Organisatorische „Verankerung“ ist immer notwendig, sowohl vor als auch nach den Wahlen. Indem Sie die Wahlen eine politische Kampagne nennen und, „wegen der Wichtigkeit“, auch noch von „einer Reihe (!) gesamtrussischer (!) politischer Kampagnen“ sprechen, verschütten Sie mit diesem Wortgerassel und -geprassel die wirklich brennende, lebendige, praktische Frage: wie man sich organisieren soll. Braucht man „Zellen“ und um sie herum ein Netz von mehr oder minder offenen losen Verbänden? Ja oder nein? Wenn ja, dann braucht man sie sowohl vor als auch nach der Wahl; Wahlen – das ist nur eine Arbeit, eine von vielen. Wenn nicht schon lange eine systematische Arbeit geleistet wurde, werden Sie im Verlauf der Wahlkampagne nichts „verankern“. Jeder Praktiker versteht, daß das dummes Zeug ist. Mit tönenden Phrasen wird hier das Fehlen einer präzisen Antwort auf die grundlegende Frage verschleiert, wie man sich für jede Tätigkeit und nicht nur für die Wahlarbeit organisieren soll.

Aus Anlaß der Wahlen von einer „Kampfmobilisierung des Proletariats“ (sic! S. 49), von einer „breiten und offenen Mobilisierung der Arbeitermassen“ (S. 54) usw. usf. zu sprechen, bedeutet, nicht nur keinerlei Gefühl für Maß zu haben, sondern die bescheidene, notwendigerweise bescheidene Arbeit dadurch unmittelbar zu schädigen, indem eine Phrasendrescherei von genau der gleichen Qualität wie bei den „Otsowisten“,

„Ultimatisten“ usw. herangezuchtet wird. Bei diesen kommt es so heraus, daß durch den Boykott besonders unterstrichen werden soll, daß der „Geist“ nicht begraben worden sei (aber der „Geist“ der Arbeit soll doch alle Arbeitsgebiete einschließlich der Wahlarbeit durchdringen) – bei den Schreiern des Liquidatorentums kommt es so heraus, daß die Wahlen alles bringen werden, sowohl die „Kampfmobilisierung“ (daß sich der russische „Auch-Marxist“ nicht schämt, solche Sachen zu schreiben!) als auch eine „organisatorische Verankerung der Resultate der politischen Vereinigung im Verlauf der politischen Kampagne“! Wir alle wissen ausgezeichnet, daß die Wahlen im Jahre 1912 (wenn nicht Verhältnisse eintreten, durch die die Bedingungen der Jahre 1908 und 1911 radikal verändert werden) weder eine „breite“ noch eine „offene“ „Mobilisierung der Massen“ bringen werden und bringen können. Sie werden eine bescheidene Möglichkeit für eine nicht breite und nicht sehr offene Arbeit bieten, und diese Möglichkeit gilt es auszunutzen, aber nicht Trotzki nachzuzahlen im Dreschen aufgeblasener Phrasen.

Das Geschrei über „offene“ Organisationen anlässlich der Wahlen ist direkt unklug: Laßt uns doch lieber *nicht sehr* offen handeln, Kollegen Arbeiter, sagen wir – das wird richtiger, angebrachter, vernünftiger, *nützlicher* sein, um auf *breitere Schichten* einwirken zu können, als das Geschwätz über eine „offene“ Existenz. In einer Zeit wie der unsrigen schreien und prahlen: „ich aber vermag alles offen zu machen“, können nur entweder ganz bornierte oder ganz leichtsinnige Leute.

„Die Partei (der Klasse) entsteht lediglich als Produkt der organisatorischen schöpferischen Arbeit der selbsttätigen Arbeiteravantgarde.“ (S. 41.)

Uff! Seien Sie gnädig! In der ganzen Welt wurde doch die Partei in Jahrzehnten sowohl von den fortgeschrittenen Arbeitern als auch von wirklich marxistischen, ganz und gar auf die Seite der Arbeiter übergehenden „Intellektuellen“ gebildet und geformt. Auch bei uns *kann es nicht anders sein*, und es ist unsinnig, den russischen Arbeiterleser vor den Kopf zu stoßen mit diesem blühenden Blödsinn über die „schöpferische Arbeit“ (wo man sich doch die elementarsten Grundlagen einzuprägen hat und die kleinen, einfachen Steinchen für das Fundament herbeitragen muß), über die „selbsttätige“ Avantgarde usw. Herr Martow ist ebenfalls von Tschazki-Tartarin hingerissen und versteigt sich bis zu den „selbstbewußten Elementen der Arbeiterklasse“ (Nr. 7/8, S. 42), die

den sich „selbst liquidierenden“ alten Personalbestand ablösen werden (ebenda).

Höher geht's nimmer! „Selbsttätige“, „selbstbewußte“, „schöpferische“, „Kampfmobilisierung“, „breiteste“, „offenste“ . . . Wie ist es möglich, daß den Leuten von dieser Sprachschwelgerei – um einen Ausdruck von Schtschedrin zu gebrauchen – nicht übel wird?

Die Sache ist die, daß man mit gezierten, gespreizten Phrasen, die den Arbeiter betäuben und verdummen (und den Intellektuellen noch viel mehr, denn die Arbeiter lachen über einen Stil à la Juri Tschazki, während Gymnasiasten von ihm ganz „bingerissen“ werden), operieren muß, wenn der Schreiber auf die einfachen, klaren, naheliegenden Fragen keine einfache, direkte, klare Antwort hat. An der Frage der Wahlplattform können wir besonders anschaulich die Wahrheit illustrieren, daß sich unklare Denken in unklare, schwülstige, geschwätzigte Phrasen verwandelt.

III

Herr Juri Tschazki spricht über die Wichtigkeit der Wahlplattform ebenfalls mit großem, sehr großem Pathos. Die Frage der Plattform ist „eine der Kardinalfragen“. Sehr gut! „Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sie“ (die Plattform) „erfühlen (!), durchdenken, sie als ihre eigene betrachten“ (Hervorhebung von Juri Tschazki).

Daß die Arbeiter die Plattform durchdenken müssen ist richtig. Auch den Intellektuellen, die in beinah-marxistischen Zeitschriften schreiben, würde es ganz und gar nichts schaden, die Plattform zu durchdenken. Was es aber bedeutet, die Plattform zu „erfühlen“, das ist schwierig zu verstehen. Vielleicht schreiben die Herren Newedomski und Lumatscharski in der nächsten Nummer der „Nascha Sarja“ „erfühlte“ Artikel über das „Erfühlen“ der Wahlplattform durch die selbsttätige Avantgarde der selbstbewußten, zu mobilisierenden Massen?

Oder darf ich aufwarten mit folgender Perle aus dem Artikel von Herrn Th. Dan: „Die Wahltaktik ändert völlig ihren Sinn und ihren politischen Inhalt, je nachdem, wer ihr Schöpfer und Träger ist: Das autonome Kollektiv der sozialdemokratischen Arbeiteravantgarde mit allen seinen proletarischen und intellektuellen Kräften oder dieses oder jenes Grüppchen von Intellektuellen, sei es auch ein ‚sozialdemokratisches‘,

das aber nicht von einem solchen Kollektiv eingesetzt worden ist, nicht unter seiner Kontrolle und seinem Druck tätig ist . . ." Wer kann in der Tat daran zweifeln, daß Potressow und Dan beileibe kein „Grüppchen von Intellektuellen“ bilden, sondern Leute sind, „eingesetzt von dem autonomen Kollektiv der Avantgarde“ und „tätig unter seiner Kontrolle“! Oh, ihr Tartarin des Liquidatorentums!

Haben Juri Tschazki, L. Martow und Th. Dan die Plattform durchdacht? „Es ist zwar beschämend einzugestehen, aber man darf die Sünde auch nicht verhehlen“, schreibt der erstere von ihnen, „bei uns ist es auch vorgekommen, daß die Plattform ein Ding für sich ist, in Wahlreden und -schriften aber etwas anderes gesagt wird; der eine sagt hü, der andere hott.“

Was wahr ist, ist wahr. „Bei uns“ ist das sehr häufig vorgekommen.

Juri Tschazki zum Beispiel beginnt nach den erfüllten Worten über eine erfüllte Plattform des langen und breiten und nicht minder erfüllt über die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer *einheitlichen* Plattform zu sprechen. Mit erfüllten Worten wird vorsätzlich die einfache Frage verdeckt, ob eine *einheitliche* Plattform möglich ist, wenn es keine Einheit in den politischen Anschauungen gibt. Ist aber die Einheit der Anschauungen vorhanden, wozu dann unnütz Worte verlieren und offene Türen einrennen: Die Plattform ist doch die Darlegung der Anschauungen!

Juri Tschazki jedoch, nachdem er über die „einheitliche“ Plattform „hin und her“ geredet hat, plaudert sehr ungeschickt sein „Geheimnis“ aus. „Die größte Bedeutung“, schreibt er, „messen wir der Sanktionierung“ (der Plattform) „durch die sozialdemokratische Dumafraktion bei, allerdings nur unter der unbedingten Voraussetzung, daß die Fraktion nicht den Weg des geringsten Widerstandes geht, indem sie eine Plattform sanktioniert, die ihr von Auslandszirkeln aufgedrängt worden ist . . .“ (S. 50.)

Das nennt man: der König absolut, wenn er *unsern* Willen tut.* Eine einheitliche Plattform ist erwünscht, wenn nicht die Plattform sanktioniert wird, die „von Auslandszirkeln aufgedrängt ist“. Also sind zwei Plattformen vorhanden? Eine, die Sie schmähen als „aus dem Ausland aufgedrängt“ (eine Terminologie, die eines Purischkewitsch würdig ist! Man bedenke nur: Juri Tschazki, Hand in Hand mit Martow und Dan, schreibt

* Der Ausspruch bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

in der Zeitschrift Potressows über ein Aufdrängen aus dem Ausland! Wie tief muß man gesunken sein, um durch solche Methoden unaufgeklärte Menschen gegen das „Ausland“ aufzuhetzen!). Die andere Plattform ist offensichtlich diejenige, die nicht aus dem Ausland kommt, sondern aus dem autonomen Kollektiv der breiten und offenen Organisationen der zu mobilisierenden Masse. Um einfacher und ohne Umschweife zu sprechen: „Andere Elemente einer möglichen Zentralisation bildet die Gruppe sozialdemokratischer (?) Funktionäre, die mit der legalen Arbeiterbewegung eng verbunden sind und eine immer größere Festigkeit und Autorität im Prozeß der Führung politischer Kampagnen erwerben. Wir meinen insbesondere Petersburg und seine führende Rolle in den politischen Kampagnen des letzten Jahres.“ So schreibt Juri Tschazki.

Die Nuß ist leicht zu knacken: Die „Gruppe“ der Petersburger Liquidatoren, die jedermann gut bekannt sind aus der Zeitschrift des Herrn Potressow, das ist das „Element der Zentralisation“. Die Sache ist klar, sehr klar, lieber Juri Tschazki!

Die Plattform soll einheitlich sein, *aber* . . . so, daß sie nicht von „Auslandszirkeln aufgedrängt“ sei, sondern die „Gruppe“ der Petersburger Liquidatoren zufriedenstelle . . . Ein leidenschaftlicher Anhänger der „Einheit“, dieser Juri Tschazki!

IV

Sehen wir uns die „Grundsätze für eine Plattform“ bei L. Martow an . . . Er legt ihr – wie man es natürlich auch tun soll – das Programm zugrunde. Dieses Programm wird bei Martow nur teilweise und mit eigenen Worten wiedergegeben. Unklar bleibt, ob Martow *jenes* Programm propagiert, das er in Nr. 7/8 der „Nascha Sarja“ dargelegt hat: *dieses* Stückchen des alten Programms ist sowohl für Larin als auch für Lewizki und wahrscheinlich auch für Prokopowitsch annehmbar. Oder akzeptiert Martow das *ganze alte* Programm?

Die Gerechtigkeit erfordert zu vermerken, daß *eine* kleine Stelle in dem Artikel Martows auf das letztere hinweist; nämlich die Stelle auf S. 48, wo gesagt wird, daß es zuweilen nötig wäre, „nicht alles klar auszusprechen“ (das stimmt), aber man dürfe nicht *verzichten*. „Man wird uns nicht zwingen“ – „den Inhalt unserer Forderungen zu *beschneiden*.“ Das sind sehr gute Worte. Leider entspricht diesen Worten nicht die *Tat*, denn wir

wissen z. B. ausgezeichnet, daß der (von Martow) „nicht des Reformismus verdächtige“ Larin *beschneidet* und *verzichtet*. Wir werden uns sehr schnell überzeugen müssen, daß auch Martow in eben diesem seinem Artikel, obwohl er verspricht, „nicht zu beschneiden“ und „nicht zu verzichten“, in der Tat doch *beschneidet* und *verzichtet*.

Die faktische Lage ist also so, daß in bezug auf die Frage des Programms als Bestandteil und Basis der Plattform nicht eine, sondern zwei Plattformen vorhanden sind: eine *ohne* Kürzungen und Verzichte und eine *mit* jenen Kürzungen und Verzichten, deren Richtung klar zutage getreten ist durch den Charakter der Predigten Larins, Lewizkis und Potressows.

Weiterhin kommt die Frage der Taktik. Der historische Gehalt der Periode des 3. Juni muß eingeschätzt werden, und auf diese Einschätzung müssen *alle* Bestimmungen unserer Aufgaben, *alle* unsere „Äußerungen“, zu den allgemeinen und den Einzelfragen der gegenwärtigen Politik, welche es auch immer sein mögen, basieren. Martow ist genötigt, auch selbst zuzugeben – trotz der für die Liquidatoren üblichen und für das Liquidatorentum charakteristischen Spötteleien über die „Einschätzung der gegenwärtigen Periode“ –, daß das eine Kardinalfrage ist. Und nun erklärt Martow zu der „alten“, fest umrissenen Antwort auf diese Frage:

„Den historischen Gehalt der Periode ‚des 3. Juni‘ versuchte man durch eine mißlungene, weil zur Irreführung geeignete Formel zu bestimmen, indem man von einem ‚Schritt auf dem Wege zur Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie‘ sprach...“ („auf dem Wege der Umwandlung“ wäre das genaue Zitat).

Eine „mißlungene“ Formel... Wie milde ist das gesagt! Aber ist es lange her, daß die Kollegen Martows in dieser Formel eine völlige prinzipielle Negation des Standpunkts sahen, der ihnen der alleinseligmachende zu sein scheint? Ist es lange her, daß Th. Dan sagte: „Man will dorthin streben, wo man schon einmal geschlagen worden ist“? Was ist denn eigentlich los? Gibt es eine grundsätzliche Differenz in der Frage nach dem historischen Gehalt der Periode des 3. Juni oder nicht?

Man höre weiter:

„In einer solchen Formulierung verschwindet die Realität des vollzogenen Schritts *zurück* zur Teilung der Macht zwischen den Trägern des Absolutismus und dem Gutsbesitzeradel. Aus dem oben Gesagten folgt, daß die Formen, in

denen sich nach den Ereignissen des Jahres 1905 diese Teilung eben nur vollziehen konnte, günstige Bedingungen geschaffen haben für die Mobilisierung und Organisation derjenigen sozialen Kräfte, deren historische Mission darin besteht, an der Schaffung einer ‚bürgerlichen Monarchie‘ zu arbeiten . . .“

Diese sozialen Kräfte, das ist nach Martow die Bourgeoisie, der die Periode des 3. Juni „das Recht gab, legale oder tolerierte Opposition zu sein“.

Man untersuche doch den Gedankengang Martows genau. Er macht der „mißlungenen Formel“ *gleichsam* nur den Vorwurf, daß in ihr der Schritt rückwärts vergessen werde, den die *Staatsmacht* getan habe. Erstens ist das faktisch unrichtig. Martow kommt mit der „Formel“ von 1908 erstaunlicherweise nicht zu Rande: sobald er von ihr zu sprechen beginnt, zeigt sich bei ihm sofort ein sonderbares Unvermögen (oder Nichtwollen?), die ihm sehr gut bekannte „Formel“ genau wiederzugeben. In der „Formel“ wird direkt und präzise davon gesprochen, daß den *fronherrlichen* Grundbesitzern (und nicht den bürgerlichen Grundbesitzern, wie nach Larin gesagt werden müßte) „ihre Macht und ihre Einkünfte“ erhalten bleiben! Wenn also eine solche Teilung der Macht „ein Schritt zurück“ genannt wird, dann verschwindet dieser Schritt zurück nicht nur nicht aus unserer Formel, sondern wird im Gegenteil auf das präziseste konstatiert. Zweitens, und *das ist die Hauptsache*, indem Martow von einem Schritt zurück spricht, der von der Staatsmacht gemacht worden sei, verschleiern, vertuscht er dadurch den *Schritt zurück*, den die *liberale Bourgeoisie* getan hat. Da liegt der Hund begraben! Darin eben liegt das Wesentliche, das von Martow in seiner Betrachtung verdunkelt wird.

Der Schritt zurück, den die liberale Bourgeoisie gemacht hat, das ist der *Wechismus* dieser Bourgeoisie, das ist ihr Verzicht auf Demokratismus, ihre *Annäherung* an die „Ordnungsparteien“, ihre (direkte und indirekte, ideologische und politische) Unterstützung der Versuche des alten Regimes, sich um den Preis minimaler „Schritte auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie“ zu halten. Die bürgerliche Monarchie kann sich ohne die konterrevolutionäre (wechistische) liberale Bourgeoisie nicht nur nicht herausbilden, sondern nicht einmal anfangen, sich herauszubilden. Martow „vergift“ das zunächst und vor allem aus dem einfachen Grund, weil er selber ein „Wechist“ . . . unter den Marxisten ist.

Der Liberale konzentriert bei der Einschätzung der Periode des 3. Juni sein ganzes Augenmerk darauf, daß die Staatsmacht einen „Schritt zurück“ zu den Purischkewitsch getan hat: Hätte dieselbe Staatsmacht unter Beibehaltung eben derselben Grundzüge des Regimes (und der Repression gegen die *Demokratie*) einen „Schritt“ zu ihm, zu dem Liberalen hin getan, so wäre das alles, was er braucht. Ich habe durch die „Wechi“, die „Wechi“-Politik (das „London“ Miljukows), bewiesen, daß ich, der Liberale, ein aufrichtiger, ernsthafter, erbarmungsloser Feind der „staatsfeindlichen“, abtrünnigen, kindischen, verbrecherischen, „diebischen“, unsittlichen, gottlosen – und wie es dort in den „Wechi“ sonst noch heißt – Demokratie bin. Und trotzdem teilt die Staatsmacht nicht mit mir, sondern mit Purischkewitsch! – Das eben ist der *Sinn* der liberalen Politik in der Periode des 3. Juni, das eben ist der Sinn des „Stolypinschen Liberalismus“ der Herren Struve und Miljukow. Ich bin dein von ganzem Herzen, sagt der Liberale, die Blicke zur Staatsmacht erhebend, und du ziehst Purischkewitsch mir vor!

Die proletarische Demokratie dagegen nimmt hinsichtlich der Periode des 3. Juni einen prinzipiell, von Grund auf anderen Standpunkt ein. Den „Schritt zurück“ zu Purischkewitsch hat die Staatsmacht auf einer anderen, weitaus höheren Stufe der Entwicklung getan als früher. Auch in den achtziger Jahren gab es einen „Schritt zurück“ zum Adel, aber das war ein Schritt zurück auf der Stufe des Rußlands nach der Reform, das die Zeiten Nikolaus' I., als der adlige Gutsbesitzer ohne „Plutokratie“, ohne Eisenbahnen, ohne das heranreifende dritte Element kommandierte, weit hinter sich gelassen hatte. So ist es auch heute, der „Schritt zurück“ zu den Purischkewitsch wird auf der Basis einer bürgerlichen Agrarpolitik vollzogen, auf der Basis einer organisierten und dauerhaften Mitwirkung der Bourgeoisie an der Vertretungskörperschaft: Es ist das die Hegemonie von Purischkewitsch in der gemeinsamen Wendung sowohl der Purischkewitsch als auch der Miljukow *gegen* die Demokratie, gegen die Bewegung der Massen, gegen die sogenannten „Exzesse“, gegen die sogenannte „Revolution der Intellektuellen“ (Wechi) usw.

Aufgabe des Liberalen ist es, Purischkewitsch einen „kleinen Schreck“ einzujagen, damit er etwas „Platz mache“, damit er dem Liberalismus etwas mehr Platz einräume, aber so, daß dabei keinesfalls alle ökonomischen und politischen Grundlagen des Purischkewitschregimes vom An-

gesicht der Erde völlig getilgt werden könnten. Aufgabe des Demokraten im allgemeinen und des Vertreters der proletarischen Demokratie, des Marxisten, im besonderen ist es, den scharfen Konflikt auszunutzen und die unteren Schichten in die Arena zu ziehen, um diese Vertilgung vorzunehmen. Vom Standpunkt der Aufgabe, Rußland überhaupt umzugestalten, besteht der historische Sinn der Periode des 3. Juni eben darin, daß dieser neue Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie ein Schritt ist zu einer in jeder Beziehung schärferen Scheidung der Klassen, insbesondere zu einer schärferen Scheidung des Liberalismus (der „verantwortungsbewußten“ Opposition gegenüber den Purischkewitsch) von der Demokratie (der Vertilgung sämtlicher Grundlagen des Purischkewitsch-Regimes).

Hieraus wird klar, daß Martow, der vorgeblich nur die „mißlungene Formulierung“ kritisiert, in *Wirklichkeit* die Plattform der *liberalen Arbeiterpolitik* vermittelt. Er sieht den „Schritt zurück“, den die alte Staatsmacht zu den Purischkewitsch hin getan hat, und sieht nicht den Schritt zurück, den die liberale Bourgeoisie zur alten Staatsmacht hin getan hat. Er sieht, daß die Ereignisse von 1905 günstige Bedingungen geschaffen haben für „die Mobilisierung und Organisierung“ der liberalen Bourgeoisie gegen die Purischkewitsch und neben den Purischkewitsch, aber er sieht *nicht*, daß diese Ereignisse „günstige Bedingungen“ geschaffen haben für die Mobilisierung und Organisierung der wechistischen, konterrevolutionären, liberalen Bourgeoisie gegen die Demokratie, gegen die Bewegung der Massen. Aus dem Zitat Martows ergibt sich darum unvermeidlich, daß die Arbeiter die Liberalen in *deren* Kampf gegen die Purischkewitsch zu „unterstützen“, den Liberalen die *Hegemonie* zu überlassen haben – aber keinesfalls ergibt sich daraus, daß die Arbeiter *entgegen* der „Wechi“-Einstellung der Liberalen, *entgegen* den Bestrebungen der Miljukow, neben den Purischkewitsch Platz zu nehmen, die unteren Schichten aufrütteln müssen zur Arbeit, um die tiefsten Wurzeln (und die höchsten Spitzen) des Purischkewitschregimes restlos auszurotten.

Hieraus wird weiterhin klar, warum Martow im grundlegenden mit Larin einverstanden sein kann und sein muß, und nur in Einzelheiten, nur in der Art und Weise, wie die Aufgaben der liberalen Arbeiterpolitik zu formulieren sind, mit ihm auseinandergeht. Wir haben schon eine bürgerliche Monarchie, sagt Larin, bei uns sind heute schon die Grundbesitzer

keine „Fronherren“ mehr, sondern Agrarier, d. h. bürgerliche, landwirtschaftliche Unternehmer. Darum stehen bei uns keine historischen „Sprünge“ auf der Tagesordnung, bei uns darf es „keine Hegemonie“ geben, „sondern eine Klassenpartei“ (Lewizki), wir haben die Aufgabe, unter Wahrung unserer Selbständigkeit die konstitutionellen Liberalen zu unterstützen.* Wir haben noch keine bürgerliche Monarchie, entgegnet Martow, aber für uns „genügt es vollauf“ zu wissen, daß die Kombination von Absolutismus und Konstitutionalismus widerspruchsvoll ist und daß wir „das alte Regime an der Achillesferse der Widersprüche packen“ müssen. Beide Streitenden sehen den Zusammenhang der entstandenen oder entstehenden bürgerlichen Monarchie mit dem konterrevolutionären Charakter der liberalen Bourgeoisie nicht, bei beiden verschwindet von der Szene das Wirken des „Hegemons“ in bezug auf die Bestimmung nicht nur des Umfangs, sondern auch des Typs der bürgerlichen Umgestaltung Rußlands; beide sind der Ansicht – ob sie das sagen oder nicht –, daß die Arbeiterklasse in dem neuen, bürgerlichen Rußland sich „einrichtet“, nicht aber, daß sie selbst Rußland *einrichtet*, indem sie sich an die Spitze der Demokratie stellt, die alle Fundamente des Purischkewitschregimes zu zerstören vermag.

V

Es ist nicht ohne Interesse, daß Martow durch seine weiteren Betrachtungen noch anschaulicher geschlagen wird.

„So haben“, fährt Martow fort, „die im Jahre 1815 wiedereingesetzten Bourbonen keine bürgerliche Monarchie geschaffen, waren aber genötigt, ihre Herrschaft sowie die Herrschaft des hinter ihnen stehenden Adels in politische Formen zu kleiden, die die Organisierung der Klasse der Bourgeoisie beschleunigten und ihr gestatteten, zu einer Macht heranzuwachsen, die die bürgerliche Monarchie des Jahres 1830 zu schaffen vermochte . . .“

Ausgezeichnet. Vor den Bourbonen von 1815, vor 1789 war die Monarchie in Frankreich eine feudale, eine patriarchalische Monarchie. Nach 1830 war sie eine bürgerliche Monarchie. Und von welcher Art war die Monarchie, von der Martow (zu seinem eigenen Unglück) gesprochen hat, d. h. die Monarchie von 1815 bis 1830? Es ist klar, daß sie „ein Schritt

* „Bei der bevorstehenden konstitutionellen Erneuerung seinen Mann stehen“, schrieb Larin.

auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie" war. Das Beispiel Martows spricht schlagend gegen ihn! Weiter. Die liberale Bourgeoisie in Frankreich hat ihre Feindschaft gegenüber der konsequenten Demokratie schon in der Bewegung der Jahre 1789–1793 zu zeigen begonnen. Die Aufgabe der Demokratie bestand durchaus nicht darin, eine bürgerliche *Monarchie* zu schaffen, wie Martow ausgezeichnet weiß. Und die Demokratie Frankreichs, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, hat *trotz der Schwankungen, des Verrats und der konterrevolutionären Stimmung der liberalen Bourgeoisie* nach einer langen Reihe schwerer „Kampagnen“ jene politische Ordnung geschaffen, die sich seit 1871 konsolidiert hat. Zu Beginn der Epoche der bürgerlichen Revolutionen war die liberale französische Bourgeoisie monarchistisch; am Ende der langen Periode bürgerlicher Revolutionen war die gesamte französische Bourgeoisie – in dem Maße, wie die Aktionen des Proletariats und der bürgerlich-demokratischen Elemente (Elemente des „Linksblocks“, nehmen Sie es mir nicht übel, L. Martow!) entschlossener und selbständiger wurden – in eine republikanische Bourgeoisie *umgemodelt, umerzogen, umgeschult, umgebildet* worden. In Preußen, und in Deutschland überhaupt, ließ der Junker während der ganzen Zeit der bürgerlichen Revolutionen die Hegemonie nicht aus der Hand, und er „erzog“ die Bourgeoisie nach seinem Bild und Ebenbild. In Frankreich erkämpfte sich während der acht Jahrzehnte bürgerlicher Revolutionen das Proletariat in verschiedenen Kombinationen mit den „Linksblock“-Elementen der Kleinbourgeoisie so etwa viermal die Hegemonie, und im Ergebnis mußte die Bourgeoisie eine politische Ordnung schaffen, die für ihren Antipoden vorteilhafter war.

Es gibt Bourgeoisie und Bourgeoisie. Die bürgerlichen Revolutionen zeigen uns eine ungeheure Mannigfaltigkeit in den Kombinationen der verschiedenen Gruppen, Schichten, Elemente sowohl der Bourgeoisie selbst als auch der Arbeiterklasse. Eine Antwort auf die konkreten Fragen der russischen bürgerlichen Revolution des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts aus dem „allgemeinen Begriff“ der bürgerlichen Revolution im engsten Sinn des Wortes „herauspressen“ heißt den Marxismus zum Liberalismus verflachen.

„So hat sich“, fährt Martow fort, „die preußische Staatsmacht nach der Zügelung der Revolution von 1848 genötigt gesehen, eine Verfassung einzuführen und eine im Interesse des Grundbesitzes organisierte gesetzgebende

Vertretungskörperschaft einzusetzen; auf der Basis dieser kläglichen Anfänge einer konstitutionell-parlamentarischen Ordnung organisierte sich politisch die Bourgeoisie, der es jedoch auch bis heute nicht gelungen ist, die Umwandlung des Staates in eine ‚bürgerliche Monarchie‘ zu Ende zu führen.

Die obenerwähnte Formulierung leidet also daran, daß in ihr das Moment eines entscheidenden Zusammenstoßes der Klassen fehlt, ohne den die in den Handlungen vom Typ des 3. Juni zutage tretende objektive Tendenz im Leben nicht realisiert werden kann!“

Nicht wahr, das ist wahrhaft glänzend? Martow ist entschieden ein Virtuose in der Verbrämung reformistischer Betrachtungen, Theorien und Plattformen mit Redensarten von effektvoll-marxistischem, effektvoll-revolutionärem Aussehen! Anlässlich derselben „Formel“, die Martow kritisiert, hat Th. Dan gegen die Leute gewettert, die „dorthin streben, wo sie schon einmal geschlagen worden sind“. J. Larin schrieb, daß die Arbeiterklasse sich organisieren müsse, nicht in „Erwartung der Revolution“, sondern einfach, „um ihre besonderen Interessen standhaft und planmäßig zu verteidigen“. Jetzt aber macht Martow die Entdeckung: Die Formel leidet daran, daß in ihr *das Moment eines entscheidenden Zusammenstoßes der Klassen fehlt*. Das ist direkt entzückend!

Aber außer Komischem gibt es noch etwas in dieser Phrase Martows. Martow hat sich mit virtuoser Verschlagenheit ausgedrückt. Er hat nicht gesagt, *welche* Klassen er meint. Im Vorangegangenen war die Rede von Grundbesitzern und Bourgeoisie. Man kann voraussetzen, daß Martow hier von einem entscheidenden Zusammenstoß *lediglich* zwischen den Grundbesitzern und der Bourgeoisie spricht. Nur unter dem Aspekt *dieser* Voraussetzung kann man die zitierten Worte Martows „ernst nehmen“. Aber dafür verrät ihn eine *solche* Voraussetzung besonders anschaulich als Propagandisten bzw. Verfechter der liberalen Arbeiterpolitik.

In unsrer Formel „fehlt das Moment eines entscheidenden Zusammenstoßes“ zwischen den Klassen der Grundbesitzer und der Bourgeoisie! Mit Verlaub: in unsrer Formel wird direkt, bestimmt, exakt von „*kleinen Zwistigkeiten*“ dieser Klassen gesprochen. Von unserem Standpunkt sind die Zwistigkeiten dieser Klassen *klein*. Große Bedeutung hat der Zusammenstoß *nicht* dieser Klassen, sondern anderer Klassen, über die in der „Formel“ weiterhin genauso direkt und genauso bestimmt gesprochen wird.

Die Frage steht mithin folgendermaßen. Wer auf marxistischem Standpunkt steht, der kann die Erlösung Rußlands aus der „Periode des 3. Juni“ von nichts anderem erwarten als von einem „entscheidenden Zusammenstoß der Klassen“. Man muß sich den historischen Sinn der „Periode des 3. Juni“ klarmachen, um zu erkennen, *welche* Klassen im gegenwärtigen Rußland zu einem entscheidenden Zusammenstoß kommen können und kommen müssen (im Sinne der objektiven Notwendigkeit und nicht des subjektiven Sollens). Martow glaubt offenbar – wie auch alle Liquidatoren glauben –, daß in Rußland ein entscheidender Zusammenstoß zwischen dem Landadel und der liberalen Bourgeoisie bevorsteht. (Bemerken wir in Parenthese: Sollte in dem Entwurf der Plattform der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“ diese Auffassung *offen* ausgesprochen werden, dann werden die Liquidatoren der Arbeiterbewegung einen großen Dienst erwiesen haben, indem sie den Arbeitern klarmachten, worum es sich hier handelt; wenn jedoch in der Plattform dieser literarischen Organe diese Auffassung *nicht* offen ausgesprochen werden sollte, so würde das ein Zeichen dafür sein, daß die Plattform geschrieben wurde, um die Auffassungen zu verbergen; daß die Plattform mit dem wirklichen ideologischen Inhalt der Propaganda beider Organe nicht übereinstimmt.)

Wir glauben – und in unserer „Formel“ ist das offen gesagt worden –, daß ein entscheidender Zusammenstoß zwischen dem gutsherrlichen Grundbesitz von altem Typ und der liberalen Bourgeoisie Rußlands *nicht* bevorsteht; Zusammenstöße zwischen diesen Klassen sind unvermeidlich, aber in Form „kleiner Zwistigkeiten“, die an den Geschicken Rußlands „*nichts entscheiden*“, die keine entscheidende, ernsthafte Wendung zum Besseren herbeiführen können.*

* Daraus folgt natürlich nicht, daß die liberale Bourgeoisie zusammen mit dem gutsherrlichen Grundbesitz „eine reaktionäre Masse“ bildet, daß die Konflikte zwischen der einen und dem anderen in der Politik keine Rolle spielen, daß sie nicht Anlaß zu einer demokratischen Bewegung geben können, daß es statthaft ist, diese Konflikte zu ignorieren. Derartige Schlußfolgerungen würden bedeuten, einen richtigen Satz ad absurdum zu führen, nicht zu verstehen, in welchen Grenzen diese These richtig ist. Wir wissen doch, daß „das höchste Recht“, wenn es infolge Nichtbegreifens der Grenzen und Bedingungen des Rechten und des Unrechten ad absurdum geführt wird, in „höchstes Unrecht“ umschlägt: summum jus – summa injuria. Erinnern wir uns jener Tatsache aus

Ein wirklich entscheidender Zusammenstoß steht zwischen *anderen* Klassen bevor – ein Zusammenstoß auf dem Boden und in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft, d. h. der Warenproduktion und des Kapitalismus.

Worauf fußt eine solche Meinung? Sowohl auf theoretischen Erwägungen als auch auf den Erfahrungen der Jahre 1905–1907. In diesen drei Jahren hat Rußland einen solchen scharfen Zusammenstoß der Klassen erlebt, der unter den scharfen Zusammenstößen zwischen den Klassen in der Weltgeschichte einen der ersten Plätze einnimmt. Und nichtsdestoweniger war selbst in diesen drei Jahren, unter den Verhältnissen einer bürgerlichen Gesellschaft, die damals nicht die elementarsten Bedingungen und Garantien der bürgerlichen Freiheit besaß, der Zusammenstoß zwischen dem gutsherrlichen Grundbesitz und der liberalen Bourgeoisie, zwischen der letzteren und der alten Staatsmacht weder scharf noch entscheidend. Im Gegenteil, scharf und entscheidend – einigermaßen scharf und entscheidend – waren die Zusammenstöße zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten.

Woraus ist diese Erscheinung zu erklären? In erster Linie daraus, daß die liberale Bourgeoisie durch ökonomische Fäden zu eng mit dem gutsherrlichen Grundbesitz verbunden ist, ihre Interessen gegenseitig zu sehr verflochten sind, so daß sich für die erstere lediglich die Reformierung des letzteren, aber keineswegs seine Vernichtung als ungefährlich und wünschenswert darstellt. Lieber die allerlangsamste, selbst unmerklich langsame Reformierung als die Vernichtung – so urteilt die große Mehrheit der liberalen Bourgeois, und bei der *gegebenen* ökonomischen und politischen Lage Rußlands *kann* diese Klasse *nicht* anders urteilen.

Weiter, nimmt man z. B. die Streikbewegung, so zeigt sich, daß Rußland sie in den erwähnten drei Jahren zu einer Höhe entwickelt hat, wie sie in keinem einzigen der fortgeschrittensten, kapitalistisch am weitesten entwickelten Länder der Welt je gesehen worden ist. Hieraus ergibt sich *unvermeidlich* ein solches Urteil der liberalen Bourgeoisie, wonach die

der Geschichte des russischen Marxismus, daß auf dem bekannten Londoner Kongreß eben eine solche Einschätzung der bürgerlich-liberalen Parteien in Rußland (an ihrer Spitze die Partei der Kadetten) formuliert worden ist, wie im Text dargelegt, wobei als notwendig anerkannt wurde, „die Tätigkeit dieser Parteien zur politischen Erziehung des Volkes auszunutzen“.

allerlangsamste, unmerklich langsame Reformierung der veralteten Arbeitsbedingungen besser sei als ein entschiedener Bruch mit dem Alten; lieber das Alte erhalten als entschieden mit ihm brechen. Demgegenüber machte es die ökonomische Lage der Bauernschaft und der Arbeiter ihnen *unmöglich*, so zu urteilen; die ökonomische Lage erzeugte hier wirklich scharfe, wirklich entscheidende Zusammenstöße. Es wäre irrig zu glauben, so wie die Volkstümmler hinsichtlich der Bauernschaft und Trotzki hinsichtlich der Arbeiter glauben, daß diese Zusammenstöße über die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft hinausgingen. Aber es unterliegt nicht dem leisesten Zweifel, daß *alles* Alte, Hinfällige, Vorbürgerliche *durch diese Zusammenstöße und nur durch sie* (bei einem bestimmten Ausgang der Zusammenstöße) restlos beseitigt, völlig vernichtet werden kann.

Die russischen Gutsbesitzer von Purischkewitsch bis Dolgorukow erzo-gen und erziehen unsere liberale Bourgeoisie im Geiste einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Servilität, im Geiste des zähen Festhaltens am Alten und der Furcht vor Veränderungen. Die russischen Bauern bilden – bei der gegebenen ökonomischen und politischen Lage Rußlands – eine *bürgerliche* Schicht der Bevölkerung, aus der die Epoche der „Zusammenstöße“, die Epoche der bürgerlichen Revolutionen (in der historisch-methodologischen Bedeutung dieses Wortes), unter richtunggebender Mitwirkung der Arbeiter, eine Bourgeoisie *erzieht*, die nicht die obenerwähnten angenehmen Eigenschaften aufweisen wird. Ob ihr das gelingen wird? Auf diese Frage wird eine Antwort lediglich dann gegeben werden können, wenn die Epoche der bürgerlichen Bewegungen in Rußland abgeschlossen sein wird. Bis dahin aber werden sich alle progressiven Richtungen des politischen Denkens in Rußland unweigerlich in zwei grundlegende Typen scheiden, je nachdem, ob sie zur Hegemonie des Liberalismus tendieren, der danach strebt, Rußland auf eine den Purischkewitsch nicht nachteilige Art und Weise umzumodeln, zu erneuern, oder ob sie zur Hegemonie der Arbeiterklasse tendieren, die die besten Elemente der Bauernschaft unter ihre Führung nimmt.

Ich sagte „tendieren“, denn es ist nicht angängig, Bewußtheit im Sinne des Begreifens der Klassenwurzeln dieser oder jener Politik in allen progressiven Richtungen vorauszusetzen. Aber Marxisten wären nicht Marxisten, wenn sie diese Wurzeln nicht ausfindig machten, wenn sie nicht begriffen, daß sowohl die Verteidigung der besonderen Interessen der

Arbeiterklasse als auch ihre Vorbereitung auf ihre künftige Rolle in einem bürgerlichen Rußland infolge der objektiven Wechselbeziehungen der gesellschaftlichen Kräfte unvermeidlich die Richtung eben dieser beiden Hauptströme nehmen: entweder dem Liberalismus *nach*folgen (der hinter den Purischkewitsch oder neben ihnen einhertrottet) oder aber die demokratischen Elemente vorwärtsführen trotz der Schwankungen, des Überlaufens, der „Wechi“-Einstellung des Liberalismus.

VI

Damit sind wir unmittelbar an die Frage der viel diskutierten „Linksblockpolitik“ herangekommen. Juri Tschazki und Th. Dan – man kann das ohne Übertreibung sagen – speien Gift und Galle gegen die Linksblockpolitik; bei dem letztgenannten Politiker ist das um so natürlicher, als er doch seinen Verrat an der Sache der Arbeiter und die Spaltung der Arbeiterorganisation von Petersburg im Frühjahr 1907 wegen des Blocks mit den Kadetten irgendwie bemänteln muß! Aber die Frage der Linksblockpolitik ist eine interessante und wichtige prinzipielle Frage, sofern es nicht nur und sogar nicht so sehr um Wahlabkommen geht (unter dem gegenwärtigen Wahlgesetz kam der „Linksblock“ in der Praxis sehr selten zur Anwendung) als vielmehr vom allgemeinen Charakter und Inhalt der gesamten Wahlpropaganda und Wahlagitation. Die der Zahl nach größte demokratische Masse im Lande (die Bauernschaft und die ihr verwandten Schichten des nichtagrarischen Kleinbürgertums) „zwingen“, „ihre Wahl zu treffen zwischen den Kadetten und den Marxisten“; eine Linie des „gemeinsamen Handelns“ der Arbeiter und der bäuerlichen Demokratie gegen das alte Regime wie gegen die schwankende konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie verfolgen – das eben ist Grundlage und Wesen der „Linksblock“taktik, die sanktioniert worden ist sowohl durch den Gang der Ereignisse im Jahre 1905 (die Arbeiter- und Bauernbewegung) als auch durch die Abstimmungen der „Trudowiki“- und Arbeitergruppen in den beiden ersten Dumas, sowohl durch das Verhalten der Presse der verschiedenen Parteien zu den grundsätzlichen Fragen der Demokratie, als sogar durch die Stellung der „Bauerngruppe“ der III. Duma (bei zahlreichen rechten Elementen in dieser Gruppe!) zur Agrarfrage. Bekanntlich ist das Agrarprojekt der 43 Bauern der dritten Duma¹²⁴ weitaus

demokratischer als der kadettische, liberale Entwurf, was auch die Kadetten selbst zugegeben haben!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Liquidatoren die „Linksblockpolitik“ gerade in diesem allgemein prinzipiellen Sinn ablehnen. Und ebenso unzweifelhaft ist es, daß ihre Absage an die Linksblockpolitik ein Verrat an der Sache der Demokratie ist. Es hat *keine einzige* bürgerliche Freiheitsbewegung in der Welt gegeben, die nicht Beispiele und Muster für die „Linksblock“taktik geliefert hätte, wobei *alle* siegreichen Momente dieser Bewegungen *stets* im Zusammenhang standen mit Erfolgen dieser Taktik, mit der Ausrichtung des Kampfes auf dieser Linie, entgegen den Schwankungen und dem Verrat des Liberalismus. Gerade die „Linksblocktaktik“, gerade das Bündnis des städtischen „Plebs“ (= des modernen Proletariats) mit der demokratischen Bauernschaft verliert der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts und der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts ihren Schwung und ihre Kraft. Darüber haben Marx und Engels viele Male nicht nur im Jahre 1848, sondern auch viel später gesprochen. Um nicht schon viele Male angeführte Zitate zu bringen, erinnern wir an den Briefwechsel zwischen Marx und Lassalle im Jahre 1859. Aus Anlaß des Dramas „Sickingen“ von Lassalle schrieb Marx, die im Drama dargestellte Kollision „ist nicht nur tragisch, sondern ist die tragische Kollision, woran die revolutionäre Partei von 1848–49 mit Recht untergegangen ist“. Und Marx, der hier in großen Zügen schon die *ganze* Linie der künftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Lassalleanern und Eisenachern andeutet, machte Lassalle den Vorwurf, daß er in den Fehler verfallen sei, „die *lutherisch-ritterliche* Opposition über die *plebejisch-Münzersche* zu stellen“¹²⁵.

Uns berührt hier nicht die Frage, ob der Vorwurf von Marx richtig oder falsch ist; wir glauben, daß er richtig ist, obgleich Lassalle sich energisch gegen diesen Vorwurf verteidigte. Wichtig ist, daß sowohl Marx wie Engels es für einen offenkundigen Fehler hielten, es als absolut unstatthaft für einen Sozialdemokraten ansahen, die „lutherisch-ritterliche“ (die liberal-gutsbesitzerliche in der Übersetzung in die russische Sprache vom Beginn des 20. Jahrhunderts) Opposition *über* die „plebejisch-Münzersche“ (die proletarisch-bäuerliche in derselben Übersetzung) zu stellen!

Die Liquidatoren keifen und zetern über die Linksblocktaktik und versuchen damit, im Lärm ihrer Worte die sich hierbei erhebende funda-

mentale prinzipielle Frage untergehen zu lassen, ob eine „Linksblockpolitik“ für jede Arbeiterpartei in jeder bürgerlich-demokratischen Bewegung obligatorisch ist. Da sie außerstande sind, die Frage prinzipiell zu stellen, geraten sie in kuriose Widersprüche und schlagen sich selber. Ein Beispiel: derselbe L. Martow, der den „Linksblock“ fürchtet wie die Pest, schreibt bei der Formulierung des Agrarprogramms in den „Grundsätzen einer Plattform“: „Nach wie vor bleibt es für die kulturelle Entwicklung am richtigsten, schmerzlosesten und vorteilhaftesten, den Boden der Gutsbesitzer aus den Händen seiner heutigen Besitzer wegzunehmen und ihn dem Volk zu übergeben.“ Aus Versehen hat er sich – o Schreck! – bis zur Nationalisierung verstiegen! Das zum ersten. Zum zweiten aber hat Martow, indem er einen richtigen Gedanken äußerte, einen *Linksblock*-gedanken geäußert (im Gegensatz zu seinem Kollegen Tscherewanin: siehe dessen *wechistisches* Buch „Die gegenwärtige Lage“ im Jahre 1908), denn das von ihm entworfene Agrarprogramm ist ein Programm der „*Linksblock*“aktionen sowohl gegen das alte Regime als auch gegen *liberale Parteien vom Schlage der Kadetten!* „Wirf die Natur zur Tür hinaus – sie kommt zum Fenster wieder herein!“

Das von Martow formulierte Agrarprogramm ist so beschaffen, daß sich sowohl die Arbeiter als auch die bäuerlichen Trudowiki mitsamt ihren ideologischen Führern in Person der Volkstümpler auf dieses Programm einigen können (faktisch einigen, d. h. zusammengehen *unabhängig* von irgendwelchen „Abkommen“). Hingegen *trennt* ein solches Agrarprogramm die Arbeiter und die bäuerlichen Trudowiki *zusammen*genommen von den Kadetten (und von der liberalen Bourgeoisie überhaupt). Wenn man in Ergänzung dieser völlig unbestreitbaren politischen Schlußfolgerung in Erwägung zieht, daß die Agrarfrage (die Frage einer demokratischen Umgestaltung der Agrarverhältnisse) im Mittelpunkt der Fragen unserer Befreiungsbewegung steht, dann sieht man, daß Martow *genötigt* war, in der *zentralen* Frage unserer Epoche eine „*Linksblock*“-taktik zu formulieren!

Wie und warum konnte unserem Gegner der „*Linksblockpolitik*“ ein solches Malheur passieren? Sehr einfach. Er mußte entweder mit dem alten Programm direkt und eindeutig *brechen* – dazu konnte er sich nicht entschließen; er hat noch nicht die (im Renegatentum) kühnen Tscherewanin und Larin „*eingeholt*“. Oder er mußte das alte Programm, und sei es auch

nur annähernd richtig, wiedergeben, aus ihm ergibt sich jedoch unvermeidlich die „Linksblockpolitik“. Das ist nun einmal das bittere Los unserer Liquidatoren.

VII

Es bleibt uns nur noch übrig, auf zwei wichtige Stellen in dem Artikel Martows zu verweisen. „Es muß das Bestreben der Arbeiterpartei sein“, schreibt er, „beim Entstehen eines jeden solchen Konflikts im System des 3. Juni“ (es handelte sich um Konflikte und Reibungen, die dieses System zersetzen und untergraben) „die besitzenden Klassen zu veranlassen, diesen oder jenen Schritt zu tun in der Richtung auf die Demokratisierung der Gesetzgebung und die Erweiterung der konstitutionellen Garantien, und – was für uns von allergrößtem selbständigem Wert ist – die Verbreiterung der Sphäre für die ungehinderte Organisierung der Volkskräfte.“ (S. 50, „Nascha Sarja“ Nr. 7/8.)

Die hier von Martow gegebene Formulierung ist sehr zutreffend. Aber es ist eben die Formulierung der Aufgaben und der Linie einer liberalen Arbeiterpolitik. „Die besitzenden Klassen veranlassen, einen Schritt zu tun“, „die Sphäre für die ungehinderte Organisierung der Arbeit verbreitern“ – diese Phrasen Martows werden haargenau wiederholt von *allen* halbwegs gebildeten, einigermaßen von „europäischem“ Geist durchdrungenen liberalen Bourgeois der ganzen Welt. Der Unterschied zwischen der liberalen Arbeiterpolitik und der marxistischen Arbeiterpolitik beginnt erst da und dann, wo und wenn wir sehen, daß den Arbeitern klargemacht wird, wie mangelhaft, unbefriedigend, welch ein Betrug die soeben angeführte liberale Formulierung ist. Die besitzlosen Klassen veranlassen, einen Schritt zu tun zur Veränderung *eben jener* „Sphäre“, die die Liberalen zu „verbreitern“ versprechen, zu ihrer Ersetzung durch eine *prinzipiell* andere „Sphäre“ – so (ungefähr) müssen die Aufgaben und Bestrebungen der Arbeiterpartei fixiert werden, wenn man nicht die Absicht hat, eine liberale Arbeiterpartei aufzubauen.

Als Kuriosum wollen wir vermerken, daß L. Martow selbst zu seiner Formulierung in einer Anmerkung zu der zitierten Stelle erklärt: „Diese Formulierung wird natürlich nicht verfehlen, den Vorwurf des Opportunismus und des ‚Legalismus um jeden Preis‘ hervorzurufen.“ Und womit, glaubt man wohl, entkräftet er diesen Vorwurf? Mit der Berufung auf

einen Artikel von N. Roshkow in Nr. 171 der „Obskaja Shisn“¹²⁶. Aus diesem Artikel führt Martow 5 sehr unglücklich formulierte und unverständliche Zeilen an über „offene politische Vereine“. Wir haben diesen Artikel nicht gelesen. Nehmen wir an, daß Roshkow für eine „offene Partei“ eintritt. Aber was soll das hier, da es sich doch um die Formulierung der *liberalen Arbeiterpolitik bei Martow* handelt?? Seit wann kann man sich zur Rechtfertigung *eines* eigenen Fehlers auf einen *anderen* Fehler eines *anderen* Schriftstellers berufen?

Aber am eindringlichsten, am besten wird der ganze Geist des Artikels von Martow durch folgende Tirade aus dem letzten Absatz seines Schlußkapitels vermittelt:

„Die ganze Wahlkampagne muß von uns unter dem Banner des Kampfes des Proletariats für die Freiheit seiner politischen Selbstbestimmung geführt werden, des Kampfes für das Recht, seine eigene Klassenpartei zu haben und frei seine Tätigkeit zu entfalten, für die Teilnahme am politischen Leben als selbständige organisierte Kraft. Diesem Prinzip“ (hört!) „müssen sowohl der Inhalt der Wahlagitation als auch die Methoden der Wahltaktik und der organisatorischen Wahlarbeit untergeordnet sein.“

Das sind Worte, die das „Prinzip“ *richtig* ausdrücken, das den „Inhalt“ der ganzen Wahlagitation (und der ganzen Politik) der Liquidatoren bestimmt! Die schönen Worte „nichts zu beschneiden, auf nichts zu verzichten“, mit denen Martow den marxistischen Leser tröstete, erweisen sich als bloße Worte, als leere Worte bei einer *solchen* Formulierung des „Prinzips“. Das Prinzip erweist sich als das Prinzip der liberalen Arbeiterpolitik, das eben ist der springende Punkt.

Der liberale Bourgeois sagt den Arbeitern: Ihr seid im Recht, wenn ihr kämpft, ihr müßt kämpfen für die Freiheit *eurer* politischen Selbstbestimmung, für das Recht, eure *eigene* Klassenpartei zu haben, frei eure Tätigkeit zu entfalten, für die *Teilnahme* am politischen Leben als selbständige organisierte Kraft. Gerade diese Prinzipien der liberalen, gebildeten, radikalen – um den englischen bzw. französischen Terminus zu gebrauchen – Bourgeoisie tischt Martow den Arbeitern unter der Bezeichnung *Marxismus* auf.

Der Marxist sagt den Arbeitern: Wollt ihr wirklich und erfolgreich für die Freiheit „*eurer*“ politischen Selbstbestimmung kämpfen, dann müßt ihr für die Freiheit der politischen Selbstbestimmung des ganzen

Volkes kämpfen, indem ihr ihm die konsequent demokratischen Formen für seine staatliche Existenz aufzeigt, indem ihr die Massen und die unentwickelten Schichten der Werktätigen dem Einfluß der Liberalen entreißt. Damit eure Partei wirklich auf der Höhe der Aufgaben der Klasse stehe, damit ihre Tätigkeit in der Tat den Interessen der Klasse entspreche und nicht zünftlerisch beschränkt sei, muß sie nicht nur am politischen Leben teilnehmen, sondern auch – entgegen allen Schwankungen der Liberalen – das politische Leben und die Initiative der breiten Schichten auf ein Kampffeld lenken, welches auf höherer Ebene liegt als dasjenige, das die Liberalen meinen, muß sie sich auf bedeutendere, grundsätzlichere Ziele orientieren. Derjenige versteht die Aufgaben der Klasse nicht, der ihr für ihre „Tätigkeit“ ein „selbständiges“ Eckchen auf dem Kampffeld anweist, dessen Grenzen, dessen Form und Gestalt von den Liberalen bestimmt oder genehmigt wird. Die Aufgaben der Klasse versteht lediglich derjenige, der das Augenmerk (und das Bewußtsein und die praktische Arbeit usw.) darauf konzentriert, dieses Kampffeld selbst, seine ganze Form, seine ganze Gestalt derart umzugestalten, daß es nicht durch die Normen des Liberalismus eingeengt wird.

Worin besteht der Unterschied in beiden Formulierungen? *Unter anderem* gerade darin, daß die erste die Idee der „Hegemonie“ der Arbeiterklasse ausschließt, während die zweite bewußt gerade diese Idee fixiert; die erste, das ist die moderne, neueste Variante des alten Ökonomismus („den Arbeitern der ökonomische, den Liberalen der politische Kampf“), die zweite strebt danach, sowohl dem alten Ökonomismus als auch dem Neo-Ökonomismus jeglichen ideologischen Boden zu entziehen.

Es bleibt nummehr die Schlußfrage aufzuwerfen: Worin besteht der Unterschied zwischen Lewizki und Martow? Darin, daß der erstere ein Liquidator aus den Reihen der Jüngeren, aus der neuen Generation ist, frei von den Traditionen und Erinnerungen an das Alte. Mit Eifer und Aufrichtigkeit, wie sie der Jugend eigen sind, sagt er geradeheraus: „Keine Hegemonie, sondern eine Klassenpartei!“ Martow hingegen „hat vielerlei kennengelernt“, er war einst Mitarbeiter der alten „Iskra“, in ihm vermischen sich die alten Traditionen, die sich noch nicht völlig verflüchtigt haben*, mit dem neuen Liquidatorentum, das sich noch nicht frei heraus-

* Richtiger: Der Inhalt dieser Traditionen, ihr ideologischer Kern hat sich bei Martow schon völlig verflüchtigt, aber die *Worte* sind geblieben, die

wagt; darum beteuert und schwört er eifrig: „nichts beschneiden, auf nichts verzichten“, aber dann, nach ellenlangen abwegigen Betrachtungen, verplappert er sich, daß das „Prinzip“ der ganzen Wahlagitation das liquidatorische zu sein hat.

Gerade auf das „Prinzip“ der Wahlkampagne aber kommt es an.

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 1 und 2,
Dezember 1911 und Januar 1912.
Unterschrift: *K. J u l i n.*

*Nach dem Text der Zeitschrift
„Prosweschtschenije“.*

Gewohnheit, die „anständige Visitenkarte“ des „unversöhnlichen Internationalisten“ zu haben, zeigt sich noch.

BEGINN DER ENTHÜLLUNGEN ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DER KADETTENPARTEI MIT MINISTERN

Diejenigen, die vor sechs und fünfeinhalb Jahren anlässlich der Verhandlungen der Kadetten mit Ministern im allgemeinen und über Ministerportefeuilles im besonderen Alarm geschlagen haben, müssen jetzt unbedingt tiefe Genugtuung empfinden. Die historische Wahrheit setzt sich durch und tritt mitunter von einer Seite her zutage, von der man am allerwenigsten Wahrheit erwartet hätte. Jetzt ist mit den Enthüllungen begonnen worden, und trotz aller Anstrengungen der „interessierten“ Personen (und Parteien), sie zu unterbinden, sind die Enthüllungen nicht aufzuhalten. Man kann mit absoluter Gewißheit sagen, daß durch diese Enthüllungen die völlige Richtigkeit unserer damaligen Angriffe auf die Kadetten jetzt und weiterhin bestätigt wird.

Die Enthüllungen wurden von Witte durch seine Polemik gegen Gutschkow begonnen. Der Zweck des Auftretens von Witte und der Charakter seines Auftretens sind von allerniedrigster Art, Intrige schlimmster Sorte, das Bestreben, jemandem ein Bein zu stellen und näher an ein Portefeuille heranzurücken, das eben sind seine Motive. Aber wenn zwei Diebe sich streiten, dann ergibt sich bekanntlich daraus stets ein gewisser Gewinn für ehrliche Leute, und streiten sich gar drei Diebe, dann wird der Gewinn sehr wahrscheinlich noch größer werden.

In dem Brief Wittes war natürlich das Wesentlichste, daß er wohl oder übel gewisse *Tatsachen* feststellen mußte und dadurch die Möglichkeit bot (und die Notwendigkeit hervorrief), diese Tatsachen durch eine Befragung aller an der Sache Beteiligten nachzuprüfen. Aus dem Brief Wittes ergeben sich folgende grundlegende Tatsachen:

1. An der Beratung mit Witte nahmen Schipow, Gutschkow, Urussow,

J. Trubezkoi und M. Stachowitsch teil, d. h. führende Persönlichkeiten aus der Partei der Kadetten, der Partei der friedlichen Erneuerung und der Partei der Oktobristen.

2. „In der ersten Sitzung der Beratung zwischen Graf Witte“ (wir zitieren seinen Brief) „und den obenerwähnten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kam es zu einer prinzipiellen Übereinstimmung in allen Hauptfragen, mit Ausnahme der Frage betreffs der Ernennung des Innenministers.“

3. „Graf Witte bestand auf der Ernennung von Durnowo, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens jedoch, mit Ausnahme des Fürsten Urussow, sprachen sich gegen diese Ernennung aus. Fürst Urussow suchte seine Kollegen in der Beratung zu überreden, angesichts der schwierigen Situation und der Unmöglichkeit zu zaudern, ihre Einwilligung zu der Ernennung Durnowos zu geben, und erklärte seinerseits, um ein Beispiel zu geben, daß er bereit wäre, den Posten des Stellvertreters Durnowos im Ministerium zu übernehmen . . . In der nächsten Sitzung erklärten Schipow, Gutschkow und Fürst Trubezkoi, daß sie in kein Kabinett eintreten könnten, an dem Durnowo teilnehmen werde . . .“

4. Die Kandidatur Stolypins war aufgestellt worden, aber zu einer Einigung darüber gelangte man nicht, die einen waren dafür, die anderen dagegen.

Es fragt sich, welche Berichtigungen Gutschkow zu dieser Darstellung der Sache gegeben hat. Er hat bestätigt, „daß Fürst Urussow, der in der Folge Mitglied der I. Reichsduma war, ein leidenschaftlicher Verfechter der Kandidatur Durnowos gewesen ist“. Den Worten Gutschkows nach hatte Witte geschwankt und war einen Augenblick lang bereit gewesen, auf Durnowo zu verzichten, denn in der Presse hatte man Enthüllungen und donnernde Artikel gegen Durnowo vorbereitet. „Alle geschilderten Begebenheiten“, fügte Gutschkow hinzu, „ereigneten sich gleich nach dem Manifest vom 17. Oktober, als weitestgehende, ich möchte sagen, zügellose Pressefreiheit herrschte.“

Die Verhandlungen waren langwierig: Gutschkow schreibt von „qualvollen Tagen der sich hinziehenden Verhandlungen“. Über Stolypin hätte angeblich „niemand die negative Äußerung getan, von der Graf Witte schreibt“. Die damalige Lage allgemein charakterisierend, erklärt Gutschkow: „Viele sind jetzt aufgetaucht als ‚Retter‘ des Vaterlandes . . . Aber

wo waren sie damals? . . . Viele von ihnen hatten sich damals noch nicht entschieden, auf welche Seite der Barrikade sie treten sollten.“

Das wären die wesentlichen Punkte der Enthüllungen Wittes und Gutschkows; Kleinigkeiten lassen wir natürlich beiseite. Die historische Wahrheit tritt in aller Bestimmtheit zutage. 1. *Zwischen Kadetten und Oktobristen gab es in diesem sehr ernstern Moment der russischen Geschichte keinerlei ernsthafte Unterschiede*; 2. „viele“ (der bürgerlichen Politiker und der „feinen“ Anspielung Gutschkows nach wohl auch der Minister) „hatten sich damals noch nicht entschieden, auf welche Seite der Barrikade sie treten sollten“. Tatsache aber ist, daß sich zur Beratung, und nicht nur einmal, Leute einer bestimmten „Seite der Barrikade“ zusammenfanden. Sowohl die Minister als auch die Oktobristen und Kadetten standen in den Beratungen auf einer Seite der Barrikade. Die historische Wahrheit gestattet keine Zweifel, kein Deuteln: das waren Beratungen, Verhandlungen der Regierung mit der konterrevolutionären, liberalen Bourgeoisie.

Jetzt betrachte man die Haltung der Kadetten. Nach den Enthüllungen Wittes und Gutschkows (die Briefe des einen wie des anderen wurden in Petersburg am 26., in Moskau am 27. September alten Stils veröffentlicht) waren die Kadetten tiefstes Stillschweigen über ihre Beteiligung und versuchen lediglich, Gutschkow zu „hänseln“. Sowohl die „Retsch“ vom 28. September als auch die „Russkije Wedomosti“ vom gleichen Tage „hänseln“ eben Gutschkow, daß er doch später ein Kollege der Gesinnungsfreunde Durnowos gewesen sei, aber sie veröffentlichen weder Berichtigungen noch Dementis in bezug auf die historischen Tatsachen. Der dritte Dieb gibt sich der Hoffnung hin, daß man ihn wegen des Streits zwischen Witte und Gutschkow nicht bemerken wird!

Dann beginnen die Oktobristen, sich an Witte wie an den Kadetten zugleich zu „rächen“. Im „Golos Moskwy“ vom 14. Oktober (zwei Wochen der Nachforschungen bei den Oktobristen, des feigen und gemeinen Schweigens bei den Kadetten!) erscheint eine „Auskunft“ unter dem Titel: „Das Bündnis des Grafen Witte und P. N. Durnowos mit den Kadetten“. Die neuen Enthüllungen laufen auf folgendes hinaus: 1. J. Trubezkoi war zu jener Zeit Mitglied der Kadettenpartei. 2. „Da er Graf Witte nicht irgendwie irreführen wollte, hielt sich Fürst Trubezkoi für verpflichtet, ihn wissen zu lassen, daß er, Fürst Trubezkoi, von allen

Verhandlungen Wittes mit den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ (es ist verständlich, daß die Arbeiter- und Bauerndemokraten weder von den Oktobristen noch von den Kadetten zu den „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ gerechnet werden: Im Oktober 1905 waren die Arbeiter und Bauern offensichtlich „Persönlichkeiten“ *außerhalb* des öffentlichen Lebens!) „das Büro seiner Partei in Kenntnis setzen wird, das sich täglich zur Erörterung der laufenden Angelegenheiten in der Wohnung des Professors Petrashizki versammelte.“ 3. Gegen die Kandidatur Stolypins trat besonders leidenschaftlich Herr Petrunkewitsch auf, der da fand, „daß man im äußersten Fall (sic!) Graf Witte raten müsse, als Innenminister eher Durnowo als Stolypin zu ernennen. Die anderen Prominenten der Kadettenpartei erklärten sich mit der Meinung von Petrunkewitsch völlig einverstanden, und Fürst Trubezkoi wurde beauftragt, Graf Witte den Beschluß der in der Wohnung von Petrashizki tagenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu übermitteln.“ Trubezkoi fuhr am nächsten Morgen zu Graf Witte und teilte ihm ganz genau die Meinung des Büros der Kadettenpartei über beide Kandidaten mit.

Hat J. Trubezkoi die Bezugnahme auf ihn bestätigt? Er hat sie ganz und gar bestätigt, indem er sowohl dem Korrespondenten des „Nowoje Wremja“ (Nummer vom 15. Oktober) als auch dem Korrespondenten der „Retsch“ (Nummer vom 19. Oktober) gegenüber die Mitteilung des „Golos Moskwy“ als „*absolut genau*“ bezeichnete. „*Vielleicht paßt das Wort ‚Büro‘ nicht*“, erklärte Trubezkoi, „man hätte sagen müssen: Führer der Partei“ (der Kadetten), eine andere, ebenso unwesentliche „Berichtigung“ Trubezkois bezieht sich darauf, daß er zu Witte „vielleicht nicht am nächsten Morgen, sondern erst nach zwei bis drei Tagen“ gefahren sei. Schließlich hat Trubezkoi dem Korrespondenten der „Retsch“ erklärt:

„Gegen *eine* Behauptung Gutschkows wäre Einspruch zu erheben. Er erklärte, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wären lediglich Durnowos wegen nicht in das Kabinett eingetreten. Das verhält sich nicht ganz so“ (nicht ganz so!) „in bezug auf mich und, wenn ich nicht irre, auf Schipow. Ich und Schipow gaben unserer Zustimmung Ausdruck, in das Kabinett einzutreten unter der Bedingung, daß vorher ein Programm ausgearbeitet werde, aber Witte redete uns zu, in das Kabinett einzutreten, ohne diese Bedingung zu stellen. Darin eben unterscheiden wir uns von Gutschkow, der, soweit ich mich erinnere, eine solche Bedingung nicht

gestellt hatte.“ Vorsichtig drückt sich Herr Trubezkoi in bezug auf diesen Punkt aus: „nicht ganz so“, „soweit ich mich erinnere“!

Herr Petrunkevitch äußert sich in der „*Retsch*“ vom 19. Oktober – *drei Wochen* nach Beginn der Enthüllungen!! Und man sehe sich an, *wie* er sich äußert.

Er beginnt mit einer langen Betrachtung (27 Zeilen) darüber, daß man sich auf das Gedächtnis nicht verlassen könne, Aufzeichnungen aber bloß Schipow geführt habe.

Wozu diese Betrachtungen? Wollen Sie, daß die volle Wahrheit unverzüglich bekannt wird? Dann ist nichts leichter, als *alle* Beteiligten zu *nennen* und sie zu befragen. Wollen Sie aber die Wahrheit über *Ihre* Partei nicht bekannt werden lassen, dann ist es zwecklos, unter Berufung auf Schipow Versteck zu spielen.

Weitere 27 Zeilen umfaßt eine Betrachtung über die Vorliebe der Oktobristen für „Enten“. Was soll diese Betrachtung, nachdem nun einmal der „*Golos Moskwy*“ die *Person* genannt hat, die die Mitteilung bestätigte?? Herr Petrunkevitch will offenbar die einfache und klare Frage unter einem Haufen literatenhaften und diplomatischen Plunders begraben. Das ist *keine ehrliche* Methode.

Es folgen 20 Zeilen Sticheleien gegen Herrn Trubezkoi: „persönliche Erinnerungen“ – es gibt keine anderen als persönliche Erinnerungen! –, der Fürst habe darüber „*niemandem ein Wort gesagt*“ – die Hervorhebung stammt von Petrunkevitch, der damit augenscheinlich Trubezkoi den Vorwurf der Indiskretion macht. Anstatt eine direkte Antwort auf die Frage zu geben, beginnen die Kadetten, einander Indiskretion vorzuwerfen! Welchen anderen Sinn *kann* eine derartige Methode haben als den, daß sie den *Arger* der Kadetten über die Enthüllungen verrät? – ihre Versuche verrät, die Angelegenheit zu *vertuschen* (also, Fürst, seien Sie weiterhin nicht so indiskret!).

Nach 74 Zeilen Vorwort folgt endlich ein Dementi zur Sache: 1. Das Büro der Partei der Kadetten befand sich in Moskau und konnte sich darum nicht bei Petrashizki versammeln; 2. Petrashizki „gehörte zu jener Zeit nicht zu den Personen, die die Führung der Parteigeschäfte innehatten“; 3. „gewisse Mitglieder“ (des Büros der Kadettenpartei), „die sich in Petersburg befanden, waren nicht bevollmächtigt, irgendwelche Verhandlungen aufzunehmen, geschweige denn ein Bündnis mit Graf

Witte, Herrn Durnowo oder irgend jemand anderem einzugehen"; 4. „ich“ (Herr Petrunkevitch) „persönlich war ein *einziges Mal*“ (hervorgehoben von Herrn Petrunkevitch) „bei Petrashizki, und bei dieser Gelegenheit fand wirklich ein Gespräch statt über die Möglichkeit einer Kandidatur des Fürsten J. Trubezkoi als Minister für Volksbildung, wobei alle Anwesenden der Überzeugung Ausdruck gaben, daß der Fürst den ihm angetragenen Posten nur unter der Bedingung annehmen könne, daß das gesamte Kabinett ein klares und bestimmtes Programm besitze, welches den Bedingungen der politischen Lage voll entspreche, dabei ein Kabinett sei, dem die „Gesellschaft“ (man erinnere sich, was von *allen* Streitenden unter „Gesellschaft“ verstanden wird: die Arbeiter und Bauern gehören nicht zur „Gesellschaft“) „Vertrauen schenken könne. Es ist sehr wohl möglich, daß dabei die persönlichen und politischen Eigenschaften der verschiedenen Kandidaten, darunter auch Durnowos und Stolypins, erwogen wurden, aber weder ich noch die letzteren, an deren Erinnerung ich appelliert habe, erinnerten sich an eine leidenschaftliche Rede, die alle Anwesenden überzeugt hätte.“

Und das ist das ganze sachliche „Dementi“ des Herrn Petrunkevitch, der in weiteren 48 Zeilen noch eine Reihe von Sticheleien gegen Trubezkoi hinzufügt, daß dessen Gedächtnis ihn im Stich gelassen, daß die Kadettenpartei kein Bündnis mit Durnowo geschlossen „und dem Mitglied der Partei, Fürsten Trubezkoi, keine Genehmigung gegeben hat, in ein Kabinett einzutreten, das von der Partei nicht hätte unterstützt werden können“.

Die Briefe von Trubezkoi und Petrunkevitch in der „Retsch“ vom 27. Oktober fügen nichts Neues hinzu: Der erste besteht darauf, daß gerade Petrunkevitch „den Rat gab, Durnowo Stolypin vorzuziehen“, der zweite bestreitet das.

Was stellt sich also im Endergebnis heraus?

Herr Petrunkevitch hat erklärt, daß gewisse Mitglieder des Büros, die sich in Petersburg befanden, *nicht bevollmächtigt waren, irgendwelche Verhandlungen aufzunehmen*, die Tatsache der Verhandlungen aber bestätigt er gegen seinen Willen! „In der Besprechung bei Petrashizki“, schreibt Herr Petrunkevitch selber („Retsch“, 27. X.), „erörterten wir die Kandidatur des Fürsten Trubezkoi.“

Also haben *Verhandlungen stattgefunden*. Wenn die „Partei“ – wie

derselbe Herr Petrunkewitsch schreibt – Trubezkoi „keine Genehmigung gegeben hat“, so heißt das, die Verhandlungen wurden im Namen der Partei geführt!

Herr Petrunkewitsch widerlegt sich selbst mit bemerkenswerter Geschicklichkeit. Verhandlungen hat es nicht gegeben, aber . . . aber eine „Besprechung über die Kandidatur“ hat es gegeben. Sitzungen des Büros der Partei hat es nicht gegeben, aber . . . aber einen Beschluß der Partei hat es gegeben. Derartige klägliche Ausflüchte sind bezeichnend für Leute, die vergeblich versuchen, sich zu verstecken. Was wäre in der Tat einfacher, als alle Teilnehmer der Besprechung namhaft zu machen? – als den genauen Beschluß des „Büros“ oder der Partei oder der leitenden Persönlichkeiten anzuführen? Als das angeblich klare, angeblich fest umrissene Programm darzulegen, das die Kadetten (angeblich) vom Kabinett Witte gefordert haben? Aber das ist eben das Schlimme für unsere Liberalen, daß sie die Wahrheit nicht sagen können, daß sie die Wahrheit fürchten, daß die Wahrheit ihr Verderben ist.

Und da tauchen eben die kleinlichen, armseligen Kniffe, Ausflüchte, Ausreden auf, die es (zumindest einem unaufmerksamen Leser) erschweren, die außerordentlich wichtige historische Frage des Verhältnisses der Liberalen zur Regierung im Oktober 1905 zu klären.

Warum ist die Wahrheit für die Kadetten verderblich? Weil die Tatsache der Verhandlungen, die Umstände und Bedingungen, unter denen sie stattfanden, das Märchen vom „Demokratismus“ der Kadetten widerlegen und den konterrevolutionären Charakter ihres Liberalismus beweisen.

Durfte überhaupt eine tatsächlich demokratische Partei Verhandlungen aufnehmen mit einem Mann wie Witte, in einer solchen Zeit wie im Oktober 1905? Nein, sie durfte es nicht; für derartige Verhandlungen bedurfte es unbedingt einer bestimmten gemeinsamen Basis, eben der gemeinsamen Basis konterrevolutionärer Bestrebungen, Stimmungen, Neigungen.* Über nichts anderes konnten mit Witte Verhandlungen geführt werden als über die Liquidierung der demokratischen Massenbewegung.

* Siehe die ausgezeichnete, auf Artikeln von Herrn Miljukow selber („Ein Jahr Kampf“) fußende Klarstellung dieser gemeinsamen Basis in dem Artikel von J. K.: „Aus der Geschichte des russischen Liberalismus“, in dem Almanach „Sarnizy“ [Wetterleuchten], St. Petersburg 1907. „Der Rücktritt des Grafen

Weiter. Nimmt man sogar für einen Augenblick an, die Kadetten wären *nicht ohne* demokratische Ziele in die Verhandlungen eingetreten, hätte dann eine demokratische Partei dem Volk diese Verhandlungen verschweigen können, nachdem sie abgebrochen waren? Sie hätte es keinesfalls gekonnt. Hier eben tritt der Unterschied zutage zwischen dem konterrevolutionären Liberalismus und dem eine derartige Charakterisierung nicht verdienenden Demokratismus. Der Liberale *will* eine Erweiterung der Freiheit, *aber so*, daß davon die Demokratie nicht erstarke, daß die Verhandlungen mit der alten Macht und die Annäherung an sie fortgesetzt werden könnten, fester und dauerhafter würden; darum *kann* der Liberale nach einem Abbruch der Verhandlungen *nichts* über sie veröffentlichen, denn dadurch würde er eine Wiederaufnahme der Verhandlungen erschweren, würde er sich der Demokratie „ausliefern“, mit der alten Macht brechen, aber gerade mit ihr zu brechen ist der Liberale doch gar nicht imstande. Der Demokrat dagegen, der in die Lage käme, mit Witte zu verhandeln, und der die Nutzlosigkeit der Verhandlungen sähe, würde über sie sofort der Öffentlichkeit Mitteilung machen und damit die Herren Witte blamieren, ihr Spiel entlarven und die Demokratie weiter voranbringen.

Man beachte auch die Frage nach dem Programm des Kabinetts und nach seiner Zusammensetzung. Über die zweite Frage reden alle Beteiligten, und sie reden präzise und deutlich: dieses und jenes Portefeuille wurde dem und dem angetragen. Über die *erste* Frage aber, d. h. über das Programm, *kein einziges* klares und präzises Wort! Wer die Anwärter auf die Portefeuilles waren, dessen erinnern sich sowohl Trubezkoi wie Petrunkevitch sehr wohl und sprechen darüber. Wie das „Programm“ aussah, darüber *spricht keiner* von ihnen!! Was ist das, etwa ein Zufall? Natürlich nicht. Das ist das Ergebnis dessen (und der unzweifelhafte Beweis dafür), daß für die Herren Liberalen das „Programm“ an neunter Stelle stand, ein bloßes Aushängeschild, ein „Papier“ war – in der Tat konnte Witte kein anderes Programm haben als das der Stärkung der

Witte ist gleichbedeutend mit dem Verlust der letzten Chance, eine Einigung herbeizuführen“, schrieb Herr Miljukow am 18. April 1906 und gab eben damit ganz klar und bestimmt zu, daß es Versuche, eine *Übereinkunft* zu erzielen, gegeben, daß es *Chancen* gegeben habe, daß es Sinn gehabt habe, die Versuche zur Herbeiführung einer Übereinkunft zu *wiederholen*.

Staatsmacht und der Schwächung der Demokratie, und unter beliebigen Zusicherungen, Versprechungen und Erklärungen würde er nur diese Politik *betreiben* – eine „lebendige“ Angelegenheit dagegen war für sie die Verteilung der Portefeuilles. Nur deshalb konnte zum Beispiel Witte das Programm *völlig* vergessen (nach den Worten Wittes bestand sogar völlige prinzipielle Übereinstimmung!), aber darüber, wer besser (oder schlechter?) war, Durnowo oder Stolypin, an diese Diskussion erinnern sich alle, darüber sprechen alle, dazu führen alle Hinweise an, sei es auf Reden, sei es auf Argumente dieser oder jener Person.

Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen. Die historische Wahrheit tritt sogar aus den vorsätzlich schönfärberischen Erzählungen von drei bis vier Personen hinreichend klar hervor.

Die ganze liberale Bourgeoisie Rußlands, von Gutschkow bis Miljukow – der zweifellos politisch die Verantwortung für Trubezkoi trägt –, wandte sich sofort nach dem 17. Oktober *von* der Demokratie ab und Witte zu. Und das war kein Zufall, war kein Verrat einzelner Personen, sondern der Übergang der *Klasse* auf die ihren ökonomischen Interessen entsprechende konterrevolutionäre Position. Nur weil sie auf dieser Position standen, konnten die Kadetten 1905 durch Trubezkoi mit Witte, 1906 durch Muromzew mit Trepow usw. verhandeln. Ohne den Unterschied zwischen dem konterrevolutionären Liberalismus und der Demokratie verstanden zu haben, kann man weder von der Geschichte der Demokratie noch von ihren Aufgaben irgend etwas verstehen.

„*Prosweščtschenije*“ Nr. 1,
Dezember 1911.
Unterschrift: P.

Nach dem Text der Zeitschrift
„*Prosweščtschenije*“.

DREI INTERPELLATIONEN

Die stenografischen Berichte der Reichsduma – selbst der III. Duma – bieten ein bemerkenswert interessantes und lehrreiches politisches Material. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die Beilage zu dem Achtgroscchenblatt „Rossija“ wertvoller ist als alle liberalen Zeitungen. Denn die liberalen Zeitungen machen die Liberalen besser als sie sind, schleifen die scharfen Kanten in der Fragestellung einerseits der „Rechten“ und anderseits der Vertreter der eigentlichen Massen der Bevölkerung ab und tragen stets und ständig Heuchelei und Verlogenheit in die Einschätzung des *Wesens* unserer „Innenpolitik“ hinein. Aber gerade darin, *wie* die entsprechenden Fragen *gestellt*, gerade darin, *wie* das *Wesen* der Sache beurteilt wird, liegt der Schwerpunkt aller sozial-ökonomischen und politischen Aufgaben der Gegenwart.

Versuchen wir das Gesagte, soweit das möglich ist, zu erläutern an Hand der Debatten zu drei Interpellationen: über die Ochrana, über die Hungersnot und über die „zeitweilige“ Verordnung aus dem Jahre 1881.¹²⁷

Die erste Sitzung der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Duma wurde mit einer Rede des oktobristischen Präsidenten über Stolypin eröffnet. Interessant war dabei, daß nach den Worten des Führers der Oktobristen „seine (Stolypins) unermüdliche Sorge einem beharrlichen, wenn auch vorsichtigen, behutsamen Vorwärtsschreiten auf dem Wege der Entwicklung des politischen und sozialen Lebens in Rußland galt“. Nicht wahr, das ist gut? Stolypin als „Progressist“! Warum jeder *andere* „Progreß“ außer dem hier vorliegenden – der selbst die Oktobristen nicht befriedigt – unmöglich ist bei diesem ganzen Regierungssystem, bei dieser Staatsorga-

nisation, bei der Beibehaltung der Klasse, deren Politik Stolypin betrieben hat, darüber machte sich wahrscheinlich mancher demokratische Leser der Rede Rodsjankos Gedanken. Leider hat keiner der sich zu den Demokraten zählenden Dumaabgeordneten, die bei dieser Rede anwesend waren*, die Klassenwurzeln der Stolypinschen Form des „Progresses“ entschleiern wollen.

Dabei gab es einen günstigen Anlaß dafür in der Debatte über die Ochrana.

Stolypin „schenkte dem ehrenwerten A. I. Gutschkow“, wettete Markow II, „und seinen nicht minder ehrenwerten Freunden vom Zentrum der Duma Vertrauen. Er wurde für seine Vertrauensseligkeit mit dem Tode bestraft. Die Ruhe, die zu erleben uns beschieden ist, ist die Ruhe des Grabes. Eine andere Ruhe gibt es nicht.“ (Zwischenruf von links: richtig!) „Es gibt einen Aufschwung der Revolution . . . Es gibt keine Ruhe, die Revolution zieht herauf. Gegen die Revolution gilt es zu kämpfen, unter Einsatz seines Lebens, Auge in Auge zu kämpfen.“ (Gelächter von links.) „Man muß diese Halunken, Fanatiker und Schurken aufhängen. Das ist es, was ich gegen die Dringlichkeit dieser Interpellation zu sagen habe.“

So wurde die Frage von dem Vertreter der Gutsbesitzer gestellt.

Nach Markow II sprach – schon zum Kern der Interpellation – Roditschew. Er war, wie immer, sehr beredt. Aber die Fragestellung dieses beredten Liberalen ist von unglaublicher Dürftigkeit. Liberale Phrasen, Phrasen und weiter nichts. „Wenn das Zentralkomitee“ (der Oktobristen), rief Herr Roditschew aus, „in bezug auf die Opposition erklärt, sie er-

* Aus der Rede von Markow II erfahren wir, daß die Arbeiterabgeordneten nicht anwesend waren. „Sie . . .“, erklärte Markow II, sich an die Arbeiterabgeordneten wendend, „haben Ihre Einstellung offen zum Ausdruck gebracht . . . als Sie soeben durch Abwesenheit glänzten . . . Sie sind hinausgegangen . . . Wenn ich Sie dafür auch nicht achte, so verstehe ich Sie doch.“ Markow II führt sich in der Duma sehr häufig ganz wie ein Rowdy auf. Aber in seinen angeführten Worten wird ebenso wie in sehr vielen Erklärungen seiner Kollegen sichtbar, wie die Frage vom Standpunkt einer bestimmten Klasse geradeheraus gestellt wird. Diese Gradheit ist für die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Massen durchweg hundertmal nützlicher als die abgedroschenen Phrasen der Liberalen, die den Anspruch erheben, eine Position „über den Klassen“ einzunehmen.

strebe die Ermordung ihrer politischen Gegner, so ist das eine schamlose Lüge. Ich bin bereit, Ihnen auch diese Lüge zu verzeihen, wenn Sie schwören, mit jenem Ungeheuer ein Ende zu machen, welches sich der russischen Staatsmacht bemächtigt hat, ein Ende zu machen mit der Spitzelherrschaft.“ (S. 23 des stenografischen Berichts der „Rossija“, und noch einmal auf S. 24 wiederum mit einem „Schwur“.)

Effektvoll, „schrecklich“ effektiv! Roditschew ist bereit, den Oktobristen zu verzeihen, wenn sie „schwören“, ein Ende zu machen! Genug der Lügen, Herr Schwätzer: wieviel nicht nur die Oktobristen, sondern auch Sie, die Kadetten, immer „schwören“ mögen – Sie können keinem irgendwie ernstes Übel *ein Ende machen*. Durch Phrasen über „Schwüre“ anlässlich einer so ernstes Frage *verdunkeln* Sie das politische Bewußtsein der Massen, statt es aufzuhellen, *verkleistern* Sie die Köpfe mit tönenden Worten, statt ruhig zu erklären, einfach und klar darzulegen, *warum* dieses Ungeheuer von der gegenwärtigen Staatsmacht Besitz ergriffen hat, ergreifen konnte und ergreifen mußte.

Herr Roditschew stellt das nicht klar, er fürchtet sich, die Wurzel und den Kern der Frage einfach und direkt zu betrachten, und unterscheidet sich darum von den Oktobristen nicht durch die Fragestellung, nicht prinzipiell, sondern nur durch den Schwung seiner Beredsamkeit. Er steht – wenn man seine Rede ein wenig aufmerksamer untersucht und über sie nur ein wenig nachdenkt – im Grunde genommen auf dem Standpunkt der Oktobristen: *Nur* darum kann er ihnen auch „Verzeihung“ zusichern, falls sie „schwören“ werden. Dieses ganze Verzeihen, all diese Schwüre sind eine einzige komplette Komödie, gespielt von den Liberalen, die Furcht haben vor einer auch nur einigermaßen konsequenten Demokratie. Daraus ergibt sich jene Fragestellung, die wir bei Roditschew sehen in den Worten von der „Proportion“, in der Verteidigung Lopuchins usw. Zwischen dem Standpunkt der Oktobristen und dem der Liberalen gibt es dem Wesen nach *keinen* Unterschied.

Demgegenüber betrachte man aufmerksam die Rede von Pokrowski II. Er beginnt mit einem Hinweis darauf, daß die von ihm und seinen Kollegen eingebrachte Interpellation „sachlich absolut verschieden“ ist von der Interpellation der Oktobristen. Und wenn es auch in der Interpellation Pokrowskis II und seiner Kollegen einige nicht ganz glückliche Stellen gibt, so war doch der Hinweis auf den *sachlichen* Unterschied richtig. „Uns

beunruhigt nicht“, erklärte Pokrowski II, „was Sie beunruhigt, nämlich, daß die Ochrana verderblich für die Regierung ist; uns beunruhigt die Tatsache, daß die Ochrana, die von der Regierung mit Ihrer Hilfe sorgsam gepflegt wird, dem Lande Verderben bringt . . .“

Und Pokrowski II bemüht sich zu erläutern – keine Deklamationen zu machen, sondern zu erläutern –, warum die Staatsmacht die Ochrana braucht, welches die Klassenwurzeln einer derartigen Institution sind (die Klassenwurzeln werden durch „Schwüre“ und „Verzeihung“ nicht berührt). „Die Regierung“, erklärte Pokrowski II, „die der Gesellschaft völlig entfremdet war, die in der Gesellschaft keinerlei Stütze hatte, da sie ein Feind der Demokratie war, hatte hinter sich nur die kläglichen Überreste der ausgestorbenen Klasse des Adels, sie mußte“ (von uns hervorgehoben) „sich mit einem Schutzwall umgeben, sich von der Gesellschaft absondern, isolieren – und eben darum schuf sie die Ochrana . . . Und eben in dem Maße, in dem eine breite gesellschaftliche Bewegung heranwächst, in dem Maße, in dem alle Schichten der Demokratie von dieser Bewegung erfaßt werden, wächst die Bedeutung und der Einfluß der Ochrana.“

Pokrowski II fühlte offenbar selber, daß das Wort „Gesellschaft“ hier nicht exakt ist, und ersetzte es darum dann durch das richtige Wort: Demokratie. Jedenfalls unternahm er – und darin besteht sein großes Verdienst – den Versuch, das Wesen der Ochrana zu erläutern, um ihre Klassenwurzeln, ihren Zusammenhang mit der ganzen Staatsordnung aufzudecken.

Ist es selbst dann, wenn man von der zügellosen und geschmacklosen Phrasendrescherei des Herrn Roditschew absieht, nicht offensichtlich, daß die Fragestellung bei Pokrowski II und Gegetschkori himmelweit entfernt ist von der Fragestellung bei den Roditschew? Das Wesentliche in der Fragestellung durch die Arbeiterabgeordneten war indessen die konsequente Anwendung des Demokratismus, nur des Demokratismus. Die Klarstellung des tiefgehenden Unterschiedes zwischen dem wirklichen Demokratismus und dem kadettischen Liberalismus (dem Liberalismus der „Gesellschaft“), der den Namen Demokratie zu Unrecht trägt, ist eine der wichtigsten Aufgaben in der III. Duma im allgemeinen, speziell nach der Periode von 1906 bis 1911, und vor den Wahlen zur IV. Duma im besonderen.

Gehen wir zur zweiten Interpellation über, zur Interpellation über die Hungersnot. Als erster sprach Herr Dsjubinski, er sprach erbärmlich schlecht. Nicht, daß er keine zuverlässigen Tatsachen gebracht hätte – nein, er hatte unbedingt zuverlässige Tatsachen gesammelt und legte sie einfach, klar und wahrheitsgemäß dar. Nicht, daß er kein Mitgefühl mit den Hungernden gehabt hätte – nein, ein solches Mitgefühl besitzt er ohne Zweifel. Nicht, daß er die Kritik an der Regierung außer acht gelassen hätte – er hat sie die ganze Zeit kritisiert. Aber er sprach nicht wie ein Demokrat, sondern wie ein liberaler Beamter, und darin besteht das Grundübel seiner Rede, darin besteht das Grundübel der ganzen Position der „Intellektuellen“ der Trudowikigruppe, das noch klarer z. B. aus den Protokollen der I. und der II. Duma hervorgeht. Dsjubinski unterschied sich von den Kadetten lediglich dadurch, daß bei ihm die konterrevolutionären Noten fehlten, die jeder aufmerksame Mensch bei den Kadetten stets bemerken wird; in seiner Fragestellung ist Dsjubinski nicht über den Standpunkt eines liberalen Beamten hinausgegangen. Darum ist seine Rede so unendlich schwach, so tödlich langweilig, so dürftig – besonders im Vergleich zu der Rede seines Parteikollegen, des Bauern Petrow III, bei welchem (wie auch bei fast allen *bäuerlichen* Trudowiki in der I. und II. Duma) der wirkliche, waschechte, „bodenständige“ Demokrat zu spüren ist.

Man sehe sich an, wie Herr Dsjubinski anfängt. Über die Hungersnot sprechend, stellt er an die Spitze . . . was denken Sie wohl? . . . das Reglement über das Ernährungswesen der „zeitweiligen Richtlinien vom 12. Juni 1900“!! Man fühlt sofort, daß dieser Mann, dieser Politiker, die lebendigsten Eindrücke von der Hungersnot nicht aus persönlicher Erfahrung, nicht aus der Beobachtung des Lebens der Massen, nicht aus einer klaren Vorstellung von diesem Leben geschöpft hat, sondern aus einem Lehrbuch für Polizeirecht, wobei er selbstverständlich das neueste und beste Lehrbuch nahm von dem liberalsten, dem allerliberalsten Professor, den es nur gibt.

Herr Dsjubinski kritisiert die Richtlinien vom 12. Juni 1900. Man sehe sich an, *wie* er kritisiert: „Fast seit dem Augenblick, da die Richtlinien vom 12. Juni 1900 erlassen worden waren, wurden sie sowohl von der Regierung selbst als auch von der Öffentlichkeit als unbefriedigend erkannt . . .“ Von der Regierung selbst als unbefriedigend erkannt – also ist es die Auf-

gabe der Demokratie, die Richtlinien vom 12. Juni 1900 zu verbessern, damit die Regierung selbst sie als „befriedigend erkennen“ könnte! Es ist so, als sei man in Gedanken in das Milieu einer russischen Provinzial-Gerichtsbehörde versetzt. Die Luft ist muffig. Es riecht nach Aktenstaub. Anwesend sind der Gouverneur, der Staatsanwalt, der Gendarmerieoberst, der ständige Beisitzer, zwei liberale Semstwoleute. Der liberale Semstwomann beweist, daß eine Eingabe angeregt werden müsse zur Verbesserung der Richtlinien vom 12. Juni 1900, denn sie seien „von der Regierung selbst als unbefriedigend erkannt worden . . .“ Seien Sie barmherzig, Herr Dsjubinski! Wozu brauchen wir Demokraten die Duma, wenn wir auch *in sie* eine Sprache und eine Manier, eine Art des „politischen“ Denkens und eine Fragestellung hineintragen wollten, die vor 30 Jahren in einer Provinzialkanzlei, in einem gemütlichen spießhaften „Nest“ – im Arbeitszimmer eines liberalen Ingenieurs, Advokaten, Professors, Semstwomannes zu entschuldigen gewesen wären (wenn sie überhaupt zu entschuldigen waren)? Dafür braucht man keine Duma!

Ein Sprichwort sagt: „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.“ Liest man die stenografischen Berichte der Duma, dann möchte man dieses Sprichwort in Hinblick auf diesen oder jenen Abgeordneten folgendermaßen abändern: „Zeige mir, mit wem du sprichst, wenn du auf der Tribüne der Reichsduma erscheinst, und ich sage dir, wer du bist.“

Herr Roditschew z. B. spricht, ebenso wie alle Kadetten, stets mit der Regierung und den Oktobristen. Herr Roditschew, ebenso wie alle Kadetten, ersucht sie zu „schwören“, und unter dieser Bedingung willigt er ein, ihnen zu „verzeihen“. Diese geniale Phrase Roditschews (ungewollt hat er die Wahrheit ausgesprochen!) vermittelt eigentlich ausgezeichnet den ganzen Geist des politischen Standpunkts der Kadetten überhaupt, in *allen* Dumas, in allen wichtigen Aktionen der Kadettenpartei, im Parlament, in der Presse und auch in den Ministervorzimmer. „Ich bin bereit, Ihnen die Lüge zu verzeihen, wenn Sie schwören, mit jenem Ungeheuer ein Ende zu machen, das sich der russischen Staatsmacht bemächtigt hat“ – diese Worte sollten auf dem Denkmal eingemeißelt werden, das Herrn Roditschew zu errichten schon an der Zeit ist.

Aber Herr Dsjubinski ist kein Kadett; er gehört nicht zu den politisch ungebildeten Menschen, die die Kadetten für eine demokratische Partei

halten; er nennt sich Trudowik, Volkstümler. Doch ihm fehlt so sehr das demokratische Fingerspitzengefühl, daß er, wenn er die Tribüne der Reichsduma betritt, fortfährt, mit den Beamten zu reden. Er hat so wenig Fingerspitzengefühl, daß er sich nicht an die Millionen hungernder Bauern wendet – und das ist in Rußland gerade von der Duma aus möglich, und einstweilen beinahe nur von der Duma aus –, sondern an die paar hundert Beamten, die etwas von den Richtlinien vom 12. Juni 1900 wissen.

„Die Richtlinien vom 12. Juni“, erklärt Herr Dsjubinski, „hatten rein politische Bedeutung; sie sollten die gesellschaftlichen Semstwoorganisationen ausschalten und die Angelegenheit der Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung ganz und gar in die Hände der Regierung legen.“

„Die Richtlinien vom 12. Juni hatten rein politische Bedeutung...“ Was ist das für eine Sprache? Nach welch grauen alten Zeiten riecht sie! Vor 25 bis 30 Jahren, in den achtziger Jahren verfluchten Angedenkens des vorigen Jahrhunderts, schrieben die „Russkije Wedomosti“ eine solche Sprache, als sie die Regierung vom Standpunkt der Semstvos kritisierten. Wachen Sie auf, Herr Dsjubinski! Sie haben das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verschlafen. Während der Zeit, da Sie zu schlafen beliebt haben, ist das alte Rußland gestorben, ein neues Rußland geboren worden. Man *kann nicht* mit diesem neuen Rußland in einer solchen Sprache reden, daß man der Regierung die „rein politische“ Bedeutung ihrer Richtlinien zum Vorwurf macht. Das ist eine bei all ihrer guten Absicht, ihrer Anständigkeit und ihrem korrekten guten Willen weitaus reaktionärere Sprache als die Sprache der Reaktionäre in der III. Duma. Das ist die Sprache solcher Leute – oder eines vor jeder Politik zurückschreckenden Provinzialbeamten –, die die „Politik“ für so etwas wie ein Ärgernis halten und von einer Lebensmittelkampagne „ohne Politik“ träumen. Mit dem gegenwärtigen Rußland kann man nur sprechen, wenn man von *einer* Politik aus an eine andere appelliert, von der Politik der *einen* Klasse an die Politik der anderen Klasse oder der anderen Klassen, von *einer* politischen Ordnung an eine andere: das ist das Abc nicht nur des Demokrismus, sondern sogar des engstirnigsten Liberalismus, wenn man diese politischen Termini in ihrer Bedeutung ernst nimmt.

Die ganze Rede Dsjubinskis ist von demselben Geist durchdrungen, der im Anfang zum Ausdruck kam. Er spricht von Rundschreiben betreffs der Steuererhebung, von der Steuerschraube, von Vorzugsstarifen für Schmitter

und Wanderarbeiter, davon, daß man Saatgut erst nach der Saatzeit erhält, von Darlehensgewährung nach der Anzahl der Kühe – denn der Regierung schein der Unterhalt des Viehs notwendiger als der Unterhalt der Menschen –, davon, daß die Bauern es vorziehen, 75 000 Rubel gegen 12 Prozent in einer Privatbank zu leihen, als sich wegen 70 000 Rubel der unverzinslichen Anleihe vom Fiskus *bürokratischen Scherereien* auszusetzen, er zitiert zum Schluß höchst lehrreiche Briefe vom Lande draußen, die eine Not von schrecklichem Ausmaß schildern. Aber in dieser ganzen von den besten Absichten getragenen Rede gibt es nicht ein Fünkchen demokratischen Gefühls, keine Spur von Verständnis für die Aufgaben einer demokratischen „Politik“. Aus der Rede ergibt sich zweifellos – und das wollte der wohlmeinende Herr Dsjubinski beweisen –, daß unsere Ordnung faul ist, aber es ist traurig, daß der Redner nicht einmal bemerkt, wie sich aus seiner Rede gleichzeitig die verfaulte Moral eines angefaulten liberalen Beamten „ergibt“.

Als übernächster Redner nach Dsjubinski sprach Graf Tolstoi, Abgeordneter des Gouvernements Ufa, der der Trudowikibewegung sehr fernsteht, aber haargenau so sprach wie Dsjubinski: „Aus irgendwelchen politischen Erwägungen, von denen die Regierung sich leiten läßt, wird das Semstwo systematisch von der Mitarbeit im Ernährungswesen ausgeschaltet, aber darunter leidet ein riesiger Teil des einfachen Volkes...“ Die Reden von Dsjubinski und Graf Tolstoi hätten auch vor zwanzig, auch vor fünfzig Jahren gehalten werden können. In diesen Reden lebt noch das alte, zum Glück schon gestorbene Rußland, wo es keine Klassen gab, die den Unterschied in der „Politik“ der verschiedenen Elemente der Bevölkerung begriffen oder zu begreifen begonnen hätten, die gelernt oder zu lernen begonnen hätten, offen und direkt für ihre gegensätzlichen Interessen zu kämpfen, das Rußland des „einfachen Volkes“ unten und des liberalen Semstwomanns unter dem in den meisten Fällen nicht liberalen Beamten oben. Das „einfache Volk“ wie der liberale Semstwomann fürchteten damals „irgendwelche politischen Erwägungen“ mehr als das Feuer.

Man blättere ein paar Seiten weiter in dem stenografischen Bericht. Man hat Reden vor sich, die weder vor fünfzig Jahren noch vor zwanzig Jahren, ja nicht einmal vor sieben Jahren in Rußland hätten gehalten werden können, wenn man diese Reden in ihrer Gesamtheit nimmt. Ein Duell zwischen Markow II und Petrow III – Leuten mit Nummern, als sollte

absichtlich gezeigt werden, daß wir typische Vertreter der entsprechenden Klassen vor uns haben, solche Vertreter, wie es ihrer viele gibt. Markow II greift auf alte Weise an, Petrow III verteidigt sich und geht von der Verteidigung zum Angriff über *nicht* auf alte Weise.

Markow II: „Die unbegründeten und keineswegs durch die tatsächliche Sachlage bedingten Angriffe erklären sich natürlich . . . daraus, daß, was immer auch die russische Regierung tun möge, unser Volk notwendigerweise aufbegehrt . . . In den westlichen Gouvernements . . . verwenden die Leute Mühe auf den Boden und leisten das, was man bei euch an der Wolga nicht leisten will“ (an wen sich der Redner mit den Worten „bei euch an der Wolga“ wendet, ist nicht ganz klar, denn vor ihm hatte lediglich der Trudowik Kropotow aus dem Gouvernement Wjatka gesprochen; offensichtlich ist das „bei euch an der Wolga“ *nicht* in bezug auf die Dumaabgeordneten gesagt worden, *nicht* in bezug auf das, was in der Duma ist oder war, sondern in bezug auf etwas anderes), „denn an der Wolga gibt es zu viel Faulenzer, das muß man im Auge behalten . . . Wir wissen, daß es bei euch unter den Hungernden viele gibt, die man wirklich eine Zeitlang hungern lassen sollte, damit sie arbeiten und nicht müßig gehen.“

Petrow III, obwohl er nicht von der Wolga stammt, sondern aus dem Gouvernement Perm, antwortet: „Ich komme wieder darauf zurück, meine Herren, wenn Markow II kein Faulenzer ist, dann muß er sich der Jahre 1905 und 1906 erinnern, nach denen die Herren Gutsbesitzer Millionen an Subventionen aus der Staatskasse erhalten haben. Was bedeutet das? Vor allem sollten Sie sich dessen erinnern, und den Bauern eine Herausforderung entgegenzuschleudern haben Sie kein Recht.“

Markow II (vom Platz): „Immer sachte, Verehrtester.“

Wie grob, nicht wahr, führen sich diese „II“ und „III“ auf?

Was für eine Zügellosigkeit – im Vergleich zu jener manierlichen, würdigen staatsmännischen Sprache, mit der die Dsjubinski den Adelsmarschällen die Unvollkommenheit der Richtlinien über das Ernährungswesen von 1850 . . . nicht doch, von 1900, bewiesen! Es ist gerade so, als wären wir aus dem wohlstandigen Kabinett einer wohlstandigen „Persönlichkeit des öffentlichen Lebens“ irgendwohin auf einen Platz, auf eine Straße, in ein Gedränge, einen Tumult geraten. Was für eine Unanständigkeit, was für eine Unruhe! Aber wir werden gleich sehen, wie die „Ord-

nung“ wiederhergestellt wurde – man glaube nicht: vom Präsidenten – nein, von einer wohlhabenden Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, von dem Mitglied der konstitutionell-demokratischen Partei, Herrn Schingarjow. Aber zuerst wollen wir zu Ende kommen mit dem modernen Sittenbildchen.

Petrow III: „Man sagt, wenn ihr Mittel für das Ernährungswesen bewilligt, dann tragen sie sie in die Kneipe. Meine Herren, das ist nicht wahr. Von wem hängt es ab, dem vorzubeugen? Gegenwärtig bittet doch die Bevölkerung vieler Gouvernements, die Kneipen zu schließen, aber man schließt sie nicht. Ja, vielleicht vertrinkt die Bevölkerung einen gewissen Teil. Aber Markow II und die anderen sollen auf sich selber schauen, wieviel vertrinken Sie, meine Herren Adligen? Wenn wir es auf den einzelnen umrechnen, wird sich vielleicht ergeben, daß Sie bei weitem mehr vertrinken als die Bauern . . . Solange das Land, das den Bauern gehören sollte, sich in den Händen solcher Markow, Purischkewitsch und Konsorten befindet, werden die Hungersnöte selbstverständlich ununterbrochen andauern. Diese Herren aber werden weiterhin erklären, daß die Hungersnöte daher rühren, weil die Bauern Faulenzer sind.“

Markow II (vom Platz): „Unsere hungern nicht.“

Petrow III: „Ich glaube, meine Herren, die Grundfrage, wie jegliche Hungersnot zu beseitigen ist, liegt eben darin beschlossen, daß man das Land aus den Händen derjenigen nimmt, die es nicht bebauen, aus den Händen dieser Herren ‚Nicht-Faulenzer‘, und es denjenigen übergibt, die es bebauen, und solange Sie es nicht übergeben haben, wird – das weiß ich bestimmt – die bäuerliche Bevölkerung hungern. Es ist selbstverständlich, daß ein Krieg, wie er 1905 stattfand, unvermeidlich ist, dahin treiben Sie es, weil der hungrige Mensch wie ein Tier ist, und in dieser Beziehung treiben Sie die Bevölkerung dazu, eine Revolution zu machen und mit Gewalt das an sich zu reißen, was ihr von Rechts wegen gehört.“

Wäre Muromzew Präsident der III. Duma gewesen, so hätte er dem Redner sicherlich das Wort entzogen: in der I. Duma hat er für solche unangebrachten Reden das Wort entzogen. In Ermanglung eines Muromzew wurde vom folgenden Redner, Schingarjow, „Ordnung“ geschaffen. Er brachte Markow II direkt in Verlegenheit wegen des „marktschreierischen Tons“ und las Petrow III eine Lektion, wie man mit den Markow zu polemisieren hat. Wischnewski, ein Fraktionsgenosse von Markow – er-

klärte Herr Schingarjow, „sprach aufrichtig“ und für die Annahme der Interpellation. Er, Schingarjow, „hofft, daß die Regierung klüger sein wird als der Abgeordnete Markow in seiner Rede . . . es ist die Pflicht eines russischen Volksvertreters, solchen Herren zu sagen: Schämen Sie sich.“

Roditschew und Schingarjow haben Markow endgültig beschämt, wobei Schingarjow durch seine musterhafte Polemik gegen Markow den Mann mit der „III“ völlig erledigt hat.

Die letzte der Interpellationen, denen die vorliegenden Bemerkungen gewidmet sind, war die Interpellation über die „zeitweiligen“ Richtlinien vom 14. August 1881, d. h. über die berühmte Verordnung über die Ochrana, die seit dreißig Jahren ständig erneuert wird und die tatsächliche Verfassung Rußlands bildet. Die wichtigsten Reden zu dieser Interpellation wurden von Teslenko und Miljukow gehalten, wobei die Schlußepisode der „Ausschluß Jellineks“ war, d. h. der Ausschluß Teslenkos für die Dauer von 15 Sitzungen wegen eines Zitats aus Jellinek¹²⁸, *ungeachtet* der Erklärung Teslenkos, daß seinen Worten „jener Sinn fremd war, den jetzt offensichtlich diejenigen hineinlegen wollen, die“ für den Ausschluß „stimmen möchten“.

Ohne ausführlicher auf eine Wertung dieser interessanten Episode einzugehen, wollen wir nur bemerken, daß sogar in bezug auf diese – politisch so einfache und klare – Frage der Verordnung vom 14. August 1881 der Führer der Kadettenpartei, Herr Miljukow, es verstand, die spezifisch kadettische Borniertheit und Verlogenheit in der Fragestellung in vollem „Glanz“ zu offenbaren. „Meine Herren“, ließ Miljukow sich vernehmen, „es gibt keine aktuellere Frage als die Frage, die wir aufgeworfen haben, denn das ist der grundlegende, kardinale Widerspruch des russischen Lebens“ (kann man den Widerspruch zwischen dem Papier und dem russischen Leben als den Widerspruch des russischen Lebens bezeichnen?), „das ist der Widerspruch zwischen der bestehenden Form des staatlichen Regimes und den Methoden der Staatsverwaltung . . .“

Das ist nicht wahr, Herr Miljukow. Gerade die Verordnung vom 14. August 1881, gerade ihr dreißigjähriges Jubiläum, gerade ihre „spezifische“ „juristische Natur“ beweisen, daß zwischen der „bestehenden Form des staatlichen Regimes“ und den Verwaltungsmethoden *völlige* Übereinstimmung und absolut kein „Widerspruch“ besteht. *Eben dadurch,*

daß Herr Miljukow hier einen Widerspruch sieht, daß er versucht, eine Kluft zwischen „Regime“ und „Verwaltung“ zu konstruieren, führt er seine Kritik des Übels von der Ebene des demokratischen Kampfes auf die Ebene der liberalen frommen Wünsche hinab. Gerade dadurch, daß er in Worten eine fiktive Kluft schafft zwischen dem, was im Leben unlösbar verbunden ist, stützt Miljukow die juristischen und staatsrechtlichen Fiktionen, die die Rechtfertigung des Übels *erleichtern* und seine wirklichen Wurzeln verdecken. Miljukow stellt sich eben damit *auf den Boden des Oktobrismus*, der ebenfalls das Übel nicht bestreitet, aber bemüht ist, die *formalen* Widersprüche zu beseitigen, ohne die *reale* Allmacht der Bürokratie von unten bis oben und von oben bis unten zu beseitigen.

Als echter Kadett merkt Miljukow nicht nur nicht, daß er sich als „Demokrat“ heillos verheddert hat, daß er auf oktobristische Weise argumentiert – mehr noch, er ist sogar *stolz* auf seine „staatsmännische“ Fragestellung. Unmittelbar nach den oben aus seiner Rede angeführten Worten lesen wir weiter:

„Dieser Widerspruch, meine Herren, ist so offensichtlich, daß man sogar aus Ihrer Mitte“ (Herr Miljukow unterhält sich natürlich nur mit der „führenden Partei der III. Duma“, mit den Oktobristen) „nicht nur einmal, sondern häufig genug auf ihn hingewiesen hat, aber sehr selten ist man an das Wesentliche herangekommen, an die Wurzel, an die Grundursache, worüber wir heute sprechen. Worauf haben Sie gewöhnlich diese Frage des Widerspruchs zwischen Regime und Verwaltung zurückgeführt? Sie beriefen sich darauf, daß die Praktiken der Administration nicht mit einem Schlage beseitigt werden können . . .“ (Ein richtiger Hinweis – wenn . . . wenn man nicht die ganze „Administration“ beseitigen will, was die Kadetten ja auch nicht wollen.) „Sie verwiesen darauf, daß die lokale Administration die zentralen Anweisungen, die Anweisungen aus dem Zentrum, nicht befolgt; das Äußerste, wozu Sie sich entschlossen – Sie beschuldigten das Zentrum, es gäbe keine richtigen Anweisungen. Stets haben Sie diese Frage als Frage des Faktums aufgeworfen, wir werfen sie als Frage des Rechts auf.“

Prächtig widerlegen Sie sich selbst, Herr Miljukow! Die Oktobristen *haben recht*, voll und ganz recht, wenn sie auf den engen, unlösbaren, den engsten, ganz unlösbaren Zusammenhang des Zentrums mit der lokalen Administration hinweisen. Daraus muß man eine demokratische Schluß-

folgerung ziehen, denn diesen Zusammenhang bestreiten – nach allem, was Rußland von Tolmatschow, Dumbadse, Reinbot, Iliodor, den Mördern Herzensteins usw. weiß – wäre lächerlich. Und Sie machen daraus eine in ihrer Halbheit naive „Frage des Rechts“. Wer wird denn das Ausmaß dieses Rechts bestimmen? Wie werden Sie hier „Übereinstimmung“ erzielen? Was ist denn ein politisches Recht, wenn nicht die Formulierung, die Registrierung der Kräfteverhältnisse? Sie schreiben Ihre Definition des Rechts aus westeuropäischen Lehrbüchern ab, in denen das *aufgeschrieben* ist, was sich als Resultat einer ganzen Periode langer Kämpfe im Westen ergeben hat, als Resultat der entstandenen (bis zu künftigen prinzipiell anderen Bewegungen der Arbeiterklasse) Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Elementen der westlichen Bourgeoisie, der westlichen Bauernschaft, der westlichen feudalen Gutsbesitzer, der Staatsmacht usw. In Rußland hat diese Periode eben erst begonnen, die Frage *steht* bei uns – so ist die heutige historische Situation – eben als Frage des „Faktums“, Sie aber weichen zurück vor einer direkten und klaren Fragestellung, stecken den Kopf in den Sand, ziehen sich eine Tarnkappe aus der Fiktion eines „Rechts“ über. Sie stehen auf dem Standpunkt eines liberalen Beamten und nicht auf dem Standpunkt eines Demokraten.

„*Proswechtschenije*“ Nr. 1,
Dezember 1911.

Unterschrift: *Peterbursbez.*

Nach dem Text der Zeitschrift
„*Proswechtschenije*“.

HUNGER UND SCHWARZE DUMA

Es ist noch gar nicht so lange her, daß unter dem Eindruck der vorjährigen Ernte käufliche Schreiberlinge stolz von den wohltätigen Folgen des „neuen Agrarkurses“ sprachen, und in ihrem Gefolge gewisse naive Leute verkündeten, in unserer Landwirtschaft sei ein Umschwung eingetreten, sie nehme in ganz Rußland einen Aufschwung.

Heute, gerade am fünften Jahrestag des Regierungserlasses vom 9. November 1906, zeugen Hunger und Mißernte, die fast halb Rußland erfaßt haben, anschaulich und unwiderleglich davon, wieviel bewußte Lüge oder kindisches Unverständnis sich in diesen Hoffnungen auf die Stolypinsche Agrarpolitik verbarg.

Selbst nach Berechnungen der Regierung, deren Genauigkeit und „Bescheidenheit“ durch frühere Hungersnöte bewiesen worden ist, sind 20 Gouvernements von dem Unheil einer Mißernte ergriffen worden; 20 Millionen der Bevölkerung „haben ein Recht auf Lebensmittelhilfe“, d. h. schwellen vor Hunger auf und stehen vor dem Ruin ihrer Wirtschaft.

Kokowzow wäre nicht Finanzminister und Haupt der konterrevolutionären Regierung, wenn er nicht „aufmunterte“: eine Mißernte gibt es ja gar nicht, es gibt nur – „Mißwachs“; der Hunger „führt nicht zu Krankheiten“, im Gegenteil, „zuweilen ist er gut“ gegen sie; die Erzählungen über die Not der Hungernden sind lauter Hirngespinnste der Zeitungen – das bezeugen beredt die Gouverneure; im Gegenteil, „die ökonomischen Verhältnisse der vom Mißwachs betroffenen Gegenden sind gar nicht so schlecht“; „die Idee der kostenlosen Speisung der Bevölkerung ist schädlich“; schließlich sind die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen „ausreichend“ und kommen „rechtzeitig“.

Das Haupt der konstitutionellen Regierung hat noch vergessen, seine geniale Erfindung im Kampf gegen den Hunger zu erwähnen: die Beauftragung von Geheimpolizisten mit der Organisation der „Hilfe für die Hungernden“.

Nunmehr ist die „gesellschaftliche Hilfe“ sogar von seiten legaler liberaler Vereinigungen beseitigt, und der Geheimpolizist von Saratow konnte als Monopolwohltäter für die Hungernden unverwehrt die ihm anvertrauten Darlehen für die Hungernden in den Kneipen versaufen.

Die rechten Fronherren sind selbstverständlich entzückt von der „ausführlichen und sozusagen allumfassenden Rede des Herrn Präsidenten des Ministerrats“ (der Abgeordnete Wischnewski in der Sitzung vom 9. November); die liebedienenden Oktobristen haben sich selbstverständlich beeilt, in ihrem Antrag an die Duma auf Übergang zur Tagesordnung zu bezeugen, daß „die Regierung rechtzeitig Sorge getragen hat für Maßnahmen zum Kampf gegen die Folgen der Mißernte“; und einer ihrer Führer (kein gewöhnlicher Sterblicher!) stellte tiefsinnige Betrachtungen an über „die freie Zirkulation von Fischkonserven, um der Bevölkerung eine zweckentsprechende Nahrung zu gewährleisten“.

Hungertyphus, Skorbut, als Nahrung Kadaver, die den Hunden fortgerissen werden, oder Brot, aus Asche und Mist bereitet, das in den Sitzungen der Reichsduma gezeigt wurde – all das existiert für die Oktobristen nicht. Für sie ist das Wort des Ministers Gesetz.

Und die Kadetten? Selbst in dieser Frage haben sie statt einer ehrlichen Einschätzung der schamlosen Haltung der Regierung nichts Besseres gefunden, als durch den Mund ihres Sprechers Kutler, „aus der großangelegten Rede des Präsidenten des Ministerrats beruhigende Schlußfolgerungen zu ziehen“ (Sitzung vom 9. November); und in ihrem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung bezeichneten sie die Tätigkeit der Regierung milde als lediglich „wenig (!) planmäßig, nicht genügend, und bei weitem nicht immer (!) rechtzeitig . . .“

Die Frage nach den Methoden der Lebensmittelhilfe und ihrer Organisation ist – wie der sozialdemokratische Abgeordnete, Genosse Belousow, in seiner Rede mit Recht bemerkte – lediglich *eine* Seite der Sache. Nicht weniger wichtig ist die grundlegende Frage, die sich jedesmal erhebt, wenn vom Hunger die Rede ist – die Frage nach den *Ursachen* der Hungersnöte und nach den Maßnahmen zur Bekämpfung der Mißernte.

Für die rechten Fronherren ist die Lösung „sehr einfach“: man muß den Mushik, diesen „Faulenzer“, zwingen, noch mehr zu arbeiten und dann „wird's ihm ausreichen“. Der erzreaktionäre Markow II aus Kursk findet es „schrecklich“, daß „der Mushik von 365 Tagen 55–70 Tage arbeitet und 300 Tage weiter nichts tut“, als auf dem Ofen zu liegen und „Rationen vom Fiskus zu fordern“.

Die Halbfronherren unter den Nationalisten und Oktobristen betrachten die Sache „tiefer“: Pflichtgemäß die Obrigkeit rühmend, versuchen sie einem noch einzureden, daß „die Frage des Hungers dann radikal gelöst sein wird, wenn der Boden aus den Händen der Schwachen und der Trunkenbolde in die Hände der Starken und Nüchternen übergehen wird“, „wenn die Reform verwirklicht sein wird, die durch den verblichenen P. A. Stolypin vorgesehen war, wenn der Einsatz auf die Starken gewonnen haben wird“ (aus der Rede von Kelepowski in der Dumasitzung am 9. November).

Aber die Weiterblickenden aus den Reihen derjenigen, die noch unlängst den Regierungserlaß vom 9. November verteidigten, beginnen schon zu spüren, daß über dieser „großen Reform“ der Atem des Todes weht. Der Abgeordnete aus Saratow, N. Lwow, der „für das Gesetz vom 9. November eintritt“ und eingetreten ist, teilt der Duma folgende Eindrücke mit, die sich aus dem „Kontakt mit der Wirklichkeit“ ergeben haben: „Wie entsetzlich weit entfernt ist doch all das, was Sie hier in der Reichsduma reden, von der unmittelbaren, brennenden Not, die Sie mit eigenen Augen sehen.“ „Es gilt sehr vorsichtig zu sein, und es gilt nachsichtig zu sein mit der Bevölkerung, auf die einige glauben geringschätzig herabsehen zu können. Infolge des Gesetzes vom 9. November sind in einigen Gouvernements, darunter auch in Saratow, viele neue Leute aufgetaucht, die Bodenpreise sind gestiegen und die Lage der ärmsten Bevölkerung ist äußerst schwer geworden... In der bäuerlichen Bevölkerung wächst ein furchtbarer Haß und die Verwünschung der Armut, wogegen irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden sollten... Bedeutet doch der Einsatz auf die Starken keineswegs, daß man die Ärmsten vernichten und an den Bettelstab bringen soll“ usw. usf.

Mit einem Wort, die Eindrücke, die sich „aus dem Kontakt mit der Wirklichkeit ergeben haben“, beginnen diesem Gutsbesitzer, der „für das Gesetz vom 9. November eingetreten ist“, die Augen zu öffnen.

Unvergleichlich tiefer ist der Zweifel an der Heilsamkeit der Stolypinschen „Bodenreform“, den der Hunger dieses Jahres in die Herzen der rechten Bauern gesät hat; und der Antrag des rechten Bauern Andrejschuk, „die Regierung möge in kurzer Zeit der Reichsduma einen Gesetzentwurf vorlegen über die Festsetzung von Höchstnormen für die Größe der Ländereien des Großgrundbesitzes“ – dieser Antrag, der von allen rechten Bauern und sogar von den Landgeistlichen unterstützt wurde, zeigt am besten, wie die Bauern, und seien es auch die rechten, den „Kampf gegen den Hunger“ verstehen.

Die dem Bauern Andrejschuk „aus tiefstem Innern“ kommende Forderung legt zum wiederholten Male (man erinnere sich der Erklärung der rechten und linken Bauern über die Bodenzuteilung an die Landarmen auf dem Wege der Zwangsenteignung von Gutsbesitzerländereien, man erinnere sich des Auftretens der Bauern in der Debatte über den Erlaß vom 9. November usw.) Zeugnis davon ab, wie tief der Gedanke von der Notwendigkeit der Agrarrevolution in das Bewußtsein selbst der rechten Bauern eindringt, wie *unlösbar* auch in ihrem Denken der Kampf gegen den Hunger verbunden ist mit dem Kampf „um den Boden“.

Ein wirksamer Kampf gegen die Hungersnöte ist unmöglich ohne Beseitigung der Armut der Bauern an Land, ohne Verminderung des auf den Bauern lastenden Steuerdrucks, ohne Erhöhung ihres kulturellen Niveaus, ohne entschiedene Änderung ihrer Rechtslage, ohne Konfiskation des Gutsbesitzerlandes – *ohne Revolution*.

Und in diesem Sinne ist die diesjährige Mißernte eine neue Todesmahnung für das ganze jetzige System, für die ganze Monarchie des 3. Juni.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 7,
22. Dezember 1911 (4. Januar 1912).

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

VI. („PRAGER“) GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ
DER SDAPR¹²⁹

5.-17. (18.-30.) Januar 1912

1

ENTWURF DER RESOLUTION
ÜBER DIE KONSTITUIERUNG DER KONFERENZ¹³⁰

Resolution über die Konstituierung

In Anbetracht dessen,

1. daß der durch den breiten Strom konterrevolutionärer Stimmungen und durch die schrecklichen Verfolgungen seitens des Zarismus hervorgerufene Niedergang und Verfall der meisten Parteiorganisationen eine außerordentlich schwere Lage für die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei bedingt hat – wobei seit Jahren ein Parteizentrum für die praktische Arbeit, ein Zentralkomitee, nicht existierte;

2. daß gegenwärtig im Zusammenhang mit der Belegung der Arbeiterbewegung überall ein stärker werdendes Streben der fortgeschrittenen Arbeiter zu beobachten ist, die illegalen Parteiorganisationen wiederaufzubauen, und daß auf dieser Basis die meisten örtlichen Organisationen der SDAPR eine großartige und erfolbringende Initiative beim Wiederaufbau der Partei und bei der Einberufung der allgemeinen Parteikonferenz an den Tag gelegt haben;

3. daß die unaufschiebbaren praktischen Aufgaben der Arbeiterbewegung und des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus (die Leitung des ökonomischen Kampfes, der politischen Agitation, der proletarischen Kundgebungen, die Wahlen zur IV. Duma usw.) es unbedingt notwendig machen, unverzüglich die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, um ein mit allen Vollmachten ausgestattetes und eng mit den örtlichen Organisationen verbundenes praktisch tätiges Parteizentrum wiederherzustellen;

4. daß es nach einer Pause von mehr als drei Jahren seit der letzten Konferenz der SDAPR und nach mehr als zwei Jahren vielfacher Versuche, eine Versammlung von Vertretern aller Parteiorganisationen einzuberufen, gegenwärtig schließlich gelungen ist, 20 russische Organi-

sationen um die Russische Organisationskommission zusammenzuschließen, die diese Konferenz einberufen hat und schon vor einigen Monaten allen Sozialdemokraten von der Konferenz Mitteilung gemacht und absolut alle Organisationen unserer Partei ohne eine einzige Ausnahme zur Konferenz eingeladen hatte, wobei allen Organisationen die Möglichkeit gewährleistet worden war, an der Konferenz teilzunehmen;

5. daß auf der gegenwärtigen Konferenz trotz ihrer Verzögerung und einer Reihe folgenschwerer Verhaftungen mit ganz vereinzelt Ausnahmen alle in Rußland tätigen Organisationen vertreten sind

– konstituiert sich die Konferenz als allgemeine Parteikonferenz der SDAPR, die das höchste Organ der Partei darstellt und verpflichtet ist, mit allen Vollmachten ausgestattete zentrale Institutionen zu schaffen.

*Geschrieben im Januar 1912,
nicht später als am 5. (18.).*

*Zuerst veröffentlicht am 18. Januar 1937
in der „Prawda“ Nr. 18.*

Nach dem Manuskript.

2

ENTWURF DER RESOLUTION
ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE
UND DIE AUFGABEN DER PARTEI

Die Konferenz bestätigt zunächst die von der Parteikonferenz im Dezember 1908 angenommene Resolution „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“. Die Konferenz weist auf die besonders große Bedeutung dieser Resolution hin, deren Thesen über die historische Bedeutung und die Klassennatur des ganzen Regimes vom dritten Juni einerseits und über das Heranreifen der revolutionären Krise andererseits durch die Ereignisse der verflossenen drei Jahre in vollem Umfang bestätigt worden sind.

Die Konferenz hebt von diesen Ereignissen insbesondere folgende hervor:

a) Die Agrarpolitik des Zarismus, die von den Regierungsparteien der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie wie auch vom konterrevolutionären Liberalismus mit ihren eigenen konterrevolutionären Interessen verknüpft worden ist, hat nicht nur nicht dazu geführt, auf dem Lande einigermaßen stabile bürgerliche Verhältnisse zu schaffen, sondern hat der bäuerlichen Bevölkerung nicht einmal Erlösung von den Hungersnöten gebracht, die ein Zeichen sind für eine außerordentliche Verschlechterung der Lage der Bevölkerung und einen ungeheuren Verlust an Produktivkräften.

b) Die Selbstherrschaft, die auf dem Feld der internationalen Konkurrenz der modernen kapitalistischen Staaten nach wie vor ohnmächtig ist und in Europa immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, versucht jetzt im Bunde mit dem Schwarzhunderteradel und der erstarkenden Industriebourgeoisie seine räuberischen Interessen durch brutale „nationalistische“ Politik, die sich gegen die kulturell höherstehenden Gebiete

(Finnland, Polen, Nordwestgebiete) richtet, durch koloniale Annexionen, gerichtet gegen die im revolutionären Befreiungskampf stehenden Völker Asiens (Persien, Mongolei), zu befriedigen.

c) Der beginnende ökonomische Aufschwung wird sehr weitgehend gelähmt durch die völlig zerrüttete ökonomische Lage der Bauernschaft, durch die räuberische Budgetpolitik der Selbstherrschaft und die völlige Zersetzung des bürokratischen Apparats, während andererseits die zunehmende Teuerung die Not der Arbeiterklasse und der breiten Massen der Bevölkerung verschärft.

d) Im Zusammenhang damit überzeugten sich die breiten Massen der Bevölkerung in den fünf Jahren des Bestehens der III. Duma immer mehr davon, daß dieser der Wille, die Fähigkeit und die Macht fehlen, irgend etwas für die Verbesserung der Lage der Volksmassen zu tun, und daß die in der Duma tonangebenden Parteien volksfeindlichen Charakter tragen.

e) In breiten Kreisen der Demokratie und in erster Linie in den Reihen des Proletariats macht sich der Beginn einer politischen Belebung bemerkbar. Die Arbeiterstreiks der Jahre 1910/1911, die einsetzenden Demonstrationen und proletarischen Kundgebungen, der Beginn einer Bewegung unter der städtischen bürgerlichen Demokratie (Studentenstreiks) usw. – all das sind Anzeichen der anwachsenden revolutionären Stimmung der Massen gegen das Regime des 3. Juni.

Ausgehend von allen diesen Tatsachen bestätigt die Konferenz die Aufgaben, die vor der Partei stehen, wie sie in der Resolution der Dezemberkonferenz von 1908 ausführlich dargelegt worden sind, und lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Genossen auf folgendes:

1. Nach wie vor steht auf der Tagesordnung vor allem die langwierige Arbeit der sozialistischen Erziehung, der Organisierung und des Zusammenschlusses der bewußten Massen des Proletariats;

2. es ist notwendig, die Arbeit zum Wiederaufbau der illegalen Organisation der SDAPR zu intensivieren; denn diese muß in noch breiterem Umfang als bisher jegliche legalen Möglichkeiten ausnutzen, sie allein vermag den ökonomischen Kampf des Proletariats zu leiten und sie allein ist imstande, die sich häufenden politischen Aktionen des Proletariats zu leiten;

3. es ist notwendig, die systematische politische Agitation zu organisieren und zu erweitern sowie die beginnende Bewegung der Massen all-

seitig zu unterstützen und sie auf dem Boden der voll zu verwirklichenden Losungen der Partei in die Breite zu entwickeln.

Die republikanische Propaganda gegen die Politik der Zarenmonarchie muß besonders in den Vordergrund gerückt werden, unter anderm auch als Gegengewicht zu der umfassend betriebenen Propaganda für ein Zurechtstutzen der Losungen und für eine Anpassung an die bestehende „Legalität“.

*Geschrieben in der ersten
Januarhälfte 1912.*

*Zuerst veröffentlicht 1941 in der Zeitschrift
„Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.*

Nach dem Manuskript.

3

ENTWURF DER RESOLUTION
ÜBER DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE
IM KAMPF GEGEN DEN HUNGER¹³⁴

In Anbetracht dessen,

1. daß die Hungersnot der 20 Millionen Bauern in Rußland noch einmal die ganz unerträgliche, in keinem einzigen zivilisierten Staat der Welt denkbare, drückende Lage der vom Zarismus und von der Klasse der fronherrlichen Gutsbesitzer unterjochten Bauernmassen zeigt;

2. daß die gegenwärtige Hungersnot ein übriges Mal den Mißerfolg der Agrarpolitik der Regierung bestätigt, sowie die Unmöglichkeit, eine einigermaßen normale bürgerliche Entwicklung Rußlands zu gewährleisten, solange seine Politik im allgemeinen und die Agrarpolitik im besonderen von der Klasse der fronherrlichen Gutsbesitzer gelenkt wird, die in Gestalt der rechten Parteien sowohl in der III. Duma als auch im Reichsrat und in den Sphären des Hofes Nikolaus' II. herrschen;

3. daß die Parteien der Schwarzhunderter (an ihrer Spitze die Herren Markow usw.) durch ihre Erklärungen in der Duma und das Abschieben der Verantwortung auf die „Faulenzer, die Bauern“, die Schamlosigkeit der Rußland ausplündernden zaristischen Gutsbesitzerbande so weit getrieben haben, daß den Unaufgeklärtesten die Augen aufgehen und die Gleichgültigsten in Erregung geraten;

4. daß die Hindernisse, die die Regierung der Lebensmittelhilfe für die Hungernden bereitet, die polizeilichen Schikanen gegenüber den Semstvos, gegenüber den Komitees, die Sammlungen veranstalten und Speisehallen organisieren usw., größte Unzufriedenheit sogar in den Rei-

hen der Bourgeoisie und Stimmen des Protests sogar bei einer so zurückgebliebenen und konterrevolutionären Bourgeoisie wie der oktobristischen hervorrufen;

5. daß die liberal-monarchistische Bourgeoisie, die durch ihre Presse half, die Öffentlichkeit über den Hunger und über die Haltung der Regierung zu informieren, anderseits in Person des Kadetten Kutler in der III. Duma eine so gemäßigt-oppositionelle Haltung einnahm, die die Demokratie auf keinen Fall zufriedenstellen kann, ebensowenig wie man sich mit der philanthropischen Fragestellung hinsichtlich der Hilfe für die Hungernden durch die meisten Liberalen abfinden kann;

6. daß in der Arbeiterklasse, völlig unabhängig von der Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage, die sich aus der wachsenden Zahl der Hungernden und Arbeitslosen ergibt, das spontane Streben zu beobachten ist, zugunsten der Hungernden Sammlungen zu veranstalten und ihnen anderweitig zu helfen, und daß dieses Streben für jeden Demokraten ganz natürlich ist – von Sozialisten schon gar nicht zu sprechen – und von allen Sozialdemokraten im Geiste des Klassenkampfes unterstützt und gelenkt werden muß

– beschließt die Konferenz:

a) daß es notwendig ist, alle Kräfte einzusetzen, um die Agitation und Propaganda unter den breiten Massen der Bevölkerung und besonders der Bauernschaft zu verbreitern, wobei der Zusammenhang zwischen dem Hunger und dem Zarismus samt seiner ganzen Politik klarzustellen ist, die Dumareden nicht nur der Sozialdemokraten und Trudowiki, sondern auch solcher Zarenfreunde wie Markow II zwecks Agitation im Dorf zu verbreiten und die politischen Forderungen der Sozialdemokratie weit hin bekanntzumachen, in erster Linie Sturz der Zarenmonarchie und Errichtung der demokratischen Republik und danach Konfiskation des Gutsbesitzerlandes;

b) das Bestreben der Arbeiter zu unterstützen, den Hungernden soweit wie möglich zu helfen, wobei der Rat zu geben ist, Spenden ausschließlich an die sozialdemokratische Dumafraktion, die Arbeiterpresse oder an die proletarischen Kultur-, Bildungs- und anderen Vereinigungen zu richten usw., sowie beim Eintritt in Gruppen, Komitees oder Kommissionen der Hilfe für die Hungernden besondere Zellen der Sozialdemokraten und Demokraten zu bilden;

c) sich zu bemühen, die demokratische Erregung über die Hungersnot in die Bahn von Demonstrationen, Kundgebungen, Massenmeetings und andere Formen des beginnenden Massenkampfes gegen den Zarismus zu lenken.

*Geschrieben in der
ersten Januarhälfte 1912.*

*Zuerst veröffentlicht am 18. Januar 1937
in der „Prawda“ Nr. 18.*

Nach dem Manuskript.

4

ENTWURF DER RESOLUTION
ÜBER DAS LIQUIDATORENTUM
UND ÜBER DIE GRUPPE DER LIQUIDATOREN

Über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren

In Anbetracht dessen,

1. daß die SDAPR schon etwa vier Jahre lang einen entschiedenen Kampf gegen die liquidatorische Strömung führt, die auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 definiert wurde als

„Versuch eines gewissen Teils der Parte intelektuellen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei“;

2. daß das Plenum des ZK im Januar 1910 in Fortsetzung des Kampfes gegen diese Strömung einstimmig anerkannte, daß sie „ein Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat“ ist, und den vollständigen Bruch mit dem Liquidatorentum und die endgültige Überwindung dieser bürgerlichen Abweichung vom Sozialismus als Bedingung für die wirkliche Einheit der Partei und für die Verschmelzung der ehemaligen Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki aufstellte;

3. daß trotz aller Beschlüsse der Partei und trotz der auf dem Plenum im Januar 1910 von den Vertretern des Menschewismus übernommenen Verpflichtung sich ein Teil der Menschewiki, der sich um die Blättchen „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“ gruppiert, geweigert hat, beim Wiederaufbau des ZK mitzuhelfen (die Weigerung von Michail, Juri und Roman im Frühjahr 1910, nicht nur, in das ZK einzutreten, sondern sogar auch nur zu einer Sitzung zur Kooptierung neuer Mitglieder zu erscheinen);

4. daß die genannten Publikationsorgane sich gerade nach dem Plenum 1910 entschieden und auf der ganzen Linie dem Liquidatorentum zuge-

wandt haben, wobei sie nicht nur (entgegen dem Beschluß des Plenums) „die Bedeutung der illegalen Partei herabsetzen“, sondern eine illegale Partei glatt ablehnen, sie als schon liquidiert bezeichnen, den Wiederaufbau der illegalen Partei für eine „reaktionäre Utopie“ erklären, sie in den Spalten der der Zensur unterliegenden Zeitschriften mit Hohn und Schmähungen überschütten, die Arbeiter auffordern, die Zellen und die Struktur der Partei als „abgestorben“ anzusehen usw.;

5. daß die wenigen, hauptsächlich aus Vertretern der Intelligenz bestehenden örtlichen Grüppchen der Liquidatoren, die ihre Tätigkeit zur Zerstörung der Partei fortsetzen, sich nicht nur dem im Jahre 1911 wiederholten Appell zur Hilfeleistung beim Wiederaufbau der illegalen Partei und bei der Einberufung ihrer Konferenz entzogen, sondern nach ihrem Zusammenschluß zu völlig unabhängigen Grüppchen unter den Arbeitern direkt gegen die illegale Partei agitierten und offen gegen ihren Wiederaufbau kämpften – selbst dort, wo die parteitreuen Menschewiki das Übergewicht hatten (z. B. in Jekaterinoslaw, Baku, Kiew usw.)

– erklärt die Konferenz, daß die genannte Gruppe sich durch ihr Verhalten endgültig außerhalb der Partei gestellt hat.

Die Konferenz ruft alle parteitreuen Sozialdemokraten – ohne Unterschied der Strömungen und Schattierungen – auf, gegen das Liquidatoren-tum zu kämpfen, seine ganze Schädlichkeit für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse herauszustellen und alle Kräfte einzusetzen für den Wiederaufbau und die Konsolidierung der illegalen SDAPR.

*Geschrieben in der
ersten Januarhälfte 1912.*

Zuerst veröffentlicht 1929/1930

in der 2.–3. Ausgabe

der Werke W. I. Lenins, Band XV.

Nach dem Manuskript.

5

DIE RESOLUTIONEN DER KONFERENZ

*Über die Russische Organisationskommission
für die Einberufung der Konferenz*

Nachdem die Konferenz den Rechenschaftsbericht des Vertreters der ROK über deren Tätigkeit für die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz entgegengenommen und erörtert hat –

hält es die Konferenz für ihre Pflicht, hervorzuheben, wie ungeheuer wichtig die Arbeit war, die die Russische Organisationskommission für den Zusammenschluß aller Parteiorganisationen Rußlands ohne Unterschied der Fraktionen sowie für den Wiederaufbau unserer Partei als einer gesamtrussischen Organisation geleistet hat.

Die Tätigkeit der ROK, in der Bolschewiki und parteitreue Menschewiki Rußlands einmütig zusammenarbeiteten, verdient um so mehr diese Billigung, als die ROK ihre Arbeit zu leisten hatte unter unerhört schweren Bedingungen polizeilicher Verfolgungen, gegen zahlreiche Hindernisse und Schwierigkeiten, die durch die innerparteiliche Lage bedingt waren.

Über die Konstituierung der Konferenz

In Anbetracht dessen,

1. daß der durch den breiten Strom konterrevolutionärer Stimmungen und durch die schrecklichen Verfolgungen seitens des Zarismus hervorgerufene Niedergang und Verfall der meisten Parteiorganisationen eine außerordentlich schwere Lage der SDAPR in der Periode von 1908 bis 1911 bedingt hat – wobei seit Jahren ein Parteizentrum für die praktische Arbeit, ein Zentralkomitee, nicht existierte;
2. daß gegenwärtig im Zusammenhang mit der Belebung der Arbeiter-

bewegung überall ein stärker werdendes Streben der fortgeschrittenen Arbeiter zu beobachten ist, die illegalen Parteiorganisationen wiederaufzubauen und eine systematische legale und illegale sozialdemokratische Arbeit in die Wege zu leiten, und daß auf dieser Basis die meisten örtlichen Organisationen der SDAPR eine großartige und verstärkte Initiative beim Wiederaufbau der Partei und bei der Einberufung der allgemeinen Parteikonferenz an den Tag gelegt haben;

3. daß die unaufschiebbaren praktischen Aufgaben der Arbeiterbewegung und des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus (die Leitung des ökonomischen Kampfes, der allgemeinen politischen Agitation, der proletarischen Kundgebungen, der Wahlkampagne zur IV. Duma usw.) es unbedingt notwendig machen, unverzüglich die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, um ein mit allen Vollmachten ausgestattetes und eng mit den örtlichen Organisationen verbundenes praktisch tätiges Parteizentrum wiederherzustellen;

4. daß es nach einer Pause von mehr als drei Jahren seit der letzten Konferenz der SDAPR und nach mehr als zwei Jahren der Versuche, eine Versammlung von Vertretern aller Parteiorganisationen einzuberufen, gegenwärtig schließlich gelungen ist, mehr als 20 russische Organisationen (St. Petersburg, Moskau, Saratow, Kasan, Samara, Nishni-Nowgorod, Sormowo, Rostow, Jekaterinoslaw, Kiew, Nikolajew, Lugansk, Baku, die Tifliser, die Wilnaer, die Dwinsker Gruppe, Jekaterinburg, Ufa, Tjumen, eine Reihe von Orten im zentralen Gebiet u. a.) um die Russische Organisationskommission zusammenzuschließen, die diese Konferenz einberufen hat und die schon vor einigen Monaten allen Sozialdemokraten von der Konferenz Mitteilung gemacht und absolut alle Organisationen unserer Partei ohne eine einzige Ausnahme zur Konferenz eingeladen hatte, wobei allen Organisationen die Möglichkeit gewährleistet worden war, an der Konferenz teilzunehmen;

5. daß auf der gegenwärtigen Konferenz trotz einer Reihe folgenreicher Verhaftungen durch die Polizei mit ganz vereinzelt Ausnahmen alle in Rußland tätigen Parteiorganisationen vertreten sind;

6. daß sozialdemokratische Gruppen von Vertretern der legalen Arbeiterbewegung aus mehreren großen Städten Rußlands (Petersburg, Moskau, Kaukasus), die zur Konferenz eingeladen worden sind, ihr ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht haben

– konstituiert sich die Konferenz als allgemeine Parteikonferenz der SDAPR, die das höchste Organ der Partei ist.

*Über die Abwesenheit von Delegierten der nationalen Zentren
auf der allgemeinen Parteikonferenz*

Die Konferenz anerkennt die Stabilisierung der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands als außerordentlich wichtig und erachtet es als unbedingt notwendig, die Einheit mit den „Nationalen“ allerorts herzustellen und die Verbindung der nationalen Organisationen mit dem Zentrum für das gesamte Rußland auszubauen, sieht sich aber gleichzeitig veranlaßt, folgendes zu konstatieren:

1. Die Erfahrung hat endgültig bewiesen, daß eine Lage in der Partei ganz untragbar ist, wo die „Nationalen“, völlig isoliert von den russischen Organisationen arbeitend, eine Föderation schlimmsten Typs bildeten und – häufig unabhängig von ihrem eigenen Willen – die wichtigsten russischen Organisationen in eine Lage brachten, wo die SDAPR ohne die nationalen Zentren, die praktisch überhaupt nicht an der Arbeit in Rußland mitwirkten, die notwendigsten und wichtigsten Vorhaben der Partei nicht zur Ausführung bringen konnte.

2. Eines der nationalen Zentren (der „Bund“) hat im letzten Jahr den Liquidatoren offen Beistand geleistet und versucht, eine Spaltung der SDAPR zu organisieren, während sich die anderen (die Zentren der Letten und der Polnischen Sozialdemokratie) im entscheidenden Moment vom Kampf gegen die Zerstörer der Partei – die Liquidatoren – ferngehalten haben.

3. Die parteitreuen Elemente von den nationalen Organisationen und vor allen Dingen sämtliche parteitreuen Arbeiter erklären sich – sofern Nachrichten über das Leben der russischen Organisationen zu ihnen dringen – entschieden für die Einheit mit den russischen illegalen sozialdemokratischen Organisationen, für die Unterstützung der ROK und für den Kampf gegen das Liquidatorentum.

4. Die Zentralkomitees aller drei nationalen Organisationen sind dreimal zur Parteikonferenz eingeladen worden (durch die Organisationskommission im Ausland, durch die ROK und durch Delegierte der Kon-

ferenz), und ihnen ist die volle Möglichkeit zugesichert worden, ihre Vertreter zu entsenden.

In Anbetracht alles dessen macht die Konferenz – da sie es nicht für möglich erachtet, die Arbeit der SDAPR deshalb aufzuschieben, weil es die nationalen Zentren nicht für wünschenswert halten, ihre Delegierten zur allgemeinen Parteikonferenz zu entsenden – für das Nichterscheinen der „Nationalen“ voll und ganz deren Zentren verantwortlich und beauftragt das Zentralkomitee der SDAPR, unermüdlich die Einheit und die Herstellung normaler Beziehungen mit den der SDAPR angehörenden nationalen Organisationen anzustreben.

Die Konferenz gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands, trotz aller Hindernisse, für die Sache des Proletariats und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse einmütig und Hand in Hand kämpfen werden.

Über die Rechenschaftsberichte der örtlichen Organisationen

Auf Grund der entgegengenommenen Rechenschaftsberichte der örtlichen Organisationen konstatiert die Konferenz:

1. Allorts wird unter den sozialdemokratischen Arbeitern eine energische Arbeit zur Festigung der örtlichen illegalen sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen geleistet;
2. überall ist die Notwendigkeit anerkannt worden, die illegale mit der legalen sozialdemokratischen Arbeit zu verbinden, überall ist von den Sozialdemokraten anerkannt worden, daß unsere illegalen Parteiorganisationen als Stützpunkte für ihre Arbeit unter den Massen die verschiedenartigsten legalen Arbeitervereinigungen haben müssen. Aber trotzdem ist für die praktische sozialdemokratische Arbeit in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Klubs usw., für die Verbreitung marxistischer Literatur, für die Ausnutzung der Reden der Sozialdemokraten in der Duma usw. noch nicht genügend getan worden, und es ist unbedingt notwendig, auf diesem Gebiet die Energie der illegalen sozialdemokratischen Gruppen zu steigern;
3. allorts wird die Parteiarbeit, ohne eine einzige Ausnahme, gemeinsam und einmütig geleistet hauptsächlich von den Bolschewiki und den

parteitreuen Menschewiki und auch von den russischen „Wperjod“-Leuten, dort, wo es welche gibt, sowie von allen anderen Sozialdemokraten, die die Notwendigkeit der illegalen SDAPR anerkennen – wobei die ganze Arbeit im Geiste der Verteidigung des Parteiprinzips und der Bekämpfung des Liquidatorentums geleistet wird.

Die Konferenz gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß im Zusammenhang mit der beginnenden Belebung in der Arbeiterbewegung die energische Arbeit fortgesetzt werden wird, um die alten Organisationsformen zu festigen und neue, genügend elastische Organisationsformen zu schaffen, die den Kampf fördern, den die sozialdemokratische Partei für die alten revolutionären Ziele und revolutionären Methoden in der neuen Situation führt.

*Über die gegenwärtige Lage
und die Aufgaben der Partei*

Die Konferenz bestätigt zunächst die von der Parteikonferenz im Dezember 1908 angenommene Resolution über das Regime des 3. Juni und die Aufgaben der Partei. Die Konferenz weist auf die besonders große Bedeutung dieser Resolution hin, deren Thesen über die historische Bedeutung und die Klassenatur des ganzen Regimes vom 3. Juni einerseits und über das Heranreifen der revolutionären Krise andererseits durch die Ereignisse der verfloßenen drei Jahre in vollem Umfang bestätigt worden sind.

Die Konferenz hebt unter diesen Ereignissen insbesondere folgende hervor:

a) Die Agrarpolitik des Zarismus, die von den Regierungsparteien der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie wie praktisch auch vom konterrevolutionären Liberalismus mit ihren eigenen konterrevolutionären Interessen verknüpft worden ist, hat nicht nur nicht dazu geführt, auf dem Lande einigermaßen stabile bürgerliche Verhältnisse zu schaffen, sondern hat der Bauernschaft nicht einmal Erlösung von den Hungersnöten gebracht, die ein Zeichen sind für eine außerordentliche Verschlechterung der Lage der Bevölkerung und eine ungeheure Vergeudung der Produktivkräfte des Landes.

b) Der Zarismus, der auf dem Feld der internationalen Konkurrenz der modernen kapitalistischen Staaten nach wie vor ohnmächtig ist und in Europa immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, versucht jetzt im Bunde mit dem Schwarzhunderteradel und der erstarkenden Industrie-bourgeoisie seine räuberischen Interessen durch brutale „nationalistische“ Politik, die sich gegen die Randgebiete, gegen alle unterdrückten Nationalitäten, gegen die kulturell höherstehenden Gebiete (Finnland, Polen, Nordwestgebiet) richtet, insbesondere auch durch koloniale Annexionen, gerichtet gegen die im revolutionären Befreiungskampf stehenden Völker Asiens (Persien, China), zu befriedigen.

c) Der ökonomische Aufschwung wird sehr weitgehend gelähmt durch die völlig zerrüttete ökonomische Lage der Bauernschaft, durch die räuberische Budgetpolitik der Selbstherrschaft und die Zersetzung des bürokratischen Apparats, während andererseits die zunehmende Teuerung die Not der Arbeiterklasse und der breiten Massen der Bevölkerung verschärft.

d) Im Zusammenhang damit überzeugten sich die breiten Massen der Bevölkerung in den fünf Jahren des Bestehens der III. Duma immer mehr davon, daß dieser der Wille, die Fähigkeit und die Macht fehlen, irgend etwas für die Verbesserung der Lage der Volksmassen zu tun, und daß die in der Duma tonangebenden Parteien volksfeindlichen Charakter tragen.

e) In breiten Kreisen der Demokratie und in erster Linie in den Reihen des Proletariats macht sich der Beginn einer politischen Belebung bemerkbar. Die Arbeiterstreiks der Jahre 1910/1911, die einsetzenden Demonstrationen und proletarischen Kundgebungen, der Beginn einer Bewegung unter der städtischen bürgerlichen Demokratie (Studentenstreiks) usw. – all das sind Erscheinungsformen der anwachsenden revolutionären Stimmung der Massen gegen das Regime des 3. Juni.

Ausgehend von allen diesen Tatsachen bestätigt die Konferenz die Aufgaben, die vor der Partei stehen, wie sie in der Resolution der Dezemberkonferenz von 1908 ausführlich dargelegt worden sind, und weist besonders darauf hin, daß die Aufgabe der Machteroberung durch das Proletariat, das die Bauernschaft führt, nach wie vor die Aufgabe der demokratischen Umwälzung in Rußland bleibt. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen besonders auf folgendes:

1. Nach wie vor steht auf der Tagesordnung vor allem die langwierige Arbeit der sozialistischen Erziehung, der Organisierung und des Zusammenschlusses der fortgeschrittenen Massen des Proletariats;

2. es ist notwendig, die Arbeit zum Wiederaufbau der illegalen Organisation der SDAPR zu intensivieren; denn diese muß in noch breiterem Umfang als bisher jegliche legalen Möglichkeiten ausnutzen, sie allein vermag den ökonomischen Kampf des Proletariats zu leiten und sie allein ist imstande, die sich häufenden politischen Aktionen des Proletariats zu leiten;

3. es ist notwendig, die systematische politische Agitation zu organisieren und zu erweitern sowie die beginnende Bewegung der Massen allseitig zu unterstützen und sie auf dem Boden der voll zu verwirklichenden Losungen der Partei in die Breite zu entwickeln. Die republikanische Propaganda gegen die Politik der Zarenmonarchie muß besonders in den Vordergrund gerückt werden, unter anderm auch als Gegengewicht zu der umfassend betriebenen Propaganda für ein Zurechtstutzen der Losungen und für eine Beschränkung der Arbeit auf den Rahmen der bestehenden „Legalität“.

Über die Wahlen zur IV. Reichsduma

I

Die Konferenz erkennt es als unbedingt notwendig an, daß die SDAPR an der bevorstehenden Kampagne für die Wahlen zur IV. Duma teilnimmt, daß von unserer Partei selbständig Kandidaten aufgestellt werden und daß in der IV. Duma eine sozialdemokratische Fraktion gebildet wird, die, als ein Teil, unserer Partei als dem Ganzen untergeordnet ist.

Die Hauptaufgabe der Partei bei den Wahlen und ebenso auch der zukünftigen sozialdemokratischen Fraktion in der Duma selbst – eine Aufgabe, der alle übrigen Aufgaben untergeordnet sein müssen – ist die sozialistische Klassenpropaganda und die Organisierung der Arbeiterklasse.

Die Hauptwahllosungen unserer Partei für die bevorstehenden Wahlen müssen sein:

1. *Demokratische Republik*
2. *Achtsturentag*
3. *Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes.*

In unserer ganzen Wahlagitation müssen diese Forderungen möglichst anschaulich erläutert werden auf Grund der Erfahrungen mit der III. Duma und mit der gesamten Tätigkeit der Regierung sowohl auf dem Gebiet der zentralen als auch der örtlichen Verwaltung.

In unlösbarem Zusammenhang mit den drei oben dargelegten Forderungen müssen alle übrigen Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms propagiert werden, wie: allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Wählbarkeit der Richter und Beamten durch das Volk, staatliche Arbeiterversicherung, Ersetzung des stehenden Heeres durch die Bewaffnung des Volkes usw.

II

Die allgemeine taktische Linie der SDAPR für die Wahlen muß folgende sein: Die Partei muß einen schonungslosen Krieg gegen die Zarenmonarchie und die sie unterstützenden Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten führen, wobei sie unentwegt die konterrevolutionären Anschauungen der bürgerlichen Liberalen (an ihrer Spitze die Kadettenpartei) und deren geheuchelten Demokratismus zu entlarven hat.

Besonderes Augenmerk muß im Wahlkampf darauf gerichtet werden, die Position der Partei des Proletariats von derjenigen *aller* nichtproletarischen Parteien abzugrenzen und sowohl das kleinbürgerliche Wesen des Pseudo-Sozialismus der demokratischen Gruppen (hauptsächlich der Gruppen der Trudowiki, der Volkstümmler und der Sozialrevolutionäre) als auch den Schaden, der für die Sache der Demokratie aus ihren Schwankungen in den Fragen des konsequenten revolutionären Massenkampfes entsteht, zu demonstrieren.

Was die Wahlabkommen betrifft, muß die Partei, fest auf dem Boden der Beschlüsse des Londoner Parteitages verbleibend:

1. in der Arbeiterkurie überall ihre eigenen Kandidaten aufstellen und darf hier *keinerlei* Abkommen mit anderen Parteien oder Gruppen (Liquidatoren) zulassen;
2. angesichts der großen agitatorischen Bedeutung schon allein der Tatsache, daß selbständige sozialdemokratische Kandidaturen aufgestellt werden, dafür Sorge tragen, daß die Partei sowohl in den 2. Konferenzen der

städtischen Wähler und nach Möglichkeit auch in der Bauernkurie ihre eigenen Kandidaten hat;

3. für den zweiten Wahlgang (Artikel 106 der Wahlordnung) bei der Wahl der Wahlmänner für die 2. Konferenz der städtischen Wähler es als zulässig erklären, Abkommen mit der bürgerlichen Demokratie gegen die Liberalen zu treffen und dann auch mit den Liberalen gegen alle Regierungsparteien. Eine der Formen eines solchen Abkommens kann darin bestehen, daß für eine oder mehrere Städte gemeinsame Listen der Wahlmänner proportional zu den in den ersten Wahlen abgegebenen Stimmen aufgestellt werden;

4. in den fünf Städten (Petersburg, Moskau, Riga, Odessa, Kiew), wo es direkte Wahlen mit zwei Wahlgängen gibt, müssen für die ersten Wahlen in der zweiten Klasse der städtischen Wähler selbständige sozialdemokratische Kandidaturen aufgestellt werden. Für den Fall eines zweiten Wahlgangs sind hier, wenn seitens der Schwarzhunderter offensichtlich keine Gefahr droht, Wahlabkommen nur mit den demokratischen Gruppen gegen die Liberalen zulässig;

5. keinerlei Wahlabkommen können sich auf die Aufstellung einer gemeinsamen Plattform erstrecken, noch dürfen sie die sozialdemokratischen Kandidaten durch irgendwelche politischen Verpflichtungen gleich welcher Art binden oder die Sozialdemokratie von einer entschiedenen Kritik des konterrevolutionären Charakters der Liberalen und der Halbheiten und der Inkonsequenz der bürgerlichen Demokraten abhalten;

6. im zweiten Stadium der Wahlen (in den Kreis-Bevollmächtigtenversammlungen, in den Gouvernements-Wahlversammlungen usw.) sind überall dort, wo es für die Niederlage der Liste der Oktobristen und Schwarzhunderter oder der Regierungsliste überhaupt erforderlich ist, Abkommen über die Verteilung der Abgeordnetensitze einzugehen, in erster Linie mit der bürgerlichen Demokratie (Trudowiki, Volkssozialisten usw.) und dann auch mit den Liberalen (Kadetten), Parteilosen, Progressisten usw.

III

Alle Sozialdemokraten müssen die Vorbereitung zur Wahlkampagne sofort in Angriff nehmen und zu diesem Zweck besonderes Augenmerk auf folgendes richten:

1. Es ist notwendig, unverzüglich überall illegale sozialdemokratische Zellen zu bilden, damit diese ohne Aufschub an die Vorbereitung der sozialdemokratischen Wahlkampagne gehen;

2. gebührende Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, die legale Arbeiterpresse zu festigen und auszubauen;

3. die gesamte Wahlarbeit muß in enger Verbindung mit den Arbeitergewerkschaften und allen anderen Arbeitervereinigungen geleistet werden, wobei es notwendig ist, bei der Auswahl der Formen für die Beteiligung dieser Vereinigungen ihrer Legalität Rechnung zu tragen;

4. besondere Aufmerksamkeit ist auf die organisatorische und agitatorische Vorbereitung der Wahlen in den Arbeiterkurien der sechs Gouvernements zu richten, wo die Wahl eines Abgeordneten für die Duma aus der Arbeiterkurie gesichert ist (die Gouvernements Petersburg, Moskau, Wladimir, Kostroma, Charkow und Jekaterinoslaw). Alle Arbeiterwahlmänner müssen bis auf den letzten – sowohl hier als auch in den anderen Gouvernements – parteitreue Sozialdemokraten sein;

5. die Versammlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter müssen, geleitet von den Beschlüssen der illegalen Parteiorganisationen, *namentlich* festlegen, *wer* von den Arbeitern in die Duma gewählt werden soll, und alle Wahlmänner verpflichten, unter Androhung des Boykotts und der Verurteilung wegen Verrats, ihre Kandidaturen zugunsten des Kandidaten der Partei zurückzuziehen;

6. angesichts der Verfolgungen seitens der Regierung, der Verhaftung sozialdemokratischer Kandidaten usw., gilt es, besonders beharrlich, systematisch und vorsichtig zu arbeiten, um auf jede Art und Weise durch schnelle Anpassung an die verschiedenen Methoden der Polizeitaktik alle Ränke und Gewalttaten der zaristischen Regierung zu paralisieren und die Sozialdemokraten in die IV. Reichsduma durchzubringen und dann überhaupt die Gruppe der demokratischen Abgeordneten in dieser Duma zu konsolidieren;

7. die örtlichen illegalen Organisationen und Gruppen der Sozialdemokratischen Partei bestätigen die Kandidaten der Partei und geben die sich auf die Wahl beziehenden Direktiven unter allgemeiner Kontrolle und Anleitung durch das Zentralkomitee der Partei;

8. für den Fall, daß es trotz aller Anstrengungen nicht gelingen sollte, vor den Wahlen zur IV. Duma einen Parteitag oder eine neue Konferenz

einzubrufen, ermächtigt die Konferenz das Zentralkomitee oder die von diesem eingesetzte Institution, konkrete Anweisungen zu den Fragen zu geben, wie die Wahlkampagne in den einzelnen Gegenden oder gemäß den besonderen Bedingungen, die entstehen können usw., durchzuführen ist.

Über die sozialdemokratische Dumafraktion

Die Konferenz erkennt an, daß die sozialdemokratische Dumafraktion die Dumatribüne ausgenutzt hat entsprechend der Linie, die auf der Dezemberkonferenz der Partei (1908) festgelegt worden ist und die für die Arbeit der Partei in der Duma richtunggebend bleiben muß.

Die Konferenz hebt insbesondere als einen Zug in der Tätigkeit der Fraktion, der den Aufgaben des Proletariats entspricht, hervor, daß die Fraktion unter energichster Verfechtung der Interessen der Arbeiter und aller Maßnahmen, die deren Lage verbessern können (z. B. bei Entwürfen zur Arbeitergesetzgebung), bestrebt war, alle Einzelaufgaben vom Standpunkt der allgemeinen Aufgaben der vom Proletariat geführten Befreiungsbewegung zu behandeln, wobei sie auf die Bewegung der Massen verwies als auf den einzigen Weg zur Befreiung Rußlands von dem Elend und der Schande, wohin es der Zarismus geführt hat.

Die Konferenz begrüßt den Beginn offener Aktionen der Arbeiter im Zusammenhang mit der vorbildlichen Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion, die in der schwarzen Duma das Banner der sozialdemokratischen Abgeordneten der II. Duma erhob und vor den Augen der Arbeiter der gesamten Welt den ganzen provokatorischen Schmutz der zaristischen Bande der Schwarzhunderter enthüllte, die den Staatsstreich des Jahres 1907 organisierte. Die Konferenz ruft alle klassenbewußten Arbeiter Rußlands dazu auf, die erwähnten Aktionen der Sozialdemokratie in der III. Duma und die von den Petersburger Arbeitern eingeleitete Kampagne proletarischer Kundgebungen allseitig zu unterstützen.

Die Konferenz erklärt, daß in Anbetracht der bevorstehenden Kampagne für die Wahlen zur IV. Duma die sozialdemokratische Dumafraktion noch größere Aufmerksamkeit darauf konzentrieren muß, das Volk über das Klassenwesen aller nichtproletarischen Parteien aufzuklären (und im besonderen das konterrevolutionäre und verräterische Wesen der

Kadettenpartei zu entlarven) und sich dabei von der Resolution des Londoner Parteitages (1907) leiten zu lassen, die in allen ihren wesentlichen Teilen durch die Erfahrungen mit der Konterrevolution bestätigt worden ist. Die zentralen Losungen, die die Aktionen der sozialdemokratischen Fraktion zusammenzufassen, den Charakter ihrer Arbeit zu bestimmen und alle Teilforderungen und einzelnen Reformen auf die Hauptpunkte zu konzentrieren haben, müssen folgende drei Losungen sein: 1. Demokratische Republik; 2. Achtstundentag; 3. Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes zugunsten der Bauern.

Über den Charakter und die Organisationsformen der Parteiarbeit

In Anbetracht dessen, daß die Erfahrungen der letzten drei Jahre die grundlegenden Thesen der von der Dezemberkonferenz (1908) angenommenen Resolution zur Organisationsfrage zweifellos bestätigt haben, und in der Annahme, daß es auf der Basis der beginnenden Belebung in der Arbeiterbewegung möglich wird, die organisatorischen Formen der Parteiarbeit auf demselben Wege weiterzuentwickeln – d. h. auf dem Wege der Schaffung illegaler sozialdemokratischer Zellen, die von einem möglichst weitverzweigten Netz der verschiedenartigsten legalen Arbeitervereinigungen umgeben sind –

befindet die Konferenz:

1. daß die illegalen Parteiorganisationen aufs aktivste an der Führung des *ökonomischen Kampfes* (Streiks, Streikkomitees usw.) mitwirken und auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit der illegalen Parteizellen mit den Gewerkschaften in die Wege leiten müssen, insbesondere mit den sozialdemokratischen Zellen in den Gewerkschaften sowie auch mit einzelnen Funktionären der Gewerkschaftsbewegung;

2. daß es wünschenswert ist, die nach dem *beruflichen* Prinzip organisierten sozialdemokratischen Zellen in den Gewerkschaften – in Einklang mit den örtlichen Verhältnissen – mit den nach dem *territorialen* Prinzip aufgebauten Parteizellen zu verbinden;

3. daß eine möglichst große Initiative notwendig ist bei der Organisation der sozialdemokratischen Arbeit in legalen Vereinigungen: Verbän-

den, Lesehallen, Bibliotheken, verschiedenartigen Geselligkeitsvereinen der Arbeiter; es gilt die Gewerkschaftszeitungen zu verbreiten, die Gewerkschaftspresse im marxistischen Geist zu leiten, die Reden der Sozialdemokraten in der Duma auszunutzen, legale Lektoren aus der Arbeiterschaft heranzubilden, Arbeiter- und andere Wahlkomitees (im Zusammenhang mit den Wahlen zur IV. Duma) für Bezirke, Straßen usw. zu schaffen, in Verbindung mit den Wahlen für die Organe der städtischen Selbstverwaltung sozialdemokratische Agitation zu betreiben usw.;

4. daß energische Anstrengungen gemacht werden müssen, um die illegalen Parteizellen zu konsolidieren und ihre Zahl zu vergrößern, um neue, möglichst elastische Organisationsformen dieser Zellen ausfindig zu machen, um in jeder Stadt führende illegale Parteiorganisationen zu schaffen und zu festigen, und um solche Formen illegaler Massenorganisationen wie „Börsen“*, Betriebsparteierversammlungen usw. zu propagieren;

5. daß es wünschenswert ist, zu der täglichen *praktischen* Arbeit, Verbreitung illegaler sozialdemokratischer und legaler marxistischer Literatur usw., die Propagandazirkel heranzuziehen;

6. daß im Auge behalten werden muß, daß eine systematische sozialdemokratische Agitation durch das gedruckte Wort und besonders die reguläre Verbreitung einer regelmäßig und oft erscheinenden illegalen Parteizeitung auch für die Herstellung organisatorischer Verbindungen sowohl zwischen den illegalen Zellen als auch zwischen den sozialdemokratischen Zellen in den legalen Arbeitervereinigungen von großer Bedeutung sein können.

Über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger

1. Die Hungersnot der 20 Millionen Bauern in Rußland zeigt noch einmal die ganz unerträgliche, in keinem einzigen zivilisierten Staat der Welt denkbare, drückende Lage der Masse der vom Zarismus und von der Klasse der fronherrlichen Gutsbesitzer unterjochten armen Bauernschaft;

2. die gegenwärtige Hungersnot bestätigt ein übriges Mal den Mißerfolg der Agrarpolitik der Regierung sowie die Unmöglichkeit, eine

* Eine Art Straßenklubs revolutionärer Arbeiter. *Der Übers.*

einigermaßen normale bürgerliche Entwicklung Rußlands zu gewährleisten, solange seine Politik im allgemeinen und die Agrarpolitik im besonderen von der Klasse der fronherrlichen Gutsbesitzer gelenkt wird, die in Gestalt der rechten Parteien sowohl in der Duma des 3. Juni als auch im Reichsrat und in den Sphären des Hofes Nikolaus' II. herrschen;

3. die Parteien der Schwarzhunderter (an ihrer Spitze die Herren Markow usw.) haben durch ihre Erklärungen in der Duma und das Abschieben der Verantwortung auf die „Faulenzer, die Bauern“, die Schamlosigkeit der Rußland ausplündernden zaristischen Gutsbesitzerbande so weit getrieben, daß den Unaufgeklärtesten die Augen aufgehen und die Gleichgültigsten in Erregung geraten;

4. die Hindernisse, die die Regierung der Lebensmittelhilfe für die Hungernden bereitet, die polizeilichen Schikanen gegenüber den Semstvos, gegenüber den Komitees, die Sammlungen veranstalten und Speisehallen organisieren usw., rufen größte Unzufriedenheit sogar in den Reihen der Semstvos und der städtischen Bourgeoisie hervor;

5. die liberal-monarchistische Bourgeoisie, die durch ihre Presse half, die Öffentlichkeit über den Hunger und über die Haltung der Regierung zu informieren, ist anderseits in Gestalt der Fraktion der Kadetten in der III. Duma als eine so gemäßigte Opposition aufgetreten, daß ihre Haltung die Demokratie auf keinen Fall zufriedenstellen kann, ebensowenig wie man sich mit der philanthropischen Fragestellung hinsichtlich der Hilfe für die Hungernden durch die meisten Liberalen abfinden kann;

6. in der Arbeiterklasse ist völlig unabhängig von der Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage, die sich aus der wachsenden Zahl der Hungernden und Arbeitslosen ergibt, das spontane Streben zu beobachten, zugunsten der Hungernden Sammlungen zu veranstalten und ihnen anderweitig zu helfen. Dieses Streben, das für jeden Demokraten ganz natürlich ist – von Sozialisten schon gar nicht zu sprechen –, muß von allen Sozialdemokraten unterstützt und im Geiste des Klassenkampfes gelenkt werden.

Die Konferenz zieht all dies in Betracht und beschließt, daß es notwendig ist:

a) alle sozialdemokratischen Kräfte einzusetzen, um die Agitation und Propaganda unter den breiten Massen der Bevölkerung und besonders der Bauernschaft zu verbreitern, wobei der Zusammenhang zwischen dem

Hunger und dem Zarismus samt seiner ganzen Politik klarzustellen ist, die Dumareden nicht nur der Sozialdemokraten und Trudowiki, sondern auch solcher Zarenfreunde wie Markow II zwecks Agitation im Dorf zu verbreiten und die politischen Forderungen der Sozialdemokratie weithin bekanntzumachen: Sturz der Zarenmonarchie, Errichtung der demokratischen Republik, Konfiskation des Gutsbesitzerlandes;

b) das Bestreben der Arbeiter zu unterstützen, den Hungernden so weit wie möglich zu helfen, wobei der Rat zu geben ist, Spenden ausschließlich an die sozialdemokratische Dumafraktion, die Arbeiterpresse oder an die proletarischen Kultur-, Bildungs- und anderen Vereinigungen zu richten usw., sowie beim Eintritt in Gruppen, Komitees und in Kommissionen der Hilfe für die Hungernden besondere Zellen der Sozialdemokraten und Demokraten zu bilden;

c) sich zu bemühen, die demokratische Erregung über die Hungersnot in die Bahn von Demonstrationen, Kundgebungen, Massenmeetings und andere Formen des Massenkampfes gegen den Zarismus zu lenken.

Über die Stellung zu dem Gesetzentwurf der Duma über die staatliche Arbeiterversicherung

I

1. Der Teil der vom Lohnarbeiter produzierten Reichtümer, den er in der Form des Lohns erhält, ist so unbedeutend, daß er kaum ausreicht zur Befriedigung seiner allerdringendsten Lebensbedürfnisse; der Proletarier ist somit jeder Möglichkeit beraubt, von seinem Lohn Ersparnisse zu machen für den Fall des Verlusts seiner Arbeitsfähigkeit infolge Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität sowie auch für den Fall der Arbeitslosigkeit, die untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist. Darum ist die Arbeiterversicherung für alle die erwähnten Fälle eine Reform, die durch den ganzen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung gebieterisch diktiert wird.

2. Die beste Form für die Versicherung der Arbeiter ist ihre *staatliche* Versicherung, aufgebaut auf folgenden Grundsätzen: a) sie muß die Arbeiter sicherstellen für *alle* Fälle des Verlusts der Arbeitsfähigkeit (Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität; für Arbeiterinnen außerdem Schwanger-

schaft und Geburt; Versorgung von Witwen und Waisen nach dem Tod des Ernährers) oder für den Fall, daß sie infolge von Arbeitslosigkeit des Lohns verlustig gehen; b) die Versicherung muß *alle* in Lohnarbeit stehenden Personen und ihre Familien umfassen; c) alle Versicherten müssen entschädigt werden nach dem Prinzip der Vergütung des *vollen* Lohns, wobei *alle* Ausgaben für die Versicherung auf die Unternehmer und den Staat entfallen müssen; d) alle Arten von Versicherung müssen von *einheitlichen* Versicherungsorganisationen verwaltet werden, die nach *territorialem* Typ und auf dem Prinzip der *völligen* Selbstverwaltung durch die Versicherten aufzubauen sind.

3. Allen diesen Grundforderungen einer rationell aufgebauten Versicherung widerspricht der von der Reichsduma angenommene Gesetzentwurf der Regierung grundlegend; a) er betrifft lediglich *zwei* Arten der Versicherung – für Unglücksfälle und Krankheiten; b) er erfaßt lediglich einen geringen Teil (bei allergünstigster Berechnung ein Sechstel) des Proletariats von Rußland, da er ganze Gebiete (Sibirien, in der Regierungsfassung auch den Kaukasus) und ganze Kategorien von Arbeitern, die der Versicherung besonders bedürfen (Landarbeiter, Bauarbeiter, Eisenbahn-, Post- und Telegrafnarbeiter, Handlungsgehilfen usw.), von der Versicherung ausschließt; c) es werden Bettelpfennige als Entschädigungen festgelegt (die Höchstentschädigung bei *vollständiger* Verstümmelung beträgt zwei Drittel des Lohns, wobei dieser auf Grundlagen berechnet wird, die niedriger liegen als der wirkliche Lohn), und gleichzeitig wird der größte Teil der Aufwendungen für die Versicherung auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt: es ist geplant, die Versicherung nicht nur für den Fall von Krankheit, sondern auch für den Fall „kleiner“ Verstümmelungen – die in der Praxis den größten Teil der Fälle ausmachen – auf Kosten der Arbeiter gehen zu lassen. Diese Neuordnung stellt eine Verschlechterung sogar im Vergleich zu dem heutigen Gesetz dar, das die Entschädigungspflicht für Verstümmelungen ausschließlich den Unternehmern auferlegte; d) sie entzieht den Versicherungsinstitutionen jegliche Selbständigkeit und unterstellt sie der sich überkreuzenden Aufsicht der Beamten (der „Behörden“ und des „Rates für Versicherungsangelegenheiten“), der Gendarmerie, der Polizei (denen außer der allgemeinen Aufsicht das Recht zugestanden wird, die Tätigkeit der Versicherungsinstitutionen im wesentlichen zu lenken, auf ihre personelle Zusammensetzung Einfluß zu nehmen

usw.) und der Unternehmer (die Zusammensetzung der Unfallversicherungsgesellschaften ausschließlich aus Unternehmern; der Typ der Betriebskrankenkassen, die gegen Krankheit versichern; der durch das Statut gewährleistete Einfluß der Unternehmer auf die Krankenkassen usw.).

4. Nur ein solches Gesetz, das den dringlichsten Interessen der Arbeiter aufs gröbste Hohn spricht, konnte eben im gegenwärtigen Augenblick des Wütens der Reaktion das Licht der Welt erblicken, in einer Zeit, da die Konterrevolution herrscht, als Ergebnis langjähriger vorbereitender Unterhandlungen und eines Abkommens der Regierung mit den Vertretern des Kapitals. Die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung einer Versicherungsreform, die tatsächlich den Interessen des Proletariats entspricht, ist der endgültige Sturz des Zarismus und das Erkämpfen der Bedingungen für den freien Klassenkampf des Proletariats.

II

Ausgehend von alledem, beschließt die Konferenz:

1. Eine unaufschiebbare Aufgabe sowohl der illegalen Parteiorganisationen als auch der Genossen, die in legalen Organisationen arbeiten (in Gewerkschaften, Klubs, Genossenschaften usw.), ist die Entfaltung einer umfassenden Agitation gegen den Versicherungsentwurf der Duma, der die Interessen des ganzen russischen Proletariats als Klasse berührt und der diese Interessen aufs gröbste verletzt.

2. Die Konferenz hält es für notwendig zu betonen, daß die ganze sozialdemokratische Agitation zum Versicherungsgesetzentwurf in Verbindung gebracht werden muß mit der Klassenlage des Proletariats in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, mit der Kritik an den bürgerlichen Illusionen, die von den Sozialreformisten verbreitet werden, sowie überhaupt mit unseren grundlegenden sozialistischen Aufgaben; andererseits muß in dieser Agitation der Charakter dieser Duma „reform“ mit der augenblicklichen politischen Lage und überhaupt mit unseren revolutionär-demokratischen Aufgaben und Losungen in Verbindung gebracht werden.

3. Die Konferenz billigt voll und ganz, daß die sozialdemokratische Dumafraktion gegen den Gesetzentwurf der Duma gestimmt hat, und sie lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen auf das umfangreiche und wertvolle Material, das die Dumadebatten anlässlich dieser Frage zur Klar-

stellung des Verhältnisses der verschiedenen Klassen zu den Reformen für die Arbeiter geliefert haben; die Konferenz unterstreicht insbesondere die in den Debatten kraß zum Ausdruck gekommenen unverhüllt arbeiterfeindlichen Bestrebungen der oktobristischen Repräsentanten des rückständigen Kapitals, sowie auch das heuchlerische, durch sozialreformerische Phrasen vom „sozialen Frieden“ bemäntelte Auftreten der Kadettenpartei; die Kadetten sprachen sich in der Duma im wesentlichen gegen das selbständige Handeln der Arbeiterklasse aus und bekämpften gehässig die grundsätzlichen Abänderungsanträge der sozialdemokratischen Dumafraktion zu dem Entwurf.

4. Die Konferenz warnt die Arbeiter auf das entschiedenste vor allen Versuchen, die sozialdemokratische Agitation dadurch zu beschneiden und völlig zu verzerren, indem sie auf den Rahmen des in der Herrschaftsperiode der Konterrevolution legal Zulässigen beschränkt wird; die Konferenz betont, daß im Gegenteil das grundlegende Moment in dieser Agitation darin bestehen muß, den breiten Massen des Proletariats die Wahrheit zu erläutern, daß ohne einen neuen revolutionären Aufschwung keinerlei wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters möglich ist; daß jeder, der eine wirkliche Reform für die Arbeiter erreichen will, vor allen Dingen für eine neue, siegreiche Revolution kämpfen muß.

5. Für den Fall, daß der Gesetzentwurf der Duma trotz des Protestes des klassenbewußten Proletariats in Kraft treten sollte, fordert die Konferenz die Genossen auf, die neuen Organisationsformen, die durch das Gesetz eingeführt werden (Arbeiterkrankenkassen), dazu auszunutzen, auch in diesen Organisationszellen eine energische Propaganda der sozialdemokratischen Ideen zu betreiben und auf diese Weise auch dieses Gesetz, das zur neuen Knechtung und Unterjochung des Proletariats erdacht worden ist, zu einem Werkzeug zu machen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats, für die Festigung seiner Organisiertheit, für die Intensivierung seines Kampfes für die volle politische Freiheit und für den Sozialismus.

Über die „Petitionskampagne“¹³²

1. Die Konterrevolution in Gestalt der Regierung und der III. Duma, die in der Arbeiterbewegung ihren Hauptfeind sieht, verfolgt diese Be-

wegung in allen ihren Formen, wobei sie selbst jene „legalen Möglichkeiten“ systematisch zerstört, die der Arbeiterklasse im Ergebnis der Revolution geblieben sind.

2. Dieses Regime stellt die breiten Arbeitermassen ständig vor die Tatsache, daß selbst ihre elementaren Rechte (in erster Linie die Koalitionsfreiheit) nicht Wirklichkeit werden können, solange die Zarenmonarchie nicht vollständig gestürzt ist.

3. Die im Winter 1910 von einer Gruppe St.-Petersburger Liquidatoren in Umlauf gebrachte Petition und die Agitation, womit sie diese begleiteten, rissen die Forderung nach Koalitionsfreiheit aus der Gesamtheit der revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse heraus. Anstatt den Arbeitern zu zeigen, daß zur Eroberung der vollständigen Koalitionsfreiheit in Rußland der revolutionäre Kampf der Massen für die Grundforderungen der Demokratie notwendig ist, propagierten die Liquidatoren in der Praxis den sogenannten „Kampf um das Recht“, d. h. einen liberalen Kampf für die „Renovierung“ des Regimes vom 3. Juni durch teilweise Verbesserungen.

4. Die genannte Kampagne wurde infolge der konkreten Verhältnisse des russischen politischen Lebens und der Lage der Arbeitermassen unweigerlich zu einem rein formalen Unterschreiben von Papierwischen, das mit dem Leben nichts zu tun hat, keinerlei Echo gefunden und das politische Interesse bei den Massen nicht geweckt hat.

5. Das Schicksal dieser Petitionskampagne hat klar bestätigt, wie unrichtig das ganze Beginnen und wie losgelöst es von der Arbeitermasse war: Für die Petition wurden lediglich 1300 Unterschriften gesammelt, wobei die Petitionskampagne in allen Parteiorganisationen *ohne Unterschied der Fraktion und Strömung* absolut keine Unterstützung fand; ebenso hielt es auch unsere sozialdemokratische Dumafraktion nicht für möglich, an ihr teilzunehmen.

6. Die Kampagne von Arbeitermeetings im Zusammenhang mit dem Schicksal der Abgeordneten der zweiten Duma sowie die Arbeiterdemonstrationen in einzelnen Städten am 9. Januar 1912 haben gezeigt, daß der Tatendrang der Arbeitermassen überhaupt nicht auf solche Mittel gerichtet ist wie die Petitionskampagne und durchaus nicht unter dem Zeichen „partieller Rechte“ steht.

Ausgehend von allem oben Dargelegten

1. ruft die Konferenz alle Sozialdemokraten auf, den Arbeitern klarzumachen, wie notwendig die Koalitionsfreiheit für das Proletariat ist, wobei diese Forderung mit unseren allgemeinen politischen Forderungen und mit der revolutionären Agitation unter den Massen ständig untrennbar verknüpft werden muß;

2. befindet die Konferenz, die anerkennt, daß unter gewissen Bedingungen eine Massenpetition der Arbeiter eine durchaus brauchbare Form des Protestes sein kann, daß in der gegenwärtigen Epoche in Rußland die Petition eins der am wenigsten brauchbaren Mittel der sozialdemokratischen Agitation ist.

*Über das Liquidatorentum und über die
Gruppe der Liquidatoren*

In Anbetracht dessen,

1. daß die SDAPR schon etwa vier Jahre lang einen entschiedenen Kampf gegen die liquidatorische Strömung führt, die auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 bestimmt wurde als

„Versuch eines gewissen Teils der Parteintellectuellen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei“;

2. daß das Plenum des ZK im Januar 1910 in Fortsetzung des Kampfes gegen diese Strömung einstimmig anerkannte, daß sie ein Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat ist und den vollständigen Bruch mit dem Liquidatorentum und die endgültige Überwindung dieser bürgerlichen Abweichung vom Sozialismus als Bedingung für die wirkliche Einheit der Partei und für die Verschmelzung der ehemaligen Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki aufstellte;

3. daß trotz aller Beschlüsse der Partei und trotz der auf dem Plenum im Januar 1910 von den Vertretern aller Fraktionen übernommenen Verpflichtung ein Teil der Sozialdemokraten, der sich um die Zeitschriften „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“ gruppiert, offen begann, die Strömung zu verteidigen, die von der ganzen Partei als Produkt des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat bezeichnet worden ist;

4. daß die ehemaligen ZK-Mitglieder M-I, Juri und Roman sich im Frühjahr 1910 nicht nur weigerten, in das ZK einzutreten, sondern es sogar ablehnten, auch nur zu einer Sitzung zur Kooptierung neuer Mitglieder zu erscheinen, und offen erklärten, daß sie allein schon das Bestehen des ZK der Partei für „schädlich“ halten;

5. daß die genannten wichtigsten Publikationsorgane der Liquidatoren, „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“, sich gerade nach dem Plenum 1910 entschieden und auf der ganzen Linie dem Liquidatorentum zugewandt haben, wobei sie nicht nur (entgegen den Beschlüssen des Plenums) „die Bedeutung der illegalen Partei herabsetzen“, sondern sie glatt ablehnen, die Partei als einen „Leichnam“, als schon liquidiert bezeichnen, den Wiederaufbau der illegalen Partei für eine „reaktionäre Utopie“ erklären, die illegale Partei in den Spalten der legalen Zeitschriften mit Verleumdungen und Schmähungen übersüßten, die Arbeiter auffordern, die Zellen und die Struktur der Partei als „abgestorben“ anzusehen usw.;

6. daß zu einer Zeit, als sich in ganz Rußland die parteitreuen Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion zu dem dringlichen Unternehmen, die Parteikonferenz einzuberufen, zusammenschlossen, die Liquidatoren sich in völlig unabhängigen Grüppchen abgesondert, sich auch dort abgespalten haben, wo die parteitreuen Menschewiki überwiegen (Jekaterinoslaw, Kiew), und endgültig jede parteimäßige Verbindung mit den örtlichen Organisationen der SDAPR abgelehnt haben

– erklärt die Konferenz, daß die Gruppe der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“ sich durch ihr Verhalten *endgültig außerhalb der Partei gestellt hat*.

Die Konferenz ruft alle parteitreuen Sozialdemokraten – ohne Unterschied der Strömungen und Schattierungen – auf, gegen das Liquidatorentum zu kämpfen, seine ganze Schädlichkeit für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse herauszustellen und alle Kräfte einzusetzen für den Wiederaufbau und die Konsolidierung der illegalen SDAPR.

Über das Zentralorgan

Die Konferenz hat den Bericht des Vertreters des ZO entgegengenommen und erörtert und billigt prinzipiell die Linie des ZO –

sie äußert den Wunsch, daß im ZO Artikeln propagandistischen Charakters mehr Beachtung eingeräumt und die Artikel populärer und für Arbeiter faßlicher geschrieben werden.

Über die „Rabotschaja Gaseta“

In Anerkennung der Tatsache, daß die „Rabotschaja Gaseta“ entschieden und konsequent die Partei und das Parteiprinzip verteidigt hat und die ungeteilte Sympathie der örtlichen Parteifunktionäre ohne Unterschied der Fraktion genießt,

beschließt die Konferenz:

1. Alle Genossen in den einzelnen Orten werden aufgerufen, die „Rabotschaja Gaseta“ umfassend zu unterstützen;
2. die „Rabotschaja Gaseta“ wird als offizielles Organ des Zentralkomitees der Partei anerkannt.

Über die „Prawda“¹³³

Die Konferenz hebt das vom Plenum des ZK im Januar 1910 mit der Redaktion der „Prawda“ geschlossene Übereinkommen auf.

Änderungen des Organisationsstatuts der Partei

Zu § 2 wird hinzugefügt:

Kooptierungen werden gemäß den Beschlüssen der Dezemberkonferenz (1908) als zulässig erkannt.

§ 8 wird gestrichen und statt dessen eingefügt:

Das ZK beruft so häufig wie möglich Konferenzen der Vertreter aller Parteiorganisationen ein.

§ 9, dritter Absatz, über die Vertretung auf dem Parteitag, wird folgendermaßen geändert:

Die Normen für die Vertretung auf künftigen Parteitagen werden vom ZK nach vorheriger Fühlungnahme mit den örtlichen Organisationen festgelegt.

*Über das Vermögen,
das sich in Händen des ehemaligen Treuhänders befindet,
und über die Kassenberichte*

Die Konferenz nimmt die Erklärung der bevollmächtigten Vertreter der Bolschewiki, mit denen das Plenum des ZK im Januar 1910 das Übereinkommen geschlossen hatte, wonach die Bolschewiki das Vermögen ihrer Fraktion bedingt der Kasse des ZK übergaben, zur Kenntnis und

1. erkennt an, daß die Vertreter der Bolschewiki infolge der Verletzung des Übereinkommens durch die Liquidatoren und infolge der Weigerung der Treuhänder, weiter als Mitglieder des Schiedsgerichts zu fungieren, das volle formelle Recht haben, sowohl über das sich in ihrer Verfügung befindliche Vermögen als auch über das in Händen des ehemaligen Treuhänders, Genossin Zetkin, befindliche Vermögen zu disponieren;

2. nach der von den Vertretern der Bolschewiki abgegebenen Erklärung betrachtet die Konferenz die in Händen von Genossin Zetkin befindlichen Geldmittel als unbedingtes Eigentum der Partei, die repräsentiert wird durch das von der Konferenz gewählte ZK und

3. beauftragt das ZK, alle Maßnahmen zu ergreifen, um das Parteivermögen unverzüglich von Genossin Zetkin zu erhalten.

*

Nachdem die Revisionskommission die Kassenberichte und die Belegdokumente der Redaktion der nunmehr von der Konferenz als Organ des ZK bestätigten „Rabotschaja Gaseta“ sowie der Gruppe von Bolschewiki, denen das Plenum des ZK Geldmittel für sozialdemokratische Literatur übergeben hatte, geprüft hat, erkennt sie die Abrechnungen als richtig an und schlägt der Konferenz vor, sie zu bestätigen.

Über das „Rote Kreuz“

Die Konferenz empfiehlt allen Genossen in den einzelnen Orten, alle Kräfte anzuspannen, um das „Rote Kreuz“ wiederaufzubauen, das so notwendig ist, um den Gefangenen und Verbannten zu helfen.

Über die Parteiorganisation im Ausland

Die Konferenz hält das Bestehen einer einheitlichen Parteiorganisation im Ausland, die unter Kontrolle und Leitung des ZK die Arbeit zur Förderung der Partei leistet, für eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Konferenz bestätigt das Komitee der Auslandsorganisation¹³⁴ als eine der Parteiorganisationen im Ausland und richtet an alle parteiverbundenen Elemente ohne Unterschied der Fraktion und Strömung, die auf seiten der illegalen Partei stehen und einen unversöhnlichen Kampf gegen die parteifeindlichen Strömungen (Liquidatorentum) führen, die Aufforderung, sich um das ZK zusammenzuschließen zur Förderung der Parteiarbeit in Rußland und zur Schaffung einer einheitlichen Auslandsorganisation.

Alle Auslandsgruppen, ohne jede Ausnahme, können nur über das ZK mit den Organisationen in Rußland in Verbindung treten.

Die Konferenz erklärt, daß die Auslandsgruppen, die sich dem russischen Zentrum für die sozialdemokratische Arbeit, d. h. dem ZK, nicht unterordnen und auf dem Wege besonderer Verbindungen mit Rußland unter Umgehung des ZK desorganisierend wirken, nicht berechtigt sind, sich des Namens SDAPR zu bedienen.

Über den Überfall der russischen Regierung auf Persien

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands protestiert gegen die räuberische Politik der Zarenbande, die sich anschickt, die Freiheit des persischen Volkes abzuwürgen, und die dabei nicht vor den barbarischsten und abscheulichsten Handlungen zurückschreckt.

Die Konferenz konstatiert, daß das Bündnis der russischen Regierung mit der Regierung Englands, für das die russischen Liberalen auf jede Art und Weise Reklame machen und das sie unterstützen, vor allen Dingen gegen die revolutionäre Bewegung der asiatischen Demokratie gerichtet ist, und daß dieses Bündnis die englische liberale Regierung zum Spießgesellen des Zarismus bei seinen blutigen Bestialitäten macht.

Die Konferenz bringt dem Ringen des persischen Volkes und insbesondere dem Ringen der persischen sozialdemokratischen Partei, die im

Kampf gegen die zaristischen Gewaltverbrecher schon so viel Opfer gebracht hat, ihre volle Sympathie zum Ausdruck.

Über die chinesische Revolution

Angesichts der Kampagne der Regierungspresse sowie der liberalen Zeitungen („Retsch“), die, im Interesse der russischen Kapitalisten, Propaganda dafür machen, unter Ausnutzung der chinesischen revolutionären Bewegung die an Rußland grenzenden Gebiete von China loszureißen, konstatiert die Konferenz die weltweite Bedeutung des revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes, der zur Befreiung Asiens führt und die Herrschaft der europäischen Bourgeoisie untergräbt; sie sendet den revolutionären Republikanern Chinas ihre Grüße, bezeugt die große Begeisterung und die volle Sympathie, mit der das Proletariat Rußlands die Erfolge des revolutionären Volkes in China verfolgt, und brandmarkt die Haltung des russischen Liberalismus, der die Annexionspolitik des Zarismus unterstützt.

Über die Politik des Zarismus gegenüber Finnland

Die Konferenz der SDAPR, die erstmalig zusammengetreten ist, nachdem der russische Zarismus und die Duma der Konterrevolution Gesetze in Kraft gesetzt haben, die die Rechte und die Freiheit des finnischen Volkes vernichten, bringt ihre volle Solidarität mit der finnischen sozialdemokratischen Bruderpartei zum Ausdruck, unterstreicht die Einheit der Aufgaben für die Arbeiter Finnlands und Rußlands im Kampf gegen die russische konterrevolutionäre Regierung und die konterrevolutionäre Bourgeoisie, die die Rechte des Volkes mit Füßen treten, und verleiht ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter Rußlands und Finnlands der Sturz des Zarismus und die Freiheit des russischen und des finnischen Volkes erreicht werden kann.

Ein Grußschreiben an die deutsche Sozialdemokratie

Im Auftrag der Konferenz ist dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie folgendes Telegramm übermittelt worden:

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, repräsentiert durch die Russische Organisationskommission und das Zentralorgan der Partei, sendet der sozialdemokratischen Bruderpartei Deutschlands, die bei den Wahlen einen glänzenden Sieg über die ganze bürgerliche Welt¹³⁵ davongetragen hat, flammende Grüße.

Es lebe die internationale, es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Geschrieben im Januar 1912.

*Veröffentlicht im Februar 1912 in der
Broschüre: „Die Gesamtrussische
Konferenz der SDAPR“,
herausgegeben vom ZK, Paris.*

Nach dem Text der Broschüre.

EIN ORGAN DER LIBERALEN ARBEITERPOLITIK

Vor mir liegen drei Nummern der Petersburger Wochenschrift „Shiwoje Delo“¹³⁶, die im Januar dieses Jahres zu erscheinen begonnen hat.

Im empfehle den Lesern, sich den Inhalt der Veröffentlichungen genau anzusehen.

Die politische Hauptfrage des Tages ist: Wahlen zur IV. Duma. Dieser Frage ist ein Artikel Martows in Nr. 2 gewidmet. Die von ihm verkündete Losung lautet: „Es gilt, die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen.“ Und Dan wiederholt in Nr. 3: „Das beste Mittel, seinen“ (des Reichsrats) „unheilvollen Einfluß zu schwächen, besteht darin, die Duma den Händen der Reaktion zu entreißen.“

Die Losung ist klar. Und natürlich sieht jeder klassenbewußte Arbeiter ohne Mühe, daß das keine marxistische, keine proletarische, nicht einmal eine demokratische, sondern eine *liberale* Losung ist. Es ist eine Losung der liberalen Arbeiterpolitik.

Hier die Verteidigung dieser Losung durch Martow: „Ist diese Aufgabe bei dem jetzigen Wahlgesetz lösbar? Ohne Zweifel – ja. Freilich sichert dieses Wahlgesetz von vornherein in einem bedeutenden (?) Teil der Gouvernementsversammlungen den Wahlmännern der Grundbesitzer und der ersten städtischen (der kapitalistischen) Kurie die Mehrheit . . .“

Die Verteidigung einer schlechten Sache trieb Martow von allem Anfang an zu einer himmelschreiend falschen Behauptung. Nicht in „einem bedeutenden Teil“ der Gouvernementsversammlungen, sondern *unbedingt in allen* (im Europäischen Rußland) stellen die Wahlmänner der Grundbesitzer plus erste städtische Kurie die absolute Mehrheit. Mehr noch. In 28 Gouvernements von 53 bilden die Wahlmänner der Grundbesitzer

allein die absolute Mehrheit der Gouvernementsversammlungen. Und diese 28 Gouvernements stellen 255 Dumaabgeordnete von insgesamt 442, d. h. wiederum die absolute Mehrheit!

Um die liberale Losung von der „Verdrängung der Reaktion aus ihren Positionen in der Duma“ zu verteidigen, mußte Martow mit einer liberalen Schönfärberei hinsichtlich der russischen Grundbesitzer anfangen. Der Anfang ist nicht übel!

„Aber“, fährt Martow fort, „die früheren Wahlen haben gezeigt, daß es sowohl unter den Grundbesitzern als auch unter der städtischen Großbourgeoisie Elemente gibt, die der nationalistischen und oktobristischen Schwarzhunderterreaktion feindlich gegenüberstehen.“

Zweifellos. Ein Teil der Wahlmänner sogar der Grundbesitzer gehören zur Opposition, sind Kadetten. Aber was folgt denn daraus? Lediglich, daß die Mehrheit einer Duma, die auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1907 gewählt wird, nicht weiter gehen kann, als bis zu einer „liberalen“ Gutsbesitzeropposition. Der Gutsbesitzer entscheidet. Diese Tatsache, die Martow zu umgehen versucht, bleibt Tatsache. Also ist nur allein der Übergang von Gutsbesitzern zur Opposition imstande, der (Gutsbesitzer-) „Opposition“ ein Übergewicht zu geben. Aber darin liegt gerade der Kern der Frage: kann man, ohne zu einem Liberalen zu werden, sagen, daß „die liberale Opposition“ (der Gutsbesitzer) „die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen vermag“?

Man darf, erstens, den gutsbesitzerlichen Charakter unseres Wahlgesetzes nicht beschönigen. Man darf, zweitens, nicht vergessen, daß die Gutsbesitzer „opposition“ sich durch alle Züge des sogenannten „linken Oktobristismus“ auszeichnet (mit dem die Kadetten auf ihrer letzten Konferenz einen Block eingegangen sind! – was Martow ebenfalls vergeblich mit Schweigen zu übergehen sucht). Angesichts eines möglichen Sieges der „linken Oktobristen“ von einem „Entreißen der Duma aus den Händen der Reaktion“ oder von einer „Verdrängung der Reaktion aus ihren Positionen in der Duma“ sprechen können lediglich liberale Politiker, die Komödie spielen.

Die Aufgabe der Arbeiterdemokratie ist es, die Konflikte der Liberalen mit der gegenwärtigen Dumamehrheit auszunutzen für die Stärkung der Demokratie in der Duma, keineswegs aber die liberale Illusion zu unterstützen, daß man „die Duma den Händen der Reaktion entreißen“ könnte.

Noch schlechter ist es um die Sache unseres Autors bestellt, wenn er zu der *prinzipiellen* Frage übergeht, welche *Bedeutung* es haben würde, wenn die „*gesamte* Opposition“ die Mehrheit der Schwarzhunderter und Okto-
bristen in der Duma zerschläge“.

„Die Arbeiter sind daran interessiert“, gibt Martow zu bedenken, „daß die Macht im Klassenstaat aus den Händen des ungehobelten Gutsbesitzers in die des kultivierteren Bourgeois übergeht.“

Eine ausgezeichnete Überlegung! Nur ist eine Kleinigkeit vergessen worden . . . eine ganz unbedeutende Kleinigkeit: Die russischen „kultivierteren Bourgeois“, die Liberalen, die Kadetten, „*sind daran interessiert*“, die Macht des ungehobelten Gutsbesitzers *nicht zu untergraben*. Die Liberalen „*sind daran interessiert*“, die Macht mit ihm zu teilen, ohne seine Macht zu untergraben und ohne der Demokratie eine einzige Waffe in die Hand zu geben.

Das ist des Pudels Kern! Ganz umsonst käuen Sie, unter Umgehung der ernsthaften Frage, mit wichtiger Miene inhaltslose Banalitäten wieder.

„Wenn die Kadetten und Progressisten ihre Vertretung in der Duma verstärken sollten“, erklärt Martow, „werden sie noch nicht an der Macht sein, werden sich aber den Weg zu ihr leichter gemacht haben.“ So, so. Woher kommt es denn, daß die deutschen Kadetten und Progressisten seit 1848 zwar viele Male „ihre Vertretung“ im Parlament „verstärkt“ haben, aber trotzdem bis heute nicht „zur Macht gekommen sind“? Weshalb ließen sie 64 Jahre lang und *lassen auch heute* die Macht in den Händen der Junker? Weshalb haben sich die russischen Kadetten, nachdem sie „ihre Vertretung in der Duma“, in der I. und II. Duma, „verstärkt“ hatten, „den Weg zur Macht nicht leichter gemacht“?

Martow erkennt den Marxismus nur insoweit an, als er für *jeden* gebildeten Liberalen *annehmbar* ist. Die Arbeiter sind daran interessiert, daß die Macht aus den Händen des Gutsbesitzers in die Hände des kultivierteren Bourgeois übergeht – eine solche „*Auffassung*“ von den „*Interessen des Arbeiters*“ werden alle Liberalen der Welt unterschreiben. Aber das ist noch kein Marxismus. Der Marxismus erklärt weiter: 1. Die Liberalen sind daran interessiert, ohne die Macht des Gutsbesitzers zu untergraben, sich neben ihm zu setzen; 2. die Liberalen sind daran interessiert, die Macht mit den Gutsbesitzern so zu teilen, daß weder für den Arbeiter noch für die Demokratie das allergeringste dabei herauskomme; 3. *erst*

dann „entfällt“ die Macht *wirklich* den Händen des Gutsbesitzers und „geht in die Hände“ des Liberalen „über“, wenn die Demokratie trotz des Liberalen siegt. Beweise? Die gesamte Geschichte Frankreichs und die neueste Geschichte Chinas: Die Macht wäre niemals auch nur zeitweise, auch nur bedingt an den Liberalen Yüan Shi-kai übergegangen, wenn nicht die chinesische Demokratie trotz Yüan Shi-kai gesiegt hätte.

Aber, wenn die platte Wahrheit: der Liberale ist besser als der Schwarzhunderter, den ganzen „Marxismus“ ausmacht, der für die Herren Struve, Isgojew und Co. annehmbar ist, so ist die Dialektik des Klassenkampfes sowohl für den Liberalen als auch für Martow ein Buch mit sieben Siegeln.

Ich fasse zusammen: Gerade damit in Rußland die Macht *wirklich* aus den Händen des Gutsbesitzers *in* die Hände des Bourgeois „übergehe“, darf man die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiter im besonderen nicht täuschen und schwächen durch die *verlogene* Losung, „die Duma den Händen der Reaktion entreißen“. Die praktische Aufgabe bei den Wahlen besteht für uns durchaus nicht darin, „die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen“, sondern vielmehr darin, die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiterdemokratie im besonderen zu stärken. Diese Aufgabe wird zuweilen mit der „Aufgabe“, die Zahl der Liberalen zu vergrößern, kollidieren: fünf Demokraten mehr sind wichtiger für uns – und nützlicher für das Proletariat – als 50 Liberale mehr.

Daraus ergibt sich folgende Schlußfolgerung, die für Martow unerwünscht ist, obzwar er, wie es scheint, anerkennt, daß die Kadetten Liberale und *keine* Demokraten sind: 1. In fünf Großstädten¹²⁷ sind im zweiten Wahlgang Abkommen *nur* mit den Demokraten gegen die Liberalen zulässig; 2. bei *allen* Wahlgängen und bei *allen* Abkommen im zweiten Stadium müssen *an erster Stelle* Abkommen mit den Demokraten gegen die Liberalen stehen und lediglich danach – mit den Liberalen gegen die Rechten.

„Swesda“ Nr. 11 (47),
19. Februar 1912.
Unterschrift: F. L - k o.

Nach dem Text der „Swesda“.

GEGEN EINE VEREINIGUNG MIT DEN LIQUIDATOREN

Die liquidatorische Zeitung „Shiwoje Delo“ bringt in Nr. 7 einen redaktionellen Artikel „Für die Vereinigung – gegen die Spaltung“. Dieser Artikel berührt eine zweifellos außerordentlich interessante und wichtige Frage, über die jeder denkende Arbeiter Überlegungen anstellt. Wir halten es für unsere Pflicht, unsere Meinung, wenn auch unvollständig, wenn auch in aller Kürze, über jene Punkte zu äußern, über die das „Shiwoje Delo“ seine Leser offenkundig und handgreiflich falsch informiert.

Das „Shiwoje Delo“ stellt auf Grund von Berichten der Zeitungen „Golos Semli“, „Russkoje Slowo“ und „Kiewskaja Mysl“¹³⁸ – Berichten, die „nicht differieren mit Informationen, die das „Shiwoje Delo“ besitzt“ – die Tatsache fest, daß im Ausland eine allgemeine Parteikonferenz stattgefunden hat, welche „allen Marxisten Rußlands eine bestimmte Taktik in der Wahlkampagne oktroyiert“ und unter anderem die Gruppe der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“ als *außerhalb der Partei stehend* erklärt habe (Hervorhebung des „Shiwoje Delo“). Aus diesem Anlaß bemüht sich das „Shiwoje Delo“ (das seinen Artikel mit den üblichen Verleumdungen und Unterstellungen an die Adresse der Antiliquidatoren gespickt hat) aus Leibeskraften, erstens, die Konferenz zu diskreditieren und zweitens, die „Nascha Sarja und Co.“ zu verteidigen, wobei es erklärt, daß diese nicht „außerhalb der Partei“ gestellt werden können, daß die „Literaten“ dieser Richtung „einen derartigen Beschluß mit einem verächtlichen Achselzucken beantworten“ usw.

Wir vermerken vor allen Dingen, daß der ganze Inhalt des Artikels des „Shiwoje Delo“, sein ganzer hysterischer Ton, das ganze Geschrei „für die Vereinigung“ augenscheinlich davon zeugt, wie empfindlich die Liquidatoren getroffen sind und wie erfolglos sie versuchen, das *Wesen der Sache* zu vertuschen. Wenden wir uns also dem *Wesen der Sache* zu.

Es versteht sich, daß wir weder die Konferenz verteidigen noch die in den genannten Zeitungen (denen man jetzt auch den „*Golos Moskwy*“ zugesellen muß) gebrachten Nachrichten ergänzen oder berichtigen können. Das ist ja auch nicht unsere Aufgabe. Überdies genügt es ja wohl auch, nur einen Satz aus dem „*Shiwoje Delo*“ wörtlich wiederzugeben: „Wir fragen“, rufen die Liquidatoren aus, „wer hat sie (die Delegierten der Konferenz) gewählt, wer hat sie bevollmächtigt, im Namen der Moskauer, Petersburger usw. Marxisten zu sprechen und Beschlüsse zu fassen?“ Es wäre ganz natürlich, wenn z. B. Herr Purischkewitsch oder Herr Samy-slawski offen danach „fragen“ würde. Wenn jedoch die Liquidatoren in den Spalten des „*Shiwoje Delo*“ das Publikum danach fragen, so enthüllen sie allein durch diese Frage so ausgezeichnet ihren liquidatorischen Charakter, entlarven sich selbst so unübertrefflich, daß wir nur mit dem Finger auf die Methoden der Liquidatoren zu zeigen brauchen und damit gut.

Wir bringen, wie gesagt, die hier berührten Fragen ausschließlich nur deshalb nochmals zur Sprache, weil es unsere Pflicht ist, auf alle Pressestimmen zu reagieren und das zu vermerken, was sich auf die Wahlkampagne der Arbeiter bezieht. Die Leser müssen die Wahrheit erfahren. Wenn die Liquidatoren sagen: „Für die Vereinigung – gegen die Spaltung“, dann ist es unsere Pflicht, die darin enthaltene Unwahrheit aufzudecken. Erstens: Es hat keinen Zweck, Versteck zu spielen und von „Vereinigung“ schlechthin zu sprechen, wenn es sich dem Wesen nach nur um die Vereinigung mit den Liquidatoren handelt. Weshalb spielt das „*Shiwoje Delo*“ Versteck? Warum erklärt es nicht geradeheraus, ob es mit dem Standpunkt der „*Nascha Sarja*“ und des „*Delo Shisni*“ einverstanden ist oder nicht? Zweitens: Es ist verfrüht, von Spaltung zu sprechen, solange nicht zwei organisierte, geschlossene politische Kollektive vorhanden sind, die in einem Milieu wirken.

Über diesen Kern der Sache hätte das „*Shiwoje Delo*“ sprechen müssen, Schreien und Schimpfen dagegen ist eine unnütze Beschäftigung.

Vereinigung mit den Liquidatoren, das ist keine neue, sondern eine sehr alte Frage. Vor mehr als zwei Jahren, im Januar 1910, wurde in aller Form der entschiedenste Versuch einer solchen Vereinigung unternommen, der sowohl durch ein Abkommen als auch durch einen einstimmigen Beschluß bekräftigt wurde. Der Versuch ist mißlungen, das wird von allen, auch von den Liquidatoren, zugegeben. (Siehe „*Nascha Sarja*“, 1911, Nr. 11,

S. 130.) Warum ist er mißlungen? Dieser Frage müssen Leute, die sich ernsthaft für die Sache interessieren, *an Hand von Dokumenten* selbständig auf den Grund kommen. Wir wollen nur einige wenige Dokumente anführen, die aber von grundlegender Bedeutung sind.

Der bekannte Teilnehmer an dem Versuch einer Vereinigung mit den Liquidatoren, der „Vereiniger“ oder „Versöhnler“ Herr Jonow, schrieb *gerade zur Zeit* dieses Versuchs:

„Wie schädlich der Otsowismus und das Liquidatorentum an sich für die Partei auch sein mögen, ihr wohltuender Einfluß auf die Fraktionen“ (es handelt sich um die Fraktionen der Menschewiki und Bolschewiki) „scheint außer Zweifel zu stehen. Die Pathologie kennt zweierlei Arten von Eiterbeulen: böartige und gutartige. Die gutartige Eiterbeule wird als eine für den Organismus nützliche Krankheit betrachtet. Im Prozeß des Eiterns zieht sie aus dem ganzen Organismus allerlei schädliche Elemente an und trägt auf diese Weise zu dessen Gesundheit bei. Ich glaube, daß eben eine solche Rolle das Liquidatorentum in bezug auf den Menschewismus und der Otsowismus-Ultimatismus in bezug auf den Bolschewismus gespielt haben.“

Das ist eine der dokumentarischen Bestätigungen dafür, daß als Bedingung für die Vereinigung mit den Liquidatoren ihre völlige Abkehr vom Liquidatorentum gestellt worden war. Das war im Januar 1910. Im Februar 1910 schrieb Herr Potressow in Nr. 2 der „Nascha Sarja“ wörtlich folgendes:

„Kann denn im Sommer 1909 eine liquidatorische Strömung nicht als Phantom krankhafter Einbildung, sondern als wahre Realität bestehen, die das liquidiert, was sich schon nicht mehr liquidieren läßt, was in Wirklichkeit als organisiertes Ganzes schon gar nicht mehr besteht.“ („Nascha Sarja“, 1910, Nr. 2, S. 61.)

Alle Praktiker wissen, daß die Liquidatoren *in der Tat* gerade in der Richtung *vorgingen*, die ihnen von Herrn Potressow gewiesen wurde. Ein anderes bekanntes Organ der Liquidatoren, das „Wosroschdenije“, an dem dieselben Herren Martow, Larin, Lewizki und Co. mitarbeiteten, schrieb am 30. März 1910 im Namen der Redaktion, indem es beifällig die angeführten Worte des Herrn Potressow zitierte: „Es gibt nichts zu liquidieren und – fügen wir“ (d. h. die Redaktion des „Wosroschdenije“) „von uns aus hinzu – der Traum, diese Hierarchie in ihrer alten, illegalen Form wieder-

herzustellen, ist einfach eine schädliche, reaktionäre Utopie . . ." („Wosroschdenije", 1910, Nr. 5, S. 51.)

Gab es noch andere Personen und andere Richtungen außer der unseren, von denen diese Erklärungen als *Bruch* der Liquidatoren mit dem alten, früheren politischen Kollektiv gewertet wurden? Ohne Zweifel – ja. Beweise: 1. Der Artikel des Herrn Isgojew in der „Russkaja Mysl", 1910, Nr. 8: „Ein ‚Wechi‘-Mann unter den Marxisten". Herr Isgojew schätzt die Ereignisse unter den Marxisten stets von einem konsequenten „Wechi“-Standpunkt ein. „Die Antwort" (des Herrn Potressow auf Fragen der Arbeiterbewegung) „stimmt völlig überein", schrieb Herr Isgojew, „mit dem, was in den von ihm geschmähten ‚Wechi‘ geschrieben wurde, was von den Publizisten der „Russkaja Mysl" gesagt wird." („Russkaja Mysl", 1910, Nr. 8, S. 67.) 2. Der Menschewik Plechanow schrieb im Mai 1910 über die angeführten Worte des Herrn Potressow: „Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß ein Mensch, für den unsere Partei nicht existiert, ebensowenig für unsere Partei existiert." (Hervorhebung von Plechanow.) „Nunmehr werden alle ihre Mitglieder sagen müssen, daß Herr Potressow nicht ihr Genosse ist, und einige unter ihnen werden vielleicht aufhören, mich dessen zu beschuldigen, daß ich ihn schon längst nicht mehr für einen solchen gehalten habe."

Die Tatsache liegt auf der Hand. Keinerlei Ausflüchte und Ausreden werden da helfen. Die Liquidatoren haben schon im Jahre 1910 mit dem früheren politischen Kollektiv gebrochen. Kein einziger Historiker des russischen politischen Lebens wird diese Tatsache umgehen können, wenn er nicht von der Wahrheit abweichen will. Und im Jahre 1911 wiederholten die Herren Lewizki, Martow, Dan, Larin, Tschazki und Co. mehr als einmal Erklärungen absolut „Potressowschen" Inhalts. Erinnern wir doch nur daran, wie Larin im „Delo Sbisni" (1911, Nr. 6, S. 15) die Arbeiter dahin belehrte, „in jeder Stadt Zirkel . . . von ein paar hundert Menschen zusammenzukitten" sei kein schwieriges Unternehmen, aber doch nur „Mummenschanz"!

Unserer festen Überzeugung nach ergibt sich hieraus, aus der mehr als zweijährigen Erfahrung, unweigerlich die Schlußfolgerung, daß keinerlei Vereinigung mit den Liquidatoren möglich ist. Irgendein Übereinkommen ist hier ebenfalls unmöglich. Übereinkommen sind hier *undenkbar*, denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein dessen, was die Liquidatoren ver-

ächtlich „Hierarchie“ taufen. Und keinerlei Geschimpfe des „Shiwoje Delo“ – ein Organ derselben Liquidatoren derselben Richtung – kann daran etwas ändern. Die Liquidatoren stehen *außerhalb* . . . – das ist eine endgültige Tatsache.

Diese Tatsache bedeutet eben Spaltung, wird man uns wohl erwidern. Nein. Als Spaltung bezeichnet man die Bildung von *zwei* politischen Kollektiven an Stelle eines einzigen. In der gegenwärtigen Zeit aber, im März 1912, vermag ein Beobachter unseres politischen Lebens – und wäre er mit dem besten Teleskop ausgerüstet und beobachtete er von wo aus auch immer, aus Peterburg, Moskau, Kiew, New York – *nur ein* organisiertes, geschlossenes politisches Kollektiv zu sehen, das unter den Arbeitern bei dem Geschimpfe der Liquidatoren lediglich stärker wird.

Das ist ja gerade das Pech der Liquidatoren, daß sie ihre Beziehungen zum Alten wirklich *liquidiert*, aber Neues *nicht geschaffen haben*. Wenn sie es schaffen sollten, dann wollen wir sehen und, wie es unseres Amtes als politische Beobachter entspricht, den Lesern Mitteilung machen. Vorläufig aber bleibt die Tatsache eine Tatsache: es gibt kein zweites geschlossenes politisches Kollektiv, also gibt es auch keine Spaltung.

Die Liquidatoren versprechen seit langem, eine „offene“ politische Vereinigung zu gründen. Aber Versprechungen sind keine Tatsachen. Und Herr Lewizki „selbst“, der sehr enge Gesinnungsfreund Potressows und Martows, schrieb im Leitartikel der „Nascha Sarja“ Nr. 11 (1911) *bedauernd*, „wir sehen keinen einzigen halbwegs bedeutenden Versuch, eine legale *politische*“ (hervorgehoben von Herrn Lewizki) „Vereinigung zu organisieren“. Herr Lewizki macht deswegen der „Masse“ wie den „Führern“ Vorwürfe. Es handelt sich aber augenblicklich nicht um die Vorwürfe, sondern um die Feststellung der Tatsache. *Wenn* Herr Lewizki und seine Freunde eine legale politische Vereinigung schaffen, *wenn* diese in der Tat eine marxistische (und keine liberale) Arbeiterpolitik betreiben wird, dann . . . dann werden wir sehen. Nur beeilen Sie sich, meine Herren, bis zu den Wahlen ist wenig Zeit geblieben, und es bedarf der Kraftanstrengung eines Herkules, um in Monaten das nachzuholen, was in *Jahren* versäumt worden ist (oder um das, was früher gemacht wurde, geradezu in sein *Gegenteil* zu *verkehren*).

Die Liquidatoren haben sich selbst enthauptet. Verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf.

Der Beobachter des russischen politischen Lebens vermag auf dem uns interessierenden Gebiet lediglich ein politisches Kollektiv zu entdecken. Um ihn herum gibt es einzelne Personen und unorganisierte Grüppchen, die nicht einmal einheitliche Antworten auf die *dringlichsten* politischen Fragen haben. Mit anderen Worten, rundherum – Zerfall. Wie eben bei jeglichem Zerfall gibt es da sowohl Schwankende als auch Leute, die darauf hoffen (ach vergeblich!), die Liquidatoren dazu zu bewegen, in der *Jat* mit dem Liquidatorentum zu brechen. Aber versuchen, sich in den rund sechs Monaten bis zu den Wahlen von Hoffnungen zu nähren, können nur hoffnungslose Politiker.

Man nehme lediglich die Frage der Losungen für die Wahlkampagne, der Taktik, der Übereinkommen. Es gibt nur *eine* fest umrissene, klare, präzise, vollständige Antwort, die schon heute allen führenden Arbeitern in allen Ecken und Enden Rußlands bekannt ist. *Eine andere Antwort gibt es nicht.* Noch einmal, meine Herren Liquidatoren: Verliert man den Kopf, weint man nicht um den Schopf.

PS. Zu denjenigen, die auf die Besserung der Liquidatoren „hoffen“, zählt sich gewiß auch Trotzki, der im „*Sbiwoje Delo*“ populär die Grundlage der im Dezember 1908 gefaßten Beschlüsse über das Wesen des Regimes des 3. Juni wiedergibt. Wir würden uns sehr freuen, wenn es Trotzki gelänge, wenigstens z. B. Larin und Martow so zu überzeugen, daß sie sich alle auf eine bestimmte, präzise, klare Antwort auf die Frage nach dem Wesen unserer jetzigen „Konstitution“ einigten. Da schreien die Leute über den Nutzen einer „Vereinigung“, über die Schädlichkeit des „Zirkelwesens“, aber sie können nicht einmal eine einmütige Meinung ihres „eigenen“ Zirkels weder in bezug auf die prinzipiellen noch in bezug auf die praktischen Fragen unserer gesamten Arbeit herausarbeiten! Dafür aber ein Schwelgen in Phrasen: „Die Sozialdemokratie“, schreibt Trotzki, „versteht ihre großen Aufgaben nicht nur als Formeln auf der Innenseite der Hirnschale zu entwerfen . . .“ Schön schreibt Trotzki, nicht schlechter als Potressow und Newedomski!

„*Prosweschtschenije*“ Nr. 3/4,
Februar/März 1912.
Unterschrift: M. B.

Nach dem Text der Zeitschrift
„*Prosweschtschenije*“.

DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN DEN 5 JAHREN DER DRITTEN DUMA

I

In dem „Jahrbuch der ‚Retsch‘ für das Jahr 1912“ – dieser kleinen politischen Enzyklopädie des Liberalismus – ist ein Artikel von Herrn Miljukow veröffentlicht: „Die politischen Parteien in der Reichsduma der letzten fünf Jahre“. Dieser Artikel, der der Feder des anerkannten Führers des Liberalismus und prominenten Historikers entstammt, verdient um so größere Beachtung, als er dem, man kann sagen, *wichtigsten Thema der bevorstehenden Wahlen* gewidmet ist. Die politischen Ergebnisse der Tätigkeit der Parteien, die Fragen nach deren Bedeutung, wissenschaftliche Verallgemeinerungen hinsichtlich des Wechselverhältnisses der gesellschaftlichen Kräfte, die Losungen für die bevorstehende Wahlkampagne – all das drängt sich unwillkürlich in die Feder, hat man einmal ein solches Thema in Angriff genommen, all das *mußte* auch Herr Miljukow berühren, wie sehr er auch bemüht war, sich auf die einfache Wiedergabe von Tatsachen aus der „äußeren Geschichte“ der Duma zu beschränken.

Es hat sich ein interessantes Bild ergeben als Illustration zu dem alten, doch ewig neuen Thema: Wie spiegelt sich das russische politische Leben in den Augen eines Liberalen wider?

„Die in der I. Duma zahlenmäßig und in der II. moralisch herrschende Partei der Volksfreiheit“, schreibt Herr Miljukow, „war in der III. Duma nur mit 56–53 Abgeordneten vertreten. Aus der Lage der führenden Mehrheit geriet sie in die Lage der Opposition, wobei sie jedoch in den Reihen der Opposition sowohl nach der Zahl als auch nach der qualitativen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und der strengen Fraktionsdisziplin in ihrem Auftreten und ihren Abstimmungen dominierenden Einfluß behielt.“

Der Führer einer Partei erklärt in einem Artikel über politische Parteien seine Partei als „dominierend“ der „qualitativen Zusammensetzung ihrer

Mitglieder“ nach. Das ist nicht übel. Nur hätte die Reklame wohl etwas dezenter sein können . . . Und stimmt es denn, daß die Kadetten hervorragten mit einer strengen Fraktionsdisziplin? Es stimmt nicht, denn alle erinnern sich des wiederholten Auftretens z. B. des Herrn Maklakow, der sich von der Fraktion der Kadetten nach rechts distanzierte. Unvorsichtig ist Herr Miljukow zu Werke gegangen: Wenn das Reklamemachen für die „Qualität“ seiner Partei keine Gefahr bedeutet in dem Sinne, daß eine solche Einschätzung völlig subjektiv ist, so widerlegen die Tatsachen hinsichtlich der Parteidisziplin sofort seine Reklame. Es ist charakteristisch, daß gerade der rechte Flügel der Kadetten sowohl in der Duma – in der Person Maklakows – als auch in der Presse – in Gestalt der „Russkaja Mysl“ des Herrn Struve und Co. – sich losgelöst hat, wobei er nicht nur die strenge, sondern überhaupt jedwede Disziplin der Kadettenpartei verletzte.

„Links von sich“, fährt Herr Miljukow fort, „hatte die Fraktion der Volksfreiheit lediglich 14 Trudowiki und 15 Sozialdemokraten. Der Gruppe der Trudowiki ist nur ein Schatten der Bedeutung geblieben, die sie in den beiden ersten Dumas hatte. Die etwas besser organisierte Gruppe der Sozialdemokraten widmete von Zeit zu Zeit ihre Reden der schroffen Entlarvung der ‚Klassengegensätze‘, konnte aber im Grunde genommen keine andere Taktik verfolgen als diejenige, die auch von der ‚bürgerlichen‘ Opposition verfolgt wurde.“

Das ist alles, buchstäblich alles, was der prominente Historiker auf den 20 Seiten seines Artikels über die links von den Kadetten stehenden Parteien mitzuteilen weiß. Aber der Artikel ist doch den politischen Parteien in der Reichsduma gewidmet – in dem Artikel werden aufs ausführlichste alle die kleinsten Umgruppierungen unter den Gutsbesitzern erörtert, die verschiedensten „gemäßigten rechten“ oder „rechts-oktobristischen Fraktionen“, die einzelnen Schritte dieser Fraktionen werden untersucht. Warum werden dann die Trudowiki und Sozialdemokraten auf ein Nichts reduziert? – denn sie so zeichnen, wie das Herr Miljukow tut, heißt offensichtlich, sie auf ein Nichts reduzieren.

Die einzig mögliche Antwort auf diese Frage ist: weil diese Parteien Herrn Miljukow besonders mißfallen und sogar die einfachste Feststellung allgemein bekannter Tatsachen in bezug auf diese Parteien den Interessen des Liberalismus widerspricht. In der Tat, Herr Miljukow weiß

ausgezeichnet, welche Schiebungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Wahlmänner dazu geführt haben, daß den Trudowiki nur „ein Schatten der früheren Bedeutung“ in den Dumas geblieben ist. Diese von Herrn Kryshanowski und den anderen Helden des 3. Juni 1907 durchgeführten Schiebungen haben die Kadettenmehrheit beseitigt. Aber rechtfertigt das etwa die Ignorierung, mehr noch, die Verfälschung der Angaben über die Bedeutung von Parteien, die in der Duma der Gutsbesitzer sehr schwach vertreten sind? Die Trudowiki sind in der III. Duma sehr, sehr schwach vertreten, aber ihre Rolle in den fünf Jahren war bedeutend, denn sie repräsentierten die Millionen der Bauernschaft. Die Interessen der Gutsbesitzer gaben die Veranlassung, gerade die Vertretung der Bauernschaft zu beschneiden. Es fragt sich, welche Interessen die Liberalen veranlassen, die Trudowiki mit einer Handbewegung abzutun??

Oder man nehme den von Ärger zeugenden Ausfall des Herrn Miljukow gegen die Sozialdemokraten. Weiß er etwa nicht, daß der Unterschied der „Taktik“ der letzteren von der Taktik der Kadetten nicht nur im Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Opposition besteht, sondern auch im Unterschied zwischen Demokratismus und Liberalismus? Natürlich weiß Herr Miljukow das sehr gut, und an Beispielen aus der jüngsten Geschichte aller europäischen Länder hätte er den Unterschied zwischen Demokraten und Liberalen erläutern können. Der ganze Witz ist der, daß der russische Liberale, sobald es sich um Rußland handelt, *nicht sehen will*, daß zwischen ihm und den russischen Demokraten ein Unterschied besteht. Für den russischen Liberalen ist es von Vorteil, sich dem russischen Leser als Vertreter der gesamten „demokratischen Opposition“ überhaupt zu präsentieren. Aber mit Wahrheit hat dieser Vorteil nichts gemein.

In Wirklichkeit weiß jedermann, daß die Sozialdemokraten in der III. Duma eine *völlig* andere Taktik verfolgt haben als die bürgerliche Opposition im allgemeinen und die kadettische (liberale) Opposition im besonderen. Wenn Herr Miljukow den Versuch unternähme, vor dem Leser beliebige konkrete Fragen der Politik aufzuwerfen, so kann man sicher sein, daß er *keine einzige* Frage finden würde, in der die Sozialdemokraten nicht eine prinzipiell *andere* Taktik verfolgt hätten. Von Herrn Miljukow, der sich als Thema die politischen Parteien in der III. Duma gewählt hat, ist das Hauptsächliche und Grundlegende verzerrt

worden: Die drei Hauptgruppen unter den politischen Parteien haben drei verschiedene Taktiken betrieben, die Regierungsparteien (von Purischkewitsch bis Gutschkow), die Parteien des Liberalismus (die Kadetten, die Nationalisten und die Progressisten), die demokratischen Parteien (die Trudowiki – die bürgerliche Demokratie – und die Arbeiterdemokratie). Die beiden ersten Zusammenfassungen sind Herrn Miljukow klar, er sieht vorzüglich den Kern der Sache, der die Verwandtschaft einerseits von Purischkewitsch und Gutschkow und anderseits aller Liberalen bedingt. Aber den Unterschied zwischen den Liberalen und den Demokraten sieht er nicht, weil er ihn nicht sehen will.

II

Dasselbe wiederholt sich auch in der Frage nach der Klassengrundlage der verschiedenen Parteien. Was die Rechten betrifft, so sieht Herr Miljukow diese Grundlage und deckt sie auf, in bezug auf die Linken wird er mit einem Schlage blind. „Schon das Gesetz vom 3. Juni selbst“, schreibt er, „war vom vereinigten Adel diktiert worden. Die Verfechtung der Adelsinteressen übernahm denn auch der rechte Flügel der Dumamehrheit. Der linke Flügel dieser Mehrheit fügte dem die Verfechtung der Interessen der städtischen Großbourgeoisie hinzu.“ Nicht wahr, wie lehrreich das ist? Wenn der Kadett nach rechts blickt, dann zieht er entschieden den Trennungsstrich der „Klassengegensätze“: hier die Adligen, dort die Großbourgeois. Sobald sich aber der Blick des Liberalen nach links richtet – wird sofort das Wort „Klassengegensätze“ in ironisierende Anführungsstriche gesetzt. Die Klassenunterschiede verschwinden: Die Liberalen repräsentieren als allgemein „demokratische Opposition“ sowohl die Bauern als auch die Arbeiter und die städtische Demokratie!

Nein, meine Herren, das hat nichts mit wissenschaftlicher Geschichtsschreibung zu tun, das ist keine ernste Politik, das ist Politikasterei und Reklame.

Die Liberalen repräsentieren weder die Bauern noch die Arbeiter, sie repräsentieren lediglich einen Teil der städtischen, der grundbesitzenden usw. Bourgeoisie.

Die Tatsachen aus der Geschichte der III. Duma sind so allgemein bekannt, daß auch Herr Miljukow nicht umhin kann zuzugeben, daß nicht

selten die Oktobristen mit den Liberalen stimmten – nicht nur *gegen* (gegen die Regierung), sondern auch *für* bestimmte positive Maßnahmen. Diese Tatsachen in Verbindung mit der gemeinsamen Geschichte des Oktobristismus und des Kadettentums (die in den Jahren 1904/1905, vor dem 17. Oktober, verschmolzen waren) *beweisen* für jedermann, der nur ein wenig der historischen Wirklichkeit gerecht wird, daß Oktobristen und Kadetten die beiden Flügel *einer Klasse* sind, die beiden Flügel des bürgerlichen *Zentrums*, das zwischen Regierung und Gutsbesitzern einerseits und der Demokratie (den Arbeitern und der Bauernschaft) andererseits hin und her schwankt. Diese *grundlegende* Schlußfolgerung aus der Geschichte der „politischen Parteien in der III. Duma“ sieht Herr Miljukow ausschließlich deshalb nicht, weil es für ihn nicht von Vorteil ist, sie zu sehen.

Die dritte Duma hat von einer neuen Seite her, in einer neuen Situation, die grundlegende Teilung der russischen politischen Kräfte und der russischen politischen Parteien *bestätigt*, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in ganz bestimmten Umrissen bemerkbar machte, in den Jahren 1861–1904 immer festere Form annahm, in den Jahren 1905–1907 auf dem Schauplatz des offenen Kampfes der Massen hervortrat und sich konsolidierte, und die auch in den Jahren 1908–1912 dieselbe geblieben ist. Warum bleibt diese Teilung auch heute gültig? Darum, weil die objektiven Aufgaben der historischen Entwicklung Rußlands noch nicht gelöst sind, die überall und immer, vom Frankreich des Jahres 1789 bis zum China des Jahres 1911, den Inhalt der demokratischen Umgestaltungen und der demokratischen Umwälzungen bilden.

Auf diesem Boden ist der hartnäckige Widerstand der „Bürokratie“ und der Gutsbesitzer unvermeidlich, und ebenso unvermeidlich sind die Schwankungen der Bourgeoisie, die die Umgestaltungen notwendig braucht, die aber fürchtet, daß die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiter im besonderen sich diese Umgestaltungen zunutze machen werden. Diese Furcht war – auf dem Gebiet der Dumapolitik – besonders deutlich zu bemerken bei den Kadetten in der I. und II. Duma, bei den Oktobristen in der III. Duma, d. h. gerade dann, als diese Parteien die „führende“ Mehrheit bildeten. Die Kadetten kämpfen mit den Oktobristen, wobei sie auf demselben prinzipiellen Standpunkt beharren wie diese, sie machen ihnen eher Konkurrenz, als daß sie sie bekämpfen. Sie suchen mit ihnen das Plätzchen an der Macht, *neben* den Gutsbesitzern,

zu teilen – daraus ergibt sich die scheinbare Schärfe des Konflikts der Machthaber mit den Kadetten als mit den allernächsten Konkurrenten.

Bei Ignorierung des Unterschieds zwischen Demokratie und Liberalismus untersucht Herr Miljukow mit außergewöhnlicher Ausführlichkeit, ins Einzelne gehend, man könnte sagen mit Behagen, die Umgruppierungen in den Reihen der Gutsbesitzer: Rechte, gemäßigte Rechte, Nationalisten schlechthin, unabhängige Nationalisten, rechte Oktobristen, einfach Oktobristen, linke Oktobristen. Diese Teilungen und Verschiebungen in diesen Grenzen haben nicht die geringste ernsthafte Bedeutung: Sie hängen höchstens zusammen mit der Ersetzung irgendeines Twerdoonto durch irgendeinen Ugrjum-Burtschejew* in der Verwaltung, mit einem Wechsel von Personen, mit dem Sieg bestimmter Gruppen oder Cliques. In der politischen Linie ist hier alles einigermaßen Wesentliche völlig identisch.

„Zwei Lager werden kämpfen“ (bei den Wahlen zur IV. Duma), wiederholt Herr Miljukow, wie das die ganze Presse der Kadetten unermüdlich wiederholt. Das stimmt nicht, meine Herren. *Drei* Hauptlager kämpfen und werden kämpfen: das Regierungslager, das liberale Lager und die Arbeiterdemokratie als Zentrum der Anziehung für die gesamte Demokratie überhaupt. Die Teilung in zwei Lager ist ein Kniff der liberalen Politik, der leider zuweilen diesen oder jenen unter den Anhängern der Arbeiterklasse irremacht. Nur wenn die Arbeiterklasse begriffen hat, daß die Teilung in drei Hauptlager unvermeidlich ist, kann sie in der Tat ihre *eigene* und nicht eine liberale Arbeiterpolitik betreiben, wobei sie die Konflikte des ersten Lagers mit dem zweiten Lager *ausnutzt*, ohne sich aber auch nur für einen Augenblick durch die scheidemokratischen Phrasen der Liberalen täuschen zu lassen. Und nicht nur sich selbst keiner Täuschung hingeben, sondern auch nicht zulassen, daß die Bauern, als die Hauptstütze der bürgerlichen *Demokratie*, getäuscht werden – darin bestehen die Aufgaben der Arbeiter. Das ist die *Schlußfolgerung* auch aus der Geschichte der politischen Parteien in der III. Duma.

„Swesda“ Nr. 14 (50),

Nach dem Text der „Swesda“.

4. März 1912.

Unterschrift: K. J.

* Twerdoonto, Ugrjum-Burtschejew – Personen aus Werken Saltykow-Schtschedrins, satirische Typen von Bürokraten. Der Übers.

BERICHT AN DAS
INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE BÜRO
ÜBER DIE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ
DER SDAPR¹³⁹

Diese letzten Jahre waren für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands Jahre der Verwirrung und der Desorganisation. Während dreier Jahre hat die Partei weder eine Konferenz noch einen Kongreß einberufen können und während zweier Jahre konnte das Zentralkomitee keinerlei Tätigkeit entfalten. Die Partei bestand zwar weiter, aber in Gestalt von einzelnen Gruppen, die mangels eines ZK in allen Städten von einer gewissen Bedeutung ein wenig isoliert voneinander lebten.

Seit einiger Zeit, unter dem Einfluß des Wiedererwachens des russischen Proletariats, fängt die Partei an, sich von neuem zu festigen, und ganz kürzlich haben wir schließlich eine Parteikonferenz zusammenberufen können (was seit dem Jahre 1908 nicht möglich gewesen war), auf welcher die Organisationen der beiden Hauptstädte, der Nordwest-Gegend und der Süd-Gegend, des Kaukasus und der Industrie-Gegenden des Zentrums vertreten waren – zwanzig Organisationen im ganzen traten in engste Verbindung mit der Organisationskommission, die diese Konferenz einberufen hatte, das heißt beinahe die Gesamtheit der Organisationen, Menschewiki und Bolschewiki, die in diesem Augenblick in Rußland bestehen.

Im Verlauf ihrer 23 Sitzungen prüfte und erörterte die Konferenz, welche sich die Rechte und Pflichten des obersten Parteiorgans beilegte, alle auf ihre Tagesordnung gesetzten Fragen, von welchen manche von ganz einschneidender Bedeutung sind. So wurde auf ihr eine tiefgehende und sehr vollständige Würdigung der augenblicklichen politischen Lage

und der Politik der Partei gegeben, eine Würdigung, die sich mit den Resolutionen der Konferenz von 1908 und mit den Beschlüssen des ZK-Plenums von 1910 in vollkommener Übereinstimmung befindet. Sie widmete ganz besondere Aufmerksamkeit den in einigen Monaten stattfindenden Wahlen zur Duma und arbeitete zu diesem Gegenstand eine Resolution aus, die aus drei Teilen besteht und die in einer sehr greifbaren und sehr ins einzelne gehenden Weise die vielfachen Verwicklungen unseres Wahlgesetzes berücksichtigt, die sich über die Frage der Wahlabkommen mit den andern Parteien ausspricht und die Stellung sowie die Taktik der Partei im Laufe der bevorstehenden Wahlbewegung von allen Gesichtspunkten aus untersucht. Die Frage der Hungersnot, der Arbeiterversicherungen, der Gewerkschaften und der Streiks usw. wurden gleichfalls erörtert und ihrer Lösung entgegengeführt.

Die Konferenz untersuchte ebenfalls die Frage der „Liquidatoren“. Diese Richtung leugnet das Bestehen einer illegalen Partei, erklärt, daß diese bereits aufgelöst sei, daß ihre Wiederherstellung nichts weiter sei als eine reaktionäre Utopie, und versichert, daß die Partei nur in legaler Form wiedererstehen könne. Nichtsdestoweniger hat diese Richtung, welche mit der illegalen Partei gebrochen hat, bis jetzt keine legale Partei gründen können. Die Konferenz stellte fest, daß die Partei seit vier Jahren gegen diese Richtung kämpft, daß die Konferenz von 1908 und das ZK-Plenum von 1910 sich gegen diese Liquidatoren ausgesprochen haben, daß sie trotz aller Anstrengungen, die gemacht worden sind, fortfährt, Sonderbündelei zu treiben und die Partei in der legalen Presse anzugreifen. Die Konferenz erklärte demzufolge, daß die um die Organe „Nascha Sarja“, „Delo Shisni“ (denen man jetzt noch das „Shiwoje Delo“ zugesellen muß) gescharten Liquidatoren sich außerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gestellt haben.

Schließlich wurden ein ZK und die Redaktion des Zentralorgans „Sozial-Demokrat“ gewählt. Überdies hat die Konferenz insbesondere festgestellt, daß es im Ausland eine Menge Gruppen gibt, die mehr oder weniger sozialistisch, jedoch auf alle Fälle von dem russischen Proletariat sowie von seiner sozialistischen Aktion vollständig getrennt und demzufolge ohne jede Verantwortlichkeit sind, daß diese Gruppen in keiner Weise die Sozialdemokratische Arbeiterpartei darstellen oder vertreten können, daß die Partei keinerlei Verantwortung oder Gewähr für diese

Gruppen übernimmt und daß alle Verbindungen mit der SDAPR durch Vermittlung des ZK zu erfolgen haben, dessen Auslandsadresse wir nachstehend angeben:

Wladimir Oulianoff, 4 Rue Marie Rose, Paris XIV
(Für das Zentralkomitee).

Geschrieben Anfang März 1912.

*Veröffentlicht am 18. März 1912
im Rundschreiben Nr. 4 des
Internationalen Sozialistischen Büros.*

*Nach dem deutschsprachigen Text
des Rundschreibens.*

DIE WAHLPLATTFORM DER SDAPR¹⁴⁰

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands!

In allernächster Zukunft stehen die Wahlen zur IV. Reichsduma bevor. Sowohl die verschiedenen politischen Parteien als auch die Regierung selbst bereiten sich schon aus allen Kräften auf die Wahlen vor. Die Partei des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die durch ihren ruhmreichen Kampf im Jahre 1905 dem Zarismus den ersten ernsthaften Schlag versetzte und ihm wichtige Vertretungskörperschaften entriß, ruft jeden dazu auf, die Wahlberechtigten wie die große Mehrheit der „Rechtlosen“, aktiv an den Wahlen teilzunehmen. Alle diejenigen, die bestrebt sind, die Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei zu befreien, denen die Sache der russischen Freiheit am Herzen liegt, müssen unverzüglich mit der Arbeit beginnen, um zu den Wahlen für die vierte Gutsbesitzerduma die Freiheitskämpfer zu vereinigen, ihnen Standshaftigkeit zu vermitteln und das politische Bewußtsein und die Organisiertheit der Demokratie in Rußland voranzubringen.

Fünf Jahre sind seit dem Staatsstreich vom 3. Juni 1907 vergangen, als Nikolaus der Blutige, der Zar von Chodynka, der „Sieger und Vernichter“ der ersten und zweiten Duma, seine Schwüre, Versprechungen und Manifeste in den Wind schlug und gemeinsam mit den erzreaktionären Gutsbesitzern und den oktobristischen Kaufleuten daranging, an der Arbeiterklasse und allen revolutionären Elementen Rußlands, d. h. an der großen Mehrheit des Volkes, für das Jahr 1905 Rache zu üben.

Die gesamte Periode der III. Duma ist durch die Rache für die Revolution gekennzeichnet. Noch nie gab es in Rußland so wütende Verfolgungen durch den Zarismus. Die Galgen schlugen in diesen fünf Jahren den

Rekord von drei Jahrhunderten russischer Geschichte. Die Verbannungs-orte, Zuchthäuser und Gefängnisse wurden mit politischen Häftlingen überfüllt wie noch nie zuvor, und noch nie wurden Besiegte so mißhandelt und gequält, wie unter Nikolaus II. Noch nie wurde die Staatskasse in einem solchen Ausmaß geplündert, noch nie gab es solche Ausschreitungen und Willkürmaßnahmen der Beamten – die stets ungeschoren davonkommen wegen ihres eifrigen Kampfes gegen den „Aufbruch“ –, noch nie erhöhte jeder beliebige Vertreter der Staatsmacht die Bevölkerung im allgemeinen und den Mushik im besonderen in diesem Maße. Noch nie verfolgte man die Juden und nach ihnen auch andere, nicht zur Herrschernation gehörende Völker so wütend, mit einer derartigen Gehässigkeit und Mutwilligkeit.

Antisemitismus und brutalster Nationalismus wurden zur einzigen politischen Plattform der Regierungspartei, und die Figur Purischkewitschs wurde zum einzig vollständigen, umfassenden und richtigen Ausdruck aller Regierungsmethoden der gegenwärtigen Zarenmonarchie.

Und was ist das Ergebnis dieses Wütens der Konterrevolution?

Sogar den „höchsten“ Ausbeuterklassen wird bewußt, daß man so nicht weiterleben kann. Selbst die Oktobristen, die Partei, die in der III. Duma dominiert hat, die Partei der Gutsbesitzer und Kaufleute, die mit Schrecken vor der Revolution erfüllt sind und vor der Obrigkeit liebdienern, bringt in ihrer eigenen Presse mehr und mehr die Überzeugung zum Ausdruck, daß der Zar und die Adligen, denen die Oktobristen auf Treu und Glauben dienen, Rußland in eine Sackgasse geführt haben.

Es gab eine Zeit, da die Zarenmonarchie der Gendarm von Europa war, da sie die Reaktion in Rußland schützte und half, jegliche Freiheitsbewegung in Europa mit Gewalt zu unterdrücken. Nikolaus II. hat es so weit gebracht, daß der Zar jetzt nicht nur der Gendarm von Europa, sondern auch von Asien ist, der mit Geld, Intrigen und bestialischster Gewalt jede Befreiungsbewegung in der Türkei, in Persien und in China zu unterdrücken sucht.

Aber keinerlei Bestialitäten des Zarismus können die Entwicklung in Rußland aufhalten. Mögen die Purischkewitsch, Romanow und Markow, diese letzten Fronherren, Rußland noch so verunstalten und verstümmeln, es schreitet trotzdem vorwärts. Und mit jedem Schritt seiner Entwicklung wird die Forderung nach politischer Freiheit immer eindringlicher. Ruß-

land kann nicht ohne politische Freiheit leben, wie das kein einziges Land im 20. Jahrhundert kann. Ist es etwa denkbar, von der Zarenmonarchie politische Reformen zu erwarten, wenn der Zar die beiden ersten Dumas auseinandergejagt und sein eigenes Manifest vom 17. Oktober 1905 mit Füßen getreten hat? Sind im gegenwärtigen Rußland politische Reformen denkbar, wenn sich die Beamtenclique über alle möglichen Gesetze lustig macht und weiß, daß der Zar und seine Helfershelfer alles decken werden? Sehen wir etwa nicht, daß gestern Ilidor, heute Rasputin, gestern Tolmatschow, heute Chwostow, gestern Stolypin, heute Markow unter dem Schutz des Zaren selbst oder seiner Verwandtschaft jegliche Gesetze mit Füßen treten? Sehen wir etwa nicht, daß sogar die kleinen, lächerlich geringfügigen „Reformen“ der Gutsbesitzerduma, die der Erneuerung und Festigung der Zarenmacht gelten, vom Reichsrat oder durch persönliche Anweisung Nikolaus' des Blutigen verworfen und entstellt werden? Ist uns etwa nicht bekannt, daß die Mörderbande der Schwarzhunderter, die hinterrücks Abgeordnete, welche der Obrigkeit im Wege sind, niederschießt, die die sozialdemokratischen Abgeordneten der II. Duma ins Zuchthaus wirft, die ständig Pogrome vorbereitet und überall frech die Staatskasse plündert, sich des besonderen Wohlwollens des Zaren erfreut und von ihm schlecht verhüllte Hilfe, Ausrichtung und Anleitung erhält? Schaut euch an, was unter Nikolaus Romanow aus den politischen Grundforderungen des russischen Volkes geworden ist, für die mehr als ein Dreivierteljahrhundert lang die besten Vertreter des Volkes heldenhaft gekämpft haben, für die sich im Jahre 1905 Millionen erhoben. Läßt sich denn das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit der Romanowmonarchie vereinbaren, wenn schon das nicht allgemeine, ungleiche und indirekte Wahlrecht zur ersten und zweiten Duma vom Zarismus in den Schmutz getreten worden ist? Sind Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit und Streikfreiheit mit der Zarenmonarchie zu vereinbaren, wenn selbst das reaktionäre, entstellte Gesetz vom 4. März 1906⁴⁴¹ von den Gouverneuren und Ministern ganz und gar zu einem Nichts gemacht worden ist? Klingen die Worte des Manifests vom 17. Oktober 1905 von den „unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit“, von der „wirklichen Unantastbarkeit der Person“, von der „Gewissens-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit“ nicht wie ein Hohn? Tagtäglich sieht jeder „Untertan“ des Zaren diese Verhöhnung.

Nein! Wir haben genug von dem liberalen Schwindel, daß eine Vereinigung der Freiheit mit der alten Macht möglich sei, daß politische Reformen unter der Zarenmonarchie denkbar seien. Das russische Volk mußte diese kindlichen Illusionen mit den harten Lehren der Konterrevolution bezahlen! Wer ernsthaft und aufrichtig die politische Freiheit will, der muß stolz und kühn das Banner der *Republik* erheben, und die Politik der zaristischen Gutsbesitzerbande wird unaufhaltsam dazu führen, daß sich *alle* lebendigen Kräfte der russischen Demokratie unter diesem Banner zusammenschließen.

Es gab eine Zeit – und das ist noch nicht lange her – als der Ruf: Nieder mit der Selbstherrschaft! – für Rußland als zu fortschrittlich erschien. Die SDAPR aber verkündete diesen Ruf, die fortschrittlichen Teile der Arbeiterschaft griffen ihn auf und trugen ihn durchs ganze Land; in 2–3 Jahren wurde dieser Ruf zu einer „Redewendung des Volkes“. An die Arbeit, Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands, die nicht wollen, daß unser Land endgültig versinkt in Stagnation, Barbarei, Rechtlosigkeit und drückendem Elend von Dutzenden Millionen! Die Sozialdemokraten Rußlands, die Arbeiter Rußlands werden es erreichen, daß die Redewendung des Volkes in Rußland lauten wird: Nieder mit der Zarenmonarchie! Es lebe die russische demokratische Republik!

Arbeiter! Erinnert euch an das Jahr 1905: Durch den Streikkampf habt ihr Millionen Werkstätige zu neuem Leben, zu Klassenbewußtsein und zum Befreiungskampf erweckt. Jahrzehnte zaristischer Reformen brachten nicht den zehnten Teil der Verbesserungen eures Leben, die ihr damals durch den Kampf der Massen erreicht hattet und sie können das auch gar nicht. Das Schicksal des Gesetzentwurfs über die Arbeiterversicherung, der – unter Mitwirkung der Kadetten – von der Gutsbesitzerduma ganz verzerrt wurde, hat wieder einmal gezeigt, was die Arbeiter „von oben“ zu erwarten haben.

Die Konterrevolution hat uns fast aller Errungenschaften beraubt, aber sie hat der Arbeiterjugend und dem wachsenden und erstarkenden gesamtrossischen Proletariat nicht die Kräfte, den Elan und den Glauben an ihre Sache geraubt und kann das auch nicht tun.

Es lebe der neue Kampf für die Verbesserung des Lebens der Arbeiter, die nicht Sklaven bleiben wollen, verurteilt zu Zwangsarbeit in den Fabriken und Werken! *Es lebe der Achtstundentag!* Wer die Freiheit in

Rußland will, der muß der Klasse helfen, die der Zarenmonarchie im Jahre 1905 das Grab schaufelte und die in der bevorstehenden russischen Revolution den größten Feind aller Völker Rußlands in dieses Grab stürzen wird.

Bauern! Im Glauben an den Zaren und in der Hoffnung, daß er sein Einverständnis für die Übergabe des Gutsbesitzerlandes an das Volk auf friedliche Weise geben werde, hattet ihr eure Trudowikiabgeordneten in die I. und II. Duma entsandt. Ihr konntet euch jetzt davon überzeugen, daß der Zar – der größte Gutsbesitzer in Rußland – zum Schutze der Gutsbesitzer und Beamten weder vor Eidbruch noch vor Gesetzwidrigkeiten, noch vor Gewaltanwendung und Blutvergießen zurückschreckt. Soll man das Joch der letzten Fronherren dulden, soll man den Spott und die Beschimpfungen durch die Beamten schweigend hinnehmen, sollen Hunderttausende und Millionen den Hungerqualen und den Krankheiten, die durch Hunger und äußerstes Elend entstehen, erliegen – oder soll man im Kampf gegen die Zarenmonarchie und die zaristische Gutsbesitzerduma sterben, um ein einigermaßen erträgliches und menschenwürdiges Leben für unsere Kinder zu erringen?

Das ist die Frage, die sich den russischen Bauern aufdrängt. Und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ruft die Bauern auf zum Kampf für die volle Freiheit, für die Übergabe aller Gutsbesitzerländereien an die Bauern ohne jegliche Entschädigung. Mit Almosen kann man das bäuerliche Elend nicht heilen, kann man die Bauern nicht vom Hunger erlösen. Die Bauern fordern keine Almosen, sondern den Boden, den sie jahrhundertlang mit ihrem Schweiß und ihrem Blut getränkt haben. Die Bauern brauchen die Fürsorge der Obrigkeit und des Zaren nicht, sondern Befreiung von den Beamten und vom Zaren, sie brauchen die Freiheit, um ihre Geschicke selbst gestalten zu können.

Mögen die Wahlen in die IV. Duma dazu dienen, ein klares politisches Bewußtsein der Massen zu schaffen, um sie erneut in den entschiedenen Kampf einzubeziehen. Drei Hauptparteien führen den Wahlkampf: 1. die Schwarzhunderter, 2. die Liberalen und 3. die Sozialdemokraten.

Zu den Schwarzhundertern gehören Rechte sowie „Nationalisten“ und Oktobristen. Sie alle stehen hinter der Regierung – folglich können die Differenzen zwischen ihnen von keinerlei einigermaßen ernsthafter Bedeutung sein. Schonungsloser Kampf gegen alle diese Schwarzhunderterparteien – das ist unsere Losung!

Die Liberalen, das ist die Partei der Kadetten („konstitutionell-demokratische Partei“ oder Partei der „Volksfreiheit“). Das ist die Partei der liberalen Bourgeoisie, die die Macht mit dem Zaren und den fröhlichen Gutsbesitzern so teilen will, daß deren Macht in den Grundfesten nicht erschüttert wird, um die Macht nicht dem Volk zu geben. Die Liberalen hassen die Regierung, die sie von der Macht verdrängt und helfen mit, sie zu entlarven und Schwankung und Zersetzung in ihre Reihen zu tragen, doch noch unvergleichlich mehr hassen sie die Revolution, fürchten sie jeglichen Kampf der Massen, verhalten sie sich zum Befreiungskampf des Volkes noch schwankender und unentschlossener und laufen in entscheidenden Situationen verräterisch auf die Seite der Monarchie über. Während der Konterrevolution haben sich die Liberalen, indem sie in die „slawischen“ Phantastereien des Zarismus mit einstimmten, sich als „verantwortungsbewußte Opposition“ aufführten, vor dem Zaren als „Opposition Seiner Majestät“ liebbedienten und die Revolutionäre und den revolutionären Kampf der Massen mit Schmutz bewarfen, mehr und mehr vom Kampf um die Freiheit abgewandt.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hat es auch in der schwarzen III. Duma verstanden, das Banner der Revolution zu erheben, hat es verstanden, auch von dort aus die Organisation und revolutionäre Aufklärung der Arbeiter und den Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer zu unterstützen. Die Partei des Proletariats ist die einzige Partei der fortschrittlichen Klasse, die fähig ist, Rußland die Freiheit zu erobern. Und heute arbeitet unsere Partei nicht deshalb in der Duma mit, um dort ein Spiel „um Reformen“ zu treiben, nicht um sich für eine „Verfassung einzusetzen“, um die Oktobristen zu „überzeugen“, oder um aus der Duma die „Reaktion zu verdrängen“, wie die das Volk betrügenden Liberalen sagen, sondern um von der Dumatribüne aus die Massen zum Kampf aufzurufen, um die Lehre vom Sozialismus zu erläutern, jeglichen Betrug der Regierung und der Liberalen aufzudecken, um die monarchistischen Vorurteile der zurückgebliebenen Schichten des Volkes und die Klassenwurzeln der bürgerlichen Parteien zu enthüllen – mit einem Wort deshalb, um eine Armee klassenbewußter Kämpfer für die neue russische Revolution heranzubilden.

Die Zarenregierung und die erzreaktionären Gutsbesitzer haben sehr wohl erkannt, welch revolutionäre Kraft eine sozialdemokratische Fraktion

in der Duma dargestellt hat. Alle Anstrengungen der Polizei und des Ministeriums des Innern konzentrieren sich jetzt darauf, keinen Sozialdemokraten in die IV. Duma kommen zu lassen. Arbeiter und Bürger, vereinigt euch! Schart euch um die SDAPR, die auf ihrer kürzlich stattgefundenen Konferenz, nachdem sie sich von der Zerrüttung der schlimmen Jahre erholt hat, erneut ihre Kräfte gesammelt und ihr Banner erhoben hat! Wenn alle an den Wahlen und an der Wahlagitation teilnehmen, dann werden die Anstrengungen der Regierung zunichte gemacht und das rote Banner der revolutionären Sozialdemokratie wird auch in einem Rußland der Polizeigewalt, der Rechtlosigkeit, des Blutvergießens, in einem unterdrückten und hungernden Rußland, auf der Dumatribüne aufgepflanzt werden!

Es lebe die russische demokratische Republik!

Es lebe der Achtstundentag!

Es lebe die Konfiskation des Gutsbesitzerlandes!

Arbeiter und Bürger! Unterstützt die Wahlagitation der SDAPR!
Wählt die Kandidaten der SDAPR!

Das Zentralkomitee
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Geschrieben Anfang März 1912.

*Veröffentlicht als Flugschrift
im März 1912.*

*Nach dem Text der Flugschrift,
verglichen mit einer handschriftlichen
Abschrift mit Korrekturen
W. J. Lenins.*

AN DIE REDAKTION DER „SWESDA“

(Nachsatz zu „Die Wahlplattform der SDAPR“)¹⁴²

Diese Plattform schicken wir nur, damit sich *alle*, besonders die *Verfasser* einer Plattform, **informieren**. Es ist an der Zeit, die *Ausarbeitung* von Plattformen einzustellen, da jetzt eine vom Zentralkomitee bestätigte und veröffentlichte *vorliegt* (in Rußland ist darüber *schon* ein Flugblatt *herausgekommen*, wir besitzen aber *nur ein* Exemplar, und das können wir nicht schicken; deshalb schreiben wir es ab und schicken die Kopie). Besonders unklug wäre es, *legale* Plattformen zu verfassen. *Ausnahmslos jeder* Artikel über die Plattform und über die „Grundlagen der Plattform“ muß unbedingt mit der Unterschrift des Verfassers und mit der *Anmerkung* „Versuch eines Kommentars“ veröffentlicht werden.

Inbesondere würde ich dem Ihnen bekannten Kollegium *ganz eindringlich* raten, *keinerlei* Plattform zu bestätigen. Es ist eine Erfindung der Liquidatoren, daß eine Plattform von irgend jemand anderem bestätigt werden könnte als vom ZK. Außerdem käme auch dem Wesen der Sache nach nichts Gutes dabei heraus, wenn die Plattform durch das Kollegium bestätigt würde. Das Kollegium sollte sie entweder billigen oder stillschweigen.

Geschrieben am 26. März 1912.

Erstmalig veröffentlicht,
nach dem Manuskript.

KARTEN AUF DEN TISCH⁴⁶³

Die Sprache des Fürstentums von Monaco⁴⁴⁴ ist eine Sprache, die unserer Aristokratie, den Herren Ministern, den Mitgliedern des Reichsrats usw. gut bekannt ist. Wir wissen, wer diesen Sprachgebrauch in unserem Reichsrat eingeführt hat! Deshalb waren wir etwas verwundert, als wir im „Shiwoje Delo“ Nr. 8 auf den Ausdruck stießen, der als Überschrift dieses Artikels gewählt wurde.

Es geht aber nicht um die Art des Ausdrucks. Die Autorität – unter den Liquidatoren – der Person, die ihn gebrauchte (L. Martow), die Wichtigkeit des berührten Themas („Karten auf den Tisch“ in Fragen der Wahlkampagne, ihrer Prinzipien, ihrer Taktik usw.), alles das zwingt uns, die Losung aufzugreifen, unabhängig davon, wie sie ausgedrückt ist.

„Karten auf den Tisch“, das ist eine glänzende Losung. Und wir möchten vor allem, daß sie in bezug auf die Zeitung „Shiwoje Delo“ angewandt würde. Karten auf den Tisch, meine Herren!

Leute, die in publizistischer Hinsicht Erfahrung besitzen, bestimmen sogleich den Charakter einer Zeitung nach der Zusammensetzung ihrer Mitarbeiter, sogar nach einzelnen Ausdrücken, die auf die *Richtung* des Organs hindeuten, wenn es eine der Richtungen ist, die einigermaßen Gestalt angenommen haben und bekannt sind. Solche Leute brauchten nur einen Blick auf das „Shiwoje Delo“ zu werfen, um seine Zugehörigkeit zur Richtung der Liquidatoren zu bestimmen.

Das breite Publikum aber kennt sich nicht so leicht in den Richtungen der Organe aus, besonders dann, wenn es sich nicht um theoretische Abhandlungen, sondern um lebendige Politik handelt. Hier ist es besonders wichtig und besonders angebracht, daran zu erinnern, wie gelegen die von

Карты на столе.

Здесь капризница Москва еще хуже,
хорошо зрелищной каменей зради, созданы
миллиграм, масса в Тос. Совете и т. д. Цифры
но, это было в употреблении зрелищ зради
в каменей Тос. Совете! Попробу и т. д.
ко удивилась, выйдя в зради "Иване
Дале" и т. д., но вправиле, концы концы
внеси в зради зради.

Но это же в смысле вправиле. А.
отрицательное — среди буржуазии —
лишь, употребилась ея (и. Марини),
высочайшей жемчужной зради (каприз на
столе? в вопросах от издательской ка-
каши, ея зради, ея зради и т. д.) же
это действительней как подделка зради,
каменей и т. д., как ея вправиле.

"Карты на столе" это — предельней
каприз. А как зради как зради и т. д.

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Karten auf den Tisch“ — März 1912

Verkleinert

Martow herausgebrachte Losung „Karten auf den Tisch“ kommt. Denn beim „Shiwoje Delo“ liegen doch die Karten gerade unter dem Tisch!

Die Ideen, die das „Shiwoje Delo“ durchzusetzen beginnt, sind einigermaßen folgerichtig und systematisch *erst* in den letzten zwei Jahren in den Organen „Nascha Sarja“, „Shisn“, „Wosroshdenije“ und „Delo Shisni“ ausgearbeitet worden. In zwei Jahren wurde hier ziemlich beträchtliches Material gesammelt. Es fehlt nur eine *Zusammenfassung* und im besonderen eine *Zusammenfassung*, vorgenommen eben von denen, die sich zwei Jahre lang mit dieser Ausarbeitung beschäftigt haben. Von den Verfechtern der liquidatorischen Ideen fehlt eine *offene* Darlegung der Schlußfolgerungen, zu denen sie in den zwei Jahren „Arbeit“ der „Nascha Sarja“ gelangt sind.

Und gerade hier zeigen sich die Liebhaber der Reden von einer „*offenen* Arbeiterpartei“ als Liebhaber eines *verdeckten* Spiels! In Nr. 8, im Leitartikel, ist z. B. zu lesen, daß „der Weg des Kampfes für das Allgemeine, für die allgemeine Verbesserung und die *grundlegende* Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ über „die Verfechtung von *Teilrechten*“ führt. (Hervorhebung vom Autor des Artikels.) Sie lesen in einer Notiz derselben Nummer über irgendwelche „Petersburger Persönlichkeiten der legalen Arbeiterbewegung“, daß sie, „*wie auch bisher*“, „in der Sozialdemokratie die Methoden der Wiedergeburt und Schaffung einer proletarischen sozialdemokratischen Partei, die von ihnen bis jetzt verfochten worden sind, popularisieren werden“.

Karten auf den Tisch! Was ist das für eine Theorie der Verfechtung von Teilrechten? In keinerlei gültigen, offiziellen, *offen* bekanntgegebenen Thesen, die von Arbeitergruppen oder Vertretern von Gruppen anerkannt worden sind, wurde diese Theorie deklariert. Ist das vielleicht die Theorie, von der uns z. B. Herr Lewizki in der „Nascha Sarja“ Nr. 11, 1911 berichtete? Weiter, wie sollen denn die Leser der Zeitung wissen, *welche* Methoden irgendwelche nicht genannten Persönlichkeiten der legalen Bewegung für die „Wiedergeburt und Schaffung der Partei“ – die ganz offensichtlich nicht gegründet worden ist, d. h. nicht existiert – verfochten haben!? Warum sollte man diese Persönlichkeiten nicht nennen, wenn es wirklich Persönlichkeiten der „legalen“ Bewegung sind, wenn diese Worte nicht nur eine *konventionelle* Phrase sind?

Denn die Frage nach den „Methoden der Wiedergeburt und Schaffung

der Partei“ ist doch nicht irgendeine Teilfrage, die neben anderen politischen Fragen, die jede Zeitung interessieren, so nebenbei berührt und gelöst werden kann. Nein. Das ist die Grundfrage. Solange diese Frage nicht gelöst ist, kann man weder über die Wahlkampagne der Partei noch über die Wahltaktik der Partei, noch über die Kandidaten der Partei sprechen. Sie muß ganz unzweideutig und auf positivste Art und Weise gelöst werden, denn hier ist außer einer klaren theoretischen Antwort eine *praktische* Lösung erforderlich.

Sophismen – und zwar Sophismen übelster Art – sind jene nicht selten anzutreffenden Betrachtungen, daß sich sozusagen im Verlauf der Wahlkampagne Elemente der Wiedergeburt und Schaffung der Partei herausbilden oder vereinigen würden usw. usf. Das ist Sophismus, denn die Partei ist etwas *Organisiertes*. Eine Wahlkampagne der Arbeiterklasse gibt es nicht und kann es nicht geben, wenn es keine *einheitlichen* Beschlüsse, keine einheitliche *Taktik*, keine einheitliche Plattform, wenn es keine einheitlichen Kandidaturen der gesamten Klasse oder zumindest ihrer fortschrittlichen Schicht gibt.

Sophismen dieser Art, hohle Erklärungen anonymer, unbekannter und für das Proletariat nicht greifbarer legaler Persönlichkeiten – wer nennt sich nicht alles „Persönlichkeit der legalen Arbeiterbewegung“! Was für Bourgeois verbergen sich nicht hinter diesem Etikett! – das alles ist höchst gefährlich, und man muß die Arbeiter unbedingt davor warnen. Die Gefährlichkeit besteht darin, daß über das „offene“ Auftreten *nur* deshalb gesprochen wird, *um abzulenken*, in Wirklichkeit aber hat man es mit der übelsten Sorte der *versteckten* Diktatur eines Zirkels zu tun!

Man schreit gegen die „Illegalität“, obwohl wir dort offene Beschlüsse sehen, die dank der bürgerlichen Presse in ziemlich großem Umfang jetzt bekannt geworden sind („Golos Semli“, „Kiewskaja Mysl“, „Russkoje Slowo“, „Golos Moskwy“, „Nowoje Wremja“ – wieviel *Hunderttausende* von Lesern sind jetzt *legal* über ganz bestimmte Beschlüsse, die eine wirkliche Einheit der Wahlkampagne bedeuten, informiert). Aber diejenigen, die *gegen* die Illegalität schreien und für „legale politische Tätigkeit“ eintreten, sind gerade ein Beispiel dafür, daß sie ein sicheres Ufer verlassen, aber ein anderes noch nicht erreicht haben. Das Alte ist verworfen, über das Neue wird nur geredet.

Von den „Methoden der Wiedergeburt und Schaffung“, über die das

„Shiwoje Delo“ spricht, kennen wir – und kennen alle *legal* – nur die, die in der „Nascha Sarja“ dargelegt und verfochten worden sind. Andere sind uns weder *legal* noch sonstwie bekannt. Es wurde kein einziger Versuch von Vertretern der Gruppen gemacht, diese Methoden zu erörtern – weder *legal* noch anders –, es wurde *keine* einzige formelle und gültige, offizielle *Darlegung* dieser Methoden gegeben. Hinter den *Worten*: offen, der offenen . . ., über den offenen . . . verbirgt sich etwas ganz Verstecktes und im wahrsten Sinne des Wortes Zirkelhaftes, Literatenzirkelhaftes.

Wir kennen die einzelnen Publizisten, die niemandem verantwortlich sind und sich in nichts von den Freischützen der bürgerlichen Presse unterscheiden. *Ihre* Reden über die „Methoden“, über die Liquidierung des Alten sind uns bekannt.

Mehr wissen wir nicht, und niemand in der *legalen* politischen Tätigkeit weiß mehr. Hier haben Sie das Paradoxon – das scheinbare Paradoxon, in Wirklichkeit aber das direkte und natürliche Produkt *aller* Bedingungen des Lebens in Rußland –, daß die oben aufgeführte Reihe sehr verbreiteter bürgerlicher Organe die Massen über die „illegale“ politische Tätigkeit, die Beschlüsse, die Losungen, die Taktik usw. genauer, schneller und direkter in Kenntnis gesetzt hat, als über die *nichtexistierenden* Beschlüsse der „Persönlichkeiten der legalen Bewegung“!

Oder sollte vielleicht irgend jemand behaupten, daß eine Wahlkampagne ohne feste Beschlüsse möglich ist?? Ist ohne feste Beschlüsse die Bestimmung der Taktik, der Plattform, der Vereinbarungen, der Kandidaturen – bei den vielen Tausenden, ja Hunderttausenden Wählern in den verschiedenen Teilen des Landes – möglich??

Als Martow von „Karten auf den Tisch“ sprach, berührte er die schmerzhafteste Stelle der Liquidatoren, und man kann nicht genug tun, um die Arbeiter zu warnen. Ohne feste Beschlüsse, ohne im geringsten bestimmte Antworten auf die praktischen Fragen zu geben, ohne die Teilnahme wenigstens einiger Dutzend oder Hundert der Besten bei Erörterung jedes Satzes, jedes Wortes der wichtigen Beschlüsse, serviert man der Arbeitermasse . . . Ideen und Konzeptionen von *nicht offen genannten* „Persönlichkeiten der legalen Bewegung“, d. h. der Herren Potressow, Lewizki, Tschazki, Jeshow und Larin.

Man versteckt die Karten, denn der geringfügigste Versuch, sie vor den Arbeitern offen hinzulegen, wird ihnen klarer denn je zeigen, daß hier

nicht von einer Arbeiterpartei, nicht von Arbeiterpolitik die Rede ist, sondern von der Propaganda *liberaler* Publizisten, die sich auf liberale Art und Weise um die Arbeiter sorgen, die das Alte liquidieren und nicht in der Lage sind, an seiner Statt etwas Neues zu geben.

Die Gefahr ist groß. Mit Phrasen über den „offenen“ . . . morgigen Tag läßt man die Arbeiter *nicht nur ohne eine offene, sondern ohne jegliche* Lösung der dringlichsten praktischen Fragen der heutigen Wahlkampagne, des heutigen Parteilebens.

Mögen sich die klassenbewußten Arbeiter dieser gefährlichen Lage bewußt werden.

PS. 1. Schicken Sie unbedingt möglichst schnell Bücher über das Wahlgesetz vom 3. VI. 07 und noch ein Exemplar des Handbuchs von 1910¹⁴⁵. Außerdem das (Wahl-) Gesetz mit Kommentaren eines Juristen. Erkundigen Sie sich bei den „Ihrigen“ und schicken Sie es so schnell wie möglich. Sonst ist ein Vademekum des Wählers¹⁴⁶ unmöglich. 2. Ich erhalte die „Swesda“ wiederum unregelmäßig. Sagen Sie das in der Expedition. Geben Sie meine Adresse (die alte) an. Es geht doch nicht, daß sie so unregelmäßig geschickt wird. 3. Der Artikel „Grundlagen einer Plattform“ *braucht nicht* über das Kollegium zu gehen; versehen Sie ihn mit Unterschrift und Untertitel (Versuch eines Kommentars); das Kollegium darf *keinerlei* Plattform „bestätigen“: Beachten Sie, daß hier ein ungeschickter Schritt genügt, und der Tumult ist da. Soll sich das Kollegium der Stimme enthalten und stillschweigen. Die Bestätigung der Plattform ist Sache einer ganz anderen Instanz. 4. Schicken Sie Zeitungen, Zeitschriften, Bücher. Ohne sie geht es nicht. 5. Schreiben Sie genau, wann die Tageszeitung erscheinen wird, welches Format sie haben soll usw. Gegen das „Shiwoje Delo“ müssen Sie lebendiger kämpfen, dann ist der Sieg gewiß. Anders geht es nicht. Schrecken Sie nicht vor der Polemik zurück. Unbedingt 2–3 polemische Artikel jede Woche.

Geschrieben am 12. oder 13.

(25. oder 26.) März 1912.

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1935
in der „Prawda“ Nr. 21.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DEN AUSTRITT
DES ABGEORDNETEN T. O. BELOUSSOW
AUS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
DUMAFRAKTION

Mit großem Erstaunen haben wir im „Shiwoje Delo“ Nr. 7 die aus der „Retsch“ abgedruckte boshafte Erklärung des Herrn Beloussow⁴⁷ gelesen. Daß die „Retsch“ diese Erklärung des neuen Überläufers aufgenommen hat, ist nicht weiter verwunderlich. Für die „Retsch“ ist es nur natürlich, das Geschimpfe eines ehemaligen Sozialdemokraten zu veröffentlichen, die Einschätzung seines Desertierens durch die sozialdemokratische Dumafraktion sei von einem „Gefühl der Rache“ diktiert worden. Aber aus welchem Grunde wird das vom „Shiwoje Delo“ nachgedruckt? Und ist es nicht sonderbar, in demselben „Shiwoje Delo“ einen Artikel zu sehen: „Zu dem Austritt des Abgeordneten Beloussow“, in dem süßsaure Reden darüber geführt werden, daß „die Fälle von Desertion, die vorgekommen sind, uns nicht konfus machen sollen“?

Das „Shiwoje Delo“ „hält sich“ einerseits „nicht für berechtigt, darauf einzugehen, wie der Schritt Beloussows zu beurteilen ist, solange die Motive nicht veröffentlicht sind, von denen er sich leiten ließ“. Andererseits geht es trotzdem . . . halbwegs *darauf ein*, indem es gewunden über „ähnliche Desertionen“ spricht!

Wozu dieses Versteckspiel? Ist es nicht an der Zeit, daß die Presse ihre Pflicht erfüllt und offen die Tatsachen erörtert, die von politischer Bedeutung sind?

Die sozialdemokratische Dumafraktion hat sich *einstimmig* dahin ausgesprochen, daß Herr Beloussow *unverzüglich seine Abgeordnetenvollmachten niederzulegen* habe, denn er ist mit den Stimmen der Sozialdemokraten in die Duma gekommen und hat viereinhalb Jahre der sozialdemokratischen Dumafraktion angehört.

Herr Beloussow veröffentlichte in der „*Retsch*“ eine Antwort, die diesen Kern der Sache völlig *umgeht*. Aber die öffentliche Meinung der klassenbewußten Arbeiter *darf nicht erlauben*, diese Frage mit Stillschweigen zu übergehen. Wenn Herr Beloussow sich auszuschweigen wünscht, so sind wir nicht berechtigt zu schweigen. Wozu gibt es denn eine Arbeiterpresse, wenn nicht dazu, die Tatsachen, die für die Dumavertretung der Arbeiterklasse wichtig sind, zu erörtern?

Ist es vom Standpunkt der Pflichten eines jeden Demokraten zulässig, wenn ein Abgeordneter, der *in seiner Eigenschaft* als Sozialdemokrat gewählt wurde und viereinhalb Jahre in der sozialdemokratischen Dumafraktion gewesen ist, einige Monate vor den Wahlen aus der Fraktion austritt, *ohne aus der Duma auszuschneiden*? Das ist die Frage, die allgemeine Bedeutung hat. Kein einziger Demokrat, der sich seinen Pflichten gegenüber den Wählern bewußt ist – nicht im Sinne der Pflichten eines „Anwalts“ lokaler Interessen, sondern im Sinne der Pflichten eines *Politikers*, der bei den Wahlen mit einem *bestimmten Banner vor dem ganzen Volk* auftrat –, kein einziger Demokrat wird bestreiten wollen, daß das eine prinzipielle und höchst wichtige Frage ist.

Mögen alle Arbeiter, die die Arbeiterpresse lesen und sich für die Frage der Arbeitervertretung in der Reichsduma interessieren, dem Austritt des Herrn Beloussow die größte Beachtung schenken, diese Frage durchdenken und erörtern. *Man darf nicht schweigen*. Es ist eines klassenbewußten Arbeiters unwürdig, in solchen Fällen zu schweigen. Man muß verstehen, *sein Recht* zu verfechten, das Recht eines jeden Wählers darauf, daß die von ihm gewählten Abgeordneten ihrem Banner treu bleiben, daß sie *nicht ungestraft wagen* zu desertieren.

Hat die Dumafraktion recht oder nicht, daß ein Abgeordneter, der viereinhalb Jahre in der Fraktion gewesen ist und der mit den Stimmen der Sozialdemokraten in die Reichsduma gekommen ist, *verpflichtet* ist, wenn er *jetzt* aus der Fraktion austritt, aus der Duma auszuschneiden? Jawohl! Die sozialdemokratische Fraktion hat vollkommen recht! Wenn wir nicht nur in Worten, sondern *in der Tat* für die Einheit, die Geschlossenheit, die Integrität, die Prinzipienfestigkeit der Arbeitervertretung eintreten, müssen wir unsere Meinung kundtun, müssen wir uns, jedermann, einzeln und gemeinsam mit Briefen (die auch der Lokalpresse mitgeteilt werden müssen) sowohl an die „Swesda“ als auch an die Dumafraktion wenden,

daß wir das Vorgehen des Herrn Beloussow entschieden und unnachsichtig verurteilen, daß nicht nur jeder Anhänger der Arbeiterklasse, sondern auch jeder *Demokrat* die Verurteilung eines derartigen Vorgehens zum Ausdruck bringen muß. Man bedenke doch nur, was das für eine „*Volksvertretung*“ sein würde, wenn die unter einem bestimmten Banner gewählten Abgeordneten, die unter diesem Banner neun Zehntel der Sitzungsperiode der Duma verbracht hätten, am *Vorabend der Wahlen* erklärten: ich trete aus der Fraktion aus, *aber* ich bleibe Abgeordneter, ich wünsche ein „*Volks*“vertreter zu bleiben!

Mit Verlaub, Herr Überläufer! Welches *Volk* vertreten Sie denn jetzt? *Nicht* das, welches Sie als Sozialdemokrat gewählt hat! *Nicht* das, welches Sie während neun Zehnteln der Sitzungsperiode der Duma in den Reihen der sozialdemokratischen Dumafraktion gesehen hat! Sie sind kein Vertreter des Volkes, sondern ein Betrüger des Volkes, denn in der bis zu den Wahlen verbleibenden Zeit ist es diesem Volk *unmöglich*, physisch unmöglich (selbst wenn dieses Volk volle politische Freiheit genösse), jetzt in der Praxis, auf Grund Ihres Verhaltens zu untersuchen, *wer* Sie sind, *was* Sie geworden sind, *wohin* Sie gekommen sind, *zu wem* oder *wohin* es Sie gezogen hat. Sie müssen aus der Duma ausscheiden, oder jedermann wird berechtigt sein, Sie als politischen Abenteurer und Betrüger zu behandeln!

Es gibt Austritte und Austritte. Es kommt vor, daß der Wechsel in den Anschauungen so handgreiflich, bestimmt, offen, durch allbekannte Tatsachen motiviert ist, daß bei der Einschätzung gewisser Austritte keine Meinungsverschiedenheiten entstehen, daß es bei gewissen Austritten nichts Anstößiges, nichts Ehrloses gibt. Aber es ist doch kein Zufall, daß jetzt und *nur* jetzt, *nur* in dem vorliegenden Fall, die Dumafraktion in der Presse Protest erhoben hat! Die sozialdemokratische Fraktion erklärt geradeheraus, daß Herr Beloussow „den Wunsch zum Ausdruck brachte, die Tatsache seines Austritts aus der Fraktion der Öffentlichkeit nicht bekanntzugeben“. Herr Beloussow schimpft in seiner Antwort, die vom „*Shiwoje Delo*“ nachgedruckt worden ist, aber er widerlegt nicht die Tatsache. Wir fragen: Was muß jeder Arbeiter von einem Menschen denken, der bei seinem Austritt aus der Fraktion den Wunsch äußert, seinen Austritt zu verheimlichen? Wenn das kein Betrug ist, was wird dann in der Welt Betrug genannt?

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt geradeheraus, daß „sie sich durchaus nicht klarzuwerden vermag über die Grenzen der weiteren Evolution ihres ehemaligen Mitglieds“. Möge der Leser über diese vielsagenen Worte nachdenken! Nicht von allen, sondern nur von diesem einen Ausgetretenen sagt die sozialdemokratische Dumafraktion so ernste Dinge. Das ist ein absolutes Mißtrauensvotum (der Beschluß ist durch Abstimmung gefaßt worden). Mehr noch. Das ist eine Warnung an alle Wähler, an das ganze Volk, daß einem bestimmten Abgeordneten absolut kein Vertrauen mehr geschenkt werden kann. Die sozialdemokratische Dumafraktion macht einstimmig jedermann darauf aufmerksam. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß nummehr antworten, daß er diese Warnung zur Kenntnis genommen hat, daß er sie verstanden hat, daß er mit ihr einverstanden ist, daß er nicht stillschweigend zusehen wird, wie in Rußland unter Leuten, die sich zur Demokratie zählen, solche parlamentarischen Sitten (richtiger: eine solche parlamentarische Sittenlosigkeit) einreißen, wo Abgeordnete Mandate erjagen als Beute für „freie“ Machenschaften. So war es und so ist es in allen bürgerlichen Parlamenten, und die Arbeiter, die ihre historische Rolle begriffen haben, kämpfen überall dagegen an, erziehen sich *durch den Kampf* ihre eigenen Arbeiterabgeordneten, die keine Mandatsjäger, keine Geschäftemacher in parlamentarischen Affären, sondern Vertrauensleute der Arbeiterklasse sind.

Und die Arbeiter sollen sich nicht durch Sophismen täuschen lassen. Ein solcher Sophismus ist die Betrachtung des „Shiwoje Delo“: „Wir halten uns nicht für berechtigt, darauf einzugehen, wie der Schritt T. O. Beloussows zu beurteilen ist, solange die Motive nicht veröffentlicht sind, von denen er sich leiten ließ.“

Erstens, in der Erklärung der sozialdemokratischen Dumafraktion lesen wir: „Seinen Austritt motivierte Herr Beloussow damit, daß die Fraktion schon vor zwei Jahren zu einem für ihn völlig fremden Kreis geworden sei.“ Ist das etwa keine Veröffentlichung der Motive? Sind das etwa keine klaren russischen Worte? Wenn das „Shiwoje Delo“ der Erklärung der Fraktion keinen Glauben schenkt, soll es das offen sagen, aber keine Ausflüchte machen, sich nicht drehen und wenden, nicht erklären, daß es „nicht berechtigt“ sei, „darauf einzugehen“, wenn die Fraktion *schon* darauf eingegangen ist, schon die Motive oder das Motiv veröffentlicht hat, das von der Fraktion als das wichtigste erachtet worden ist.

Zweitens, in der von der kadettischen „Retsch“ und dem liquidatorischen „Shiwoje Delo“ veröffentlichten Antwort des Herrn Beloussow lesen wir: „Ich stelle fest, daß die Fraktion in ihrer Erklärung glattweg nichts (??!) über die wirklichen Motive meines Bruchs mit ihr gesagt hat. Ich weiß, daß es der Fraktion von ihr nicht abhängige Umstände nicht erlauben, meine von mir sowohl mündlich als auch schriftlich dargelegten Meinungsverschiedenheiten mit ihr zu veröffentlichen.“

Man betrachte nur, was da herauskommt. Die Fraktion gibt die Motivierung des Herrn Beloussow offiziell bekannt. Herr Beloussow schimpft („Insinuation, Verleumdung“ usw.), aber widerlegt diese Motivierung nicht. Er erklärt, daß es der Fraktion von ihr nicht abhängige Umstände nicht erlauben, noch etwas zu „veröffentlichen“. (Wenn wirklich die Umstände eine *Veröffentlichung* nicht erlauben, wozu *veröffentlichen* Sie dann, geehrter Herr, eine Anspielung auf das, was nicht veröffentlicht werden kann? Kommt Ihre Methode einer Insinuation nicht sehr nahe?) Das „Shiwoje Delo“ aber, das die himmelschreiende, ins Auge springende Heuchelei des Herrn Beloussow nachdruckt, erklärt sogleich von sich aus: „Wir sind nicht berechtigt darauf einzugehen, *solange* die Motive nicht veröffentlicht sind . . .“, deren Veröffentlichung die nicht abhängigen Umstände „nicht erlauben“!! Mit anderen Worten: um den Austritt des Herrn Beloussow zu beurteilen, wird das „Shiwoje Delo“ die Veröffentlichung dessen abwarten, was (nach der Erklärung des Herrn Beloussow selbst) nicht veröffentlicht werden kann.

Ist es nicht klar, daß das „Shiwoje Delo“, anstatt die von ihm nachgedruckte Heuchelei des Herrn Beloussow aufzudecken, diese Heuchelei bemäntelt?

Es bleibt uns wenig hinzuzufügen. Sich auf die Nichtveröffentlichung von etwas zu berufen, was nicht veröffentlicht werden kann, heißt sich selber entlarven. Aber das einzuschätzen, was schon veröffentlicht, was schon bekannt ist, ist für jeden notwendig und verpflichtend, dem die Dumavertretung der Arbeiterklasse teuer ist. Herr Beloussow versichert: „Mein Austritt aus der Fraktion hat nicht um ein Jota die Richtung meiner politischen und öffentlichen Tätigkeit geändert.“ Das sind leere Worte, die von allen Renegaten wiederholt werden. Diese Worte stehen im Widerspruch zur Erklärung der Fraktion. Wir glauben der sozialdemokratischen Fraktion und nicht dem Überläufer. Über die „Richtung“ des Herrn

Beloussow ist uns, wie den meisten Marxisten, lediglich eins bekannt: es war eine kraß *liquidatorische* Richtung. Herr Beloussow ist im Liquidatorentum so weit gegangen, daß die Fraktion endgültig seine Verbindung mit der Sozialdemokratie „liquidierte“. Um so besser für sie, für die Arbeiter, für die Sache der Arbeiter.

Das Ausscheiden des Herrn Beloussow aus der Duma müssen aber nicht nur alle Arbeiter, sondern auch alle Demokraten fordern.

„Swesda“ Nr. 17 (53),
13. März 1912.
Unterschrift: J.

Nach dem Text der „Swesda“.

HUNGER

Wiederum Hunger – wie ehemals, im alten Rußland, vor dem Jahre 1905. Mißernten kommen überall vor, aber *nur* in Rußland führen sie zu verzweifelnem Elend, zu Hungersnot für Millionen von Bauern. Und das jetzige Unheil überschreitet, wie sogar die Anhänger der Regierung und der Gutsbesitzer zuzugeben genötigt sind, die Ausmaße der Hungersnot vom Jahre 1891.

Eine Bevölkerung von 30 Millionen Menschen hat aufs schwerste gelitten. Die Bauern verschleudern zu Spottpreisen Bodenanteile, Vieh und alles, was man nur verkaufen kann. Man verkauft Mädchen – die schlimmsten Zeiten der Sklaverei kehren wieder. Die Not des Volkes zeigt auf einen Schlag das wahre Wesen unserer ganzen angeblich „zivilisierten“ Gesellschaftsordnung: in anderen Formen, in anderem Gewand, bei einer anderen „Kultur“ ist diese Ordnung die *alte Sklaverei*, die Sklaverei von Millionen Werktätigen um des Reichtums, des Luxus, des Schmarotzertums der „oberen“ Zehntausend willen. Zwangsarbeit, wie stets bei Sklaven, und völlige Gleichgültigkeit der Reichen gegenüber dem Schicksal der Sklaven: früher hat man die Sklaven offen durch Hunger gequält, die Frauen offen in die Harems der Herren verschleppt, die Sklaven offen der Folter unterworfen. Jetzt hat man die Bauern ausgeplündert – vermittels all der Kunstgriffe, Errungenschaften und Fortschritte der Zivilisation –, so ausgeplündert, daß sie vor Hunger anschwellen, daß sie Unkraut verzehren, daß sie Erdklumpen statt Brot essen, daß sie an Skorbut erkranken und qualvoll dahinsterven. Und die russischen Gutsbesitzer, an ihrer Spitze Nikolaus II., sowie die russischen Kapitalisten raffen Millionen zusammen: Die Besitzer der Vergnügungslokale in den Hauptstädten erklären, ihr Geschäft sei schon lange nicht mehr so flott gegangen. Schon lange nicht mehr ist der Luxus so frech, so zügellos zur Schau getragen worden wie heute in den Großstädten.

Warum haben sich in Rußland und nur in Rußland diese mittelalterlichen Hungersnöte neben den neuesten Fortschritten der Zivilisation noch gehalten? Weil der neue Vampir – das Kapital – sich auf die russischen Bauern stürzt unter Verhältnissen, wo die Bauern durch die Fronherren, die Gutsbesitzer, durch die frönherrliche, gutsherrliche, zaristische Selbstherrschaft an Händen und Füßen gefesselt sind. Ausgeplündert durch die Gutsbesitzer, unterdrückt durch Beamtenwillkür, umstrickt von den Netzen polizeilicher Verbote, Schikanen und Gewalttätigkeiten, gefesselt durch die moderne Ochrana der Landjäger, Popen und Landeshauptleute sind die Bauern gegenüber den Naturkatastrophen und gegenüber dem Kapital genauso schutzlos wie die Wilden Afrikas. Nur in unzivilisierten Ländern kann man heute noch ein solches Massensterben vor Hunger antreffen wie im Rußland des 20. Jahrhunderts.

Aber der Hunger im gegenwärtigen Rußland, nach so vielen prahlrischen Reden der zaristischen Regierung über die Segnungen der neuen Agrarordnung, über den Fortschritt der Einzelhofwirtschaft usw., wird nicht vorübergehen, ohne die Bauern vieles zu *lehren*. Der Hunger wird Millionen Leben vernichten, aber er wird auch die letzten Reste des primitiven, rückständigen, sklavischen Glaubens an den Zaren vernichten, des Glaubens, der hindert, die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des revolutionären Kampfes gegen die Zarenmonarchie, gegen die Gutsbesitzer zu begreifen. Nur in der Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes können die Bauern einen Ausweg finden. Nur im Sturz der Zarenmonarchie, dieser Stütze der Gutsbesitzer, liegt der Ausweg zu einem einigermaßen menschenwürdigen Leben, zur Erlösung von den Hungersnöten, von der hoffnungslosen Armut.

Das zu erläutern ist Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters, Pflicht eines jeden politisch bewußten Bauern. Das ist unsere Hauptaufgabe im Zusammenhang mit dem Hunger. Überall, wo es möglich ist, Sammlungen der Arbeiter zugunsten der hungernden Bauern zu organisieren und ihnen diese Gelder über die sozialdemokratischen Abgeordneten zu übersenden – das ist selbstverständlich ebenfalls eine der notwendigsten Arbeiten.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 8,
17. (30.) März 1912.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

DIE BAUERNSCHAFT UND DIE WAHLEN ZUR IV. DUMA

Die Regierung hat schon begonnen, sich auf die Wahlen zur IV. Duma „vorzubereiten“. Die Landeshauptleute, angetrieben durch Rundschreiben der Gouverneure und Minister, geben sich Mühe, die Polizeihauptleute und die Schwarzhunderter geraten in Eifer, die „Seelsorger“, die Anweisung bekommen haben, sich aus allen Kräften für die „rechten“ Parteien einzusetzen, überschlagen sich schier. Für die Bauern wird es ebenfalls Zeit, an die Wahlen zu denken.

Für die Bauern sind die Wahlen von besonders großer Bedeutung, ihre Lage bei den Wahlen ist jedoch sehr schwierig. Bei der Bauernschaft ist im Vergleich sowohl zu den Arbeitern als auch zu der liberalen Partei der Kadetten die politische Organisiertheit am schwächsten entwickelt. Ohne politische Organisation jedoch sind die Bauern, die auf Grund ihrer Lebensbedingungen die am meisten zersplitterte Bevölkerungsschicht sind, absolut nicht imstande, den Gutsbesitzern und Beamten die Stirn zu bieten, welche denn auch jetzt die Bauern unterdrücken, sie so beschimpfen wie nie zuvor. Eine Gruppe von Bauernabgeordneten in der IV. Duma, die wirklich der Sache der Bauernschaft ergeben, die politisch bewußt und fähig wäre, in allen Fragen die Interessen der Bauernschaft zu verfechten, die politisch organisiert wäre und unentwegt daran arbeitete, die Verbindungen mit den Bauern draußen im Lande zu erweitern und auszubauen – eine solche Gruppe könnte für den Zusammenschluß der bäuerlichen Massen und für ihren Kampf um Freiheit und Leben von enormem Nutzen sein.

Ist die Bildung einer solchen Gruppe in der IV. Duma möglich? In der III. Duma gab es eine Gruppe *Trudowiki* von 14 Abgeordneten, die die

Interessen der bäuerlichen Demokratie verfocht – wobei sie sich leider allzu häufig in die Abhängigkeit der Liberalen, der Kadetten, begab, die die Bauern an der Nase herumführen und sie betrügen mit dem Phantom eines „Friedens“ zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern sowie der zaristischen Gutsbesitzermonarchie. Außerdem ist bekannt, daß sogar die „rechten“ Bauern in der III. Duma in der Bodenfrage demokratischer auftreten als die Kadetten. Das Agrarprojekt der 43 Bauernabgeordneten der III. Duma bezeugt das unwiderleglich, und das „Auftreten“ von Purischkewitsch gegen die rechten Bauernabgeordneten in der jüngsten Vergangenheit zeigt, daß die Schwarzhunderter Grund haben, mit den „rechten“ Bauernabgeordneten überhaupt unzufrieden zu sein.

Die Bauernschaft, die während der Zeit der III. Duma die harten *Lehren* sowohl der neuen Agrarpolitik, der „Flurverunreinigung“, als auch des größten Unheils, der Hungersnot, erhalten hat, ist also ihrer Stimmung nach durchaus imstande, demokratische Vertreter in die IV. Duma zu entsenden. Das ganze Hindernis liegt im Wahlgesetz! Dieses von Gutsbesitzern zugunsten der Gutsbesitzer verfaßte und von dem Gutsbesitzerzaren bestätigte Gesetz überläßt die Wahl des Bauernabgeordneten für die Duma nicht den bäuerlichen Wahlmännern, sondern den Gutsbesitzern. Wen die Gutsbesitzer von den Bauern aus der Zahl der bäuerlichen Wahlmänner in die Duma wählen wollen, den wählen sie eben! Es ist klar, daß die Gutsbesitzer stets den Schwarzhundertern ergebene Bauern wählen werden.

Um also ihre Abgeordneten, die wirklich zuverlässig und standhaft die bäuerlichen Interessen verteidigen, in die Duma durchzubringen, haben die Bauern nur ein Mittel. Dieses Mittel besteht darin, es so zu machen, wie die Arbeiter es gemacht haben, d. h. als Wahlmann keinen einzigen durchkommen zu lassen, außer denen, die parteilich auftreten, die politisch bewußt, der Sache der Bauernschaft ganz und gar ergeben und zuverlässig sind.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat auf ihrer Konferenz beschlossen: Die Arbeiter müssen schon in den Versammlungen der Bevollmächtigten (die die Wahlmänner wählen) festlegen, wer namentlich von den Arbeitern in die Duma gewählt werden soll. Alle übrigen Wahlmänner müssen unter Androhung des Boykotts und der öffentlichen Verurteilung wegen Verrats zum Verzicht veranlaßt werden.

Die Bauern mögen dasselbe tun. Unverzüglich muß man damit beginnen, die Wahlen vorzubereiten, indem man den Bauern ihre Lage klar macht und überall, wo es möglich ist, dorfweise Gruppen politisch bewußter Bauern – und seien es selbst ganz kleine Gruppen – zusammenfaßt, damit sie die Wahlen leiten. In den Versammlungen ihrer Bevollmächtigten müssen die Bauern, bevor man die Wahlmänner wählt, festlegen, wer namentlich von den Bauern in die Duma kommen soll, und von allen übrigen bäuerlichen Wahlmännern unter Androhung des Boykotts und der öffentlichen Verurteilung wegen Verrats fordern, daß sie die Vorschläge der Gutsbesitzer ablehnen, daß sie unbedingt *verzichten* zugunsten der festgelegten Kandidaten der Bauern.

Alle klassenbewußten Arbeiter, alle Sozialdemokraten, alle wirklichen Demokraten müssen der Bauernschaft bei den Wahlen zur IV. Duma zu Hilfe kommen. Mögen die harten Lehren der Hungersnot und des Raubes bäuerlichen Grund und Bodens nicht spurlos verlorengelien. Möge die Gruppe der der Bauernschaft ergebenen und wirklich demokratischen Bauernabgeordneten in der IV. Duma stärker und fester werden.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 8,
17. (30.) März 1912.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

DER ANONYMUS AUS DEM „VORWÄRTS“
UND DIE SACHLAGE
IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
ARBEITERPARTEI RUSSLANDS¹⁶⁸

Geschrieben im März 1912.

*In deutscher Sprache veröffentlicht
als Broschüre in Paris 1912.*

*Unterschrift: Die Redaktion des
Zentralorgans der SDAPR
„Sozial-Demokrat“.*

*Nach dem deutschsprachigen
Text der Broschüre.*

VORWORT

Im „Vorwärts“ vom 26. März erschien eine offizielle Mitteilung von der Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und ein anonymer Artikel, in dem der Verfasser, einer Resolution von Auslandsgruppen russischer Sozialdemokraten¹⁴⁹ folgend, diese Konferenz mit einer Flut von Schmähworten überhäuft. Diese Konferenz bildete den Abschluß des vierjährigen Kampfes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit den Liquidatoren. Diese Konferenz kam zustande trotz aller Quertreibereien der Liquidatoren, die die Wiederherstellung der Partei um jeden Preis verhindern wollten. Sie erklärte die Liquidatoren als außerhalb der Partei stehend. Es ist nur zu natürlich, daß die Liquidatoren und alle, die zu ihnen halten, jetzt über die Konferenz herfallen.

Da der „Vorwärts“ sich weigert, unserer Erwiderung auf den lügenhaften Schmähartikel des Anonymus Raum zu geben, und seine Kampagne zugunsten der Liquidatoren fortführt, lassen wir diese Erwiderung zur Informierung der deutschen Genossen in einer gesonderten Broschüre erscheinen. Sie ist in erster Linie einer kurzen Darlegung der Bedeutung, des Ganges und Ausgangs des Kampfes mit dem Liquidatorentum gewidmet.

*Die Redaktion des Zentralorgans
der SDAPR „Sozial-Demokrat“*

PS. Unsere Broschüre war bereits in Druck gegeben, als die Nummer 16 des Plechanowschen „Tagebuch eines Sozialdemokraten“ (April 1912) erschien. Diese Nummer legt bestes Zeugnis dafür ab, daß der „Vorwärts“ vom Anonymus getäuscht worden ist und so seinerseits die deutschen Arbeiter irreführt hat.

Plechanow, der ausdrücklich erklärt, nach wie vor kein Anhänger der im Jahre 1912 stattgefundenen Konferenz zu sein, erklärt geradezu, daß der „Bund“ keine Konferenz der *bestehenden* Parteiorganisation einberuft, sondern eine „konstituierende“, d. h. eine solche, die eine neue Partei gründen soll; daß die Organisatoren dieser Konferenz ein „*typisch anarchisches Prinzip*“ zugrunde legen; daß sie eine „Liquidatorenresolution“ angenommen „haben“; daß diese neue Konferenz „von Liquidatoren einberufen wird“.

Man kann nicht umhin, seiner Verwunderung Ausdruck zu geben darüber, mit welcher Naivität einige deutsche Genossen all die schauererregenden Ausdrücke wie „Usurpierung“, „Staatsstreich“ etc. ernst genommen haben, mit denen jetzt die Auslandsgrüppchen der russischen Sozialdemokratie über die Konferenz der russischen Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands herfallen. Und doch sollte man wohl eigentlich den Ausspruch nicht vergessen, demzufolge jedem Verurteilten das Recht zusteht, 24 Stunden lang über seine Richter zu schimpfen.

In dem Artikel des „Vorwärts“ vom 26. März, betitelt: „Aus dem russischen Parteileben“, wird die offizielle Mitteilung der Konferenz angeführt, die von dem Ausschluß der Liquidatoren aus der Partei handelt. Die Sache ist klipp und klar: die russischen Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein Zusammenarbeiten mit den Liquidatoren unmöglich sei. Nun kann man wohl in diesem Punkt anderer Ansicht sein: dann möge man aber gefälligst die Motive eines solchen Beschlusses etwas näher berühren und die ganze Geschichte des vierjährigen Kampfes mit dem Liquidatorentum! Indes, der Verfasser des anonymen Artikels im „Vorwärts“ läßt über *diese Kardinalfrage* dem Wesen nach kein einziges Sterbenswörtlein verlauten. Wahrlich, es zeugt von sehr mittelmäßiger Achtung vor dem Leser, wenn man so den Kernpunkt einer Sache verschweigt und dafür in melodramatischen Ergießungen seinem Herzen Luft macht. Wie hilflos steht doch unser Anonymus da, der der Tatsache des Bruchs zwischen Partei und Liquidatorentum gegenüber nichts als Worte des Schimpfens vorzubringen weiß!

Es dürfte genügen, wenn wir einige Kuriositäten aus dem deklamatorischen Artikel des ungenannt gebliebenen Verfassers herausgreifen. Er sagt, an der Konferenz hätten die „Richtungen“ oder die „Gruppen“ „Wperjod“, „Prawda“, „Golos Sozial-Demokrata“ usw. nicht teilgenommen. Was würde man wohl von einem deutschen Sozialdemokraten halten, der sich darüber beschweren wollte, daß an einem Parteitag die „Gruppe“ oder „die Richtung Friedeberts“ oder der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht vertreten gewesen sei? Auch wir in unserer Partei pflegen den Gebrauch, daß an Konferenzen die Organisationen teilnehmen, die in Rußland wirken, und nicht allerlei „Richtungen“ oder „Gruppen“ im Ausland. Divergieren diese „Gruppen“ mit den russischen Organisationen, so liegt in dieser Tatsache allein ihre stärkste Verurteilung – ihr Todesurteil, das sie mit Fug und Recht verdienen. Die Geschichte der russischen Emigration – gleich der aller übrigen Länder – strotzt von Fällen, wo solche „Richtungen“ oder „Gruppen“, der Arbeit der sozialdemokratischen Arbeiter in Rußland einmal entfremdet, dem natürlichen Tode verfielen.

Wirkt es da nun nicht kurios, wenn unser Verfasser ausruft, daß die Parteimenschewiki (d. h. Antiliquidatoren), die an der Konferenz teilgenommen, von Plechanow selbst desavouiert worden sind? Die Kiewer Organisation könnte wohl die „Plechanowleute“ (Anhänger Plechanows) im Auslande desavouieren; aber kein einziger Auslandsliterat könnte seinerseits die Kiewer Organisation „desavouieren“. Die Organisationen von Petersburg, Moskau, Moskau-Bezirk, Kasan, Saratow, Tiflis, Baku, Nikolajew, Kiew, Jekaterinoslaw, Wilna und Dwinsk haben all die Auslandsgrüppchen „desavouiert“, die den Liquidatoren Vorschub geleistet oder mit ihnen geliebäugelt haben. Und an dieser Tatsache werden das Zetern und Schimpfen der „Desavouierten“ schwerlich etwas ändern können.

Wirkt es weiter nicht kurios, wenn der Verfasser schlankweg behauptet, daß die „nationalen“ sozialdemokratischen Organisationen in Rußland (Polen, Letten, „Bund“) und das Kaukasische Landeskomitee, „die ältesten, stärksten Organisationen unserer russischen Partei, das eigentliche Rückgrat der Bewegung bilden?“ Das Problematische der Existenz des Kaukasischen Landeskomitees ist jedermann bekannt und erwiesen durch den Charakter, wie es an der Konferenz des Jahres 1908 vertreten war. Die

Polen und die Letten führten in den ersten 9 Jahren des Bestehens der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (1898–1907) eine völlig gesonderte Existenz abseits derselben – tatsächliche Isolierung blieb auch in den Jahren 1907–1911 fortbestehen. Der „Bund“ trat im Jahre 1903 aus der Partei aus und stand bis zum Jahre 1906 (richtiger: 1907) außerhalb derselben. Seine Vereinigung mit der Partei an Ort und Stelle fand – wie das offiziell von der Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 1908¹⁵⁰ festgestellt wurde – bis auf die Jetztzeit nicht statt. Innerhalb der lettischen Organisation und des „Bund“ gewannen bald liquidatorische, bald antiquidatorische Strömungen die Oberhand.

Was die Polen anbetrifft, so standen sie im Jahre 1903 auf seiten der Menschewiki, vom Jahre 1905 an sah man sie auf der der Bolschewiki, im Jahre 1912 machten sie den mißlungenen Versuch, eine „Versöhnung“ mit den Liquidatoren herbeizuführen.

Diesen letzteren Mißerfolg sucht der Verfasser schamhaft durch folgende Phrase zu verhüllen: „Anfangs beteiligte sich auch der Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens an dieser Konferenz“. Warum denn nur *anfangs*? Wir brauchen aber nur in der offiziellen Mitteilung des „Bund“ von dieser Konferenz nachzulesen und da finden wir gleich die Erklärung für dieses schamhafte Verschweigen. Da lautet es nämlich schwarz auf weiß: der Vertreter der Polen habe die Konferenz verlassen und eine schriftliche Erklärung eingereicht, derzufolge es ihm unmöglich gewesen sei, mit der Konferenz mitzuarbeiten, weil sich in derselben ein Geist der Parteilichkeit und ein Hinneigen zu den *Liquidatoren* bemerkbar machten!

Freilich, leere nichtssagende Phrasen von „Einheit“ (mit den Liquidatoren?) vom Stapel lassen, wie das der Verfasser zu tun beliebt, ist bedeutend leichter als die Richtung der Liquidatoren, ihre Weigerung, an dem Wiederaufbau der Partei mitzuwirken, ihr Werk der Zerstörung des Zentralkomitees der Partei auf ihren eigentlichen Gehalt zu prüfen. Und noch leichter wird dieses Phrasenmachen, wenn man dabei eine solche Tatsache verschweigt wie die, daß der Vertreter der Polen ein Mitarbeiten – nicht etwa mit den Bolschewiki oder den Leninisten, Gott bewahre! sondern – mit den Bundisten und Letten als fruchtlos aufgeben mußte.

Welches ist denn nun eigentlich der Ursprung des Liquidatorentums und weshalb sah sich die Konferenz vom Jahre 1912 gezwungen, sich

als oberstes Parteiorgan zu konstituieren und die Liquidatoren auszuschließen?

Die Konterrevolution in Rußland hatte eine gewaltige Zersetzung in die Reihen unserer Partei getragen. Über das Proletariat brachen die unerhörtesten wütendsten Verfolgungen herein. In der Bourgeoisie griff das Renegatentum weitesten Raum. Die bürgerlichen Mitläufer, die sich natürlicherweise dem Proletariat als dem Hauptkämpfer unserer bürgerlichen Revolution im Jahre 1905 angeschlossen hatten, begannen der Sozialdemokratischen Partei den Rücken zu kehren. Dieser Abfall vollzog sich nach zwei Richtungen hin: der des *Liquidarentums* und der des *Otsowismus*. Den Kern des ersteren bildeten die Mehrzahl der menschevistischen Literaten (Potressow, Lewizki, Larin, Martow, Dan, Martynow u. a. m.). Sie erklärten die illegale Partei als bereits liquidiert und jeden Versuch zu ihrer Wiederherstellung als reaktionäre Utopie. Ihre Parole war: offene Arbeiterpartei. Es ist selbstverständlich, daß unter den politischen Verhältnissen in Rußland, wo selbst die Partei der Liberalen – die Kadettenpartei – nicht legalisiert ist, die Bildung einer offenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nichts als ein frommer Wunsch bleiben mußte. Die Liquidatoren schüttelten die illegale Partei von sich ab, blieben aber die Gründung einer legalen schuldig. Und im großen ganzen lief die Sache darauf hinaus, daß man in den legalen Organen das „unterirdische Versteck“ bespöttelte, es im Unisono mit den Liberalen zu Grabe trug und die Ideen einer liberalen Arbeiterpolitik anpries. Hat doch Plechanow mit Recht die liquidatorische „Nascha Sarja“ mit den Sozialistischen Monatsheften in Deutschland gleichgestellt! Der Menschewik Plechanow (von den Bolschewiki selbstverständlich schon gar nicht zu sprechen) erklärte dem Liquidarentum den schonungslosesten Kampf, trat von der Mitarbeit an allen ihren Presseorganen zurück und brach mit Martow und Axelrod. „Ein Mensch, für den unsere Partei nicht existiert“, schrieb Plechanow im Zentralorgan der Partei mit Bezug auf Potressow, „existiert ebensowenig für dieselbe“. Noch im Dezember 1908 fällt die Parteikonferenz ein unterschiedenes Urteil über das Liquidarentum, indem sie es kennzeichnete als „Versuch eines gewissen Teiles der Parteintelligenz, die bestehende Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu liquidieren und sie (dies wohlgemerkt!) durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der *Legalität um jeden Preis* zu ersetzen“. Es ist selbstverständ-

lich, daß die Notwendigkeit, alle legalen Hilfsmittel auszunutzen, von der SDAPR nicht nur nicht verworfen, sondern im Gegenteil auf das entschiedenste verfochten wird. Doch eine offene legale Partei ist in Rußland unmöglich, und nur opportunistische Intellektuelle können von einer solchen sprechen. Der Typus unserer Parteiorganisation kann – bis zu einer gewissen Grenze natürlich – mit dem der deutschen zur Zeit des sozialistischen Ausnahmegesetzes verglichen werden: legale Parlamentsfraktion, allerlei legale Arbeitervereinigungen – als unerläßliche Bedingung jedoch die illegale Parteiorganisation als Basis.

Die „Otsowisten“ wollten die sozialdemokratische Fraktion aus der III. Reichsduma abberufen, indem sie den Boykott dieser letzten zur Devise erhoben. Den Otsowisten schloß sich ein Teil der Bolschewiki an, dem Lenin, Sinowjew, Kamenew u. a. m. den entschiedensten Krieg erklärten. Die Otsowisten und ihre Beschützer bildeten die Gruppe „Wperjod“, deren Literaten (Maximow, Lunatscharski, Bogdanow, Alexinski) die verschiedensten Formen der idealistischen Philosophie – unter dem hochtrabenden Titel „proletarische Philosophie“ – und die Vereinigung von Religion und Sozialismus predigten. Der Einfluß dieser Gruppe war stets sehr unbedeutend, und sie fristete ihr Dasein ausschließlich dank dem „Kompromisseln“ mit allen möglichen von Rußland losgelösten und impotenten Auslandsgruppen. Gruppen letzterer Art sind bei jeder Spaltung unvermeidlich, sie schwanken bald hier-, bald dorthin, treiben allerlei Kuhhandel, repräsentieren aber keine Richtung, und ihre Tätigkeit äußert sich vor allem in leerem Intrigenspiel; zu diesen Gruppen gehört u. a. auch die Trotzkiische „Prawda“.

Für jeden Marxisten ist es natürlich klar, daß wie das Liquidatorentum, so auch der Otsowismus kleinbourgeoise Strömungen darstellten, die die bürgerlichen Mitläufer aus der sozialdemokratischen Partei ableiteten. „Friede“ oder „Aussöhnung“ mit diesen Strömungen waren von vornherein ausgeschlossen. Die sozialdemokratische Partei mußte entweder selber zugrunde gehen oder sich gänzlich dieser Strömungen entledigen.

Die Richtigkeit dieser theoretischen Schlußfolgerung bewies die Erfahrung des Aussöhnungsversuchs im Januar 1910, als die letzte Plenarversammlung des Zentralkomitees einstimmig, unter Anteilnahme der Liquidatoren und Otsowisten, den Satz proklamierte, daß wie die eine, so die andere Strömung unsozialdemokratisch seien. Es blieb aber bei diesen

harmlosen Wünschen: wie die Liquidatoren, so auch die Otsowisten „unterzeichneten“ zwar die bezügliche Resolution, fuhren aber frisch und munter fort, ihre parteiwidrige Propaganda weiter zu treiben und ihre Sonderorganisation beizubehalten. Das ganze Jahr 1910 sah eine *immer zunehmende Verschärfung* des Kampfes mit den beiden Strömungen. Die oben zitierten Worte Plechanows datieren vom Mai 1910, und im Mai erklärte Lenin im Namen aller Bolschewiki, daß nach all den Übertretungen der Januarresolution durch die Liquidatoren von einer Aussöhnung mit ihnen keine Rede sein könne*.

Der Versuch, das Zentralkomitee in Rußland wiederherzustellen, scheiterte an der Weigerung der Liquidatoren, an diesem Werk mitzuarbeiten.

Es blieb als Rettungsanker für die Sache der „Einheit“ nichts mehr übrig, als das Zentralkomitee im Ausland zusammenzurufen. Dieser Versuch wurde im Mai 1911 gemacht. Von den 15 Mitgliedern des Zentralkomitees befanden sich 9 im Ausland; acht kamen zur Sitzung . . . und zwei Liquidatoren, der „Golosmann“ (Anhänger des „Golos“) Igorew und der Bundist (Ber), verließen dieselbe sofort, indem sie so das Zentralkomitee der Partei endgültig zertrümmerten.

Die Weigerung der Liquidatoren, am Zentralkomitee teilzunehmen, bedeutete ihren vollen Abfall und die Auflösung des Zentralkomitees. Im Ausland blieb jetzt nur noch eine Zentralinstitution: das sogenannte Auslandsbüro des Zentralkomitees. Die Bolschewiki traten aus demselben mit dem Zerfall des Zentralkomitees aus. Verblieben waren darin die Polen, Letten, Bundisten und „Golos“-Leute (Auslandsliquidatoren): wie der Leser, der den Artikel im Vorwärts kennt, sich überzeugen kann, genau dieselbe Zusammensetzung, wie die der berühmten Konferenz des „Bund“, denn das Kaukasische Landeskomitee hatte noch im Jahre 1908 seine Vertretung den „Golos“-Leuten anvertraut. Nun wolle man zusehen, was diese, wie es in der neuesten Entdeckung unseres Anonyms lautet, „ältesten und stärksten Organisationen Rußlands“ geleistet haben? Sie konnten sich nicht einigen und lösten selbst das Auslandsbüro auf! Bereits im Herbst 1911 hatte das Auslandsbüro des ZK die Bekanntmachung veröffentlicht, daß es sich auflöse, und Plechanow widmete ihm in seinem „Tagebuch“ folgendes als Nachruf: „Ewiges Andenken! Diese Parteiinstitution, die zum Werkzeug in den Händen einer Gruppe von Leuten geworden war,

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 187–234, russ. *Die Red.*

die die Partei liquidieren wollten, und die daher der Sache des russischen Proletariats großen Schaden zuzufügen drohte, konnte diesem nur *einen* Gefallen erweisen: nämlich das Zeitliche segnen.“ (Tagebuch eines Sozialdemokraten, 2. Beilage zu Heft 15, Seite 1.) Diese Bewertung durch Plechanow, von dem niemand sagen könnte, daß er ein Anhänger der Konferenz ist, zeigt zur Genüge, wie lächerlich das Gebaren derer ist, die von „Usurpierung“ u. ähnl. schreien!

Nunmehr stand noch *ein* Weg offen, um die Einheit der Partei zur Wirklichkeit werden zu lassen: das war die Einberufung einer Konferenz der *russischen* Organisationen. Die nationalen Organisationen (Polen, Letten, Bundisten) waren bei ihrer Losgelöstheit von der russischen Arbeit vollkommen außerstande, irgend etwas für diese Konferenz zu tun.

Am 26. November 1910 erscheint ein Aufruf Trotzki's zur Einberufung einer Konferenz. Ihn unterstützen (mit Worten) die „Wperjod“-Leute und die „Golos“-Leute (Auslandsliquidatoren). Aber wie das bei der Impotenz dieser Gruppen vorauszusehen war, ergaben alle ihre Bemühungen nicht das geringste Resultat.

Im Juni 1911 erscheint ein Aufruf seitens der Bolschewiki, der „Primenzi“ (alias „Parteibolschewiki“) und der Polen. Die Arbeit begann mit der Einladung einer der damals meist gefestigten Organisationen: der von Kiew. Im Oktober 1911 ersteht die „Russische (d. h. in Rußland wirkende, von russischen Organisationen geschaffene) Organisationskommission zur Einberufung einer Konferenz“. Diese Kommission war das Werk der Organisationen von Kiew, Jekaterinoslaw, Tiflis, Baku und Jekaterinburg, denen sich bald 20 weitere Organisationen anschlossen. Die Hinzuziehung von Vertretern *russischer* Organisationen zeigte mit einem Schlage die gewaltige Überlegenheit der Bolschewiki (der sogenannten „Leninisten“) und der Parteimenschewiki. Inde ira* der Auslandsgrüppchen, die „desavouiert“ waren, weil es ihnen an Anhängern in Rußland gebrach.

Im Januar 1912 brachte die Russische Organisationskommission endlich die Konferenz zusammen, zu der ausnahmslos *alle* russischen Organisationen eingeladen waren. Nicht erschienen aber waren sowohl die Liquidatoren als auch die „Nationalen“ (Polen, Letten, „Bund“) und alle hierhin und dorthin schwankenden Auslandsgrüppchen. Nachdem sie sich überzeugt hatte, daß die *russischen* Organisationen mit für die unerhört

* Daher der Zorn. Die Red.

schwere Lage der Partei maximaler Möglichkeit vertreten waren, nachdem es konstatiert worden war, daß die Partei ohne eine zentrale Institution in Rußland zugrunde gerichtet werde, während im Ausland der Zerfall fortschreite, und daß die bevorstehenden Wahlen zur IV. Duma die Wiedererrichtung der Partei zur unaufschiebbaren Notwendigkeit machen, mußte sich die Konferenz als oberstes Parteiorgan konstituieren und ein Zentralkomitee wählen, indem es die Liquidatoren als außerhalb der Partei stehend erklärte.

Dies der Gang und der Ausgang des langjährigen Kampfes. Ob es den Liquidatoren gelingen wird, eine „offene Partei“ zu schaffen oder ob sie eine fiktive Partei auf der Grundlage irgendeines faulen Kompromisses zusammenflicken werden, die Antwort darauf wird die Zukunft bringen.

Gibt es offene, der Prüfung zugängliche Daten über die Stärke der Liquidatoren und der Parteitreuen, die der Konferenz anhängen, in Rußland selbst? Ja. In Rußland bestehen zwei – und nur zwei – politische gesamtrussische Organe, in denen marxistische Literaten und Mitglieder der Dumafraktion mitarbeiten. Diese Organe repräsentieren „Strömungen“, jedoch nicht in der Art keifender Auslandsblättchen, sondern in offener, ernster schriftstellerischer Arbeit, seit einer ganzen Reihe von Jahren. Es sind dies natürlich keineswegs Parteiorgane; sie sind streng legal und halten sich an die Grenzen, die von dem gegenwärtigen Regime in Rußland gesteckt sind. Jedoch alle auch nur einigermaßen ernsten Nuancen der theoretischen Gedankenarbeit der Sozialdemokratie finden dort im großen und ganzen eine unbedingt richtige Wiedergabe. Außer den zwei „Strömungen“: Liquidatorentum und Antiliquidatorentum (Anhänger der Konferenz) sind irgendwelche anderen „Strömungen“ nicht vertreten, denn irgendeine andere, wenn auch nur einigermaßen ernste „Strömung“ existiert nicht. Alle diese Grüppchen, wie „Prawda“, „Wperjod“, „Parteibolschewiki“ (oder „Primirenzi“, Versöhnlichgestimmte) etc., sind nichts als Nullen. Die Ansichten der Liquidatoren finden in Rußland ihren Ausdruck in der Monatsschrift „Nascha Sarja“ (besteht seit 1910) und in der Wochenschrift „Shiwoje Delo“ (letzterschienene Nummer, Nr. 8). Die der Parteitreuen (Bolschewiki und Parteimenschewiki) in der Monatsschrift „Prosweschtschenije“⁴⁵¹ (besteht seit 1911, vorher „Mysl“) und der Zeitung „Swesda“ (letzte Nummer 53). Nichts ist irriger als die Ansicht, daß die parteitreuen Sozialdemokraten die „legale“

Arbeit verwerfen; im Gegenteil, sie sind *auch in dieser* stärker als die Liquidatoren. Die einzige unbestrittene gesamtrossische, offene Organisation legaler Sozialdemokraten ist die sozialdemokratische Dumafraktion. Sie ist streng legal und hat daher keine direkten Beziehungen zur Partei. Aber alle ihre Mitglieder sind bekannt, und bekannt ist es auch, welche Richtung ein jedes von ihnen vertritt.

In dem liquidatorischen „Shiwoje Delo“ figurieren als ständige Mitarbeiter *zwei* Mitglieder der Dumafraktion: Astrachanzew und Kusnezow*. In der antiliquidatorischen „Swesda“ finden wir 8 Dumamitglieder: Woronin, Woiloschnikow, Jegorow, Sacharow, Pokrowski, Predkahn, Poletajew und Surkow. Zwei Dumaabgeordnete, Tschcheidse und Getschkori, arbeiten weder dort noch hier mit. Einer (Schurkanow) ist Mitarbeiter an beiden.

Wir sehen das Verhältnis: 2 zu 8! Dies sind wirklich unbestrittene, der Nachprüfung zugängliche, offene Daten, die ein Urteil über das Stärkeverhältnis von Liquidatoren und Antiliquidatoren zulassen.

Unter solchen Umständen verlohnt es nicht der Mühe, auch nur ein Wort zu verlieren über die prahlerische Behauptung des ungenannt gebliebenen Verfassers, als sei die gewaltige Mehrheit für die Liquidatoren etc. Diese Phrasen à la Tartarin von Tarascon erinnern zu sehr an Trotzki**, als daß man darüber im Ernst diskutieren könnte.

Der Kampf innerhalb der SDAPR nimmt häufig die schwersten Formen an. Anders ist es nicht möglich bei den Bedingungen des Emigrantenlebens, anders war es in keinem anderen Lande, dem Konterrevolution und Emigrantentum beschieden waren.

Diese Formen in hochtrabenden Phrasen „verurteilen“, sie von sich

* Vor kurzem gab es noch einen dritten: Beloussow. Heute ist dieser extreme Liquidator – ein russischer Bissolati! – aus der Dumafraktion ausgetreten. Diese letztere warnt öffentlich alle Wähler vor ihm und fordert seinen Fortgang aus der Duma. Ein kleines Beispiel dafür, wie weit zuweilen konsequentes Liquidatorentum führen kann!

** Während des Kopenhagener Kongresses veröffentlichte Trotzki im „Vorwärts“ einen anonymen Artikel, voller so häßlicher Ausfälle gegen die SDAPR, daß nicht nur Lenin, sondern auch Plechanow und Warski, die Mitglieder der russischen Delegation, bei dem Vorstand schriftlichen Protest einzulegen gezwungen waren.

weisen, sich mit philisterhaft-salbungsvollen Redensarten vom „Nutzen der Einheit“ begnügen etc., zeugt nur von Leichtsinn. Wer ernstlich die Geschichte der SDAPR in den schweren Jahren 1908–11 kennenzulernen die Absicht hat, hat zu seiner Verfügung eine große Anzahl illegaler und eine noch größere legaler Schriften. Sie enthalten viel lehrreiches Material über den Charakter der Richtungen, über die prinzipielle Bedeutung der Divergenzen, die Wurzeln des Kampfes, die Umstände und Bedingungen seiner Entwicklung etc.

Keine einzige sozialdemokratische Partei in der Welt bildete sich – insbesondere in einer Epoche bürgerlicher Revolutionen – ohne schweren Kampf und eine Reihe von Spaltungen mit den bürgerlichen Mitläufern des Proletariats. In schwerem Kampfe gegen solche Mitläufer bildet sich seit 1898, wächst, erstarkt und stählt sich, trotz aller Widrigkeiten, auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

BRIEF AN DEN SEKRETÄR
DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN
BUROS, HUYSMANS⁴⁵²

Werter Genosse!

Im Zusammenhang mit der Resolution, die von einigen Auslandsgruppen und von Mitgliedern der Redaktion zweier ebenfalls ausländischer, sich als der SDAPR zugehörig bezeichnender Zeitungen angenommen worden ist, habe ich als Vertreter des ZK der SDAPR folgendes zu erklären:

1. Während es im Verlauf einiger Jahre nicht gelang, eine Konferenz der russischen Organisationen einzuberufen oder ein ZK zu schaffen oder wiederherzustellen, das diese Organisationen hätte zusammenfassen können, vermochte die soeben abgeschlossene Parteikonferenz 23 in Rußland wirkende Parteiorganisationen zu vereinigen.

Sämtliche Berichte über diese Konferenz, die schon in den meisten russischen Parteiorganisationen gehört worden sind, begegneten überall warmer Sympathie, und alle diese Organisationen haben erklärt, das von der Konferenz gewählte Zentralkomitee unterstützen zu wollen, und in der Nummer der „Rabotschaja Gaseta“ (Organ des ZK der Partei) vom 30. März 1912 konnten wir schon eine Reihe von Resolutionen veröffentlichen, die von den Organisationen in Petersburg (Bezirk Wassiljewski-Ostrow), Moskau, Kiew, Samara, Nikolajew angenommen worden sind und in denen sie der Konferenz ihre wärmste Sympathie ausdrücken und versprechen, sie und das Zentralkomitee zu unterstützen. (Nach dem Erscheinen dieser Nummer haben wir noch eine ähnliche Resolution aus Tiflis erhalten.) Wir können daher den Protesten kleiner Auslandsgruppen, die sich auf keine Parteiorganisation in Rußland zu stützen vermögen, nicht die geringste Bedeutung beimessen.

2. Diese Konferenz von in Rußland wirkenden Parteimitgliedern, die den Protest all dieser Auslandsgrüppchen hervorgerufen hat, befaßte sich speziell mit der Frage der desorganisierenden Tätigkeit der Auslandsgruppen und der Zerrüttung, die von diesen Gruppen häufig in die Parteiarbeit in Rußland hineingetragen wird. Diese Gruppen, die mit keiner in Rußland tätigen Organisation verbunden sind, machen sich den Umstand zunutze, daß sie keinerlei Verantwortung tragen, und erlauben sich, im Namen der Partei zu sprechen. Diese unsere Partei schon seit langem zerrissende Krankheit ist eine Folge des politischen Regimes in Rußland, das einerseits unsere Partei zur illegalen Existenz verurteilt und andererseits eine große Anzahl von Parteifunktionären nötigt, zu emigrieren und im Ausland zu verweilen.

Die Konferenz hat die desorganisierende Tätigkeit all dieser Gruppen, die sich alle im Ausland befinden und keinerlei Verantwortung tragen, scharf verurteilt. Für die Partei kommen alle diese Angriffe, mit denen diese Gruppen versuchen, die Konferenz, die ihre Haltung verurteilt hat, zu diskreditieren, nicht unerwartet.

3. Unter den Unterzeichnern der Resolution finden wir die Gruppe „Golos Sozial-Demokrata“. Diese Unterschrift sagt uns sehr viel und macht uns den wahren Sinn dieser ganzen feindseligen Kampagne klar, die von der liquidatorischen sowie von der bürgerlichen Presse in Rußland und sogar von einigen Organen der Auslandspresse gegen die Konferenz eingeleitet worden ist.

Es handelt sich darum, daß sich die Konferenz in der Resolution, die das Fazit zieht aus dem Kampf der verschiedenen Strömungen in unserer Partei während der letzten vier Jahre, entschieden gegen die vom „Golos Sozial-Demokrata“ vertretene Strömung ausgesprochen hat. Um diese Frage vollständig klarzustellen, halte ich es für nützlich, hier diese Resolution anzuführen.

Hier ihr Wortlaut:

In Anbetracht dessen,

1. daß die SDAPR schon etwa vier Jahre lang einen entschiedenen Kampf gegen die liquidatorische Strömung führt, die auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 bestimmt wurde als

„Versuch eines gewissen Teils der Parteintellektuellen, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Ver-

einigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei“;

2. daß das Plenum des ZK im Januar 1910 in Fortsetzung des Kampfes gegen diese Strömung einstimmig anerkannte, daß sie ein Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat ist und den vollständigen Bruch mit dem Liquidatorentum und die endgültige Überwindung dieser bürgerlichen Abweichung vom Sozialismus als Bedingung für die wirkliche Einheit der Partei und für die Verschmelzung der ehemaligen Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki aufstellte;

3. daß trotz aller Beschlüsse der Partei und trotz der auf dem Plenum im Januar 1910 von den Vertretern aller Fraktionen übernommenen Verpflichtung ein Teil der Sozialdemokraten, der sich um die Zeitschriften „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“ gruppiert, offen begann, die Strömung zu verteidigen, die von der ganzen Partei als Produkt des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat bezeichnet worden ist;

4. daß die ehemaligen ZK-Mitglieder M-1, Juri und Roman sich im Frühjahr 1910 nicht nur weigerten, in das ZK einzutreten, sondern es sogar ablehnten, auch nur zu einer Sitzung zur Kooptierung neuer Mitglieder zu erscheinen, und offen erklärten, daß sie allein schon das Bestehen des ZK der Partei für „schädlich“ halten;

5. daß die genannten wichtigsten Publikationsorgane der Liquidatoren, „Nascha Sarja“ und „Delo Shisni“, sich gerade nach dem Plenum 1910 entschieden und auf der ganzen Linie dem Liquidatorentum zugewandt haben, wobei sie nicht nur (entgegen den Beschlüssen des Plenums) „die Bedeutung der illegalen Partei herabsetzen“, sondern sie glatt ablehnen, die Partei als einen „Leichnam“, als schon liquidiert bezeichnen, den Wiederaufbau der illegalen Partei für eine „reaktionäre Utopie“ erklären, die illegale Partei in den Spalten der legalen Zeitschriften mit Verleumdungen und Schmähungen überschütten, die Arbeiter auffordern, die Zellen und die Struktur der Partei als „abgestorben“ anzusehen usw.;

6. daß zu einer Zeit, als sich in ganz Rußland die parteitreuen Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion zu dem dringlichen Unternehmen, die Parteikonferenz einzuberufen, zusammenschlossen, die Liquidatoren sich in völlig unabhängigen Grüppchen abgesondert, sich auch dort abgespalten haben, wo die parteitreuen Menschewiki überwiegen

(Jekaterinoslaw, Kiew), und endgültig jede parteimäßige Verbindung mit den örtlichen Organisationen der SDAPR abgelehnt haben;

– erklärt die Konferenz, daß die Gruppe der „Nascha Sarja“ und des „Delo Shisni“ sich durch ihr Verhalten *endgültig außerhalb der Partei gestellt hat*.

Die Konferenz ruft alle parteitreuen Sozialdemokraten – ohne Unterschied der Strömungen und Schattierungen – auf, gegen das Liquidatoren-tum zu kämpfen, seine ganze Schädlichkeit für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse herauszustellen und alle Kräfte einzusetzen für den Wiederaufbau und die Konsolidierung der illegalen SDAPR.

4. Nach alledem ist es völlig klar, daß es sich hier durchaus nicht um „Usurpation“, nicht um „Spaltung“ usw. handelt und keineswegs darin der Grund für die Erbitterung der Liquidatoren liegt. Die Konferenz der SDAPR hat sich gegen eine Strömung ausgesprochen, die in Wirklichkeit schon seit langem mit jeder Parteiarbeit völlig gebrochen hatte, die sich mit allen Kräften einer Wiederherstellung des ZK widersetzte und die letzte noch erhalten gebliebene Parteiinstitution (das Auslandsbüro des ZK) in „ein Werkzeug in den Händen einer Gruppe von Leuten, die die Partei liquidieren wollten“ (Worte des Gen. Plechanow, der kein Anhänger der Konferenz ist), verwandelte.

5. Was die nationalen Organisationen betrifft, muß ich konstatieren, daß die SDAPR als SDAPR vor 1906 (oder richtiger 1907) existiert hat, d. h. vor jener Zeit, als die nationalen Organisationen in unsere Partei eingetreten sind (der „Bund“ verließ die Partei 1903 und trat ebenfalls 1907 wieder ein). Weil die nationalen Organisationen auf der Konferenz nicht anwesend waren, hat sie dem ZK die Verpflichtung auferlegt, Verhandlungen mit ihnen anzubahnen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen.

*Geschrieben in der zweiten
Märzhälfte 1912.*

*Veröffentlicht am 12. April 1912
im Rundschreiben Nr. 7 des
Internationalen Sozialistischen Büros.
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des Rundschreibens.
Übersetzung aus dem Französischen.*

DER BLOCK DER KADETTEN MIT DEN PROGRESSISTEN UND SEINE BEDEUTUNG

Die Zeitungen brachten schon vor einigen Tagen Mitteilungen über eine Beratung von „parteilosen Progressisten“ einerseits und Kadetten andererseits, die am 18. März in Moskau stattgefunden hat.

Ein offiziöser Leitartikel in der offiziösen „Retsch“ (vom 21. März) bestätigt die Tatsache der Beratung und gibt eine Einschätzung dieser Beratung. In dieser Einschätzung ist schon bei oberflächlichster Betrachtung das eifrig verhüllte Wesen der Sache leicht von dem Schleier zu unterscheiden, der zur Wahrung des Scheins dient.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß sowohl die Progressisten als auch die Kadetten als oppositionelle Gruppen „zu dem Teil der Opposition gehören, der durch die Bezeichnung ‚verantwortungsbewußt‘ charakterisiert ist“. So drückt sich die „Retsch“ aus. Die Kadetten können also nicht umhin zuzugeben, daß es innerhalb der Opposition zwei „Teile“ gibt: einen, der die Bezeichnung „verantwortungsbewußt“ verdient, und einen anderen, der diese Bezeichnung nicht verdient. Dieses Eingeständnis der Kadetten bringt uns sofort zum zentralen Punkt der Frage.

Indem die Kadetten von einer „verantwortungsbewußten“ Opposition sprechen – die noch häufiger und noch besser charakterisiert wird durch die berühmten „Londoner“ Losungen Miljukows über die Opposition mit dem Genitiv –, grenzen sie sich und die ihnen ähnlichen Gruppen von der Demokratie ab, d. h. von den Trudowiki und den Arbeitern. In Wirklichkeit ist unter der „verantwortungsbewußten“ Opposition das liberal-monarchistische bürgerliche Zentrum zu verstehen, das in der Mitte steht zwischen der Demokratie einerseits und dem Absolutismus mitsamt dem froh herrlichen Grundbesitz andererseits. Dieses bürgerliche liberal-monarchistische Zentrum, das die konsequente Demokratie noch mehr fürchtet

als die sogenannte „Reaktion“, ist schon vor sehr langer Zeit auf der russischen politischen Arena in Erscheinung getreten. Es hat schon eine so lange und lehrreiche Geschichte hinter sich, daß es ganz unverzeihlich wäre, sich hinsichtlich seines wahren Wesens Täuschungen hinzugeben oder es gar mit Stillschweigen zu übergehen oder sich mit Unkenntnis herauszureden.

Dieses Zentrum war in der Epoche des Verfalls der Leibeigenschaft in ganz deutlichen Umrissen hervorgetreten. Während des Zeitraums von fast einem halben Jahrhundert, der jene Epoche von dem Jahr 1905 trennt, war die liberal-monarchistische Bourgeoisie in den Semstvos wie in den städtischen Vertretungskörperschaften, in der Schule und in der Presse herangewachsen und hatte sich zu einer ganz bestimmten Größe herangebildet. Die Krisis des alten Regimes im Jahre 1905 und das offene Auftreten aller Klassen in Rußland gaben dem liberal-monarchistischen bürgerlichen Zentrum mit seinem rechten (oktobristischen) und linken (kadettischen) Flügel endgültig feste Form und parteimäßige Verankerung. Die Loslösung dieses Zentrums von der Demokratie war sehr schroff und vollzog sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, bei allen „jähren Wendungen“ der Jahre 1905–1907, wenn auch nicht alle Demokraten und nicht einmal alle Arbeiterdemokraten das Wesen und die Bedeutung dieser Loslösung verstanden.

Die russische Bourgeoisie ist durch Tausende von ökonomischen Fäden sowohl mit dem alten gutsherrlichen Grundbesitz als auch mit der alten Bürokratie verbunden. Außerdem hat sich die Arbeiterklasse Rußlands als genügend selbständig und fähig gezeigt, für sich selber einzutreten – mehr noch: als fähig, die Demokratie zu führen, entgegen dem Liberalismus. Darum eben wurde unsere Bourgeoisie liberal-monarchistisch und antidemokratisch, volksfeindlich. Darum eben fürchtet sie die Demokratie mehr als die Reaktion. Darum eben schwankt sie ständig, laviert, verrät die erstere zugunsten der zweiten. Darum eben wurde sie nach 1905 konterrevolutionär und bekam ein „Plätzchen“ im System des 3. Juni. Wenn die Oktobristen zur Regierungspartei wurden (mit Genehmigung und unter Aufsicht der Purischkewitsch), so wurden die Kadetten zur *geduldeten* Opposition.

Der Beschluß der Konferenz der Kadetten, Blocks mit den „linken“ (nicht lachen!) Oktobristen zuzulassen, und die jetzige „nicht formale“

Vereinigung der Kadetten mit den „parteilosen Progressisten“ – all das sind lediglich Glieder einer einzigen langen Kette, sind Etappen der Konzentration des liberal-monarchistischen bürgerlichen Zentrums.

Aber die Opposition kann nicht umhin, sich vor den Wahlen mit „demokratischen“ Gewändern zu drapieren. Der Kadett, der sich anschickt, die Stimmen nicht nur der Groß- und Mittelbourgeoisie, sondern auch der demokratischen Kleinbourgeoisie, der Handelsangestellten usw. zu ergattern, ist genötigt zu betonen, daß er Mitglied der „Partei der Volksfreiheit“, daß er, ohne Scherz, „konstitutioneller Demokrat“ sei! Die Partei der Kadetten, die in Wirklichkeit die Partei des gemäßigten monarchistischen Liberalismus ist, schmückt sich vor den Wahlen und für die Wahlen mit demokratischen Federn und deckt einen Schleier über ihre Annäherung an die „parteilosen Progressisten“ und die „linken“ Oktobristen.

Hieraus ergeben sich die vielen Verrenkungen und diplomatischen Kniffe der „Retsch“, ihre großspurigen Erklärungen, daß „die Partei der Volksfreiheit sich nicht den Umständen anpassen wird“ usw. usf. Das ist natürlich nur lächerlich. Die ganze Geschichte der Kadettenpartei ist ein einziger glatter Hohn auf ihr Programm, eine einzige völlige „Anpassung“ an die Umstände im allerschlimmsten Sinn des Wortes. „Unter anderen politischen Verhältnissen“, schreibt die „Retsch“, „wenn die Partei der Volksfreiheit in einer gesetzgebenden Körperschaft ihr ganzes Programm hätte zur Entfaltung bringen können, wären die sogenannten ‚Progressisten‘ freilich ihre Gegner gewesen, wie sie das auch in den kritischeren Zeitabschnitten der jüngsten Vergangenheit gewesen sind.“

Daß die Zeit der zweiten Duma ein kritischerer Zeitabschnitt war, werden die Herren Kadetten kaum bestreiten wollen. Aber damals waren nicht nur die Progressisten, sondern selbst bedeutend weiter rechts stehende Elemente keine Gegner, sondern Bundesgenossen der Kadetten gegen die Demokratie. Und dann, in der III. Duma, wurden von den Demokraten Erklärungen abgegeben, die bedeutend weiter gingen als irgendein beliebiger Punkt des kadettischen Programms – also hätte die Kadettenpartei durchaus „ihr ganzes Programm zur Entfaltung bringen können“, sogar in einer solchen „gesetzgebenden Körperschaft“ wie der III. Duma! Wenn die Kadettenpartei das nicht tat, so liegt die Schuld hier durchaus nicht an den „politischen Verhältnissen“ – sage nicht: Ich kann nicht, sage: Ich will nicht! –, sondern daran, daß die Kadetten der Demokratie völlig entfrem-

det waren. Die Kadetten hätten *durchaus* ihr ganzes Programm zur Entfaltung bringen können, aber der Umstand, daß sie selbst sich von der Demokratie abwandten, daß sie selbst nach rechts abschnitten, gestattete ihnen nicht, das zu tun.

Die Betrachtungen des Leitartiklers der „*Retsch*“ über den Block mit den Progressisten sind eins der vielen Musterbeispiele dafür, wie leicht die wenigen „linken“ Kadetten von den Führern dieser Partei vom Schlage Miljukows u. a. an der Nase herumgeführt werden. Die linken Kadetten werden von ihnen mit Phrasen abgespeist, die Koljubakin werden von ihnen mit Paradoworten über „Demokratismus“ zufriedengestellt, in der Tat aber betreiben sie ihre Politik ganz und gar in antidemokratischem Geist, im Geist der Annäherung und Verschmelzung mit den Progressisten und den linken Oktobristen. Die „Arbeitssteilung“ ist bei den Kadetten durchaus dieselbe wie bei allen westeuropäischen bürgerlichen Parlamentariern: vor dem Volk mögen die Koljubakin und andere „linke Kadetten“ über „Freiheit“ sprechen, im Parlament aber, in der sachlichen Politik, geht die Partei der Kadetten völlig konform mit den sehr gemäßigten Liberalen.

„Die neue Gruppe“, schreiben die Liquidatoren über die Progressisten, „festigt lediglich, verstärkt lediglich jene politische Formlosigkeit, jene politische Verwirrung, in der der bürgerliche Wähler steckt, und die auch die ganze politische Ohnmacht der russischen Bourgeoisie bedingt.“

Die politische Ohnmacht der russischen Bourgeoisie entspringt ganz und gar nicht der „Formlosigkeit“ des „bürgerlichen Wählers“ – so können nur linkskadettische Illusionisten denken –, sondern den ökonomischen Verhältnissen, die die Bourgeoisie zum Feind der Arbeiter und zum Sklaven der Purischkewitsch machen, zu einem Sklaven, der über Geknurr und fromme Wünsche nicht hinausgeht.

Die linkskadettischen Parlamentarier – ob sie nun von einer idealistischen Theorie der Politik oder von der vulgären Furcht ausgehen, die Stimme des Wählers zu verlieren, der radikaler geworden und über die Purischkewitsch erbost ist – können den Kampf gegen die offizielle Partei der Kadetten mit solchen Argumenten führen, daß es an der Zeit sei, zur Vernunft zu kommen, sich des eigenen Programms zu erinnern, aufzutreten gegen die Formlosigkeit, das Spießertum, die Prinzipienlosigkeit usw. usf. im Geist der üblichen bürgerlich-demokratischen Phrasen.

Die Marxisten führen den Kampf gegen die Kadetten aller Schattierungen ausgehend von der materialistischen Theorie der Politik, indem sie die Klasseninteressen der gesamten Bourgeoisie aufdecken, die diese zu einem liberal-monarchistischen Programm, zur Annäherung an die Progressisten und „linken“ Oktobristen treiben. Unsere Schlußfolgerung wird darum nicht darin bestehen, an die kadettische „Vernunft“, an das kadettische „Gedächtnis“, an die kadettischen „Prinzipien“ zu appellieren, sondern das Volk darüber aufzuklären, warum der Liberalismus konterrevolutionär wird und mit der Demokratie bricht. Wir werden nicht rufen: Kommen die Kadetten endlich zur Vernunft, werden sie sich ihres Programms erinnern? Wir werden sagen: Begreifen die Demokraten endlich die ganze Tiefe des Unterschiedes zwischen sich und den konterrevolutionären Liberalen – den Kadetten? Begreifen endlich diejenigen, deren ökonomische Interessen nicht mit dem gutsherrlichen Grundbesitz, nicht mit den Plätzchen und den Einkünften der Bürokratie, der Advokatur usw. verkettet sind, daß sie im Interesse der wirklichen Volksfreiheit mit der Arbeiterdemokratie gehen müssen gegen die Rechten und gegen die Partei der Kadetten?

„Swesda“ Nr. 23 (59),
29. März 1912.
Unterschrift: B. K.

Nach dem Text der „Swesda“.

EINE SCHLECHTE VERTEIDIGUNG DER LIBERALEN ARBEITERPOLITIK

In Nummer 8 des „Shiwoje Delo“ antwortet mir Martow auf meinen Artikel in Nummer 11 der „Swesda“: „Ein Organ der liberalen Arbeiterpolitik“*. Die Frage berührt die grundlegende Linie der Arbeiter in der Wahlkampagne und verdient darum besondere Beachtung.

Ich habe das „Shiwoje Delo“ ein Organ der *liberalen* Arbeiterpolitik genannt, wobei ich dies folgendermaßen begründet habe: 1. Die Losung Martows und Dans, die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen, die Duma den Händen der Reaktion zu entreißen, ist keine demokratische, sondern eine liberale Losung. Der Kampf gegen die „Reaktion“ in Rußland beschränkt sich nicht allein darauf, die Duma den Händen der Reaktion zu entreißen, ja, er *konzentriert sich nicht* einmal darauf. 2. Als Martow davon sprach, das von ihm gesteckte Ziel sei zu erreichen, begann er mit einer Schönfärberei unseres Wahlgesetzes. Martow erklärte, daß „in einem bedeutenden Teil der Gouvernementsversammlungen den Wahlmännern der Grundbesitzer und der ersten städtischen Kurie die Mehrheit“ gesichert sei. Ich erinnerte an die Tatsachen: diese Mehrheit ist in *allen* Gouvernementsversammlungen gesichert – in 28 Gouvernements von 53 eine Mehrheit (in den Gouvernementsversammlungen) *allein* für die Grundbesitzer, und diese Gouvernements entsenden 255 Abgeordnete von 440 in die Duma. 3. Indem Martow davon sprach, die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen, vergaß er, daß die Duma *nicht* weiter als bis zu einer liberalen *Gutsbesitzer*opposition getrieben werden *kann*. Die Losung Martows und Dans ist eine Losung, den *Gutsbesitzer* den Händen der Reaktion zu entreißen. 4. Indem Mar-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 479–482. *Die Red.*

tow erklärte, die Arbeiter seien daran interessiert, daß die Staatsmacht an den „kultivierten Bourgeois“ übergehe, „vergaß“ er, eine Sache zu erwähnen. Nämlich: die Liberalen sind daran interessiert, die Macht so mit den Purischkewitsch zu teilen, daß der Demokratie „nicht eine einzige Waffe“ geliefert werde! 5. Als Martow davon sprach, daß die Kadetten, wenn sie in der Duma stärker werden, „sich den Weg zur Macht leichter machen“, vergaß er die Erfahrungen der Jahre 1905/1906 in Rußland, die des Jahres 1789 und der folgenden in Frankreich sowie die des Jahres 1911 in China. Diese Erfahrungen besagen: Die Macht geht an den Liberalen (oder noch mehr nach links) lediglich dann über, wenn die Demokratie *entgegen* den Liberalen siegt. 6. Martow erkennt also den Marxismus nur insoweit an, als er für jeden gebildeten Liberalen annehmbar ist.

Was antwortet Martow auf diese sechs Punkte? Gar nichts. Absolutes Stillschweigen. Wozu mußte eine Polemik begonnen werden, wenn Sie entschlossen sind, sich auszuschweigen?

Martow, der *alle* meine Argumente mit Stillschweigen übergeht, versucht, mich auf den folgenden meiner Sätze „festzunageln“:

„Die praktische Aufgabe bei den Wahlen besteht für uns durchaus nicht darin, die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma zu verdrängen, sondern vielmehr darin, die Demokratie im allgemeinen und die Arbeiterdemokratie im besonderen zu stärken. Diese Aufgabe wird zuweilen mit der ‚Aufgabe‘, die Zahl der Liberalen zu vergrößern, kollidieren: fünf Demokraten mehr* sind wichtiger für uns – und nützlicher für das Proletariat – als 50 Liberale mehr.“

Nach Anführung dieses Satzes ruft Martow hochofrenetisch (hat er doch den „Anhänger der Reaktion“ festgenagelt!) aus: „Ich bitte den Leser, sich in diesen Satz hineinzudenken.“ Von ganzem Herzen unterstütze ich diesen Vorschlag, *sich hineinzudenken*.

Martow beginnt, sich hineinzudenken, und kommt bei seinem Denken zu folgendem Syllogismus. Einen zweiten Wahlgang gibt es nach dem Gesetz jetzt überall, also „kann es nur einen einzigen Fall geben“, wo man 50 Liberale zurückstoßen und 5 Demokraten durchbringen könnte. Das ist der „Fall“, wenn Demokraten ihre Stimme an die Schwarzhundert für Sitze in der Duma *verkaufen*.

* In dem Artikel ist hier ein Druckfehler: „fünf starke Demokraten“ anstatt „fünf Demokraten mehr“. Es wäre Martow ein leichtes gewesen zu bemerken, daß die Gegenüberstellung von „starken“ Demokraten mit „mehr“ Liberalen unsinnig ist. Aber nicht darum geht der Streit.

Und Martow frohlockt und überschlägt sich ein ganzes halbes Hundert Zeilen lang vor lauter Freude: hat er doch einen Helfershelfer der Schwarzhunderter zu Boden gestreckt, und dabei noch, indem er F. L-ko zu Boden streckte, auch W. Frey¹⁵³ „verwundet“, der „in dieselbe Richtung drängt“.

Für wie naiv hält Martow doch seine Leser! Und wie unvorsichtig war es für den Autor, die Leser aufzufordern, *sich hineinzudenken*, da er selbst schreibt, *ohne zu denken*.

Mein Satz, der Martow so sehr mißfallen hat, wirft für Leute, die sich hineindenken, zwei Fragen auf: 1. Sind wirklich fünf Demokraten in der Duma für die Arbeiter nützlicher als 50 Liberale? 2. Kann es in der Praxis einen solchen Fall geben, wo diese Aufgaben „kollidieren“?

Der ersten Frage ist der sich hineindenkende Martow völlig ausgewichen. Vergebens. Sie, meine Herren Liquidatoren, weichen selbst der Politik aus, um uns der Leidenschaft für Arithmetik anzuklagen. Fünfzig Liberale in der Duma werden dem Volk eine Menge *pseudodemokratischer* Reden geben, womit sie das Volk demoralisieren, und eine *Handvoll* „Reformen“, die sich erstens auf Waschbecken beschränken und zweitens im Reichsrat steckenbleiben, und so weiter. Fünf Demokraten werden dem Volk von der Dumatribüne herab eine Reihe Erläuterungen der Wahrheiten der *Demokratie* (und sind es Arbeiter – auch der Wahrheiten des Sozialismus) geben. Was ist nützlicher für das Proletariat?

Die zweite Frage. Hat Martow recht, daß die Aufgabe, 5 Demokraten („mehr“, d. h. über die jetzige Anzahl hinaus) durchzubringen, *nur* in dem von ihm dargelegten Fall mit der Aufgabe, 50 Liberale durchzubringen, *kollidieren kann*? Hat doch Martow nach der Aufforderung, sich hineinzudenken, direkt erklärt: „Es kann nur einen einzigen Fall geben.“

Wenn Martow recht hat, dann muß der Leser mich, F. L-ko, dessen beschuldigen, daß ich entweder auf einen unmöglichen Fall verwiesen habe oder daß ich *insgeheim* wünsche, für Sitze in der Duma Stimmen von Demokraten an die Schwarzhunderter zu verkaufen (ganz unter uns füge ich hinzu: ein geheimer und *dummer* Wunsch: Purischkewitsch kauft die Stimmen von Freunden Petrows III und Woiloschnikows, um dafür Woiloschnikow in die IV. Duma durchzubringen – höchst glaubwürdig schreibt der „sich hineindenkende“ Martow).

Wenn es einen anderen Fall der Kollision beider Aufgaben geben kann, dann hat Martow unrecht.

Also: ist ein anderer Fall einer solchen Kollision möglich? Ohne jeden Zweifel: es ist das der Fall, wenn die Demokraten im zweiten Wahlgang, ohne ein Abkommen mit den Liberalen zu schließen, gegen die Rechten wie gegen die Liberalen kämpfen werden.

Sehr einfach.*

Der sich hineindenkende Martow ist wie alle Liquidatoren ein Gefangener der Idee von den zwei Lagern und bemerkt nicht den Kampf des dritten Lagers gegen das erste wie gegen das zweite Lager!

Unmittelbar nach meinem Satz, der Martow so empört hat, heißt es bei mir weiter:

„Daraus ergibt sich folgende Schlußfolgerung“ („daraus“, verehrter Martow!), „die für Martow unerwünscht ist, obzwar er, wie es scheint, anerkennt, daß die Kadetten Liberale und keine Demokraten sind: 1. in 5 Großstädten sind im zweiten Wahlgang Abkommen nur mit den Demokraten gegen die Liberalen zulässig; 2. bei allen Wahlgängen und bei allen Abkommen im zweiten Stadium müssen an erster Stelle Abkommen mit den Demokraten gegen die Liberalen stehen und lediglich danach – mit den Liberalen gegen die Rechten.“

Martow hat, nachdem er erklärte, daß ich die Unwahrheit gesagt hätte, nur den zweiten Punkt erwähnt, denn mit ihm ist Martow einverstanden (wir werden sehen, ob alle Liquidatoren einverstanden sein werden!), über den ersten Punkt jedoch hat sich Martow ausgeschwiegen!

Noch einmal: entweder man schweigt oder man polemisiert.

Zweiter Wahlgang in den 5 Städten. Allgemeine Linie: mit den Demokraten gegen die Liberalen. Abkommen mit den Liberalen sind verboten (denn die Erfahrung hat gezeigt, daß allgemein hier keine Schwarzhundertgefahr besteht).

Sind Sie für oder gegen ein solches Verbot? Sprechen Sie offen.

Weiter. Welches kann das praktische Ergebnis in diesem zweiten Wahlgang sein? Die Stimmen können sich zu fast gleichen Teilen auf die drei Lager verteilen. Es entscheidet die relative Mehrheit. Nehmen wir das ein-

* Mir kommt ein „fürchterlicher“ Gedanke in den Sinn: Ist etwa der ganze Artikel Martows aufgebaut auf der Unkenntnis der Tatsache, daß nach unserem Gesetz der zweite Wahlgang eine neue Wahl und kein Kampf zweier Kandidaten ist? Dann muß, bevor bei den Wahlen „gegen die Reaktion gekämpft“ wird, gegen die Unkenntnis des Wahlgesetzes gekämpft werden!

fachste Beispiel: von 100 Stimmen haben die Rechten 33, die Liberalen 33, die Demokraten 34. Gewählt ist der Demokrat. Wenn der Sozialdemokrat eine Stimme weniger, der Reaktionär eine Stimme mehr hat, kann der Reaktionär durchkommen!

Es gibt zwei Linien der Arbeiterpolitik: die *liberale* – fürchte am meisten, daß ein Reaktionär durchkommt, und überlasse darum die Hegemonie ohne Kampf dem Liberalen! Die *marxistische* – laß dich durch das liberale Geschrei über die Schwarzhundertergefahr nicht schrecken und nimm *kühn* den Kampf im „Dreieck“ (nach einem englischen Ausdruck) auf. In der Regel existiert keine Schwarzhundertergefahr, und wenn ausnahmsweise doch ein Reaktionär durchkommt, so kommt dafür *irgendwo anders ein Demokrat durch!* . . .

Um schwimmen zu lernen, muß man ins Wasser gehen. Einen Kampf, in dem vorher alle Chancen bekannt wären, gibt es in der Welt nicht. Wenn sich die Arbeiter von dem liberalen Geschrei über die Schwarzhundertergefahr ins Bockshorn jagen lassen, werden sie *niemals* lernen, den Kampf im „Dreieck“ zu führen. Überall in der Welt schlossen sich das Lager der Reaktion und das Lager der Liberalen früher zusammen und organisierten sie sich (natürlich vermittelt der reaktionären Gesetze) besser als die Arbeiter. Überall in der Welt kommen die Liberalen den Arbeitern stets gerade mit den Reden, die Martow nachplappert.

Uns bleibt noch ein letzter Schritt zu tun, um dem „sich hineindenken“ Martow zu zeigen, welche Bedeutung das Wort „denken“ hat.

Für den zweiten Wahlgang in den 5 Städten sind Abkommen mit den Liberalen verboten. Woanders sind sie für den zweiten Wahlgang nicht verboten. Heißt das, daß sie *stets* geschlossen werden sollen? Anscheinend heißt es das nicht, nicht wahr?

Wenn es *kein* Abkommen gibt, können sich dann nicht bei *jedem* zweiten Wahlgang die Stimmen zu fast gleichen Teilen auf die drei Lager verteilen?

Anscheinend können sie das, wenn man sich wirklich „hineindenkt“!

Hieraus die Schlußfolgerung. Zwei Linien der Arbeiterpolitik.

Die liberale Arbeiterpolitik: das Land macht Schritte nach links; „darum“ . . . fürchte man am meisten die Schwarzhundertergefahr; die Lösung – die Reaktion aus ihren Positionen in der Duma verdrängen; aus den Positionen in der Duma kann sie aber nur von den Liberalen verdrängt

werden; darum „drohe“ man den Liberalen nicht, „nötige“ ihnen keine Sitze ab – geziemt es sich etwa für den „kultivierten“ Arbeiter, so gute Menschen wie die Liberalen zu nötigen? – d. h., man gehe bei den Abkommen mit den Liberalen auf jegliche Zugeständnisse ein und scheue den Kampf im „Dreieck“.

Die marxistische Arbeiterpolitik: das Land macht Schritte nach links; darum glaube man nicht dem liberalen Geschwätz über die Schwarzhundertergefahr; bei Abkommen mit den Liberalen *drohe* man ihnen aus Leibeskräften und *nötige* ihnen Dumasitze *ab*; und damit eure Drohungen ernsthaft seien, Genossen Arbeiter, fürchtet nicht den Kampf im „Dreieck“; nehmt kühn diesen Kampf auf und entlarvt vor dem Volk den konterrevolutionären Charakter der Liberalen; freilich gibt es keinen Kampf ohne die Möglichkeit einer Niederlage – irgendwo kann ein Reaktionär durchkommen, *dafür wird irgendwo anders ein Demokrat durchkommen*; eine Zunahme der Demokraten in der Duma um fünf ist besser als eine Zunahme der Liberalen um 50; in der Regel werden die Reaktionäre nicht durchkommen, denn die Purischkewitsch sind zu gut bekannt, und die Liberalen schrecken das Volk *absichtlich* mit der Schwarzhundertergefahr, um sich die Hegemonie zu sichern (obwohl die Maklakow fast ebensolche Reaktionäre sind) und um die „linke“ Gefahr von sich abzuwenden.

Das Fazit. Auf keinen einzigen der von mir aufgestellten sechs Punkte über die liberale Arbeiterpolitik hat Martow irgend etwas geantwortet. Die Frage des Verbots eines Blocks mit den Liberalen in den 5 Städten hat er „unterschlagen“. Über Dreieckswahlen im zweiten Wahlgang hat er – obgleich er versprach, sich hineinzudenken – gar nicht nachgedacht. Dafür hat er zwei Dinge getan: 1. die Liberalen gegen „Drohungen“ verteidigt und 2. die Freunde Woiloschnikows überführt, eine Verschwörung mit Purischkewitsch eingegangen zu sein über den Verkauf von Stimmen an Purischkewitsch, *wofür* Purischkewitsch die Woiloschnikow in die IV. Duma durchbringt!!

„Swesda“ Nr. 24 (60),
1. April 1912.
Unterschrift: F. L - k o.

Nach dem Text der „Swesda“.

DER ZWEITE WAHLGANG IN RUSSLAND UND DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE

Immer häufiger begegnet man Beispielen dafür, wie weit Irrtümer hinsichtlich des in unserem Wahlgesetz vorgesehenen zweiten Wahlgangs verbreitet sind. Dan schrieb in Nr. 1/2 der „Nascha Sarja“, daß unsere Taktik beim zweiten Wahlgang mit der westeuropäischen Taktik identisch sei. Martow verwies im „Shiwoje Delo“ Nr. 8 direkt auf die „deutschen Arbeiter“ als Vorbild für die russischen Arbeiter in der Frage der Taktik im zweiten Wahlgang. Trotzki schrieb erst ganz kürzlich eine besondere Notiz über den zweiten Wahlgang, der ganz und gar derselbe Irrtum zugrunde liegt.

Der Irrtum wiederholt sich so häufig, daß unwillkürlich der Gedanke auftaucht: Ist nicht etwa die in gewissen Kreisen vorhandene „allgemeine Neigung“ zu einem faktischen Irrtum das Resultat dessen, daß man die Aufgaben der Arbeiterdemokratie im Kampf gegen die Kadetten *nicht* begreifen will?

In Rußland gibt es nach dem Gesetz vom 3. Juni 1907 *keinen* zweiten Wahlgang von deutschem Typ, gibt es genaunommen überhaupt *keinen* „zweiten Wahlgang“, sondern lediglich Ergänzungswahlen oder Neuwahlen. Bei dem zweiten Wahlgang der Deutschen wird die Abstimmung lediglich über die beiden Kandidaten vorgenommen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Die Abstimmung im zweiten Wahlgang entscheidet bei den Deutschen ausschließlich die Frage, wer von den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, gewählt sein soll.

Bei uns gibt es nichts dergleichen. Im zweiten Wahlgang ist es unserem Gesetz nach zulässig, eine beliebige Anzahl beliebiger Kandidaten aufzu-

stellen. Strenggenommen handelt es sich hier nicht um einen zweiten Wahlgang, sondern um Neuwahlen, um eine Wiederholung der Wahlen. Darum sind alle Hinweise auf das deutsche Beispiel grundfalsch!

Der grundlegende Artikel über den zweiten Wahlgang in unserem Gesetz ist der Artikel 106 der „Wahlordnung“. Er lautet: „Als Bevollmächtigte der vorbereitenden Versammlungen sowie als Wahlmänner der Wahlversammlungen gelten die Personen, für die mehr als die Hälfte der Versammlungsteilnehmer ihre Stimme abgegeben haben . . .“

Hier ist klar zum Ausdruck gebracht, daß bei den ersten Wahlgängen die absolute Mehrheit erforderlich ist. Weiter wird in demselben Artikel gesagt, daß, wenn sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben hat, „Ergänzungswahlen vorgenommen werden für die fehlende Zahl von Wahlmännern“ (d. h. für die Gesamtzahl mit Ausnahme derjenigen, die mit absoluter Mehrheit gewählt worden sind).

Wer gilt bei den „Ergänzungswahlen“ als gewählt? „Als gewählt gilt“, lautet der Schluß desselben Artikels, „wer die relative Mehrheit der Stimmen erhalten hat.“

Dasselbe wird im Gesetz vom 3. Juni 1907 gesagt in bezug auf den zweiten Wahlgang bei *direkten* Wahlen, d. h. in den Städten Petersburg, Moskau, Odessa, Kiew und Riga. Nur daß an Stelle des Ausdrucks „relative Mehrheit der Stimmen“ der Artikel 140 von der „höchsten Stimmenzahl“ spricht. Schließlich wird auch für die Wahlen der Dumamitglieder in den Gouvernements-Wahlversammlungen gleicherweise ein zweiter Wahlgang festgesetzt – falls die Kandidaten nicht „mehr als die Hälfte der Stimmen“, d. h. die absolute Mehrheit, erhalten haben –, wobei „als gewählt diejenigen gelten, die die relative Mehrheit der Stimmen erhalten haben“ (Artikel 350).

Also: unser Wahlgesetz kennt nichts, was dem deutschen zweiten Wahlgang ähnlich wäre. Nichts kann verfehlter sein, als sich auf das Verhalten der deutschen Arbeiter als auf das Vorbild zu berufen. In der offiziellen Publikation „Bestimmungen über die Wahlen zur Reichsduma“, herausgegeben vom Innenministerium, St. Petersburg 1912, wird im Punkt 14 des Kommentars zum Artikel 106 gesagt: „Zu den Ergänzungswahlen können auch Personen zugelassen werden, die an den ersten Wahlgängen nicht teilgenommen haben.“ Offensichtlich ist hier die Rede nicht nur von neuen Wählern, sondern auch von neuen Kandidaten. Vom Standpunkt

des Gesetzes ist für den zweiten Wahlgang die Aufstellung eines solchen Kandidaten zulässig, der im ersten Wahlgang gar nicht aufgestellt worden war.

Es fragt sich, welche politischen Schlußfolgerungen sich in bezug auf die Wahltaktik aus dieser Besonderheit der Wahlbestimmung vom 3. Juni ergeben?

Die erste, grundlegende und allgemeinste Schlußfolgerung ist folgende: unser Gesetz läßt *breiteren* Raum für Wahlabmachungen im zweiten Wahlgang als das deutsche. In Deutschland kann es sich nur um die Wahl des *kleineren Übels* handeln: Eine andere Aufgabe können sich die im ersten Wahlgang Geschlagenen nicht stellen (wobei diejenigen als geschlagen gelten müssen, die nicht in den zweiten Wahlgang gelangt sind). In Rußland jedoch gibt es, wenn sich im ersten Wahlgang keiner als Sieger erwies, strenggenommen auch keine Besiegten, denn *jeder* kann zum zweitenmal, in den mannigfaltigsten Abkommen mit diesen oder jenen Verbündeten, in neuer Schlacht sein Glück versuchen.

In Deutschland kann insbesondere ein Arbeiterkandidat im zweiten Wahlgang den Kampf zwischen den *rechten* und den *oppositionellen* bürgerlichen Parteien nicht *für sich*, d. h. unmittelbar, ausnutzen: Er kann die Opposition der Liberalen gegen die Rechten unterstützen, wenn beide fast gleich stark sind, aber er vermag nicht, falls sein liberaler und sein reaktionärer Gegner gleich stark sind, *selbst* zu siegen. In Rußland ist das letztere möglich.

Daraus ergibt sich die zweite Schlußfolgerung. Das russische Wahlgesetz läßt der Arbeiterdemokratie im zweiten Wahlgang einen *breiteren Raum* für den Kampf gegen die *Liberalen* als das deutsche. In Rußland, wie auch in den meisten westeuropäischen Ländern, dominieren bei den Wahlen zwei Fraktionen (oder zwei Gruppen von Parteien) der herrschenden besitzenden Klassen: die „Konservativen“ und die Liberalen, die Schwarzhunderter und die „Opposition“. Die Arbeiter kämpfen *sowohl* gegen die einen *als auch* gegen die anderen. Dabei leisten die zurückgebliebenen Schichten des Volkes, die sich zunächst zum Kampf gegen den Feudalismus und Absolutismus aufrufen, ohne anfänglich die Aufgaben des Kampfes gegen das Kapital zu erkennen, gewöhnlich während einer ziemlich langen Zeit den Liberalen Gefolgschaft. Die Arbeiterparteien, die ihren Einfluß verstärken, gewinnen darum nicht selten mehr

Anhänger für sich aus den Reihen der Liberalen als aus denen der Rechten. Daher rührt das übliche heuchlerische Gezeter der „Kadetten“ aller Länder, die Arbeiterparteien arbeiteten der Reaktion in die Hände, schwächten die „allgemeine Kraft des Fortschritts“ und so weiter und so fort.

In Deutschland kann ein Arbeiterkandidat im zweiten Wahlgang nur dann mit einem Liberalen den Kampf aufnehmen, wenn die Rechten im ersten Wahlgang geschlagen sind und überhaupt nicht in den zweiten Wahlgang gelangen. In Rußland kann – und muß also – ein Arbeiterkandidat im zweiten Wahlgang den Kampf mit dem Liberalen *stets dann* aufnehmen, *wenn* der Rechte im ersten Wahlgang weniger Stimmen erhalten hat als der Liberale. Anders ausgedrückt: im deutschen zweiten Wahlgang kann der Arbeiter gegen den Liberalen nur kämpfen als „einer gegen einen“, in Rußland dagegen ist auch im zweiten Wahlgang ein Kampf im „Dreieck“ möglich, d. h. ein solcher Kampf, an dem rechte wie liberale wie Arbeiterkandidaten teilnehmen. In Rußland kann also im zweiten Wahlgang *häufiger* der Fall eintreten, da die Arbeitermassen daran interessiert sein werden, ihren eigenen Kandidaten durchzubringen.

Somit sind wir bei der dritten Schlußfolgerung angelangt. In Rußland eröffnet sich im zweiten Wahlgang bei der gegenwärtigen politischen Differenzierung ein besonders breiter Raum für den sogenannten *linken Block* in all den Kurien und in all den Stadien, wo die Liberalen stärker sind als die Reaktionäre (zu den Reaktionären zählen selbstverständlich alle Rechten sowie die Nationalisten und Oktobristen, d. h. ausnahmslos alle Regierungsparteien). Wenn sich die Liberalen im ersten Wahlgang stärker als die Reaktionäre erwiesen haben, die Arbeiterkandidaten jedoch schwächer als die Liberalen, dann ist – sowohl vom Standpunkt der politischen Aufgaben, die Demokratie überhaupt zu organisieren, als auch von dem Standpunkt, die Arbeiterkandidaten in die Duma durchzubringen – das Zusammengehen der Arbeiter mit der bürgerlichen Demokratie (den Volkstümmlern, Trudowiki usw.) *gegen* die Liberalen eine *Pflicht*.

Werden solche Fälle häufig eintreten?

In den Gouvernements-Wahlversammlungen nicht sehr häufig; hier werden zweifellos die Fälle überwiegen, wo die Liberalen schwächer sind als die Reaktionäre und wo also ein Block der gesamten Opposition erforderlich wird, um den Reaktionären eine Niederlage zu bereiten.

In der Bauernkurie ist die politische Differenzierung am unbestimmtesten und am wenigsten in eine feste Form gebracht; der polizeiliche Druck ist hier am stärksten: Für den Bevollmächtigten, den Wahlmann, ja selbst den Dumakandidaten ist hier die Notwendigkeit besonders kraß ausgeprägt, sein wirkliches „Gesicht“ zu „verbergen“; Arbeiterkandidaten im Sinne der Parteizugehörigkeit gibt es hier wenig. In dieser Kurie besteht zweifellos die politische Aufgabe darin, die Demokratie zu organisieren, den Einfluß und die Vorurteile der liberal-monarchistischen Bourgeoisie zu bekämpfen. Hinsichtlich des zweiten Wahlgangs ist es jedoch schwierig, bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen hinsichtlich der Häufigkeit dieser oder jener Fälle, ja sogar hinsichtlich der (faktischen) Verbreitung des zweiten Wahlgangs überhaupt.

In der Kurie der Grundbesitzer und in der ersten städtischen Kurie ist die Rolle der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterdemokratie im besonderen zu geringfügig, als daß es lohnte, über sie zu sprechen.

Es bleibt die zweite städtische Kurie. Hier gibt es nicht wenige proletarische und dem Proletariat nahestehende Wähler: Handelsangestellte, Mieter aus den Kreisen der Arbeiter, Rentenempfänger usw. Hier gibt es so etwas wie eine politische Presse und so etwas wie Versammlungen. Mit einem Wort, dies ist das Hauptgebiet für den zweiten Wahlgang bei Teilnahme der Wähler selbst. Wie verhält es sich hier mit der parteimäßigen Gruppierung der Wähler?

Eine ziemlich genaue, wenn auch mittelbare Antwort auf diese Frage geben die Mitteilungen über die parteimäßige Zusammensetzung der Wahlmänner der zweiten städtischen Kurie für die Wahlen zur III. Reichsduma. Nach Berechnungen der kadettischen „Retsch“ (1907, Nr. 241), die aus 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands 4897 Wahlmänner bei einer Gesamtzahl von 5161 erfassen, verteilen sich die 533 Wahlmänner der zweiten städtischen Kurie nach Parteien wie folgt: zur Opposition gehören 405 (100 „Linke“, 209 Kadetten und 96 Progressisten), zu den Rechten 101 (17 Gemäßigte, 19 Oktobristen und 65 Rechte), 21 sind parteilos und von 6 ist die Parteizugehörigkeit unbekannt. Die drei Hauptgruppen der Parteien, die in den jetzigen Wahlen kämpfen werden, treten hier deutlich hervor: 100 Demokraten, 305 Liberale, 101 Rechte.

Die Liberalen sind mehr als dreimal so stark wie die Rechten, die fast ebenso stark sind wie die Demokraten. Es ist klar, daß *im allgemeinen* hier von irgendeiner Schwarzhundertergefahr keine Rede sein kann. Weiterhin ist es klar, daß hier die *Hauptaufgabe* der Arbeiterdemokratie gerade der Kampf gegen die Liberalen ist; in der gegenwärtigen Zeit, bei zweifellos allgemeiner Wendung des Landes nach links, was sowohl von den Liberalen als auch den Oktobristen und den Purischkewitsch zugegeben wird, rückt ein solcher Kampf besonders in den Vordergrund. Selbstverständlich müssen die Arbeiterkandidaten im ersten Stadium ausnahmslos selbständig, mit reinen Listen, in den Kampf treten. Im zweiten Stadium jedoch, im zweiten Wahlgang, läuft die Sache in den *meisten Fällen* auf einen Kampf der Demokraten gegen die Liberalen hinaus.

Um *diesen* Kampf zu führen, müssen sich die Marxisten im zweiten Wahlgang mit *allen* Demokraten (d. h. auch mit der bürgerlichen Demokratie, den Volkstümlern, Trudowiki u. a.) verbünden *gegen* die Liberalen. Das ganze Verhalten der vielgenannten „verantwortungsbewußten Opposition“, der Kadetten, in der III. Duma, die ganze Politik und Taktik der liberal-monarchistischen Bourgeoisie und dann die jetzige Bewegung unter den Handelsangestellten, all das bietet einen fruchtbringenden Boden für diesen Kampf der von den Arbeitern zu organisierenden Demokraten gegen die Liberalen, d. h. gegen die Partei der Kadetten. Da die zweite städtische Kurie die wichtigste Kurie mit zweitem Wahlgang ist, wird die *Hauptlinie* der Arbeiter im zweiten Wahlgang eben sein: mit den Demokraten *gegen* die Rechten und *gegen* die Liberalen.

Im Ergebnis kommen wir zu dem Schluß, daß die Liquidatoren und ihre Verteidiger hinsichtlich des zweiten Wahlgangs sowohl „technisch“ als auch politisch einen Fehler begehen. „Technisch“ machen sie den Fehler, daß sie den deutschen zweiten Wahlgang mit den russischen „Ergänzungs“-wahlen oder Neuwahlen verwechseln. Politisch machen sie den Fehler, daß sie zu einer liberalen Arbeiterpolitik abgleiten, indem sie sich mit allgemeinen Phrasen über die Unterstützung der Opposition gegen die Rechten aus der Affäre ziehen. In Wirklichkeit zwingt die allgemeine Aufgabe der Marxisten im gegenwärtigen Rußland – die Arbeiter als Vorhut der Demokratie *sowohl* gegen die Rechten *als auch* gegen den konterrevolutionären Liberalismus zu organisieren – sowie die Besonderheit unserer Lage in der „für den zweiten Wahlgang“ wichtigsten Kurie, eine an-

dere Losung auszugeben. Im zweiten Wahlgang soll man in erster Linie in der zweiten städtischen Kurie in den meisten Fällen mit allen Demokraten gegen die Liberalen und gegen die Rechten stimmen; lediglich in zweiter Linie soll man im zweiten Wahlgang einen Block mit der gesamten Opposition gegen die Reaktionäre eingehen.

„Swesda“ Nr. 25 (61),

3. April 1912.

Unterschrift: M. S c b.

Nach dem Text der „Swesda“.

LIBERALISMUS UND DEMOKRATIE

I

Die Konferenz der Trudowiki, über die wir schon gesprochen haben und über die in einigen Zeitungen berichtet wurde (unter anderem in der „Retsch“ vom 28. März), ist von besonderer Wichtigkeit unter dem Gesichtspunkt der Festlegung der Linie der einzelnen Parteien für die gesamte Wahlkampagne zur IV. Duma. Nach dem Block der gemäßigten Liberalen (der Kadetten und der „parteilosen Progressisten“) und nach den Beschlüssen der Arbeiterdemokratie über ihre Wahltaktik blieb nur noch übrig, daß die Trudowiki ihre Linie „festlegten“, damit das Bild vollständig ist.

Nummehr haben *alle* Klassen der russischen Gesellschaft in Gestalt aller einigermaßen ernsthaften und Beachtung verdienenden politischen Parteien ihre Linie in der Wahlkampagne festgelegt. Während für die bürgerlichen Parteien, besonders für diejenigen, die sich in dem Gebäude des Regimes des 3. Juni „häuslich“ eingerichtet haben, die Wahlen vornehmlich eine Zeit verstärkter Reklame sind, besteht für die Arbeiterdemokratie, für die Marxisten, die Hauptaufgabe der Wahlkampagne darin, das Volk darüber *aufzuklären*, worin das *Wesen* der verschiedenen politischen Parteien beschlossen liegt, *wer wofür* eintritt, von welchen wirklichen Lebensinteressen sich diese oder jene Partei leiten läßt, welche *Klassen* der Gesellschaft sich hinter diesem oder jenem Aushängeschild verbergen.

Von diesem Standpunkt aus werden wir *wiederholt* auf die Konferenz der Trudowiki einzugehen haben, und im Interesse der Arbeiterklasse müssen wir besondere Aufmerksamkeit gerade der soeben aufgezeigten prinzipiellen Frage zuwenden. Sowohl die Schwarzhunderter, die rechten

Parteien, als auch die *Liberalen* (die Kadetten) schweigen diese Frage entweder tot oder verdrehen auf tausenderlei Art und Weise die Fragestellung und die Lösung der Frage, wobei das nicht aus Unverstand oder böser Absicht einzelner Personen geschieht, sondern weil die *Klasseninteressen* der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie diese *zwingen*, das Wesen der Parteien der Bauern und der Arbeiter zu verfälschen.

Die Trudowiki ihrerseits, als eine überwiegend bäuerliche Partei, sind zwar nicht daran interessiert, daß wenigstens die Frage danach, wodurch sich der Liberalismus von der Demokratie unterscheidet, totgeschwiegen wird, aber sie beantworten diese Frage falsch. Vom Standpunkt des Bauern, d. h. des Kleineigentümers, kann man sie auch unmöglich richtig beantworten; nur vom Standpunkt des Lohnarbeiters ist diese Frage richtig beantwortet – das bezeugen nicht nur die Theorie, die Wissenschaft, sondern auch die *Erfahrungen* aller europäischen Länder, die gesamte ökonomische und politische Geschichte der europäischen Parteien im Verlauf besonders des 19. Jahrhunderts.

Man betrachte doch nur, wie die Liberalen von den Trudowiki sprechen und die Trudowiki von sich selbst. Die liberale „Retsch“, das Hauptorgan der Partei der Kadetten, erklärt, daß durch die Änderung des Wahlgesetzes am 3. Juni 1907 die Trudowiki am meisten geschädigt worden seien, daß sich ihre Taktik von der Taktik der Kadetten „nicht einigermaßen merklich unterscheiden“ könne, denn die Kadetten, sehen Sie, könnten „wiederholen“ und wiederholten fast alles, was von den Trudowiki gesagt worden ist. „Schließlich können Wahlabmachungen mit den Trudowiki“, schreibt die „Retsch“, „allenfalls in einzelnen, dazu ganz wenigen Gegenden notwendig werden.“

Man denke sich in diese Einschätzung hinein, und man wird sehen, daß das die Einschätzung eines liberalen Bourgeois ist, den das Gesetz vom 3. Juni aus der Vorherrschaft verdrängt hat (die er auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember 1905 besaß), dem es aber gleichzeitig ein achtenswertes oppositionelles, vor der Demokratie *geschütztes* Plätzchen eingeräumt hat. Ihr Herren Trudowiki seid für uns nicht wichtig, und wir rechnen nicht ernsthaft mit euch, das eben ist der wirkliche Sinn der Erklärung der „Retsch“. Warum nicht wichtig? Weil das Gesetz vom 3. Juni euch in bezug auf die Wahlen ohnmächtig gemacht hat.

Für jeden Demokraten und besonders für jeden Arbeiter sind nicht die

Parteien wichtig, die auf Grund des gegebenen Wahlgesetzes ein Monopol besitzen oder ein Privileg genießen, sondern diejenigen, die die breiten Massen der Bevölkerung, insbesondere der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, vertreten. Den liberalen Bourgeois jedoch hat das Gesetz vom 3. Juni gerade vor diesen Massen *geschützt*, und deshalb sind ihm diese Massen nicht wichtig. Die liberalen Advokaten und Journalisten brauchen Sitze in der Duma, die liberalen Bourgeois brauchen die Teilung der Macht mit den Purischkewitsch – das ist es, was sie brauchen, die Entwicklung des selbständigen politischen Denkens der Bauernmassen jedoch, die Entwicklung ihres selbständigen Handelns als Klasse braucht der Liberale nicht nur nicht, sondern das ist für ihn direkt gefährlich. Der Liberale braucht den Wähler, die Liberalen brauchen die ihnen vertrauende, ihnen folgende Menge (um die Purischkewitsch zu veranlassen, etwas Platz zu machen), aber die politische Selbständigkeit der Menge fürchtet der Liberale.

Warum jedoch fürchtet er die Trudowiki nicht, welche als „selbständige“ Partei, die der Bauernschaft, d. h. der großen Mehrheit der Bevölkerung, besonders nahesteht, *nicht* den Liberalismus, sondern die bürgerliche Demokratie repräsentieren? Eben weil die Trudowiki Demokraten sind, die in ihrem Verhältnis zu den Liberalen *nicht genügend* Selbständigkeit besitzen, die *nicht verstehen*, mit den Liberalen um den Einfluß auf die Masse zu kämpfen! Man kann nicht umhin, Hunderte und aber Hunderte Male auf diese überaus wichtige Frage der gegenwärtigen Politik in Rußland einzugehen, wenn man diese Politik als etwas Ernstes, Gewissenhaftes, Prinzipielles und nicht im Sinne eines Scharlatans (oder eines Liberalen, was dasselbe ist) als Mandatsjägerei auffaßt. Solange die historische Aufgabe der Epoche in Rußland seine politische Umgestaltung in demokratischer Richtung bleibt, solange wird unvermeidlich der *ganze Kern* der Frage dieser Umgestaltung darin bestehen, daß *sehr* breite, die allerbreitesten Bevölkerungsmassen zu bewußten Demokraten werden, d. h. zu ganz ausgesprochenen, konsequenten, entschiedenen Gegnern jeder nur möglichen Enge, Beschränktheit, Halbheit und Feigheit des Liberalismus. Und derjenige Arbeiter, der nicht begriffen hat, daß es unmöglich ist, ein konsequenter Kämpfer für die Vernichtung der Lohnsklaverei zu sein, *ohne* diese politische Aufgabe unserer Tage zu seiner eigenen zu machen und sie in die Tat umzusetzen, ist noch kein klassenbewußter Arbeiter.

Wenn die Liberalen, die Kadetten, sagen, daß sich ihre „Taktik“ nicht „einigermaßen merklich“ von der Taktik der Trudowiki unterscheide, so ist das himmelschreiende Ignoranz oder ganz schamlose Lüge. Jede Seite der politischen Geschichte Rußlands während des letzten Jahrzehnts enthält Hunderte und Tausende von Widerlegungen dieser Lüge. Die jüngste Geschichte Rußlands zeigt uns an unserer russischen *Erfahrung*, daß der Unterschied zwischen dem Liberalismus und der bäuerlichen Demokratie unermesslich größer ist als bei irgendwelchen Fragen der „Taktik“, denn dieser Unterschied trat stets und ausnahmslos während der letzten, sagen wir, acht Jahre zutage, obwohl der Gang der Ereignisse wiederholt die schroffsten Wendungen in der „Taktik“ hervorrief – dieser Unterschied ist unermesslich größer als bei allen „Programmen“, denn Programme bringen nur das zum Ausdruck, was die fortgeschrittenen Menschen einer Klasse über die Aufgaben und die Lage ihrer Klasse *denken*. Nicht die Meinungen fortgeschrittener Menschen, sondern das Handeln der Millionenmassen hat uns den grundlegenden Unterschied in der *gegenwärtigen* ökonomischen und politischen Lage der liberalen Bourgeoisie einerseits und der bürgerlich-demokratischen Bauernschaft andererseits sichtbar gemacht. Hieraus ergibt sich die grundlegende Verschiedenheit der *Klasseninteressen* gegenüber den „kommandierenden Kräften“ des heutigen Rußlands. Hieraus entspringt der grundlegende Unterschied in allen Ausgangspunkten und in dem ganzen Ausmaß der politischen Aktivität.

Sowohl dem Liberalen als auch dem Trudowik kann es scheinen, als seien sie politische Gesinnungsfreunde, denn beide sind „gegen Purischkewitsch“. Aber man gehe ein klein wenig tiefer, von dieser *Meinung* der Politiker zur *Klassenlage* der Massen, und man wird sehen, daß die liberale Bourgeoisie *im Leben* die politischen Privilegien mit den Purischkewitsch teilt, und sie *lediglich* darum streiten, ob die Purischkewitsch über zwei Drittel dieser Privilegien und die Miljukow über ein Drittel verfügen sollen oder umgekehrt. Man nehme das „Leben“, nehme die ökonomische Lage der heutigen russischen Bauernschaft als einer Schicht von Kleineigentümern in der Landwirtschaft, und man wird sehen, daß es sich durchaus nicht um die Teilung politischer Privilegien, durchaus nicht um politische Privilegien handelt, daß hier das Wort „Leben“ in Anführungsstriche gesetzt werden muß, denn allein die Existenz der Purischkewitsch bedeutet den *Hungertod* von Millionen solcher Kleineigentümer.

Im gegenwärtigen Rußland gibt es zwei Bourgeoisien. Die eine – das ist die sehr kleine Schicht reifer und überreifer Kapitalisten, die in Person der Oktobristen und Kadetten *in der Praxis* damit beschäftigt ist, die heutige politische Macht, die heutigen politischen Privilegien zwischen sich und den Purischkewitsch zu teilen. Das Wort heutige muß in genügend weitem Sinn verstanden werden, hier sind eingeschlossen z. B. sowohl jene Privilegien, die das Gesetz vom 3. Juni 1907 heute schützt, als auch jene, die durch das Gesetz vom 11. Dezember 1905 gestern geschützt wurden.

Die andere Bourgeoisie, das ist die sehr breite Schicht der kleinen und zum Teil mittleren Eigentümer, die zwar ganz unreif sind, aber energisch danach streben, reif zu werden; das sind vornehmlich Bauern, die *in der Praxis* keineswegs die Frage der Privilegien in der heutigen Epoche des historischen Lebens Rußlands zu lösen haben, sondern die Frage, was zu tun ist, um nicht Hungers zu sterben *durch* die Purischkewitsch. Das jedoch ist eben die Frage nach den eigentlichen Grundlagen der Macht der Purischkewitsch schlechthin, nach den Quellen für jedwede Macht der Purischkewitsch.

Die ganze Geschichte der politischen Befreiung Rußlands ist die Geschichte des Kampfes dieser beiden bürgerlichen Tendenzen. Der ganze Sinn der tausend und aber tausend schönen Worte über Freiheit und Gleichheit, über die „ausgleichende“ Bodenverteilung und über die „Volkstümlerrichtung“ läuft auf den Kampf dieser bürgerlichen Tendenzen hinaus. Im Ergebnis dieses Kampfes wird man unweigerlich ein völlig bürgerliches Rußland erhalten, das durchgängig oder überwiegend in einer dieser beiden „Farben“ getönt sein wird. Es erübrigt sich zu sagen, daß für den Lohnarbeiter dieser Kampf keineswegs gleichgültig ist; im Gegenteil, wenn er klassenbewußt ist, greift er aufs energischste in diesen Kampf ein und trachtet danach, daß der Bauer *ihm* folge und nicht dem Liberalen.

Eben darauf laufen auch die Fragen hinaus, die die Konferenz der Trudowiki zu behandeln nicht umhin konnte. Über diese Fragen werden wir in den nächsten Artikeln ausführlich sprechen. Heute jedoch wollen wir ein kurzes Fazit aus dem Gesagten ziehen. Die Frage der Trudowiki und der Kadetten ist eine der für die ganze politische Befreiung Rußlands sehr wichtigen Fragen. Es gibt nichts Banaleres, als diese Frage zu reduzieren auf die „Stärke“ dieser oder jener Parteien im System des 3. Juni, auf

die „Vorausberechnung“ dieser oder jener Abkommen für die Wahlen nach diesem System. Im Gegenteil, die Teilfrage über Wahlabkommen, über den zweiten Wahlgang usw. kann vom Standpunkt des Lohnarbeiters nur dann richtig entschieden werden, wenn die Klassenwurzeln der einen wie der anderen Partei, der bürgerlichen Demokraten (der Trudowiki) und des bürgerlichen Liberalismus (der Kadetten, der „Progressisten“ usw.), begriffen worden sind.

II

Die Konferenz der Trudowiki hat eine ganze Reihe sehr interessanter und lehrreicher politischer Fragen aufgeworfen. Gegenwärtig besitzen wir einen ausgezeichneten Kommentar zu ihren Beschlüssen – den Artikel des Herrn W. Wodowosow „Das Wahlprogramm der Gruppe der Trudowiki“ in Nr. 13 der Petersburger Wochenschrift „Saprossy Shisni“ [Anforderungen des Lebens], die unter engster Mitarbeit der Herren Kowalewski und Blank herausgegeben wird. Dieser Kommentar des Herrn Wodowosow ist natürlich nicht von unserem Standpunkt aus „ausgezeichnet“, sondern weil er die Anschauungen und Bestrebungen der Trudowiki richtig wiedergibt. Jeder, der sich für die Bedeutung der demokratischen gesellschaftlichen Kräfte Rußlands interessiert, sollte dem Artikel des Herrn Wodowosow größte Beachtung schenken.

„Die Gruppe der Trudowiki“, schreibt er, „geht von der Überzeugung aus, daß im gegenwärtigen historischen Moment die Interessen der Bauernschaft, der Arbeiterklasse und der werktätigen Intelligenz nicht nur nicht einander widersprechen, sondern fast identisch sind; darum könnte eine einzige Partei durchaus den Interessen dieser drei Gesellschaftsklassen Genüge leisten. Aber kraft der historischen Bedingungen hatte die Arbeiterklasse ihre Vertretung in Gestalt der sozialdemokratischen Partei gefunden, und darum mußte natürlich die Gruppe der Trudowiki vornehmlich zur politischen Vertreterin der Bauernschaft werden. Und das war sie denn auch.“

Hier ist sogleich der grundlegende Irrtum zu sehen, der von allen Volkstümlern, einschließlich der am weitesten „links“ stehenden, geteilt wird. Sie gehen von einer „Überzeugung“ aus, die im Widerspruch steht zu allen Wahrheiten der ökonomischen Wissenschaft und zur ganzen Erfahrung der Länder, die Epochen durchgemacht haben, ähnlich der gegenwärtigen Epoche in Rußland. Sie halten weiterhin an diesen „Überzeugun-

gen“ selbst dann noch fest, wenn die Erfahrungen der russischen Geschichte sie zu der Einsicht nötigen, daß auch auf unserem Boden diese Überzeugungen durch den Gang der Ereignisse widerlegt werden.

Der zweite Satz der Trudowiki hebt den ersten auf. Wenn *eine* Partei den Interessen sowohl der Arbeiterklasse als auch der Bauernschaft Genüge leisten könnte, woher sollte dann eine besondere Partei der Arbeiterklasse kommen? Wenn diese aber gegründet wurde und sich konsolidierte in einer besonders wichtigen, besonders kritischen Periode der russischen Geschichte (im Jahre 1905), wenn sogar die Trudowiki sich selber sagen müssen, daß die Arbeiterklasse ihre eigene Partei „gefunden“ hat „kraft der historischen Bedingungen“, so heißt das, die „Überzeugungen“ der Trudowiki sind *widerlegt* worden „durch die Kraft der historischen Bedingungen“.

Wenn die Trudowiki sich als Partei der Bauernschaft *erwiesen* haben, aber ihren Überzeugungen nach eine nicht nur bäuerliche Partei sein sollten, so heißt das, daß ihre Überzeugungen falsch, daß sie eine Illusion sind. Und diese Illusion ist eben von der Art wie die Illusion *aller* bürgerlich-demokratischen Parteien Europas in der Zeit des Kampfes gegen Feudalismus und Absolutismus. In dieser oder jener Form dominierte die Idee der „außerhalb der Klassen stehenden Parteien“, wobei durch „die Kraft der historischen Bedingungen“ diese Idee ständig widerlegt, diese Illusion zerstört wurde. Versuche oder krampfhaft Bemühungen, verschiedene Klassen in „*einer* Partei“ zu umfassen, sind gerade für den bürgerlichen Demokratismus derjenigen Epoche kennzeichnend, wo dieser seinen Hauptfeind hinten und nicht vorn sehen mußte, in den Fronherren und nicht im Proletariat.

Der Anspruch darauf, verschiedene Klassen zu „umfassen“, nähert die Trudowiki den Kadetten: Auch diese wollen eine *über den Klassen stehende* Partei sein, auch diese versichern, daß „die Interessen“ der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der werktätigen Intelligenz „fast identisch“ seien. Unter werktätiger Intelligenz verstehen sie auch die Herren Maklakow! Die klassenbewußten Arbeiter werden immer ankämpfen gegen jegliche Ideen von über den Klassen stehenden Parteien, gegen jede Verkleisterung der klassenbedingten Kluft zwischen den Lohnarbeitern und den Kleineigentümern.

Während die Gemeinsamkeit der Trudowiki mit den Kadetten darin

besteht, daß sie beide die bürgerlichen Vorurteile über die Möglichkeit einer Verschmelzung der verschiedenen Klassen teilen, besteht andererseits der Unterschied zwischen ihnen darin, zu welcher Klasse die eine wie die andere Partei entgegen ihren Wünschen, manchmal entgegen der Erkenntnis einzelner ihrer Mitglieder, durch den Gang der Ereignisse gedrängt wird. Die Geschichte hat die Trudowiki gelehrt, aufrichtiger zu sein, zu erklären, daß sie eine Bauernpartei sind. Die Kadetten nennen sich zwar weiterhin Demokraten, sind jedoch in Wirklichkeit konterrevolutionäre Liberale.

Leider wird diese letztere Wahrheit von den Trudowiki bei weitem nicht klar und deutlich erkannt, so wenig klar und deutlich, daß in den offiziellen Beschlüssen ihrer Konferenz überhaupt jede Charakteristik der Kadetten fehlt. In den offiziellen Beschlüssen spricht man lediglich von Abkommen „in erster Linie mit den Sozialdemokraten und dann mit den Kadetten“. Das genügt nicht. Die Frage der Wahlabkommen kann nur dann richtig, konsequent und prinzipiell gelöst werden, wenn völlig klar gestellt wird, welches die Klassennatur der Parteien ist, die ein Abkommen eingehen, worin die grundlegende Divergenz zwischen ihnen besteht und worin zeitweise ihre Interessen zusammenfallen.

Darüber wird lediglich in dem Kommentar des Herrn Wodowosow gesprochen. Die „Retsch“, die dessen Artikel hervorhob und besprach, bemühte sich, gerade diese Punkte vor dem Leser völlig zu verbergen. Wir glauben, daß es unsere Pflicht ist, auf diese Punkte aufmerksam einzugehen.

„Die Gruppe der Trudowiki“, schreibt Herr Wodowosow, „hat gut begriffen, daß das gegenwärtige russische System ein System des Absolutismus und der Willkür ist, und darum hat sie entschieden alle die Reden verurteilt, mit denen die Partei der Kadetten urbi et orbi* verkünden wollte, daß in Rußland ein konstitutionelles Regime existiere, und hat sich zu den feierlichen Empfängen ablehnend verhalten, die für die Vertreter des englischen und französischen Parlaments veranstaltet worden sind, um den russischen Konstitutionalismus zu manifestieren. Für die Gruppe der Trudowiki unterlag es keinem Zweifel, daß nur eine radikale und tiefgreifende Umwälzung in der ganzen staatlichen und sozialen Struktur Rußland auf den Weg einer richtigen und gesunden Entwick-

* vor aller Welt. Die Red.

lung hinführen kann; darum hat sie allen Äußerungen dieser Überzeugung in unserem gesellschaftlichen Leben Sympathie entgegengebracht. Eben diese Überzeugung bestimmte die tiefe Kluft zwischen ihr und der Kadettenpartei . . .“, und etwas weiter wird derselbe Gedanke wiederholt von dem „friedlichen Evolutionismus der Kadetten und der durch diesen Evolutionismus geschaffenen Taktik der Kadetten“, die „die Trudowiki stets mehr von den Kadetten entfernte als von der Sozialdemokratie“.

Es ist begreiflich, warum die kadettische „*Retsch*“ besorgt darum sein mußte, dieses Urteil vor ihren Lesern zu verbergen. Hier hat der Wunsch, eine Grenze zwischen Demokratismus und Liberalismus zu ziehen, klaren Ausdruck gefunden. Eine Grenze gibt es zweifellos, aber Herr Wodowosow – obwohl er von einer „tiefen Kluft“ spricht – faßt diese Grenze bei weitem nicht tief genug. Bei ihm ergibt sich, daß der Unterschied eigentlich auf dem Gebiet der Taktik und in der Einschätzung der Situation zu suchen sei: Die Trudowiki sind für eine radikale Umwälzung, die Kadetten sind friedliche Evolutionisten; die Trudowiki meinen, daß es bei uns ein absolutistisches Regime gebe, die Kadetten jedoch, daß, Gott sei Dank, eine Verfassung existiere. Solche Unterschiede sind zwischen dem rechten und linken Flügel ein und derselben Klasse möglich!

Beschränkt sich der Unterschied zwischen den Trudowiki und den Kadetten eben darauf? Hat nicht Herr Wodowosow selbst zugegeben, daß die Trudowiki die Partei der Bauernschaft sind? Gibt es nicht in der *Klassenlage* der Bauernschaft Züge, die sie wenigstens in bezug auf Purischkewitsch und das Purischkewitschregime von der Lage der liberalen Bourgeoisie unterscheiden?

Wenn nein, dann ist der Unterschied zwischen Trudowiki und Kadetten sogar unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zum Feudalismus und Absolutismus nicht sehr tiefgehend. Wenn ja, dann muß eben der Unterschied der *Klasseninteressen* in den Vordergrund gerückt werden und nicht der Unterschied in den „*Ansichten*“ über Absolutismus und Verfassung oder über eine friedliche Evolution.

Die Trudowiki wollen radikaler sein als die Kadetten. Das ist sehr gut. Aber ihr Radikalismus würde konsequenter und tiefer sein, wenn sie das Klassenwesen der liberal-monarchistischen Bourgeoisie klar verstünden, wenn sie in ihrer Plattform offen über den konterrevolutionären Liberalismus der Kadetten sprächen.

Vergeblich sucht sich darum Herr Wodowosow mit einem Hinweis auf äußere Hindernisse zu „rechtfertigen“, derentwegen, wie er sagt, die Trudowiki eine „Resolution ausarbeiten mußten, worin die wesentlichsten Punkte hinter einem für die meisten Leser nicht ganz klaren Hinweis auf die ihnen wenig zugängliche ‚Plattform der Gruppe der Trudowiki‘ verborgen waren“. Erstens waren die Trudowiki nicht verpflichtet, sich auf eine mit solcherlei Hindernissen umgebene Arena zu beschränken; indem sie sich darauf beschränken, offenbaren sie dadurch, haargenau wie unsere Liquidatoren, daß sie sich von den Kadetten nicht genügend tief unterscheiden. Zweitens wäre es auf jeder beliebigen Arena durchaus möglich gewesen, das Klassenwesen des kadettischen Liberalismus und seinen konterrevolutionären Charakter zu formulieren.

Wir sehen also, daß das Schwanken der Trudowiki zwischen den Kadetten und der Sozialdemokratie nicht zufällig ist, sondern aus den sehr tief verwurzelten Verhältnissen entspringt, in welche die Bauernschaft versetzt worden ist. Die Zwitterstellung außerhalb des direkten Kampfes zwischen Bourgeois und Proletarier nährt die Illusion von einer außer oder über den Klassen stehenden Partei. Die allgemeinen bürgerlichen Vorurteile, die dem Eigentümer wie dem Kleineigentümer eigen sind, bringen die Trudowiki und Kadetten einander näher. Hieraus ergibt sich die mangelnde Konsequenz der Trudowiki als bürgerlicher Demokraten sogar in ihrem Kampf gegen die Grundlagen der Macht der Purischkewitsch.

Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter ist es, den Zusammenschluß einer möglichst von den Liberalen unabhängigen, möglichst wenig deren Einfluß unterliegenden, möglichst konsequenten und entschiedenen Bauerndemokratie zu fördern. Die Lage der gewaltigen Massen der Bauernschaft ist derart, daß die von Herrn Wodowosow formulierten Bestrebungen nach einer „radikalen und tiefgreifenden Umwälzung“ sehr solide, weitverzweigte und tief in den Boden reichende Wurzeln haben.

„Swesda“ Nr. 27 (63) und 32 (68),
8. und 19. April 1912.
Unterschrift: P. P.

Nach dem Text der „Swesda“.

ANMERKUNGEN

- ¹ Das *Russische Kollegium des ZK* („ZK in seiner engeren Zusammensetzung“, „in Rußland arbeitendes Kollegium des ZK“), das vom Plenum des ZK der SDAPR im August 1908 bestätigt wurde, bestand bis 1910. In seiner ersten Zusammensetzung gehörten ihm je ein Vertreter der Bolschewiki, der Menschewiki, der polnischen und der lettischen Sozialdemokraten sowie des „Bund“ an.

1910 wurde das Russische Kollegium des ZK laut Statut, das vom Januarplenum des ZK beschlossen wurde, auf 7 Mitglieder erweitert; ihm sollten angehören: 4 Mitglieder des ZK, die auf dem V. (Londoner) Parteitag gewählt wurden, und drei Vertreter der nationalen Organisationen. Es gelang jedoch dem Russischen Kollegium des ZK nicht, nach dem Januarplenum die Arbeit zu organisieren; die menschewistischen Liquidatoren weigerten sich, im Kollegium mitzuarbeiten. Der Hinweis Lenins – in das Russische Kollegium des ZK an Stelle der Liquidatoren parteitreue Menschewiki aufzunehmen – wurde von den Versöhnlern im ZK (Nogin, Goldenberg, Leiteisen u. a.) nicht verwirklicht.

Im Verlauf des Jahres 1910 und Anfang 1911 wurden alle bolschewistischen Mitglieder des ZK, die in Rußland arbeiteten, verhaftet.

Der Brief an das Russische Kollegium des ZK der SDAPR ist nach einer Kopie veröffentlicht, die in den Akten des Polizeidepartements gefunden wurde. Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 1

- ² „*Golos Sozial-Demokrata*“ (Die Stimme des Sozialdemokraten) – Auslandsorgan der menschewistischen Liquidatoren, erschien von Februar 1908 bis Dezember 1911, zunächst in Genf, dann in Paris.

Eine Charakteristik des „*Golos Sozial-Demokrata*“ gab Lenin in seinem

Artikel „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 151–159.) 1

- ³ Das Plenum des ZK der SDAPR, bekannt unter der Bezeichnung „Vereinigungsplenum“, fand vom 2. bis 23. Januar (15. Januar bis 5. Februar) 1910 in Paris statt. Außer den Bolschewiki nahmen Vertreter aller Fraktionen und fraktionellen Gruppierungen sowie Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Organisationen teil. Die Mehrheit auf dem Plenum bildeten die Versöhnler. Als Gegengewicht zu Lenins Plan, der eine Annäherung an die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) vorsah, um mit ihnen gegen das Liquidatorentum zu kämpfen, forderten die Versöhnler die Auflösung sämtlicher Fraktionen und die Vereinigung der Bolschewiki mit den Liquidatoren und Trotzkiisten. Die versöhnlerischen Elemente erhielten auf dem Plenum das Übergewicht. Lenin hatte nur die Minderheit hinter sich. Erst auf Lenins Drängen hin nahm das Plenum einen Beschluß über die Verurteilung des Liquidatorentums und des Otsowismus an. Entgegen Lenins Meinung beschloß das Plenum, das Erscheinen der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ einzustellen, das Bolschewistische Zentrum aufzulösen und dessen Eigentum dem ZK, das Bargeld aber Vertretern der internationalen Sozialdemokratie (den „Treuändern“) – F. Mehring, C. Zetkin und K. Kautsky – zu übergeben. Lenin setzte einen Zusatz zum Beschluß des Plenums durch, der die Bedingung enthielt, daß gleichzeitig mit dem Bolschewistischen Zentrum auch die Fraktionszentren der „Golos“- und „Wperjod“-Leute aufgelöst werden. Das Plenum beschloß, die Wiener „Prawda“ Trotzkiis finanziell zu unterstützen und in ihre Redaktion einen Vertreter des ZK aufzunehmen.

Trotz Lenins Protest wurden von den Versöhnlern im Bunde mit Trotzki keine parteitreuen Menschewiki in die zentralen Institutionen gewählt, sondern „Golos“-Leute. Über den Kampf Lenins gegen die Liquidatoren, Trotzkiisten und Versöhnler auf dem Plenum siehe auch seinen Artikel „Notizen eines Publizisten“. (Werke, Bd. 16, S. 193–261.) 1

- ⁴ Michail (J. A. Issuw), Roman (K. M. Jermolajew) und Juri (P. A. Bronstein) – menschewistische Liquidatoren, die auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR zu Kandidaten des ZK der SDAPR gewählt worden waren. 1
- ⁵ „Wperjod“-Leute (Gruppe „Wperjod“ [Vorwärts]) – parteifeindliche Gruppe von Otsowisten, Ultimatisten, Gottbildnern und Empiriomonisten (Anhänger der reaktionären, idealistischen Philosophie von Mach und

Avenarius); sie entstand im Dezember 1909 auf Initiative A. Bogdanows und G. Alexinskis. Sie besaß ein Presseorgan mit der gleichen Bezeichnung. Nach der Prager Parteikonferenz 1912 vereinigten sich die „Wperjod“-Leute mit den menschewistischen Liquidatoren und Trotzlisten im Kampf gegen die Beschlüsse der Konferenz. Die Gruppe zerfiel faktisch 1913. Endgültig löste sie sich 1917 nach der Februarrevolution auf. 1

- ⁶ Das *Zentralorgan der SDAPR*, der „Sozial-Demokrat“, wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zuerst in Paris und später in Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozial-Demokrat“ wurden über achtzig Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig in ihrer Fraktionszeitung, im „Golos Sozial-Demokrata“, offen das Liquidatorenentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat“ von W. I. Lenin redigiert. 2
- ⁷ Lenin meint die Deklaration („Übereinkommen“) der Bolschewiki, die auf dem Plenum des ZK der SDAPR („Vereinigungsplenum“) im Januar 1910 unterschrieben und bekanntgegeben wurde. Siehe den vorliegenden Band, S. 354–356. 2
- ⁸ Igor (Igorow, Gorew) – der menschewistische Liquidator B. I. Goldman. 2
- ⁹ Das *Auslandsbüro des ZK der SDAPR* wurde vom Plenum des ZK der SDAPR im August 1908 als Vertretung der gesamten Partei im Ausland geschaffen, es war dem Russischen Kollegium des ZK untergeordnet und rechenschaftspflichtig. Bald nach dem Januarplenum des ZK im Jahre 1910 erlangten im Auslandsbüro des ZK die Liquidatoren die Mehrheit, die mit allen Mitteln versuchten, die Arbeit der zentralen Parteikörperschaften zu desorganisieren. Die liquidatorische Taktik des Auslandsbüros veranlaßte die Bolschewiki, die Anhänger Lenins, ihren Vertreter Alexandrow (N. A. Semaschko) im Mai 1911 aus dem Auslandsbüro abzurufen. Später wurden auch die Vertreter der polnischen und der lettischen Sozialdemokratie abgerufen. Im Januar 1912 löste sich das Auslandsbüro auf. 2

- ¹⁰ Gemeint sind die parteitreuen Menschewiki, die zu dieser Zeit am Zentralorgan, dem „Sozial-Demokrat“, an den bolschewistischen Zeitungen „Swesda“ und „Rabotschaja Gaseta“ und in den örtlichen Komitees mit den Bolschewiki zusammenarbeiteten. 1911 gehörten die parteitreuen Menschewiki der Russischen Organisationskommission zur Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz an. 3
- ¹¹ „Rabotschaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) – populäres Organ der Bolschewiki; wurde in Paris vom 30. Oktober (12. November) 1910 bis 30. Juli (12. August) 1912 herausgegeben; es erschienen 9 Nummern. An der Zeitung arbeiteten auch parteitreue Menschewiki mit. Begründer und Leiter der „Rabotschaja Gaseta“ war Lenin. Lenin veröffentlichte in der Zeitung mehr als 10 Artikel.
- Die Prager Konferenz der SDAPR (Januar 1912) stellte fest, daß die „Rabotschaja Gaseta“ die Partei und das Parteiprinzip entschieden und konsequent verteidigt, und erklärte sie zum offiziellen Organ des ZK der SDAPR (Bolschewiki). 3
- ¹² *Fraktionelle Schule im Ausland* – Fraktionszentrum der Otsowisten, Ultimaten und Gottbildner. Sie wurde 1909 von A. Bogdanow (Maximow), G. Alexinski und A. Lunatscharski unter Beteiligung von A. M. Gorki auf der Insel Capri (Italien) gegründet. Da sich die Bogdanow-Leute hinter dem Aushängeschild der Treue zur Partei tarnten, erreichten sie es, daß von einigen örtlichen sozialdemokratischen Organisationen 13 Hörer delegiert wurden. Die Schule bestand etwa 4 Monate (August–Dezember 1909). Im November kam es zu einer Spaltung unter den Hörern: ein Teil von ihnen rückte, unter Führung des Arbeiters N. J. Wilonow, ganz entschieden von den Bogdanow-Leuten ab. Die Leninisten unter den Hörern sandten ein Protestschreiben gegen das parteifeindliche Verhalten der Lektoren an die Redaktion des „Proletari“. Dafür wurden sie aus der Schule ausgeschlossen. Ende November 1909 kamen sie auf Einladung Lenins nach Paris und hörten einen Lektionszyklus, darunter auch die Lektionen Lenins „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben“ und „Die Agrarpolitik Stolypins“. Die auf Capri verbliebenen Hörer gründeten gemeinsam mit den Lektoren im Dezember 1909 die parteifeindliche Gruppe „Wperjod“.
- Auf der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ wurde die Schule auf Capri als „neues Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion“ verurteilt. 3
- ¹³ Lenin meint die Zusammenarbeit der Bolschewiki mit G. W. Plechanow in der Delegation der SDAPR auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in

Kopenhagen vom 28. August bis 3. September 1910. Während des Kongresses übergaben W. I. Lenin und G. W. Plechanow dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Protestschreiben gegen die Veröffentlichung eines anonymen, verleumderischen Artikels über die Lage in der russischen Sozialdemokratie im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, im „Vorwärts“. Der Verfasser des Artikels war Trotzki. 4

¹⁴ „Prawda“ (Die Wahrheit), sog. Wiener „Prawda“ – Fraktionsorgan der Trotzkiisten; wurde von 1908 bis 1912 in Wien herausgegeben. Unter der Maske der „Fraktionslosigkeit“ nahm die Zeitung in allen grundlegenden Fragen eine liquidatorische Haltung ein, unterstützte aber auch die Otsowisten und Ultimaten. 1912 waren Trotzki und seine Zeitung die Organisatoren des parteifeindlichen Augustblocks. 4

¹⁵ *Schreiben der Sechzehn* – offener Brief, geschrieben von den menschewistischen Liquidatoren als Antwort auf die gegen die Liquidatoren und ihren Führer, A. N. Potressow, gerichtete Veröffentlichung G. W. Plechanows in Nr. 9 des „Dnewnik Sozialdemokrata“ (August 1909).

Lenin nannte das Schreiben der Sechzehn ein „herostratisch berühmtes“ Dokument. (Siehe den Artikel „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“, Werke, Bd. 16, S. 151–159.) 8

¹⁶ „Wechi“-Leute – Mitarbeiter des kadettischen Sammelbandes „Wechi“ (Marksteine), der im Frühjahr 1909 mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie erschien. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi“-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter Belinskis und Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen“ „vor der Volkswut“ rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. Lenin verglich das Programm der „Wechi“ sowohl in der Philosophie wie auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedomosti“ (Moskauer Nachrichten) und bezeichnete den Sammelband als „Enzyklopädie des liberalen Renegatentums“, als eine „einzige Flut reaktionären Spüllichts, das über die Demokratie ausgegossen wird“. 9

¹⁷ „Rossija“ (Rußland) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg herausgegeben wurde. Von 1906 an war sie das

offizielle Organ des Innenministeriums. Lenin nannte die Zeitung „Rossija“ ein „korruptes Polizeiblättchen“. 9

- ¹⁸ „Retsch“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 20
- ¹⁹ Der Artikel „Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus“ wurde in der Zeitung „Swesda“ veröffentlicht.
 „Swesda“ (Der Stern) – bolschewistische legale Zeitung, Vorläuferin der „Prawda“; erschien in Petersburg vom 16. (29.) Dezember 1910 bis zum 22. April (5. Mai) 1912 (anfangs wöchentlich, ab Januar 1912 zweimal und ab März dreimal wöchentlich). Am 26. Februar (10. März) 1912 erschien gleichzeitig mit der „Swesda“ die Nr. 1 der „Newskaja Swesda“ (Der Newa-Stern), die nach dem Verbot der „Swesda“ an deren Stelle trat. Die letzte, die 27. Nummer der „Newskaja-Swesda“ erschien am 5. (18.) Oktober 1912.
 N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. S. Olminski, N. G. Poletajew und auch A. M. Gorki arbeiteten an der Zeitung mit. Bis zum Herbst 1911 waren auch die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) an der Zeitung beteiligt. Ideologisch wurde die Zeitung vom Ausland her von Lenin geleitet. In der „Swesda“ und der „Newskaja Swesda“ wurden etwa 50 Artikel Lenins veröffentlicht.
 Die von Lenin geleitete legale Zeitung „Swesda“ war ein bolschewistisches Kampforgan, das das Programm der illegalen Partei verfocht. Die „Swesda“ räumte den Arbeiterkorrespondenten breiten Raum ein und stellte ständige feste Verbindungen mit den Arbeitern her. Die Auflage einzelner Nummern erreichte 50 000–60 000 Exemplare.
 Die Zeitung war ständigen Verfolgungen von seiten der Regierung ausgesetzt: von 96 Nummern der „Swesda“ und der „Newskaja Swesda“ wurden 39 beschlagnahmt, 10 mit Strafen belegt. Die „Swesda“ bereitete die Herausgabe der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ vor; sie wurde von der Regierung an dem Tag verboten, an dem die erste Nummer der „Prawda“ erschien. 23
- ²⁰ „Nascha Sarja“ (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschenwristischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „Nascha Sarja“ gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. 29
- ²¹ „Vorwärts“ – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884

- gegründeten „Berliner Volksblatt“ neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts“-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts“ zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts“ zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt, wurde dann zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus und nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 29
- 22 „l'Humanité“ – Tageszeitung, 1904 von Jean Jaurès als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründet. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag in Tours (Dezember 1920) und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Organ; auch heute noch erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. 30
- 23 „Westnik Narodnoi Woli“ (Bote des Volkswillens) – wurde in Genf von 1883 bis 1886 als Auslandsorgan der Partei „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) herausgegeben unter Redaktion von P. L. Lawrow und L. A. Tichomirow; es erschienen fünf Nummern. 30
- 24 „Birsbewyje Wedomosti“ (Börsennachrichten) – bürgerliche Tageszeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „Birshowka“ wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Käuflichkeit der bürgerlichen Presse. Die Zeitung wurde Ende Oktober 1917 verboten. 31
- 25 Hier und im weiteren meint und zitiert Lenin das „Manifest der Kommunistischen Partei“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 482–484 und 491/492.) 36
- 26 Der Artikel „Marxismus und ‚Nascha Sarja‘“ wurde in Nr. 3 der Zeitschrift „Sowremennaja Shisn“ veröffentlicht.
 „Sowremennaja Shisn“ (Das Leben der Gegenwart) – bolschewistische legale gesellschaftspolitische Wochenschrift, sie wurde in Baku vom 26. März (8. April) bis 22. April (5. Mai) 1911 unter Leitung S. G. Schaumians herausgegeben. Es erschienen drei Nummern. Nach Beschlagnahme der dritten Nummer wurde die Zeitschrift von der Regierung verboten. 38
- 27 „Wosrosbdenije“ (Wiedergeburt) – legale Zeitschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von Dezember 1908 bis Juli 1910 in Moskau; an

ihre Stelle traten die Zeitschriften „Shisn“ (Das Leben) (1910) und „Delo Shisni“ (Sache des Lebens) (1911). 39

²⁸ *Majewski* – der Menschewik W. A. Gutowski. 42

²⁹ Lenin meint die Broschüre Tscherewanins „Der Londoner Parteitag der SDAPR 1907“. Am Schluß dieser Broschüre tritt der Autor mit einer liquidatorischen Kritik an den Beschlüssen des V. (Londoner) Parteitags der SDAPR über den Arbeiterkongreß und parteilose Arbeiterorganisationen auf. 42

³⁰ Der Artikel „Unsere Liquidatoren“ wurde in der Zeitschrift „Mysl“ veröffentlicht.

„Mysl“ (Der Gedanke) – bolschewistische legale Monatsschrift für philosophische und sozialökonomische Fragen; erschien ab Dezember 1910 in Moskau. Lenin gründete die Zeitschrift, um sie den liquidatorischen Zeitschriften gegenüberzustellen und zum Kampf gegen sie. Lenin leitete die Zeitschrift vom Ausland aus.

In den ersten vier Nummern der „Mysl“ veröffentlichte Lenin 6 Artikel, darunter auch die große Arbeit „Über die Statistik der Streiks in Rußland“. Engste Mitarbeiter der Zeitschrift waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, I. I. Skworzow-Stepanow. Außerdem arbeiteten an der Zeitschrift parteitreue Menschewiki (G. W. Plechanow und andere) mit. Die Zeitschrift wurde bis April 1911 herausgegeben; es erschienen fünf Nummern. Die letzte, die fünfte Nummer wurde beschlagnahmt. 44

³¹ „*Oswoboshdenije*“ (Die Befreiung) – Halbmonatsschrift der liberalen Bourgeoisie, die unter der Redaktion von P. B. Struve von 1902 bis 1905 im Ausland erschien. Von Januar 1904 an wurde sie zum Organ des liberal-monarchistischen „Bundes der Befreiung“. Die Anhänger des „*Oswoboshdenije*“ bildeten später den Kern der stärksten bürgerlichen Partei Rußlands, der Partei der Kadetten. 45

³² Lenin meint seine Arbeit „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“, die im März 1906 geschrieben und im April desselben Jahres als Broschüre veröffentlicht wurde. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 193 bis 276.) 46

³³ *Der Plattform der 104* (Entwurf eines Agrargesetzes) trudowikischer Abgeordneter der I. und II. Duma lagen die volkstümlichen Prinzipien der ausreichenden Bodennutzung zugrunde: Bildung eines allgemeinen Volkfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts- und Klosterländereien sowie aus Privatländereien, wenn die Größe des Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; für die enteigneten Privatländereien war eine Entschädigung

- vorgesehen. Die Durchführung der Agrarreform sollte den örtlichen Bauernkomitees übertragen werden. (Über die Plattform der 104 siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 12, S. 193/194, und Werke, Bd. 13, S. 265–270.) 51
- ³⁴ „*Sbisan*“ (Das Leben) – Zeitschrift, Organ der menschowistischen Liquidatoren; wurde in Moskau herausgegeben; es erschienen zwei Nummern (im August und im September 1910). 56
- ³⁵ „*Russkaja Mysl*“ (Der russische Gedanke) – Monatsschrift liberal-völkertümlicher Richtung, die ab 1880 in Moskau erschien. Nach der Revolution von 1905 war sie das Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. In dieser Zeit bezeichnete Lenin die „*Russkaja Mysl*“ als „*Tschernosotennaja Mysl*“ (Schwarzhundertergedanke). Die Zeitschrift wurde Mitte 1918 verboten. 56
- ³⁶ Lenin zitiert die lyrische Komödie N. A. Nekrassows „*Die Bärenjagd*“. (Siehe N. A. Nekrassow, Gesammelte Werke, Bd. II, Buch I, 1937, S. 173, russ.) 56
- ³⁷ *N. Beltow* – literarisches Pseudonym G. W. Plechanows, unter dem er im Jahre 1895 seine Arbeit „*Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung*“ veröffentlichte. 58
- ³⁸ „*Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*“ – fünf Bände, von Menschewiki herausgegeben (es erschienen vier Bände) unter Redaktion L. Martows, P. Maslows und A. N. Potressows. G. W. Plechanow, der anfangs der Redaktion angehörte, schied Ende des Jahres 1908 aus, da er mit der Veröffentlichung eines liquidatorischen Artikels von A. N. Potressow im ersten Band dieser Ausgabe nicht einverstanden war. 63
- ³⁹ „*Russkije Wedomosti*“ (Russische Nachrichten) – Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien; sie vertrat die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz. Anfang 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde sie verboten. 67
- ⁴⁰ „*Progressisten*“ nannten sich während der Wahlen zur II. und III. Duma vornehmlich die Vertreter des städtischen und auch ein Teil des ländlichen Kleinbürgertums. 68
- ⁴¹ *Rat des vereinigten Adels* – konterrevolutionäre Organisation der Gutsbesitzer, die im Mai 1906 gegründet wurde. Sie übte einen großen Einfluß auf die Politik der Regierung aus. Zur Zeit der III. Reichsduma gehörten

viele Mitglieder dieses Rats dem Reichsrat und den leitenden Zentren der Schwarzhunderterorganisationen an. 70

- ⁴² Tolmatschow, J. N. – Gouverneur von Odessa, extremer Schwarzhunderter. 71
- ⁴³ „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie Ende der siebziger Jahre zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der bürokratischen Beamtenschaft. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „*Nowoje Wremja*“ als Musterbeispiel einer käuflichen Zeitung. 75
- ⁴⁴ *Gromoboi* – Mitarbeiter der Oktobristenzeitung „*Golos Moskwy*“.
Isgojew – kadettischer Publizist, Mitarbeiter des Sammelbandes „*Wechi*“ und der Zeitung „*Retsch*“. 80
- ⁴⁵ Lenin meint die Erklärung von 66 Moskauer Industriellen, die am 11. (24.) Februar 1911 in den „*Russkije Wedomosti*“ veröffentlicht worden war. Die Vertreter des Großkapitals traten gegen die Studentenverfolgungen auf, insofern sie die bürgerliche Jugend berührten und die Ausbildung von Spezialisten für die russische Industrie behindert wurde. 80
- ⁴⁶ „*Golos Moskwy*“ (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung, Organ der Oktobristen, der konterrevolutionären Partei der industriellen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer; sie erschien von Dezember 1906 bis Juni 1915 in Moskau. 81
- ⁴⁷ „*Semschtschina*“ (Der Bauernstand) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, wurde in Petersburg von Juni 1909 bis Februar 1917 herausgegeben; Organ der extrem rechten Abgeordneten der Reichsduma. 84
- ⁴⁸ *Meschkowski* (J. P. Goldenberg) – Mitglied des ZK der SDAPR, Bolschewik und Versöhnler. 90
- ⁴⁹ *Innokenti* (Innokentijew, Inok) – J. F. Dubrowinski, Mitglied des ZK der SDAPR, Bolschewik; nahm von 1910 bis 1911 eine versöhnlerische Haltung ein. 91
- ⁵⁰ *Olgin* – W. P. Fomin, parteitreuer Menschewik. 92
- ⁵¹ Es folgen die Unterschriften Lenins und zwei anderer Mitglieder des ZK. 93
- ⁵² „*Westnik Jewropy*“ (Europäischer Bote) – Monatsschrift; erschien von 1866 bis zum Frühjahr 1918 in Petersburg. Die Zeitschrift vertrat die An-

schauungen der russischen liberalen Bourgeoisie; vom Beginn der neunziger Jahre an führte sie einen systematischen Kampf gegen den Marxismus. 103

- ⁵³ Der Erlaß „Zur Ergänzung einiger Bestimmungen des in Kraft befindlichen Gesetzes über den bäuerlichen Landbesitz und die bäuerliche Bodennutzung“, herausgegeben am 9. (22.) November 1906, und das Gesetz vom 14. (27.) Juni 1910 „Zur Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen über den bäuerlichen Landbesitz“ legten die Richtlinien fest, nach denen die Bauern aus der Dorfgemeinde ausscheiden und Anteilland als Eigentum erhalten konnten. 104
- ⁵⁴ Lenin zitiert Worte Wolgins, einer Gestalt aus dem Roman „Prolog“ von Tschernyschewski. (Siehe N. G. Tschernyschewski, *Ausgewählte Werke*, Bd. V, 1932, S. 412, russ.) 108
- ⁵⁵ A. Moskowski – der Menschewik G. I. Chundadse. 115
- ⁵⁶ Gemeint ist I. F. Dubrowinski, der im Juni 1910 verhaftet wurde. 116
- ⁵⁷ Lenin meint die Ereignisse, die im März 1911 eintraten, als der Reichsrat den vom Vorsitzenden des Ministerrats, P. A. Stolypin, eingebrachten Gesetzentwurf über die Einführung von Semstvos in den westlichen Gouvernements ablehnte.
- Daraufhin reichte Stolypin sein Abschiedsgesuch ein, doch Nikolaus II. lehnte dieses Gesuch ab. Stolypin erreichte eine Unterbrechung der Tätigkeit der Reichsduma und des Reichsrats für drei Tage (vom 12. bis 14. [25.–27.] März) und setzte das Gesetz über die Semstvos in den westlichen Gouvernements unter Ausnutzung des Paragraphen 87 in Kraft. Dieser Paragraph gestattete es der Regierung, Gesetze unabhängig von den gesetzgebenden Organen während deren Tätigkeitspause zu erlassen, „wenn außerordentliche Umstände die Notwendigkeit solcher Maßnahmen hervorrufen“.
- Die Anwendung des Paragraphen 87 zur Umgehung der gesetzgebenden Institutionen hatte zur Folge, daß der Vorsitzende der Reichsduma, A. I. Gutschkow, demonstrativ seinen Posten verließ und der rechte Okto-
brist, M. W. Rodsjanko, zum neuen Vorsitzenden der Duma gewählt wurde. 118
- ⁵⁸ Lenin meint den ersten Gesamtrussischen Kongreß zum Kampf gegen die Trunksucht, der in Petersburg vom 28. Dezember 1909 bis 6. Januar 1910 (10.–19. Januar 1910) stattfand, sowie den ersten Gesamtrussischen Kongreß der Betriebsärzte und der Vertreter der Industriebetriebe, der in Moskau vom 1. bis 6. (14.–19.) April 1909 stattfand. 131

- ⁵⁹ Lenin zitiert die Worte des menschewistischen Liquidators Dan aus der Diskussion „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ auf der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908. 132
- ⁶⁰ „Die Geschicklichkeit eines Burenin oder eines Menschikow“ – unehrliche Methode der Polemik, die Burenin und Menschikow, Mitarbeitern der monarchistischen Schwarzhunderterzeitung „Nowoje Wremja“, eigen war. 135
- ⁶¹ *Erfurter profession de foi* – Programm der deutschen Sozialdemokratie, angenommen 1891 auf dem Parteitag in Erfurt. 146
- ⁶² Lenin meint den Punkt der auf der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908 angenommenen Resolution „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“, wo dem Liquidatorentum der Kampf angesagt wird. 146
- ⁶³ „Russkoje Bogatstwo“ (Russischer Reichtum) – Monatsschrift, die von 1876 bis 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümmler. Von 1906 an war das „Russkoje Bogatstwo“ faktisch Organ der halbkadettischen „Volkssozialistischen Arbeitspartei“. 151
- ⁶⁴ Auf den Sektierercharakter der englischen Sozialdemokratie hat F. Engels in seinen Briefen an F. A. Sorge wiederholt hingewiesen. (Siehe „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1921, S. 363, 392/393, 412, und Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 39, S. 307/308.) 160
- ⁶⁵ Das „Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatorentums“ wurde in Nr. 3 des „Diskussionny Listok“ veröffentlicht.
 „Diskussionny Listok“ (Diskussionsblatt) – Beilage zum „Sozial-Demokrat“, dem Zentralorgan der SDAPR; wurde auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR (im Jahre 1910) vom 6. (19.) März 1910 bis 29. April (12. Mai) 1911 in Paris herausgegeben. Es erschienen drei Nummern.
 Im „Diskussionny Listok“ wurden auch die Arbeiten Lenins „Notizen eines Publizisten“ und „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland“ veröffentlicht. 164
- ⁶⁶ Die Beratung der im Ausland lebenden ZK-Mitglieder der SDAPR, organisiert auf Initiative Lenins, fand in Paris vom 28. Mai bis 4. Juni (10. bis 17. Juni) 1911 statt.

Die Beratung hatte das Ziel, Maßnahmen zur sofortigen Einberufung eines Plenums des ZK der SDAPR und einer allgemeinen Parteikonferenz auszuarbeiten. Zu dieser Zeit waren alle bolschewistischen Mitglieder des ZK, die in Rußland gearbeitet hatten, verhaftet worden, das Auslandsbüro des ZK aber, das aus Liquidatoren bestand, weigerte sich, das Plenum im Ausland einzuberufen. Die Einladung zur Beratung wurde im Namen der Bolschewiki und der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie am 14. (27.) Mai 1911 verschickt.

An der Beratung nahmen drei Bolschewiki, zwei Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens und ein Vertreter der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei teil. Zur Beratung kam auch ein Menschewik, der „Golos“-Anhänger war (er verließ die Beratung nach Annahme der Resolution über die Konstituierung), und ein Vertreter des „Bund“ (er verließ die Beratung am zweiten Tage).

Die Beratung hatte folgende Tagesordnung: 1. Einberufung eines Plenums des ZK; 2. Beratungen über die bevorstehenden Wahlen zur IV. Duma; 3. Einberufung einer Parteikonferenz; 4. Auslandsbüro des ZK; 5. Schaffung einer Technischen Kommission. Die Beratung faßte einen Beschluß über die Einberufung eines Plenums des ZK im Ausland; es wurde eine Organisationskommission zur Einberufung einer gesamtrossischen Konferenz und eine Technische Kommission im Ausland zur Betreuung des Publikationswesens der Partei, des Transports usw. geschaffen. Die Konferenz verurteilte das parteifeindliche Verhalten des Auslandsbüros des ZK und stellte dem Plenum die Frage, ob diese Institution weiterbestehen soll. Das Flugblatt mit der Nachricht von der Beratung rief die Parteiorganisationen auf, sich mit der Organisationskommission in Verbindung zu setzen und „unverzüglich mit der praktischen Arbeit zur Einberufung einer Konferenz zu beginnen, die allein der Partei helfen kann, ihre Reihen zu festigen und sich auf den bevorstehenden Kampf vorzubereiten“. Die örtlichen Parteiorganisationen billigten die Beschlüsse der Beratung. Bis zum 1. (14.) September 1911 brachten etwa zehn sehr wichtige Parteiorganisationen der Beratung der im Ausland lebenden Mitglieder des ZK ihr Vertrauen zum Ausdruck und begannen mit der praktischen Arbeit zur Vorbereitung der Konferenz. 181

⁶⁷ Das Manuskript ist ohne Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 183

⁶⁸ Judin (I. L. Eisenstadt), Kostrow (N. N. Shordanija) – Mitglieder des ZK der SDAPR, menschewistische Liquidatoren. 183

- ⁶⁸ *Makar* (W. P. Nogin), *Lindow* (G. D. Leiteisen) – Mitglieder des ZK der SDAPR, Bolschewiki und Versöhnler; wurden Ende März 1911 verhaftet. 183
- ⁷⁰ *Kazap* – A. Poljakow. 183
- ⁷¹ Über die „*Enthüllungen Olgins*“ (W. P. Fomin, parteitreuer Menschewik) siehe den vorliegenden Band, S. 92. 184
- ⁷² *Pjotr* (N. W. Ramischwili) – Mitglied des ZK der SDAPR, einer der Führer der grusinischen menschewistischen Liquidatoren. 184
- ⁷³ Das Manuskript ist ohne Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 190
- ⁷⁴ Es handelt sich um die am 13. (26.) April 1911, am Vorabend der Eröffnung des Kongresses erfolgte Verhaftung der Arbeiterdelegierten des 2. Gesamtrussischen Kongresses der Betriebsärzte und der Vertreter der Industriebetriebe. 196
- ⁷⁵ Die *Versammlung der II. Pariser Gruppe der SDAPR* fand am 18. Juni (1. Juli) 1911 statt. 202
- ⁷⁶ *Liber, Ber* (M. I. Goldman) – Liquidator, einer der Führer des „Bund“. 204
- ⁷⁷ Die *Organisationskommission* (Organisationskommission im Ausland) wurde auf der Beratung der Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR im Juni 1911 zur Vorbereitung der Einberufung einer Konferenz der SDAPR gebildet. Die Organisationskommission im Ausland setzte sich aus Bolschewiki, Versöhnlern und Vertretern der polnischen Sozialdemokratie zusammen. Andere Fraktionen (parteitreue Menschewiki, „Wperjod“-Leute u. a.) hatten keine Vertreter in die Organisationskommission im Ausland gewählt.

Die Organisationskommission im Ausland gab eine „Mitteilung“ über die Juniberatung der Mitglieder des Zentralkomitees der SDAPR und ein Flugblatt „An alle sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Gruppen und Zirkel“ über die Einberufung der Konferenz heraus und sandte auch drei Bevollmächtigte, darunter G. K. Ordshonikidse, nach Rußland, die die Vorbereitungsarbeiten zur Einberufung der Konferenz betreiben und die Russische Organisationskommission bilden sollten.

Die Mehrheit in der Organisationskommission im Ausland erhielten vom Moment ihrer Bildung an die Versöhnler und die sie unterstützenden Vertreter der polnischen Sozialdemokratie. Im November 1911 weigerte sich die Organisationskommission im Ausland, sich den Beschlüssen der ins Leben gerufenen Russischen Organisationskommission unterzuordnen,

worauf die bolschewistischen Mitglieder der Organisationskommission im Ausland die Verantwortung für die Handlungen der Kommission ablehnten und aus dieser austraten. In der Folgezeit kämpfte die versöhnlerische Mehrheit der Organisationskommission im Ausland offen gegen die Russische Organisationskommission. G. K. Ordshonikidse entlarvte in einem „Brief an die Redaktion“, veröffentlicht im Dezember 1911 in Nr. 25 des „Sozial-Demokrat“, die parteifeindlichen Handlungen der Organisationskommission im Ausland. 206

⁷⁸ Es handelt sich um die legale bolschewistische Zeitung „Swesda“. 206

⁷⁹ „Dnewnik Sozialdemokrata“ (Tagebuch eines Sozialdemokraten) – von G. W. Plechanow in zwangloser Folge herausgegebene Zeitschrift, die mit großen Unterbrechungen in Genf erschien. Von März 1905 bis April 1912 kamen insgesamt 16 Nummern heraus. 1916 wurde der „Dnewnik“ in Petrograd neu herausgegeben; es erschien aber nur eine Nummer. 207

⁸⁰ Der *Fünfte* (Londoner) *Parteitag der SDAPR* (30. April–19. Mai [13. Mai bis 1. Juni] 1907) erklärte in der Resolution „Über die Stellung zu den nichtproletarischen Parteien“, daß die gemeinsamen Aktionen mit den volkstümlerischen Parteien „jede Möglichkeit aller wie immer gearteten Abweichungen von dem Programm und der Taktik der Sozialdemokratie ausschließen müssen und nur dem gemeinsamen Vorgehen sowohl gegen die Reaktion als auch gegen die verräterische Taktik der liberalen Bourgeoisie dienen dürfen“. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 165, russ.)

Die *dritte Konferenz der SDAPR* („Zweite Gesamtrussische“) (21.–23. Juli [3.–5. August] 1907) bestätigte in der Resolution über die Teilnahme an den Wahlen zur Reichsduma, daß „die Sozialdemokratie in der Wahlkampagne und in der Duma selbst die Idee des Sozialismus und revolutionäre Losungen in den Volksmassen verbreiten und in deren Bewußtsein einpflanzen sowie einen entschiedenen Kampf sowohl gegen die Reaktion als auch gegen die Hegemonie der Kadetten in der Befreiungsbewegung im allgemeinen und in der Duma im besonderen führen muß.“ (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 174, russ.) 210

⁸¹ „Proletari“ (Der Proletarier) – illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. De-

zenber) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan der SDAPR. Faktisch war der „Proletari“ das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus, davon die ersten 20 in Finnland (Wiborg). Vom 13. (26.) Februar bis zum 1. (14.) Dezember 1908 erschien der „Proletari“ in Genf, ab 8. (21.) Januar bis zum 28. November (11. Dezember) 1909 in Paris.

In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari“ eine hervorragende Rolle für die Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen. 212

- 82 Die *Technische Kommission* des „Auslandsbüros des ZK“ wurde von der Beratung von Mitgliedern des ZK der SDAPR im Juni 1911 als provisorisches Organ bis zur Einberufung eines Plenums des ZK geschaffen, um technische Funktionen auszuführen (Verlagsarbeit, Transport u. dgl. m.). Die Technische Kommission des „Auslandsbüros des ZK“ wurde der Gruppe von ZK-Mitgliedern unterstellt, die an der Juniberatung 1911 teilnahmen. Ihr gehörten je ein Vertreter der Bolschewiki, der Versöhnlern und der polnischen Sozialdemokratie an. Die versöhnlerische Mehrheit der Kommission sabotierte die organisatorischen Maßnahmen der Bolschewiki, lehnte es ab, sich den Beschlüssen der Russischen Organisationskommission unterzuordnen, sperrte die Mittel für die Herausgabe des Zentralorgans der SDAPR – der Zeitung „Sozial-Demokrat“ – und richtete in der Presse (in Flugblättern und in ihrem „Informazionny Bjulleten“) Angriffe gegen Lenin und die Bolschewiki.

Am 19. Oktober (1. November) 1911 trat der Vertreter der Bolschewiki, M. F. Wladimirski, aus der Technischen Kommission im Ausland aus, und die Bolschewiki brachen jede Verbindung mit ihr ab. 213

- 83 *Brief des Gen. Wiktor* – Brief des Bolschewiks W. K. Taratuta, dessen Angelegenheit vom Moskauer Komitee der SDAPR im Oktober 1906, im Zusammenhang mit den Gerüchten über seine Teilnahme an einer Provokation, behandelt wurde. Das Moskauer Komitee anerkannte, daß diese Beschuldigungen jeglicher Grundlage entbehren. 214
- 84 In der von Lenin erwähnten Zuschrift, veröffentlicht in Nr. 23 des „Sozial-Demokrat“ vom 1. (14.) September 1911, wurde mitgeteilt, daß ein bekannter Petersburger Liquidator in einer Versammlung proletarischer Parteimitglieder des Wiborger Bezirks mit dem Vorschlag hervortrat, an Stelle der Wiederherstellung der Parteiorganisation „Initiativgruppen“ zur legalen Aufklärungsarbeit zu gründen. Dieses Auftreten stieß auf den ein-

- mütigen Widerstand der Versammlung, und niemand stimmte für den Vorschlag des Liquidators. 230
- ⁸⁵ „*Rabotscheje Delo*“ (Arbeitersache) – Zeitschrift der „Ökonomen“, unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“. Erschien in Genf von 1899 bis 1902. Lenin kritisierte die Anschauungen der Gruppe „Rabotscheje Delo“ in Artikeln, die in der „Iskra“ veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?“. 231
- ⁸⁶ „*Rabotschaja Mysl*“ (Arbeitergedanke) – Zeitung der „Ökonomen“, die von 1897 bis 1902 erschien. Kritik an den Anschauungen der „Rabotschaja Mysl“ als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus übte Lenin in vielen seiner Schriften, besonders in Artikeln, die in der „Iskra“ veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?“. 231
- ⁸⁷ Schwarz (J. Elias) – lettischer Sozialdemokrat, Liquidator. 232
- ⁸⁸ Die *Anmerkung* wurde von Lenin zu der Erklärung der Kommission geschrieben, die von der Beratung der ZK-Mitglieder der SDAPR im Juni 1911 für die Vorbereitung der Einberufung des ZK-Plenums ernannt worden war. In der Erklärung der Kommission wurden Fakten über die desorganisierende Tätigkeit der Liquidatoren angeführt, die darauf abzielte, die Vorbereitung zum ZK-Plenum in Rußland und im Ausland zu vereiteln. 233
- ⁸⁹ Das „*Informazionny Bjulleten*“ (Informationsbulletin) der Technischen Kommission im Ausland wurde in Paris herausgegeben. Es erschienen zwei Nummern (im August und im Oktober 1911). Die Versöhner machten das „*Informazionny Bjulleten*“ zu ihrem Fraktionsorgan, in welchem sie einen prinzipienlosen Kampf gegen den Bolschewismus führten. 245
- ⁹⁰ Lenin meint die Schule auf der Insel Capri, das Fraktionszentrum der Otsowisten, das im Jahre 1909 von A. A. Bogdanow organisiert worden war. 248
- ⁹¹ Jonow (F. M. Koigen) – einer der Führer des „Bund“. 249
- ⁹² Lenin meint die Resolution „Über das Liquidatorentum“, die von der sogenannten „Konferenz der transkaukasischen sozialdemokratischen Organisationen“ angenommen wurde. In Wirklichkeit war das eine Konferenz der kaukasischen Liquidatoren. Der parteifeindliche Charakter der „Konferenz“ wurde in der Korrespondenz entlarvt, die in Nr. 24 des „Sozialdemokrat“ vom 18. (31.) Oktober 1911 veröffentlicht wurde. 256
- ⁹³ „*Rabotschaja Shisn*“ (Arbeiterleben) – Monatsschrift; Organ der menschewistischen „Golos“-Leute und der Versöhner; wurde vom 21. Februar

- (6. März) bis 18. April (1. Mai) 1911 in Paris herausgegeben. Es erschienen drei Nummern. 258
- ⁹⁴ *German* – K. Ch. Danischewski, *Arkadi* – F. I. Kalinin. 262
- ⁹⁵ *Ljachow*, *W. P.* – Oberst der zaristischen Armee; kommandierte die russischen Truppen, die 1908 die revolutionäre Bewegung in Persien unterdrückten. 270
- ⁹⁶ Es handelt sich um die weiter unten von Lenin zitierten Briefe von K. Marx an F. A. Sorge vom 20. Juni und 15. Dezember 1881. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, S. 198–201 und 247–249.) 299
- ⁹⁷ Brief von Marx an Hyndman, 8. Dezember 1880, siehe H. M. Hyndman, „The Record of an Adventurous Life“, London 1911, S. 283; siehe auch Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 34, S. 482/483. 300
- ⁹⁸ Es handelt sich um den Artikel von N. Roshkow „Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung in der jetzigen Periode“. Derselbe Artikel von Roshkow wird auch in einer anderen Arbeit Lenins, „Aus dem Lager der Stolypinschen „Arbeiterpartei“, kritisiert. (Siehe den vorliegenden Band, S. 343–348.) 302
- ⁹⁹ „*Chambre introuvable*“ (eine Kammer, wie sie besser nicht zu finden ist) – so nannte Ludwig XVIII. die französische Deputiertenkammer, die nach der Restauration der Bourbonen, im August 1815, gewählt worden war. Die Zusammensetzung der Kammer war derart reaktionär, daß Ludwig, der einen neuen revolutionären Ausbruch befürchtete, genötigt war, sie aufzulösen. 310
- ¹⁰⁰ Lenin meint das von P. B. Struve (mit der Unterschrift R. N. S.) verfaßte Vorwort zu Wittes Denkschrift „Selbstherrschaft und Semstwo“. Dieses Vorwort wurde von Lenin in dem Artikel „Die Verfolger des Semstvos und die Hannibale des Liberalismus“ einer Kritik unterzogen. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73.) 312
- ¹⁰¹ *Mymrezow* – Gestalt aus der Erzählung G. I. Uspenskis „Das Wächterhäuschen“, Typ eines groben und unwissenden Polizisten aus einem abgelegenen Städtchen des zaristischen Rußlands. 313
- ¹⁰² Der Artikel (Vortrag) „Über die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma“ wurde vom Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros als Beilage zum Rundschreiben Nr. 21 gedruckt. Der Artikel und das Material über die Angelegenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten

der II. Duma wurden in deutscher, französischer und englischer Sprache im „Bulletin Périodique du Bureau Socialiste International“ (Periodisches Bulletin des Internationalen Sozialistischen Büros) Nr. 8 veröffentlicht. Nach der Veröffentlichung des Artikels von Lenin wurde die Agitationskampagne im Ausland für die Befreiung der sozialdemokratischen Abgeordneten der II. Reichsduma verstärkt. In der redaktionellen Anmerkung der Nr. 8 der bolschewistischen „Rabotschaja Gaseta“ wurde mitgeteilt: „Die ausländischen sozialdemokratischen Parteien haben nach dem Aufruf des Internationalen Sozialistischen Büros, das allen Parteien den Vortrag des Vertreters unserer Partei im Internationalen Sozialistischen Büro über diese Angelegenheit, des Gen. Lenin, zugeschickt hat, eine verstärkte Agitation entfaltet. Protest erhoben alle sozialdemokratischen Abgeordneten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Schwedens, Finnlands, Österreichs usw.“

Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 314

- ¹⁰⁸ „Buduschtscheje“ – „L’Avenir“ (Die Zukunft) – bürgerlich-liberale Zeitung; erschien unter der Redaktion W. L. Burzews vom 22. Oktober 1911 bis zum 4. Januar 1914 in russischer Sprache in Paris (einige Materialien wurden auch in französischer Sprache gedruckt). An der Zeitung arbeiteten Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit. 315
- ¹⁰⁴ Vom Gericht wurden im Prozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der II. Reichsduma 55 Fraktionsmitglieder verurteilt. Zwei von ihnen sind bald in der Haft verstorben. Deshalb war in der Dumasitzung am 17. (30.) Oktober 1911 von 53 Deputierten die Rede. 317
- ¹⁰⁵ Die Interpellation wurde am 15. (28.) November 1911 und dann noch dreimal hinter verschlossenen Türen erörtert; die Interpellation wurde an die Kommission weitergeleitet und dort abgelehnt. 320
- ¹⁰⁶ Zitiert wird die Resolution der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908 „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 197, russ.) 322
- ¹⁰⁷ Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 164/165, russ. 323
- ¹⁰⁸ A. A. Wołoschnikow – Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der III. Reichsduma, wurde wegen der Rede über das Statut der Wehrpflicht,

- die er auf der Dumasitzung am 2. (15.) Dezember 1911 gehalten hatte, von 15 Sitzungen der Duma ausgeschlossen. 331
- ¹⁰⁹ Die *Russische Organisationskommission* (ROK) zur Einberufung der Parteikonferenz wurde Ende September 1911 auf der Beratung der Vertreter örtlicher Parteiorganisationen gebildet. Die Beratung wurde in Baku unter Leitung von G. K. Ordshonikidse, dem Bevollmächtigten der Organisationskommission im Ausland zur Einberufung der Konferenz, eröffnet. An ihr nahmen Vertreter der Organisationen von Baku, Tiflis, Jekaterinburg, Kiew und Jekaterinoslaw teil. Unter den Delegierten befanden sich S. G. Schäumian und S. S. Spandarian. Wegen polizeilicher Verfolgungen und der Gefahr des Auffliegens der Beratung wurden die Sitzungen nach Tiflis verlegt. Auf der Beratung wurden die Berichte der örtlichen Organisationen, die Fragen der Bildung der ROK, des Verhältnisses zur Organisationskommission im Ausland, der Wahlen für die Konferenz, der Vertretung der legalen Organisationen und der Wahlen der nationalen Organisationen erörtert. Der Rechenschaftsbericht über die Sitzungen der ROK wurde von G. K. Ordshonikidse in Nr. 25 des „Sozial-Demokrat“ vom 8. (21.) Dezember 1911 veröffentlicht. Die Beratung nahm einen Aufruf an die örtlichen Organisationen an und gab ihn als Sonderdruck, zusammen mit den Resolutionen der Beratung, heraus. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 251–255, russ.) 332
- ¹¹⁰ Lenin meint die bolschewistischen Organe – die Zeitung „Swesda“ und die Zeitschrift „Mysl“, an denen auch parteitreue Menschewiki mitarbeiteten. 335
- ¹¹¹ Ausführlicher darüber siehe den Artikel Lenins „Die Ergebnisse eines Schiedsgerichts der ‚Treuhand‘“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 354 bis 356.) 336
- ¹¹² *Mark* – Pseudonym von A. I. Ljubimow. 336
- ¹¹³ „*Otkliki Bunda*“ (Stimmen des „Bund“) – unregelmäßig erscheinendes Organ des Auslandskomitees des „Bund“, das von März 1909 bis Februar 1911 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen fünf Nummern. 337
- ¹¹⁴ Die *Bakuer* Parteiorganisation war in den Jahren der Reaktion eine der fortschrittlichsten Organisationen. Anfang 1911 vereinigten sich die Bolschewiki und die parteitreuen Menschewiki im Kampf gegen die Liquidatoren und Otsowisten. Es wurde ein vereinigttes Komitee der SDAPR von Baku geschaffen. Die Organisation von Baku unterstützte 1911 die Beschlüsse der Juniberatung der ZK-Mitglieder zur Einberufung einer gesamt-

russischen Parteikonferenz und nahm aktiv an der Bildung der Russischen Organisationskommission teil.

Die *Kiewer* sozialdemokratische Organisation arbeitete in den Jahren der Reaktion fast ohne Unterbrechung. In den Jahren 1910/1911 arbeiteten die Bolschewiki mit den parteitreuen Menschewiki zusammen. Die *Kiewer* Organisation unterstützte als erste die Juniberatung der ZK-Mitglieder und die Idee der Bildung der Russischen Organisationskommission zur Einberufung der Parteikonferenz, indem sie ein Mitglied des *Kiewer* Komitees zur Unterstützung des Vertreters der Organisationskommission im Ausland benannte. 337

- ¹⁴⁵ Gemeint ist das Flugblatt der Russischen Organisationskommission, das im Herbst 1911 herausgegeben wurde. 338
- ¹⁴⁶ Lenin meint den Brief von G. K. Ordshonikidse an die Redaktion der Zeitung „Sozial-Demokrat“, der in Nr. 25 vom 8. (21.) Dezember 1911 mit der Unterschrift N. veröffentlicht wurde. 339
- ¹⁴⁷ Die *Stadt* Z. ist Brüssel, wo sich das Auslandskomitee der Sozialdemokratie Lettlands befand. 340
- ¹⁴⁸ Es handelt sich um den Otsowisten Stanislaw Wolski (Pseudonym von A. W. Sokolow). 340
- ¹⁴⁹ Lenin meint die Resolution der Petersburger Otsowisten, die sie der erweiterten Sitzung des Petersburger Komitees vor der allgemeinen Parteikonferenz im Dezember 1908 (Fünfte Konferenz der SDAPR) vorlegten. Die Resolution wurde als Beilage zu Nr. 44 des „Proletari“ vom 4. (17.) April 1909 abgedruckt. Eine kritische Analyse dieses Dokuments wurde von Lenin in derselben Beilage, in dem Artikel „Eine Karikatur auf den Bolschewismus“ gegeben. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 383–395.) 352
- ¹²⁰ *M. Alexandrow* – der Bolschewik M. S. Olminski. Hier und weiter unten meint Lenin dessen Broschüre „Staat, Bürokratie und Absolutismus in der Geschichte Rußlands“, St. Petersburg 1910. 352
- ¹²⁴ Es folgen die Unterschriften von Lenin und anderen. 355
- ¹²² Die Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland fand vom 14. bis 17. (27.–30.) Dezember 1911 in Paris statt. Sie war auf Initiative des Pariser Zirkels zur Unterstützung der bolschewistischen „Rabotschaja Gaseta“ einberufen worden. Das Ziel der Beratung bestand darin, die bolschewistischen Organisationen im Ausland zusammenzuschließen und bei der Einberufung der gesamtrussischen Parteikonferenz Hilfe zu leisten. An der Beratung nahmen mit beschließender Stimme 11 Delegierte der

bolschewistischen Gruppen aus Paris, Nancy, Zürich, Davos, Genf, Lüttich, Bern, Bremen und Berlin teil. Lenin hielt ein Referat über die Lage in der Partei. Der zu dieser Frage von Lenin verfaßte Resolutionsentwurf wurde der allgemeinen Resolution zugrunde gelegt, die von der Beratung angenommen wurde. Die „Mitteilung“ und die Resolutionen der Beratung wurden am 12. Januar 1912 vom Komitee der Auslandsorganisation der SDAPR als Sonderdruck herausgegeben. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 256–264, russ.)

Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 382

- ¹²³ Die Resolution wurde am 17. (30.) Dezember 1911 auf der letzten Sitzung der Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland angenommen. Die Resolution wurde in der „Mitteilung“ des Komitees der Auslandsorganisation der SDAPR mit folgender Erklärung veröffentlicht: „Mit der Sonderresolution verweist die Beratung alle Genossen der Partei auf die Notwendigkeit, die Russische Organisationskommission und die von ihr einberufene Konferenz zu unterstützen.“ (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 263, russ.)

Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 385

- ¹²⁴ Es handelt sich um das Agrarprojekt der Bauernabgeordneten (der parteilosen und rechten), das am 10. (23.) Mai 1908 in der III. Reichsduma eingebracht wurde. Das Projekt sah eine Zwangsenteignung des Gutsbesitzterlandes, das von den Besitzern nicht selbst bearbeitet wurde, zum durchschnittlichen Marktpreis vor. Zur Durchführung der Agrarreform wurde vorgeschlagen, örtliche Bodenkommissionen zu bilden, die durch allgemeine Abstimmung gewählt werden. Eine Einschätzung des Projekts wurde von Lenin in den Artikeln „Die neue Agrarpolitik“ und „Die Agrardebatten in der III. Duma“ gegeben. (Siehe Werke, Bd. 13, S. 462–466, und Bd. 15, S. 301–315.) 407

- ¹²⁵ Lenin zitiert den Brief von Karl Marx an F. Lassalle vom 19. April 1859. Als Lenin diesen Artikel schrieb, war der Brief von Karl Marx noch nicht veröffentlicht. Lenin benutzte Auszüge aus diesem Brief, die von Lassalle im Antwortbrief an Marx und Engels vom 27. Mai 1859 angeführt worden sind. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, S. 590/591 und 592.) 408

- ¹²⁶ „*Obskaja Sbisn*“ (Das Leben am Ob) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung; erschien in Nowonikolajewsk (Nowosibirsk) von 1909 bis 1912. 411
- ¹²⁷ Die Interpellationen wurden auf den Sitzungen der III. Reichsduma am 15. und 17. (28. und 30.) Oktober 1911 erörtert. 423
- ¹²⁸ *Jellinek* – deutscher bürgerlicher Rechtswissenschaftler. 433
- ¹²⁹ Die *Sechste* („Prager“) *Gesamtrussische Konferenz der SDAPR* fand vom 5. bis 17. (18.–30.) Januar 1912 statt. Auf der Konferenz waren mehr als 20 Parteiorganisationen vertreten. Die Konferenz hatte faktisch die Bedeutung eines Parteitags. Lenin sprach auf der Konferenz zu ihrer Konstituierung, hielt Referate über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros, über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger, zur Organisationsfrage, über die Arbeit des Zentralorgans „Sozial-Demokrat“ und zu anderen Fragen. Über die Arbeit der Russischen Organisationskommission zur Einberufung der Konferenz sprach G. K. Ordshonikidse. Auf Vorschlag Lenins würdigte die Konferenz die gewaltige Bedeutung der Arbeit, die die Russische Organisationskommission geleistet hatte.

Auf fünf von dreiundzwanzig Sitzungen der Konferenz wurden die Berichte der örtlichen Organisation diskutiert. Lenins Aufzeichnungen zu den Berichten über den Zustand der Parteiarbeit in den Organisationen von Petersburg, Jekaterinoslaw, Nikolajew, Suchum, Poti, Batum, Kutais, Tschiaturi, Gori, Tiflis, Baku, Odessa, Charkow, Rostow am Don und Kiew sind erhalten geblieben. Die Resolutionsentwürfe zu den wichtigsten Fragen der Tagesordnung der Konferenz hatte Lenin abgefaßt.

Auf Beschluß der Konferenz wurden die menschwistische Liquidatoren aus der Partei ausgeschlossen; ein für allemal wurde mit der formalen Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki in einer Partei Schluß gemacht. Die Prager Konferenz wählte ein Zentralkomitee, dem W. I. Lenin, G. K. Ordshonikidse, S. S. Spandarian und andere angehörten. Auf der Sitzung des ZK wurde J. W. Stalin, der damals in der Verbannung weilte, in Abwesenheit als Mitglied ins ZK kooptiert; später wurde auch J. M. Swerdlow kooptiert. Für den Fall der Verhaftung von ZK-Mitgliedern waren zur Kooptation in das ZK vorgesehen: A. S. Bubnow, M. I. Kalinin, S. G. Schaumian, J. D. Stassowa. Zur Leitung der Parteiarbeit in Rußland wurde das Russische Büro des ZK geschaffen. Die Tätigkeit des Russischen Büros des ZK wurde von W. I. Lenin gelenkt. 441

- ¹³⁰ Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 443
- ¹³¹ Die Überschrift des Dokuments stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 448
- ¹³² Die „Petitionskampagne“ war ein Agitationsrummel, der von den Liquidatoren und Trotzki um die „Petition“, die von den Petersburger Liquidatoren im Dezember 1910 abgefaßt worden war, veranstaltet wurde. Es wurde vorgeschlagen, eine „Petition“, nämlich die Bitte um Koalitions-, Versammlungs- und Streikfreiheit, im Namen der Arbeiter an die III. Reichsduma zu schicken. Die „Petitionskampagne“ hatte unter den Arbeitermassen keinen Erfolg. 470
- ¹³³ Gemeint ist das Fraktionsorgan der Trotzkiisten – die Wiener „Prawda“. 474
- ¹³⁴ Das Komitee der Auslandsorganisation wurde, nachdem es bereits von März 1905 bis März 1906 bestanden hatte, im Dezember 1911 auf der Beratung bolschewistischer Gruppen im Ausland erneut gegründet. Die Aufgaben des Komitees der Auslandsorganisation wurden in der allgemeinen Resolution dargelegt, die von der Beratung angenommen wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 262/263, russ.) 476
- ¹³⁵ Im Januar 1912 wurde die Wahlkampagne für den deutschen Reichstag beendet. Das Begrüßungsschreiben der SDAPR an die deutsche Sozialdemokratie wurde in der Zeitung „Vorwärts“ vom 27. Januar 1912 veröffentlicht. 478
- ¹³⁶ „Shiwoje Delo“ (Lebendige Tat) – legale Wochenzeitung der menschenwichtigen Liquidatoren, wurde vom 20. Januar (2. Februar) bis zum 28. April (11. Mai) 1912 herausgegeben. Es kamen 16 Nummern heraus. 479
- ¹³⁷ Die fünf Großstädte, in denen nach dem Wahlgesetz direkte Wahlen mit zweiten Wahlgängen durchgeführt wurden, waren: Petersburg, Moskau, Riga, Kiew und Odessa. 482
- ¹³⁸ „Golos Semli“ (Landstimme) – bürgerlich-liberale Zeitung, wurde 1912 in Petersburg herausgegeben.
„Russkoje Slowo“ (Das russische Wort) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; wurde ab 1895 in Moskau herausgegeben; im November 1917 wurde sie verboten.

„Kiewskaja Mysl“ (Kiewer Gedanke) – bürgerlich-demokratische Tageszeitung; wurde von 1906 bis 1918 in Kiew herausgegeben. Ständige Mitarbeiter der Zeitung waren die menschewistischen Liquidatoren. 483

- ¹³⁹ Lenins Bericht über die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR wurde als offizielle Mitteilung vom Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros C. Huysmans allen sozialistischen Parteien zugesandt. Die dem Rundschreiben des Internationalen Sozialistischen Büros beiliegende Mitteilung wurde den sozialistischen Parteien mit der Bitte zugesandt, sie in ihren Presseorganen zu veröffentlichen. Die Mitteilung über die Konferenz wurde in dem Organ der belgischen Arbeiterpartei „Le Peuple“ (Das Volk) vom 23. März 1912, im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie „Vorwärts“ vom 26. März 1912 (Nr. 72, Beilage 1) und in anderen Zeitungen veröffentlicht. Die Zeitung „Vorwärts“ versah die Mitteilung über die Konferenz mit verleumderischen Kommentaren Trotzki's. (Siehe darüber den Artikel Lenins „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts‘ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ – vorliegender Band, S. 525–538.) 495
- ¹⁴⁰ „Die Wahlplattform der SDAPR“ wurde von W. I. Lenin in Paris, kurz nach der Prager Konferenz, ausgearbeitet. In Rußland brachte das Zentralkomitee der Partei die Wahlplattform als besondere Flugschrift heraus. Die Flugschrift wurde in 18 Orte versandt, darunter auch in die größten proletarischen Zentren. „Die Wahlplattform der SDAPR“ wurde als Nachdruck der russischen Ausgabe in Form einer Beilage zu Nr. 26 der Zeitung „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht. Auch viele örtliche bolschewistische Organisationen druckten sie nach. In Tiflis druckte das Russische Büro des ZK der SDAPR die Plattform nach. Die Bedeutung dieses Dokuments würdigte Lenin in dem Artikel „Die Plattform der Reformisten und die Plattform der revolutionären Sozialdemokraten“. 498
- ¹⁴¹ Das Gesetz vom 4. (17.) März 1906 – provisorische Maßregeln über Vereinigungen, Gewerkschaften und Versammlungen – gestattete es, Vereinigungen, Gewerkschaften usw. zu organisieren, errichtete aber zugleich eine Reihe von Hindernissen, die das Gesetz faktisch wirkungslos machten. Das Gesetz gab dem Innenminister das Recht, nach eigenem Gutdünken nicht nur Vereinigungen und Gewerkschaften zu verbieten, sondern auch die Registrierung neuer Gewerkschaften abzulehnen. 500
- ¹⁴² Diesen Nachsatz schrieb Lenin auf das Exemplar der Flugschrift „Die Wahlplattform der SDAPR“ (siehe den vorliegenden Band, S. 498–504), das der Redaktion der „Swesda“ zugeschickt wurde. 505

- ¹⁴³ Der Artikel „*Karten auf den Tisch*“ wurde von Lenin im März 1912 in Paris geschrieben und war für die bolschewistische Zeitung „*Swesda*“ bestimmt, aber er wurde in dieser Zeit nicht veröffentlicht. Dem Artikel war ein Begleitschreiben an die Redaktion beigelegt, das als Postskriptum gekennzeichnet war. 506
- ¹⁴⁴ Die „*Sprache des Fürstentums Monaco*“ ist die Sprache der Hasardspieler. 506
- ¹⁴⁵ Gemeint ist das Buch „*Die Reichsduma. III. Wahlperiode, 3. Sitzung. Handbuch, 1910. 2. Ausgabe*“. St. Petersburg 1910. 512
- ¹⁴⁶ Die Broschüre „*Vademekum des Wählers (Unser Wahlgesetz)*“ erschien 1912 in Petersburg.
 Lenin maß der Herausgabe des „*Vademekum des Wählers*“ große Bedeutung bei. Die Materialien für dieses Buch stellte er selbst zusammen und redigierte sie. In einem Brief an die Redaktion der „*Swesda*“ vom 9. (22.) April 1912 empfahl er der Redaktion, das zweite und dritte Kapitel aus dem Artikel „*Die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma*“ (siehe den vorliegenden Band, S. 362–373) in dem Sammelband zu veröffentlichen. Lenin gab der Redaktion den Rat, „eine vollständige, umfangreiche Sache“ herauszugeben, „die dadurch Nutzen bringt, daß sie die Wahlen vernünftig anleitet“. Aber der Redaktion der „*Swesda*“ war es nur gelungen, den ersten Teil des Buches zu publizieren, der unmittelbar das Dumawahlgesetz und die Dumawahlordnung berührt. 512
- ¹⁴⁷ Im Februar 1912 gab der Abgeordnete der III. Duma, der menschowistische Liquidator T. O. Beloussow aus dem Gouvernement Irkutsk, an die sozialdemokratische Dumafraktion eine Erklärung über seinen Austritt aus der Fraktion ab. Der Fraktionsbeschluß in dieser Angelegenheit wurde in der Zeitung „*Swesda*“ vom 23. Februar (7. März) 1912 veröffentlicht. Als Lenin seinen Artikel schrieb, war ihm noch nichts von dem Briefwechsel Beloussows mit dem Börsenkomitee in Irkutsk bekannt. Beloussow drückte darin dem Komitee seinen Dank „für die Unterstützung und das Vertrauen“ aus.
 Die Redaktion der „*Swesda*“, die den Artikel W. I. Lenins veröffentlichte, teilte den Lesern den Inhalt dieses Briefwechsels mit. 513
- ¹⁴⁸ Die Broschüre ist die Antwort auf die anonymen verleumderischen Ausführungen Trotzki's im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie („*Vorwärts*“) gegen die Prager Konferenz und ihre Beschlüsse. 525
- ¹⁴⁹ Gemeint ist die parteifeindliche, verleumderische Resolution, die am 12. März 1912 in Paris auf der Beratung der Vertreter des Auslands-

- komitees des „Bund“, der Gruppe „Wperjod“, des „Golos Sozial-Demokrata“, der Trotzki'schen Wiener „Prawda“, der parteitreuen Menschewiki und der Versöhner angenommen wurde. Die Resolution der Beratung war gegen die Gesamtrussische („Prager“) Parteikonferenz und ihre Beschlüsse gerichtet. Als Sonderdruck herausgebracht, wurde sie in der Wiener „Prawda“ und in Nr. 4 des „Informazionny Listok“ (Informationsblatt) des „Bund“ veröffentlicht. Anlässlich dieser Resolution schrieb Lenin als der Vertreter des ZK der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro eine offizielle Erklärung und danach einen Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans. (Siehe den vorliegenden Band, S. 539–542.) 527
- ¹⁵⁰ Es handelt sich um die Resolution der Fünften Konferenz der SDAPR (Gesamtrussische Konferenz 1908) „Über die Vereinigung der örtlichen nationalen Organisationen“. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 203, russ.) 531
- ¹⁵¹ „*Prosweščtschenije*“ (Die Aufklärung) – theoretisches Organ der Bolschewiki; erschien monatlich von Dezember 1911 bis Juni 1914 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl“. Lenin leitete die Zeitschrift vom Ausland aus, er redigierte Artikel und stand mit den Mitgliedern des Redaktionskollegiums in regelmäßigem Briefwechsel. Im „*Prosweščtschenije*“ erschienen Lenins Schriften: „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne“, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ u. a. Die Rubrik Kunst und Literatur redigierte A. M. Gorki. Die Auflage der Zeitschrift betrug nahezu 5000 Exemplare. Kurz vor dem ersten Weltkrieg wurde die Zeitschrift von der Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde das „*Prosweščtschenije*“ erneut herausgegeben; es erschien jedoch nur eine Nummer (Doppelnummer) der Zeitschrift, in der die Arbeiten Lenins „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ und „Zur Revision des Parteiprogramms“ veröffentlicht wurden. 536
- ¹⁵² Lenins Brief wurde vom Internationalen Sozialistischen Büro am 12. April 1912 allen sozialistischen Parteien mit dem Vorschlag, ihn in der Presse zu veröffentlichen, zugesandt. 539
- ¹⁵³ *F. L-ko*, *W. Frey* – Pseudonyme W. I. Lenins. 550

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN

W. I. LENINS

(Dezember 1910 bis April 1912)

1910

- Dezember, nicht später als am 15. (28.)* Lenin, der sich in Paris aufhält, schreibt einen Brief an das Russische Kollegium des ZK der SDAPR über die Lage in der Partei.
- 23. oder 24. Dezember (5. oder 6. Januar 1911)* Lenins Artikel „Über die Lage in der Partei“ wird als Flugblatt – als „Sonderdruck aus Nr. 19 des ‚Sozial-Demokrat‘, des Zentralorgans der SDAPR“ – veröffentlicht.
- 23. Dezember (5. Januar 1911)* Lenins Artikel „Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus“ wird in Nr. 2 der „Swesda“ veröffentlicht.

1911

- Nach dem 2. (15.) Januar* Lenin schreibt die Notiz „Über die Schamröte des Juduschka Trotzki“.
- 5. (18.) Januar* Lenin hält in Paris ein Referat über L. N. Tolstoi.
- 13. (26.) Januar* Es erscheint Nr. 19/20 des „Sozial-Demokrat“ mit Lenins Artikel „Die Laufbahn eines russischen Terroristen“. In der Beilage zu dieser Nummer wurde Lenins Artikel „Über die Lage in der Partei“ veröffentlicht.
- 22. Januar (4. Februar)* Lenins Artikel „L. N. Tolstoi und seine Epoche“ wird in Nr. 6 der „Swesda“ veröffentlicht.
- Nach dem 22. Januar (4. Februar)* Lenin schreibt den Artikel „Marxismus und ‚Nascha Sarja‘“. Der Artikel wird am 22. April (5. Mai) in Nr. 3 der Zeitschrift „Sowremennaja Shisn“ (Baku) veröffentlicht.
- Januar* Es erscheint Nr. 2 der Zeitschrift „Mysl“ mit Lenins Artikel „Unsere Liquidatoren (Über Herrn Potressow und W. Basarow)“.

5. (18.) Februar Lenin Artikel „Die Kadetten über ‚zwei Lager‘ und über ein ‚vernünftiges Kompromiß‘“ wird in Nr. 8 der „Swesda“ veröffentlicht.
8. (21.) Februar In Nr. 3 der „Rabotschaja Gaseta“ werden Lenins Artikel „Der fünfzigste Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft“ und „Paul Singer“ veröffentlicht.
- Zwischen 17. u. 26. Februar Lenin schreibt den Artikel „Notizen. Menschikow, Gromoboi, Isgojew“. Der Artikel wird am 26. Februar (11. März) in (2. u. 11. März) Nr. 11 der „Swesda“ veröffentlicht.
22. oder 23. Februar Lenin entlarvt in einem Brief an die Redaktion der „Swesda“ die Erpressungstaktik der Liquidatoren und fordert einen (7. oder 8. März) entschiedenen und konsequenten Kampf gegen sie.
- Februar Lenin schreibt einen Brief „An das Russische Kollegium des ZK“ über die Spaltertätigkeit der „Golos“-Leute (Liquidatoren), der „Wperjod“-Leute und Trotzki.
Nr. 3 der Zeitschrift „Mysl“ mit Lenins Artikel „Zum Jubiläum“ und dem Schluß des Artikels „Unsere Liquidatoren“ wird herausgegeben.
19. März Lenin Artikel „Die ‚Bauernreform‘ und die proletarisch-bäuerliche Revolution“ sowie „Die Parteizerstörer in der (1. April) Rolle von ‚Legendenzerstörern‘“ werden in Nr. 21/22 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
- Zwischen 23. März u. 2. April Lenin schreibt den Artikel „Kadetten und Oktobristen“. Der (5. u. 15. April) Artikel wird am 2. (15.) April in der „Swesda“ Nr. 16 veröffentlicht.
- März Es erscheint Nr. 4 der Zeitschrift „Mysl“ mit Lenins Artikeln „Über die soziale Struktur der Staatsmacht, über die Perspektiven und das Liquidatorentum“ sowie „Polemische Notizen“.
- Zwischen dem 8. und 16. April Lenin schreibt den Artikel „Der Parteitag der englischen Sozialdemokratischen Partei“. Der Artikel wird am 16. (29.) (21. u. 29.) April 1911 in Nr. 18 der „Swesda“ veröffentlicht.
15. (28.) April Lenins Artikel „Dem Andenken der Kommune“ wird in Nr. 4/5 der „Rabotschaja Gaseta“ veröffentlicht.
16. (29.) April Lenins Artikel „Über die Bedeutung der Krise“ wird in Nr. 18 der „Swesda“ veröffentlicht.

- Zwischen dem
28. April und
7. Mai (11.
und 20. Mai)
29. April
(12. Mai)
- Ende April
14. (27.) Mai
- Zwischen dem
19. und 23. Mai
(1. und 5. Juni)
28. Mai
(10. Juni)
28. Mai-4. Juni
(10.-17. Juni)
11. (24.) Juni
18. Juni
(1. Juli)
- Lenin schreibt den Artikel „Bedauern‘ und ‚Scham‘“, der am 7. (20.) Mai in Nr. 21 der „Swesda“ erscheint.
- Lenins Artikel „Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatorentums“ und „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland“ erscheinen in Nr. 3 des „Diskussionny Listok“ (Beilage zum Zentralorgan „Sozial-Demokrat“).
- Lenin teilt A. M. Gorki die Beschlagnahme der Nr. 5 der Zeitschrift „Mysl“ und das Verbot ihrer weiteren Herausgabe mit; er bittet um Unterstützung beim Suchen eines Verlegers für die Herausgabe einer neuen Zeitschrift in Petersburg.
- Lenin schickt an alle im Ausland lebenden ZK-Mitglieder der SDAPR einen Brief mit der Einladung, an der Beratung zur Frage der Einberufung des ZK-Plenums der SDAPR teilzunehmen.
- Lenin schreibt einen Brief an die Beratung der im Ausland lebenden ZK-Mitglieder der SDAPR, in dem er das Intrigantentum der Liquidatoren, die die Einberufung des ZK-Plenums der SDAPR vereiteln wollen, enthüllt.
- Lenin schreibt den „Konspekt (Plan) zum Bericht dreier bolschewistischer ZK-Mitglieder vor einer internen Beratung von neun ZK-Mitgliedern“.
- Lenins Artikel „Zu den Ergebnissen der Dumasession. ‚Gemeinsam gemacht‘“ erscheint in Nr. 24 der „Swesda“.
- Lenin leitet die Arbeit der Beratung der ZK-Mitglieder der SDAPR, die auf seine Initiative in Paris mit dem Ziel einberufen wurde, Maßnahmen für die baldige Einberufung des ZK-Plenums der SDAPR und der allgemeinen Parteikonferenz auszuarbeiten.
- Lenins Artikel „Über alte, doch ewig neue Wahrheiten“ erscheint in Nr. 55 der „Swesda“.
- Lenin nimmt an der Versammlung der II. Pariser Gruppe zur Unterstützung der SDAPR teil und bringt den Resolutionsentwurf über die Lage in der Partei ein. Die Resolution wird von der Gruppe angenommen und erscheint im Juli 1911 als Flugblatt.

20. Juli
(2. August)
Juli
- Lenin schreibt das „Vorwort zu der Broschüre ‚Zwei Parteien‘“.
- Lenin instruiert M. A. Saweljew, der zum Redakteur der legalen bolschewistischen Zeitschrift „Prosweschtschenije“ ernannt wurde, und vereinbart mit ihm, auf welche Weise er an der Redigierung der Zeitschrift vom Ausland her teilnimmt.
- Frühjahr und Sommer,
vor dem 17.
(30.) August
- Lenin und N. K. Krupskaja wohnen in Longjumeau (bei Paris).
- Lenin leitet die Organisierung der Parteischule in Longjumeau.
- Lenin liest in der Schule einen Lektionszyklus über politische Ökonomie (29 Lektionen), über die Agrarfrage (12 Lektionen) und über die Theorie und Praxis des Sozialismus in Rußland (12 Lektionen).
7. (20.)
August
- Lenin und Krupskaja fahren für einen Tag nach Fontainebleau (Departement Seine-et-Marne).
1. (14.) Sep-
tember
- Lenins Artikel „Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie“, „Aus dem Lager der Stolypinschen ‚Arbeiter‘-partei. (Unseren ‚Versöhnlern‘ und ‚Verständigern‘ gewidmet)“ und „Anmerkung der Redaktion des ‚Sozial-Demokrat‘ zur Erklärung der Kommission zur Einberufung eines Plenums des ZK der SDAPR“ erscheinen in Nr. 23 des „Sozial-Demokrat“.
2. (15.) Sep-
tember
- Lenin fordert A. M. Gorki in einem Brief auf, seine Mitarbeit an der „Swesda“ fortzusetzen.
- 9.–10. (22.–23.)
September
- Auf dem Wege nach Zürich fährt Lenin nach Luzern und besteigt den Berg Pilatus.
- 10.–11. (23.–24.)
September
- Lenin nimmt in Zürich an einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros teil und verteidigt die Haltung Rosa Luxemburgs gegenüber dem Opportunismus der deutschen Sozialdemokraten.
12. (25.) Sep-
tember
- Lenin tritt in Zürich auf einer Versammlung der örtlichen Gruppe der SDAPR mit einem Referat über die Lage in der Partei auf.
13. (26.) Sep-
tember
- Lenin hält in Zürich ein Referat über das Thema „Stolypin und die Revolution“.
15. (28.) Sep-
tember
- Lenin hält in Bern ein Referat über das Thema „Stolypin und die Revolution“.

19. September
(2. Oktober) Lenin hält in Genf ein Referat über das Thema „Stolypin und die Revolution“.
18. (31.) Oktober
ber Lenins Artikel „Stolypin und die Revolution“, „Über die neue Fraktion der Versöhnler oder der Tugendhaften“, „Über die Wahlkampagne und die Wahlplattform“ und „Aus dem Lager der Stolypinschen ‚Arbeiterpartei‘“ erscheinen in Nr. 24 des „Sozial-Demokrat“.
19. Oktober
(1. November) Lenin hält in Paris ein Referat über das Thema „Stolypin und die Revolution“.
19. Oktober
(1. November) Lenin schickt an den Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie im Internationalen Sozialistischen Büro eine Anfrage über die Möglichkeit der Einberufung einer Konferenz der SDAPR in Prag und bittet um Unterstützung bei ihrer Organisation.
23. Oktober
(5. November) Lenins Artikel „Ein Fazit“ erscheint in Nr. 26 der „Swesda“.
5. (18.) November
ber Lenins Artikel „Zwei Zentren“ und „Altes und Neues (Aus den Notizen eines Zeitungslesers)“ erscheinen in Nr. 28 der „Swesda“.
- Nach dem 6.
(19.) November Lenin schreibt den Artikel (Bericht) „Über die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma“. Der Artikel erscheint in Nr. 8 des „Periodischen Bulletins des Internationalen Sozialistischen Büros“, im Dezember 1911.
14. (27.) November
ber Lenin hält in Paris ein Referat über das Thema „Manifest einer liberalen Arbeiterpartei“.
20. November
(3. Dezember) Lenin hält im Namen der SDAPR bei der Beisetzung von Paul und Laura Lafargue eine Rede. Die Rede wird in Nr. 25 des „Sozial-Demokrat“ am 8. (21.) Dezember veröffentlicht.
26. November
(9. Dezember) Lenins Artikel „Hyndman über Marx“ erscheint in Nr. 31 der „Swesda“.
3. (16.) Dezember
ber Lenins Artikel „Manifest einer liberalen Arbeiterpartei“ erscheint in Nr. 32 der „Swesda“.
8. (21.) Dezember
ber Lenins Artikel „Zu den Losungen und zur Gestaltung der sozialdemokratischen Arbeit in der Duma und außerhalb der Duma“, „Eine Agentur der liberalen Bourgeoisie“, „Die Lösung der Parteikrise“, „Aus dem Lager der Stolypinschen ‚Arbeiterpartei‘“, „Über die Diplomatie Trotzki und über

- eine Plattform von parteitreuen Sozialdemokraten" und „Die Ergebnisse eines Schiedsgerichts der ‚Trehänder‘“ erscheinen in Nr. 25 des „Sozial-Demokrat“.
10. (23.) *Dezember* Lenins Artikel „Altes und Neues“ erscheint in Nr. 33 der „Swesda“.
10. (23.) *Dezember – 6. (19.) Januar 1912* Die Artikel Lenins unter der gemeinsamen Überschrift „Die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma“ erscheinen 1911 in den Nummern 33, 34, 36 und 1912 in Nr. 1 der „Swesda“.
- Nicht später als am 14. (27.) Dezember* Lenin bereitet sich auf die Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland vor: er arbeitet an den Thesen zum Bericht über die Lage in der Partei und schreibt den Resolutionsentwurf „Die Organisierung der sozialdemokratischen Parteikräfte im Ausland und die Aufgaben der Bolschewiki“.
- 14.–17. (27.–30.) *Dezember* Lenin leitet in Paris die Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland.
14. (27.) *Dezember* Lenin eröffnet die Beratung mit einer Begrüßungsansprache und gibt einen Bericht über die Lage in der Partei.
15. (28.) *Dezember* Lenin leitet die Diskussion auf der Beratung und hält das Schlußwort zu seinem Bericht.
- 16.–17. (29.–30.) *Dezember* Lenin beteiligt sich an der Diskussion zur Ausarbeitung des endgültigen Textes der Resolution. Auf Lenins Vorschlag wählt die Beratung ein Komitee der Auslandsorganisation und beauftragt das Komitee mit der Ausarbeitung eines Statuts.
- Lenin tritt in der Diskussion über die Frage der Unterstützung der Russischen Organisationskommission und der einzuberufenden Parteikonferenz auf. Die Beratung nimmt die von Lenin vorgeschlagene Resolution an.
- Vor dem 17. (30.) Dezember* Es erscheint Nr. 1 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“ mit Lenins Artikeln „Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne“ (Anfang des Artikels), „Beginn der Enthüllungen über die Verhandlungen der Kadettenpartei mit Ministern“ und „Drei Interpellationen“.
22. *Dezember (4. Januar 1912)* Lenins Artikel „Hunger und schwarze Duma“ erscheint in Nr. 7 der „Rabotschaja Gaseta“.
- Ende des Jahres* Lenin schreibt den Konspekt zum Referat über die politische Lage.

1912

- 5.-17. (18.-30.)
Januar Lenin leitet die Prager Konferenz der SDAPR; er spricht zur Eröffnung der Konferenz und hält das Referat über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei; er hat den Vorsitz in den Sitzungen, verfaßt die Entwürfe der Resolutionen über die Konstituierung der Konferenz, über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, über das Liquidatorenentum und über die Gruppe der Liquidatoren, über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger und über die Petitionskampagne; er verfaßt ferner einen Entwurf für die Änderungen des Organisationsstatuts der Partei.
5. (18.) Januar Lenin spricht auf der Konferenz über ihre Konstituierung.
6. (19.) Januar Lenin macht sich in der dritten Sitzung der Konferenz Notizen über die Berichte der örtlichen Organisationen.
7. (20.) Januar Lenin spricht in der fünften Sitzung der Konferenz über die Arbeit des Zentralorgans und gibt einen Bericht über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros; er antwortet auf Fragen der Delegierten und beteiligt sich an der Diskussion zur Erörterung der Resolution über die Berichte der örtlichen Organisationen.
Lenin spricht in der sechsten Sitzung der Konferenz zweimal in der Diskussion zu seinem Bericht über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros.
8. (21.) Januar Lenin spricht in der achten Sitzung der Konferenz in der Diskussion über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger.
Der in bezug auf diese Frage von Lenin verfaßte Resolutionsentwurf wird von der Konferenz angenommen.
- Zwischen dem
9. und 13. (22.
und 26.) Januar Lenin verfaßt im Auftrag der Konferenz ein Grußschreiben an die deutsche Sozialdemokratie anlässlich ihres Erfolgs bei den Wahlen zum deutschen Reichstag. Das Grußschreiben wurde im „Vorwärts“ am 27. Januar 1912 veröffentlicht.
10. (23.) Januar Lenin spricht auf der elften Sitzung der Konferenz in der Diskussion zur Parteiarbeit im Ausland.
11. (24.) Januar Lenin macht in der zwölften Sitzung der Konferenz Ausführungen zur Organisationsfrage.

12. (25.) Januar Der von Lenin verfaßte Entwurf der Resolution über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei wird auf der fünfzehnten Sitzung der Konferenz angenommen.
- Zwischen dem 12. und 17. (25. und 30.) Januar Die Prager Konferenz wählt Lenin in das ZK und in das Zentralorgan sowie zum Vertreter im Internationalen Sozialistischen Büro.
19. Januar (1. Februar) Lenin trifft sich in Leipzig mit sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma und informiert sie über die Beschlüsse der Prager Konferenz.
- Ende Januar Lenin fährt von Leipzig nach Berlin, um von den bisherigen „Treuändern“ die der Partei gehörenden Gelder, entsprechend einem Beschluß der Prager Konferenz, abzuholen.
- Februar W. I. Lenin teilt in einem Brief A. M. Gorki mit, daß eine allgemeine Gesamtrussische Parteikonferenz der SDAPR stattgefunden hat und bittet darum, ein Flugblatt zum 1. Mai zu verfassen, das in Rußland herausgegeben werden soll.
19. Februar (3. März) Lenins Artikel „Ein Organ der liberalen Arbeiterpolitik“ erscheint in Nr. 11 der „Swesda“.
28. Februar (12. März) Lenin schreibt einen Brief an die Berner Gruppe zur Unterstützung der SDAPR über die Arbeit der Prager Konferenz, über ihre Zusammensetzung, über die Berichte der Delegierten der örtlichen Organisationen an die Konferenz; er brandmarkt die Versuche der Liquidatoren, ihre eigene Konferenz einzuberufen.
- Februar Lenin redigiert die Broschüre „Die Gesamtrussische Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 1912“. Die Broschüre erschien im Februar 1912 in Paris als Ausgabe des Zentralkomitees der SDAPR.
- Nach dem 2. (15.) März Lenin schreibt den Artikel „Gegen eine Vereinigung mit den Liquidatoren“. Der Artikel erscheint Februar/März 1912 in Nr. 3/4 der Zeitschrift „Proswechtschenije“.
4. (17.) März Lenins Artikel „Die politischen Parteien in den 5 Jahren der dritten Duma“ erscheint in Nr. 14 der „Swesda“.
5. (18.) März Lenins „Bericht an das Internationale Sozialistische Büro über die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR“ wird vom

- Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros allen sozialistischen Parteien zur Veröffentlichung in der Parteipresse im Rundschreiben Nr. 4 vom 18. März zugesandt.
- Anfang März* Lenin schreibt „Die Wahlplattform der SDAPR“. Die Plattform wurde in Rußland im März 1912 als Flugschrift und im April im Ausland in Form einer Beilage zu Nr. 26 des „Sozial-Demokrat“ herausgegeben.
- 12. oder 13. (25. oder 26.) März* Lenin schreibt den Artikel „Karten auf den Tisch“. Lenin bittet in einem Brief an die Redaktion der „Swesda“, ihm Bücher über das Wahlgesetz vom 3. (16.) Juni 1907 zu schicken sowie anderes Material, das er für die Zusammenstellung und Redaktion der Broschüre „Vademekum des Wählers (Unser Wahlgesetz)“ braucht; er erkundigt sich nach der Herausgabe der täglich erscheinenden Arbeiterzeitung, nach ihrem Format usw.
- 13. (26.) März* Lenin schreibt anlässlich der Wahlplattform einen Brief an die Redaktion der „Swesda“. Lenins Artikel „Über den Austritt des Abgeordneten T. O. Beloussow aus der sozialdemokratischen Dumafraktion“ erscheint in Nr. 17 der „Swesda“.
- Nach dem 13. (26.) März* Lenin schreibt die Broschüre „Der Anonymus aus dem ‚Vorwärts‘ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“. Die Broschüre wird 1912 in Paris als Sonderdruck von der Redaktion des Zentralorgans der SDAPR, des „Sozial-Demokrat“, herausgebracht.
- 15. (28.) März* Lenin weist in einem Brief an G. K. Ordshonikidse auf die Notwendigkeit hin, die Verbindungen der örtlichen Parteiorganisationen mit dem Zentrum im Ausland auszubauen, und er besteht darauf, daß die Berichte über die Prager Konferenz schnellstens zu den Organisationen zu bringen sind.
- 17. (30.) März* Lenins Artikel „Hunger“ und „Die Bauernschaft und die Wahlen zur IV. Duma“ erscheinen in Nr. 8 der „Rabotschaja Gaseta“.
- Zwischen dem 23. und 26. März (5. und 8. April)* Lenin schreibt den Artikel „Der Block der Kadetten mit den Progressisten und seine Bedeutung“. Der Artikel erscheint am 29. März (11. April) in Nr. 23 der „Swesda“.

- Zweite März-hälfte* W. I. Lenin und N. K. Krupskaja teilen in einem Brief an Ordshonikidse mit, daß sie von der Tifliser Organisation „Die Wahlplattform der SDAPR“ und das Flugblatt „Für die Partei“ erhalten haben. Lenin unterstreicht als besonders wichtig, einen beharrlichen, systematischen Kampf zur Entlarvung der Liquidatoren zu führen.
- Vor dem 30. März (12. April)* Lenin schreibt eine Erklärung und einen Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans, in Verbindung mit dem Auftreten der liquidatorischen und ot-sowistischen Auslandsgruppen gegen die Beschlüsse der Prager Konferenz.
Lenins Erklärung wurde vom Internationalen Sozialistischen Büro am 30. März (12. April) allen sozialistischen Parteien im Rundschreiben Nr. 7 zur Veröffentlichung in der Parteipresse zugesandt.
- März* Lenin hält auf einer Versammlung in Paris, die vom Komitee der Auslandsorganisation veranstaltet wird, eine Rede über die Ergebnisse der Prager Konferenz.
- 1. (14.) April* Lenins Artikel „Eine schlechte Verteidigung der liberalen Arbeiterpolitik“ erscheint in Nr. 24 der „Swesda“.
- 3. (16.) April* Lenins Artikel „Der zweite Wahlgang in Rußland und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ erscheint in Nr. 25 der „Swesda“.
- 8. und 19. April (21. April und 2. Mai)* Lenins Artikel „Liberalismus und Demokratismus“ erscheint in Nr. 27 und 32 der „Swesda“.
- Vor dem 9. (22.) April* Lenin redigiert das „Vademekum des Wählers“ und schickt das redigierte Material an die Redaktion der „Swesda“.
- Vor dem 22. April (5. Mai)* Lenin leitet die Organisierung der Herausgabe der legalen bolschewistischen Zeitung „Prawda“.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort VII-VIII

1910

Brief an das Russische Kollegium des ZK der SDAPR 1-6
 Über die Lage in der Partei 7-22
 Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus 23-28

1911

Über die Schamröte des Juduschka Trotzki 29
 Die Laufbahn eines russischen Terroristen 30-32
 L. N. Tolstoi und seine Epoche 33-37
 Marxismus und „Nascha Sarja“ 38-43
 Unsere Liquidatoren (Über Herrn Potressow und W. Basarow) .. 44-66
 I 44
 II 50
 III 52
 IV 56
 V 62
 Die Kadetten über „zwei Lager“ und über ein „vernünftiges Kompromiß“ 67-71
 Der fünfzigste Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft 72-75

Paul Singer	76-79
Notizen. Menschikow, Gromoboi, Isgojew	80-89
An das Russische Kollegium des ZK	90-93
Zum Jubiläum	94-102
Die „Bauernreform“ und die proletarisch-bäuerliche Revolution ..	103-112
Die Parteierzörer in der Rolle von „Legendenzerzörern“	113-117
Kadetten und Oktobristen	118-121
Dem Andenken der Kommune	122-126
Über die soziale Struktur der Staatsmacht, über die Perspektiven und das Liquidatorentum	127-148
Polemische Notizen	149-152
Über die Bedeutung der Krise	153-157
Der Parteitag der englischen sozialdemokratischen Partei.. ..	158-163
Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatoren- tums	164-174
„Bedauern“ und „Scham“	175-180
Materialien zur Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR, 28. Mai - 4. Juni (10.-17. Juni) 1911	181-190
1. Brief an die Beratung der im Ausland lebenden ZK-Mitglieder der SDAPR	183
2. Konспект (Plan) zum Bericht dreier bolschewistischer ZK-Mit- glieder vor einer internen Beratung von neun ZK-Mitglie- dern	186
3. Resolutionsentwurf über die Konstituierung	190
Zu den Ergebnissen der Dumasession. „Gemeinsam gemacht“.. ..	191-195
Über alte, doch ewig neue Wahrheiten	196-201
Resolution der II. Pariser Gruppe der SDAPR über die Lage in der Partei	202-211
Vorwort	202
I	203
II	206
III	207

Vorwort zu der Broschüre „Zwei Parteien“	212–215
Der Reformismus in der russischen Sozialdemokratie	216–229
Aus dem Lager der Stolypinschen „Arbeiter“partei (Unseren „Versöhnlern“ und „Verständigern“ gewidmet)	230–232
Anmerkung der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ zur Erklärung der Kommission zur Einberufung eines Plenums des ZK der SDAPR	233–234
Stolypin und die Revolution	235–244
Über die neue Fraktion der Versöhnler oder der Tugendhaften ..	245–266
Über die Wahlkampagne und die Wahlplattform	267–275
Aus dem Lager der Stolypinschen „Arbeiter“partei	276–280
Ein Fazit	281–285
Zwei Zentren	286–288
Altes und Neues (Aus den Notizen eines Zeitungslesers)	289–292
Rede im Namen der SDAPR bei der Beisetzung von Paul und Laura Lafargue, 20. November (3. Dezember) 1911.. .. .	293–294
Hyndman über Marx	295–301
Manifest einer liberalen Arbeiterpartei	302–313
I	302
II	306
III	310
Über die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma. Darstellung der ganzen Angelegenheit	314–319
Zu den Losungen und zur Gestaltung der sozialdemokratischen Arbeit in der Duma und außerhalb der Duma	320–330
Eine Agentur der liberalen Bourgeoisie	331
Die Lösung der Parteikrise	332–342
Aus dem Lager der Stolypinschen „Arbeiter“partei	343–348
Über die Diplomatie Trotzki's und über eine Plattform von parteitreuen Sozialdemokraten	349–353
Die Ergebnisse eines Schiedsgerichts der „Treuhand“	354–356

Die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma	357-376
I. Grundlegende prinzipielle Fragen	357
II. Die Rolle der Arbeiterwahlmänner in der Wahlkampagne ..	362
III. Die Bauernschaft und die bäuerlichen Wahlmänner in der Wahlkampagne	369
IV. Lehren aus der Praxis der Wahlen zur III. Duma	373
Altes und Neues	377-381
Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland, 14.-17. (27.-30.) Dezember 1911	382-385
1. Resolutionsentwurf zum Bericht über die Lage in der Partei. Die Organisierung der sozialdemokratischen Parteikräfte im Ausland und die Aufgaben der Bolschewiki	382
2. Resolution über die Russische Organisationskommission zur Einberufung der Konferenz.. .. .	385
Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne	386-413
I	386
II	391
III	394
IV	396
V	401
VI	407
VII	410
Beginn der Enthüllungen über die Verhandlungen der Kadetten- partei mit Ministern	414-422
Drei Interpellationen	423-435
Hunger und schwarze Duma	436-439

1912

VI. („Prager“) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR, 5.-17. (18.-30.) Januar 1912	441-478
1. Entwurf der Resolution über die Konstituierung der Konferenz. Resolution über die Konstituierung	443

2. Entwurf der Resolution über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei	445
3. Entwurf der Resolution über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger	448
4. Entwurf der Resolution über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren. Über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren	451
5. Die Resolutionen der Konferenz.. .. .	453-478
Über die Russische Organisationskommission für die Einberufung der Konferenz	453
Über die Konstituierung der Konferenz	453
Über die Abwesenheit von Delegierten der nationalen Zentren auf der allgemeinen Parteikonferenz	455
Über die Rechenschaftsberichte der örtlichen Organisationen ..	456
Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei ..	457
Über die Wahlen zur IV. Reichsduma	459
I	459
II	460
III	461
Über die sozialdemokratische Dumafraktion	463
Über den Charakter und die Organisationsformen der Parteiarbeit	464
Über die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Hunger	465
Über die Stellung zu dem Gesetzentwurf der Duma über die staatliche Arbeiterversicherung	467
I	467
II	469
Über die „Petitionskampagne“	470
Über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren	472
Über das Zentralorgan	473
Über die „Rabotschaja Gaseta“	474
Über die „Prawda“	474
Änderungen des Organisationsstatuts der Partei	474

Über das Vermögen, das sich in Händen des ehemaligen Treuhänders befindet, und über die Kassenberichte.. .. .	475
Über das „Rote Kreuz“	475
Über die Parteiorganisation im Ausland	476
Über den Überfall der russischen Regierung auf Persien.. ..	476
Über die chinesische Revolution	477
Über die Politik des Zarismus gegenüber Finnland	477
Ein Grußschreiben an die deutsche Sozialdemokratie	477
Ein Organ der liberalen Arbeiterpolitik	479–482
Gegen eine Vereinigung mit den Liquidatoren	483–488
Die politischen Parteien in den 5 Jahren der dritten Duma	489–494
I	489
II	492
Bericht an das Internationale Sozialistische Büro über die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR	495–497
Die Wahlplattform der SDAPR	498–504
An die Redaktion der „Swesda“ (Nachsatz zu „Die Wahlplattform der SDAPR“)	505
Karten auf den Tisch	506–512
Über den Austritt des Abgeordneten T. O. Beloussow aus der sozialdemokratischen Dumafraktion.. .. .	513–518
Hunger	519–520
Die Bauernschaft und die Wahlen zur IV. Duma	521–523
Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands	525–538
Vorwort	527
Brief an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, Huysmans	539–542
Der Block der Kadetten mit den Progressisten und seine Bedeutung	543–547
Eine schlechte Verteidigung der liberalen Arbeiterpolitik	548–553

Der zweite Wahlgang in Rußland und die Aufgaben der Arbeiter- klasse	554-560
Liberalismus und Demokratie	561-570
I	561
II	566
<i>Anmerkungen</i>	571-599
<i>Daten aus dem Leben und Wirken W. J. Lenins</i>	601-612

ILLUSTRATIONEN

Umschlag der Zeitschrift „Mysl“ Nr. 2 vom Januar 1911, in welcher das II. Kapitel von W. I. Lenins Arbeit „Über die Statistik der Streiks in Rußland“ und der Anfang des Artikels „Unsere Liqui- datoren (Über Herrn Potressow und Basarow)“ veröffentlicht wurden	47
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Karten auf den Tisch“ – März 1912.. .. .	507